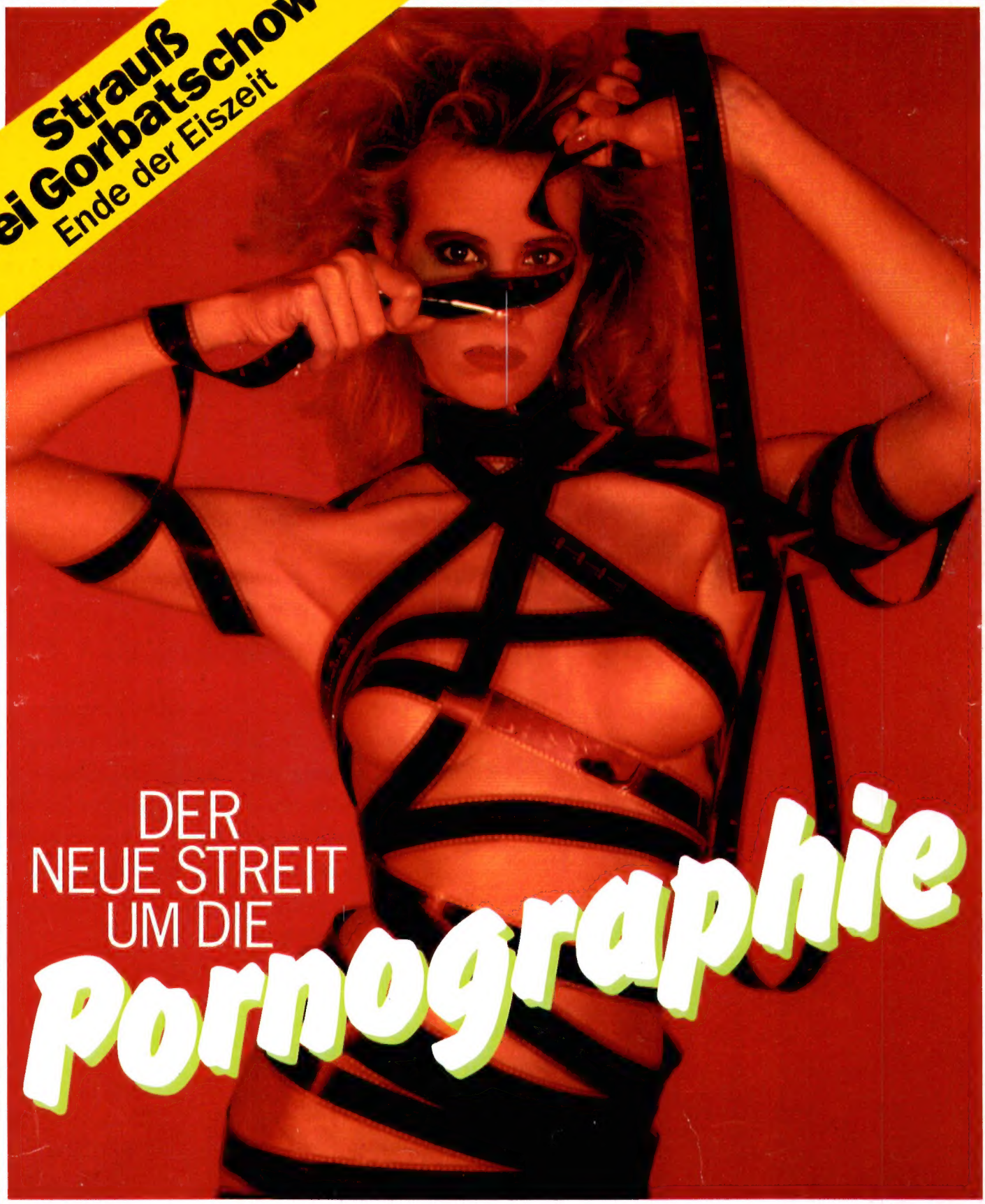
C 7007 C
Nr. 1
42. Jahrgang · DM 4,–
4. Januar 1988

DER SPIEGEL

Strauß bei Gorbatschow
Ende der Eiszeit



DER NEUE STREIT UM DIE

Pornographie

Der blend-a-med Unterschied:

Zahnfleischbluten.
Parodontose droht.

Kein Zahnfleischbluten.
blend-a-med beugt vor.

Was mit Zahnfleischbluten beginnt, kann mit Zahnausfall enden: Parodontose! Gut zu wissen, daß es eine Zahncreme gibt, die Zahnfleischerkrankungen wirksam vorbeugt: blend-a-med! Mit ihrer speziellen Zusammensetzung unterstützt blend-a-med die natürliche Schutzschichtbildung des Zahnfleisches. So bleibt es fest und gesund. Damit Sie auch morgen noch kraftvoll zubeißen können.

DIE MEISTEN ZAHNÄRZTE GEBEN IHRER FAMILIE BLEND-A-MED.

HAUSMITTEILUNG

Datum: 4. Januar 1988 Betr.: Geschichtsschreibung

Von „Zit. nach Der Spiegel" bis „siehe Der Spiegel", von „vgl. Der Spiegel" bis „in: Der Spiegel", von „Spiegel-Gespräch mit Schmidt" bis „Spiegel-Gespräch mit Strauß", von „Augstein, Rudolf: Nun ruht mal schön. In: Der Spiegel vom 13.11.1978" bis „Kaden, Wolfgang: Treuer Blick und falsche Zahlen. In: Der Spiegel vom 2.11.1981" – das Register zum Band 5/II der „Geschichte der Bundesrepublik Deutschland" ist gespickt mit Hinweisen auf SPIEGEL-Veröffentlichungen.

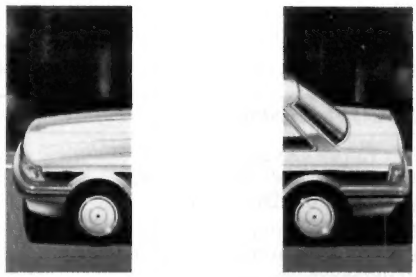
Der 568-Seiten-Band, mit dem das von Karl Dietrich Bracher, Theodor Eschenburg, Joachim C. Fest und Eberhard Jäckel herausgegebene imposante Geschichtswerk jetzt abschließt, behandelt die Jahre 1974 bis 1982, „Die Ära Schmidt". Sein Anmerkungen-Verzeichnis zeigt, wie intensiv die Autoren-Professoren Wolfgang Jäger und Werner Link das deutsche Nachrichten-Magazin als Quelle genutzt haben.

Daß insbesondere zahlreiche SPIEGEL-Gespräche (mit Schmidt, Strauß, Brandt, Genscher, Eppler, Biedenkopf und anderen) der Geschichtsschreibung dienen konnten, ist erfreulich, aber bei der anerkannt zuverlässigen Authentizität der Publikationsform SPIEGEL-Gespräch kaum zu verwundern. Bemerkenswerter erscheint da schon das historiographische Gütesiegel, das die Autoren vielen in SPIEGEL-Geschichten übermittelten Informationen und einigen außergewöhnlichen SPIEGEL-Veröffentlichungen zuerkannt haben.

Jäger/Link-Buch

So findet sich zur Darstellung des Rücktritts von Verteidigungsminister Georg Leber in der „Ära Schmidt" die Anmerkung: „Leber verfaßte eine Rücktrittsbegründung, deren Veröffentlichung verhindert werden sollte. Auszug der ‚verhinderten Rücktrittsbegründung' in: Der Spiegel vom 6.2.1978." Oder zu einem Brief Helmut Schmidts an Johannes Rau in Sachen Kanzlerkandidatur: „Das vertrauliche Schreiben wurde auszugsweise vom Spiegel am 26.1.1987 veröffentlicht."

Besonders erfreulich liest sich, was die Geschichtsschreiber Jäger und Link zur berühmtberüchtigten Sonthofener Rede von Franz Josef Strauß, veröffentlicht im SPIEGEL am 10. März 1975, anmerken: „Die Strauß-Rede wird in der Literatur allgemein als authentisch gewertet . . . Bezeichnenderweise unternahm Strauß keine gerichtlichen Schritte gegen die Veröffentlichung."



Wer nachdenkt, least komplett bei Avis. Avis Leasing gibt Ihnen Entscheidungshilfen, mit denen Ihr Unternehmen besser rechnen kann: Unser Name ist weltweit bekannt für Wirtschaftlichkeit; wir stützen uns auf langjährige, internationale Autoerfahrung und weltweit erprobtes Wissen über Fuhrpark-Management. Außerdem gibt es wohl keinen Servicevorteil, den Ihnen Avis Leasing nicht bieten könnte. Grenzweg 9, 6092 Kelsterbach, heißt unsere Adresse. Oder noch schneller: Rufen Sie an – Telefon-Nr. 0 61 07 – 75 71 40.

AVIS LEASING

Der Name, der alles sagt.

TITELGESCHICHTE

Frauen kämpfen gegen die Pornographie 122

SPIEGEL-GESPRÄCHE

Mit Entwicklungshilfeminister Hans Klein über seine Politik gegenüber der Dritten Welt 34

Mit Abschreibungsprofi Jochem Erlemann über Steuersparmodelle und die Rolle der Finanzbehörden 56

SPIEGEL-ESSAY

Gerhard Zwerenz: Die Malaise des Peter Glotz 132

DEUTSCHLAND

Außenpolitik
Der CSU-Chef schlägt in Moskau neue Töne an 18

Konservative aller Länder halten zusammen 20

Die deutschlandpolitische Wende 22

Strauß über die Sowjet-Union 24

Post
Sondergenehmigung für Graf Lambsdorff 25

Atommüll
Wirrwarr bei den Kontrollinstanzen 28

FDP
Einmann-Show im Südwesten 29

Affären
Zwei Zimmermann-Experten zwangsversetzt 31

Überläufer
Einmal DDR und zurück 39

DDR
Behörden verstärken Aids-Aufklärung 47

Raubdrucke
Mit Wanzen gegen das Syndikat 50

Barschel
Genfer Rätsel und Schlampereien 66

Die letzten Medikamente 68

CDU-Pressestreit über die Kieler Affäre 70

Wie ein Unions-Blatt die eigene Partei attackiert 71

Strafjustiz
Gerhard Mauz zu einem Freispruch von der Anklage dreifachen Mordes 75

Umwelt
Gift aus offenen Kaminen 78

WIRTSCHAFT

Beamte
Streit um die Diplomaten 26

Konzerne
SPIEGEL-Reporter Erich Wiedemann über die drohende Stillegung des Stahlwerks Krupp Rheinhausen 41

Immobilien
Mietwohnungen wieder knapper 54

Kommentar
Wolfgang Kaden über Investitionen und Wachstumswahn 55

Unternehmen
Wird Porsche verkauft? 74

Luftfahrt
British Airways wird mächtiger 93

AUSLAND

Golf
Der totale Tankerkrieg 80

Afghanistan
Eine Schlacht für den Frieden? 85

IN DIESEM HEFT

Lobeshymnen auf Gorbatschow

Seite 18

Nach nur drei Tagen in Moskau hat sich das Weltbild des Kommunisten-Fressers Strauß geändert. Der Westen brauche „keine Furcht mehr vor aggressiven Absichten" Moskaus zu haben. Er sei von der Ehrlichkeit Gorbatschows überzeugt. „Das letzte Jahr und die letzten Wochen haben begonnen, die Welt zu verändern. Wir gehen in ein neues Zeitalter." Kriegsgott Mars gehe, Merkur, der Gott des Handels, betrete die Bühne.

Strauß (2. v. r.) auf dem Roten Platz

„Wer braucht denn noch Stahl?"

Seite 41

Stahlarbeiter-Protest in Duisburg

In dieser Woche wird erneut verhandelt, ob das Krupp-Stahlwerk in Rheinhausen tatsächlich wie geplant stillgelegt wird. Der Betriebsrat kündigt Kampf bis zum letzten an, doch in der Stahlstadt geht der Schock tief. Neben Wut macht sich unter den Stahlarbeitern zunehmend auch Resignation breit: „Wer braucht denn noch Stahl?"

Neuer CDU-Streit um Barschel

Seiten 66, 70, 71

Die Fernseh-Sensation war gar keine, die ZDF-Enthüllungen über einen Mord an Uwe Barschel erwiesen sich als windige Auslegung des Genfer Obduktionsberichts. In der CDU aber gehen die Konflikte weiter – neuerdings auch mit einem christdemokratischen Redaktionsstreit um die Barschel-Affäre.

„Nonsens unter den Augen der Behörden"

Seite 56

Erlemann (r.), SPIEGEL-Redakteure Bott, Bölke.

Späte Einsicht eines Experten: Berlin-Bauten, Ölbohrungen, Schiffbau und Filmproduktionen – nach Ansicht des ehemaligen Steuerspar-Spezialisten Jochem Erlemann waren die meisten Abschreibungsprojekte Unfug: „Und der Nonsens", sagt Erlemann in einem SPIEGEL-Gespräch, „lief unter den Augen der Behörden." Der Kölner Steuerexperte, der 1982 wegen Betruges zu acht Jahren Haft verurteilt worden war, ist seit dem Jahresende wieder in Freiheit.

Ausweitung des Golfkrieges? Seite 80

Brennender Tanker „Norman Atlantic" vor der omanischen Küste

Die Lage am Golf spitzt sich zu. Der Tankerkrieg erreichte im Dezember mit über 30 attackierten Schiffen einen neuen Höhepunkt. Vor Basra konzentrierte der Iran eine Viertelmillion Soldaten, um eine neue „letzte" Großoffensive gegen den Irak vorzubereiten. Die arabischen Golfanrainer befürchten eine Ausweitung der Kämpfe auf ihre Territorien.

Kernkraft in der Dritten Welt – „ein Flop" Seite 88

Der Einstieg ins Atomzeitalter geriet den Entwicklungsländern zum Alptraum: Unfälle und Pannen legen Kernkraftwerke immer wieder lahm, überall mangelt es an Geld. Selbst Reparaturen können nicht mehr bezahlt werden.

Lepra in Spanien Seite 100

Im Ferienparadies Spanien leben etwa zehntausend Aussätzige – mehr als im übrigen Europa und in den USA. In der Lepra-Station Fontilles und zwei weiteren Zentren werden die Kranken behandelt. Behörden und die Medien schweigen sich über das Thema aus. Denn obwohl Gesunde sich heute kaum mehr anstecken können, meiden sie Aussätzige immer noch wie die Pest.

Fontilles-Leiter Costa (r.), Aussätzige

Klage gegen den toten Rock Hudson Seite 146

Mitchelson, Joan Collins

Hollywoods Star-Anwalt Marvin Mitchelson verlangt für einen ehemaligen Liebhaber des an Aids gestorbenen Filmstars Rock Hudson, so erläutert er in einem SPIEGEL-Interview, elf Millionen Dollar Schadensersatz. Der eigentlich auf Scheidungen spezialisierte Jurist, zu dessen Mandantinnen „Denver"-Star Joan Collins, aber auch die Frauen von Marlon Brando und Mick Jagger zählten, hält dem toten Hudson vor, seinen Partner nicht über die Krankheit informiert zu haben.

Atomenergie
SPIEGEL-Report über die Kraftwerk-Pleite in der Dritten Welt 88

Israel
Schnelljustiz gegen Palästinenser 92

Südafrika
Photozeugnisse des Widerstands 96

USA
Brutale Haftanstalt Marion 98

Spanien
Lepra im Ferienparadies 100

Indien
Vorläufiger Schadensersatz für Bhopal-Opfer 102

Großbritannien
Bruderkrieg in der anglikanischen Kirche 104

SERIE

Die Abenteuer des Míguel Littín in seinem Heimatland Chile/ Von Gabriel García Márquez (II) 106

SPORT

Fair Play
Schon die alten Griechen spielten foul 115

Boxen
Skandalträchtige Bundesliga 117

KULTUR

Medizin
Der praktische Arzt Friedhelm Storch über die Mängel der Reform im Gesundheitswesen 135

Raumfahrt
Neuer Langzeit-Rekord der Sowjets 138

Politisches Buch
Rudolf Augstein über Ernst Nolte: „Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945" 141

Presserückschau
Die Affäre Höfer 145

Gesellschaft
Interview mit Hollywoods Star-Scheidungsanwalt Marvin Mitchelson 146

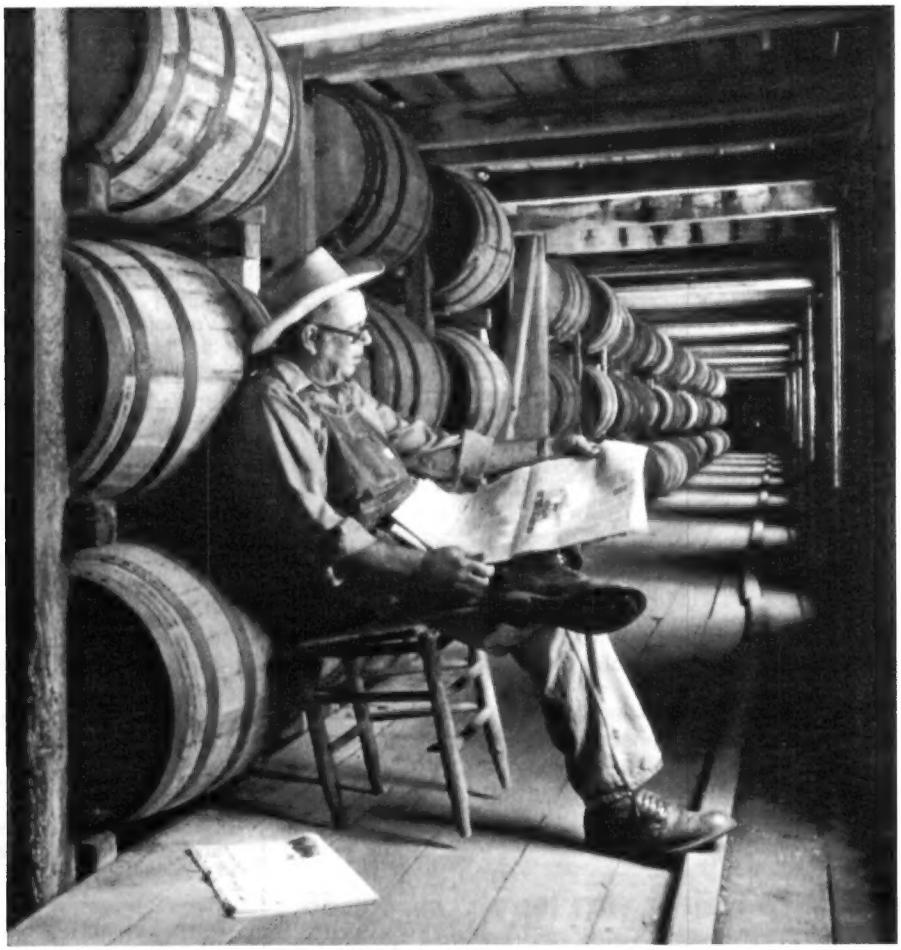
Musical
Cole Porters „Wodka Cola" zu Silvester neu ausgeschenkt 149

Tiere
Brunftgeschrei des Rothirsches erforscht 151

Feste
Pompöse Pläne für die Jahrtausendwende 152

Briefe 3
Panorama 16
Trends 79
Panorama Ausland 95
Szene 134
Bestseller 142
Spectrum 153
Personalien 154
Register 156
Fernseh-Vorausschau 158
Hohlspiegel/Rückspiegel 162
Impressum 14

DER SPIEGEL (USPS 154–520) is published weekly. The subscription price for the USA is $ 230,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DER SPIEGEL, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Wenn Sie mehr darüber wissen wollen, wie wir unseren Jack Daniel's herstellen, schreiben Sie uns nach Lynchburg, Tennessee 37352, USA.

WIR HABEN VIEL GEDULD in der Jack Daniel's Destillerie, denn ein Whiskey braucht viel Zeit, um ein Jack Daniel's zu werden.

Seit altersher fließt das kristallklare Wasser aus unserer Felsenquelle, und jedes Jahr warten unsere Farmer geduldig, bis ihre goldene Tennessee-Gerste sonnenreif und würzig ist.

Warum sollten wir also nicht auch dem Whiskey, den wir mit großer handwerklicher Sorgfalt daraus bereiten, viel Zeit lassen, damit er zu jener Milde und Würze heranreift, die ihn weltberühmt gemacht haben?

Deshalb ist Geduld unsere vornehmste Tugend hier in Lynchburg, Tennessee.
Und das seit 1866.

Import: Charles Hosie GmbH, 2000 Hamburg 1

JACK DANIEL'S TENNESSEE WHISKEY

BRIEFE

Verkrampftes Freiheitsideal?

(Nr. 51/1987, SPIEGEL-Titel: Schluß mit dem Ladenschluß)

Länger Einkaufen als Lustgewinn – da lacht der Kapitalist.
Berlin BERND SÜNNENWOLD

Spätöffnung – nein danke!
Ulsnis (Schlesw.-Holst.) HANS-JÜRGEN FOCK

Die „gute alte Zeit" ist vorbei, in der man für ein paar Mark im Monat Hausangestellte bis aufs Blut schikanieren konnte. Nun sollen Ladenbedienstete zu Objekten für Quälsüchtige werden. Die Parole „Schluß mit dem Ladenschluß" dient dem sadistischen Abschaum des Volkes.
Sigmaringendorf (Bad.-Württ.)
HELMUT-WERNER MAIER

Meinen Feierabend kann ich weitaus sinnvoller gestalten, als mich auf Rolltreppen schlechtklimatisierter Warenhäuser herumzudrücken. Etwas mehr Verständnis für die über 80 Prozent im Einzelhandel beschäftigten Frauen und etwas weniger Egoismus – ist das wirklich so schwer?
Tamm (Bad.-Württ.) GERTRUD DANKE

Es kann nicht angehen, daß der kulturelle Konflikt um die Lösung der Sinnkrise einer gelangweilten und überbezahlten Mittelschicht, die nach dem Motto „Ich kaufe, also bin ich" lebt, auf dem Rücken der Verkäuferinnen ausgetragen wird. Wenn die nicht wissen, wohin mit ihrem Geld, dann sollen sie es doch verschenken oder aber weniger arbeiten! Zehntausende werden's ihnen danken!
Berlin JAN JURCZYK

Mit keinem Wort erwähnen Sie die schlechte Bezahlung der Beschäftigten im Einzelhandel. Nach der Ausbildung erhält ein/e Verkäufer/in knapp 1000 Mark netto auf die Hand. Dafür sollen die Kollegen bis abends 22.00 Uhr arbeiten, bis auch der letzte Langschläfer seinen Weg in die Stadt gefunden hat?
Braunschweig DIRK STANGE
Gesamtjugendvertretung der Horten AG

Es ist eine Dreistigkeit, mit welch durchsichtigen Scheinargumenten hier Gewerkschaften und Einzelhandelsverbände entgegen offensichtlichem Mehrheitswillen ihre zweifelhaften Privilegien schützen wollen. Der Angeschissene ist Otto Normalverbraucher, der keine Lobby hat. Es scheint CDU und Gewerkschaften entgangen zu sein, daß das eine oder andere Mitglied oder vielleicht auch mal ein Wählerlein das dringende Bedürfnis hat, sein Würschtl nach dem Abendessen einzukaufen, gell.
Konstanz THOMAS SPISSINGER

Wer zuerst die erweiterten Ladenschlußzeiten in Anspruch nimmt, ist mir schon jetzt klar. Es sind die Rentner, welche nach einem ausgiebigen Schläfchen ihren Abendspaziergang durch die Geschäfte vornehmen und dabei nur gucken, aber nichts kaufen. Dies beobachte ich lau-

Westdeutsche Allgemeine Zeitung

Müßte doch aufzukriegen sein

Englisch aus'm Kasten

„Take it easy" ist ein guter Tip für alle, die schon immer leichter Englisch lernen wollten – aber nicht wußten wie. Ein verblüffend einfaches, neues Lernsystem (in Oxford und an anderen Universitäten erprobt!) macht es nun wirklich leicht... „easy". Man braucht dazu: Den Kasten mit den Vokabelkarten. Da steht zum Beispiel auf der linken Seite: „immediate". Wer die Übersetzung kennt, legt die Karte ab. Alles okay. Wer zweifelt, guckt nach rechts und weiß gleich: „sofort", natürlich!

Karte für Karte wird so sortiert. In gelernt und ungelernt. Fast 6000 Wörter, Begriffe und Redewendungen lernt man

„English Standard": 5824 Begriffe und Redewendungen in 3 Stufen, Grundwortschatz, Aufbauwortschatz, Umgangsenglisch

auf diese leichte Weise. Und man hat Spaß dabei. Weil man den Fortschritt Tag für Tag sehen kann. (An den abgelegten Karten!) Weil man aufhören kann, wann immer man will. Und weil man wirklich nur das zu lernen braucht, was einem fehlt. Was man mitbringen sollte: Grundkenntnisse. Das ist sicher kein Problem für die, die irgendwann einmal Englisch gelernt haben. Und die jetzt im Beruf oder auf Reisen feststellen, daß eigentlich nur genügend Worte fehlen. Englisch aus'm Kasten kann man in drei Stufen haben:

English Standard 1 vermittelt 1408 Wörter, Grundlage für den Hauptschulabschluß (89 Mark). Abiturniveau erreicht man mit 2240 zusätzlichen Begriffen aus English Standard 2 (98 Mark). Fit im Umgangsenglisch macht der anspruchsvolle „Vokabelkasten" English Standard 3 mit 2176 Redewendungen (98 Mark).

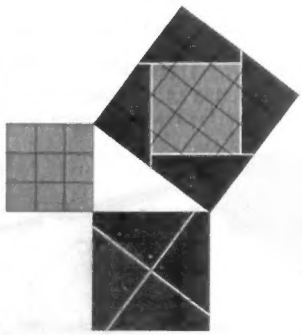
Neu gibt es: die English Standard Grammatik-Kartei (38 Mark), kaufmännisches Englisch (148 Mark) und technisches Englisch (148 Mark). Bezugsquelle:

English Standard Verlag GmbH Deutschland, Am Breienacker 10, 4005 Meerbusch 1, Tel.: 0 21 59/8 10 01

Stichwort:
Transportmärkte

Die SPIEGEL-Fachdokumentation „Transportmärkte", als 13. Band der Reihe Märkte im Wandel erschienen, bietet Hilfe bei der Abwägung, welche Versandart im Einzelfall am günstigsten ist.

SPIEGEL-VERLAGSREIHE
Märkte im Wandel



BAND 13:
Transportmärkte
Kurier-, Expreß- und Paketdienste

Die Themen

Entstehungsgeschichte der Kurier- und Expreßdienste
Internationale Kurierdienste – Bedeutung und Marktverhältnisse
Das weltweite Expreßmikado – Kuriergut/Expreßfracht
Nationale und internationale Paketdienste
Reaktion der Speditionen auf veränderte Marktstrukturen
Stadtkurierdienste
Kurier- und Expreßdienstleistungen von Bundespost und Bundesbahn
Entscheidungsfindung – Welche Versandart ist optimal?
Anbieterübersicht

Die einzelnen Kapitel des Bandes wurden von Fachautoren geschrieben, die mit der jeweiligen Materie besonders vertraut sind.

Die Dokumentation „Transportmärkte" hat einen Umfang von 146 Seiten (DIN A4) und kostet DM 36,– (inkl. Umsatzsteuer).

Lieferung gegen Vorkasse; im Inland portofrei. Überweisungen bitte mit dem Vermerk „Transportmärkte" auf das Konto 1413 004 (BLZ 200 304 00), Bankhaus Marcard, Stein & Co., Hamburg.

SPIEGEL-Verlag, Vertriebsabteilung
Postfach 11 04 20, 2000 Hamburg 11

fend kurz vor Ladenschluß oder an verlängerten Samstagen.

Essen WILFRIED RUST

Dem Argument, daß in einem freiheitlichen Staat ein solches Zwangsgesetz nicht bestehen dürfe, stelle ich die Frage gegenüber, weshalb dem Bürger bei den Öffnungszeiten der Bundespost, den Banken, den Krankenkassen und allen Behördendienststellen Zwang auferlegt wird. Der BVD wird sich nach wie vor im Interesse der Facheinzelhändler und ihrer Mitarbeiter für die Erhaltung des Ladenschlußgesetzes einsetzen.

Bonn KARL KUNRATH
Vorstandsvorsitzender Europaverband der Selbständigen, Bundesverband Deutschland (BVD)

Ich freue mich über den engagierten Beitrag des SPIEGEL. Die Zahl der Anhänger der FDP-Forderung nach Liberalisierung des Ladenschlusses wird wirklich immer größer. Diese Unterstützung tut gut, nachdem die FDP dieses Thema über viele Jahre hinweg und unter vielen Anfeindungen allein vorangetrieben hat. Der „Dienstleistungsabend" ist jetzt immerhin Bestandteil der Bonner Koalitionsvereinbarungen. In Hamburg hat die FDP in der Koalition mit der SPD durchgesetzt, daß die Hamburger Bürger jetzt erstmals auch abends einkaufen konnten.

Haussmann

Bonn DR. HELMUT HAUSSMANN, MdB/FDP

Es ist ausgesprochen lobenswert, daß sich der SPIEGEL mit solcher Vehemenz und Eindringlichkeit des Themas „Ladenschluß" angenommen hat. Auch wenn es sich eher um eine unheilige Allianz von Verbands- und Gewerkschaftsinteressen handelt, so steht doch fest, daß es sich beim derzeit gültigen Ladenschlußgesetz um einen Fremdkörper in der Marktwirtschaft handelt.

Eine umfassende Liberalisierung des 30 Jahre alten Ladenschlußgesetzes ist überfällig. Die Lockerung des starren Rahmens käme dabei der unternehmerischen Handlungsfreiheit ebenso zugute wie der Stärkung der Konsumentensouveränität. Weniger staatliche Reglementierung, mehr Spielraum für die wettbewerbsorientierte Marktwirtschaft muß daher auch hier die Forderung an den Gesetzgeber lauten.

Bonn DR. RAINER NEUMANN
Bundesgeschäftsführer der Wirtschaftsjunioren Deutschland

Als weitere Anregung in Ergänzung zu Ihren Ausführungen: Wie wär's, wenn man, statt die Ladenschlußzeiten generell aufzuheben, nur den Geschäftsinhabern und ihren Familienmitgliedern erlauben würde, auch noch nach 18.30 Uhr zu verkaufen? Fragt sich nur, ob sich für einen solchen Vorschlag eine ausreichend starke Lobby fände?!

Braunschweig HENNING KAHMANN

Emnid war jedenfalls nicht bei unseren Kolleginnen und Kollegen im Betrieb, als danach gefragt wurde, ob man für einen späteren Ladenschluß sei. Bei uns hätten sie nämlich niemanden gefunden, der einen späteren Ladenschluß für wünschenswert hält.

Göppingen BERNHARD HESS
Vorsitzender des Betriebsrates der co op Konsumgenossenschaft Göppingen

Was ist es bloß für ein verkrampftes Freiheitsideal, noch „morgens um 2.00 Uhr Käse" kaufen zu können! Das Ladenschlußgesetz ist eine der letzten Schranken, die den ansonsten ungehemmten Konsumdrang der Deutschen zügelt, und das ist auch gut so! Wenigstens ein paar Stunden pro Tag werden die Bürger so genötigt, etwas anderes zu machen, als immer mehr sinnlosen Müll anzuhäufen.

Berlin JENS BIELEFELDT VON KUNOWSKI

Nötiger Druck

(Nr. 51/1987, Friedensbewegung: Raketenabzug irritiert Pazifisten)

Friedensbewegung in der Flaute? Das entspräche zwar Rudolf Augsteins These von 1983, daß die Friedensbewegung an den Raketen hänge, um nicht überflüssig zu werden. In Wirklichkeit fühlt sich die große Mehrheit der Bewegung nicht nur durch das INF-Abkommen, sondern zugleich durch einen stetig angewachsenen Abrüstungswillen in der Bevölkerung bestätigt und gestärkt. Allein in unserer Ärztebewegung IPPNW erleben wir gerade jetzt einen erfreulichen Mitgliederzuwachs und einen vermehrten Zustrom zu unseren Vortragsveranstaltungen und Benefizkonzerten. Offenbar wächst die Einsicht: Die Politiker müssen spüren, daß die Völker den Bedrohungswettlauf mit seinen horrenden Risiken satt haben.

Richter

Dieser Druck von unten ist nötig, damit der jetzt begonnene Prozeß nicht bald wieder zum Stillstand kommt.

Heidesheim (Rhld.-Pf.) HORST-EBERHARD RICHTER
Vorstand der bundesdeutschen Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges

Am besten informiert

(Nr. 51/1987, Österreich: Waldheim wackelt)

Seitdem ich im September 1987 von der „Internationalen Historikerkommission zur Klärung der militärischen Vergan-

Welche von diesen 28 Sprachen möchten Sie 1988 frei sprechen?

GRATIS
und zusätzliches Überraschungsgeschenk
s. Hinweis unten links

Und mit welcher GRATIS-Kassette darf ich Ihnen beweisen, daß Sie es können?

Überzeugen Sie sich: Bereits nach 30 Minuten können Sie bei Linguaphone beginnen, z. B. Englisch in vollständigen Sätzen zu sprechen.

Die Linguaphone-GRATIS-Kassette demonstriert Ihnen, wie Sie die Sprache Ihrer Wahl in einigen Monaten sicher verstehen und frei sprechen lernen können. Nach der millionenfach bewährten Linguaphone-Methode HÖREN — VERSTEHEN — SPRECHEN und mit modernster Sprachlabortechnik lernen Sie zu Hause, in Ihrer Freizeit, neben Ihrem Beruf.

Keiner lehrt weltweit mehr Sprachen besser im Fern- und Selbststudium als Linguaphone.

Sie lernen Englisch wie in England, Französisch wie in Frankreich. Von Anfang an eignen Sie sich die richtige Aussprache, den richtigen Tonfall an. Vokabeln pauken? Grammatikbüffeln? Vergessen Sie diesen herkömmlichen Lernstreß.

5 Millionen Teilnehmer in aller Welt beweisen es: Mit dem ausgereiften Ton-Bild-Lehrmaterial lernen Sie mit Linguaphone eine Fremdsprache ebenso selbstverständlich wie ein Kind seine Muttersprache. Denn Linguaphone nutzt Ihr „natürliches" Sprachtalent und Ihr Hörgedächtnis.

Wenn Sie z. B. Englisch lernen wollen, ist die zweitbeste Methode nicht gut genug für uns und für Sie. 5 Millionen Teilnehmer kommen nicht von ungefähr. Es ist der beste Beweis dafür, daß Linguaphone den Vergleich zu anderen Sprachenschulen bestanden hat — bei der Lehrmethode, dem Lehrmaterial, der Unterrichtsgebühr und besonders dem Lernerfolg. Zeigen Sie uns eine Methode, die erfolgreicher ist.

6 Monate Linguaphone-Studium können Ihr Leben verändern. Überzeugen Sie sich selbst — GRATIS. Senden Sie noch heute den Gutschein unten für das **4teilige Linguaphone-Spezialangebot** ein.

LINGUAPHONE Sprachlehrinstitut Hamburg GmbH, ABT. AE 341
Neumann-Reichardt-Straße 27-33, 2000 Hamburg 70

Albert Sonnenfeld
Professor Albert Sonnenfeld

— — — Bitte heraustrennen, in Umschlag stecken und unfrankiert einsenden — — —

GUTSCHEIN für eine Gratis-Probekassette
für Sprachinteressierte ab 18 Jahren

ausschneiden, ausfüllen und gleich heute einsenden an:
LINGUAPHONE Sprachlehrinstitut Hamburg GmbH, Neumann-Reichardt-Straße 27-33, 2000 Hamburg 70

Ja, beweisen Sie mir, daß ich mit Linguaphone die von mir unten angekreuzte(n) Sprache(n) schnell und einfach lernen kann. Senden Sie mir daher — KOSTENLOS UND UNVERBINDLICH — Ihre 28seitige Broschüre „Fremdsprachen lernen leicht gemacht" mit Probestudiumsangebot, evtl. Überraschungsgeschenk und die Probekassette (spezielle Probekassette für Anfängerlehrgänge in

Englisch Französisch Spanisch (Kastilisch) Italienisch

allgemeine Demonstrationskassette mit verschiedenen Lehrgangsauszügen für die übrigen Sprachen).

Ich interessiere mich für (bitte so ☒ ankreuzen)

○ Afrikaans*	○ Isländisch*
○ Amerikanisch	○ Italienisch
○ Arabisch*	○ Japanisch
○ Bahasa Indonesia*	○ Neu-Griechisch
○ Bahasa Malaysia*	○ Neu-Hebräisch*
○ Chinesisch*	○ Niederländisch
○ Dänisch*	○ Norwegisch
○ Deutsch für Ausländer	○ Polnisch*
○ Englisch (Anfänger)	○ Portugiesisch
○ Englisch (Fortgeschrittene)	○ Russisch
○ Finnisch*	○ Schwedisch
○ Französisch (Anfänger)	○ Serbokroatisch
○ Französisch (Fortgeschritt.)	○ Spanisch (Kastilisch)
○ Hindi*	○ Spanisch (Südamerik.)
○ Irisch*	○ Walisisch*

* mit engl. Unterrichtssprache

Alle Linguaphone-Lehrgänge ZFU-zugelassen (Staatliche Zentralstelle f. Fernunterricht)

Vorname Name

Straße/Hausnummer 3/8

Postleitzahl/Wohnort AE 341

Beruf Geburtsdatum

Überraschungs-Geschenk
für Sprachinteressierte

Sofern Ihr Geburtsdatum eine 2, 3, 4, 5 oder 6 enthält, (z. B. 1. 11. 1929 oder 17. 8. 1960), erhalten Sie zusammen mit der Linguaphone-GRATIS-Information einen Gutschein für ein ganz persönliches und für ein Sprachenstudium sehr nützliches kleines Überraschungsgeschenk. Daher unbedingt Geburtsdatum im Gutschein angeben.

Linguaphone
Neumann-Reichardt-Str. 27-33
2000 Hamburg 70

Wenn Sie sich entschlossen haben, das 4teilige Linguaphone- GRATIS-Angebot nicht anzunehmen, lesen Sie bitte diesen Brief.

Graham Till

Lieber Leser,
als Mitglied im Akademischen Beirat von Linguaphone bin ich etwas enttäuscht.
Warum nimmt nicht jeder Fremdspracheninteressierte unser Angebot an? Warum schreiben uns in der Regel nur 15 von 1000 Lesern?
Befürchten die übrigen 985 möglicherweise, daß unser Angebot nicht wirklich kostenlos ist? Nun, ich versichere Ihnen, daß Sie die oben abgebildete Probekassette für z. B. Englisch und die wertvolle Linguaphone-Fremdsprachenbroschüre absolut kostenlos und unverbindlich erhalten.
Meine Kollegen und ich möchten Ihnen zeigen, auf welch einfache Weise Sie bei uns Fremdsprachen lernen — und gründlicher, als Sie es sich je erträumten.
Fordern Sie deshalb gleich heute das Linguaphone-GRATIS-Angebot an.

Mit freundlichem Gruß

Graham Till
Beiratsmitglied

DAS WOHNBÜRO

Die Denkmöbel von hülsta.

Wieso wirbeln einem, kaum im Wohnzimmersessel zur Ruhe gekommen, die genialsten Gedanken durch den Kopf, obwohl man den ganzen Arbeitstag trotz qualvollster geistiger Disziplinierungsversuche nicht mehr zustande gebracht hat, als seine restlichen Urlaubstage auszurechnen?

Wahrscheinlich wirkt gerade die standardisierte Kargheit des Arbeitsplatzes, die Isolation von allen berufsfremden Reizen - wenn man einmal von Fräulein Czernatzke nebenan absieht - nicht so erleuchtend, wie große Philosophen es angeblich Höhlen oder ähnlich sparsam möblierten Klausen zuschreiben.

Vielleicht sollten Sie sich deshalb einfach mal nach Büromöbeln umschauen, die Ihren Kopf zumindest optisch ins ideenträchtigere Wohnzimmer versetzen.

Besuchen Sie den hülsta-Fachhändler! Fordern Sie weitere Informationen und Fachhandelsnachweise an.

COUPON:

Bitte schicken Sie mir die hülsta-Händlerliste und Gratis-Kataloge über SP 81-8868

☐ *Wohnbüro* ☐ *Wohnraumprogramme*

NAME

STRASSE

ORT

Einsenden an: hülsta-werke, Postfach 1212, D-4424 Stadtlohn, Tel. 02563/8623.

Der Maßanzug für Ihre m²

hülsta

genheit von Dr. Kurt Waldheim" als „ständiger Experte" kooptiert wurde, vermeide ich öffentliche Stellungnahme zum Untersuchungsgegenstand noch mehr als zuvor. Infolge meiner Abneigung gegen Superlativ-Kriterien habe ich nicht gesagt, Waldheim sei „der bestinformierte" Wehrmachtsoffizier im okkupierten Griechenland gewesen. Hingegen mache ich keinen Hehl aus meiner Überzeugung, daß der damalige Oberleutnant im Stab der Heeresgruppe E „zumindest in der letzten Periode der Besatzungszeit zu den am besten informierten Offizieren gehörte". Zu dieser Überzeugung, die sich auf die langjährige Kenntnis der einschlägigen deutschen Primärquellen stützt, stehe ich noch heute.

Rethymnon (Kreta)
PROF. DR. HAGEN FLEISCHER
Universität Kreta

Frühschöppners Spätlese

Deutscher Waschtag

(Nr. 51/1987, Journalisten: SPIEGEL-Autor Harald Wieser über die Nazi-Vergangenheit des „Frühschoppen"-Moderators Werner Höfer)

Jetzt verklagt der braune Herr außer Diensten den SPIEGEL auf ein Schmerzensgeld. Derselbe Herr, der der Familie des Pianisten Karlrobert Kreiten, wenige Tage nach dessen Ermordung, durch seinen höhnischen Zeitungsnachruf abermals so große Schmerzen zugefügt hat. Hat er denn vergessen, daß er nicht nur im „12 Uhr Blatt" aufs übelste gehetzt hat, sondern in nahezu allen Nazi-Blättern, derer er habhaft werden konnte? Aber einige unserer Leitartikler glauben ihm seine Lügen (er habe nie gegen „Juden" geschrieben und niemals dem „Führer" gehuldigt) auch jetzt noch, wortreich und ohne eigene Recherchen (!) darum bemüht, den 30jährigen Höfer zu einem „Mitläufer" zu verkleinern. Ich stelle diesen Leuten die Frage: War ein unermüdlich aktiver Nazi-Journalist, der auf der Titelseite der Wochenzeitung „Das Reich" gleich neben dem Leitartikler Joseph Goebbels zu den „Volksgenossen" sprechen durfte, ein Mitläufer? Er war ein vom Propagandaministerium aus gutem Grunde geförderter Schreibtischtäter von einer so üblen Sorte, daß er (wie der SPIEGEL dokumentiert hat) den Menschen, die im Kriege unter den Bomben alles verloren, nicht einmal Trauer darüber gestattete. Harald Wieser hat in seinem exzellenten Artikel ja nicht von Schreibtischmörder (das wäre u.a. Eichmann) gesprochen, sondern, gestützt auf die zynischen Durchhalte-Feuilletons Höfers, vom Schreibtischtäter. Ich mache mir dieses Wort hier mit Bedacht zu eigen und fordere Werner Höfer auf, auch mich zu verklagen.

Berlin
FRIEDRICH LAMBART
ehem. Kunstamtsleiter Berlin-Tiergarten und Klassenkamerad Karlrobert Kreitens

Aus dem SPIEGEL, auch aus der Presseerklärung Werner Höfers, geht hervor, daß Höfer in der NS-Zeit ausschließlich in der Presse tätig gewesen sei. Die Akten von Goebbels' „Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda" enthalten die Niederschrift einer Rundfunksendung vom 10. August 1944 unter dem Titel „Was ist V I?", in der in einem „Zeitspiegel"-Gespräch „zwischen Werner Höfer und Dr. Toni Maus" erstmals „der Schleier des Geheimnisses, der diese Waffe bisher verhüllte, ein wenig gelüftet wird". Hierzu war „unserem Mitarbeiter Werner Höfer Gelegenheit gegeben, sich über das Wesen von ‚V I' zu unterrichten". In dieser zum Sendetermin 1944 auch in den Druckmedien

So schreibt die Presse über Cosmos-direkt

»...Der Rohüberschuß, der zu durchschnittlich 97% den Versicherten zugute kommt, liegt voraussichtlich wieder bei über 60% der Beitragseinnahme und zusätzlich sollen 1986 und 1987 in Form von Sonderausschüttungen jeweils 6 Mill. DM oder 2% des zinsberechtigten Versicherungsguthabens den Versicherten zufließen...«

Börsenzeitung Nr. 181 (23.9.1986)

»...„Cosmos direkt" als einzigen „echten Direktversicherer", der sowohl ohne Makler als auch ohne Geschäftsstellen auskommt... mit einer ausgeklügelten EDV und didaktisch gut ausgearbeiteten schriftlichen Angeboten...«

Die Welt Nr. 241 (17.10.1986)

Seit Januar 87 berücksichtigen wir in unserem Angebot die höhere Lebenserwartung von Frauen.

»Der Verzicht auf eine Überzeugungsarbeit leistende Vertreterschar impliziert die strikte Orientierung am Kundenwunsch.«

Handelsblatt Nr. 154 (16.8.1984)

»...Die Cosmos... schreibt dem Kunden deshalb schon nach zwölf Monaten mehr als 70% der eingezahlten Beiträge gut...«

Industriemagazin Nr. 12/1983

»...Jetzt macht die Cosmos... mit besonders pfiffigen Produkten von sich reden... So hat sie die Risikolebensversicherung und die Berufsunfähigkeitsversicherung, die sonst meist nur separat oder in anderen Kombinationen zu haben sind, zu einem Paket namens „Cosmos-Zusatzrenten-Plan" zusammengeschnürt.

Wirtschaftswoche Nr. 39 (18.9.1987)

Fordern Sie Ihr persönliches Angebot an:

Lebensversicherung billiger durch Direkt-Abschluß.

Mit unserem Angebot wenden wir uns an den kritischen und informierten Verbraucher, der genau weiß, was er will, und der es schätzt, direkt bei seinem Versicherer abzuschließen. „Direkt" heißt per Post und ohne Kosten für Geschäftsstellen und Außendienst-Organisation. Deshalb spart er bares Geld und erhält zudem den maßgeschneiderten Versicherungsschutz, den er braucht.

Prüfen Sie selbst

Als Beispiel unser „Niedrig-Tarif" zur Risiko-Lebensversicherung:

Risiko-Lebensversicherung über DM 100000,– Monatsbeiträge für Eintrittsalter 35				
	Tarifbeitrag DM		zu zahlender „Nettobeitrag" durch sofortige Gewinnbeteiligung* DM	
Laufzeit in Jahren	Frauen	Männer	Frauen	Männer
10	36,10	44,00	18,10	22,00
15	48,90	59,50	22,00	26,80
20	53,60	69,80	24,10	31,40
25	60,20	84,30	27,10	37,90

*Unsere hohen Gewinnanteile sind für das laufende und das folgende Geschäftsjahr garantiert. Sie bleiben so lange in dieser Höhe, bis ein neuer Satz festgelegt wird.

Aber das ist noch nicht alles

Sie können die Risiko-Lebensversicherung ohne erneute Gesundheitsprüfung in den ersten 10 Jahren der Laufzeit in eine kapitalbildende Lebensversicherung umwandeln (z. B. zur Altersversorgung oder Baufinanzierung).

In allen wichtigen Wirtschaftsmagazinen werden unsere „Niedrig-Tarife" besonders herausgestellt. Zum Beispiel: „Wirtschaftswoche" 22/85, „Capital" 1/86, „DM" 4/86, „test"-Sonderheft Versicherungen 9/87.

Unentbehrlich für die ganze Familie

Die Private Unfall-Versicherung für Sie und Ihre Familie – ebenfalls zu „Niedrig-Tarifen" bei der Cosmos Versicherung-AG.

Telefon-Service

Auf eine persönliche Beratung brauchen Sie nicht zu verzichten – unser Telefon-Service ist werktags von 8.00 bis 18.00 Uhr und sogar samstags von 9.00 bis 12.00 Uhr für Sie bereit.

Tel. (0681) 3097-222

Btx-Kontakt über Leitseite * 340347 4 # im Bildschirmtext-Angebot der Tele-F.A.Z.

Cosmos Lebensversicherungs-AG,
Postfach 65, 6600 Saarbrücken

Senden Sie mir bitte ein für mich unverbindliches Angebot für

☐ die Risiko-Lebensversicherung
Vers.-Summe _____ DM,
Laufzeit ____ Jahre mit ☐ ohne ☐ Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung.

☐ die Kapital-Lebensversicherung
Vers.-Summe _____ DM,
Laufzeit ____ Jahre mit ☐ ohne ☐ Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung.

☐ die Vermögensbildungs-Versicherung nach dem 5. VermBG.

☐ die Private Unfallversicherung
☐ für mich ☐ für meine Familie

☐ Informieren Sie mich bitte über die Möglichkeiten, weniger Steuern zu zahlen mit einer Direktversicherung durch Gehaltsumwandlung (für öffentlich Bedienstete und Beamte nicht möglich).

Name _____

Vorname _____

Geburtsdatum _____

Straße _____

PLZ _____ Wohnort _____

Berufliche Tätigkeit _____

Telefon _____

SP 4.1.

COSMOS direkt

Cosmos Lebensversicherungs-AG, Postfach 65, 6600 Saarbrücken

DER SPIEGEL – ein Lexikon der Zeitgeschichte

Es gibt kein ergiebigeres Nachschlagewerk zur jüngeren Geschichte als eine SPIEGEL-Sammlung.

Zum Sammeln bieten sich an:

Sammel-Boxen

für schnellen Zugriff zur SPIEGEL-Sammlung. Pro Jahrgang sind fünf bis sechs der falt- und haltbaren Boxen erforderlich.
Preis DM 8,50 pro Box.

Jahrgang-Sammler

mit Drahtaufhängung für maximal 14 Hefte, die einzeln wieder entnommen werden können.
Preis DM 12,– pro Sammler.

Einbanddecken

zum Binden der SPIEGEL-Ausgaben. Für einen SPIEGEL-Jahrgang sind vier Einbanddecken erforderlich; deren Rückenbreite kann erst am Ende eines Quartals festgelegt werden. Bestellungen sind deshalb nur für zurückliegende Quartale möglich; bitte angeben, für welche Jahresquartale die Einbanddecken benötigt werden.
Preis DM 9,– pro Einbanddecke.

Preise inkl. Umsatzsteuer. Versand gegen Vorkasse, im Inland portofrei. Überweisungen mit genauem Bestellvermerk bitte auf Postgirokonto Hamburg 7137-200 (BLZ 200 100 20).

SPIEGEL-Verlag, Vertriebsabteilung, Postfach 11 04 20, 2 Hamburg 11

gestarteten Propaganda-Aktion legte Werner Höfer unter anderem dar, die Waffe werde gezielt und damit entgegen Behauptungen der Engländer fair eingesetzt, während „der Bombenterror der Briten und Nordamerikaner ungezielt sei". Die Niederschrift trägt den Vermerk, daß die Sendung vom Reichsministerium Speer, vom General der Flakartillerie von Axthelm und von Oberstleutnant von Unruh freigegeben worden sei. Inhalt und Umstände der Sendung belegen, daß mit dieser wohlvorbereiteten Propaganda-Aktion kein beliebiger Journalist eine nebensächliche Aufgabe durchgeführt hat – und welche Funktion Höfer im Zusammenhang mit der dokumentierten Propaganda-Aktion ausgeübt hat. Vielleicht ist alles ein Irrtum, und Werner Höfer ist mit dem Werner Höfer der Rundfunksendung nicht identisch. Vielleicht kann Höfer dies selbst aufklären, aber hoffentlich nicht so, wie bisher geschehen und wieder einmal zu spät.

Kassel — PROF. DR. LOTHAR DÖHN

Obwohl in Konzeption und Wirkung nicht vergleichbar, so haben SPIEGEL und Werner Höfers „Internationaler Frühschoppen" doch die Qualität von publizistischen Institutionen in unserer Republik gemeinsam. Daß ausgerechnet eine dieser wöchentlichen eindrucksvollen journalistischen Veranstaltungen der anderen nun das Lebenslicht ausgeblasen hat, ist von bitterer Ironie, macht nachdenklich und traurig.

Daß der seit 1952 amtierende „Frühschöppner" aus Ihrem Pressehaus in Hamburg angezählt und vom WDR-Rundfunkrat in Köln nolens volens ausgezählt wurde, wird zum Menetekel über der öffentlich-rechtlichen Medienlandschaft im Großraum Bonn/Köln: Edmund Gruber (CDU/CSU) kommt (als Intendant zum Deutschlandfunk) und Werner Höfer (unabhängig/liberal) verschwindet unfreiwillig und grollend ins Abseits. Die Rundfunkstadt Köln und das publizistische Spektrum unseres Landes sind ein Stück ärmer geworden!

Köln — LOTHAR SCHWARTZ
Journalist

Wir waschen, wir waschen, wir waschen den ganzen Tag, wir waschen den WDR rein, die Politik waschen wir auch rein, ganz besonders waschen wir „unsere" Demokratie rein, die CDU Holstein wäscht sich rein, und es gibt mittlerweile kein deutsches Blatt, keine deutsche Zeitschrift oder Zeitung egal welcher Couleur, die ihre Auflage nicht mit Waschen in die Höhe treiben. Deutschland: Land der Putzen und Waschsalons? Wie ist das denn mit den Reinwäschern? Wenn die mal alle gewaschen haben, wird man sie ja wahrscheinlich selber waschen, weil man sich doch immer wieder fragen muß, „wann" hat „wer" denn zuerst gewußt, daß hier (zum Beispiel) Höfersäuberung fällig ist. Höfer war am WDR übrigens nicht nur „Frühschoppen" – man staunt ja immer wie-

der, wie kurz Gedächtnisse sind, besonders reine Gedächtnisse –, sondern er war einer der Macher, der Inbewegungsetzer des jetzt allzu lahmen Senders.

Nein, ich will nicht, daß man „endlich aufhört, nach Nazi-Verbrechen zu fahnden", obwohl ich auch da meine Zweifel habe. Aber Werner Höfer ist nicht Kurt Waldheim, oder schon lange nicht Barbie. Höfer, so meine ich, wird abgeschossen, weil er, wie unendlich viele andere, die ganz unbescholten bleiben, dummes, vielleicht sogar manchmal gefährliches Zeug geschrieben hat. Wenn das so war, hat sein Dienst an dem politischen Bewußtsein der Deutschen die Dummheiten zwar nicht wieder gut gemacht (das geht nicht), aber seine Verdienste sind enorm. Er ist nicht mehr „in", und die Jugend klopft heftig an der Tür. Auch wenn die Nachfolger schlechter sind als Höfer, haben sie recht zu klopfen. Sogar Neid kann positive Bewegung bewirken. Aber, wie es sicherlich irgendwo in der Bibel steht: Wer mit unlauteren Mitteln seinen Papa abmurkst, soll mit seiner neuen TV-Show nicht glücklich werden.

Zadek

P.S. Das Wort „Säuberung" habe ich irgendwo schon mal gehört.

Hamburg PETER ZADEK
Intendant des Deutschen Schauspielhauses in Hamburg

Herr Wieser, für Sie wäre ein Hitler-KZ das Richtige. Hoch lebe Höfer!

Biedenkopf (Hessen) KLAUS SEIBEL

Ausdrückliche Anregung

(Nr. 50/1987, Panorama)

In den letzten Wochen haben Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union verschiedene kritische Stellungnahmen zur Ausstellung „Widerstand gegen den Nationalsozialismus" in Berlin erreicht. Diese Kritik kam von Verwandten der am Widerstand Beteiligten und von ausgewiesenen Historikern. Ohne die Kritik im einzelnen inhaltlich zu bewerten, hat er die Stellvertretende CDU-Vorsitzende Frau Dr. Laurien in einem persönlichen Schreiben gebeten, die Angelegenheit vor Ort zu prüfen. Ausdrücklich hat er in diesem Zusammenhang angeregt, die Meinung von Fachleuten einzuholen. Darin einen unzulässigen Eingriff zu sehen, ist abwegig.

Es sollte im Gegenteil für jedermann selbstverständlich sein, die Meinung von Verwandten und Hinterbliebenen des Widerstandes zu hören und ihr – wenn nötig – Gehör zu verschaffen. Das gilt für den CDU-Bundesvorsitzenden erst recht dann, wenn sich Maria Hermes an ihn wendet: die Tochter des in Plötzensee ermordeten Zentrumspolitikers Josef

VIELE SENDER, VOLLER KLANG: HARMAN/KARDON TU 920.

Tuner-Experten aufgepaßt: hohe Trennschärfe und perfekter Klang waren bis jetzt schwer vereinbar. Und das noch bei hoher Senderdichte. Eine Aufgabe für das Active Tracking Konzept. Eingebaut im neuen harman/kardon TU 920. Der genau weiß, was Sie hören wollen. Nämlich nur den gewünschten Sender. Glasklar und so sauber wie nötig. Probieren Sie Active Tracking. Im TU 920. Ein Genuß für Ihre Ohren.

harman/kardon

Hören 1. Klasse

Überzeugen Sie sich von der harman/kardon-Qualität. Wir sagen Ihnen wo. Schreiben Sie uns. harman deutschland, Hünderstraße 1, 7100 Heilbronn · Ihr Partner mit den starken Marken!

GRUNDWERT FONDS

von Grund auf wertvoll

Ab 4.1.1988 wird auf Ertragsschein Nr. 15 die Ausschüttung für das Geschäftsjahr 1.10.1986 – 30.9.1987 ausgezahlt.

Ausschüttung: 6,50 DM pro Anteil

Im Rahmen von Anlagekonten mit automatischer Wiederanlage werden in Höhe der Ausschüttung zusätzliche Anteile zum Anteilwert gekauft.
Einige Informationen über das abgelaufene Geschäftsjahr per 30.9.1987:
Mittelzufluß: 820 Mio DM
Fondsvermögen: 3,163 Mrd DM
Anlageschwerpunkte: Büro- und Geschäftsgebäude, Warenhäuser und Einkaufszentren mit bekannten Mietern wie Kaufhof, Quelle, Woolworth, Mövenpick, Siemens, Henschel, Daimler Benz, Lufthansa, Familienministerium.
Gesamter Anlageerfolg (bei Wiederanlage der jährlichen Ausschüttungen), erzielt in stetiger Aufwärtsentwicklung:
– 1 Jahr: 5,6%
– 5 Jahre: 39,0%
– 10 Jahre: 98,6%
Hinter dem GRUNDWERT-FONDS 1 stehen die Dresdner Bank, HYPOBANK und Leonberger Bausparkasse. Dort – aber auch über alle anderen Kreditinstitute – können die Anteile gekauft und wieder verkauft werden.
Gern senden wir Ihnen kostenlos und unverbindlich Informationsmaterial.

DEGI Deutsche Gesellschaft für Immobilienfonds mbH, Marienstraße 17, Postf. 10 07 41, 6000 Frankfurt 1

Wirmer und die Schwiegertochter von Andreas Hermes, jenes Mannes also, der im Juni 1945 erster Vorsitzender der in Berlin gegründeten CDU wurde, nachdem er wenige Wochen zuvor nur durch das Kriegsende vor der Hinrichtung in Plötzensee gerettet worden war.

Bonn PETER RADUNSKI
Bundesgeschäftsführer der CDU

Keineswegs verschütt

(Nr. 50/1987, SPIEGEL-Interview mit dem Ex-Terroristen Horst Mahler über seine Wiederzulassung als Anwalt)

Die Robe unseres Kollegen Horst Mahler ist keineswegs „verschüttgegangen". Wie alles aus dem gemeinsamen Sozialistischen Anwaltskollektiv haben wir auch die Robe all die Jahre gut bewahrt und in Ehren gehalten. Rechtsanwalt Mahler hatte die Robe schon 1968 als „antiquiertes Requisit" abgelegt und auch im Gericht nicht mehr getragen, lange bevor er sich zum bewaffneten Kampf entschloß. Bis heute blieb die Robe im Einsatz – getragen vor Gericht, in politischen Prozessen oder auch 1973 beim Hungerstreik der Rechtsanwälte vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe. Häufig hat die „Mahler-Robe" sogar Beachtung in der Prozeßberichterstattung gefunden. Im Mahler-Prozeß hat der Angeklagte seine alte Robe amüsiert und mit einer gewissen Befriedigung über den Schultern seines Verteidigers wiedergefunden. Horst erinnert sich aber auch an gar nichts mehr! Inzwischen ist die Robe so verschlissen und verwaschen, daß das Rot im Schwarz durchschimmert. Ich hab sie getragen 18 Jahr und werd sie tragen, bis sie ins Revolutionsmuseum kommt.

Berlin H.-C. STRÖBELE
KLAUS ESCHEN
Rechtsanwälte

Einer Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe ist ein Prospekt der Firma Siedle & Söhne, Furtwangen, beigeklebt.

Einer Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe ist eine Postkarte des SPIEGEL-Verlages, Hamburg, beigeklebt.

Die Redaktion des SPIEGEL behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

2000 Hamburg 11
Postfach 110 420
Brandstwiete 19/Ost-West-Straße
Telephon (040) 3007-1, Telex 2 162 477, Telefax (040) 3007-247,
Telegramm Spiegelverlag
Postgiro-Kto. Hamburg Nr. 7137-200
BLZ 200 100 20

HERAUSGEBER
Rudolf Augstein

CHEFREDAKTION
Erich Böhme, Dr. Werner Funk

REDAKTION
Ariane Barth, Rolf Becker, Dieter Bednarz, Wolfram Bickerich, Ulrich Bieger, Wilhelm Bittorf, Peter Bölke, Jochen Bölsche, Dr. Hermann Bott, Stephan Burgdorff, Werner Dähnhardt, Werner Dageför, Dr. Thomas Darnstädt, Bernd Dörler, Dr. Martin Doerry, Adel S. Elias, Nikolaus von Festenberg, Dr. Michael Fischer, Uly Foerster, Klaus Franke, Hans Jakob Ginsburg, Henry Glass, Rudolf Glismann, Wolfgang Gust, Dr. Hans Halter, Werner Harenberg, Dietmar Hawranek, Manfred W. Hentschel, Ernst Hess, Heinz Höhne, Joachim Hoelzgen, Dr. Jürgen Hohmeyer, Siegesmund von Ilsemann, Ulrich Jaeger, Urs Jenny, Dr. Wolfgang Kaden, Dieter Kampe, Dr. Hellmuth Karasek, Klaus-Peter Kerbusk, Hans Werner Kilz, Dr. Walter Knips, Siegfried Kogelfranz, Klaus Kröger, Karl Heinz Krüger, Bernd Kühnl, Wulf Küster, Dr. Romain Leick, Heinz P. Lohfeldt, Andreas Lorenz, Armin Mahler, Dr. Wolfgang Malanowski, Hans Hermann Mans, Dr. Hans-Peter Martin, Gerhard Mauz, Dr. Renate Merklein, Fritjof Meyer, Rolf S. Müller, Bettina Musall, Hans-Georg Nachtweh, Irma Nelles, Dr. Renate Nimtz-Köster, Hans-Joachim Noack, Gunar Ortlepp, Stephan Paetow, Rainer Paul, Christoph Peck, Jürgen Petermann, Norbert F. Pötzl, Joachim Preuß, Günter Rau, Klaus Reinhardt, Dr. Rolf Rietzler, Dr. Gerd Rockel, Kurt Röttgen, Valeska von Roques, Dr. Fritz Rumler, Marie-Luise Scherer, Peter Schille, Tom Schimmeck, Heiner Schimmöller, Arnd F. Schirmer, Hans Joachim Schöps, Bruno Schrep, Diethelm Schröder, Harald Schumann, Helmut Sorge, Lutz Spenneberg, Mareike Spiess-Hohnholz, Hans Gerhard Stephani, Hans-Wolfgang Sternsdorff, Günther Stokkinger, Peter Stolle, Willy Theobald, Dr. Rainer Traub, Dieter G. Uentzelmann, Klaus Umbach, Hartmut Volz, Dr. Manfred Weber, Rainer Weber, Alfred Weinzierl, Sibylle Weischenberg, Erich Wiedemann, Dr. Harald Wieser, Dr. Dieter Wild, Helene Zuber

REDAKTIONSVERTRETUNG BONN
Winfried Didzoleit, Dr. Richard Kiessler, Dirk Koch, Jürgen Leinemann, Dr. Paul Lersch, Heiko Martens, Hartmut Palmer, Olaf Petersen, Hans-Jürgen Schlamp, Tina Stadlmayer, Alexander Szandar, Klaus Wirtgen, Dahlmannstraße 20, 53 Bonn, Tel. 26703-0, Telex 886 630

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND
Berlin (West): Wolfgang Bayer, Christian Habbe, Axel Jeschke, Kurfürstenstraße 72–74, 1 Berlin 30, Tel. 26 10 61, Telex 184 704 · Berlin (DDR): Ulrich Schwarz, Leninallee 175, 16–06, DDR-1156 Berlin, Tel. 372 10 75 und 375 41 44 · Düsseldorf: Georg Bönisch, Hans Leyendecker, Manfred Müller, Richard Rickelmann, Rudolf Wallraf, Immermannstraße 15, 4 Düsseldorf 1, Tel. 1 68 90-0, Telex 8 582 737 · Frankfurt a. M.: Peter Adam, Stefan Baron, Wolfgang Bittner, Ulrich Manz, Jürgen Scherzer, Oberlindau 80, 6 Frankfurt a. M., Tel. 71 71 81, Telex 413 009 · Hannover: Wolfgang Becker, Jürgen Hogrefe, Rathenaustraße 16, 3 Hannover, Tel. 32 69 39, Telex 922 320 · Karlsruhe: Rolf Lamprecht, Amalienstraße 25, 75 Karlsruhe 1, Tel. 225 14, Telex 7 825 471 · Kiel: Manfred Ertel, Dietrich Lachmund, Niemannsweg 18, 23 Kiel, Tel. 56 30 66, Telex 299 859 · Mainz: Wilfried Voigt, Rheinstraße 101, 65 Mainz, Tel. 23 24 40, Telex 4 187 507 · München: Heinz Höfl, Dr. Joachim Reimann, Michael Schmidt-Klingenberg, Stuntzstraße 16, 8 München 80, Tel. 470 10 54, Telex 522 501 · Stuttgart: Dinah Deckstein, Peter Stähle, Kriegsbergstraße 11, 7 Stuttgart, Tel. 22 15 31, Telex 722 673

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND
Athen: Kostas Tsatsaronis, Omirou 13, 10672 Athen, Tel. 363 6577 und 363 6737, Telex 215 418 · Basel: Jürg Bürgi, Spalenring 69, 4055 Basel, Tel. 22 63 63, Telex 825 391 · Brüssel: Marion Schreiber, Bd. Charlemagne 45, Residence Roncevaux, 1040 Brüssel, Tel. 230 6108 und 230 6217, Telex 25 294 · Kairo: Volkhard Windfuhr, 18, shari' El-Fawakeh, Muhandisin, Kairo, Tel. 71 22 10 und 70 40 15 · Kapstadt: Paul M. Schumacher, 4th Floor, Protea Assurance House, 31 Adderley Street, Kapstadt 8001, Tel. 45 57 57, Telex 520 393 und 524 955 · London: Hans Hielscher, Economist Building, 7th Floor, 25 St. James's Street, London SW 1 A 1 HA, Tel. 839 7666 und 930 1604, Telex 25 278 · Madrid: Elisabeth Guth, Marques de Cubas 12, Madrid 14, Tel. 429 8964, Telex 45 383 · Mexiko: Armin Wertz, Alfonso Caso 278–7 bis, Col. Tlacopac, 01040 Mexico, D. F., Tel. 550 1297, Telex 1 773 310 (Presseclub) · Moskau: Jörg R. Mettke, Krutizkij Wal 3, Kw 36, Moskau, Tel. 274 00 09, Telex 413 288 · Neu-Delhi: Sri Prakash Sinha, 35 B Nizzamuddin East, Neu-Delhi, Tel. 61 97 33, Telex 3 162 469 · New York: Dr. Werner Meyer-Larsen, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N. Y. 10036, Tel. 221 7583, Telex 237 723 · Paris: Lutz Krusche, 17 Avenue Matignon, 75008 Paris, Tel. 4256 1211 und 4256 1972, Telex 650 086 · Peking: Dr. Stefan Simons, Qijiayuan 7. 2. 31, Peking, Tel. 52 35 41, Telex 22 736 · Rio de Janeiro: Walter Tauber, Avenida São Sebastião, 157 Urca, 22291 Rio de Janeiro (RJ), Tel. 275 1204, Telex: 2 130 706 · Rom: Birgit Kraatz, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. 679 7522, Telex 622 257 · Stockholm: Hermann Orth, Scheelegatan 4, Stockholm, Tel. 50 82 41 · Tel Aviv: Henri Zoller, Harechesch Street 12, Tel Aviv (Afeka), Tel. 42 73 65, Telex 342 663 · Tokio: Dr. Tiziano Terzani, 3–31–9 Kamimeguro, Meguro-ku, Tokio, Tel. 791 8011 · Washington: Hans Hoyng, Dr. Martin Kilian, Suite 702, 1015 15th Street, N. W. Washington, D. C. 20 005, Tel. 347 5222, Telex 440 214 · Wien: Dr. Inge Cyrus, Telekygasse 13, 1190 Wien, Tel. 36 15 92 und 36 35 37, Telex 115 888

ILLUSTRATION
Martina Blume, Barbara Bocian, Ludger Bollen, Katrin Bollmann, Thomas Bonnie, Regine Braun, Manuela Cramer, Josef Csallos, Peter Nils Dorén, Volker Fensky, Rüdiger Heinrich, Karin Kahlisch, Ingeborg Molle, Ursula Morschhäuser, Walter Pomikalko, Monika Rick, Chris Riewerts, Manfred Schniedenharn, Bettina Volz, Karin Weinberg, Rainer Wörtmann, Jürgen Wulf, Monika Zucht

SCHLUSSREDAKTION
Rudolf Austenfeld, Horst Beckmann, Jens Eggers, Horst Engel, Hermann Harms, Rolf Jochum, Herbert Kanthack, Karl-Heinz Körner, Heinz Kohl, Inga Lembcke, Reimer Nagel, Andreas M. Peets, Wolfgang Polzin, Gero Richter-Rethwisch, Thomas Schäfer, Wilhelm Schöttker, Claus Schüler, Ingrid Seelig, Hans-Eckhard Segner, Hans-Jürgen Vogt, Holger Wolters, Peter Zobel

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR
dieser Ausgabe für Panorama, Außenpolitik, Post, Affären, Klein-Gespräch, Überläufer, DDR, SPIEGEL-Essay: Diethelm Schröder; für Beamte, Immobilien, Erlemann-Gespräch, Unternehmen, Trends, Luftfahrt: Peter Bölke; für Atommüll, FDP, Raubdrucke, Barschel, Umwelt, Feste: Uly Foerster; für Barschel (S. 68), Medizin, Raumfahrt, Tiere: Rolf S. Müller; für Golf, Afghanistan, Israel, Panorama, Ausland, Südafrika, Spanien, Indien, GroBbritannien: Siegfried Kogelfranz; für Atomenergie: Dr. Hans-Peter Martin; für Serie: Gunar Ortlep; für Sport, Mitchelson-Interview, Spectrum: Kurt Röttgen; für Titelgeschichte, Szene, Bestseller, Presserückschau, Musical, Fernseh-Vorausschau: Dr. Hellmuth Karasek; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Briefe, Personalien, Register, Hohlspiegel, Rückspiegel: Ulrich Bieger; für Titelbild: Rainer Wörtmann; für SPIEGEL-Verlag/Hausmitteilung: Rolf Becker (sämtlich Brandstwiete 19/ Ost-West-Straße, 2000 Hamburg 11)

DOKUMENTATION
Jörg-Hinrich Ahrens, Werner Bartels, Sigrid Behrend, Dr. Jürgen Bruhn, Lisa Busch, Armin Dirks, Heinz Egleder, Dr. Herbert Enger, Johannes Erasmus, Wolfgang Fischer, Marianne Friedrichs, André Geicke, Ille von Gerstenbergk-Helldorff, Hartmut Heidler, Wolfgang Henkel, Gesa Höppner, Jürgen Holm, Christa von Holtzapfel, Joachim Immisch, Günter Johannes, Petra Kleinau, Sonny Krauspe, Hannes Lamp, Marie-Odile Jonot-Langheim, Ilse Lange-Henckel, Walter Lehmann, Michael Lindner, Leonore Lohse, Sigrid Lüttich, Roderich Maurer, Günther von Maydell, Rainer Mehl, Ulrich Meier, Wolfhart Müller, Christel Nath, Anneliese Neumann, Werner Nielsen, Paul Ostrop, Nora Peters, Peter Philipp, Ulrich Rambow, Anke Rashatasuvan, Dr. Mechthild Ripke, Hedwig Sander, Rolf-G. Schierhorn, Carl-Heinz Schlüter, Ekkehard Schmidt, Marianne Schüssler, Christel Schulz, Werner Siegert, Margret Spohn, Anja Stehmann, Monika Tänzer, Dr. Eckart Teichert, Jutta Temme, Dr. Iris Timpke-Hamel, Carsten Voigt, Ursula Vollmann, Horst Wachholz, Dieter Wessendorff, Andrea Wilkens, Georg Wöhner
Leitung: Karl-H. Schaper, Harald Schütz

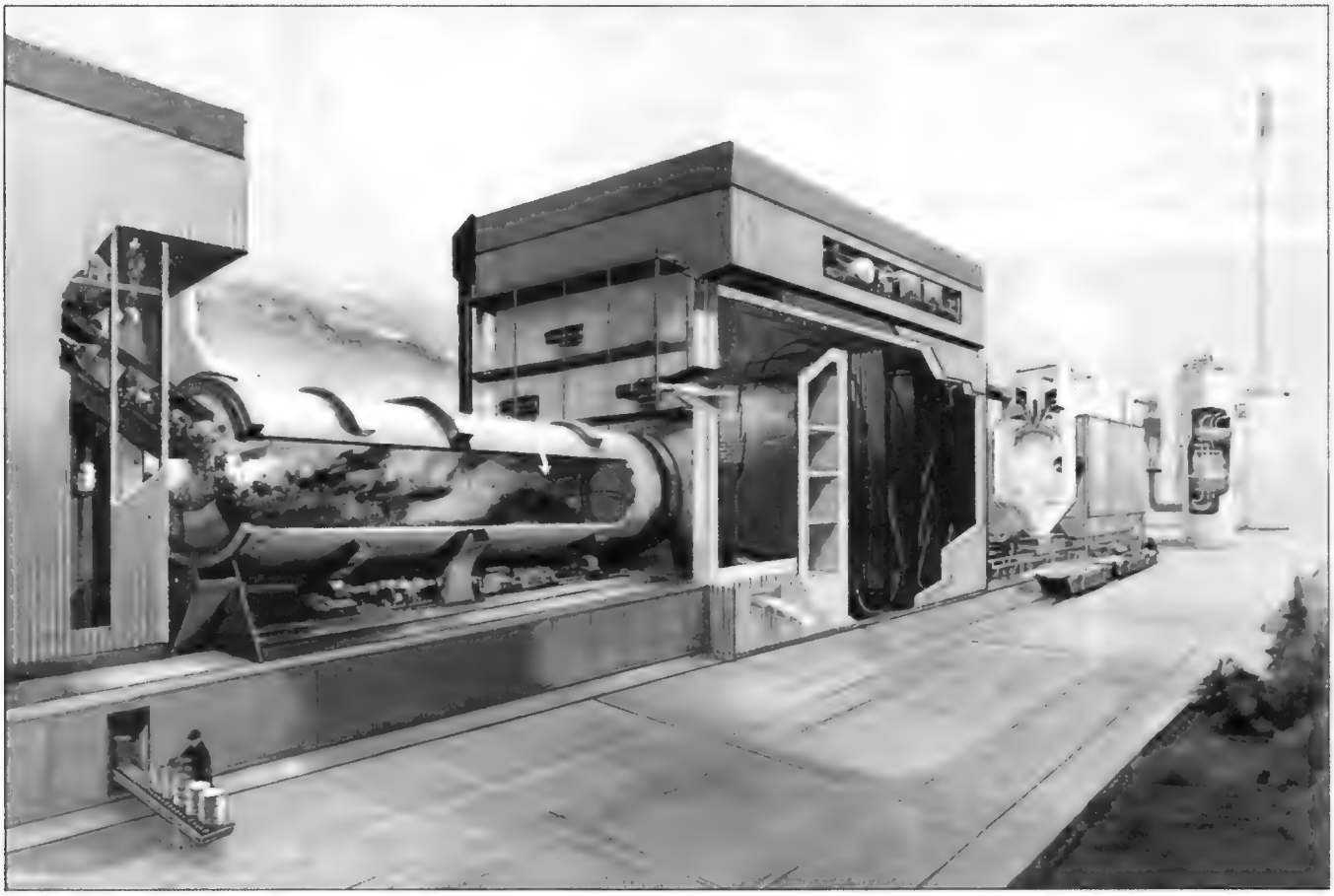
NACHRICHTENDIENSTE
AP, dpa, Los Angeles Times/Washington Post, Newsweek, New York Times, Time

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG
Büro des Herausgebers: Wolfgang Eisermann; verantwortlich für Anzeigen: Horst Görner; gültige Anzeigenpreisliste Nr. 42 vom 4. Januar 1988, Abonnementspreise (Normalpost, inklusive USt.): Inland sechs Monate DM 104,–, zwölf Monate DM 208,–. Normalpost Europa: sechs Monate DM 135,–, zwölf Monate DM 270,–; Seepost Übersee: sechs Monate DM 140,20, zwölf Monate DM 280,40; Luftpostpreise auf Anfrage. Abonnement-Service: Tel. (040) 30 07-445
Verlagsgeschäftsstellen: Düsseldorf: Immermannstraße 15, 4000 Düsseldorf, Tel. 16 89 0-0, Telex 8 382 737; Frankfurt a. M.: Oberlindau 80, 6000 Frankfurt a. M., Tel. 72 03 91, Telex 411 977; Hamburg: Brandstwiete 19, 2000 Hamburg 11, Tel. 3007-1, Telex 2 162 477; München: Stuntzstraße 16, 8000 München 80, Tel. 470 10 54, Telex 522 501; Stuttgart: Kriegsbergstraße 11, 7000 Stuttgart, Tel. 22 15 31, Telex 722 673
Druck: Druckhaus Ahrensburg, Ahrensburg bei Hamburg, und Darmstadt

VERLAGSLEITUNG
Helmut Wallbaum, Christian Wenger

GESCHÄFTSFÜHRUNG
Rudolf Augstein, Adolf Theobald

1200 °Celsius. Vielleicht das Ende einer heißen Diskussion.



Die vielen chemischen Produkte, die so viele unserer täglichen Probleme lösen, werden schließlich selber zum Problem. Ölverschmutzte Materialien, Bremsflüssigkeiten, Kühl-, Isolier- und Lösungsmittel sowie Lacke sind als Müll eine erhebliche Belastung für die Umwelt.

Was können wir tun? Wir von PREUSSAG – viel.

Die Preussag-Hüttentechnik ist dabei, einen wahrhaft „heißen Ofen" zu bauen – die Hochtemperatur-Verbrennungsanlage, die Schadstoffverbindungen aufspaltet und verbrennt, ohne daß neue giftige Stoffe entstehen. Und die Wärmeenergie, die sich auf diese Art entwickelt, kann der lokalen Stromversorgung dienen.

PREUSSAG

Zukunft für Ideen - Konzepte für die Zukunft

panorama

Lex Rebmann

Mit einer Gesetzesänderung will die Bundesregierung die Pension von Generalbundesanwalt Kurt Rebmann aufbessern. Als der oberste Terroristenjäger im Juli 1977 den Posten des ermordeten Siegfried Buback übernahm, versüßte ihm die Regierung Helmut Schmidt den Amtsantritt. Rebmann erhielt, anders als sein Vorgänger, nicht nur Bezüge der Besoldungsklasse R 9 (Grundgehalt damals: 7333,46 Mark). Ihm wurde ein Zuschlag in Höhe von 75 Prozent der

Rebmann

Differenz bis zur nächsten Besoldungsstufe R 10 zugestanden, damals knapp 1400 Mark pro Monat, inzwischen fast 2000 Mark. Jetzt fiel Rebmann, 63, der Schönheitsfehler auf, daß sein Zubrot nach geltendem Recht „nicht ruhegehaltsfähig" ist, also bei der Bemessung der Pension nicht berücksichtigt werden kann. Finanzminister Gerhard Stoltenberg und Justizminister Hans A. Engelhard waren schnell zu einer „Lex Rebmann" bereit: Die beiden anstößigen Wörtchen „nicht ruhegehaltsfähig" sollen im Gesetz gestrichen werden. Ursprüngliche Begründung: die Schwere des Amtes und die lange Bezugsdauer. Das letzte Argument ist zwar richtig, aber nicht opportun. Viele Beamte beziehen schon sehr lange nicht ruhegehaltsfähige Zulagen, und Stoltenberg will keinen Präzedenzfall schaffen. So bleibt nur die Schwere des Amtes. Diese Begründung ist allerdings schwach, weil im Ruhestand die Bürde so drückend nicht mehr sein kann.

Familien-Trip am Nil

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann verschaffte sich einen billigen Urlaub – mit peinlichen Folgen für die Bundesregierung. Vom 23. Dezember bis zum 4. Januar besuchte der FDP-Vorsitzende Ägypten, unterzeichnete unter anderem ein Umschuldungsabkommen. Doch nur am ersten und am letzten Tag reiste er in offizieller Mission. Dazwischen war er ganz privat am Nil: Mit Ehefrau, Sohn, Tochter und deren Freund erkundete Bangemann die Touristenattraktionen in Luxor und Assuan. Unüblich daran: Die ägyptische Regierung zahlte den Familien-Trip. Falls Bonn sich dafür demnächst revanchieren müßte, wird es peinlich. Denn für private Spritztouren fremder Staatsgäste gibt es in der Bundeskasse keine Mark. Der Regierung bliebe nur ein Ausweg, den sie gelegentlich früher schon beschreiten mußte: die höfliche Anfrage bei diversen Hotels, ob man dort die Gäste der Republik nicht kostenlos beherbergen und beköstigen könne.

Zerstörer „Lütjens"

Wörner zeigt Flagge

Bonn will auch in diesem Jahr der Forderung der Amerikaner nachgeben, die ins Krisengebiet am Persischen Golf abkommandierten Schiffe der 6. US-Flotte im Mittelmeer durch solche der Bundesmarine zu ersetzen. Am 21. Januar läuft erstmals eine komplette „Kampfgruppe" – die Fregatten „Emden", „Bremen" und „Lübeck", der Zerstörer „Lütjens" sowie das Tankschiff „Spessart" – in Richtung Süden aus. Hält die Golf-Krise erwartungsgemäß an, will Verteidigungs-

Kohls Ärger mit Stoltenberg

Bei Bundeskanzler Helmut Kohl und seiner Umgebung wächst die Verärgerung über den einstigen Kabinettsstar, Finanzminister Gerhard Stoltenberg. Seit langem werfen sie dem Kassenwart vor, er verschrecke durch ungeschicktes und zögerliches Taktieren bei der Steuerreform die Masse der Arbeitnehmer.

Der neueste Vorwurf: Stoltenberg habe es kürzlich bei einem Gespräch des Kanzlers mit Wirtschaftsführern, darunter Edzard Reuter (Daimler-Benz), Carl Hahn (VW) und Wolfgang Hilger (Hoechst), auch an der notwendigen Seelenmassage für die Industrie-Klientel fehlen lassen. Stoltenberg sei durch langatmige Ausführungen zur Währungspolitik einer Diskussion mit seinem Duzfeund Tyll Necker, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, ausgewichen. Der hatte vorgerechnet, die Unternehmen würden bei der Steuerreform nicht entlastet, sondern netto zur Kasse gebeten.

Stoltenberg, Schäuble

Kohl und seine Leute kreiden Stoltenberg außerdem an, er habe die vorweihnachtliche Stabilitätsvereinbarung der Finanzminister der sieben großen Industrienationen in der Bundesrepublik nicht lautstark genug

minister Manfred Wörner auch in der zweiten Jahreshälfte Flagge an der Nato-Südflanke zeigen. Ursprünglich hatte Bonn eine entsprechende US-Forderung abgelehnt, dann aber doch nachgegeben mit dem Bemerken, der Einsatz werde auf eine kurze Zeit begrenzt. Jetzt ist ein Dauereinsatz deutscher Kriegsschiffe im Mittelmeer geplant.

Berliner Belange

Die Bundesregierung tut sich beim Umgang mit der DDR immer noch schwer. Monatelang hatten die Bonner gedrängt, bei den Verhandlungen mit der DDR über ein Kulturabkommen stets die Belange Berlins zu berücksichtigen. Als eine Kommission zur Zusammenarbeit mit der DDR bei Wissenschaft und Technik auch mit einem Vertreter Berlins besetzt werden sollte, legte sich Forschungsminister Heinz Riesenhuber quer. Die „zusätzliche Benennung", kritisierte er, „würde der DDR-Politik Vorschub leisten, eine Sonderrolle Berlins im Sinne der Dreistaatentheorie zu begründen zu versuchen. Daran kann uns aus berlin- und deutschlandpolitischen Gründen nicht gelegen sein".

gepriesen, um damit dem weiteren Dollarverfall entgegenzuwirken. Der Minister habe das Ergebnis nur schüchtern publik gemacht und sei dann in die Weihnachtsferien verschwunden. Als Beispiel für vom Kanzler geschätzte Pflichterfüllung wird Umweltminister Klaus Töpfer genannt, der wegen des Skandals um die Atomtransportfirma Transnuklear seinen Urlaub absagte.

Inzwischen wird unter Kabinettsmitgliedern bereits bitter-böse über das Nordlicht gelästert. Geldwünsche von Kollegen pflege der Minister auf dreierlei Art abzulehnen: „Jo, jo" sei ein „Nein", das noch zu geringer Hoffnung auf „Ja" berechtige. „Das müssen Sie mit den Beamten meines Hauses besprechen" komme einer endgültigen Absage gleich. „Herr Kollege, ich hätte an Ihrer Stelle überlegt, ob ich dieses Thema noch einmal anspreche" bedeute aus dem Munde Stoltenbergs Ablehnung und sei zugleich Ausdruck von Beleidigtsein.

In Bonn ist selbst eine Ablösung des von der Kieler Barschel-Affäre angeschlagenen Stoltenberg auf „mittlere Frist" kein Tabu mehr. Als Nachfolge-Favorit wird Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble gehandelt. Der habe im Koalitionsgezerre um die Steuerreform seine Kompetenz bewiesen und Stoltenberg mehrfach aus der Patsche geholfen.

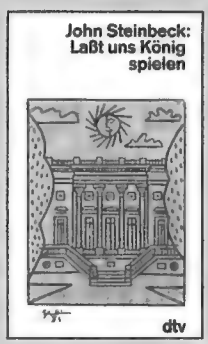
Im Januar '88

neu bei dtv

10839 / DM 16,80

10840 / DM 12,80

10841 / DM 14,80

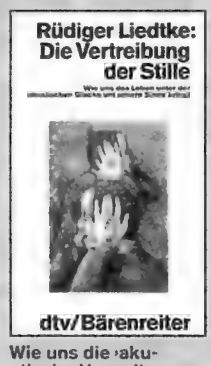


10845 / DM 8,80

Bekanntes, weniger Bekanntes und noch zu Entdeckendes aus dem literarischen Werk Franz Führmanns. (10844 / DM 14,80)

Siebzehn Geschichten aus der Fremde – ganz reale Geschichten aus einer allzu realen Welt. (10842 / DM 7,80)

Die verschiedenen Einflüsse und Strömungen im libanesischen Bürgerkrieg und seine Ursachen. (10846 / DM 14,80)

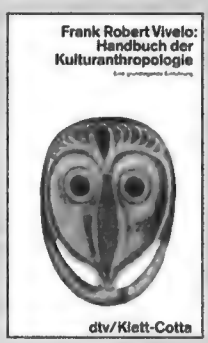


Wie uns die ›akustische Umweltverschmutzung‹, das Leben unter der akustischen Glocke um unsere Sinne bringt. (10849 / DM 10,80)

Über die Fähigkeit des Menschen, zu zerstören, seinen Narzißmus und seine inzestuöse Fixierung. (15039 / DM 9,80)

Deutsche Literatur im Zeitalter der Französischen Revolution 1789 – 1815. (4346 / 2 Bände DM 44,–)

Eine Sozialgeschichte der Frühen Neuzeit. Vom Feudalsystem zur Marktgesellschaft. (4466 / DM 19,80)



Eine grundlegende Einführung in die neue interdisziplinäre Wissenschaft vom Menschen. (4470 / DM 19,80)

3265 / DM 29,80

3740 / DM 19,80

3741 / DM 19,80

2598 / DM 8,80

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

„Wir werden niemals das Schwert erheben“

Bei seinem ersten Moskau-Besuch schlug der CSU-Chef Franz Josef Strauß ungewohnte Töne an. Er überschüttete seinen Gastgeber Gorbatschow mit Komplimenten und guten Wünschen und sieht Ost und West an „der Schwelle eines neuen Zeitalters“. Der Schnellschwenker korrigierte sogar den alten Heraklit: „Krieg wäre das Ende aller Dinge.“ Vor „offensiven Absichten“ Moskaus brauche der Westen keine Furcht mehr zu haben.

Ein Bonner Politiker tafelte in Moskau mit einem prominenten sowjetischen Journalisten. Das Gespräch kam auf Franz Josef Strauß, den einzigen aus der Spitzengarde der deutschen Politik, der noch nie in Moskau war.

„Ein großer Fehler, diesen Mann nicht einzuladen“, monierte der Gast aus Bonn, „der ist wichtiger als manch anderer, den ihr empfangt.“ Der russische Gastgeber sah das anders: „Strauß – das ist doch ein Plusquamperfekt.“

„Ihr täuscht euch gewaltig“, widersprach der Deutsche, „ihr werdet mit dem Mann noch reden.“ Strauß werde die politische Szenerie in Deutschland noch lange mitbestimmen.

Doch da hörte der Russe schon nicht mehr hin – damals, vor zwei Jahren, beim Essen mit dem Bonner Volksvertreter.

Zum Ende des Jahres 1987 hat der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow den Veteranen der deutschen Rechten und eingefleischten Anti-Kommunisten Franz Josef Strauß von der schwarzen Liste der unerwünschten Ausländer gestrichen. Am Dienstag vergangener Woche wurde Strauß im Kreml, dem Zentrum der östlichen Supermacht, mit ausgesuchter Höflichkeit empfangen. Gorbatschow: „Ich freue mich, Sie kennenzulernen.“

Am nächsten Tag stand's in der sowjetischen Parteizeitung sogar auf Seite eins. Strauß zu seinen Gastgebern: „Das war einer der größten Augenblicke meines Lebens, auf der ersten Seite der ‚Prawda‘ zu stehen.“

Locker ging es zu und lässig, als wär's im Weißen Haus zu Washington, in Downing Street Nr. 10 in London oder zu Haus in der Prinzregentenstraße 7: Scherzchen über die Photographen, Small talk übers Wetter.

Hier stand Strauß nun und konnte auch anders – der Landser von einst, der sich beim Rückzug vor Stalingrad beide Füße erfroren hatte und seit 1945 im Kampf gegen den Kommunismus keine Gelegenheit ausgelassen hat, sich die Finger zu verbrennen.

Der Strauß der frühen Jahre wollte die Sowjet-Union ausradieren (und die Jusos schickten ihm sogar den Radiergummi). Er bekämpfte – bis vor die Schranken des Bundesverfassungsgerichts – die Ostverträge der sozialliberalen Koalition, weil mit ihnen die „Büchse des Unheils geöffnet“ werde. Er verachtete Brandt und Bahr als Handlanger Moskaus. Strauß damals: „Gute Nacht, Deutschland! Gute Nacht, Europa!“

Unbeirrbar fuhr er jahrzehntelang auf der atlantischen Schiene. Er stand an der Seite Ronald Reagans, als der den „Krieg der Sterne“ verkündete und die UdSSR zum „Reich des Bösen“ erklärte. Nicht weniger als viermal reiste er in

Strauß beim Start nach Moskau: „Neues Zeitalter“

Kreml-Gast Strauß (M.), Gastgeber Gorbatschow: „Ungezwungen, selbstbewußt, selbstsicher"

das ferne Peking, auch um den gelben Drachen gegen den verhaßten roten Bären zu mobilisieren.

Als der Ober-Bayer 1980, damals Kanzlerkandidat der Union, in den Wahlkampf gegen Helmut Schmidt zog, schmähte er dessen Reise zum Roten Platz als „Wahl-Fahrt nach Moskau", die den Sowjets aus der „moralischen Quarantäne" nach der Invasion in Afghanistan helfen sollte. Schmidt habe sich zum „Vermittler und Briefträger" der Sowjets gegen Amerika benutzen lassen.

Sieben Jahre später, am vergangenen Mittwoch, war das alles nicht mehr wahr. Die „Prawda" verkündete in einem Beitrag über den Strauß-Besuch, daß besseren deutsch-sowjetischen Beziehungen nun nichts mehr im Wege stehe: Gorbatschow hoffe, „daß das kommende Jahr 1988 von einer Intensivierung des konstruktiven politischen Dialogs zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik und einer Ausweitung der Kontakte und Begegnungen zwischen den beiden Ländern gekennzeichnet wird".

Strauß habe, so das sowjetische Parteiorgan weiter, versichert, daß „der Krieg aus der Praxis der Beziehungen zwischen Staaten als Mittel zur Lösung politischer Fragen ausgeschlossen" werden müsse. Es dürfe „keinen Krieg – weder nuklear noch ‚halb-nuklear', noch konventionell" – geben. Strauß laut „Prawda": „Wir werden niemals das Schwert erheben. Militärische Konfrontation muß für immer gebannt werden, sowohl vom Territorium der beiden deutschen Staaten als auch der Sowjet-Union."

CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel, der Strauß zusammen mit CSU-Generalsekretär Gerold Tandler, Staatskanzleichef Edmund Stoiber und „Bayernkurier"-Chefredakteur Wilfried Scharnagl nach Moskau begleitet hatte, fand das nicht neu. Er sprach nicht von neuen Einsichten seines Vorsitzenden, sondern von der Lernfähigkeit der Moskowiter: „Die anderen Ostblockführer haben schon vor der Sowjet-Union begriffen, daß man ohne oder gegen Strauß das Verhältnis der Bundesrepublik zu den östlichen Nachbarn nicht entscheidend beleben kann."

Gorbatschows Wünsche trafen sich mit den Nöten des Bonner Kanzlers. Helmut Kohl, glücklos in der Innenpolitik und bei den Bürgern derzeit samt seiner CDU untendurch, muß nach außenpolitischen Erfolgserlebnissen trachten.

Um von dem zwischen Russen und Amerikanern ausgehandelten Abbau der atomaren Mittelstreckenraketen auch bei den Wählern profitieren zu können, muß Kohl auch jene Hardliner gewinnen, die ihm, angeführt von Franz Josef Strauß, bislang das Leben schwergemacht haben.

So kam es, daß Kohl, wie seine Vorgänger Willy Brandt und Helmut Schmidt, aber auch wie Bundespräsident Richard von Weizsäcker im vergangenen Sommer, den Sowjets immer wieder antrug, endlich dem Bayern die Ehre zu geben: „Es ist besser, mit Strauß zu reden als über ihn."

Allzugut war den Fürsprechern Kohl und Weizsäcker noch in Erinnerung, wie zahm der bayrische Löwe werden kann, sitzt er Ostblockführern Auge in Auge gegenüber. Nachdem Schmidt 1978 dem damaligen sowjetischen Staats- und Parteichef Leonid Breschnew zugeredet hatte, den Bayern auf Schloß Gymnich zu empfangen, hatten beide rasch Gefallen aneinander gefunden.

Kohl hätte es kaum gewagt, SED-Chef Erich Honecker mit Hymne und Ehrenkompanie in Bonn zu empfangen, wäre er sich nicht der Rückendeckung von Strauß sicher gewesen, der einige Jahre zuvor den Milliardenkredit einfädeln durfte und seitdem ein Spezialverhältnis zu den kommunistischen Brüdern im Osten pflegt (siehe Seite 22).

So sehen denn auch Kohl und seine Berater den Strauß-Besuch in Moskau als eine Art Vorlauf für spektakuläre Ereignisse, von denen sich der angeschlagene Kanzler endlich einen Popularitätszuschlag erhofft: Für den 18. Januar hat sich der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse in Bonn angesagt, Gorbatschow soll alsbald folgen.

Schon vor einiger Zeit hatte Kohl den Kreml-Herrn wissen lassen, er möge doch in der ersten Jahreshälfte 1988 erscheinen. Gar zu gerne würde der Oggersheimer den hohen Gast während seiner EG-Präsidentschaft empfangen und so der Visite besonderen Pomp verleihen. Vergeblich hatte er Ende September in Bonn den Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Anatolij Dobrynin, gelöchert, ob und wann Gorbatschow zu kommen gedenke. Doch der erfahrene Diplomat tauchte weg: „Sie

„Die Sympathie für die Bolschewiki“

Der seltsame Hang kommunistischer Machthaber zu konservativen Politikern

Eine Einladung nach Moskau, hatte Franz Josef Strauß vor Jahren schon erkannt, betrachten die Sowjets als „besonderes Geschenk“, dessen man sich würdig erweisen müsse. Er brachte den Beweis.

Breschnew hatte den bayrischen Machthaber, auch wenn er ihn nie daheim empfing, als „realistischen Politiker“ eingeschätzt; fünfmal machte Strauß Chinas Mao und dessen Nachfolgern seine Aufwartung.

Kommunisten allüberall, speziell aber die in Moskau, hatten stets ein Faible für Politiker, die – wie sie selbst – mit den Kategorien der Realität, des grenzüberschreitenden Konservativismus und der Opportunität illusionslos hantieren. Der gestandene Antikommunist genießt seit je höheren Respekt als der idealistische Anhänger eines demokratischen Sozialismus, dem schon Lenin die Kugel zugedacht hatte. Der kam besser mit Ludendorff als mit Rosa Luxemburg oder dem Menschewiken Martow zurecht, Stalin besser mit Hitler, auch mit Churchill als mit Tito oder Mao. Breschnew sprach gern mit dem Schah von Persien, Gorbatschow lieber mit Margaret Thatcher oder mit Ronald Reagan, dem vermeintlichen Widersacher des Bösen, als mit dem Sozialisten François Mitterrand.

Die seltsame Sympathie wurzelt in einem ähnlichen Verständnis vom Staat und seinen Aufgaben. Von Anbeginn an war das, was sich in Rußland Kommunismus nannte und die Befreiung der arbeitenden Massen versprach, das reaktionärste Staatswesen Europas, dessen Einwohner bis heute mit Büttel und Zensor zu Disziplin und Vaterlandsliebe angehalten werden und vor bürgerlichen Freiheiten weitgehend bewahrt bleiben.

Solcher Gesellschaftsordnung entspricht eine Kabinettsdiplomatie, die am Beharren interessierte Kräfte als Partner bevorzugt. Das war schon so bei der Großen Oktoberrevolution von 1917, die ja keineswegs Folge der Massenerhebung eines Proletariats war, sondern den Kaiserlich-deutschen Generalstab zur Hebamme hatte, geführt vom Militärdiktator Ludendorff: Der stattete den Revolutionär ohne Massenbasis, Lenin, mit einigen Millionen Goldmark aus und setzte ihn in den Zug quer durchs feindliche Deutschland nach Petrograd, um den Zweifrontenkrieg an der Ostflanke zu beenden. Das tat der dann auch mit dem ersten Vertrag Sowjetrußlands – gegen den Protest der gesamten Linken und anfangs sogar der Mehrheit seines eigenen ZK.

Längst hatte sich Lenin ein anderes Programm als seine frühen Lehrmeister, die deutschen Sozialdemokraten, zu eigen gemacht: Nicht die Arbeiter sollten ihre besetzten Fabriken leiten, sondern der Staat – Vorbild war die Deutsche Reichspost – mit einer Super-Plan-Zentrale wie der Berliner Kriegswirtschaftsbehörde an der Spitze. Und für den allgemeinen Arbeitszwang ohne Streikrecht berief sich Lenin ausdrücklich auf Ludendorffs „Hilfsdienstgesetz“.

Revolutionär Lenin (1919)
„Natürlich ein Bündnis“

Als es trotzdem in Deutschland, speziell in Bayern, revoluzzerte, kam der sowjetische Berater Karl Radek vor Ort und mit deutschen Führungsgenossen bald in Haft. Nach Liebknecht und Rosa Luxemburg wird der KPD-Organisationsleiter Leo Jogiches 1919 im Gefängnis Berlin-Moabit „auf der Flucht erschossen“. Radek aber, der Vertreter Sowjetrußlands, empfängt dort in seiner Zelle – einem „politischen Salon“ (Radek) – Verhandlungsführer der deutschen Wirtschaft, des Auswärtigen Amtes und der Militärs: erste Schritte in Richtung Rapallo, des zweiten Vertrages, den der Sowjetstaat mit dem Westen schloß.

Lenin-Partner Ludendorff (1917)
Millionen für den Kommunisten

Der Friedensvertrag von Versailles drängte Deutschland in Lenins Sicht „natürlicherweise zu einem Bündnis mit Rußland“. Es war das Deutschland jener Kräfte, die vier Jahre zuvor den Spartakus-Aufstand niedergeschlagen hatten. Diese Allianz – mit der Konterrevolution – führte laut Lenin „zu einer Durchbrechung der politischen Schranken, so daß sich die deutschen Schwarzhunderter (etwa: Faschisten) in ihrer Sympathie für die russischen Bolschewiki mit den Spartakus-Leuten trafen“.

Und, voller Stolz: „Die Zusammenarbeit mit einem fortgeschrittenen europäischen Staat hat begonnen.“ Radek solidarisierte sich mit Leo Schlageter, dem Rebellen von rechts, da warben auch die Jungnazis Joseph Goebbels und Rudolf Heß für eine Orientierung auf die Sowjet-Union.

Die Reichswehr erprobte insgeheim mit der Roten Armee in Rußland Panzer, Flugzeuge und Giftgas. Carl von Ossietzky deckte es auf, die Sozialdemokraten liefen im Reichstag Sturm: alles Schützenhilfe für den Machtantritt jenes Kriminellen, den Stalin einen „molodez“ nannte, einen Prachtkerl, auf den er einen Toast ausbrachte, als er sich mit ihm Polen teilte und einiges mehr.

Als Hitler seinen Stalin enttäuschte und 1941 in Rußland einfiel, schlug der einem „Nationalkomitee“ gefangener

preußischer Generäle ein Deutschland ohne Hitler in den Grenzen von 1914 unter den Farben Schwarz-Weiß-Rot vor.

Auch nach dem Großen Kriege wurden und werden Moskau-Besucher unterschiedlich behandelt, je nachdem ob sie behaupten, sich in die Hölle zu begeben oder nach Canossa zu gehen: Sowjetfeind Konrad Adenauer brachte 10 000 „Kriegsverbrecher" mit heim, dem Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker wurde eine Liste mit den Namen von angeblichen Kriegsverbrechern übergeben, die von der Bundesrepublik ausgeliefert werden sollen.

Willy Brandt, ausgewiesener Antifaschist, schloß als Kanzler 1970 in Moskau einen Vertrag mit einem „Brief zur deutschen Einheit", den die Moskowiter heute nicht mehr wahrhaben möchten; auf Annullierung des Hitler-Stalin-Paktes bestehen sie aber nicht. In Oreanda auf der Krim suchten sie ihm 1971 ihre Vorstellungen über die Zukunft Europas und eines Miteinanders schmackhaft zu machen. Leonid Breschnew lockte den Sozialdemokraten mit dem Zigmilliarden-Angebot, deutsche Firmen sollten Sibirien erschließen helfen. Wenig später mußte Brandt gehen, weil der Spion eines kommunistischen Bruderlandes, Günter Guillaume, in des Kanzlers engster Umgebung aufgeflogen war.

Weder zu Brandts Zeiten noch zu denen seines Nachfolgers Helmut Schmidt erfüllte sich die Hoffnung der deutschen Sozialdemokraten, sie könnten tatsächliche materielle Erfolge ihrer Ostvertrags-Politik einfahren. Immer wieder nahmen die Sowjets den schwierigen Status Berlins als Bremspedal für bessere offene Beziehungen, gegen die in Bonn wie in München die Konservativen ohnehin opponierten. Schmidt, der wie Strauß den Krieg als Leutnant auch an der Ostfront mitgemacht hatte, versuchte, die Sowjets zu einem Abbau der Drohwaffe SS-20 zu überreden. Als er aus dem Amt war, zur Kohl-Zeit, kam das Zeug weg, ausgehandelt nicht vom milden Jimmy Carter, sondern vom Kommunistenschreck Reagan.

„Im ideologischen Bereich", schrieb einmal ein Ostblock-Ideologe, „ist Willy Brandt ein schwierigerer Gegner als Adenauer." Zu deutsch: Konservative aus dem Westen, und erst recht Reaktionäre, stabilisieren die Sowjetordnung mit ihren guten alten Werten – Pflicht und Ordnung, Keuschheit und Folklore, Uniform und Gehorsam. Demokratische Sozialisten verunsichern sie nur. Wird das auch unter Gorbatschow so bleiben?

Unter sein Gebot zur Nüchternheit fällt auch jenes sowjetische Bier, dessen Markenname übrigblieb von einer fernen Zeit: „Krasjana Bawarija" – Rotes Bayern. Darauf und damit stieß Strauß nicht an, schon gar nicht mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU.

wissen, daß der Generalsekretär das Treffen wünscht. Aber ich habe keine Einladung und keinen Termin, das macht der Genosse Außenminister."

Wann auch immer Gorbatschow erscheint, Franz Josef Strauß hat die Moskauer Nummer 1 schon nach München eingeladen und will ihn dort hochleben lassen – wie zuvor schon Honecker. Strauß zu Gorbatschow: „Ein Tag in München wäre einer der am besten verbrachten in der Bundesrepublik."

Nach zweieinhalb Stunden (Strauß: „Mit soviel hatte ich gar nicht gerechnet") im Amtszimmer des Generalsekretärs war auch der Bayer dem Charme des Mannes erlegen, der seit dem Washingtoner Gipfel eine wachsende Fan-Gemeinde im Westen hinter sich weiß und vom Nachrichtenmagazin „Time" gerade zum „Mann des Jahres" gekürt wurde. Gorbatschow konnte zufrieden sein. Der bayrische Ministerpräsident hatte nichts bewegt – nur sich selbst. Widerstand gegen weitere Abrüstung ist aus der CSU-Ecke vorerst nicht mehr zu erwarten.

Strauß kriegte sich kaum noch ein vor lauter Lob. Mit Anekdoten und Witzen, die nun einmal „zu einem gelungenen Gespräch dazugehören", habe sein Gesprächspartner brilliert. Strauß: „Ich habe jedenfalls so etwas nicht erwartet, auf keinen Fall hier in Rußland, mit dem Führer der Sowjet-Union." Gorbatschow sei „ungezwungen, sehr selbstbewußt, sehr selbstsicher, ohne überheblich zu sein". Und Strauß gab noch eins drauf: „Ich muß sagen, ohne daß ich sehr sentimental und pathetisch beeinflußbar bin, daß ich mit den angenehmsten Gefühlen weggegangen bin."

Die beiden Parteiführer hatten sich, als wäre nie etwas gewesen, gleich zu Beginn des Gesprächs gegenseitig Komplimente gemacht. In der Sowjet-Union wie in Deutschland, schmeichelte FJS, kämen „die besten Politiker aus dem Süden: Gorbatschow, Schewardnadse, Strauß, Tandler, Waigel, Stoiber".

Der Russe revanchierte sich und stilisierte den Gymnasiallehrer – wegen dessen historischer Kenntnisse – zum „Professor für Alte Sprachen und Geschichte" hoch. Er wie Strauß hätten freilich ihre erlernten Berufe nicht ausgeübt, sondern sich „als abtrünnige Schafe" in die Gefilde der Politik verirrt. Strauß war nicht mehr Strauß, er war selig.

Kreml-Besucher Brandt, Gastgeber*: „Gute Nacht, Deutschland"

Schließlich tauschten die beiden Bildungsbürger aus München und Moskau auch noch Weisheiten des griechischen Philosophen Heraklit aus. „Alles fließt", orakelte der Sowjetmensch, alles sei in Bewegung. „Der Krieg ist der Vater aller Dinge", zitierte Strauß zurück – und korrigierte sogleich den alten Griechen: „Heute wäre der Krieg das Ende aller Dinge."

Strauß, dem in Moskau lange Jahre hindurch der Ruch des Revanchisten und Kriegstreibers anhing, traktierte sein Gegenüber mit Kaskaden von Friedensbeteuerungen: Zwischen den Industrienationen der Welt dürfe es Gewalt „in keiner Form" mehr geben. All das müsse „echt der Vergangenheit" angehören. „Das letzte Jahr und die letzten Monate haben begonnen, die Welt zu verändern."

Auch Auge in Auge mit dem Generalsekretär mochte Strauß allerdings das

* Generalsekretär Breschnew (M.) und Ministerpräsident Kossygin 1970 bei der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages.

„Längst nicht mehr in der Ecke“

Wie aus dem deutschlandpolitischen Falken Strauß ein Kredit-Einfädler wurde

Den „Ausverkauf deutscher Interessen durch die liberalsozialistische Koalition“ beklagte Franz Josef Strauß, Münchenauf, Kielunter, während der ganzen 13 auszusitzenden Oppositionsjahre. Noch im März 1983, als der 1980 geschlagene Kanzlerkandidat unter Kohl gern Außenminister geworden wäre, schlug er starke deutschlandpolitische Töne an.

In einem 140-Seiten-Papier für die Koalitionsverhandlungen mit der FDP forderte der bayrische Falke die „Wiederherstellung eines richtigen Verhältnisses von Leistung und Gegenleistung in der Deutschlandpolitik“. Die Bundesrepublik dürfe sich keinesfalls in Situationen begeben, „die sie den Erpressungen der SED-Machthaber aussetzt“.

Dies war der Strauß, wie ihn die Seinen kannten und liebten: ein Mann mit gefestigtem Feindbild, dem Unnachgiebigkeit und Druck auf die DDR realistischer schien als die Finanz- und Vertrauensvorschüsse der Ostpolitik Brandtscher Prägung.

„Die ängstliche Leisetreterei der Regierung Schmidt/Genscher“, dekretierte der Bayer, „darf nicht von der Regierung Kohl/Genscher fortgesetzt werden.“

Dieser Strauß schnaubte, nach einem Zusammentreffen mit Honecker befragt, 1980, erst wenn Ost-Berlin bereit sei, „auch über den Abbau der verbrecherischen Selbstschußanlagen“ und die „Aufhebung des Schießbefehls zu reden“, käme er; und Finanzhilfen hingen zusammen „mit einem freien Besuchsverkehr“ sowie „mit dem Abbau von Mauer und Todesstreifen“.

Wer unter der im deutschlandpolitischen Grundsatzpapier der CSU-Landesgruppe von 1978 gelegten Sprunglatte („Gewährung wirtschaftlicher Vorteile durch die Bundesrepublik Deutschland nur noch unter der Bedingung . . . daß die andere Seite politische Zugeständnisse macht“) durchtauchte, bekam Hiebe. Helmut Schmidt, 1981 von seinem Treffen mit Honecker am Werbellinsee zurückgekehrt, wurde von Strauß gescholten, er habe den SED-Chef „gewaltig aufgewertet“ und ohne Gegenleistungen „erhebliche materielle Erleichterungen verbindlich zugesagt“. Kurzum: Der Schmidt-Besuch bei Honecker war kein deutsch-deutscher Gipfel, sondern ein „Parterre-Treffen“, ein „Maulwurfshügel“.

Im Juli 1983 aber vollführte Strauß eine Kehrtwendung, als handle es sich bei ihm um einen labilen Sanguiniker. Nach dem Adenauer-Motto „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern“ gab sich Strauß nur wenige Monate nach der Kohl-Wahl als der Einfädler eines Milliardenkredits an die DDR zu erkennen. Er traf sich mit dem SED-Chef auf Schloß Hubertusstock und adelte anschließend seine überraschende Beziehungskiste mit einem Flug von Erfurt nach München in einer von ihm gesteuerten Piper Cheyenne.

Besucher Honecker, Gastgeber Kohl*: „Menschenfeindliches System“

Als habe er nie die Forderungen, der DDR mehr Selbstbewußtsein und mehr materielle Vorteile zuzugestehen, als Ausfluß einer „geradezu lebensgefährlich törichten Philosophie“ gebrandmarkt, verklarte er seinen düpierten Fans in einem SPIEGEL-Gespräch, wie sich bei ihm Realität in Einsicht umsetzt: „Viele Leute sind nur deshalb verärgert, weil die mich in einer Ecke für dauernd festnageln wollten und auf einmal festgestellt haben, daß ich schon längst nicht mehr in der Ecke stehe.“

Als CSU-Frondeure in Wildbad Kreuth kurz vor den bayrischen Kommunalwahlen, um Wählerstimmen fürchtend, wieder in die Gräben des Kalten Krieges zurückhüpfen wollten, beschied Strauß sie mit der Voraussage weiterer Gegenleistungen der kredithungrigen DDR und einer Warnung: „Im Verhältnis zum Osten können wir nicht wieder da anfangen, wo wir 1969 aufgehört haben.“

Daß es ein Zurück hinter die deutschlandpolitischen Linien der sozialliberalen Koalition nicht geben dürfe, ließ Strauß auch seinen Männerfreund Kohl im Dezember 1986 wissen. Von Kohls Wahlgerede über das „zutiefst menschenfeindliche System“ der DDR, in der es „Konzentrationslager“ gebe, distanzierte sich Strauß vor dem CSU-Wahlkongreß: Es gebe in den letzten drei Jahren, eben seit Straußens Einfädelei und seinem Besuch bei Honecker, „gewisse Zeichen der Annäherungsbereitschaft zur Zusammenarbeit mit uns“. Insgesamt: „Die Bilanz ist gut.“ Schließlich: „Ich enthalte mich jeder diskriminierenden Bewertung.“

Straußens wundersame Wandlung vom Falken zur Taube bekam auch Honecker bei seinem Besuch in Bayern letztes Jahr zu spüren. Von einer Sonderbeziehung zwischen der DDR und dem Freistaat Bayern redete der Bayern-Herrscher in seiner Begrüßungsansprache und von „Verantwortung“, die es gebiete, trotz tiefgreifender Unterschiede zwischen Ost und West, „den Weg der Zusammenarbeit weiterzugehen“.

Selbst in einer Protokollfrage stach Strauß Kohl noch aus. Statt derer sieben, wie in Bonn beim Honecker-Empfang, eskortierten in München gleich 15 Polizisten den Besucher-Konvoi vom Flughafen in die Stadt.

* Am 7. August 1987.

von Gorbatschow und Reagan ausgehandelte Mittelstreckenabkommen doch nicht ganz uneingeschränkt gutheißen. Nach wie vor plagt ihn die Sorge, Gorbatschow könne den Westen mit einer dritten Null-Lösungs-Offerte in Verlegenheit stürzen. Seinen Kanzler sieht er zusammen mit FDP-Außenminister Hans-Dietrich Genscher bereits auf verhängnisvollen Abwegen; der wolle eine dritte Null-Lösung bei den Atomwaffen mit einer Reichweite unter 500 Kilometer ansteuern. Immer wieder betonte Strauß, daß er aus „militärtechnischer Sicht" die Bedrohungslage der Bundesrepublik nach Abzug der Mittelstrekkenraketen „eher verschlechtert" finde. Die Sowjet-Union besitze zu viele atomare Kurzstreckenwaffen.

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, dozierte Strauß im Kreml, habe nur „den Bruchteil" des Schadens angerichtet, den die Explosion einer Kurzstreckenrakete zur Folge hätte. Strauß: Gorbatschow müsse sich vorstellen, was dann 1300 oder 1400 sowjetische Raketen dieses Typs in der Bundesrepublik und der DDR bewirken könnten. Ihm gehe es nicht darum, „den Krieg weniger möglich, sondern im Ansatz unmöglich zu machen".

Gorbatschow: „Das nehme ich zur Kenntnis. Wir kennen Ihre Sorgen."

Der Gastgeber durfte dafür zur Kenntnis nehmen, daß Strauß trotz aller Kritik dem Mittelstreckenabkommen neuerdings eine gehörige Portion Hoffnung abgewinnen kann. Dann nämlich, wenn der Vertrag von Washington als „Einstieg" in eine Politik weiterer Abrüstungsschritte diene. Ziel müsse sein, „ein vernünftiges Gleichgewicht, ich sage nicht null", bei den Kurzstreckenraketen bei gleichzeitigem Abbau der konventionellen Abrüstung „auf einen gleichwertigen Stand" und ein „Verbot der chemischen Waffen" zu erreichen.

Freundlichere Töne („Man kann Gorbatschow nur alles Gute wünschen"), als er es noch zu Beginn des Jahres getan hatte, schlug Strauß auch an, als er sich in Moskau über die langfristigen Ziele der sowjetischen Politik ausließ. Die Russen hätten sich zwar weltweit mit ihrer gewaltigen Rüstung „alle militärischen Optionen" offengehalten. Sie hätten auch dem Ziel der Weltrevolution noch nicht verbindlich abgeschworen. Er sehe jedoch bei den Roten ökonomische Grenzen weiterer Hochrüstung und keine aktuellen Kriegsabsichten gegenüber der Nato. Schnellschwenker Strauß: „Das ist seit gestern auch bei mir der Beginn einer konkreten Überzeugung."

Pathetisch sprach Strauß sogar „von der Möglichkeit, daß Ost und West an der Schwelle eines neuen Zeitalters" stehen. Er wolle nicht – anders als früher – unbedingt „den Bären an die Wand malen und ihn ständig mit erhobenen Tatzen als Gefahr für Europa darstellen". Man brauche keine Furcht mehr „vor offensiven, aggressiven Absichten" der Sowjet-Union zu haben.

Das hatte im Februar noch anders geklungen. Damals vermochte Strauß keine Veränderung der sowjetischen Politik zu erkennen – „weder jetzt noch für die nahe Zukunft". Damals hatte er von Gorbatschow ein Zeichen verlangt: den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan. Davon war in der vorigen Woche zunächst keine Rede. Es war Außenminister Eduard Schewardnadse, der das heikle Thema auf den Tisch brachte und um Verständnis für die sowjetischen Probleme warb: „Der Einmarsch war leichter als der Rückzug."

Auch Gorbatschow nutzte den Besuch der Bayern nicht zu Krach und Polemik um jeden Preis. „Sie sind Realist", hofierte der Kreml-Chef den Ober-Bayern und gestand ihm zu, daß es in den Waffenarsenalen der beiden Blöcke „durchaus Asymmetrien" gebe, auch im konventionellen Bereich, „aber auf beiden Seiten". Statt sich in Dispute über die Kampfkraft der Bündnisse zu verlieren, waren sich beide einig, es müsse möglich sein, „zu objektiv gesicherten Zahlen" zu gelangen.

Und auch die deutsche Frage wurde, obwohl kontrovers, nicht zu einer Belastung des Dialogs. Gorbatschow blieb dabei: Die Teilung Deutschlands sei „historisch geformt und längst eingebettet in internationale Vertragswerke". Strauß hielt an seiner Formel fest: „Der geschichtliche Prozeß ist offen." Für ihn bleibe es dabei: „eine Nation, zwei Staaten".

Pfleglicher Umgang mit dem Erz-Kontrahenten schien den Sowjets vor allem aus einem Grund geboten. Sie versprechen sich von den guten Beziehungen des Bayern zur Wirtschaft des kapitalistischen Westens gute Referenzen für die Zukunft. Für sie ist Strauß, zusammen mit dem für Februar in Moskau angesagten Lothar Späth aus Baden-Württemberg, der Politiker, dem sie am ehesten zutrauen, zögerliche deutsche Industrielle und Banker zur Kooperation mit den devisenarmen und bürokratischen Kommunisten zu gewinnen.

Strauß konnte mit einer langen Liste bayrischer Unternehmen aufwarten – vom Fahrzeugbau bis zur Elektronik, von Werkzeugmaschinen bis zur Magnetbahn. Bekannte Namen wie Siemens, MAN und Faun kamen ebenso ins Gespräch wie mittelständische Anbieter. Demnächst schon soll eine hochkarätige Wirtschaftsdelegation aus Bayern nach Moskau reisen. Strauß: „Mars hat abzutreten und Merkur auf die Bühne zu treten."

Die Sowjets, allen voran Straußens formeller Gastgeber, der Vorsitzende der Außenwirtschaftskommission, Wladimir Michailowitsch Kamenzew, hörten genau hin, als der Gast die Bedingungen deutscher Unternehmer für kapitalistisch-sozialistischen Handel und Wan-

Strauß im sowjetischen Raumfahrt-Kontrollzentrum: „Klub der Befürworter"

„Ich würde nach Moskau laufen“

CSU-Chef Franz Josef Strauß über die Sowjet-Union

Wir leben in einem technischen Zeitalter, in dem die vereinigte Stärke unserer Bundesgenossen ausreicht, um das Reich der Sowjet-Union von der Landkarte streichen zu können.“

Auf einer Kundgebung in Hollfeld, 1956

„Einen Sittlichkeitsverbrecher läßt man auch nicht frei herumlaufen.“

Über „die Sowjets“, 1960

„Am Ende unserer Generation darf es keinen Kommunismus mehr geben.“

Der Kurier, 1965

„Unser Hauptgegenspieler und Hauptgegner ist Moskau, und Warschau, Prag, Budapest u.s.w. sind Nebenkriegsschauplätze.“

Münchner Merkur, 1965

„Ich würde zu Fuß nach Moskau laufen, mit Erbsen in den Schuhen, gekochten oder ungekochten, wenn ich dadurch auch nur einen Funken von Selbstbestimmungsrecht für die Deutschen in der Zone herausholen könnte.“

Zu einer Moskaureise der SPD-Bundestagsfraktion, 1969

„Für die Sowjets ist der Abschluß eines Gewaltverzichtsabkommens . . . genauso interessant wie das Angebot einer ganz kleinen Provinzbank an die Deutsche Bank, mit ihr nicht in einen Vernichtungswettbewerb einzutreten . . . Ich bin kein Ostexperte.“

DER SPIEGEL, 1970

„Wer das nicht sieht und mich deshalb auslacht, der sollte lieber im Sandkasten spielen.“

Zu seiner Behauptung, die UdSSR habe das Ziel, ihren Machtbereich bis zum Atlantik auszudehnen, 1972

„Wir können doch nicht unseren eigenen Selbstmord finanzieren.“

Über westliche Milliardenkredite an den Osten, 1976

„Die sowjetische Militärtheorie ist offensiv wie eh und je.“

Bayernkurier, 1979

„Die Sowjets haben mich schon vor einiger Zeit wissen lassen, bevor sie mich einladen würden, müßte ich meine Meinung ändern. Da können sie lange warten.“

Hamburger Abendblatt, 1980

„Besucht die Sowjet-Union, bevor sie zu dir kommt!“

Zu Delegierten des CDU-Landesparteitages in Saarbrücken, 1980

„Die im Kreml sind nicht so dumm wie ihre Interpreten in Bonn.“

Über das deutsch-sowjetische Verhältnis, 1980

Neue Osnabrücker Zeitung

„Die hiesigen Breschnew-Bewunderer haben weniger Hirn im Kopf, als Reagan im Hintern hat.“

Welt am Sonntag, 1981

„Ich bin doch kein Ost-West-Raufbold.“

Welt am Sonntag, 1983

„Gorbatschows Versuch, die schwerfällige Planwirtschaft zu modernisieren, ist wie das Experiment, einen Schneeball zu rösten.“

Bild, 1985

„Der Anfang vom Ende des kommunistischen Systems ist bereits eingetreten. Es wird ein langer Weg sein, länger als der Dreißigjährige Krieg.“

Die Zeit, 1986

del formulierte: Rechtlich gesichert müsse sein, daß deutsche Mehrheitsbeteiligungen möglich sind, daß auch in der Sowjet-Union nach dem Leistungsprinzip entlassen und eingestellt werden kann, daß an Manager bestimmte Qualitätsanforderungen gestellt und Löhne relativ frei, „abseits vom Tarifschema“, vereinbart werden dürfen.

Die Gastgeber scheuten keine Mühe, um den Industriemakler von der Isar bei Laune zu halten. Der begeisterte Selbst- und Vielflieger durfte die gecharterte neunsitzige Cessna Citation eigenhändig ins Zentrum des Sowjetreichs steuern – und das auch noch ohne den sonst obligatorischen russischen Navigator. Das hat vor Strauß, so bestätigten vergangene Woche sowjetische Experten, bislang nur einer geschafft: Mathias Rust, der Hamburger Sportpilot, der vor sieben Monaten auf dem Roten Platz gelandet war und seither im Moskauer Knast hockt. Dezent legte Strauß in Moskau ein gutes Wort für den jungen Kollegen ein, dessen Haftzeit möglicherweise „um minus x“ (Strauß) verkürzt werde.

Als erster westlicher Prominenter nach dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand durfte Strauß das Raumfahrt-Kontrollzentrum, eine Autostunde nördlich von Moskau, inspizieren, just an dem Tag, als die Sowjets die Rückkehr ihrer Langzeitkosmonauten Jurij Romanenko, Alexander Alexandrow und Anatolij Lewtschenko aus dem Weltraum erlebten (siehe Seite 138).

Aufmerksam ließ sich Strauß von dem Ex-Raumfahrer Walerij Rjumin in der mit modernster High-Tech vollgestopften Kommandozentrale erläutern, wie sehr die Russen den Amis bei den bemannten Weltraum-Marathons voraus seien. Schon in naher Zukunft wollen sie

den zwei Flugjahre entfernten Planeten Mars ansteuern. Technische Hilfe aus der bayrischen Luft- und Raumfahrtindustrie wäre willkommen, streuten Sowjetdiplomaten diskret; dabei kennen sie die Hürden genau, die auf Betreiben der Amerikaner dem Export von Technologie entgegenstehen, die auch für Kriegsgerät umgerüstet werden kann. Animiert von derlei gigantischen Dimensionen, regte Strauß die Gründung eines bilateralen „Klubs der Befürworter der bemannten Raumfahrt" an.

Selbst bei den Höhenflügen in die Sphäre und darüber hinaus verlor Strauß den heimatlichen Freistaat nicht aus den Augen, der, wenn auch nur für einen Monat, sogar schon einmal Sowjet-(also Räte-)Republik war – 1919, nach dem Sturz der Monarchie. Vornehmlich Norddeutsche wähnten die Bayern gerne hinter dem Monde, doch dort habe noch kein Kosmonaut der Welt einen Bayern entdeckt. Strauß: „Die Bayern sind in Moskau, aber nicht hinter dem Mond."

Dabei hatten die Politiker von der Isar mit Bedacht vermieden, mit einem allzu knalligen Bajuwaren-Image auf den Roten Platz zu treten. Lodenmäntel und Trachtenhüte, so die Absprache der bayrischen Delegation, blieben daheim. Die Gäste kamen in gedeckten Anzügen und in Nadelstreifen.

Die Bayern sind eben auch nicht mehr so bayrisch wie einst vor dem Zweiten Weltkrieg, als Oskar Maria Graf, der derbe Dichter vom Starnberger See, während des Besuchs eines Schriftstellerkongresses die Moskowiter erschreckte, in „bayerischer Tracht: weißes Leinenhemd, kurze Lederhosen, Janker, Kniestrümpfe und dem Hütel mit den Federn".

Und für die bayrischen Besucher war auch Iwan nicht mehr so schrecklich wie einst. Im Konferenzraum von Gorbatschow wagte Strauß sogar einen ungenierten Fingerzeig auf das Bild Lenins – eigentlich auch einer aus Bayern. Denn in der Siegfriedstraße zu München hat Wladimir Iljitsch Lenin, der Gründer des Sowjetreichs, einst eines seiner wichtigsten Werke geschrieben: „Schto delat?" Auf deutsch: „Was tun?" (siehe Kasten Seite 20).

Der Ober-Bayer, auch einer aus dem Münchner Künstlerviertel Schwabing, empfand die Atmosphäre unter den grünen Kuppeln des Ministerratsgebäudes im Kreml zuweilen beinahe als familiär. Sohn Franz Georg drehte unter den zehnflammigen Lüstern im Zimmer des offiziellen Gastgebers Kamenzew einen Erinnerungsfilm. Und Strauß machte es sich an den zwei aneinandergerückten Hochglanz-Furniertischen bequem: „Es ist eines der wenigen Male, daß ich so plaziert worden bin, daß ich kein Tischbein zwischen den Beinen habe."

Den symbolischen Spalt zwischen den Verhandlungstischen nahm er fast nicht wahr: „Diese Demarkationslinie stört mich nicht, ein Tischbein würde es."

POST

Quasseln ohne Strippe

Graf Lambsdorff darf, was Tausende sich wünschen: ein privates schnurloses Telephon ans Postnetz anschließen.

Mit den liberalen Partnern in der Regierung hat Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) wirklich nur Ärger.

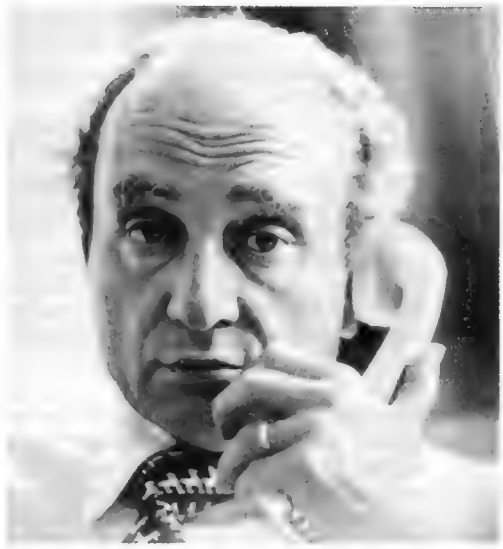
1984 wollte er den Deutschen ein völlig neues Telephongefühl bescheren, das Quasseln ohne Strippe. Der Apparat, postintern „Sinus" genannt, sollte nur über die Post verteilt werden – ein einträgliches Geschäft: 27 Mark Grund-, 38 Mark Zusatzgebühr.

Doch der schwergewichtige Wirtschaftsminister Martin Bangemann schaltete schneller. Er mobilisierte die EG-Kommission in Brüssel und die am Geschäft mit drahtlosen Telephonen interessierten US-Hersteller; zähneknirschend mußte der Postmonopolist akzeptieren, daß auch private Firmen schnurlose Telephone verkaufen, vermieten und anschließen dürfen.

Schwarz-Schilling ahnte daher Böses, als sich vor einigen Wochen erneut ein Liberaler in Sachen schnurloses Telephon an ihn wandte: Otto Graf Lambsdorff, Bangemanns Vorgänger im Wirtschaftsressort und möglicherweise auch dessen Nachfolger in der FDP-Spitze.

Dem Grafen ging es jedoch nicht um Marktöffnung und Privatisierung von Postleistungen. Auch die Standardforderung der Freidemokraten, allzu strenge Postvorschriften strangulierten das Marktgeschehen, grenzte der Wirtschaftssprecher eng ein: auf seine eigenen vier Wände.

Lambsdorff verlangte eine Sondergenehmigung des Postministers, um daheim in der Küche ein schnurloses Telephon installieren zu dürfen – was nach geltenden Postregeln so nicht sein darf.



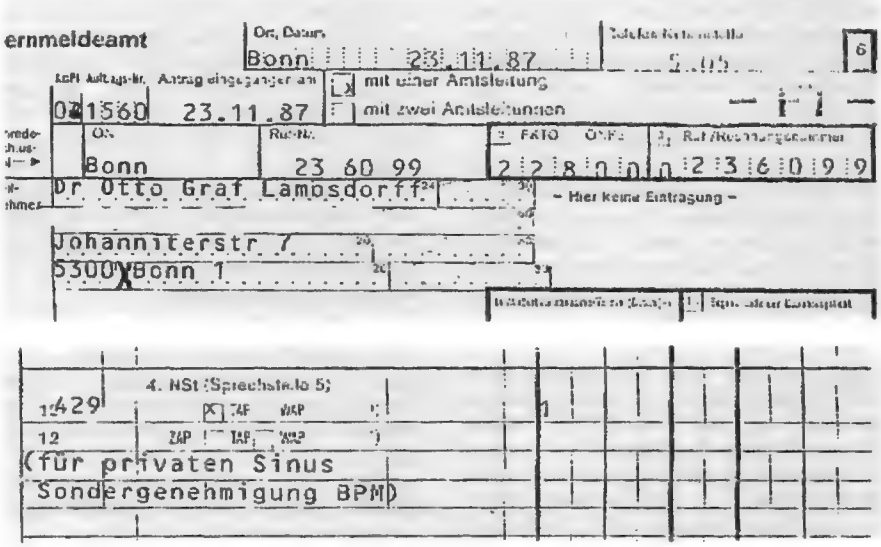
Post-Kunde Lambsdorff
„Bitte Bohrmaschine mitnehmen"

Schwarz-Schilling stimmte aus Angst vor neuem Ärger sofort zu – und brach damit einen „eisernen Postgrundsatz", so einer seiner Mitarbeiter.

Die Beamten der Bonner Telephonanmeldung verstehen seitdem die Welt nicht mehr. Die Sondergenehmigung „für privaten Sinus" ist daher derzeit beliebtestes Gesprächsthema bei den Postbautrupps und der Kölner Oberpostdirektion.

Lambsdorff hat in seinem Haus in der Bonner Johanniterstraße ein sogenanntes Familientelephon. Ein Hauptanschluß, drei Nebenanschlüsse (Marke: Nizza weiß), alle von der Post. Dazu sollte nun, als vierter Nebenanschluß, ein drahtloses Telephon installiert werden.

Alles kein Problem, wenn Lambsdorff bereit wäre, dafür den Apparat Sinus bei



Fernmeldeamt-Formular (Ausrisse): Sondergenehmigung für „privaten Sinus"

der Post zu mieten. Der FDP-Graf wollte aber einen eigenen – woher auch immer stammenden – schnurlosen Apparat anschließen.

Tausende haben das gleichermaßen versucht. Denn in den USA und in Fernost sind schnurlose Telephongeräte für ein paar Hunderter zu haben; es müssen nicht Monat für Monat 36,80 Mark gezahlt werden. Darum wurde bisher, wie ein Mitarbeiter der Kölner Oberpostdirektion für seinen Wirkungsbereich versichert, „kein einziger solcher Anträge genehmigt".

Die Post läßt ihren Kunden nur die Alternative: entweder alles bei ihr zu mieten oder – weil das ja nach Bangemanns Aktion nicht mehr zu verhindern war – alles privat installieren zu lassen, angefangen vom Hauptanschluß über die Nebenstellen bis hin zum schnurlosen Sinus. Das öffentlich-private Mix dagegen lassen die Regeln der Fernsprechordnung nicht zu.

Die Begründung dafür klingt sogar plausibel: Wartung und Entstörung der gemischten Anlagen würden der Post aufgebürdet, ohne Unterschied, ob der Fehler in amtlichen oder privaten Teilen läge. Zudem ruiniere ein heilloses Durcheinander den hohen technischen Telephonstandard der Republik.

Vor die Wahl alles oder nichts gestellt, bleibt der Kunde, so die Hoffnung des gelben Staatsbetriebes, lieber bei der Post. Deshalb zahle er letztendlich auch eher die hohen Gebühren für das drahtlose Sinus als für eine private Anlage.

Was für Tausende galt, akzeptiert ein Otto Graf Lambsdorff noch lange nicht. Ende November integrierte ein Bautrupp seinen privaten Drahtlos-Apparat wunschgemäß ins postalische Familientelephon. Besonderer Vermerk an die Handwerker: „Wird auf Betonwand angebracht, bitte Bohrmaschine mitnehmen".

Jetzt rätseln Postexperten, was Lambsdorff dafür zahlen muß – wenn er überhaupt zur Kasse gebeten wird. Denn weil der Fall in der alten Fernsprechordnung genausowenig vorgesehen ist wie in der ab 1. Januar geltenden neuen Telekommunikationsordnung, fehlt folgerichtig in den dazugehörigen Gebührenlisten ein entsprechender Eintrag.

Den Ausfall der Lambsdorff-Gebühren kann Schwarz-Schillings Post sicher leicht verschmerzen. Schwerer schlüge schon zu Buche, wenn Tausende von privaten Sinus-Käufern sich nun auf das Exempel des Frei-Grafen beriefen. Das wäre ein Dammbruch.

Die gesellschaftspolitische Würdigung dafür hat Otto Graf Lambsdorff schon 1982 in einer Rede vor Unternehmern geliefert: „Nichts diskreditiert meines Erachtens unser System mehr, als wenn in Erklärungen und Programmen immer wieder gegen . . . Begünstigungspraktiken zu Felde gezogen wird, hintenrum aber die Hand versteckt oder offen aufgehalten wird."

BEAMTE

Grob geworden

Genscher verärgert Ministerkollegen – er möchte Vorrechte für den Auswärtigen Dienst durchsetzen.

Obwohl Finanzminister Gerhard Stoltenberg und Innenminister Friedrich Zimmermann keine besondere Zuneigung füreinander hegen, entschlossen sie sich doch zu einer gemeinsamen Aktion: Sie schrieben, kurz vor Weihnachten, einen Brief an den Bundeskanzler, in dem sie sich über den Kollegen Hans-Dietrich Genscher (FDP) beklagten.

Mit der Weisung, auf keinen Fall nachzugeben, gingen Stoltenbergs Staatssekretär Günter Obert und Zimmermanns Gehilfe Franz Kroppenstedt Ende November zu einer Ressortbesprechung ins Auswärtige Amt. Doch ihr Widerstand lief ins Leere.

Kühl beschied Genschers Staatssekretär Jürgen Sudhoff die Besucher, sein Chef sei selbstverständlich bereit, das Thema auch mit Stoltenberg und Zimmermann noch einmal zu erörtern. Doch Genscher habe in einem Gespräch mit dem Bundeskanzler längst festgezurrt, daß noch in dieser Legislaturperiode die Sonderstellung des Auswärtigen Dienstes gesetzlich fixiert werde.

AA-Chef Genscher (M.), Beamte*: Gejammer von Diplomaten

Seit geraumer Zeit versucht Genscher, ein eigenes „Gesetz über den Auswärtigen Dienst" durchzusetzen. Hauptziel dieser Anstrengungen: Für Auslandszulagen, Teuerungszuschläge, Mietzuschüsse und ähnliche Wohltaten, die einen beachtlichen Teil des Diplomaten-Einkommens im Außendienst ausmachen (SPIEGEL 53/1987), soll nicht mehr der Innenminister zuständig sein. Das alles wollen die Botschafter und Legationsräte künftig selbst mit dem Finanzminister aushandeln.

Von diesem Plan, mit dem Genscher sein Image als Interessenvertreter seiner Beamten aufbessern möchte, wollen Stoltenberg und Zimmermann nichts wissen. Der Finanzminister fürchtet, daß neue unvorhersehbare Ausgaben auf ihn zurollen. Der Innenminister leistet Widerstand, weil er sich um seine Kompetenz für das Dienstrecht der Staatsdiener sorgt.

Ein Sondergesetz für den Auswärtigen Dienst, so meinen Stoltenberg und Zimmermann, sprenge das mühsam errungene einheitliche Besoldungssystem. Was den Diplomaten zugestanden werde, könne man Post und Bahn nicht verwehren. Die besonderen Belange der Diplomaten ließen sich im Rahmen der geltenden Gesetze berücksichtigen.

Auf Minister- und Staatssekretärsebene spielt sich der Streit der Ressorts noch gesittet ab. Die unteren Chargen langen inzwischen, wie sich auf einer vierwöchigen Dienstreise nach Lateinamerika zeigte, ganz anders zu.

Die Beamten sollten vor Ort ermitteln, ob das Gejammer von Diplomaten und niedrigeren Diensträngen über einen unzureichenden finanziellen Ausgleich für die Unbill des Auswärtigen Dienstes berechtigt ist. Die Reise führte nach Brasília, Rio de Janeiro, Lima, San José, San Salvador und Mexiko-Stadt.

* Moskau-Botschafter Andreas Meyer-Landrut, Staatssekretär Jürgen Sudhoff.

Delegationsleiter war Ministerialrat Richard Müller, im Innenministerium zuständig für die Auslandsbeamten. Mit ihm reisten der Vortragende Legationsrat Erster Klasse Steffen Rudolph vom Auswärtigen Amt sowie Regierungsdirektor Oswald Angermann und die Sachbearbeiterin Ilse Schütte vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden.

Am 27. November landete die Delegation wieder in der Bundesrepublik, am 4. Dezember bereits verfaßte Müller einen wütenden Vermerk über das Auftreten seines mitreisenden Kollegen Rudolph. Am 7. Dezember machte sich Angermann in einem Schreiben an seinen Präsidenten Luft.

„Das Verhalten des Vertreters des AA auf der Dienstreise", so Angermann, „war oft so ungewöhnlich, beleidigend und herausfordernd, daß ich mich gezwungen sehe, Ihnen vor Erstellung des Dienstreiseberichts beiliegenden Vermerk zur Kenntnis zu geben." Aus den Vermerken der beiden Beamten läßt sich der Ablauf einer bizarren Dienstreise rekonstruieren.

Genscher-Gegner Zimmermann, Stoltenberg: Beschwerdebrief an den Kanzler

Rudolph beabsichtigte demnach gar nicht, „Kenntnisse und Erfahrungen für die Fortentwicklung der Auslandsbesoldung" zu gewinnen. „Er wollte", schreibt Delegationsleiter Müller an seinen Chef Kroppenstedt, „auf der Reise Material für den Nachweis sammeln, daß das Gesetz über den auswärtigen Dienst schon deshalb erforderlich sei, weil das Statistische Bundesamt durch sein Verfahren zur Ermittlung der Teuerungsziffern die Auslandsbeamten bewußt benachteilige." Diese Auffassung habe Rudolph „bei allen Auslandsvertretungen" den Bediensteten eingeredet.

Die Angriffe gegen das Verfahren des Statistischen Bundesamtes, heißt es bei Müller weiter, „verband er mit schweren Angriffen gegen Personen". Der Sachbearbeiterin Schütte warf er vor, bei ihrer Arbeit in Brasília „gewaltlose Gestapo-Methoden" angewendet zu haben.

Dieses Zwistes nimmt sich auch Angermann in seinem Vermerk liebevoll an. In Rio de Janeiro, schildert der Regierungsdirektor vom Statistischen Bundesamt, „verweigerte Herr R. die Amtshilfe des AA (in diesem Falle ortskundige Begleitung bei der Preiserhebung) für Frau Schütte". Rudolph sei aber nicht bereit gewesen, den Vorwurf „gestapoähnlicher Methoden" zu präzisieren, er habe auch Frau Schütte nicht angehört.

Der Diplomat Rudolph ließ auf dieser Reise offenbar keine Gelegenheit aus, sich Freunde zu machen. Als Delegationsleiter Müller Genschers Mann warnte, er verweigere die Amtshilfe, „zu der alle Behörden untereinander verpflichtet" seien, wurde Rudolph grob. Wenn Müller es haben wolle, dann könne er die Weisung, Amtshilfe zu versagen, „auf alle übrigen noch aufzusuchenden Dienstorte" ausweiten.

Rudolph habe den Auslandsvertretungen Weisung gegeben, den Mitgliedern der Delegation keinerlei Unterlagen auszuhändigen und Angaben über die Höhe ihrer Bezüge zu verweigern. Er habe auch angeordnet, „den Ressortvertretern keinerlei Häuser zu zeigen, die von den Bediensteten angemietet würden".

Die Wohnungen der Diplomaten sind Müllers besonderes Steckenpferd. Die Wohnqualität eines Dienstortes, argumentiert er, sei wichtig für die Berechnung des Auslandszuschlags. Doch bei Rudolph biß er mit dem Wunsch, einige Wohnungen besichtigen zu dürfen, auf Granit.

Aus Müllers Vermerk: „Meine Bitte, mir die Häuser dann wenigstens von außen zu zeigen, um mir Eindrücke von der Lage, Größe und Wohngegend zu ermöglichen, wurde ebenfalls abgelehnt." Rudolph empfahl seinem Delegationsleiter, sich die Adressen der Diplomaten außerhalb der Botschaft zu besorgen und mit dem Taxi auf Inspektionstour zu fahren.

Trotz der Behinderungen kam Müller aber hin und wieder doch zum Arbeiten. Er hörte sich Klagen an über eine „wesentliche Verschlechterung der allgemeinen Lebensbedingungen in den letzten Jahren". Kaufkraftabschläge machten jedes Sparen unmöglich. Besonders betroffen seien Beamte des einfachen und mittleren Dienstes.

Die Jeremiaden überzeugten Müller jedoch offenkundig nicht. Ein Beamter des mittleren Dienstes in Mexiko habe geklagt, wegen des Kaufkraftabschlages habe er bereits Schulden in Höhe von 15 000 Mark machen müssen. Dazu Müller: „Bei näherer Befragung stellte sich allerdings heraus, daß er neben einer großzügigen Wohnung in der besten Wohnlage der Stadt und nur wenige hundert Meter von der Botschaft entfernt zwei Autos besitzt, davon ein neues zum Preis von 28 000 Mark. Nach eigenen Angaben hat er in Mexiko-Stadt zwei Fünf-Sterne-Hotels als Stammlokale."

Trotz eines Kaufkraftabschlags von 15 Prozent wegen des im Vergleich zu Bonn niedrigeren Preisniveaus verdiene dieser Beamte „9593,- DM netto oder umgerechnet 16 765,- DM brutto". In Bonn käme der gleiche Mann auf 3556 Mark brutto oder 2958 Mark netto, rechnete Müller aus.

Diese Verständnislosigkeit des Referatsleiters aus dem Innenministerium für die Lage der Diplomatenklasse ist es wahrscheinlich, die den Legationsrat Rudolph zur vorbeugenden Obstruktion trieb. Der Statistiker Angermann argwöhnt, diesem Verhalten liege der Wunsch zugrunde, „die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes so zu behindern, daß zuverlässiges Arbeiten unmöglich wird und deshalb die Arbeiten in die Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes übergeben werden müssen".

Dafür ist Rudolph, seit wenigen Wochen Leiter des Besoldungsreferats im Auswärtigen Amt, der richtige Mann. Sieben Jahre lang prozessierte er gegen den Bund, um die Herabsetzung seines Kaufkraftausgleichs rückgängig zu machen. Er hat verloren.

Warum, das vertraute er auf der denkwürdigen Dienstreise seinem Widersacher Müller an: Das Statistische Bundesamt habe ihn ausgetrickst, und die kleinkarierten Richter hätten ihm die Höhe seiner Auslandsbesoldung geneidet. ◆

Ausgesprochen unruhig

Ermittler im Transnuklear-Skandal fürchten, daß die Atomindustrie schon früher Nuklearabfall beiseite geschafft hat. Die Halde von 20 000 strahlenden Fässern läßt sich mit heutiger Technik nicht untersuchen.

Weltweit forschten Politiker, Agenten und Experten nach dem verschwundenen Bombenstoff Plutonium, den eine geschäftstüchtige Atommafia beiseite geschafft hatte. Am Ende fand der Held des ZDF-Thrillers „News", Regie: Rainer Erler, das Strahlengift in der australischen Wüste – von der Atomindustrie daselbst heimlich und kostensparend ausgeschüttet. Der Filmheld starb den Strahlentod, die Kritik machte den Streifen 1986 als „Räuberpistole" („Evangelischer Pressedienst") nieder.

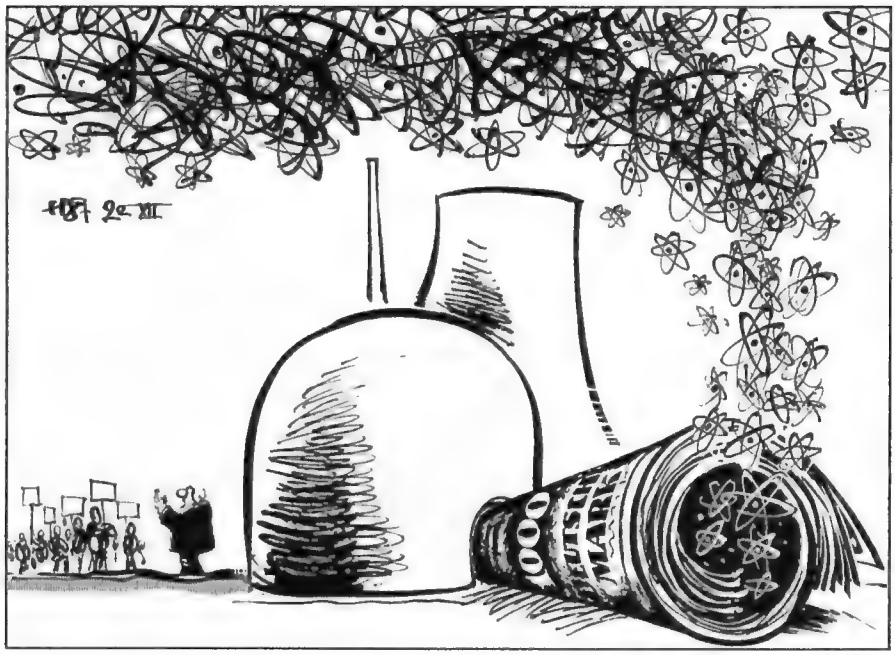
Wieder mal ist eine Fiktion Wirklichkeit geworden. Vorige Woche gab die Brüsseler Regierung zu, unter ihrer Aufsicht hätten belgische Entsorger Reaktorplutonium unerkannt in deutschen Zwischenlagern verschwinden lassen.

Täter mit derselben Skrupellosigkeit sitzen auch in der Bundesrepublik. Inzwischen gilt als gesichert, daß Abteilungsleiter der Hanauer „Transnuklear", die 80 Prozent aller Transporte von Strahlstoffen im Inland abwickelt, entschieden haben, deutsches Plutonium heimlich den Belgiern unterzuschieben (SPIEGEL 53/1987). „Daran", so der Hanauer Leitende Oberstaatsanwalt Albert Farwick nach den ersten Vernehmungen, „kann es keinen Zweifel geben."

Das „hohe Sicherheitsdenken", das sich die deutsche Nuklearindustrie gern selbst attestiert, ist in einem Kreislauf von „Bestechung und Korruption" (CDU-Bundesumweltminister Klaus Töpfer) untergegangen. Im bisher größten Skandal der Atomindustrie

- ▷ wurden Kernkraft-Manager und Strahlen-Kontrolleure von der Firma Transnuklear geschmiert, die damit „Klimapflege" betreiben wollte,
- ▷ gerieten unbekannte Mengen eines der giftigsten Stoffe der Erde, der nach dem Höllenfürsten Pluton benannt ist, in Belgien und der Bundesrepublik außer Kontrolle,
- ▷ kam, an allen strengen Sicherheitsvorschriften vorbei, ein illegaler Abfallkreislauf in Gang.

Mit diesem „moralischen Super-GAU", so Hubert Weinzierl, Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), sei „das Ende der Atompolitik eingeleitet". Denn von der Zuverlässigkeit der Nuklearindustrie hängt es ab, ob das Provisorium, ohne Endlager die Kernkraftwerke von strahlenden Rückständen zu entsorgen, überhaupt zu verantworten ist.



tz. München

„Nun kapiert doch endlich, unsere Kernenergie ist die sicherste der Welt!"

Noch beschwichtigt Kernkraftbefürworter Töpfer, zur „Atomangst" bestehe „kein Anlaß". Doch mit ihrem „sicherlich skandalösen, wohl auch kriminellen Verhalten", soviel räumt auch der Christdemokrat ein, habe „die Atomindustrie Vertrauen verspielt".

Daß es sich nicht um die Machenschaften einzelner Manager handelt, belegten vorige Woche neue Enthüllungen. Die Hamburger Illustrierte „Stern" berichtete, auch beim Bau des Schnellen Brüters in Kalkar, Paradestück deutsch-belgischer Atomkooperation, seien Schmiergelder geflossen. Rund 260 000 Mark, so offenbarte ein Unternehmer seinem Finanzamt, habe er für einen Ingenieur der Brüsseler Firma Belgonucléaire abzweigen müssen. Jetzt sind die Bauaufseher vom TÜV Rheinland zum Rapport bestellt, erst beim zuständigen Minister, dann beim Staatsanwalt.

Daß sich die Affäre derart ausweiten konnte, ist Folge des blinden Vertrauens, das in die Eigenverantwortlichkeit der Nuklearindustrie gesetzt wird. Lediglich hochradioaktive Abfälle, etwa abgebrannte Brennelemente, unterliegen beim Transport einer Bundeskontrolle. Doch die, so beweisen die Plutoniumfuhren über die deutsch-belgische Grenze, ist keineswegs lückenlos.

Die Aufsicht über schwach- und mittelaktive Abfälle obliegt den Bundesländern – und wird faktisch nicht ausgeübt. Denn zuständig ist, fanden Experten des hessischen Umweltministeriums nach Studium der Verordnungen heraus, nicht etwa eine Truppe von Spezialisten, sondern jeweils „die örtliche Polizeibehörde".

Ermittler Farwick: Kreislauf von Bestechung

Eine Rundfrage bei den Landesregierungen über die Transport- und Lagergenehmigungen für Strahlstoffe löste im Bonner Umweltministerium, so ein Beamter, „heilloses Entsetzen" aus. Von den Landeshauptstädten sei „kaum ein Rücklauf" gekommen. Ein Land habe gar in Bonn rückgefragt, „wer bei uns die Aufsicht führt".

Wie groß der Wirrwarr in den Ländern ist, zeigt die langwierige Suche nach Fässern mit strahlendem Abfall, die angeblich spezialbehandelt („konditioniert") aus Belgien nach Deutschland gelangt sind. Fast täglich wurden neue Behälter gefunden, 14 Tage dauerte es,

bis ein Transnuklear-Sprecher den angeblich „letzten Stand“ bekanntgeben konnte: 1942 Stück.

Die letzten 50 Fässer wurden von Beamten des hessischen Landeskriminalamts am Dienstag voriger Woche im Auge des Taifuns gefunden – auf dem Gelände der Hanauer Transnuklear, die „Tag und Nacht“ in den Akten gefahndet haben will, wo ihr Transportgut aus Belgien geblieben war.

Diese jüngste Entdeckung belegt, daß der Firma Hinweise auf illegale Transporte seit Jahren vorgelegen haben. Die 50 vergessenen Tonnen gehörten der Hanauer Mutterfirma Nukem und lagerten seit 1985 bei Transnuklear. Nukem hatte, berichtet Hessens Umweltstaatssekretär Manfred Popp, „Inhalt und Konditionierung der Fässer beanstandet“ und „die Annahme verweigert“.

Umweltminister Töpfer will derlei Schlampereien nun vorbeugen. Noch im Januar wird er, „im Vorgriff auf eine Richtlinie“, die Bundesländer anweisen, neue Kontrollverfahren anzuwenden. „Mit der reinen Papierkontrolle“, so ein Beamter, „wird Schluß gemacht.“

Reaktorbetreiber müssen künftig ihren schwach- und mittelaktiven Abfall genau analysieren, dazu die Analyse-Protokolle und Stichproben des Materials langfristig aufbewahren. Zur besseren Gegenkontrolle werden auch Spediteure und Empfänger der Abfälle gezwungen, Proben zu ziehen.

Doch es bleibt eine Halde von annähernd 20 000 Abfallfässern, die sich seit 1979 in den bundesdeutschen Meilern aufgehäuft hat. Über den Inhalt der Container, sagt ein hessischer Atomaufseher, seien „nach den Belgien-Erfahrungen alle Zweifel erlaubt“, denn: „Kontrolliert haben wir das nie.“

Geht es nach dem Bundesumweltminister, kommt es möglicherweise nicht zu Nachkontrollen. Die belgischen Fässer will er, darüber verhandelt Töpfer diese Woche mit seinem belgischen Kollegen, am liebsten über die Grenze zurückschicken, die verbleibenden unangetastet lassen. Technische Schwierigkeiten machen es nahezu unmöglich, in den Tonnen nach Plutonium zu suchen.

Das Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK) verfügt zwar über einen sogenannten Faßmonitor, der Strahlung von außen messen kann. Aber Plutonium, so KfK-Sprecher Klaus Körting, registriert das Gerät „nur bei größeren Mengen“. Die Fässer müßten also geöffnet werden, was laut Körting nicht ungefährlich und „sehr zeitraubend“ ist.

Die Ermittler hegen darüber hinaus den Verdacht, daß hinter dem Bestechungsfall Transnuklear noch mehr steckt. „Rund 50 Personen“, so Oberstaatsanwalt Farwick, sind in die Korruptionsaffäre verwickelt, bei der insgesamt „rund 21 Millionen Mark“ flossen. Erst stellte sich heraus, daß Bedienstete großer Stromversorgungsunternehmen Geld bekommen hatten, weil sie mit Transnuklear über Preise verhandeln mußten. Dann zeigte sich, daß bestochene Strahlenschutzbeauftragte in Kernreaktoren die falsch deklarierten Abfalltransporte gegenzeichnen sollten.

Jetzt will Farwick noch aufhellen, warum „so viele einfache Buchhalter“ aus Kernkraftwerken auf der Bestechungsliste stehen, ein Umstand, der auch Hessens Umweltstaatssekretär Popp nach den jüngsten Erfahrungen „ausgesprochen unruhig“ macht.

Dahinter steckt der Verdacht, daß auch kleine Angestellte geschmiert wurden, damit sie schwiegen, wenn hochaktiver Abfall zu billig und damit fragwürdig entsorgt wurde. Ein maßgebender hessischer Staatsjurist orakelt: „Das macht nur Sinn mit der großen Verschwörungsthese.“

FDP

In den Kampfanzug

Der Vorsitzende der Südwest-Liberalen, Walter Döring, hofft auf ein Ministeramt nach den Wahlen im März. Die Landes-CDU jedoch hält ihn für einen „politischen Nichtschwimmer“.

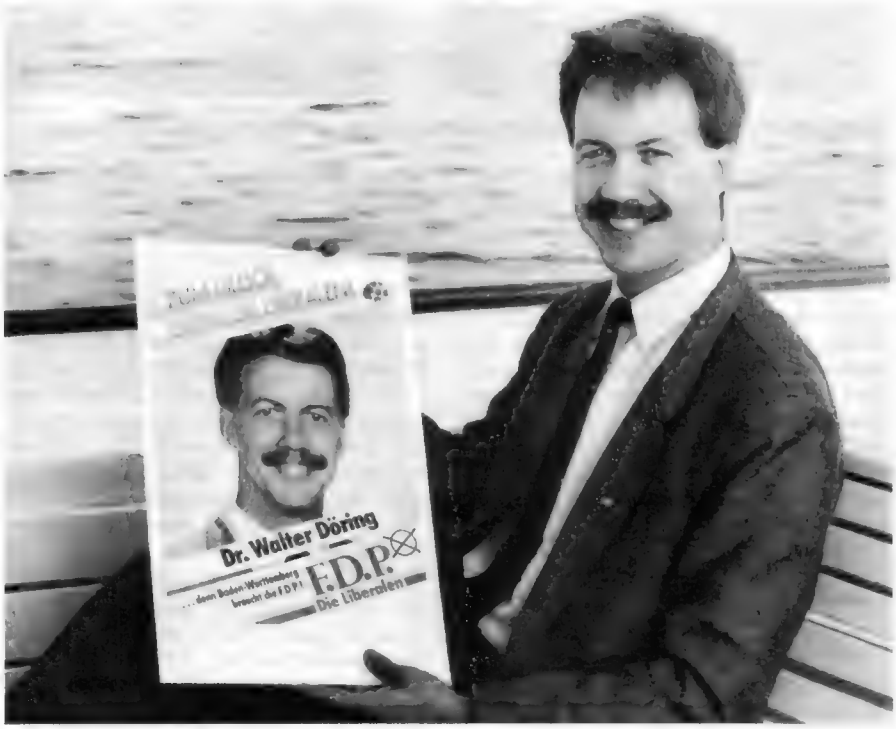
Per Telekopierer setzte der baden-württembergische FDP-Landesverband die Medien über eine wichtige Aktivität des Vorsitzenden Walter Döring, 33, ins Bild. An Heiligabend, so hieß es in der 26 Zeilen langen Mitteilung zwei Tage vor Weihnachten, werde der liberale Spitzenkandidat Lachs mit Meerrettich und Melone, Oxtailsuppe, Ackersalat mit Speck, danach ein Fleischfondue und „zum Nachtisch dann ein köstliches Sahne-Himbeer-Dessert“ verzehren.

Mit dem häuslichen Speisezettel konnte der beurlaubte Studienrat immerhin etliche Zeilen in der Regionalpresse herausschinden. Dem „politischen Nichtschwimmer“, so der baden-württembergische CDU-Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder über Döring, ist offenbar jeder Anlaß recht, um vor der Landtagswahl am 20. März Popularität und Profil zu gewinnen.

Die „Badische Zeitung“ krittelte denn auch, der FDP-Landesverband bestehe „nur noch in einer Art One-man-show“ des Landesvorsitzenden, „der sich zwar pausenlos zu Gott und der Welt äußert, aber im Grunde genommen nichts zu sagen hat“.

Hervorgetan hat sich Döring, der sich gern in eine Reihe mit den bekannteren FDP-Landesvorsitzenden Rainer Brüderle (Rheinland-Pfalz), Wolfgang Gerhardt (Hessen) und Jürgen Möllemann (Nordrhein-Westfalen) stellt, zuletzt mit frühzeitigem und voreiligem Eintreten für ein strafbewehrtes Vermummungsverbot bei Demonstrationen, „weil Liberalität und Maske grundsätzlich nicht zusammenpassen“.

Den Vorwurf, er sei nur „zuständig für die Rubriken Peinliches, Unnötiges und Opportunistisches“, wie die Grünen in Baden-Württemberg behaupten, will Döring am Dienstag und Mittwoch dieser Woche widerlegen. Beim traditionellen Dreikönigstreffen der Südwest-Liberalen in Stuttgart, zugleich ordentlicher Landesparteitag, eröffnet er in zwei Reden den Wahlkampf mit der März-Parole



FDP-Spitzenkandidat Döring: „Wenn ich ein Schuft wäre“

der FDP: „Zum Glück gibt's die Liberalen!"

Das Glück, mit Liberalen koalieren zu müssen, will die FDP der CDU aufdrängen, die seit 1972 mit absoluter Mehrheit an der Macht ist. Dem Ziel, künftig im Kabinett des Ministerpräsidenten Lothar Späth um jeden Preis mitzuregieren, haben die Freidemokraten in ihrem Stammland Ton und Taktik untergeordnet. Dörings militärischer Appell an die FDP-Basis: „Rein in den Kampfanzug und durchschaffen bis zum 20. März!"

Dem „unerträglichen und selbstherrlichen Späth-Absolutismus" will die FDP „endlich ein Ende bereiten". Döring sieht „gute Chancen", daß nach dem Wahlsonntag „die große liberale Tradition in diesem Lande" wiederbelebt werde. Regierungschef Späth, so wunderten sich die „Stuttgarter Nachrichten", werde „zum politischen Gegner Nummer eins erklärt und gleichzeitig zum Partner auserkoren".

Die Hoffnungen der FDP sind so abwegig nicht. 1984 schaffte die CDU in Baden-Württemberg 51,9 Prozent der Stimmen, gut 48 Prozent sichern nach dem komplizierten Landtagswahlrecht gerade noch die absolute Mehrheit an Mandaten. Nach neuen Umfragen liegt die CDU kaum darüber, die SPD könnte sich geringfügig von kargen 32,4 Prozent auf 34 Prozent steigern, die FDP würde mit neun Prozent die Grünen überflügeln, die bei der letzten Landtagswahl mit acht Prozent noch vor den Liberalen (7,2 Prozent) rangierten.

Der Bonner FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann hält sogar ein „zweistelliges Ergebnis" für möglich, und Döring kalkuliert „neun plus x Prozent". Späth wiederum setzt auf eine „knappe absolute Mehrheit" der CDU, er will mit Dörings FDP nicht über Ministerposten verhandeln müssen. Er könne, so der Regierungschef, seine Politik nur mit Partnern machen, „mit denen ich mich identifizieren kann" – und dazu zählt er zumindest den FDP-Aufsteiger Döring nicht. Um die Liberalen in ihrem Optimismus zu dämpfen, spielt Späth gelegentlich auch öffentlich mit dem Gedanken an eine große Koalition. Späth: „Wenn es nicht zur absoluten Mehrheit reicht, rede ich am Wahlabend mit meinen Freunden über alle Möglichkeiten."

Tatsächlich aber werden in der Stuttgarter Villa Reitzenstein, Dienstsitz des Ministerpräsidenten, Koalitions- und Kabinettsmodelle für ein Zusammengehen mit der FDP durchgespielt. „Mich drängt es nicht dazu, mein Leben umzukrempeln", sagt Späth, „ich möchte bleiben, was ich bin: Ministerpräsident von Baden-Württemberg."

Wenn's denn nicht anders geht, dann würde er, wie Späths Berater durchsikkern lassen, wahlweise bis zu drei CDU-Minister ohne Bedauern ziehen lassen. Oben auf der Liste steht die Sozial- und Gesundheitsministerin Barbara Schäfer, die, trotz allem guten Willen, immer wieder für negative Schlagzeilen sorgte, etwa mit der katastrophalen Situation der Psychiatrischen Landeskrankenhäuser (SPIEGEL 17/1987).

Danach folgen CDU-Wirtschaftsminister Martin Herzog, dessen Geschäfte ohnehin Späth selbst betreibt, und CDU-Wissenschaftsminister Professor Helmut Engler, ein liberaler Kopf, der sich der Kabinetts- und CDU-Disziplin nicht immer anpassen mag und deshalb vom Regierungschef gern übergangen wird.

Zwar reflektiert der FDP-Vorsitzende Döring keineswegs nur, wie ihm nachgesagt wird, auf das Kultusministerium – er würde auch gern Sozialminister werden, wie er neuerdings nicht bestreitet. Aber offenkundig sei, kommentiert die „Stuttgarter Zeitung", „wie schnell die personell ausgebluteten baden-württembergischen Liberalen im Falle einer Regierungsbeteiligung in Verlegenheit kommen müßten". Döring wiederum brüstet sich: „Wenn ich ein Schuft wäre, könnte ich fünf bis sechs Namen nennen, die sich alle zehn Tage telephonisch bei mir für Ministerposten melden."

Als ernsthafte Interessenten gelten bisher aber nur der Bonner FDP-Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Georg Gallus, der gern auf den Stuhl des Ministers für „Ländlichen Raum, Landwirtschaft und Forsten" in Stuttgart wechseln würde, und der FDP-Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Martin Grüner, dem das Ressort Wirtschaft zufallen könnte. Auch soll der berufslose Akademiker und FDP-Fraktionsvorsitzende Hinrich Enderlein versorgt werden, der sich den Job des Wissenschaftsministers zutrauen würde.

Bis klar ist, ob die CDU einen Juniorpartner braucht, reizt Döring den Regierungschef, dem er bereits eine „gute und partnerschaftliche Koalition nach Bonner Muster" auch für Baden-Württemberg verspricht. Dann sollen die „Alleingänge" des Stuttgarter Ministerpräsidenten gegen Bonner Koalitionsbeschlüsse, wie etwa Kritik an der Steuerreform, durch Gleichschritt ersetzt werden. Die Quertreiberei aus dem Süden nämlich, tat FDP-Generalsekretär Haussmann öffentlich kund, „mag der Bundeskanzler nicht so gern".

Der getadelte Lothar Späth will sich aber auch künftig „nicht parteipolitisch disziplinieren lassen": Er sei kein Chef einer „Marionettenregierung", konterte er in Richtung FDP.

Walter Döring denkt unterdes schon über die Wahl hinaus. Zur Jahreswende legte er einen detaillierten „Terminplan 1988" vor, der lückenlos die weitere Geschäftigkeit des FDP-Landesvorsitzenden dokumentiert: von der „Bewertung des Wahlergebnisses" am 21. März über ein „Liberales Tennisturnier" im September bis zur „Vorbereitung des Dreikönigstreffens" vom Januar 1989 – da steht Döring zur Wiederwahl an.

Daneben fehlen auch nicht weitere Einblicke in sein Privatleben, wie etwa die präzise Unterrichtung der Öffentlichkeit über einen vorweihnachtlichen Einbruch in sein Haus in Schwäbisch Hall.

Geraubt wurden, von bislang Unbekannten, Schmuckstücke aus altem Familienerbe, darunter ein Brillantkollier, eine Münzensammlung und Bargeld, alles in allem ein Verlust von rund 75 000 Mark – sogar das entspricht dem gediegenen schwäbischen Mittelstand, auf den Döring setzt.

Abstiegskandidatin Barbara Schäfer, Chef Späth: „Keine Marionettenregierung"

Zweck erreicht

Der Leiter der Beschaffungsstelle im Bonner Innenministerium und sein Stellvertreter wurden versetzt. Gab es zu enge Kontakte mit Privatunternehmen?

Hans Neusel gehört seit Jahren zu den erfahrensten Bonner Beamten. Der Staatssekretär im Innenministerium hat vielen Herren gedient, anfangs in der Wirtschaft, als Vorstandsassistent der Montanindustrie, danach in der Politik. Der heute 60jährige leitete das Büro von CDU-Kanzler Kurt Georg Kiesinger und saß als Staatssekretär für Bundespräsident Karl Carstens am Kabinettstisch von SPD-Kanzler Helmut Schmidt. Neusel gilt als einer, der weiß, wovon er redet – wenn er redet.

In diesen Tagen sprach der Staatssekretär – und er wollte seine Worte nicht auf einen konkreten Fall bezogen wissen – ganz allgemein von einer besonders kritischen Berührungsstelle der Interessen von privater Wirtschaft und öffentlicher Hand. Es ging um die sogenannten Beschaffungsstellen, eine Art staatlicher Einkaufskontore, die beispielsweise beim Innenministerium den Bedarf von Grenz- und Zivilschutz ordern.

Über die Tische der Beamten einer solchen Dienststelle gehen millionenschwere Aufträge, von der Schraube bis zur Motorsäge, vom Auto bis zum Hubschrauber. Die Unterschrift eines Regierungsdirektors aus einer solchen Schaltstelle ist in der Wirtschaft oft begehrter als die Paraphe eines Ministers. Diese Abteilungen der Ministerien seien, urteilt Sachkenner Neusel, „sehr sensible Instrumente", ihre Mitarbeiter „allerlei Anfechtungen unterworfen". Träten „unklare Sachverhalte" auf, dann sei es wohl „richtig, Personen auszuwechseln, schon um keine besonderen Gefahren zu laufen".

Besondere Gefahr ist im Verzug. Zum 1. Dezember versetzte der Innenminister den Leiter seiner Beschaffungsstelle, den Leitenden Regierungsdirektor Norbert Krutzki, nach nur zweijähriger Amtszeit zur Katastrophenschutzschule nach Ahrweiler. Krutzkis „ständiger Vertreter", Regierungsdirektor Sigurd Wienkoop, schon seit 22 Jahren in der Beschaffungsstelle, wurde Mitte Dezember in ein unbedeutendes Referat des gleichfalls dem Innenministerium unterstellten Bundesamtes für Zivilschutz abgeschoben.

Krutzki wird von Mitarbeitern verdächtigt, bestimmte Firmen auffällig begünstigt zu haben. Wirtschaftsunternehmen beklagten sich umgekehrt bei anderen Ressorts, aber auch bei Politikern und beim Bundesrechnungshof, über dubiose Praktiken der Krutzki-Behörde. Auch Kritik an Krutzkis Arbeitsstil und

Kritiker Neusel
„Allerlei Anfechtungen"

Aufwand wurde laut – es riecht faul im Bereich Zivilschutz und -verteidigung, der von Unionspolitikern wie Fraktionschef Alfred Dregger und CSU-Staatssekretär Carl-Dieter Spranger zur nationalen Aufgabe erklärt wurde.

Als Staatssekretär Neusel am Montag vor Weihnachten von Recherchen des SPIEGEL erfahren hatte, trommelte er seine Experten zur Krisenlage zusammen. Krutzki wurde zum Schweigen gegenüber Dritten vergattert. Anschließend verbreitete Ministeriumssprecher Michael Andreas Butz eine lapidare Erklärung: In der Beschaffungsstelle seien „im Verhältnis zwischen Dienststellenleiter und seinem Stellvertreter Schwierigkeiten aufgetreten, die sich nicht beheben lassen". Daher sei es notwendig geworden, „im öffentlichen Interesse" Konsequenzen zu ziehen; beide Beamte hätten versetzt werden müssen.

Da ist mehr dran. In Zimmermanns Haus wurde immerhin bestätigt, daß ein disziplinarrechtliches Ermittlungsverfahren gegen Krutzki eingeleitet sei. Die Untersuchungen seien „ungeheuer umfangreich", hieß es dort. Krutzki muß sich nicht nur gegen den Vorwurf falscher Reisekostenabrechnungen wehren; er soll auch Auskunft geben über einen von einer Firma bezahlten Besuch im Pariser „Lido" und über eine Leihwagenaffäre. Er habe sich, so behaupten Mitarbeiter, übers Wochenende zu Testfahrten einen Mercedes 260 E besorgt. Das zuständige Kfz-Referat wußte davon freilich nichts, sagen Referatsleiter, die auch Krutzkis eigenmächtige Anforderungen von Audi-, BMW-, Ford- und

Versetzter Krutzki
„Unklare Sachverhalte"

Opel-Testwagen monieren. Es bestehe der Verdacht der Vorteilsannahme, hieß es im Innenministerium.

Immerhin verwaltet die Dienststelle, die Regierungsdirektor Krutzki (Amtsjargon „Der Präsident") seit 1985 befehligte, einen Etat von fast 300 Millionen Mark. Dort werden die Aufträge für Grenzschutzhubschrauber ebenso ausgefertigt wie die Orders für Bergegeräte des Technischen Hilfswerkes (THW). Wenigstens drei Referatsleiter aus der Beschaffungsstelle waren seit Frühjahr mit Dienstaufsichtsbeschwerden gegen Krutzkis rüde Führungsmethoden und dessen lockere Sitten bei der Vergabe öffentlicher Aufträge angegangen. Das Ministerium schwieg dazu. Nach Krutzkis Versetzung überredeten Zimmermanns Personalmanager zwei der Ankläger, ihre Beschwerde zurückzuziehen. Den Beamten genügte es, daß Krutzki nicht mehr ihr Vorgesetzter ist.

Doch damit ist der Fall nicht erledigt. Ende März hatte Krutzkis Stellvertreter Wienkoop eine 15seitige Beschwerdeschrift gegen seinen Vorgesetzten eingereicht. Er beschuldigte Krutzki, gegen die Verdingungsordnung für Leistungen verstoßen zu haben, in der die Auftragsvergabe der öffentlichen Hand geregelt ist. Das Innenministerium wies im August Wienkoops Beschwerde zurück: „Verstöße gegen Vergabevorschriften" seien „fachaufsichtsrechtlich nicht feststellbar".

Wienkoop gab nicht nach. Er sandte im Oktober seine Beschwerde dem Petitionsausschuß des Bundestages, der Fall sei „von allgemeinem Interesse", seine Eingabe „mit fadenscheinigen Gründen" zurückgewiesen worden. Es ist die Rede von „schweren Unregelmäßigkeiten". Er, Wienkoop, hätte sich einer „Dienstpflichtverletzung" schuldig gemacht, wenn er Krutzki nicht angeschwärzt hätte.

Die Fachleute des Amtes hätten „immer wieder" den Eindruck, „Herr

Krutzki ziele auf bestimmte Firmen ab und versuche, das Vergabeverfahren in dieser Richtung zu beeinflussen". Der Chef lasse sich gern üppig von den Firmen bewirten und halte „keine genügende Distanz zu Bewerbern".

Tatsächlich gehörte Krutzkis besondere Zuneigung dem Zivilschutz, insbesondere dem Technischen Hilfswerk und seinen freiwilligen Helferorganisationen. Als THW-Organisator im Bundesamt für Zivilschutz lernte er die Sorgen und Wünsche der Katastrophenschützer vor Ort kennen und erfuhr auch, welche Firmen dort wohlgelitten sind. Seit er ins Beschaffungsamt wechselte, hat Krutzki seinem Dienstherrn schon manchen Ärger mit Firmen, Behörden und Referatsleitern des Kontors eingebracht. Der Beamte: „Es gab Meinungsverschiedenheiten, aber ich wußte besser, was gebraucht wurde."

Im März dieses Jahres schrieb das Bundesamt für Zivilschutz hydraulische Rettungs- und Bergegeräte, sogenannte Spreizer, für Katastrophenschutzfahrzeuge aus, 626 Systeme im Wert von rund vier Millionen Mark. Traditioneller Lieferant: die Firma Emil Weber Oelhydraulik GmbH & Co. in Güglingen/Württemberg. Diesmal bewarben sich weitere Firmen, darunter die Maschinenfabrik Neumann in Bottrop, FAG Kugelfischer in Erlangen und Peter Lancier in Münster.

Neumann war billigster Anbieter. Doch das Beschaffungsamt zog die Ausschreibung zurück und ließ eine zweite folgen, die nach Ansicht von FAG-Vertriebsdirektor Rolf Jaeneke „noch stärker als die erste auf das Weber-Produkt" zielte. Diesmal hatte FAG die Nase vorn. Doch Krutzki hob gegen den Protest seiner Beamten auch die zweite Ausschreibung auf und vergab freihändig – an Weber.

FAG alarmierte den Erlanger CSU-Abgeordneten Gerhard Friedrich, der beim zuständigen Parlamentarischen Staatssekretär Carl-Dieter Spranger protestierte. Doch der erkannte in einem Brief vom 13. Juli keine „Verletzung des Grundsatzes der ‚Chancengleichheit'".

Lancier beschwerte sich im Ministerium, später beim Bundesrechnungshof und verlangte Schadenersatz für 20 000 Mark Entwicklungskosten. Dieser Firma antwortete Neusel, „ein zu rügendes Fehlverhalten der beteiligten Stellen (sei) nicht feststellbar", Weber der „preisgünstigste Bieter" gewesen.

Innenminister Zimmermann bei der GSG 9: „Im öffentlichen Interesse"

Was Neusel übersah, recherchierte CSU-MdB Friedrich: Weber habe seinen Ausschreibungspreis nachgebessert; das ist nicht zulässig.

Zimmermanns Ministerium deckte seinen obersten Beschaffer auch, als andere Ressorts vorstellig wurden. Im Vorjahr hatte Krutzki einen Großauftrag für Tragkraftspritzen, motorisierte Wasserpumpen für Feuerwehrautos, dem Traditionslieferanten Ziegler in Giengen/Brenz erteilt – obwohl diese Firma bei der Ausschreibung als dritte ins Ziel gelangt war. Ein unterlegener Motorenanbieter, die Firma Okrasa, Dipl. Ing. G. Oettinger in Friedrichsdorf, schaltete Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg ein und kritisierte die „Quasi-Monopolstellung eines Anbieters", wobei er den Schaden für den Steuerzahler auf 435 000 Mark bei einem Auftragsvolumen von 4,5 Millionen Mark bezifferte.

Am 3. November rügte das Bundeswirtschaftsministerium das Innenressort wegen Krutzkis eigenwilliger Methoden beim Zuschlag für die Lieferung von Motorsägen und Trennschleifern durch die Firma des designierten Handelstagspräsidenten Hans Peter Stihl. Die Begründung reiche nicht aus, mit der dem Konkurrenten, der Hamburger Firma Sachs-Dolmar, eine Lieferung ihrer um zehn Prozent billigeren Sägen und zwei Prozent günstigeren Trennschleifer abgelehnt wurde.

In seiner Dienstaufsichtsbeschwerde klagt Wienkoop, Krutzki habe bei einem 1,2-Millionen-Auftrag an einen bayrischen Anbieter von Sicherheitstechnik, die Hörmann-GmbH in Kirchseeon, für eine geringfügige Erhöhung des Skontos auf die notwendige Preisprüfung verzichtet. Er, Wienkoop, habe es abgelehnt, in Krutzkis Abwesenheit den Kontrakt zu unterschreiben und statt dessen eine Preisprüfung angeordnet. Die Folgen laut Wienkoop: „Darüber war der Leiter nach seiner Rückkehr dann erbost. Er erklärte, das gehe nicht, er fühle sich der Firma gegenüber desavouiert, wie stehe er denn da."

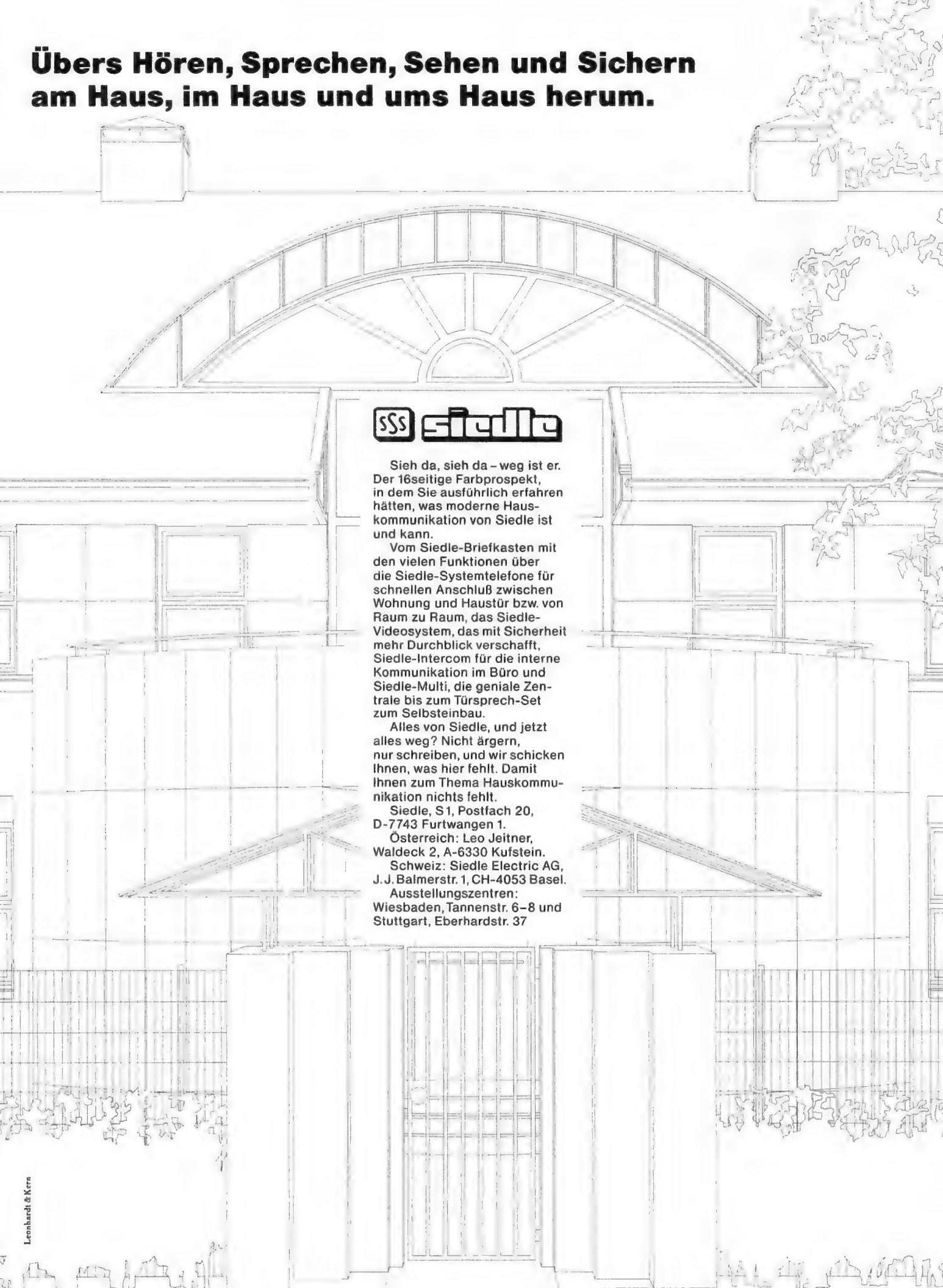
Ohne den zuständigen Referatsleiter und den Justitiar hinzuzuziehen, führte Krutzki mit der französischen Firma Aérospatiale Verhandlungen über den Kauf von Hubschraubern. Wienkoop behauptet, der damalige Vorgesetzte habe eine Vorauszahlung von 15 Millionen Mark geleistet, ohne auf die in der Geschäftsordnung der Beschaffungsstelle vorgeschriebene Bankbürgschaft oder den in früheren Verträgen mit dieser Firma ersatzweise vereinbarten Nachlaß von einem drittel Prozent der Vorauszahlung zu verlangen.

Für den 23. September lud Krutzki, eine seiner letzten Amtshandlungen, rund 500 Firmenvertreter zu einer großen „get together"-Party mit fast 300 Bediensteten der Beschaffungsstelle nach Bonn-Mehlem ein. „In ungezwungener Form, sei es an Tischen, in Zelten oder bei gemeinsamen Spaziergängen im THW-Gelände oder am Rhein", sollten Industrie und Amt mal so richtig unter sich sein. Alte Freunde vom Düsseldorfer THW wollten die Fete ausrichten, die Kosten für Getränke und Essen sollten über Firmen-Spenden wieder hereingeholt werden. Doch die Kollegen spielten nicht mit. Die Teilnehmer mußten Bier und Suppe aus eigener Tasche berappen.

Zimmermanns Ministerium teilte Wienkoops grundsätzliche Skrupel nicht und hielt den „Kommunikationstreff" für „vertretbar"; eine Wiederholung der Veranstaltung sei aber „in absehbarer Zeit nicht erforderlich".

Im Januar sollen nun, so hieß es vergangene Woche im Innenministerium, alle Vorwürfe gegen Krutzki aufgeklärt werden. Wahrscheinlich übernehme dann der Bundesdisziplinaranwalt. ◆

Übers Hören, Sprechen, Sehen und Sichern am Haus, im Haus und ums Haus herum.



SSS siedle

Sieh da, sieh da – weg ist er. Der 16seitige Farbprospekt, in dem Sie ausführlich erfahren hätten, was moderne Hauskommunikation von Siedle ist und kann.

Vom Siedle-Briefkasten mit den vielen Funktionen über die Siedle-Systemtelefone für schnellen Anschluß zwischen Wohnung und Haustür bzw. von Raum zu Raum, das Siedle-Videosystem, das mit Sicherheit mehr Durchblick verschafft, Siedle-Intercom für die interne Kommunikation im Büro und Siedle-Multi, die geniale Zentrale bis zum Türsprech-Set zum Selbsteinbau.

Alles von Siedle, und jetzt alles weg? Nicht ärgern, nur schreiben, und wir schicken Ihnen, was hier fehlt. Damit Ihnen zum Thema Hauskommunikation nichts fehlt.

Siedle, S1, Postfach 20, D-7743 Furtwangen 1.

Österreich: Leo Jeitner, Waldeck 2, A-6330 Kufstein.

Schweiz: Siedle Electric AG, J. J. Balmerstr. 1, CH-4053 Basel.

Ausstellungszentren: Wiesbaden, Tannenstr. 6–8 und Stuttgart, Eberhardstr. 37

Leonhardt & Kern

Klein (M.) beim SPIEGEL-Gespräch*: „Bringen Sie mal Geld, ich möchte bezahlen"

„Hilfe bedarf gewisser Voraussetzungen"

Der Bonner Entwicklungshilfeminister Hans Klein (CSU) über Kriterien deutscher Leistungen an die Dritte Welt

SPIEGEL: Herr Klein, als Sie Minister wurden, haben Sie stolz das Kanzlerwort verbreitet, mit Ihnen säße ein „weiterer Außenpolitiker" am Tisch des Kabinetts Kohl. Haben Sie irgendwo außenpolitische Akzente gesetzt?

KLEIN: Ich weiß nicht. Das kann ich nicht selbst beurteilen. Ich habe bei den wenigen Anlässen, wo sich außenpolitische Fragen im Kabinett stellten, den Standpunkt der Union vertreten, der sich meistens mit dem des Bundeskanzlers deckte.

SPIEGEL: Aber nicht mit dem des Außenministers. Sie sind vor allem dadurch aufgefallen, daß Sie einer anderen Außenpolitik das Wort reden als der Hans-Dietrich Genschers.

KLEIN: Ich will mich vom SPIEGEL nicht dazu provozieren lassen, durch einschlägige Bemerkungen ein Stückchen Zwist ins Kabinett zu tragen. Ich habe mich mit dem Außenminister eigentlich in den meisten Fragen verständigen können.

SPIEGEL: Uns fallen die auf, wo Sie sich nicht verständigen konnten.

KLEIN: Zum Beispiel?

SPIEGEL: Sie haben sich für Waffenlieferungen an Saudi-Arabien ausgesprochen.

KLEIN: Wieso? Meine Formulierung, ich hielte Rüstungslieferungen an Saudi-Arabien für erwägenswert, blieb doch weit hinter dem zurück, was mit Genscher in der Koalition mit Blick auf Saudi-Arabien Wochen vorher vereinbart worden war.

SPIEGEL: Warum sind Sie dann vom Regierungssprecher zurückgepfiffen worden?

KLEIN: Der Regierungssprecher hat mich nicht zurückgepfiffen, sondern er hat mit meiner Billigung eine Erklärung abgegeben und dann von sich aus, zugegebenermaßen etwas unpräzise, eine unglückliche Formulierung angehängt, es sei nur die Meinung eines einzelnen Kabinettsmitgliedes, nicht der Regierung gewesen. Das lag daran, daß ihm der gesamte Vorgang zu dem Zeitpunkt offenbar noch nicht bekannt war.

SPIEGEL: In der Sache kein Dissens zum Kabinett?

KLEIN: Kein Dissens.

SPIEGEL: Dann hat es wohl wegen des Weltbank-Kredits an Chile auch keine Meinungsunterschiede in der Regierung gegeben?

KLEIN: Da gab es in der Tat eine sehr ernsthafte Diskussion, ob die Genehmigung des Weltbank-Darlehens den Demokratisierungsprozeß in Chile befördern oder behindern würde. Der Außenminister hat sehr nachdrücklich gebeten, mit den Amerikanern für eine Verschiebung dieser Entscheidung zu stimmen. Mein Kollege Blüm und CDU-Generalsekretär Geißler haben in Briefen an mich die Meinung vertreten, daß die Bewilligung dieses Kredites den Demokratisierungsprozeß hemmen würde.

SPIEGEL: Auf die durften Sie nicht hören?

KLEIN: Wir haben einen Weg gefunden, mit dem beide Seiten leben können. Denn ich vertrete die Auffassung, daß wirtschaftliche Maßnahmen – Sanktionen, Boykott oder auch Vorenthaltung eines Kredites – zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen und einen Demokratisierungsprozeß behindern. Geht es wirtschaftlich bergab, sind die Nutznießer immer die radikalen Kräfte auf beiden Seiten.

SPIEGEL: Genscher, Geißler und Blüm reden von schwersten Menschenrechtsverletzungen in Chile und warnen vor dem Weltbank-Kredit. Der Kanzler heißt den Kredit ausdrücklich gut.

KLEIN: Ich bin überzeugt, daß die Entscheidung für den Kredit zusammen mit dem appellierenden Brief des Bun-

* Mit Redakteuren Richard Kießler und Hans-Jürgen Schlamp in seinem Bonner Amtszimmer; an der Wand die Bilder seiner Vorgänger Scheel, Wischnewski, Eppler, Bahr, Marie Schlei, Offergeld und Warnke.

deskanzlers an Präsident Pinochet ziemlich präzis die Auffassungen in CDU und CSU wiedergeben.

SPIEGEL: Auch Geißlers?

KLEIN: Ich will die sehr engagierte und auf den linken Flügel der chilenischen Christdemokraten fixierte Politik des CDU-Generalsekretärs hier nicht bewerten. Aber ich glaube, in der CDU/CSU hat mit der klugen Entscheidung des Kanzlers niemand ernsthafte Beschwerden.

SPIEGEL: Aber in der FDP.

KLEIN: Manchmal wird die Minderheit in der Koalition – damit meine ich jetzt unseren liberalen Koalitionspartner – für den Geschmack eines CSU-Mannes besonders stark bevorzugt.

SPIEGEL: Die CSU, die andere Minderheit in der Koalition, reizt die Liberalen ständig mit außenpolitischen Sondertouren.

KLEIN: Die sehe ich nicht.

SPIEGEL: Wir haben eine Menge Beispiele: Sie schicken Ihren Staatssekretär Lengl zur Jubelfeier in das Apartheid-Gebilde Bophuthatswana, das von keinem Staat – außer seinem Protektor Südafrika – anerkannt ist. Genschers Auswärtiges Amt war zunächst ahnungslos und dann entsetzt.

KLEIN: Mir hat sich das Entsetzen auf keinerlei Weise mitgeteilt. Ich weiß nicht, woher Sie Ihre Informationen beziehen. Im übrigen: Was ist falsch daran, wenn der Staatssekretär meines Ministeriums in ein Land reist, das alle Voraussetzungen eines Entwicklungslandes erfüllt, außer daß man über das Maß seiner Souveränität streitet?

SPIEGEL: Darüber streitet keiner außer Ihnen. Kein westliches Land erkennt Bophuthatswana an.

KLEIN: Das ist kein Beweis für irgend etwas. Fast jedes westliche Land steht sofort auf der Matte, wenn irgendwo ein wild gewordener Feldwebel putscht und mit Blut an die Macht gelangt.

„Den Menschen in Namibia helfen, nicht der Swapo"

SPIEGEL: Sie halten die Reise des Staatssekretärs Lengl für legitim?

KLEIN: Ich halte sie für legitim, und er ist auch in meinem Auftrag gereist.

SPIEGEL: Wer bezahlt den Trip?

KLEIN: Mein Ministerium.

SPIEGEL: Haben Sie vor, für von Südafrikas Gnaden abhängige Homelands wie Bophuthatswana staatliche Entwicklungshilfe zu geben?

KLEIN: Das dürfte im Moment wohl schwierig sein. Wir werden da eher mit dem Modell operieren, mit dem wir in einer ganzen Reihe von ähnlichen Fällen operieren – mit nichtstaatlichen Organisationen.

SPIEGEL: Die staatliche Gelder ausgeben.

KLEIN: Es gibt oft gute außenpolitische Gründe, diesen Weg zu gehen.

SPIEGEL: Ihnen macht es ja auch nichts aus, Entwicklungsmillionen für das von Südafrika widerrechtlich besetzte Namibia lockerzumachen.

KLEIN: Ja, es macht mir nicht nur nichts aus, sondern ich halte es für absolut richtig, daß man den über eine Million Menschen, die in Namibia leben, jetzt hilft und sie nicht dafür bestraft, daß sie, wie Sie das formulieren, widerrechtlich von Südafrika besetzt sind. Was wäre denn die Alternative dazu? Zu sagen, wir helfen der Swapo . . .

SPIEGEL: . . . der Südwestafrikanischen Volksorganisation . . .

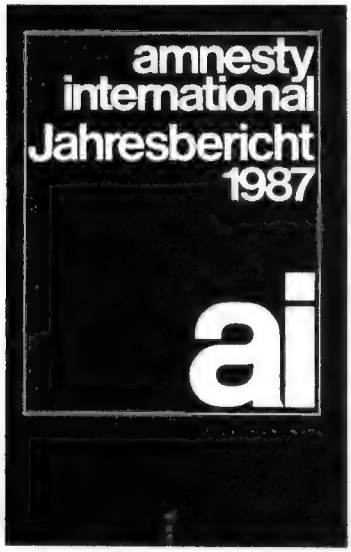
KLEIN: . . . die nun in einer fabelhaften demokratischen Weise von den Vereinten Nationen als die einzige und authentische Vertreterin des namibischen Volkes bezeichnet wird, obwohl es dort nie Wahlen gegeben hat, denen sich die Swapo gestellt hat.

SPIEGEL: Südafrika verhindert diese von der Uno geforderten Wahlen. In Wahrheit fürchten Sie wohl den Sieg der Swapo und eine linke Regierung in Namibia.

KLEIN: Ich habe Verständnis für Einseitigkeit auch beim SPIEGEL. Nur: Tatsachen lassen sich nicht aus der Welt schaffen. Die Fünfer-Gruppe der Uno

CSU-Chef Strauß, Südafrika-Premier Botha: „Auf dem richtigen Weg"

Chile-Präsident Pinochet, Minister Blüm: „Ernsthafte Diskussion"



Die Menschenrechts-situation in 129 Ländern.

amnesty international –
Jahresbericht 1987 (TB 3879)
528 Seiten, November 1987
(ISBN 3-596-23879-x)

Erhältlich im Buchhandel und bei amnesty international.

amnesty international
Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Heerstr. 178 5300 Bonn 1

«Lieber PC, jetzt machen wir freien Tisch» . . .

. . . **«Nichts ist einfacher» sagt Ihr PC und aktiviert Masters-Memory.**

● Deutschsprachiges Hintergrundprogramm mit einmaligem Bedienungskomfort dank Fenstertechnik ● Jederzeit abrufbar, ohne aktive Programme zu beeinflussen ● Einfachste Installation ● **Bestellen Sie Ihre wirtschaftliche Büroorganisation jetzt:**

Vertrieb Deutschland:
eXe Software GmbH, *Personal Software*
Postfach 2017, Harpolinger Straße 17–21
D-7886 Murg (Baden)
Telefon 077 63 10 41 (42), Telefax 07763/1038

Vertrieb Österreich:
Burisch Computer + Peripherie
Scheydgasse 31, A-1210 Wien
Telefon 0222 38 76 38-0, Telefax 0222 30 16 43

eXe – eine Unternehmung der ROTRON ELECTRONICS AG Kienberg, Schweiz

hat ausschließlich mit Südafrika, mit der Swapo, mit den Frontstaaten verhandelt. Die eigentlich betroffenen Menschen, nämlich die über eine Million Bewohner von Namibia, wurden zu keinem Zeitpunkt befragt, sondern nur die selbsternannten Swapo-Führer . . .

SPIEGEL: . . . die die Mehrheit des Volkes repräsentieren.

KLEIN: Die *laut Uno* die Mehrheit des Volkes repräsentieren und, mit entsprechenden Mitteln der Vereinten Nationen und westlicher und östlicher Staaten ausgestattet, ihre politischen Übungen in den Luxushotels westlicher Großstädte machen. Und der andere Teil legt

„Ich halte das System in Südafrika für reformfähig"

Minen, auf die schwarze Frauen und Kinder treten. Ich kann wirklich nicht erkennen, wo da der demokratische Fehler läge, den Menschen dort jetzt Hilfe zu leisten – nicht erst irgendwann, wenn es den Großmächten, der Swapo, den Frontstaaten, den Südafrikanern vor allem, beliebt, den Unabhängigkeitsprozeß ernsthaft einzuleiten.

SPIEGEL: Das ist die Linie der CSU. Die Bundesregierung dagegen hält Namibias Übergangsregierung für „null und nichtig", der man auch keine Entwicklungshilfe geben will.

KLEIN: Ich möchte dem Hamburger Nachrichten-Magazin ungern den Triumph gönnen, die Bundesregierung hier auseinanderdividiert und in konfrontative Stellung gebracht zu haben. Deshalb: Unsere Entwicklungszusammenarbeit mit Namibia erfolgte auf dem nichtstaatlichen Sektor und im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt.

SPIEGEL: Aber Sie und Strauß wollen mehr, als jetzt stattfindet.

KLEIN: Ich möchte in der Tat, daß mehr Entwicklung stattfindet in dem Land, für das wir Deutsche eine besondere historische Verantwortung tragen. Dazu gehört, daß die Uno-Resolution 435, die freie Wahlen unter internationaler Aufsicht fordert, modifiziert und nach immerhin zehn Jahren den inzwischen erfolgten Entwicklungen angepaßt werden muß, um sie praktikabel zu machen. Das ist doch nichts Abwegiges.

SPIEGEL: Nehmen wir Südafrika, ein weiteres Feld bayrischer Außenpolitik. Genscher sieht den Apartheid-Staat in einer „vorrevolutionären Situation" und hält das Regime in Pretoria nicht für reformfähig; es müsse abgeschafft werden. Ihr Mentor Franz Josef Strauß hingegen sieht dort „lauter Schritte auf dem richtigen Weg".

KLEIN: Wenn wir davon ausgingen, daß in Südafrika eine revolutionäre Situation gegeben ist, und wir keine Kraft mehr darauf verwendeten, eine Evolution mit herbeizuführen, würden wir uns in einer unvorstellbaren Weise schuldig machen am Tod von möglicherweise Millionen Menschen.

SPIEGEL: Dort sterben seit langem viele Menschen.

KLEIN: Ich spreche von Millionen Menschen. Es hat auch jetzt schon Tote gegeben. Aber schauen Sie sich die Zahlen mal genau an, auf welcher Seite und von wem getötet wird. Wer hat denn das „Halsband" erfunden? Wenn irgendeine radikale Gruppe den Schulstreik ausruft und die Schulkinder gehen trotzdem in die Schule, dann werden sie umgebracht. Das wird dann alles in die Statistik des „Apartheid-Regimes" hineingeschrieben.

Ich finde, daß dieses Gespräch eine arge Schräglage bekommt, weil Sie ja nur darauf aus sind, an drei oder vier peripheren Stellen . . .

SPIEGEL: . . . wir haben noch mehr.

KLEIN: . . . Divergenzen zu konstatieren.

SPIEGEL: Halten Sie das System in Südafrika für reformfähig?

KLEIN: Ich halte das System für reformfähig. Ich bin sogar überzeugt: Die Reform muß aus dem System selbst heraus kommen.

SPIEGEL: Da liegt dann wohl in der Bundesregierung ein Dissens vor.

KLEIN: Ein Auffassungsunterschied.

SPIEGEL: Warum haben Sie verhindert, daß Genscher dem am Westen interessierten Angola Entwicklungshilfe zusagen durfte?

KLEIN: Das habe ich nicht. Aber staatliche Entwicklungshilfe bedarf auf der Empfängerseite gewisser Voraussetzungen. Solange in Angola zwischen 30 000 und 35 000 kubanische Soldaten stehen, dazu noch eine Zahl von einigen tausend sowjetischen, tschechischen und ostdeutschen Militär- und nachrichtendienstlichen Beratern . . .

SPIEGEL: Das Regime in Luanda öffnet sich dem Westen.

KLEIN: Moment! Ein paar verbale Bekundungen zur Unterstreichung eines

„In der Marktwirtschaft geht es bergauf"

Kredit- oder Geldwunsches sind noch keine Öffnung. Deshalb ist noch kein Kubaner abgezogen.

SPIEGEL: Das liegt auch an Südafrika.

KLEIN: Na gut. Das zweite ist: Große Teile des Landes werden von der Unita beherrscht und bekriegt . . .

SPIEGEL: . . . und die rechtsgerichteten Guerrilleros der Unita werden von der CSU unterstützt.

KLEIN: In einem Teil Südangolas hat die Swapo mit einigen tausend Guerilla-Kämpfern ihre Basen. In einer solchen Situation macht staatliche Entwicklungshilfe keinen Sinn. Besser ist es, in sol-

OASEN DES KOMFORTS IM MEER DER HORIZONTE.

Genießen Sie den Komfort unserer Hotels der internationalen Klasse, lassen Sie sich mit herzlicher Gastfreundschaft verwöhnen – und freuen Sie sich auf das prickelnde Erlebnis einer Umgebung von atemberaubender Faszination.

Fordern Sie Informationsmaterial zum Traumurlaub in Marokko an! Einfach diesen Coupon ausfüllen und auf einer frankierten Postkarte abschicken: Staatlich Marokkanisches Fremdenverkehrsamt, Graf-Adolf-Straße 59, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 0211/37 05 51-52

Name: _____

Anschrift: _____

_____

_____

Sp 1/88

MAROKKO

EIN KÖNIGREICH FÜR IHREN URLAUB.

chen Fällen mit Nichtregierungsorganisationen vor Ort den Menschen zu helfen. Genau das tun wir, abgestimmt mit dem Außenminister.

SPIEGEL: Der nächste Fall zur Abstimmung ist Äthiopien. Sie wollen die Zusammenarbeit auf Katastrophenhilfe begrenzen, verweigern einen Schuldenerlaß.

KLEIN: Warum sollte der deutsche Steuerzahler die bedeutenden Schulden Äthiopiens bei der Sowjet-Union für gigantische Waffenlieferungen finanzieren?

SPIEGEL. Sie verteilen Entwicklungshilfe nach politischem Gusto, Herr Klein.

KLEIN: Nein, es ist nur sinnlos, in ein Regime deutsche Steuermittel hineinzupumpen, die es überwiegend dafür benützt, um sowjetische Waffen zu kaufen. Wo ist da der wirtschaftsentwicklungspolitische Sinn?

SPIEGEL: Das christdemokratische El Salvador bekommt Bonner Entwicklungshilfe, das Nachbarland Nicaragua, weil marxistisch, nicht. Mosambik erhält Millionen nach einem politischen Westschwenk, Angola, weil der Schwenk noch nicht weit genug ging, bekommt nichts.

KLEIN: Es ist doch keine Frage des politischen Westschwenks, sondern einer vernünftigen Wirtschaftspolitik.

SPIEGEL: Vernünftig in welchem Sinn?

KLEIN: In dem Sinne, sich stärker marktwirtschaftlich zu orientieren.

SPIEGEL: Ist das etwa keine politische Bewertung?

KLEIN: Eine wirtschaftspolitische Wertung. Es ist überhaupt nicht in Abrede zu stellen, daß alle kommunistisch-sozialistischen Regime in der Dritten Welt den Bach hinuntergegangen sind und es überall dort bergauf ging, wo der Markt auch dem einzelnen Menschen ein Stück mehr Entscheidungsfreiheit gewährt hat. Ich wünschte mir nichts lieber, als in Angola, Mosambik, in Äthiopien, in Nicaragua Verhältnisse zu haben, bei denen es Sinn macht, staatliche Entwicklungszusammenarbeit zu treiben. Für mich ist die Hauptvoraussetzung, deutsche Steuermittel irgendwo einzusetzen, daß sie auch ein Minimum an Wirkung versprechen.

„Wir müssen ganz anders hinlangen als bisher"

SPIEGEL: Sie wollen mit Ihren Entwicklungshilfe-Milliarden auch die deutschen Arbeitslosen von der Straße holen.

KLEIN: Ich kann nichts Abschreckendes daran erkennen, daß im Falle eines für richtig erkannten Programms oder Projektes, das mit deutschen Steuermitteln finanziert wird, deutsche Lieferungen und nicht amerikanische oder japanische erfolgen, wenn sie qualitativ und preislich konkurrenzfähig sind.

Namibia-Besucher Klein (1985): „Besondere historische Verantwortung"

SPIEGEL: Von den 2,5 Milliarden Mark, die 1986 über die Kreditanstalt für Wiederaufbau offiziell an die Dritte Welt verteilt wurden, flossen 86 Prozent an deutsche Unternehmen zurück.

KLEIN: Darf ich fragen, was daran schlimm ist?

SPIEGEL: Sollte man „Entwicklungshilfe" dann nicht umtaufen?

KLEIN: Warum? Ihre Zahlen beziehen sich auf weniger als ein Drittel der gesamten deutschen Entwicklungshilfe. Wir haben einen stattlichen Anteil an technischer Zusammenarbeit, das sind reine Geschenke. Und wir haben einen bedeutenden Anteil an multilateraler Zusammenarbeit, bei der immer weltweit ausgeschrieben wird. Und das von Ihnen zitierte Ergebnis ist nicht etwa überwiegend das Ergebnis von Lieferbindung, sondern in den meisten Fällen das Ergebnis von gewonnenen internationalen Ausschreibungen.

SPIEGEL: Im Jahre 1986 gingen 474 Millionen Mark deutscher Entwicklungshilfe direkt an den deutschen Maschinenbau, 377 Millionen Mark an die Elektroindustrie, nicht viel weniger an das deutsche Baugewerbe. Wer oder was wird hier eigentlich entwickelt?

KLEIN: Was glauben Sie denn, welche Industriezweige die Anzeigen des SPIEGEL finanzieren und wo das Geld herkommt? Das muß ja irgend jemand erarbeiten. Die deutsche Industrie erarbeitet die Steuermittel, mit denen Entwicklungshilfe betrieben wird. Ich kann daran nichts Unkeusches sehen, solange das Ziel bleibt, ein wichtiges Stück Entwicklung im Lande X voranzutreiben und nicht einer bestimmten Firma zu helfen.

SPIEGEL: Herr Klein, die Exporterlöse Afrikas sanken von 65 Milliarden in 1985 auf 46 Milliarden Dollar in 1986. Zugleich stiegen die Preise für importierte Industriegüter um 20 Prozent. Die Schere klafft weiter auseinander.

KLEIN: Ich muß mich natürlich im Rahmen meiner Möglichkeiten bewegen. Ich bin ja nicht etwa imstande zu sagen, na gut, wenn denen 19 Milliarden fehlen, dann nehmen wir das mal eben kurz aus dem Bundeshaushalt. Das ist einfach nicht drin! Ich bin ja auch fest überzeugt, daß wir mit der Methodik und mit dem Instrumentarium der letzten 30 Jahre nicht mehr weiterkommen. Wir haben unseren Partnern die Verhaltensform des scherzenden Gastes gestattet, der sagt: „Herr Ober, bringen Sie mal Geld, ich möchte bezahlen." Es war im Grunde genommen immer alles vorfinanziert, und irgendwann, so um 1978/79 herum, war plötzlich der Kontrollmechanismus durchgebrannt, und die Schulden waren nicht mehr unter Kontrolle.

SPIEGEL: Inzwischen liegen die Dritte-Welt-Schulden bei 1100 Milliarden US-Dollar.

KLEIN: Richtig. Nur, wenn wir, die gesamte industrialisierte Welt, begreifen, daß weitere Expansion bei uns nur mit einer sich wirklich entwickelnden Dritten Welt möglich ist, müssen wir natürlich ganz anders hinlangen als bisher.

SPIEGEL: Wie denn? Mit mehr Geld?

KLEIN: Natürlich mehr Geld, mehr Menschen, mehr Know-how, mehr Technologie-Transfer, von allem mehr.

Nur, da muß allen klar sein, daß man die gleiche Mark nur einmal ausgeben kann, daß ich nicht zugleich mir einen mit der Zeit kaufkräftig werdenden Handelspartner in Afrika oder in Asien schaffen kann und zugleich einen Industriezweig hier, der sonst nicht überlebt, mit noch viel höheren Subventionen, als ich in der gesamten Dritten Welt ausgebe, am Leben zu erhalten vermag.

SPIEGEL: Da müßte erst mal Schluß sein mit der unsinnigen EG-Agrarpolitik.

KLEIN: Genau das. Nicht nur auf den eigenen Nabel starren, sondern begreifen, daß wir auf die Dauer niemandem etwas verkaufen können, der uns nichts verkaufen kann – da liegt eigentlich die Aufgabe dieses Geschäfts.

SPIEGEL: In den letzten Jahren mehren sich die Stimmen, keineswegs nur linker Kritiker, die nur noch „Aufhören!" rufen. Oft schadet doch Ihre Entwicklungshilfe mehr, als sie nutzt. Vielleicht wäre eine reine Nothilfe besser?

KLEIN: Ich habe immer die Erfahrung gemacht: Wenn man noch aus der schlimmsten Kritik versucht, das Sinnvolle herauszufiltern, bringt sie einen ein Stück voran. Der Ansatz dieser Entwicklungshilfe-Kritiker oder -Pessimisten von Gunnar Myrdal über Lord Peter Bauer bis zu Brigitte Erler hat einen Kern von Wahrheit. Wenn man diese Wahrheitskerne herauslöst und in die praktische Politik einfließen läßt, dann hilft das sicher, Lehren zu ziehen aus bedeutenden Fehlern, die in der Vergangenheit gemacht worden sind. Nur, wir tendieren ja – seit es das Fernsehen und den SPIEGEL gibt – immer dazu, die Fragestellungen auf einen Ja- oder Nein-Punkt hinzutreiben, wobei es wohl auf komplizierte Sachzusammenhänge gar keine einfachen Ja- oder Nein-Antworten gibt.

SPIEGEL: Sie bevorzugen das Sowohl-Als-auch?

KLEIN: Ich bevorzuge das Audiatur et altera pars.

SPIEGEL: Unsere Unterhaltung scheint Ihren Leitsatz nicht zu bestätigen, „auch die andere Seite zu hören". Sie legen sich nicht gern fest.

KLEIN: So ist das Leben, auch wenn der SPIEGEL lieber ja oder nein hätte, schwarz oder weiß.

SPIEGEL: Strengt Sie dieser Spagat sehr an?

KLEIN: Ich empfinde das nicht als Spagat. Ich empfinde das einfach als Versuch, sich um Vernunft zu bemühen.

SPIEGEL: Die frühere Abgeordnete der Grünen im Bundestag, Gaby Gottwald, hat Sie so beschrieben: „Charmant, höflich, zuvorkommend", aber „einfach ultrabrutal rechts". Erkennen Sie sich da wieder?

KLEIN: Ich erkenn' die Gaby Gottwald wieder.

SPIEGEL: Herr Klein, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

ÜBERLÄUFER

Noch eins drauf

Nach fast 30 Jahren im DDR-Exil ist der ranghöchste Bundeswehr-Deserteur erneut getürmt – zurück in den Westen.

Während der Hausherr im Urlaub weilte, rollte daheim der Möbelwagen an. Innerhalb weniger Stunden verfrachteten die Packer den gesamten Hausrat in den Bauch des Lkw. Selbst Topfpflanzen und Türschilder ließen die Umzugshelfer mitgehen.

Verdutzte Nachbarn, die sich über den plötzlichen Aufbruch wunderten, erfuhren, der Auftraggeber sei überraschend nach Hamburg versetzt worden. Trotzdem weigerten sich die Träger, seine neue Adresse herauszurücken.

Der Vorfall, der sich Anfang Mai 1960 in der Karlsruher Von-Beck-Straße abspielte, löste eine der größten Fahndungsaktionen der Nachkriegszeit aus. Auch der Militärische Abschirmdienst wurde in die Untersuchung eingeschaltet.

Denn der Wohnungsinhaber, ein gewisser Bruno Winzer, war Presseoffizier der Karlsruher Luftwaffengruppe Süd. Der 47jährige Major hatte schon seit längerem Probleme mit Kollegen und Vorgesetzten, die den zur Luftwaffe versetzten Heeresoffizier als „Tieffflieger" hänselten. Außerdem, so wurde gemunkelt, drückten den leidenschaftlichen Spieler Schulden von über 20 000 Mark.

Fast zwei Monate lang suchten die bundesdeutschen Ermittlungsbehörden nach dem getürmten Militär-PR-Experten. Dann, Anfang Juli 1960, tauchte der Verschollene endlich auf – in Ost-Berlin. „Schulden-Bruno", wie ihn seine Kameraden inzwischen nannten, hatte sich samt Frau und Sohn in die DDR abgesetzt.

Winzer ist der ranghöchste West-Offizier, der jemals in den anderen Teil Deutschlands wechselte. Gleichzeitig dürfte er wohl der einzige Bundeswehr-Deserteur sein, der die deutsch-deutsche Grenze gleich zweimal überquert hat. Denn neuerdings weilt Winzer wieder in der Bundesrepublik – diesmal für immer, wie der 75jährige glaubhaft versichert.

Unter dem Vorwand, seinen kranken Bruder in Neuenhaus bei Stuttgart zu besuchen, reiste der Vorzeige-Soldat am 11. November 1987 zusammen mit seiner dritten Frau per Bahn in den Westen. Um lästigen Fragen des Verfassungsschutzes auszuweichen, schlüpfte das Ehepaar bei Bekannten auf der Schwäbischen Alb unter.

Die späte Heimkehr des ehemaligen Bundeswehr-Majors kann den ostdeutschen Behörden nicht gefallen. Nicht genug, daß widerspenstige DDR-Bürgerrechtler im Schutz der Kirche Partei und Regierung provozieren. Nun kehrt auch noch ein „vorbildlicher Mitarbeiter bei der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft" (Ost-Laudatio zur Verleihung der Ernst-Moritz-Arndt-Medaille 1972) der DDR den Rücken.

Tatsächlich diente Winzer den Einheitssozialisten in den sechziger Jahren als prominenter Kronzeuge für angebliche Angriffspläne und revanchistische

Buchautor Winzer*: Propagandistische Allzweckwaffe

* Mit der polnischen, tschechischen, deutschen, russischen und bulgarischen Ausgabe seines Buches.

DDR-Agitator Winzer*: „Endlich mal die Bude voll"

Umtriebe gegen die DDR. So half er, die Mär vom geplanten Blitzkrieg gegen den Osten zu verbreiten.

Auf Pressekonferenzen und Vorträgen erläuterte er anhand von Graphiken und Schaubildern detailliert die angebliche Bonner Strategie. Mit einem „Stoßkeil" wolle die Bundeswehr „aus der Nordostecke Bayerns entlang der Oder-Neiße-Linie" nach Norden preschen, um Polen von der Sowjetzone zu trennen, während ein zweiter „Stoßkeil", durch das neutrale Österreich hindurch, Ungarn überrennen sollte.

Daß die abenteuerlichen Pläne, wie Winzer heute zugibt, „nur in den Köpfen einiger Generale existierten", störte den Überläufer bei seinen Auftritten nicht im geringsten: „Ich mußte die Dinge einfach etwas dramatisieren, schließlich war ich ja auf meine Gastgeber angewiesen."

Auch beim DDR-Fernsehen wirkte Winzer als propagandistische Allzweckwaffe. In einer eigenen Sendereihe durfte er reumütigen alten Wehrmachtskameraden nachspüren oder prominente Überläufer interviewen. „Die waren dankbar", lästert der Spätheimkehrer über seine damaligen Vorgesetzten, „daß sie jemanden hatten, der ohne Spickzettel ein paar zusammenhängende Sätze erzählen konnte."

Trumpf im Aufklärungsfeldzug war jedoch Winzers 1968 erschienene Autobiographie „Soldat in drei Armeen". Obgleich die 535 Seiten starke Landserschwarte unverhohlen militaristischem Gedankengut huldigt, konnte der Autor in 966 Lesungen öffentlich für sein Werk werben. „Die örtlichen Parteifunktionäre", so der Kronzeuge im nachhinein, „waren doch froh, daß sie endlich mal die Bude voll hatten."

Als ideologisches Alibi diente ein kritisches Kapitel über die Bundeswehr, in dem Winzer mit dem ehemaligen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß abrechnet. Den sozialistischen Überbau besorgte ein Lektor vom volkseigenen Ost-Berliner „Verlag der Nation".

Doch der plötzliche Erfolg – Winzers Buch erschien allein in der DDR mit über 100 000 Exemplaren und wurde in vier Sprachen übersetzt – stieg dem Deserteur schon bald zu Kopf. Statt den Einheitssozialismus zu predigen, begann Winzer bei seinen Lesungen Mißstände und Versorgungsengpässe anzuprangern. „Da mir zunächst nichts passierte", erzählt er stolz, „habe ich immer noch eins draufgelegt."

Auch dienstlich ließ der mittlerweile zum „Ehrenoberst der Nationalen Volksarmee" avancierte Flüchtling Winzer bald die gebotene Zurückhaltung vermissen. Als militärpolitischer Berater im Ministerium des Innern sollte er Analysen über Kriegsschauplätze der Welt verfassen. Doch Winzer nervte seine Vorgesetzten mit Forderungen nach einem „echten Ersatzdienst" für Wehrdienstverweigerer, die in der DDR immer noch als Bausoldaten eingesetzt werden.

Nach seiner Pensionierung legte der Aussteiger erst richtig los. Der einst begeisterte Wehrmachtskämpfer begann öffentlich gegen Kriegsspielzeug zu wettern. So zerbrach er zu seinem 65. Geburtstag im Ost-Berliner Presseklub unter freudigem Hallo der Gäste feierlich eine Plastikspielzeugpistole.

Der spontane Beifall ermutigte Winzer nachzulegen. Zum Weihnachtsfest 1978 bombardierte er sämtliche Auslandsbotschaften in Ost-Berlin mit einem Friedensmanifest, in dem er, seiner Zeit weit voraus, die „totale Abrüstung" der Spielzeugindustrie verlangte.

Um seine Forderung zu unterstützen, enthüllte er kurz darauf – am letzten verkaufsoffenen Sonntag vor dem Fest – zusammen mit seiner Frau auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz ein selbstgebasteltes Transparent mit der Aufschrift „Kauft kein Kriegsspielzeug". Vorbeigehenden Kindern empfahlen die Rüstungsgegner per Handzettel, sich „lieber Fußbälle" zu wünschen. Wie zu erwarten, wurden Winzer und seine Mitstreiterin vorübergehend festgenommen.

Als der BRD-Flüchtling sich am 1. März 1983 auch noch in einem offenen Brief an den DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker für verfolgte Friedensfreunde in Jena einsetzte, platzte seinen einstigen Gönnern der Kragen. Der Agitator wurde mit einem Publikations- und Auftrittsverbot belegt.

Fortan erhielten Winzer und seine Frau regelmäßig Hausarrest, wenn in Ost-Berlin schwieriger Besuch anstand, so zum Beispiel beim Treffen von Grünen-Promis mit SED-Chef Honecker im Jahr 1983, an dem auch der ehemalige Bundeswehr-General Gert Bastian teilnahm. Obgleich Winzer „unheimlich gern" mit dem Gesinnungsgenossen gesprochen hätte, wurden er und seine Frau vorsorglich „bis weit nach Mitternacht" unter Verschluß gehalten.

Durch ständige vergebliche West-Reiseanträge zermürbt, versuchte es der Ausreisewillige schließlich mit einem Trick. Zwei Urlaubsbekannte aus dem Schwäbischen, die die Winzers nach ihren Angaben bei einer Moskau-Reise im Lenin-Mausoleum kennengelernt hatten, besorgten für den angeblich todkranken Bruder in Stuttgart ein Attest. Die DDR-Behörden genehmigten Winzer daraufhin sechs Wochen, seiner fast 30 Jahre jüngeren Ehefrau 21 Tage West-Urlaub.

Den nutzen die Umsiedler nun, um „alte Bekanntschaften" aufzufrischen, wie zu dem Ex-Bundeswehr-General Gerd Schmückle oder dem ehemaligen Ständigen Vertreter in Ost-Berlin, Günter Gaus.

Auch für die Zukunft hat der Doppel-Deserteur schon Pläne. So möchte Winzer seinen DDR-Bestseller „Soldat in drei Armeen", ideologisch entschlackt und um ein Kapitel über die Nationale Volksarmee erweitert, in der Bundesrepublik auf den Markt bringen.

Zwar sucht der Autor zur Zeit noch nach einem Verleger. Dafür aber steht der Titel schon fest: „Prost Neujahr – Genosse Oberst".

* 1960 in Ost-Berlin bei der Erläuterung angeblicher Nato-Angriffspläne.

„Warum wird der Kölner Dom nicht abgerissen?“

SPIEGEL-Reporter Erich Wiedemann über die drohende Stillegung des Stahlwerks Krupp Rheinhausen

Krupp Hüttenwerke, Duisburg-Rheinhausen. Betriebsrat Klaus Löllgen hat die Beine auf dem Schreibtisch und telephoniert. „Ich nimm datt persönlich inne Hand. Wir müssen jetzt ganz auf Vergesellschaftung gehen, jawoll.“ Er klatscht sich erregt mit der linken Hand auf den dicken Bauch und nickt.

Ein Mann mit Plastikhelm kommt rein. Er sagt: „Datt machen wer nich mehr mit, datt läuft nich.“

„Watt läuft nicht?“ fragt Betriebsrat Wilfried Beckers, genannt Charly, der neben Löllgen an einem zweiten Schreibtisch sitzt.

„Die Produktion. Wir sind 16 Mann aufe Schicht, und unser Soll iss 20. Wir wollen, datt einer von euch ma rauskommt und sich datt bekuckt, sonst machen wer Schluß.“

„Vorige Woche habt ihr die Schicht sogar noch mit 14 Mann geschafft“, sagt Charly.

„Ja, vorge Woche, aber ge gezz ma kucken. Watt meinsse, watta am Kochen iss“, schimpft der Mann mit dem Helm.

„Paß auf“, sagt Charly, und er spricht jetzt betont hochdeutsch, „geh rüber und mach Produktion.“ Der Betriebsrat will keinen Zoff. Wenn die Strang-Gießanlage nicht mehr produziert, dann stehen auch der Konverter und der Hochofen still. Dann hat die Konzernspitze der Krupp Stahl AG erreicht, was sie will. Die Kruppianer wollen die Unternehmer zwiebeln, aber das Unternehmen soll heil bleiben. Es geht um 5300 Arbeitsplätze.

Der Mann mit dem Helm sieht in die Runde. Weil niemand ihm beispringt, dreht er sich um und geht. „Der meint, wir spielen Hafenstraße“, sagt einer der Arbeiter, die hier auf ihren Einsatz für „spontane“ Aktionen warten.

Nein, Hafenstraße wird hier nicht gespielt, eher ein bißchen Mutlangen. Die Rheinhausener Kruppianer schrammen mit ihrem Protest gegen die drohende Schließung der Hütte ganz hart an der Grenze zum Rechtsbruch entlang – auf beiden Seiten der Grenze. Doch der Kampf gegen den Abbau von Arbeitsplätzen ist in Deutschland populärer als der Kampf für den Abbau von Raketen.

Daß sie den Bronze-Krupp in der Margarethen-Siedlung vom Sockel holten, ist noch das wenigste. Am 10. Dezember haben Blockadetrupps aus Rheinhausen überall im Stadtgebiet Brücken und Kreuzungen gesperrt. Im Laufe des Tages schlossen sich Bauern vom Niederrhein und Stahlarbeiter bis hinauf nach Dortmund der Blockadeaktion an. Im ganzen Ruhrgebiet herrschten chaotische Verkehrsverhältnisse wie im letzten Winter beim Smog-Alarm.

Stahlarbeiterprotest in Bochum: „Kalte Wut im Bauch“

In Duisburg lief einen ganzen Tag lang überhaupt nichts mehr. Auch Krankenwagen blieben stecken. Die Stadt war bewegungsunfähig.

Nach dem Buchstaben des Gesetzes, das in Mutlangen zur Anklage gegen 2500 Anti-Pershing-Demonstranten führte, war hier der Tatbestand der Nötigung erfüllt. Doch wenn zwei nötigen, dann ist es nicht immer das gleiche. Es kann sich dabei – je nach Lage des öffentlichen Empfindungsfeldes – sowohl um Nötigung als auch um „gelebte Solidarität“ handeln, wie es im Flugblattjargon der IG Metall heißt.

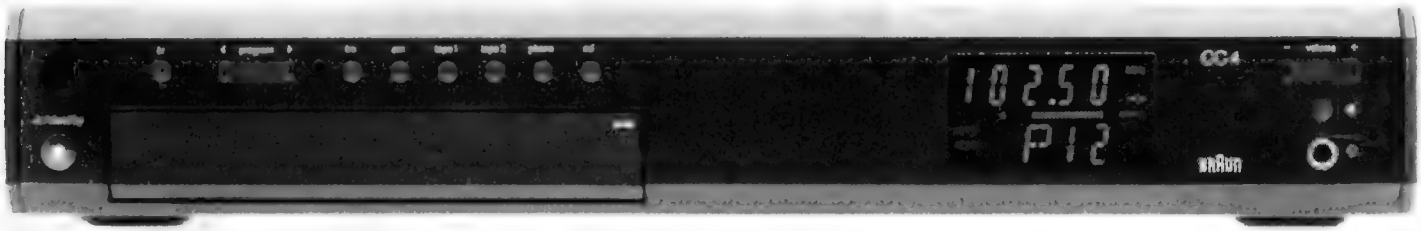
Vor einer zur Feldküche umfunktionierten grünen Minna an der Rheinhausener Rheinbrücke sah man am „Aktionstag“ Ordnungskräfte und Störer Schulter an Schulter Erbsensuppe löffeln. Die Polizei setzte sogar Autofahrern, die die von den Arbeitern errichteten Sperren umfuhren, im Streifenwagen nach und erstattete Strafanzeige. Wegen Nötigung.

„Sonderrechte für demonstrierende Stahlarbeiter?“ fragte die im großen und ganzen nicht unsolidarische „Westdeutsche Allgemeine“. „Dummes Zeug“, bollerte Nordrhein-Westfalens sozialdemokratischer Innenminister Herbert Schnoor beim Weihnachtsbesuch an Tor 1. Schnoor vermochte in der Aktion der Stahlarbeiter keinen Rechtsbruch und daher auch keinen Handlungsbedarf für die Polizei zu erkennen. Er sagte, er sei nicht bereit, „mit Kerosin zu löschen“. Denn: „Hier stehen sich Kinder des Ruhrgebiets gegenüber, Stahlarbeiter und Polizisten.“

Der gerechte Zorn, die „kalte Wut im Bauch der Stahlkocher“, wie Betriebs-

Komfortabel: Eine spricht's deutlich au

Um die atelier Anlage fernbedienbar und leistungsfähiger zu machen, entwickelte a/d/s/ das Control Center CC 4 und den Power Amplifier



das CC 4 ein erstklassiges Rundfunkgerät mit 30 Senderspeichern, außerdem hat es einen Timer und eine TV-Automatik. Der PA 4 ist ein

a/d/s/ analog und digital systeme

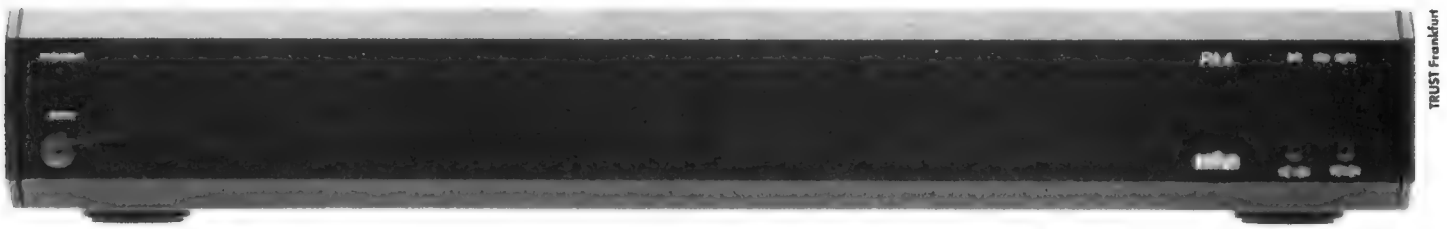
Die drei Buchstaben a/d/s/ stehen für die hochentwickelte Technik unserer Geräte. Das CC 4 und der PA 4 belegen den hohen Anspruch unserer Entwicklungsabteilung und bauen unser System um zwei erstklassige, fernbedienbare Elemente aus.

Im Rahmen dieses Systems spielen die Lautsprecher eine ganz entscheidende Rolle. Deshalb entwickeln wir sie selbst – damit jeder Baustein der atelier Anlage mit dem

anderen harmoniert. Technisch wie optisch. Um die Ästhetik kümmern sich seit eh und je die Braun Designer. Ihnen verdanken wir die ergonomische Gestaltung der

r denkt mit, einer s. Mit 2 x 250 Watt.

PA 4. Das CC 4 empfängt die Signale der Fernbedienung (sogar aus anderen Räumen) und leitet sie an die atelier Bausteine weiter. Allein ist

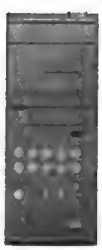


TRUST Frankfurt

kraftvoller Endverstärker. Er steigert die Leistung der atelier Anlage auf 2 x 250 Watt und verhält sich äußerst musikalisch und neutral.

atelier Anlage bis ins letzte Detail. Und weil wir in vollständigen Lösungen denken, haben wir die Geräteschränke GS 3 und GS 4 entwickelt. Auf ihnen findet die atelier

Anlage wie auch unser TV 3 Platz. Der TV 3 ist ein gutes Beispiel für unser ausgewogenes Design/Technik-Verhältnis. Sein schwenkbarer Bildschirm ist vorbildlich, seine Technik



heute schon für morgen ausgelegt. Auch an der Fernbedienung RC 1 zeigt sich die Weitsicht der a/d/s/ Entwickler. Sie ist jetzt für alle zukünftigen atelier Geräte ausgerüstet, die wir in Zukunft bringen.

Näheres von a/d/s/, Am Auernberg 12, 6242 Kronberg, oder beim Studio Händler für Braun HiFi-Geräte.

BRAUN

Pastor Kelp*, Pensionär Verhufen: „Wir schreien das Unrecht zum Himmel"

ratsboß Manfred Bruckschen es nennt, zwingt Rheinhausen zur Parteilichkeit. Hier ziehen zwangsläufig alle an einem Strang, die Gewerkschaft, die Medien, die Parteien, die Geschäftsleute. Am Aktionstag waren in der Stadt fast alle Läden geschlossen. Geschäftsleute, die sich dem Schließbefehl des Krupp-Betriebsrats widersetzten, wurden zum Teil unter Hinweis auf ungute Folgen zur Solidarität verpflichtet.

Wer nicht mitzieht, isoliert sich. Deswegen haben auch die Juwelierläden und Boutiquen Solidaritätssammelbüchsen aus Krupp-Stahl aufgestellt. Selbst Moden Tintrup, das feinste Haus am Platze, wo man Abendmäntel im Gegenwert von drei Krupp-Arbeiter-Nettolöhnen kaufen kann, hat ein Protestposter im Fenster.

Die Besitzer der Verkaufspavillons, der „Büdekes", denen der Brückenschlag zum Proletariat relativ leichtfällt, haben auch den Steckbrief auf den häßlichen Kapitalisten, Vorstandschef Gerhard Cromme, ausgehängt: „Gesucht wird Dr. Gerhard Cromme. Tot oder lebendig wegen: Mord am Standort Rheinhausen und Betrug der Arbeitnehmer. Belohnung: Leben und Arbeit in Rheinhausen".

Cromme wird vorgeworfen, er hätte die Schließung des Werkes bereits beschlossen, während er mit dem Betriebsrat noch über das sogenannte Optimierungskonzept zur Rettung der Hütte verhandelte. „Erst ham se geleugnet und

Krupp-Arbeiter Werner: Der Adel im Ruhrgebiet

geeiert wie die Weltmeister", sagt Betriebsratschef Bruckschen. Als dann rauskam, daß die Hütte platt gemacht werden sollte, brach die Hölle los. In der Betriebsversammlung am 27. November mußte sich Cromme unter einem Hagel von Eiern ducken.

Die Sympathie für die kämpfenden Arbeiter greift über politische Grenzen hinaus. Die dividendenfreundliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung" und das kommunistische „Neue Deutschland" drucken in verwandten Tonlagen Kolumnen gegen die Unternehmerwillkür. So, wie in Rheinhausen, meinte die „FAZ", dürfe man mit Menschen einfach nicht umgehen.

Auch die Kirchen haben sich auf die Klassenkampfmelodie eingestimmt. Auf einem ökumenischen Gottesdienst im alten Walzwerk predigte Protestantenpastor Dieter Kelp gegen die „seelenlosen Manager", für die die Menschen am Hochofen „eine kostentreibende Risikomenge" seien. „Wir schreien das Unrecht zum Himmel!" schrie Pfarrer Kelp. Ruhrbischof Franz Hengsbach erteilt den Kruppianern Absolution für ihre Sünden gegen die Rechtsstaatlichkeit. Not, sagt Hengsbach, gebe den Betroffenen das Recht auf Notwehr.

Nur die Liberalen haben offenbar nicht begriffen, wo das gesunde Volksempfinden pocht. Das Demonstrationsrecht, so erklärt Klaus Kettner, der Vorstandssprecher des FDP-Kreisverbandes Duisburg, müsse seine Grenzen dort finden, wo die Grundrechte der anderen beginnen.

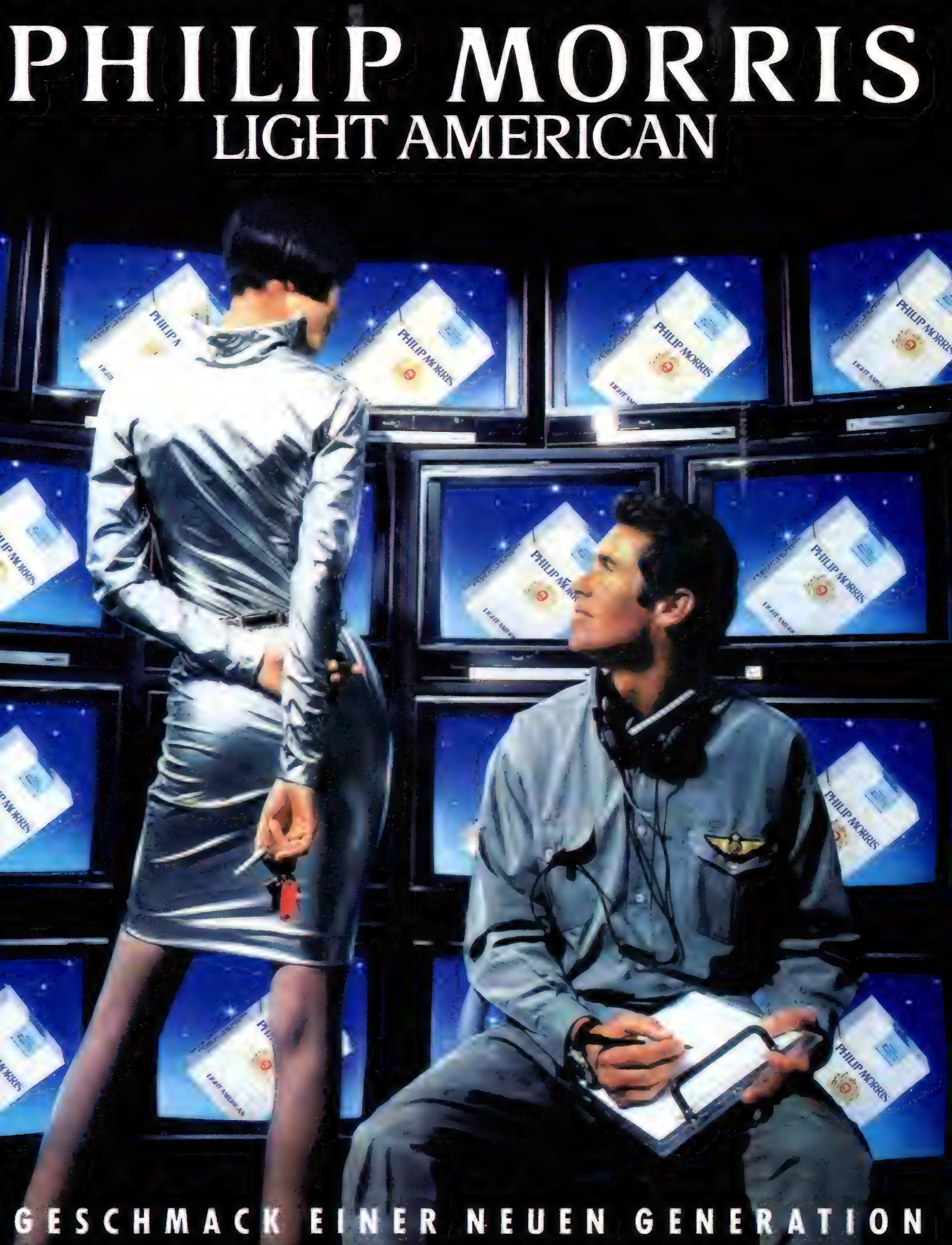
Ex-Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff treibt es noch unsolidarischer. Er beschimpft die Werktätigen, die am 9. Dezember die „Villa Hügel" in Essen stürmten, als „angereiste Chaoten" und versteigt sich zu dem Hinweis, daß den privilegierten Stahlarbeitern, anders als dem normalen Arbeiter, ja immerhin 85 Prozent ihres Netto-Verdienstes garantiert würden. Andere, sagt Lambsdorff, wären froh, wenn sie einen Sozialplan mit 80 000 Mark pro Kopf hätten.

Für diese Frechheit, so fordern die Jusos, gehöre dem Grafen der Posten des Kuratoriumsvorsitzenden am Rheinhausener Johanniter-Krankenhaus entzogen, an den er, wer weiß wie, gekommen ist. Ein Mann, der ein so offenkundig gestörtes Verhältnis zur Mentalität der Rheinhausener habe, dürfe in Rheinhausen kein Amt bekleiden.

Am Tresen der „Ritzendiele" an Tor 1, wo sich die Kruppianer nach Feierabend mit Bier und Korn den Dreck und

* Während eines Gottesdienstes vor dem Krupp-Werk.

PHILIP MORRIS
LIGHT AMERICAN



Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,3 mg Nikotin und 4 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN)

den Frust von der Seele duschen, würden wenig Fisimatenten gemacht, wenn es sich so ergäbe. „Mein lieber Kokoschinski", sagt der Mann mit der speckigen Schirmmütze neben dem Zapfhahn. „Dä käm hier rein, dä Lorbas, dann krichter schon eine geflust, aber mit Schmackes."

Wo an Rhein und Ruhr Zoff ist, da ist neuerdings CDU-Medienstar Norbert Blüm nicht weit, der 1990 in Düsseldorf Ministerpräsident werden will. Nobbi, wie er sich am liebsten nennen läßt, schimpft auf die Unternehmer und höhnt über die „meckernde Hilflosigkeit . . . (der) Penner-Regierung" von NRW-Ministerpräsident Johannes Rau. Blümfeindliche Spruchbänder („Blüm heißt er, die Arbeiter bescheißt er") nimmt er gar nicht wahr. Er setzt auf Attacke.

Verteidiger Johannes Rau, der Bibel-Hennes, wie sie ihn hier wegen seiner konsistorialen Augenaufschläge verhohnepipeln, schiebt alles auf Kohl und Bangemann. In Düsseldorf, so sagt er vor versammelten Kruppianern, könne nicht repariert werden, was Bonn und Brüssel versaubeutelt hätten. Bei Erwähnung des Namens Bangemann heult das Publikum auf.

Dabei sind die Bonner Sozialdemokraten in der Sache gar nicht so weit von Graf Lambsdorffs Standpunkt entfernt. Der SPD-Bundesvorstand tritt dafür ein, die Stahlstandorte im Kern zu erhalten. Im Kern . . . Rheinhausen, so hat Parteischatzmeister Hans-Ulrich Klose gesagt, könne nicht mit Sicherheit geschützt werden. Man solle da doch ehrlich bleiben.

Wer ehrlich ist, muß sehen: In der Bundesrepublik wird mehr Stahl erzeugt, als sich verbrauchen oder ohne Verlust verkaufen läßt. Nein, am Abbau von Stahlkapazitäten führt kein Weg vorbei. Seit 1980 hat die deutsche Stahlindustrie 65 000 Arbeitsplätze abgebaut. Und bis Ende 1989 wird sie noch einmal 35 000 Mann freisetzen.

Die Rheinhausener Hütte produziert jedes Jahr dreistellige Millionenverluste, weil der Markt dicht ist, weil die technischen Anlagen veraltet sind und wohl auch weil die Konzernherren in Essen nicht mehr das unternehmerische Format und den Biß der Kruppschen Eisenfresser-Dynastie haben.

Rein betriebswirtschaftlich wäre es gewiß vernünftig, die Rheinhausener Hütte stillzulegen und ihre Kapazitäten der nur halb ausgelasteten modernen Thyssen-Hütte in Duisburg-Huckingen auf der anderen Rheinseite zuzuschlagen. Denn auf die Dauer werden die Schornsteine ohne Profite nicht rauchen. Das ist keine Weisheit von Graf Lambsdorff, das ist von August Bebel, dem Mitbegründer der SPD.

Betriebswirtschaftlich denkt es sich natürlich leichter, wenn man die Folgen nicht tragen muß. Wenn man 15 Tilgungsjahre vor sich hat wie Stahlkocher Helmut Hufen, der sich 1979 in der Werkssiedlung an der Klarastraße ein Eigenheim aus Krupp-Besitz kaufte, dann denkt man anders.

Helmut Hufen ist 49 Jahre alt, verheiratet, hat vier Kinder und 2400 Mark netto im Monat. Mit 49 Jahren hat ein Arbeitsloser in der „Stadt Montan" fast keine Aussichten auf eine neue Stellung – vor allem wenn er in der Montanindustrie beschäftigt war. Duisburg hat fast doppelt so viele Arbeitslose wie die Bundesrepublik im Durchschnitt.

„30 Jahre ham wer de Knochen hingehalten, gezz reden se nur noch von Rentabilität", sagt der Mann mit der Speckmütze in der „Ritzendiele", „der Kölner Dom iss auch nich rentabel, warum wird der denn nich abgerissen?" Man muß wissen: Im Ruhrpott haben die Hochöfen den Sakralwert von Tabernakeln.

Duisburger OB Krings*: Mehr Arbeitslose, weniger Steuern

Die Stahlkocher sperren sich ja gar nicht gegen die Einsicht, daß die Tonne Walzstahl in Südkorea weniger als ein Fünftel der deutschen Lohnkosten verursacht. Sie wissen auch, daß heute weniger Stahl benötigt wird als früher. „Kucken Sie sich datt an, der Putzeimer von Ihre Gattin, dä ganze Küchenkrempel, Ihr Fotoapparat da, alles aus Plastik, wer braucht denn noch Stahl?" sagt der Mann in der „Ritzendiele".

Jedoch überall in Westeuropa werden Stahlwerke bis zum Überkochen subventioniert. Seit 1980 haben europäische Steuerzahler dafür 83 Milliarden Mark in den Schornstein geschrieben. Und warum soll Rheinhausen abgewrackt werden, während Werke in Großbritannien, Italien, Belgien und Frankreich weiterarbeiten, obwohl sie teilweise altmodischer sind als Krupp Rheinhausen?

Der Schock geht so tief, weil es diesmal ausgerechnet Krupp trifft. Kruppianer waren über hundert Jahre lang der unumstrittene Adel der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet. Bei Krupp in Essen und Duisburg herrschten schon zu Kaisers Zeiten Arbeitsbedingungen, die sich andere Arbeitnehmer in Jahrzehnten erst noch erkämpfen mußten.

Hermann Verhufen, mit 89 Jahren der älteste Kruppianer von Rheinhausen, sagt über die gute alte Krupp-Zeit: „Wir waren die Elite. Wer bei Krupp anfing, der wußte, daß er fürs Leben ausgesorgt hatte. Das war genausogut wie Beamter." Neun-Stunden-Arbeitstag, Werkswohnungen, Krankenhäuser, Pensionskassen, Krankenkassen und Sommerfrischen – das gab es 1912, als Verhufen anfing, im Ruhrpott nur bei Krupp.

Die meisten Kruppianer hatten ihre Kuh und ihr Schwein im Stall. Sie brauchten auch während des Krieges und in der Nachkriegszeit nicht zu hungern. Selbst für Hobbies wie die Taubenzucht blieb genug übrig; ein Kruppianer wie Dieter Werner, seit 33 Jahren im Betrieb, kann stolz auf viele Pokale verweisen.

Weil die alliierten Bomber es geschont hatten, war Krupp Rheinhausen das erste deutsche Stahlwerk, das nach Kriegsende die Produktion wieder aufnahm. Die Kruppianer haben das deutsche Wirtschaftswunder mit angeschoben. Deshalb ging es ihnen auch in den ersten 20 Jahren nach Kriegsende noch gut. Stahlwerker waren – neben den Bergleuten – bis in die sechziger Jahre die absoluten Spitzenverdiener unter den Arbeitern. Und niemand hat es ihnen

* Bei der Ankunft im Krupp-Stahlwerk Rheinhausen am 2. Dezember 1987.

mißgönnt. Wer im Funkenregen an der Abstichrinne bei 60 Grad Hitze, umwabert von schwefelhaltigen Dämpfen, sein Brot verdienen muß, der soll auch den größten Schluck aus der Pulle haben.

Doch der Motor, der die deutsche Wirtschaft antrieb, ist heute Bremsklotz. Der Arbeiteradel hat abdanken müssen. Wenn die Rheinhausener Hütte platt gemacht wird, dann ist Hermann Verhufen junior, Vertrauensmann bei Krupp, mit seinen 50 Jahren am Ende seiner Arbeiterlaufbahn.

Die Kruppianer, die vorzeitig in Rente geschickt werden, sind zwar materiell gesichert. Keiner muß Kohldampf schieben. Aber mit 50 nur noch Spazierengehen und Taubenfüttern als Lebensinhalt, das ist auch nicht viel besser als hungern. Viele Vorruheständler sagen, sie würden von ihrer Umwelt geschnitten. Im Ruhrpott, wo angeblich das Wort „Arbeitsethos" erfunden wurde, hört man mit 50 nicht auf zu arbeiten. Arbeitslosigkeit gilt hier, auch wenn sie erzwungen ist, vielfach als Charakterschwäche.

Viel mehr als die Kruppianer hat der Kämmerer der Stadt Duisburg die Schließung der Rheinhausener Hütte zu fürchten. Die Stadt leidet seit vielen Jahren an galoppierendem Bevölkerungsschwund, an steigenden Erwerbslosenquoten, entsprechend sinkenden Steuereinnahmen und an entsprechend zerrütteten öffentlichen Finanzen.

Die einen sind im Schatten, und die anderen sind im Licht. Oberbürgermeister Josef Krings muß Mitte Dezember mit tränendem Herzen die Nachricht vernommen haben, daß der Finanzdirektor des Schweizer Kantons Tessin nicht wisse, wie er die Erbschaftsteuer ausgeben soll, die beim Tod des im Vormonat im Tessin verstorbenen Duisburger Kaufhauskönigs und Multimilliardärs Helmut Horten angefallen ist.

Andere sozialdemokratisch regierte Kommunen an der Ruhr haben ihre Anpassungsprobleme besser bewältigt. In Bochum haben sich seit 1980 rund 200 neue Betriebe mit 5000 Arbeitsplätzen niedergelassen. Duisburg klebt, nachdem die Zechen bis auf eine einzige dichtgemacht wurden, noch immer an der Stahl-Monostruktur. Aus Duisburger Walzwerken kommt fast jede zweite Tonne Stahl, die in der Bundesrepublik produziert wird.

Das wird sich ändern, wenn in Rheinhausen die Hochöfen tatsächlich ausgehen. Diese Woche wird erneut verhandelt. Der Krupp-Betriebsrat schwört, daß er entschlossen ist, bis zur letzten Bramme zu kämpfen.

Die siebenjährige Martina aus der zweiten Klasse der Grundschule Krefelder Straße ist zuversichtlich, daß alles gut wird. Sie schrieb Anfang Dezember in einem Brief an den Weihnachtsmann: „Krupp darf einfach nicht zumachen. Ich wünsche mir das du das ferhindern köntest. schöne grüse deine martina." Und bislang hat der Weihnachtsmann Martina noch nie enttäuscht.

DDR

Offene Worte

Mit flotten Sprüchen starteten die ostdeutschen Behörden eine Aids-Aufklärungskampagne nach Bonner Muster. Zusätzlich gilt die Meldepflicht für Infizierte.

Der DDR-Bürger Holger M., 25, sagt es ungewohnt direkt: „Wenn ich so am Bahnhof Friedrichstraße den Einreiseverkehr sehe und unsere Berliner Nachtbars im Zentrum, dann meine ich, sind wir keineswegs sicherer als andere."

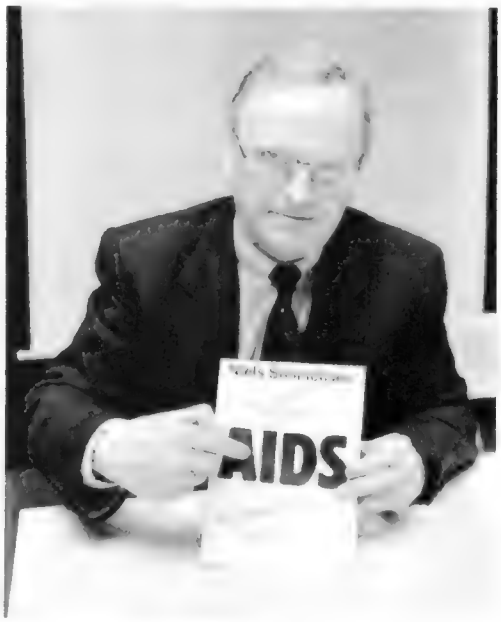
Niels Sönnichsen, Direktor der Klinik und Poliklinik für Hautkrankheiten an der Ost-Berliner Charité und Vorsitzender der Aids-Beratergruppe beim DDR-Gesundheitsministerium, sieht das genauso, er sagt es nur professoraler: „Die bisher abzusehende weltweite Entwicklung der Aids-Infektion wird in der nächsten Zeit auch in der DDR zu einem Anstieg sowohl der Aids-Infizierten als auch der Aids-Kranken führen."

Erstmals räumt Sönnichsen öffentlich ein, was bisher in der DDR allenfalls in Fachkreisen zugegeben wurde: daß Aids sich im real existierenden deutschen Sozialismus sowohl durch „sexuelle Kontakte männlicher homosexueller DDR-Bürger mit Infizierten anderer Länder" als auch durch „unterschiedliche Kontakte (nicht nur sexuell) mit infizierten heterosexuellen Bürgern, besonders aus gefährdeten afrikanischen Ländern", ausbreitet.

Die offenen Worte des jungen Ostdeutschen und des Chef-Experten der DDR für Aids gehören zu einer breiten Kampagne, mit der die Staatspartei SED jetzt das eigene Land überzieht – nach dem Muster der Bonner Aids-Aufklärerin Rita Süssmuth. Noch ist die Situation im SED-Staat im Vergleich zu anderen europäischen Ländern außerordentlich günstig: Nur vier DDR-Bürger waren nach Sönnichsens Angaben bis zum 8. Dezember an Aids erkrankt, genauso viele wie schon im Juni 1987, die Zahl der Infizierten bezifferte der Haut-Professor im DDR-Fernsehen bis zu diesem Zeitpunkt auf 39 Ostdeutsche, die vier Erkrankten inklusive. Eher beiläufig fügte Sönnichsen an: „Hinzu kommt eine wechselnde Zahl von ausländischen Bürgern."

Genau die aber sind es, die das Politbüro der SED zu einer spektakulären Kehrtwende bei der Aids-Bekämpfung veranlaßt haben. Am 1. September, wenige Tage vor Erich Honeckers Reise in die Bundesrepublik, verfügte das oberste Gremium der Partei in einem umfänglichen Beschluß, die bisher zögerliche Informationspolitik aufzugeben und statt dessen auf umfassende Aufklärung der DDR-Bevölkerung zu setzen.

Die 22 Herren des Spitzenklubs der ostdeutschen Staatspartei hatten sich



DDR-Mediziner Sönnichsen
Nüchterne Aufklärung

überzeugen lassen, daß bei der immer durchlässiger werdenden West-Grenze ihres Staates in beiden Richtungen Aids auch für die DDR eine landesweite Gefahr werden könnte. „Die weltweit derzeit einzige Möglichkeit" dagegen, begründet Renate Baumgarten, Chefärztin der Infektionsklinik am Ost-Berliner Krankenhaus Prenzlauer Berg, die plötzliche Offensive der Offenheit, „besteht in der Aufklärung, auch bei uns".

Sönnichsen erhielt den Auftrag, alles über Aids in einer Broschüre zusammenzufassen – bis hin zur Anleitung „Wie man ein Kondom richtig benutzt".

Das 48 Seiten starke Sönnichsen-Werk – Titel: „AIDS – Was muß ich wissen? Wie kann ich mich schützen?" – wurde ein Hit in bereits zweiter Auflage.

Sönnichsen informiert mit medizinischer Gründlichkeit und Akkuratesse;

DDR-Medizinbroschüre
Partnertreue und Kondome

Leonhardt & Kern

Dauerhafte Form.

BEGA GANTENBRINK-LEUCHTEN OHG D-5750 Menden

BEGA

Leuchten für alle Bereiche der Außenwelt. Licht für Haus und Garten. Für Straßen, Parks und Sportstätten. Außenleuchten, die in der Gestaltung ebenso langlebig sind wie in der Technik. BEGA Leuchten gibt es beim Elektrohandwerk und im Elektrofachhandel.

BEGA – Licht draußen.

Dauerhafte Funktion.

er erklärt den Begriff Aids, beschreibt Herkunft, Wirkungsweise und Ausbreitung des Virus sowie gefährliche und ungefährliche Sexualpraktiken und erläutert die Maßnahmen, die das DDR-Gesundheitsministerium bisher zum Schutz vor Aids getroffen hat, von der Meldepflicht bis zur medizinischen und psychologischen Hilfe in den inzwischen in allen DDR-Bezirken eingerichteten Konsultationszentren.

Als flankierenden Beitrag zum sachlich-nüchternen Aufklärungsheft aus der Charité machte die populärmedizinische Monatszeitschrift „Deine Gesundheit" Aids zum flotten Titelthema ihrer November-Ausgabe. Auch da ist Glasnost angesagt. In einer „Umfrage" unter DDR-Bürgern kommen sogar ausführlich zwei Homosexuelle mit ihren deprimierenden Erfahrungen zu Wort. „Ich bin sehr allein", klagt der HIV-negative 27jährige Erwin N., „Homosexualität wird von vielen noch abgestempelt, nicht akzeptiert . . . Ich bin ziemlich oft depressiv. Es ist sehr bedrückend für mich, mit niemandem über meine Probleme reden zu können." Und der 31jährige Tänzer Bernd G. beschreibt seine seelische Verfassung, seit er weiß, daß er mit Aids infiziert ist.

Allerdings, zu der Frage, was außer Reden zu tun sei, ist den Ost-Aufklärern auch nicht mehr eingefallen als ihren Kollegen im Westen: Wie die überzeugte Katholikin Rita Süssmuth empfehlen die überzeugten Einheitssozis „absolute Partnertreue" und Kondome.

Diese bringen sie ihren Bürgern mit preußischer Gründlichkeit nahe. Die detaillierte Anleitung in „Deine Gesundheit" zum rechten Gebrauch der Verhüterli gipfelt in der lapidaren Forderung: „Üben Sie die richtige Handhabung des Kondoms." Denn viele ihrer Landsleute, hat die Autorin, die Diplom-Kulturwissenschaftlerin Cornelia Fischer, erkannt, wissen im Zeitalter der Pille „nicht mehr, wie man Kondome richtig benutzt".

Auf Information statt die sonst in der DDR-Gesellschaft allgegenwärtige Geheimniskrämerei setzt die SED bei ihrer Aids-Kampagne sogar bei der heiklen Frage der Meldepflicht. Namentlich erfaßt wird, so geht aus der Sönnichsen-Broschüre und aus dem Aids-Titel in „Deine Gesundheit" hervor, nicht nur der Infizierte selbst. Er muß, ob homo- oder heterosexuell, auch seinen Partner angeben, der dann ebenfalls zu einem Aids-Test gebeten wird. Außerdem verlangen die Gesundheitsbehörden von dem Gemeldeten „bestimmte Einschränkungen" (Chefärztin Renate Baumgarten) in seinem Sexualleben, etwa den Verzicht auf „aggressive Formen des Geschlechtsverkehrs", sowie den Gebrauch von Kondomen. Und schließlich ist der Aids-Patient verpflichtet, jeden Arzt, der bei ihm einen Eingriff vornimmt, rechtzeitig über seine Infektion aufzuklären. Das gilt auch für seinen Zahnarzt.

Mit dem bayrischen Staatssekretär Peter Gauweiler und seinem Chef Franz Josef Strauß möchten die ostdeutschen Aids-Bekämpfer trotzdem nicht in einen Topf geworfen werden. Die Meldepflicht, verteidigt Frau Baumgarten den staatlichen Zwang, müsse zwar sein, „um die epidemiologische Situation in unserem Land einschätzen zu können". Sie bedeute aber keineswegs, „jemanden sozial auszuklinken". Auch Sönnichsen sieht da nach wie vor kein Problem: „Die Meldepflicht ist für den betroffenen Bürger in erster Linie eine hilfreiche Maßnahme."

Ganz anders beim kapitalistischen Nachbarn. Renate Baumgarten: „Ich habe das bei einem Besuch in Bayern erlebt, wo Leute, als das bekannt wurde, ihre Arbeit, ihre Wohnung und ihre Freunde verloren haben."

In der DDR, da sei die sozialistische Ethik vor, kann das natürlich nicht passieren. Denn, so die Ost-Berliner Klinik-Chefin, „Arbeitsstelle, Wohnung, da haben wir bei uns eindeutige Gesetze".

Die haben die Bayern auch.

RAUBDRUCKE

Maxi und die Detektive

Polizisten und Detektive, die in Berlin ein Buchfälscher-Syndikat ausheben halfen, sind nun selber dran: wegen des Einsatzes von Wanzen.

Abgerechnet wurde im „Elefanten" oder in der „Roten Harfe". In den Spelunken am Heinrichplatz, wo das autonome Kreuzberg am schwärzesten ist, standen regelmäßig Berlins Raubdruck-Hausierer Schlange und lieferten ihre Abendkasse einem Stammgast ab.

„Maxi", so der Name des Geldeintreibers, gilt als oberste Autorität der Berliner Raubdrucker-Szene. Er strich nach amtlichem Überschlag im Jahre 1987 „eine sechsstellige Gewinnsumme" ein. Auf den nächsten großen Zahltag allerdings wird er einige Zeit warten müssen. In einer fast 18 Stunden dauernden Durchsuchungsaktion quer durch die Stadt gelang Berliner Strafverfolgern in der Woche vor Weihnachten ein „bisher einmaliger Schlag". Fünf Verdächtige wurden festgenommen, die Lagerbestände in zwei Kreuzberger Kellern beschlagnahmt und, erstmals, Druckerei und Binderei der illegalen Produzenten enttarnt.

Richtig spektakulär wurde die Jagd auf Maxi, weil die Fahnder zudem belastendes Material gegen andere Täter fanden: Die Ermittlungen richten sich nun auch gegen Mitarbeiter der süddeutschen Detektei Contra GmbH, die vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels gegen Raubdrucker eingesetzt waren, und gegen Polizeibeamte des Berliner Gewerbeaußendienstes. Sie sollen bei der Vorbereitung des großen Schlages illegale Mittel eingesetzt haben.

Mitte Dezember hatte die Frau eines Kreuzberger Hauswarts die Polizei gerufen, da sich rund um ihr Anwesen Verdächtiges rege. Die Funkstreife sistierte in einem vor dem Haus geparkten Bauwagen zwei Detektive, die mit einem Frequenzsuchgerät, einem Scanner, Funksignale überwachten. Die zu dem Empfänger gehörige Wanze fanden die Polizisten auch: Sie steckte im Keller des Hauses, den die Detektive lange schon als Bücherlager der Raubdrucker ausgemacht und observiert hatten.

Der Arbeitgeber der beiden Herren nennt sich „Kriminalistischer Fachdienst", nicht von ungefähr. Der eine Detektiv ist ein Frankfurter Ex-Polizist,

Raubdruck-Verkauf in Berliner Kneipe: „Sechsstellige Gewinnsumme"

der andere steht noch in hessischen Staatsdiensten und hatte sich für die Privataktion krank schreiben lassen.

Dran sind nun auch Berliner Kollegen, die das illegale Treiben zumindest geduldet haben. Dank der perfekten Abhörausstattung der hessischen Detektive waren auch Gespräche diverser Anwohner mitgeschnitten. Deshalb zog die Polizei auf der Suche nach Abhörgeschädigten mit den Bändern durchs Haus. Unter den ersten, die Anzeige erstatteten, fanden sich die verhafteten Raubdrucker.

Die schräge Koalition aus Gewerbepolizisten und privat geheuerten Polizeifachleuten hat der Staatsanwaltschaft zwar den Ansatzpunkt zum Rundumschlag geliefert, den Anklägern zugleich aber auch nachhaltig ins Handwerk gepfuscht. So kritisiert ein Strafverfolger die juristisch wenig handfest abgefaßten Ermittlungsergebnisse der freischaffenden Ganovenjäger: „Das sind Schupos, die keine Ahnung haben, wie man beweiskräftig überführt."

„Absoluten Dilettantismus" sehen Staatsanwälte auch bei der Verfolgung der Raubdruck-Händler mit Detektivautos; die Beschatter seien zumeist bemerkt und Mal um Mal durch Fluchtmanöver abgeschüttelt worden.

Eine private Großfahndung war aufmarschiert: Nach Justizangaben pirschten für 250 000 Mark Honorar sieben Detektive in drei Autos durch Deutschland mit Schwerpunkt West-Berlin. Die Erfolge hielten sich in Grenzen. Von den fünf Verdächtigen, die bei der Großfahndung vorübergehend festgenommen worden sind, war vorher nur einer im Visier der Detektive gewesen.

Ein Jahr lang operierten die Privatfahnder ungehindert unter den Augen der Polizei – Wanzeneinsatz inbegriffen. Den Detektiven sollen sogar Daten aus dem polizeilichen „Informationssystem für Verbrechensbekämpfung" (ISVB), etwa die Namen von Autohaltern, zugesteckt worden sein. Dieser Verdacht brachte zwei Beamten des Berliner Gewerbeaußendienstes Ermittlungen wegen Strafvereitelung im Amt, Verletzung von Privatgeheimnissen sowie Verstoßes gegen das Datenschutzgesetz ein.

Detektive, die mit der Polizei paktieren, weil sie dort Freunde haben oder selbst mal beschäftigt waren, sind der Berliner Justiz so geläufig wie die gelegentliche Privatnutzung der Polizeidateien.

Vor allem aber, so der zuständige Oberstaatsanwalt Wolfgang Schomburg, zugleich in Berlin Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (AsJ), kommt „einiges ins Rutschen", wo als Folge der Kungelrunden „das staatliche Gewaltmonopol objektiv aufgehoben wird und Private illegale nachrichtendienstliche Methoden anwenden dürfen".

Zwar scheiterten bislang alle Versuche konservativer Sicherheitspolitiker, den Lauschangriff durch die Polizei als legales Fahndungsmittel im Gesetz zu verankern. Aber nach dem Kreuzberger Modell wäre dies dann doch noch geschafft – durch die Hintertür und nach dem Motto: „Laß einfach die Detektive ran, die werden sich schon nicht erwischen lassen" (AsJ-Schomburg).

Nach Enttarnung des Mithörskandals trennte sich der Börsenverein zwar umgehend von seinen Knattertons. Doch den seit Jahren üblichen Einsatz der Detektive rechtfertigt der Verein, in dem fast 6000 Verlage und Buchhandlungen zusammengeschlossen sind: Anders sei der überschwappenden Raubdruck-Welle nicht Herr zu werden.

Beschlagnahmter Koffer mit Raubdrucken: Bestseller in gefälliger Qualität

Was die Berliner Fahnder nach ihrer Aktion zu den Asservaten nahmen, meist in gefälliger Qualität und im originalgetreuen Mehrfarben-Cover, ging „in der Titelauswahl die SPIEGEL-Bestseller-Liste durchaus rauf und runter" (ein Fahnder). Luciano De Crescenzos „Also sprach Bellavista" war ebenso darunter wie Isabel Allendes „Geisterhaus" oder Patrick Süskinds „Taube".

Urheberrechtsverletzungen, die seit Mitte 1985 von Amts wegen verfolgt werden (Höchststrafe: fünf Jahre), rechnen sich für die Buchräuber. Die Tausender-Auflage von Gabriel García Márquez' „Die Liebe in den Zeiten der Cholera" war in Berlin zu einem Herstellungspreis von 3000 bis 6000 Mark gefertigt worden. Das Original kostet 39,80 Mark das Stück, Raubdrucke waren für 12 bis 15 Mark pro Exemplar zu haben.

Die immensen Profitmöglichkeiten haben die Schwarzdrucker-Zunft gewandelt: Dem Trieb nach der schnellen Mark fiel längst die Mischkalkulation früherer Jahre zum Opfer, als der lukrative Verkauf gängiger Belletristik noch das Angebot verquaster Anarchotitel oder verschollener Kulttexte ermöglichte. Raubdrucker spöttelten, so 1985 in einem SPIEGEL-Interview, über die „Krise des Eigentums im Zeitalter der Reproduzierbarkeit". Was ein Bestseller-Autor, so damals einer der Berliner Köpfe der Raubdrucker-Branche, „an Tantiemen verloren hat, hat er durch unsere Werbung gewonnen".

Doch das Tucholsky-Wort „Macht unsere Bücher billiger", noch zur Apo-Zeit das Credo der Politdrucker, verfängt selbst bei zeitweiligen Weggefährten nicht mehr. Noch 1969 entschied der Berliner Linksverleger Klaus Wagenbach, „daß kein sozialistischer Autor das Recht haben darf, seine Werke der Benutzung zu entziehen". Jahre später wollte er mit den „Gangstern" der Raubdrucker-Zunft nichts mehr zu tun haben.

Die in Berlin jetzt erstmals sichtbar gewordene Infrastruktur scheint straff unter Kontrolle. „Maxi" konnte es sich leisten, einem streng disziplinierten Verteiler-Korps die Bücherkeller frei zugänglich zu machen – im einen Fall lag der Schlüssel an der Tür, im anderen waren 23 Schlüssel im Umlauf. Trotzdem wagte niemand aus dem Kreis der mittlerweile rund 50 Syndikatsverdächtigen, sich an der Sore zu vergreifen. Und so bald wird sich auch kaum ein Gruppenmitglied die 10 000 Mark verdienen wollen, die von einem Buchverlag auf den Boß ausgelobt wurden.

Wenn die Rede nämlich auf Maxi kam, erinnert sich ein Befrager, wurden die Festgenommenen „ganz bleich". Einer von ihnen begründete sein Schweigen: „Ich gehe doch lieber in den Knast als in den Sarg." ◆

Statt in Pension zu gehen.

Die Ungezwungenheit eines Ferienhauses – kein Bedarf nach Vollpension.

Wenn Sie statt Halb- oder Vollpension lieber die Individualität eines „eigenen" Ferienhauses suchen, sollten Sie „Urlaub privat" mit Scharnow machen. In Ihrem TUI-Reisebüro finden Sie mit Sicherheit ein Feriendomizil ganz nach Ihren Wünschen, wo Sie Ihre Urlaubstage so gestalten können, wie Sie es selbst wollen.

Sie sind Ihr eigener Herr – zum Beispiel in einem **Herrenhaus** (Foto) aus dem 11. Jahrhundert in der **Toskana**. Eine geräumige Wohnung für 4 Personen ab **DM 556,–** pro Woche. Oder, wer nicht in die Ferne schweifen will, in einem **Satteldachhaus** im **Seepark Kirchheim** im **Hessischen Bergland**, für 6 Personen ab **DM 400,–** pro Woche. Bei eigener Anreise, versteht sich. Wer einmal die Freiheit eines solchen Ferienhauses genossen hat, wird sobald nicht in Pension gehen.

SCHARNOW

Urlaub privat.

TUI

Teufel los

Die Mieten steigen wieder, die Zahl der leerstehenden Wohnungen geht zurück.

Mehrmals rückte die „Süddeutsche Zeitung“ großformatige Anzeigen ins Blatt, in denen sie für einen ihrer leitenden Herren eine Wohnung suchte. Es kam nur eine einzige Zuschrift: nicht von einem Vermieter, sondern von einem Spediteur, der seine Dienste für den Umzug anbot.

Mieter haben es wieder schwer, eine Wohnung zu akzeptablen Preisen zu finden – nicht nur in München, wo Wohnraum seit eh und je besonders knapp und teuer ist.

Auch wenn Wohnungsbauminister Oscar Schneider Mitte Dezember stolz verkündete, die Mieten seien 1987 nur um durchschnittlich 1,7 Prozent gestiegen – wer heute umziehen will, darf sich nicht auf das Statistische Bundesamt verlassen: In fast allen deutschen Ballungsgebieten wird das Wohnen in freifinanzierten Wohnungen merklich teurer.

Einen „eklatanten Anstieg der Mieten“ registriert der Frankfurter Mieterverein. Eine Rückkehr zum „reinen Vermietermarkt“ sieht der Mieterverein zu Hamburg. Im gesamten Bundesgebiet hat Stefan Kampmann, Geschäftsführer des Deutschen Mieterbunds in Köln, „eine Trendwende“ ausgemacht.

Noch vor zwei Jahren mußten selbst in München Hauseigentümer zuweilen die Preise senken, wenn ein Mieter auszog – der neue Mieter zahlte weniger. Diese Zeiten sind vorbei. Inzwischen versprechen viele Wohnungssuchende in Anzeigen eine „Belohnung“ (Standardpreis: 1000 Mark) für den Nachweis einer Wohnung.

Nach Erkenntnis des Münchner Mietervereins liegen in der Bayern-Metropole heute die Anfangsmieten „hart an der Grenze zu 14 Mark pro Quadratmeter“. Für Wohnungen in gesuchten Lagen, wie etwa Schwabing, werden auch 20 Mark gezahlt.

Und überall sinken die Leerstände. In Dortmund gab es im vergangenen Jahr über 2000 leerstehende Sozialwohnungen. Im vergangenen Monat waren es noch 76.

In der grauen Trabantenstadt Hamburg-Mümmelmannsberg hatte der Großvermieter Neue Heimat (NH) Anfang 1986 eine Leerstandsquote von mehr als 15 Prozent zu beklagen. Die 4125 NH-Wohnungen in Mümmelmannsberg, sagt Firmensprecher Hermann Boekholt, „sind bis zum Jahresende voll vermietet“.

Daß sich die Hochhäuser in den ungeliebten Großsiedlungen füllen, hat einen schlichten Grund: Dort ist das Wohnen wieder verhältnismäßig billig geworden.

Vor drei, vier Jahren hatte eine Massenflucht aus den Betonsilos der Trabantenstädte eingesetzt. Mieter zogen in wohnlichere Gegenden, wo sie oft auch noch weniger zu zahlen brauchten. In manchen Hochhäusern standen über 75 Prozent der Wohnungen leer. Politiker wie der nordrhein-westfälische Bauminister Christoph Zöpel (SPD) forderten den Abriß.

Wohnungsbauminister Schneider
Betonklötze werden wieder gebraucht

Davon spricht heute keiner mehr. Für die in den siebziger Jahren errichteten Betonklötze wurden die Mieten aus Steuermitteln gesenkt, zumeist um 50 Pfennig pro Quadratmeter. Nun werden die Großsiedlungen wieder gebraucht: als Ausweichquartiere für die Ärmeren.

In Köln beispielsweise wurde die Miete für die Sozial-Gettos auf sechs Mark pro Quadratmeter gedrückt, ohne Betriebs- und Heizungskosten. In Hamburg wurde als Höchstgrenze 7,30 Mark festgesetzt, mit Betriebs-, aber ohne Heizungskosten.

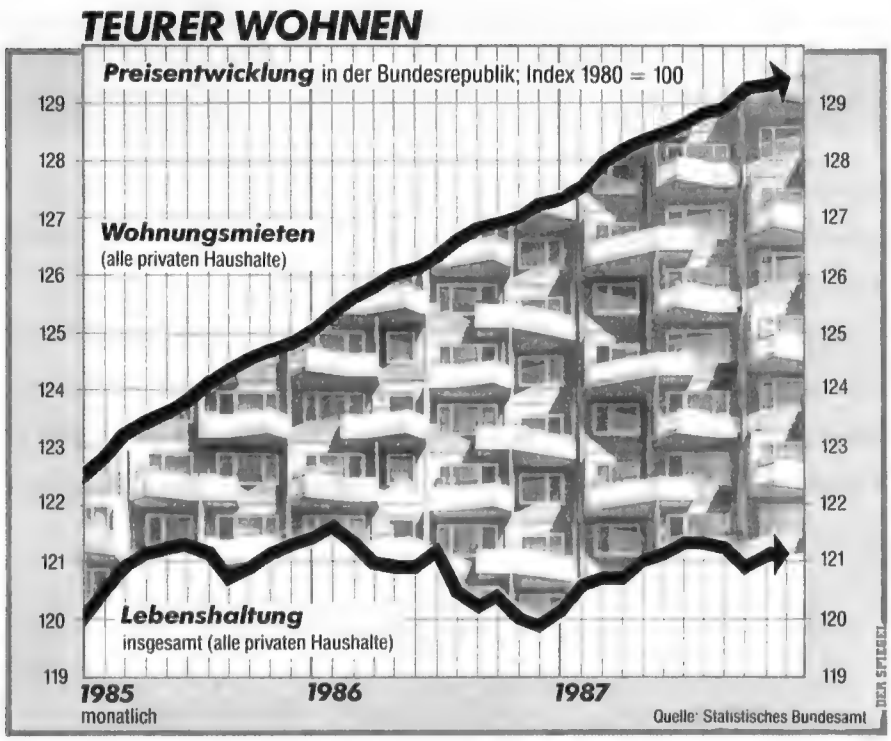
Während solche Sozialwohnungen billiger wurden, stiegen die Preise für freifinanzierte Wohnungen an. Preistreibend, merkte der Ring Deutscher Makler (RDM), wirkten dabei die gesunkenen Heizölpreise.

Viele Mieter betrachten die Kosten für ihre Wohnung – von der Miete bis zum Öl – als eine Gesamtausgabe. So mancher Hausbesitzer hat daher das Geld, das die Mieter bei den Heizkosten sparten, auf die Miete aufgeschlagen. RDM-Geschäftsführer Gerhard Feldmann: „Diese Chance haben Vermieter gesehen, um zu ihren Gunsten umzuschichten.“

Mieterhöhungen sind überdies leichter durchzusetzen, seit die Mehrzahl der Arbeitnehmer wieder mehr verdienen. Da viele glauben, daß ihre Realeinkommen in den nächsten Jahren weiter steigen, suchen sie eine größere Wohnung oder eine in besserer Lage.

„Noch vor drei Jahren“, sagt Mieterfunktionär Kampmann, „hätte sich jeder gescheut, eine bessere Wohnung zu nehmen“ – da drängten statt dessen viele in eine billigere Unterkunft.

Wenn Wohnraum nun wieder merklich teurer wird, liegt dies vor allem



daran, daß die Zahl der Haushalte steigt. Zwar schrumpft die Bevölkerung, aber es werden mehr Wohnungen benötigt: rund 100 000 mehr pro Jahr, vorwiegend für ein bis zwei Personen.

Daß Wohnraum vor allem für Alleinlebende gebraucht wird, veranschaulicht, als Extrem, der Fall München. Auf den ersten Blick scheint dort der Wohnungsmarkt im Gleichgewicht. Für die 1,3 Millionen Einwohner gibt es rund 600 000 Wohnungen.

Doch in über 40 Prozent der Münchner Wohnungen leben Alleinstehende, unter ihnen viele Gutverdienende. Die beanspruchen Zwei- oder Drei-Zimmer-Wohnungen, und die jungen Angestellten mit dem guten Einkommen zahlen gut. Sie drängen manchen, der weniger Geld hat, aus seiner Wohnung. Für Heinz Beck, den Vorsitzenden des Mietervereins, ist das „der Fluch der High-Tech-Gesellschaft".

Verdrängungsprozesse wie in München gibt es in vielen Städten. Wo sich Wachstumsbranchen niederlassen, ziehen die Mieten scharf an.

Wenn in den nächsten Wochen der Luxemburger Sender RTL seine Deutschland-Niederlassung in Köln bezogen und seine Mitarbeiter geholt hat, sind „schwups ein paar hundert Wohnungen weg", ahnt Kampmann, „und dann ist der Teufel los".

In Stuttgart fürchtet der Mieterverein bereits jetzt den Tag, an dem Nixdorf kommt. Der Paderborner Computerkonzern baut in Stuttgart ein Entwicklungszentrum und wird dort bis 1990 rund 2200 Arbeitsplätze schaffen. Volker Rastätter, Geschäftsführer des Mietervereins: „Die Nixdorf-Leute mit ihren dikken Gehältern drängen dann die Ärmeren aus ihren Wohnungen."

In den nächsten beiden Jahren, ahnt Rastätter, würden noch mehr Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt, noch mehr Altbauwohnungen modernisiert und renoviert werden – mit entsprechend höheren Mieten.

Nur in Regionen mit ganz düsteren Zukunftsaussichten sieht es für die Hausbesitzer schlechter aus. Zwischen Duisburg und Dortmund etwa sind bei Neuvermietungen Quadratmeterpreise von zehn Mark und mehr kaum durchzusetzen.

Folgerichtig wird in Dortmund, wo die Arbeitslosenquote über 17 Prozent beträgt, der nächste Mietenspiegel eine kleine Preissenkung vermelden: Wohnungen der teuersten Kategorie – Neubau, gehobene Ausstattung, gute Lage – sollen von 10,40 Mark pro Quadratmeter auf 9,50 Mark fallen.

Durch solche Ausreißer fühlt sich der Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer in seiner Sicht der Dinge bestätigt – es gibt zu viele Wohnungen, die Mieten sind zu niedrig. Generalsekretär Volker Gierth: „Dem Vermieter geht es schlecht, und es wird ihm weiter schlechter gehen."

WIRTSCHAFTS-KOMMENTAR

Die Party soll weitergehen

Von Wolfgang Kaden

Das war schon ein erstaunliches Bekenntnis, das der Industrielle Jörg Alexander Henle, der Vorsteher des Duisburger Klöckner-Clans, kurz vor Jahresende in einem SPIEGEL-Gespräch abließ. Darauf hingewiesen, daß große Konzerne Milliarden an flüssigen Mitteln auf ihren Konten rumschieben, antwortete Henle:

> Generell gilt, es ist gar nicht so leicht, geeignete langfristig rentable Investitionsobjekte zu finden. Es ist manchmal einfacher, dafür das Geld aufzubringen. Das gilt vor allem für Branchenführer, wenn der angestammte Markt nahezu gesättigt ist.

Diese offenen Worte zur Jahreswende hätten Jörg Henle eigentlich ein Abmahnschreiben vom Bundesverband der Deutschen Industrie eintragen müssen.

Es mangelt in Deutschlands Unternehmen nicht an Geld, sondern an geeigneten Möglichkeiten, dasselbe auszugeben? Neue Investitionen erscheinen zu riskant, angesichts der vorhandenen Warenfülle? Mit wenigen Sätzen zertrümmerte der Großaktionär aus dem Revier die allgemein gepflegte Wirtschaftslehre. Investitionen gleich Wachstum gleich Beschäftigung lautet der Kernsatz dieser Doktrin. Und nun kommt dieser Henle und stellt die Ausgangsgröße der schönen Gleichung in Frage. Denn: Wenn es nichts zu investieren gibt, dann erfüllen sich auch die tollen Wachstums-Erwartungen nicht.

„Die Zweifel an der herrschenden Mehr-Ideologie verstärken sich"

Einsichten der Henle-Art sind bis heute tabu. Nach wie vor hantieren die Meinungsführer zu jeder passenden Gelegenheit mit illusionären Zuwachsquoten des Bruttosozialprodukts. Nach wie vor wird dem Publikum vorgegaukelt, es müßten nur die Investitionsbedingungen verbessert (sprich: Löhne und Steuern gesenkt) werden, dann liefe die Wachstums-Maschine wieder rund; dann gäbe es neue Jobs zuhauf.

Die Wachstums-Party soll weitergehen, doch sie geht nicht weiter. Die Daten der Industrieproduktion im vergangenen Jahr – für das Bonn ein gesamtwirtschaftliches Wachstum von 2,5 Prozent voraussagte und das am Ende wohl gerade 1,5 Prozent bringen wird – verstärken die Zweifel an der herrschenden Mehr-Ideologie. Durchgängig erscheint ein Minuszeichen vor den Branchenzahlen.

Ein Plus, das sich in der Größenordnung der Bonner Wachstumsprognose hält, weist in der Rubrik „Investitionsgüter" allein der Straßenfahrzeugbau aus – jene Branche, deren Boom nach fetten Jahren nun auch dem Ende entgegengeht. „Der Glanz des Wachstums verblaßt", kommentiert da traurig die „FAZ".

Verwunderlich kann das nur für jene sein, die sich, unbeirrt durch Fakten, den Glauben an die heile Wachstums-Welt erhalten haben; die dem Fetisch der Prozent-Zahlen verfallen sind.

Immer wieder muß es den Wachstums-Hubern vorgerechnet werden: Jene 1,5 Prozent an Sozialprodukt (an Straßen und Autos, an Kühlschränken und Lebensmitteln), die im verflossenen Jahr mehr verbraucht wurden, entsprachen einem Wert von rund 30 Milliarden Mark. Ein solcher Zuwachs hätte früher noch Erfolgsziffern geliefert: 1960 wäre das Sozialprodukt bei diesem Mehr um 3,7 Prozent gestiegen, 1970 noch um 2,3 Prozent. Heutzutage, bei dem inzwischen erreichten Wohlstand, sind es eben noch 1,5 Prozent.

Schlimm ist das nur, weil die Wirtschaftspolitiker sich stets aufs neue mit unerreichbaren Zuwächsen reich rechnen; weil die Beschäftigungspolitik alle Jahre wieder auf wirklichkeitsfernen Wachstums-Hoffnungen gründet. „Wie sonst sollen wir zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit kommen, wenn nicht durch Wachstum?" fragt Deutsche-Bank-Aufsichtsratschef Wilfried Guth.

Ja, wie sonst? Vielleicht doch, auch bei den Unternehmern sollte das Undenkbare gedacht werden, durch eine weitere Arbeitszeitverkürzung? Oder zumindest dadurch, daß diejenigen, die über das ökonomische Wohl des Landes befinden, nicht mehr allein auf Erlösung durch ein stetig steigendes Sozialprodukt setzen?

Wenn Jörg A. Henle recht hat, und vieles spricht dafür, muß hierzulande wohl bald umgedacht werden.

„Die Scheunentore waren weit offen“

Der ehemalige Abschreibungsspezialist Erlemann über Steuersparmodelle und die Rolle der Finanzbehörden

SPIEGEL: Herr Erlemann, Sie haben sieben Jahre Haft hinter sich. Haben Sie zu Recht gesessen?

ERLEMANN: Ich bin zu Recht verurteilt worden. Man muß im Leben zu den Dingen stehen, die man zu verantworten hat. Ich hätte das Steuerspargeschäft, um das es damals ging, abbrechen müssen, als mir Zweifel an der Echtheit kamen. Wie mein Urteil bestätigt, war ich von legalen Geschäften ausgegangen. Als ich merkte, daß so manches nicht stimmen konnte, hätte ich zum Staatsanwalt gehen oder sonst etwas unternehmen müssen.

SPIEGEL: Ihre Partner haben also ein krummes Ding gedreht, und Sie haben dann weitergemacht, als sei nichts. War das ein Entschluß: Ab heute Betrüger?

ERLEMANN: Es gibt ja auch Betrug, indem man Handeln unterläßt. Monatelang habe ich damals gegrübelt, ob ich Anzeige erstatten soll. Nachdem ich einmal in die Sache hineingeschlittert war, brachte ich nicht die Kraft auf, die Sache aufzudecken. Der Skandal hätte das Ende meiner Kapitalfirma bedeutet. Auch die Rückzahlung der erhaltenen Provisionen wäre nicht möglich gewesen, allein acht bis zehn Millionen Mark waren in den Vertriebsapparat geflossen. Und die Steuervorteile der Anleger wären auch verloren gewesen, wenn ich Schluß gemacht hätte.

SPIEGEL: Sie haben von dieser Unterlassung finanziell profitiert.

ERLEMANN: Nach meiner Erinnerung – die Sache war ja vor über zehn Jahren – waren das 13 Prozent des investierten Geldes, also knapp 13 Millionen Mark. In den Zeitungen wird immer geschrieben: Der Erlemann hat die Steuer und die Anleger um über 100 Millionen Mark geprellt und sich dieses Geld in die Tasche gesteckt. Die 100 Millionen waren die Steuervorteile der Anleger und kein Bargeld bei mir.

SPIEGEL: Der Schaden, den Sie mitverursacht haben, lag bei über 100 Millionen. Ihre Partner und Sie hatten Gelder eingesammelt für ein Geschäft, das es gar nicht gab.

ERLEMANN: Ja, wie ich selber dann erfuhr, waren die eingesammelten Mittel zu einem großen Teil nicht dazu bestimmt, die im Prospekt angegebenen Industriegüter zu kaufen – Gasflaschen, Gascontainer und Abfüllstationen . . .

SPIEGEL: . . . die angeblich im Libanon vermietet werden sollten, damit deutsche Steuersparer ordentlich etwas zum Abschreiben hatten.

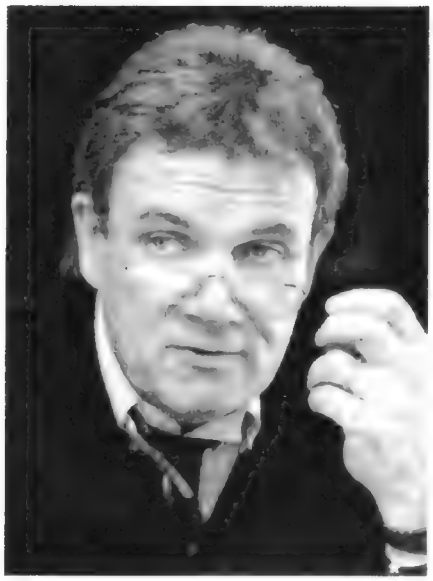
ERLEMANN: Richtig. Ja, so stand's im Prospekt. Wenn Sie irgendeine Maschine, irgendeinen Container kaufen, dann können Sie die steuerlich abschreiben. Aber dazu muß es die Maschine oder den Container auch geben. Wenn Sie dagegen die angeblichen Wirtschaftsgüter gar nicht gekauft haben, dann schreiben Sie in den Bilanzen etwas ab, was es gar nicht gibt.

SPIEGEL: Es wurden also reine Luftgeschäfte gemacht.

Anlageprofi Erlemann: „Die Anleger . . .

ERLEMANN: In diesem einen speziellen Fall größtenteils. Es wurden aber auch Lastwagen von Daimler-Benz und Hebekräne von der Demag echt angeschafft. Diese Güter gab es, die sind echt verleast worden. Von diesen existenten Gütern hat sich die Gesellschaft auch finanziert und aus den Mieteinkünften den Anlegern rund 25 Millionen Mark ausgezahlt. Auch sind den Anlegern die Steuervorteile aus dem realen Teilbereich, der echt war, erhalten geblieben. Das heißt also: Wir hatten im Fall Contruck einen existenten Bereich und einen nicht existenten Bereich. Der nicht existente Bereich und die darauf zu beziehende Abschreibung waren Betrug und Luft. Der existente Bereich durfte ganz normal, wie jedes andere Wirtschaftsgut auch, abgeschrieben werden.

SPIEGEL: Wenn Sie, als Sie dieses Luftgeschäft bei Ihrer Abschreibungsfirma Contruck entdeckt hatten, zum Staatsanwalt gegangen wären . . .



. . . haben uns . . .

ERLEMANN: . . . es wäre, wie gesagt, das Ende meiner Firma gewesen. Ich galt ja als jemand, der alles durchschaut. Es war mir auch selbst mehr als unangenehm, bei der mir allseits nachgesagten Sachkunde zuzugeben, daß mir das so untergekommen ist. Ich beruhigte mich mit dem Gedanken, daß den Anlegern letzten Endes kein Schaden entstehen würde, weil nach vier bis fünf Jahren die Contruck aufgelöst werden sollte. Die Anleger hätten ihre Steuervorteile gehabt, und alles wäre vergessen gewesen.

SPIEGEL: Da zahlt ein Anleger 100 000 Mark für Produkte, die gar nicht gekauft wurden, und der soll dann nicht geschädigt sein?

ERLEMANN: Das erklärt sich aus dem rechtlichen und steuerlichen System, das der Contruck und etlichen anderen Gesellschaften zugrunde lag. Für den Anleger war folgendes Ergebnis da: Wenn er mit einer Anlage von 100 000 Mark bei 50prozentiger Progression in der Einkommensteuer 270 Prozent Steuervorteil aus der Verlustzuweisung bekommt, dann gibt ihm das Finanzamt erst mal 135 000 Mark zurück.

SPIEGEL: Selbst dann, wenn's ein Luftgeschäft ist?

ERLEMANN: Selbst dann. Aber nur dann, wenn das Luftgeschäft unentdeckt bleibt. Deshalb habe ich ja geschwiegen, als mir die Zweifel kamen.

SPIEGEL: Und die hohen Verlustzuweisungen waren mühelos hinzukriegen: Je mehr Kredite eine Abschreibungsfir-

. . . zu immer riskanteren . . .

ma aufnahm, um so größere buchmäßige Verluste ergaben sich.

ERLEMANN: Ja, wenn Sie Gasflaschen oder andere Wirtschaftsgüter in Höhe des dreifachen Eigenkapitals fremdfinanzieren, dann haben Sie eine gewaltige Hebelwirkung. Das Fremdkapital wird ja bei der Berechnung des steuerlichen Verlustanteils, der von den Anlegern angestrebt wird, ebenfalls berücksichtigt. Da kamen hohe Verlustquoten heraus, die dann die Rückzahlungen vom Finanzamt brachten. Unsere Zahlungen an die Anleger kamen da noch obendrauf. Im Falle der Contruck fast 25 Millionen Mark.

SPIEGEL: Wofür gab es denn bei Ihrer Firma Contruck Ausschüttungen? Die Gasflaschen, die angeblich vermietet waren, gab es doch gar nicht.

ERLEMANN: Die Ausschüttungen kamen ja nicht aus dem Gascontainer-Bereich, sondern aus den Mieteinnahmen des konkreten Geschäftsbereichs der Contruck, also der Lkws und Hebekrane. Doch jetzt kommt der Clou, warum ich hoffte, daß die Sache auch für den unechten Bereich gutgehen würde. Durch die sogenannte Rückoption wären nach vier- oder fünfjähriger Laufzeit die – nicht vorhandenen – Gascontainer ver-

. . . Konstruktionen getrieben"

tragsgerecht wieder an den Verkäufer zurückgefallen, das Geschäft wäre beendet gewesen. Und damit bin ich beim Prinzip der Besitzlosigkeit beziehungsweise der Substanzlosigkeit. Das mit der Substanzlosigkeit ist mein Ausdruck für die Tatsache, daß es in der Vergangenheit legale Möglichkeiten gab, hohe Steuerersparnisse ohne langfristige Substanzbildung zu erzielen. Durch die Rückoption würde das Geschäft nach wenigen Jahren beendet, auf Vermögensbildung kam es nicht an.

SPIEGEL: Und das Prinzip der Besitzlosigkeit ist auch von Ihnen?

ERLEMANN: Das haben mein Wirtschaftsprüfer und mein Rechtsberater erfunden, die ein Modell mit Rückoption bereits bei einem Konkurrenzobjekt angewandt hatten. Nach diesem Modell kommt der Anleger zu keinem Zeitpunkt in den körperlichen Besitz des Gutes. Das ist jetzt fundamental: Verkäufer hat ein Wirtschaftsgut, Verkäufer verkauft an Käufer das Wirtschaftsgut, die Übergabe des Gutes wird ersetzt durch einen Mietvertrag. Aufgrund dieses Mietvertrages vermietet Käufer das Gut im Leaseback-Verfahren wieder an den Verkäufer zurück, und nach fünf Jahren tritt die Rückoption ein. Dann wird das Mietverhältnis aufgelöst, und Verkäufer hat seine eigenen Container wieder als Eigentum zurück. Benutzt hat er sie ja ohnehin die ganze Zeit bis zur Rückoption, wenn auch als Mieter.

SPIEGEL: Und der ganze Unfug wurde nur getrieben, damit ein paar tausend Leute weniger Steuern zahlen.

ERLEMANN: Das war damals legal und hat gut funktioniert. Die Anlagegesellschaft wurde nach fünf Jahren aufgelöst, die Anleger hatten ihre Steuervorteile realisiert, es gab Mieteinnahmen und damit Barausschüttungen für die Anleger. Außerdem bekommen die Anleger bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Veräußerung der Wirtschaftsgüter in toto den begünstigten halben Steuersatz. Da blieben für den Anleger erhebliche Beträge unterm Strich übrig.

SPIEGEL: Warum haben sich denn Steuertrickser wie Sie die Mühe gemacht, überhaupt noch irgendwelche konkreten Wirtschaftsgüter oder Projekte zu suchen, mit denen sich Steuervorteile herausholen ließen?

ERLEMANN: Halt, halt – ohne konkrete Wirtschaftsgüter ist das Ganze von vornherein Steuerbetrug, denn in den Bilanzen würden dann Güter erscheinen, die es gar nicht gäbe. So geht das natürlich nicht. Nur bei betrügerischer Absicht von vornherein hätte man wirklich gar keine Wirtschaftsgüter gebraucht. Denn nach vier Jahren wäre das Wirtschaftsgut an den Verkäufer zurückgegangen. Dann hätte man papiermäßig darstellen können, daß der Verkäufer die Ware wieder zurückerhält. Er hätte etwas quittiert, was er gar nicht zurückerhalten hat, was sowieso nie dagewesen ist. Die Sache hätte sich in Luft aufgelöst, sich von selbst liquidiert. Nein, die Güter muß es schon geben.

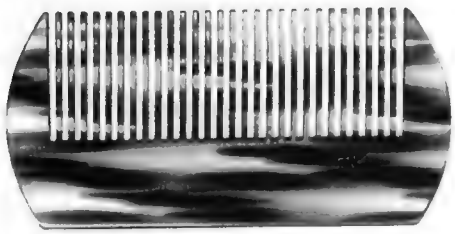
SPIEGEL: Volkswirtschaftlich machte das alles überhaupt keinen Sinn, ob es nun überflüssige Berlin-Bauten waren oder Hotels in Spanien, Ölbohrungen in Amerika oder Schiffe und Bauherrenmodelle.

ERLEMANN: Natürlich haben wir das alles nicht gemacht, weil da irgendwo ein dringender volkswirtschaftlicher Bedarf war. Die Anleger waren nicht so sehr an volkswirtschaftlich sinnvollen Aktivitäten interessiert, sondern primär an der Produktion hoher Verlustzuweisungen. Die wollten möglichst wenig Steuern zahlen. Zum Jahresende hatten manche Ärzte 30, 40 Prospekte auf dem Tisch gestapelt und dann einfach nach Verlustzuweisungen sortiert – 200, 250,

Jochem Erlemann

galt in der großen Zeit der deutschen Steuerspar-Branche als der begabteste Trickser. Der promovierte Betriebswirt aus der sogenannten Kölner Schule sammelte in den 70er Jahren von steuerunwilligen Großverdienern Milliardenbeträge ein, die er in Abschreibungsobjekte investierte. Die Anleger hofften dabei, durch die sich ergebenden Verluste ihre Einkommensteuer so mindern zu können, daß zumindest die Einlage nicht mit eigenem Geld, sondern durch nicht gezahlte Steuern geleistet wurde. Erlemann finanzierte amerikanische Filme wie französische und luxemburgische Immobilien, verleaste Bierfässer wie Lastwagen. Als spendabler Präsident des Kölner Eishockey-Clubs wurde Erlemann bundesweit bekannt – und durch eine spektakuläre Verhaftung: Der „Spezialitätendoktor", wie er in der Branche hieß, stolperte über ein betrügerisches Geschäft im Libanon und wurde 1982, nach anderthalbjähriger U-Haft, zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Sieben Jahre saß er ab; in der Weihnachtswoche wurde der 49jährige entlassen.

Gute Nachricht für Millionen Bartträger.
Braun exact, der erste Bartschneider von Braun.



Die Bartpflege war bisher eine reichlich heikle Angelegenheit. Schnell konnte ein Schnitt danebengehen. Jetzt gibt es den Braun exact. Der erste Bartschneider von Braun.
Er trimmt üppige Vollbärte genauso sicher und gleichmäßig wie 3-Tage-Bärte. Einstellbar auf 4 Schnittstufen, ist er jederzeit bereit, Ihren Bart zu kürzen oder ihm auch mal eine ganz neue Form zu geben. Mit seinem einzigartigen Zentralschalter ist er leicht zu bedienen.
Mit und ohne Kabel durch die Braun two-way-Technik.
Schnell, sicher und exakt.
Eben Braun. Näheres beim Braun Fachhändler.

Braun exact.
Der Braun
für die Bartpflege.

BRAUN

Werbung für Abschreibungsprojekte
„Milliarden verschleudert“

300 Prozent. Wer den höchsten Prozentsatz anbot, machte das Geschäft. Die Anleger waren die wahre Triebkraft, die uns Anbieter letztlich zu immer waghalsigeren und riskanteren Steuerkonstruktionen getrieben haben.

SPIEGEL: Wie haben Sie das bloß ausgehalten?

ERLEMANN: Im Ernst, es war so. Den Anlegern war völlig egal, ob sich beispielsweise überhaupt einer den Film ansah, den sie mit einer steuerlichen Verlustquote von über 200 Prozent finanziert hatten. Hauptsache, die Steuerersparnis stimmte.

SPIEGEL: Sie haben in der Tat ja auch Filme produziert. Wie sind Sie denn da rangekommen?

ERLEMANN: Ich fuhr auf Empfehlung nach Amerika, besuchte den Vorstand von United Artists in New York. Die sagten, sie würden gern das Musical „Hair“ verfilmen, und suchten Geldgeber. Sie hätten den weltberühmten Regisseur Milos Forman vorgesehen, und das Ganze koste zehn Millionen Dollar – ob das machbar sei.

SPIEGEL: Für Sie damals doch wohl eine leichtere Übung?

ERLEMANN: Ja, aber ich habe Steuerberater hinzugezogen und mich beraten lassen, welche Verlustzuweisung für die Anleger erzielbar sei. Ich hatte ja um mich herum Konkurrenten mit Quoten von 200 bis 300 Prozent. Daran mußte ich mich orientieren, weil ja die steuersparwütigen Anleger ein wirtschaftlich sinnvolles Objekt mit geringen Steuervorteilen nicht akzeptierten.

SPIEGEL: Sie konnten Ihren Anlegern nicht klarmachen, daß ein konventionell finanzierter Film phantastische Gewinne einspielen kann?

ERLEMANN: Wenn ich damals mit einer Steuervorteilsquote von nur 100 Prozent gekommen wäre, dann hätte dieses Musical „Hair“ noch so gut sein können – ich hätte keine Anleger gefunden.

SPIEGEL: Ob Sie Filme finanzierten, Gasflaschen oder Hotel-Beteiligungen – die Entscheidung hat letztlich immer Ihr Steuerberater getroffen?

ERLEMANN: Nicht ein Steuerberater, ganze Teams!

SPIEGEL: War das auch bei den anderen Abschreibungsexperten so, bei Ihren Kollegen aus der Abschreibungsbranche – Jürgen Amann, Dieter Quast, Erwin Walter Graebner, Renatus Rüger oder Helmut Röschinger?

ERLEMANN: Das sind alles diplomierte Betriebs- und Volkswirte oder Juristen, fast alle aus der sogenannten Kölner Schule, die selbstverständlich einen hochsensiblen Empfangsapparat für derartige Konstruktionen hatten und über einen Vertrieb für die Vermarktung des Produkts „Steuervorteil“ verfügten. Man traf sich bei der Vorbereitung mit Leuten, die bestimmte Vorhaben verwirklichen wollten, Bauprojekte, Filme, Hotels. Das waren die externen Objektpartner. Der Initiator wußte zu Anfang selbst nicht exakt, was bei den Vorschlägen steuerlich herauskommen würde. Man hielt dann tagelange Sitzungen ab. In diesen Sitzungen mit Rechtsanwälten und Steuerberatern, die dafür ein immenses Honorar verlangten, wurde dann getüftelt und gemacht und getan und gerechnet.

SPIEGEL: Viele Produkte, die bei solchen tagelangen Tüfteleien herauskamen, sind heute mit Recht vergessen.

ERLEMANN: Nicht alle. Ich habe zum Beispiel eine ganze Reihe von Filmen mit Steuervorteilen finanziert, unter anderem „Die Formel“, das war ein Thriller mit Marlon Brando, oder die Fassbinder-Verfilmung „Lili Marleen“ mit Hanna Schygulla, einen Film mit Al

Abschreibungsprojekt in Berlin*: „Nonsens unter den Augen der Behörden“

* Steglitzer Kreisel.

AUS FREUDE AM FAHRWERK.

KAPITEL XIII

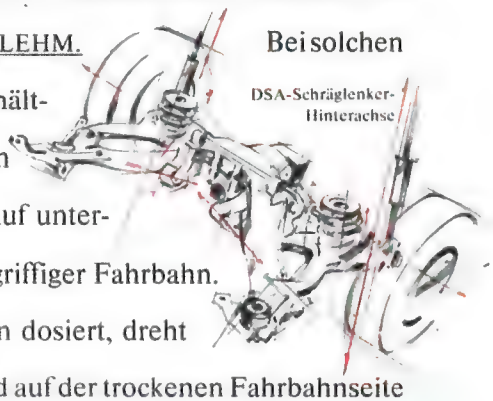
Deutschlands Straßen haben mehr Kurven als gerade Strecken.

Wenn Ihnen das Kurvenfahren beim Omega Spaß macht, werden Sie vielleicht wissen wollen, warum. Und damit sind wir wieder beim wichtigsten Kapitel der Omega-Story. Es geht dem selbststabilisierenden DSA-Fahrwerk auf den Grund.

BEGINNEN WIR HINTEN. Bei der vollkommen neu entwickelten Schräglenker-Hinterachse. Ihre ausgeklügelte Konstruktion ist ausschlaggebend dafür, daß Sie vom Fahrwerk kaum etwas spüren. Denn die unabhängig voneinander gefederten Räder rollen über Stock und Stein, ohne die Bodenhaftung zu verlieren. Das wirkt sich positiv aus auf die Sicherheit. Und auf den Fahrkomfort.

Wie die Hinterachse reagiert, zeigt sich vorn. Statt bei plötzlichem Fahrbahnwechsel oder in schnellen Kurven zu übersteuern, steuert sie unterstützend mit: durch zunehmende Vorspur. Kommen wir zur Vorderachse.

WICHTIG BEI EIS UND SCHNEE, BEI LAUB UND LEHM. Bei solchen Straßenverhältnissen rollen die Räder auf unterschiedlich griffiger Fahrbahn. Bremst man dosiert, dreht sich das Rad auf der trockenen Fahrbahnseite nicht mehr wie früher nach außen weg. Es geht, wie die Techniker sagen, in Vorspur. Die Vorderachse läßt das Rad um 0,2 Grad nach innen drehen. Mit dem Erfolg, daß beim Omega selbst dann noch die Richtung stimmt, wenn so manch andere Wagen schon zum Ausbrechen tendieren.



So kommt es, daß die Freude am Fahrwerk beim Omega zum guten Gefühl wird, wie es Ihnen nur sicheres Fahren vermitteln kann. Wann kriegen Sie die Kurve zum freundlichen Opel-Händler?

OPEL

DER OPEL OMEGA. WAS FÜR EIN AUTO.

Pacino und „Wenn der Postmann zweimal klingelt“ mit Jack Nicholson. Und wenn ich Ihnen erzähle, welche Fernsehproduktion von uns finanziert wurde . . .

SPIEGEL: . . . erzählen Sie doch mal.

ERLEMANN: Mir wurde, als ich damals wegen all dieser Filme in Amerika unterwegs war, eine Produktion angeboten . . .

SPIEGEL: . . . ein Drehbuch?

ERLEMANN: Das Drehbuch gab es schon. Die Erfolgsaussichten wurden in Amerika damals recht unterschiedlich beurteilt. Ich habe gesagt: Okay, das nehm' ich mal mit nach Berlin, und dann packen wir das irgendwo bei. Wenn wir den Anlegern ein attraktives Filmprojekt mit einem Weltstar anbieten, dann können wir in die Finanzierung auch noch irgend so eine Fernsehsache mit hineinnehmen.

SPIEGEL: Haben Sie das Drehbuch gelesen?

ERLEMANN: Ich bin kein Filmkünstler und auch kein Skript-Sachverständiger. Das Drehbuch habe ich dann dem Geschäftsführer meiner Filmgesellschaft gegeben, und der hat es gelesen. Er fand's wirklich nicht so begeisternd. Dann habe ich den Amerikanern aber gesagt: Wir finanzieren auch das noch. Das war die Geburtsstunde von „Dallas“. Wir waren bei den ersten Serienfolgen in Amerika mit deutschem Geld, mit Steuergeldern, dabei.

SPIEGEL: Mit wieviel Prozent Verlustzuweisung haben Sie „Dallas“ produziert?

ERLEMANN: Das waren über 200 Prozent.

SPIEGEL: Da hat die Investitionslenkung ja vorzüglich funktioniert: Steuermittel für J. R. und die Southfork Ranch . . .

ERLEMANN: Das war damals alles legal, das ließ sich mit den damaligen Steuergesetzen alles machen. Nehmen Sie mal diese Ölbohrungen, die ich allerdings nie angeboten habe: Da haben die Leute Geld nach Amerika geschickt, das sie der Bundesrepublik Deutschland entzogen haben. Hierfür wurden sie in der Bundesrepublik mit Steuervorteilen belohnt, und im Ausland wurde selten damit verdient. Oft kam nicht mal Öl.

SPIEGEL: Uns ist seit Jahren klar, daß sinnlos Milliarden an Steuergeldern verschwendet wurden.

ERLEMANN: Aber offenbar hat der Staat das gewollt, denn er hat die Steuervorteile ja legalisiert. Volks- und betriebswirtschaftlich waren das Nonsens-Geschäfte für Reiche. Und der Nonsens lief unter den Augen der Behörden und Verwaltungen ab. Sehen Sie sich die meisten Schiffsobjekte an, da fördert der Staat Schiffsneubauten, von denen oft schon beim Bau feststeht, daß sie nicht oder nur schlecht zu verchartern sind. Es zeigt sich eben nicht nur bei der Subventionierung der Agrarwirtschaft, wie in diesem Lande Milliarden verschleudert werden.

SPIEGEL: Manche Finanzämter haben wohl auch beide Augen zugedrückt. Der Kölner Erlemann hat seine Steuersparmodelle vom Finanzamt Offenbach-Land genehmigen lassen, in der Branche als Hessisch-Liechtenstein bekannt.

ERLEMANN: Ich hatte wie ein Konkurrent das Finanzamt Offenbach-Land, weil da der beauftragte Wirtschaftsprüfer saß, der dann sein zuständiges Finanzamt einschaltete. Das ist eine Sache der Wirtschaftsprüfer gewesen. Solche Finanzämter gab es in München ebenso wie in Hamburg-St. Pauli, wo Schörghuber seine Airbusse hat abschreiben lassen. Warum geht der denn von Bayern nach St. Pauli in Hamburg?

SPIEGEL: Da saß vermutlich ein freundlicher Vorsteher.

ERLEMANN: Wie die Berater gab es über ganz Deutschland verstreut zuständige Finanzämter, in Offenbach ebenso wie in München, Hamburg, Köln, Kiel oder wo auch immer. Offenbach-Land ist eben bekannt geworden durch den Prozeß gegen den Vorsteher des Finanzamts. Und in diesem Prozeß sagte der Vorsitzende Richter: „Eine Vorsprache bei der Oberfinanzdirektion Frankfurt wäre sinnlos gewesen, denn die OFD, so ihr Präsident Bruno Bachmann, habe keine Meinung zu dem Problem der Steuersparmodelle gehabt.“ Die hatten keine Meinung!

SPIEGEL: Warum auch, die Gesetzeslage war doch eindeutig.

ERLEMANN: Ja natürlich, das war – von Ausnahmen abgesehen – alles legal, die Scheunentore des Gesetzgebers waren weit offen.

SPIEGEL: Aber schon frühzeitig haben manche SPD-Politiker diese Tore zu schließen versucht. Der nordrhein-westfälische Finanzminister Diether Posser etwa oder Staatssekretär Rolf Böhme im Bonner Finanzministerium.

ERLEMANN: Staatssekretär Böhme hat damals gesagt, er sei gegen dieses System des Reichermachens von Reichen. Das hat der schon ganz am Anfang gepredigt.

SPIEGEL: Aber war das nicht Ihr Slogan: „Ich will die Reichen reicher machen“?

ERLEMANN: Nein, das ist sein Slogan gewesen. Den habe ich nur übernommen.

SPIEGEL: Dürfen wir Ihnen aus einem Gedicht vorlesen: „In Köln bei Dr. Erlemann, da fängt der Weg zum Reichtum an.“ Stammt von André Heller.

ERLEMANN: Ich habe, als der Zirkus Roncalli beinahe pleite ging, dem André Heller einmal einen kleineren Betrag – ich glaube 25 000 Mark – gegeben, sonst wäre der Zirkus, wie er sagte, am nächsten Tag am Ende gewesen. André Heller hat mir in einem Brief – daraus stammt das Gedicht – gedankt. Der Staatsanwalt hat den Brief aufgegriffen und dann wohl als Scherz in die Beweisakte gegen mich eingeführt.

SPIEGEL: Die sozialliberale Regierung in Bonn hatte damals auch wenig gegen die Nonsens-Produktion getan.

ERLEMANN: Richtig, man konnte konstruieren, was man wollte. Die Gesetze boten beliebigen Gestaltungsspielraum. Die meisten Objekte waren ganz auf die Steuergesetze zugeschnitten, damit die steuerliche Rechnung aufging.

SPIEGEL: Immerhin gab es ein paar Erlasse, die den Unfug eindämmen sollten.

Ehemalige Erlemann-Konkurrenten Quast, Graebner, Rüger, Amann, Röschinger: „Getüftelt und gemacht und getan“

Erlemann-Film „Hair“: „Mit einer Steuervorteilsquote von 100 Prozent hätte ich keine Anleger gefunden“

Erlemann-Film „Wenn der Postmann zweimal klingelt“*: „War alles legal“

ERLEMANN: Die Erlasse waren für die Anbieter und die dahinterstehenden Berater-Teams die besten Gebrauchsanweisungen für neue Objekte. Man wußte genau: Das und das geht nicht mehr. Und wenn das nicht geht, dann aber dieses. Das waren die reinsten Lehrbücher.

SPIEGEL: Nach Jahren haben die Erlasse offenbar doch noch gegriffen. Die Abschreibungsbranche ist praktisch am Ende. Wann kam das Todesurteil?

ERLEMANN: Gekillt wurde die Steuersparbranche letzten Endes durch den berühmten Beschluß des Bundesfinanzhofes vom 25. Juni 1984. Seitdem erkennt der Fiskus kein Abschreibungsobjekt mehr an, wenn dessen Sinn nur im Erzielen möglichst hoher Steuervorteile liegt und wenn langfristig keine echte Gewinnerzielung angestrebt wird.

SPIEGEL: Gibt es heute noch Schlupflöcher?

ERLEMANN: Ja, es gibt Möglichkeiten. Aber wir haben es heute mit ernüchterten Investoren zu tun. Wenn Sie heute noch irgend etwas verkaufen wollen, dann müssen das ganz handfest gestrickte Sachen sein. Der Investor von heute guckt als erstes auf die Bar-Ausschüttung. Die Steuerspargier hat einen starken Dämpfer bekommen.

SPIEGEL: Manche Modelle für Immobilien laufen noch.

ERLEMANN: Wenn Sie heute eine Eigentumswohnung mit Steuervorteilen verkaufen wollen, winken die Anleger ab. Es gibt inzwischen viele Hypotheken-Millionäre, bei denen die Steuervorteile längst verbraucht sind. Die sitzen jetzt auf hohen Darlehen, müssen Zins und Tilgung bezahlen, und die Miete reicht nicht aus. So entsteht Jahr für Jahr eine Unterdeckung. Die sind sauer.

SPIEGEL: Die sind sauer? Die sind zum Teil ruiniert.

ERLEMANN: Die Rechnung ist nicht aufgegangen. Wer damals zuviel Steuern sparen wollte, zahlt heute meistens drauf. Hinzu kommt, daß die Einkommen heute oft geringer sind, so daß keine Folgesteuervorteile gebraucht werden.

SPIEGEL: Gut zurechtgekommen sind vor allem die Initiatoren, die Steuerberater, Treuhänder und Wirtschaftsprüfer. Sie selbst haben ja auch gut verdient. Wo ist das ganze Geld geblieben?

ERLEMANN: Sprechen Sie jetzt von mir?

SPIEGEL: Aber ja.

ERLEMANN: Ich habe ja nicht nur an der Contruck verdient. Ich habe Filme gemacht und Grundstücksgeschäfte und noch an anderen Objekten verdient. Ich hatte aber auch einen teuren Einbruch. Da habe ich freiwillig Millionenbeträge an die Anleger zurückerstattet, weil ein Modell mit Bierfässern steuerlich nicht anerkannt wurde.

SPIEGEL: Es müssen trotzdem noch Millionen übriggeblieben sein.

ERLEMANN: Ich hatte wegen der Geld-zurück-Aktion Schulden mit der Firma. Die sind über die nachfolgenden guten Geschäfte getilgt worden. Und ich habe große Beträge in die Entwicklung des Kölner Eishockeysports gesteckt. Der Kenner weiß, daß es sonst heute kein Spitzeneishockey in Köln gäbe.

SPIEGEL: Wieviel haben Sie in den Kölner Eishockey-Club gesteckt?

ERLEMANN: Drei bis vier Millionen Mark.

SPIEGEL: Eine teure Werbung für einen Spezialitätendoktor.

ERLEMANN: Das hat mir natürlich Kunden gebracht. Mir gefiel aber dieser Männersport auch.

* Jessica Lange, Jack Nicholson.

Institut Européen d'Administration des Affaires
European Institute of Business Administration
Europäisches Institut für Unternehmensführung

Top-Chance

Sechs MBA-Stipendien für INSEAD

Sechs ehrgeizigen Hochschulabsolventen mit mindestens zweijähriger Berufserfahrung bietet sich die Chance einer internationalen Karriere. An Europas größter Business School, INSEAD, in Fontainebleau bei Paris können Sie das Zusatzdiplom „Master of Business Administration" (MBA) erwerben. Die Kosten von jeweils 50 000 Mark übernehmen als Sponsoren bekannte deutsche und internationale Unternehmen.
Einsendeschluß verlängert!

Informationsunterlagen sind in der Redaktion Capital, Eupener Straße 70, in 5000 Köln 41 unter dem Stichwort „MBA" abzufordern oder der Dezember-Ausgabe zu entnehmen.

Kneipp ist life

Alles ist life bei Kneipp. Die Kur, die Spaß macht. Erfolgs-Erlebnisse vom 1. Tag an. Unterhaltung, Sport, Kontakte. Life. Kneipp – Ihre Kur: Wasserkraft, Körper-Training, Vitalkost, Pflanzen-Heilkraft, Lebens-Rhythmik.

Kneipp ist in
BAD WÖRISHOFEN

COUPON
Name: _____
Straße: _____
PLZ: _____ Ort: _____
☐ Schicken Sie mir das Informations-Paket KNEIPP/BAD WÖRISHOFEN
Städtische Kurdirektion
PF 1443, 8939 Bad Wörishofen

SPIEGEL: Die gebrochenen Nasenbeine, die ausgeschlagenen Zähne?

ERLEMANN: Ich habe mich bei den Leuten wohl gefühlt. Ich war bei denen in den Kabinen, habe mit den Spielern gestritten und gefeiert, mich engagiert. Ich war immer für harte Sportarten. Ich interessiere mich zum Beispiel sehr wenig für Damen-Kunstturnen, wenn die mit einer Fahne so Schleifen am Himmel machen.

SPIEGEL: Eishokkey kostete Geld, teuer war auch Ihr Privatflugzeug.

ERLEMANN: Nein. Das hatte hauptsächlich die Aufgabe, die Vorstände von Thyssen und der Deutschen Bank zur Börse nach London oder in die Schweiz zu fliegen.

Eishockey-Fan Erlemann (1977)
„Mir gefiel dieser Männersport"

SPIEGEL: Privat haben Sie den Lear Jet nicht genutzt?

ERLEMANN: Doch, schon. Die Woche über war der Jet im Einsatz für deutsche Spitzenmanager, er war vermietet. Am Wochenende hatte ich das Flugzeug dann für mich. Dann habe ich mit meiner Familie Ausflüge gemacht.

SPIEGEL: Die Düsenmaschine war also eine gute Kapitalanlage?

ERLEMANN: Ja, das Ding hat sich getragen.

SPIEGEL: Wieviel Millionen haben Sie denn in der Schweiz versteckt?

ERLEMANN: Vor Gericht habe ich ja den Verbleib des Geldes dargestellt.

SPIEGEL: Ist gar nichts übriggeblieben?

ERLEMANN: Ich bin bei Null angekommen. Ich sage mir aber, wenn der Staatsanwalt recht hat, daß ich wirklich so intelligent bin, wie er immer unterstellt, dann werden sich in dieser Wirtschaft für mich Möglichkeiten ergeben, daß ich wieder mit Arbeit Geld verdienen kann.

SPIEGEL: Was für einen Job suchen Sie denn jetzt?

ERLEMANN: Ich werde als Unternehmensberater arbeiten. Meine Erfahrungen in verschiedensten Geschäftsbereichen, meine Universitätsausbildung und meine Lebenserfahrung – bis hin zum Gefängnis, ich weiß ja wirklich, was einem im Leben passieren kann – haben mir einen Erfahrungsschatz gegeben, den ich nutzen werde.

SPIEGEL: Ehemalige Häftlinge haben es bei Bewerbungen nicht immer ganz leicht.

ERLEMANN: Ich vertraue auf meine Kenntnisse und auch auf meine Freunde, die erkannt haben, daß ich nicht von Anfang an absichtlich jemanden schädigen wollte, sondern mich strafrechtlich verstrickt habe.

SPIEGEL: Haben Sie während Ihrer Gefängniszeit viele Freunde behalten?

ERLEMANN: Eine kleine Episode aus meiner Heimatstadt Köln: Neulich stehe ich mit meiner Frau an der roten Ampel. Da hält eine Straßenbahn, vorn geht die Tür auf. Der Straßenbahnfahrer steckt den Kopf raus: „Na, Jung, biste wieder da?" Volkes Stimme. In Köln schlägt mir, merke ich, viel Positives entgegen. Ich bin ja in Köln zu Hause. Mich kennt fast jeder aus den alten Eishockey-Zeiten.

SPIEGEL: Sie haben früher sehr aufwendig gelebt, dann in der Gefängnisdruckerei 178 Mark im Monat verdient.

ERLEMANN: Mit Leistungszulage!

SPIEGEL: Sie hatten viel Zeit zum Nachdenken. Haben Sie sich verändert?

ERLEMANN: Ich glaube, ich bin hinweggekommen über diesen früher starken Drang, in der vordersten Reihe stehen zu wollen.

SPIEGEL: Ein ganz neuer Erlemann?

ERLEMANN: Vielleicht wird mich manch einer sogar um meine Nullpunkt-Situation beneiden, denn viele Menschen sind derartig in ihren Alltag und ihren fest vorgeschriebenen Lebensweg einbetoniert, daß sie da nicht mehr herauskommen. Ich fange jetzt wie nach dem Abitur oder wie nach dem Examen ganz neu an.

SPIEGEL: Herr Erlemann, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Jeden Montag. Mit der ersten Post.

Deutschlands einziges, Europas größtes Nachrichten-Magazin

DER SPIEGEL

Sollte die Bestellkarte für ein SPIEGEL-Abonnement in dieser Anzeige fehlen, schreiben Sie bitte direkt an SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, Postfach 11 04 20, D-2000 Hamburg 11.

Abtransport der Barschel-Leiche aus dem Genfer Hotel: Mordsgeschichte im ZDF

„Sie hätten besser schweigen sollen“

Eine spektakulär angekündigte ZDF-Enthüllung, der ehemalige Kieler Ministerpräsident Uwe Barschel könne ermordet worden sein, erwies sich prompt als Flop. Viele Tatumstände sind jedoch nach wie vor rätselhaft. Die Schlampereien der Genfer Untersuchungsbehörden fördern immer neue Spekulationen und Gerüchte.

Klaus Bresser, vom April an Chefredakteur des ZDF, hält das Fernsehen für viel zu lahm. Wie stets bei der Berichterstattung über Affären, so sagte er dem Magazin „Esquire“ vor wenigen Wochen, hätten auch im Fall Barschel wieder mal die Print-Medien die Nase vorn gehabt. Endlich, wünschte sich der TV-Journalist, sollten die Fernsehkollegen auch mal etwas richtig Großes enthüllen.

Am 22. Dezember, so schien es, sollte Bressers Wunsch in Erfüllung gehen. In der „heute“-Sendung um 19 Uhr kündigte das ZDF, Trommelwirbel, eine Enthüllung an: Neuigkeiten über den Tod von Uwe Barschel.

Die Fakten folgten im „heute-journal“. ZDF-Reporter hatten aus dem bislang unveröffentlichten Obduktionsbericht aus Genf Sensationelles herausgelesen: Die tödlichen Medikamente seien dem Mann im Zimmer 317 des Genfer Hotels „Beau-Rivage“ möglicherweise von einem Unbekannten verabreicht worden. Denn Barschel sei, als er sie schluckte, bereits durch andere Drogen „so gut wie handlungsunfähig und willenlos gewesen“.

Bresser mag's gefreut haben: „ZDF enthüllt“, attestierte am anderen Morgen die „Bild“-Zeitung, „Barschel doch ermordet?“

Doch die Enthüllung hielt nur einen Tag. Die vom ZDF und der Schweizer TV-Anstalt SRG gemeinsam publizierte Mordsgeschichte brachte den Autoren umgehend Spott und Empörung ein. „Ein Windei“, befand die „Süddeutsche Zeitung“, und in der Schweiz kommentierte die „Neue Zürcher Zeitung“, das Fernsehen habe „in sensationsmacherischer Manier“ eine Story aufgeblasen, die „ziemlich dünn“ und mit „einseitig zugespitzten Argumenten“ versehen sei.

„Die haben uns ganz schön gezaust“, konstatiert der verantwortliche SRG-Redakteur Anton Schaller. Bestätigt fühlte sich nur die Witwe in Mölln. Freya Barschel erklärte aus dem hohen Norden: „Die neuen Berichte bestärken uns. Ich habe ja nie recht daran geglaubt, daß mein Mann Selbstmord begangen hat.“

Tatort Hotel-Badezimmer
Blauer Fleck oberhalb der Augenbraue

Die Neuigkeiten aus Mainz und Zürich nährten prompt wilde Spekulationen, der gescheiterte Politiker sei dem Komplott einer Waffenhandelsmafia zum Opfer gefallen. „Wer könnte ein Motiv gehabt haben“, fragte im „heute-journal“ ZDF-Kommentator Peter Voß, „Uwe Barschel umzubringen?“ Seine Antwort: „Sehr früh fiel ja nach Barschels Tod das Stichwort ‚Internationaler Waffenhandel‘.“

Bei genauerer Betrachtung ist der von den Fernsehreportern ans Licht gezogene Untersuchungsbericht wenig geeignet, die Theorie von einem Mordkomplott zu stützen. Die Annahme, daß Bar-

schel von fremder Hand getötet wurde, fußt auf der zeitlich verschieden abgelaufenen Resorption der Medikamente im Körper Barschels, wie sie die Gerichtsmediziner in einer Zahlentabelle aufgelistet haben (siehe Kasten Seite 68) – „Zahlen", so das ZDF, „die dem Laien wenig, dem Fachmann dagegen sehr viel sagen".

Die Zahlen sagen: Als das starke Schlafmittel Cyclobarbital in Barschels Blut den tödlichen Wert von mehr als 40 Milligramm pro Liter erreichte, waren die drei anderen, wesentlich harmloseren Arzneimittelwirkstoffe Pyrithyldion, Diphenhydramin und Perazin schon weitgehend aus dem Blut in den Urin übergegangen. Daraus folge, erklärte der emeritierte Zürcher Toxikologe Professor Hans Brandenberger vor den ZDF-Kameras, daß die drei leichteren Chemikalien „wahrscheinlich früher eingenommen worden" seien als das tödliche Gift.

> los eine weitere Substanz, in dem Fall das Cyclobarbital, das tödlich gewirkt hat, einflößen könnte oder gar mit einem Schlauch intubieren, in die Speiseröhre einführen könnte?

Die vorsichtige Antwort des Fachmanns:

> Ich glaube, das könnte durchaus möglich erscheinen.

Doch warum sollte es so gewesen sein? Wären wirklich professionelle Giftmörder am Werk gewesen, wie der ZDF-Bericht insinuiert, warum sollten sie Barschel nicht sofort eine tödliche Dosis verabreicht haben, statt ihn mit Medikamenten erst ein bißchen mürbe zu machen?

Das „Hamburger Abendblatt" qualifizierte die ZDF-Schlußfolgerungen als schlichten Unfug: „Daß eine tödliche (!) Dosis, welchen Giftes auch immer, nicht zuerst, sondern zuletzt aufgenommen wird, ist ebenso logisch wie die Erkenntnis, daß es möglich ist, einem willenlosen und handlungsunfähigen Menschen

des Cyclobarbitals zu entschließen, die Pillen auszupacken und gar noch die Verpackung zu beseitigen.

Er habe, erläuterte später der Wissenschaftler Schaer der „Neuen Zürcher Zeitung", den Fernsehreportern nur die Fragen beantwortet, die an ihn gerichtet worden seien. Viele Fragen aber seien ihm gar nicht gestellt worden. Auf die Frage beispielsweise, ob Barschel noch in der Lage gewesen sei, das tödliche Cyclobarbital zu sich zu nehmen, wenn er es etwa lose in der Jackentasche bei sich führte, hätte er geantwortet: Das sei nicht auszuschließen.

Die Mordtheorie sehen die TV-Journalisten auch durch einen Hinweis auf Seite 1 des Obduktionsberichts gestützt. Da heißt es:

> Die Stirnpartie rechts zeigt, 2,5 cm oberhalb der Augenbraue, ein bleiches Hämatom, rot-bläulich, unscharf umgrenzt, von frischem Aussehen, im Ausmaß von 2,5 x 3 cm.

Vom ZDF interviewte Mediziner Brandenberger, Schaer: Enthüllung nur für einen Tag

Der Rest ist – reichlich abenteuerliche – Spekulation: Durch die drei zuerst wirkenden Medikamente sei Barschel willenlos gemacht worden, so daß er sich das tödliche Cyclobarbital dann widerstandslos habe verabreichen lassen – er selber sei, schwer angeschlagen, zur Entscheidung, die tödliche Dosis zu schlukken, gar nicht mehr in der Lage gewesen.

Ein vom ZDF interviewter Mediziner mochte diese Möglichkeit nicht ausschließen. So antwortete der schweizerische Anästhesie-Professor Hansjürg Schaer dem ZDF auf die Frage, ob jemand mit den drei Müdemachern im Blut „sinngerichtete Handlungen einfacher oder auch komplizierterer Art ausführen" könne: „Das würde ich als sehr unwahrscheinlich betrachten."

Der Hinweis auf die *Möglichkeit*, Barschel könnte ermordet worden sein, wurde in den Mediziner eher hineingefragt. Der ZDF-Reporter wollte wissen:

> Heißt das auch, daß man einem solchen Menschen beispielsweise relativ problem-

‚Substanzen einzuflößen'. Wenn die vom Fernsehen befragten Schweizer Mediziner nicht mehr zu sagen haben, hätten sie besser schweigen sollen."

Für die Erklärung der zeitlichen Differenz bei der Einnahme der Medikamente bieten sich in der Tat plausiblere Möglichkeiten als eine Mordtheorie an:

- ▷ Barschel nahm die ersten drei Mittel schon in Selbstmordabsicht und griff erst, als er merkte, daß die nicht reichen, zur härteren Droge, oder, wahrscheinlicher,
- ▷ Barschel nahm die leichten Mittel vorab, weil sie – auch den schriftlichen Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben zufolge – geeignet sind, Erregung und Brechreiz zu unterdrücken.

Zweifelhaft mutet die Mediziner-These an, Barschel könne nach Einnahme der ersten Portion gar nicht mehr in der Lage gewesen sein, sich zum Schlucken

Die Entdeckung eines Hämatoms, zu deutsch Bluterguß, scheint den ersten Befund der Genfer Ermittler zu widerlegen, Gewalteinwirkungen auf Barschels Körper seien ausgeschlossen. Doch mit dem blauen Fleck hat es eine eher harmlose Bewandtnis.

Wenn jemand unter starkem Medikamenteneinfluß im Zimmer umhertorkelt, gab nach der ZDF-Sendung auch Wissenschaftler Schaer zu bedenken, dann könne er sich leicht mal den Kopf stoßen. Selbst ein Zucken des Sterbenden in der Badewanne hätte ausgereicht, den Kopf an den Badewannenrand gelangen zu lassen und die Druckstelle an der Stirn zu verursachen.

Auszuschließen ist allein die Möglichkeit, die vom Fernsehen nahegelegt wurde: ein Schlag auf den Kopf. Denn der hätte nach Ansicht von Gerichtsmedizinern so sanft gar nicht geführt werden können, daß er nicht mindestens einen Abdruck auf der Hirnhaut unter der Stirn verursacht hätte. Ein solcher

„Die menschenwürdigste Art zu sterben“

Die letzten Medikamente des Uwe Barschel

Packungen, Aluminiumfolien und Beipackzettel der Medikamente sind verschwunden. Es fehlen auch die benutzten Gläser. Im Zimmer 317 des Genfer Hotels „Beau-Rivage“ deutet nichts auf die „schwere Medikamentenvergiftung“ hin, an der Uwe Barschel, 43, gestorben ist. Die Todesursache ist, wie in der Gerichtsmedizin üblich, aus der langwierigen, jedoch verläßlichen chemischen Analyse von Mageninhalt, Blut und Urin des Verstorbenen ermittelt worden – und dazu reichen Bruchteile eines tausendstel Gramms.

Vier Arzneistoffe fanden die Genfer Giftkundler in nennenswerter Menge, zwei in winzigen Spuren. Diese beiden Rest-Substanzen wurden als Diazepam (bekanntester Handelsname: „Valium“) und als Nordiazepam, ein beim Abbau der Seelendrogen aus der Valium-Familie entstehendes Stoffwechselprodukt, identifiziert. Beide spielen für den Todeseintritt keine Rolle. Barschel, seit langem ein Dauerkonsument von Psychopharmaka, hatte diese winzigen Reste wahrscheinlich noch vom Flug Gran Canaria–Genf her im Blut.

Die vier anderen Medikamente fanden die Schweizer Toxikologen in höchst unterschiedlicher Konzentration in Mageninhalt, Urin und Blut – Anlaß für die abenteuerliche Mord-Spekulation. „Alle vier sind Oldies“, urteilt Dr.Ulrich Moebius, Herausgeber des unabhängigen „Arznei-telegramm“, „Alt-Trödel. Sie könnten aus dem Arsenal eines Kassenarztes der sechziger Jahre stammen.“

Daß Profi-Killer mit den bejahrten Drogen einen Mord in Szene setzten, erscheint allen Giftkundlern als höchst unwahrscheinlich. Wer sein Opfer mit überdosierten Medikamenten töten will, der verläßt sich nicht darauf, daß der Kandidat brav ein Dutzend Pillen schluckt, sondern spritzt die Medikamente. Das ist Sekundensache und funktioniert notfalls auch auf Distanz.

In Knast-Krankenhäusern, psychiatrischen Kliniken und auf Anästhesie-Abteilungen werden randalierende Patienten durch die Injektion „hochpotenter Neuroleptika“ oder eines Narkosemittels rasch ruhiggestellt. Im Ernstfall spritzen Ärzte und Pfleger Präparate wie „Haloperidol“ und „Ketanest“ auch durch die Hose. Spontanatmung und Reflexe bleiben dabei erhalten, der Patient erstickt nicht. Jede Injektion hinterläßt jedoch eine nachweisbare Einstichstelle.

In Barschels Organismus fanden die Genfer Untersucher drei eher harmlose Substanzen – ihre chemischen Kurzbezeichnungen lauten Pyrithyldion, Diphenhydramin und Perazin – und tödliche Mengen einer Barbitursäure, des Cyclobarbital. Das Schlafmittel hat schon Tausenden von Menschen den Tod gebracht.

Die drei niedrig dosierten Präparate hat Barschel, wie die fortgeschrittene Resorption aus dem Magen und die Anreicherung im Urin beweisen, ein bis zwei Stunden früher eingenommen als die letztlich tödliche Barbitursäure. Alle drei haben „zentral dämpfende und anti-emetische Eigenschaften“ (Moebius): Sie entspannen, machen müde und unterdrücken den Brechreiz.

Selbstmord-Ratgeber Atrott
„Nach unserer Broschüre gehandelt“

Mit der vierten Droge schließlich, dem Cyclobarbital, kommt der Schlaf und, hochdosiert, der Tod. In Uwe Barschels Magen betrug die Konzentration der schweren Schlaftabletten post mortem noch 4000 Milligramm pro Liter – das entspräche 20 Tabletten „Phanodorm“. Dieses Präparat ist seit vielen Jahrzehnten im Handel. Früher, als es noch kein Valium gab, haben seine Produzenten, die Pharma-Riesen Bayer (Leverkusen) und Merck (Darmstadt), damit blendende Geschäfte gemacht. Jetzt kümmert der Umsatz nur noch dahin; viele Apotheken halten die Uralt-Arznei nicht mehr vorrätig. Es gibt auch wenig zu verdienen, zehn Tabletten zu 0,2 Gramm Cyclobarbital kosten nur 4,65 Mark.

Phanodorm ist „farblos, geruchlos, schmeckt bitter und löst sich schwer in Wasser“, erläutern die pharmakologischen Lehrbücher. Das „schlafende Hinübergleiten in den Tod, die menschenwürdigste Art zu sterben“, wie Hans Henning Atrott, der Augsburger Präsident der „Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben“, meint, ist mit Phanodorm allerdings nur zu bewerkstelligen, wenn Vorsichtsmaßnahmen ergriffen werden. Vor allem muß man, wie Atrott in seiner Anleitungsbroschüre rät, dem Erbrechen vorbeugen. Denn Barbiturate in größeren Mengen behält der Magen nur ungern bei sich.

Das hat schon der Chemiker Adolf von Bayer, der dieses Schlafmittel um 1890 als erster synthetisierte, beklagt. Bayer, ansonsten ein lebensfroher Frauenfreund, nannte die neue Schlafsubstanz nach einem verehrten Fräulein Barbara. Die „therapeutische Breite“ der Barbitursäuren ist ziemlich gering – zwischen der wirksamen und der womöglich tödlichen Dosis liegt keine große Kluft. Auch deshalb gelten diese Schlafmittel inzwischen als „obsolet“.

Aus eben diesem Grunde eignen sie sich aber, wie Atrott meint, ganz „außerordentlich für die Selbsterlösung“. Der Diplompolitologe, in dessen Verein sich mittlerweile rund 15 000 Mitglieder gesammelt haben (Jahresbeitrag: 50 Mark), nimmt für sich in Anspruch, daß Uwe Barschels Tod streng nach den Vereinsempfehlungen zum „menschenwüdigen und selbstverantwortlichen Sterben“ erfolgt sei. Atrott: „Er hat nach unserer Broschüre gehandelt“, wahrscheinlich nach der Auflage von 1983. In ihr sind zwei der vier in Barschels Körper festgestellten Substanzen namentlich aufgeführt.

Wann und aus welchen Quellen sich der „zum Freitod entschlossene Mann“ (Atrott) die Medikamente beschafft hat, vermag bisher niemand zu sagen. Pharma-Kritiker Moebius kommt es so vor, als habe „ein alter Kassenarzt in seinen Musterschrank gegriffen“. Kann aber auch sein, daß der norddeutsche Ministerpräsident sich in Dänemark eingedeckt hat – dort gibt es alle vier Oldies noch immer zu kaufen.

Abdruck aber wurde ausweislich des Obduktionsberichts nicht gefunden.

Die Genfer Ermittlungsbehörden reagierten ob der öffentlichen Aufregung um das Barschel-Gutachten wie gehabt: gar nicht. Die Untersuchungsrichterin Claude-Nicole Nardin verließ ihr Amt mit der Bemerkung, es gebe nichts Neues zu sagen, in Richtung Weihnachtsurlaub.

„Daß sich die Genfer Untersuchungsbehörden besonders geschickt verhalten hätten", spottete die „Süddeutsche Zeitung", „kann man ihnen wirklich nicht vorwerfen." Stoff, aus dem die immer wieder neu aufgelegten Legenden um den Tod von Uwe Barschel sind, liefern die Schweizer Ermittler seit Wochen selbst.

Widersprüchliche und unvollständige Informationen, die der Genfer Polizeisprecher Marcel Vaudroz und die Untersuchungsrichterin Nardin verbreiteten, ließen die Vorgänge im Zimmer 317 unnötig geheimnisvoll erscheinen. Das begann schon am Montag nach Barschels Tod.

So wurden die rätselhaften Notizen Barschels über sein angebliches Treffen mit dem Informanten „R.R." erst richtig geheimnisumwittert, als Richterin Nardin behauptete, es gebe sie gar nicht: „Irgendwelche Notizen" seien im Hotelzimmer nicht gefunden worden.

Verwirrung stifteten die Ermittler auch mit der forschen Behauptung, es stehe fest, daß Barschel „nicht unter Medikamenteneinwirkung" gestanden habe, als er starb – eine Erklärung, die sich schon zwei Tage später als haltlos erwies. Anlaß zu Spekulationen gab auch die schier unglaubliche Mitteilung der Polizei, sämtliche Photos der Ermittler vom Tatort seien – wie sich erst im Labor herausgestellt habe – mißlungen.

Was Wunder, daß solche Ungereimtheiten ständig neue Argumente für die

Witwe Freya Barschel
„Neue Berichte bestärken uns"

Polizeisprecher Vaudroz, Richterin Claude-Nicole Nardin: Verwirrung gestiftet

These liefern, in Genf solle ein Mord verschleiert werden. Bestärkt wurden solche Vermutungen noch durch Informationen beispielsweise über angebliche Verstrickungen eines ehemaligen Mitarbeiters der Anwaltskanzlei Barschels in Waffengeschäfte unbekannter Art.

Wo es um Komplotte geht, darf ein Name nicht fehlen: Werner Mauss. Der V-Mann und Versicherungsagent hatte sich tatsächlich am Freitag, dem 9. Oktober, im Genfer Hotel „Le Richemond" einquartiert, gleich neben dem „Beau-Rivage". Er blieb dort bis Sonntagvormittag. Am Sonntagmittag wurde Barschel tot gefunden.

Ein kleiner Gedankenschritt war es dann nur, zu vermuten, Mauss sei der geheimnisvolle Informant und womöglich jener Gesprächspartner gewesen, mit dem sich Barschel nach eigener Darstellung in Genf hatte treffen wollen, um seine Rehabilitierung zu betreiben.

Die Genfer Justiz hat wenig getan, solchen Gerüchten den Boden zu entziehen. Vier Medikamente, erklärte Untersuchungrichterin Nardin, hätten den „tragischen Ausgang" („issue fatale") herbeigeführt: „Dies ist die letzte öffentliche Erklärung", basta – von Selbstmord keine Rede.

Daß Polizeisprecher Vaudroz einmal, nach bohrenden Fragen von Journalisten, erklärte, „Selbstmord" sei „am wahrscheinlichsten", bezeichnete der Mann kurz darauf selber als „Ausrutscher". Im übrigen blieb er dabei: „Ob der Mann Barschel heißt oder nicht, ist vollkommen unerheblich. Dies ist ein ganz normaler Fall."

So normal wohl doch nicht – zu viele Rätsel wirft der Tod in der Badewanne noch immer auf. Eine ganze Reihe offener Fragen wollen oder können die Genfer Ermittler nicht beantworten:

- ▷ Wo ist die Beaujolais-Flasche, die Barschel am Abend vor seinem Tod mit zwei Gläsern aufs Zimmer bestellt und quittiert hat?
- ▷ Wo ist der Inhalt der Flasche geblieben? Im Leichnam fanden die Mediziner keine Spur von Alkohol, die Rotweingläser standen im Badezimmer, ohne Rotweinspuren.
- ▷ Wo sind die Verpackungen jener Medikamente, an denen Barschel starb?
- ▷ Warum war die Hotelzimmertür unverschlossen, draußen das Schild von der roten Seite („Bitte nicht stören") zeitweise auf die grüne Seite gewendet?
- ▷ Warum waren die Zeiger der Armbanduhr am Handgelenk des Toten auf 12.45 Uhr stehengeblieben, wo doch „Stern"-Reporter Sebastian Knauer gegen 12.30 Uhr seine Photos des toten Barschel machte?

Einige dieser Umstände können eine einfache Erklärung haben. Vom Rotwein etwa kann Barschel am Samstagabend getrunken haben: Wenn er – was wahrscheinlich ist – erst am Sonntagvormittag gestorben ist, hatte sein Körper genügend Zeit, den Alkohol vollkommen abzubauen.

Die Flasche kann Barschel beseitigt, Medikamentenschachteln in der Toilette hinuntergespült haben. Tests im Hotel haben ergeben, daß die Spülung stark genug ist. Ebensogut kann er die Medikamente lose in der Jackentasche bei sich getragen haben.

Anderes wiederum scheint schier unerklärlich, etwa die Stellung der Uhrzei-

ger auf 12.45 Uhr. In der Nacht um 0.45 Uhr, als die Zeiger zuletzt diesen Stand erreicht haben können, kann Barschel noch nicht in der Wanne gelegen haben.

Das jedenfalls folgt aus dem Obduktionsbericht. Der stellt an der Haut von Händen und Füßen den „Beginn der Mazeration" fest; das ist das Aufweichen der Haut im Wasser. Hätte Barschel schon in der Nacht im Wasser gelegen, so wäre die Mazeration erheblich weiter fortgeschritten.

Die Umstände, wie auch immer sie erklärt werden können, zwingen jedenfalls nicht zu der Schlußfolgerung, ein Mörder sei im Spiel gewesen. Denn: Wenn jemand einen Mord als Selbstmord tarnen will – warum räumt er dann so treffliche Selbstmordindizien wie die Medikamentenschachteln weg?

Wenn tatsächlich ein Unbekannter bei Barschels Tod anwesend war und ihm tatsächlich die tödlichen Medikamente an zwei auseinanderliegenden Zeitpunkten gegeben beziehungsweise eingeflößt hat, kann das ebensogut jemand gewesen sein, der dem verzweifelten Politiker freundlich gesonnen war, ein Freund oder Verwandter etwa, der Barschel in dessen letzter Stunde zur Hand gegangen ist.

Die sonderbaren Umstände fügen sich allerdings auch in die Theorie, Barschel selber habe mit den von ihm hinterlassenen Notizen über den mysteriösen „Roloff" ebenso wie mit der Rotwein-Bestellung, gezielt falsche Spuren gelegt, um einen Freitod als Mord erscheinen zu lassen – damit der Suizid nicht als Schuldeingeständnis gewertet werden kann und die Versicherungen der Familie keine Schwierigkeiten bereiten.

Sterbehilfe oder Mord, als Mord getarnter Selbstmord oder – auch das ist denkbar – vorgetäuschter Mord*versuch* mit unerwartet tödlichem Ausgang: Die Antwort, so scheint es, halten die neutralen Schweizer für ein Stück bundesdeutscher Innenpolitik, mit der sie nichts zu tun haben wollen.

Keinen Anlaß für weitergehende Folgerungen sieht so auch Oldrich Fryc, einer der drei Gerichtsmediziner, deren Barschel-Gutachten die TV-Spekulationen ausgelöst hat: „Ein Mann wurde tot in seiner Badewanne gefunden. Wir wurden gefragt: Was ist die Todesursache? Und das haben wir gesagt."

Doch auch Fryc fällt auf, daß seine Genfer Auftraggeber ein bemerkenswertes Desinteresse an möglichen Schlußfolgerungen an den Tag legen: „Normalerweise fragt uns der Untersuchungsrichter, was wir denn aus dem Obduktionsergebnis für Schlüsse ziehen."

Normalerweise. Die Untersuchungsrichterin Nardin jedoch, der das Gutachten seit Ende November vorliegt, habe, sagt Fryc, bis heute keine Fragen gestellt.

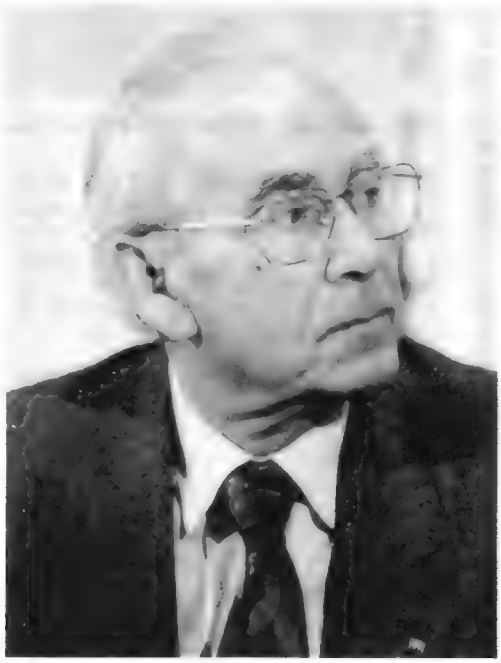
„Kaum mehr zurechnungsfähig"

CDU-Konflikt um die Bewältigung der Barschel-Affäre

Einen Meinungsbeitrag ohne Wenn und Aber druckte das christdemokratische Theorie-Organ „Die politische Meinung" zur Waterkantgate-Affäre. Die Rechtfertigung des SPIEGEL brachte den Chefredakteur in Schwierigkeiten.

Kurz vor seinem Tod empfahl Ludolf Herrmann, konservativer Chefredakteur des Kölner Wirtschaftsmagazins „Capital", einen Nachfolger auf anderem Posten: Die christdemokratische Zweimonatszeitschrift „Die politische Meinung" („PM"), die Herrmann ebenfalls geleitet hatte, wäre beim Kollegen Jürgen Busche von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" in guten Händen.

Der frühere CDU-Generalsekretär Bruno Heck, als Chef der unionsnahen



CDU-Ideologe Heck
„Zuspitzungen und Übertreibungen"

Konrad-Adenauer-Stiftung zuständig für die Herausgabe des Theorieblattes, fühlte sich Herrmanns Vermächtnis vor zwei Jahren verpflichtet. Die „FAZ"-Chefs jedoch sperrten sich dagegen, dem promovierten Althistoriker Busche, 43, den Nebenjob zu erlauben. Erst seit letzten Herbst, als Busche zur sozialliberalen „Hamburger Morgenpost" wechselte, durfte er auch das Heck-Organ leiten.

Nicht mal drei Monate nach seiner Amtsübernahme sah es kurz vor Weihnachten so aus, als sei Busches Wirken beim christdemokratischen Intelligenzblatt (Druckauflage: 7100 Exemplare) schon wieder zu Ende.

Zu einem derzeit vielberedeten Grundsatzthema, der journalistischen Berufsethik, hatte Busche aktuellen Zündstoff in dem Rechtsblatt angehäuft, das zuvor lieber staatstragende Essays, etwa über das „Elend der politischen Kultur", druckte – der linken und libertären, versteht sich. Busche aber ging nun ein Stück politischer Rechtskultur an: die Barschel-Affäre.

Sicherlich hätten ins offiziöse Christdemokraten-Blatt die ursprünglichen Ansichten Busches gut hineingepaßt, der die SPIEGEL-Enthüllungen im September, noch als „FAZ"-Redakteur, in „Vergleich zu den gefälschten Hitler-Tagebüchern" des „Stern" gesetzt hatte. Bei der „Hamburger Morgenpost" jedoch sah er die Barschel-Affäre mit anderen Augen. Nun schalt er die Strategie der Landes-CDU: „Disziplin nach innen, Sturheit nach außen".

Mit den neuen Einsichten über das Treiben des Barschel-Referenten Reiner Pfeiffer machte Busche in der Januar-Ausgabe der „Politischen Meinung" weiter. Dabei kollidierte er mit der zeitweiligen These des CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler, der von einem „lang angelegten Komplott" gesprochen hatte, in das die SPD „hauptamtlich verwickelt" sei. Auch die Tiraden des schleswig-holsteinischen CDU-Vorsitzenden Gerhard Stoltenberg gegen die Berichterstattung der „linken Kampfpresse", voran des „hinlänglich bekannten" SPIEGEL, sind mit Busches Befunden nicht zu vereinbaren.

Die Komplott-Theorie, befand der „PM"-Chef bündig, sei der Wirklichkeit „zu keinem Zeitpunkt" gerecht geworden. Weder die SPIEGEL-Berichterstattung im Ganzen noch die vielgescholtene Titel-Schlagzeile „Barschels schmutzige Tricks" seien zu beanstanden; statt dessen stelle sich die Frage nach „einer Ethik, die bei Urteilen über Journalisten beachtet werden sollte" (siehe nachstehenden Auszug).

Kritik übte Busche nur an der Methode des „Stern", die in Barschels Sterbezimmer gefundenen letzten Notizen über angebliche Begegnungen und Tagesabläufe so darzustellen, als handele es sich um eine selbstrecherchierte Nachrichten-Story. Es sei der Fehler des „Stern" gewesen, „daß man Barschel unbedingt glauben wollte, um die Geschichte des SPIEGEL beschädigen zu können".

Gegen die Beschaffung und Veröffentlichung des Badewannenphotos von dem toten Uwe Barschel hatte Busche jedoch ebenfalls nichts einzuwenden. Der Vor-

Barschel-Kommentator Busche
„Sturheit nach außen"

gang sei durch die Gesamtumstände und „ausweislich des Ergebnisses" zu rechtfertigen.

Busche-Kritiker, an denen es bei der CDU/CSU nicht fehlen wird, mögen einwenden, die von Busche mitgeleitete „Hamburger Morgenpost", eine frühere SPD-Zeitung, erscheine heute im Gruner+Jahr-Verlag, dem auch der „Stern" gehört. Doch schon bei der „FAZ" war der in Westfalen aufgewachsene Busche für seine eigenwilligen Ansichten bekannt.

Sosehr Leitartikler Busche, der sich im „FAZ"-Feuilleton auch mit Philosophie und Fußball befaßte, Unionspolitiker gegen das dauernde Protestgeschrei eines „linken Mobs" in Schutz nahm, sowenig sparte er bisweilen mit Kritik auch an der Union – etwa daran, daß CDU und Kirche „in der Friedenspolitik . . . verschiedene Sprachen" sprächen.

Als der Journalist nun aber den SPIEGEL gegen alle Unionskritik verteidigte, schritt Herausgeber Heck in seinem Theorieblatt ein. „Im Einvernehmen mit unserem Chefredakteur" rückte der Chef der Adenauer-Stiftung in einem Interview die Akzente zurecht: „Mir persönlich wäre dieser Beitrag ohne manche Zuspitzungen und Übertreibungen wirkungsvoller erschienen."

Uwe Barschel, so versuchte Heck seine Partei aus der Schußlinie zu ziehen, dürfte nach seinem Flugzeugunfall und der Zuflucht zu Beruhigungsmitteln „kaum mehr voll zurechnungsfähig gewesen sein". Ob Barschel die Machenschaften gegen den Kieler SPD-Oppositionsführer Björn Engholm gewollt oder ob Pfeiffer sie ihm nahegelegt habe, „vermag ich nicht zu beurteilen".

Der Dissens brachte Busche in Schwierigkeiten. Noch vor dem Andruck der Januar-Ausgabe hatte ein „PM"-Redakteur den früheren kommissarischen Chefredakteur Wolfgang Bergsdorf, Ministerialdirektor im Bundespresseamt, alarmiert, der wiederum Heck über den brisanten Busche-Text informierte.

Bergsdorf hatte sich aus gutem Grund aus der Redaktion zurückgezogen. Er ist im Presseamt für die Zahlung von rund 100 000 Mark zuständig, mit denen das Blatt jährlich aus Regierungsmitteln subventioniert wird. Bei dieser Trennung, meint Busche, müsse es auch bleiben.

Heck sah das anders. Nach einer von ihm einberufenen Redaktionssitzung in Bonn schickte er Busche einen kurzfristigen Auflösungsvertrag nach Hamburg. Der aber hielt das Papier für nicht akzeptabel und wies es zurück.

„Ich fühle mich der CDU seit 30 Jahren herzlich verbunden", beharrt Busche auf seiner Tätigkeit, „und will das auch bleiben."

„Kein Anlaß zu Zweifeln"

Von Jürgen Busche, Chefredakteur „Die politische Meinung"

Über die Ethik des Journalisten wird viel geredet. Man sollte nicht sagen: zuviel. Offenkundig gibt es irgend etwas Wichtiges, was die Journalisten denen, die mit ihnen zu tun haben, nicht genügend verständlich gemacht haben.

Zur Ausgabe des SPIEGEL vom 14. September wird vor allem kritisiert: erstens, daß der Titel „Barschels schmutzige Tricks" von der Aussage im Heft nicht getragen wird. Zweitens, daß die gleichwohl inkriminierende Aussage im Heftinnern lediglich auf dem Zeugnis eines einzigen Mannes beruht, über dessen Werdegang und Persönlichkeit man auch noch zuwenig erfährt. Drittens, daß Schlagzeile und Tenor des Berichts am 12. September, am Vorabend der Landtagswahl in Schleswig-Holstein, öffentlich gemacht worden waren, und dreißig Stunden vor Schließung der Wahllokale im Norden vor allem die elektronischen Medien sich überschlugen, die Sensation unters Volk zu bringen. Das zumal konnte natürlich als störend empfunden werden.

Aber was kann man den Journalisten vorwerfen? Gehen wir die Kritik bis hierher der Reihe nach durch, bevor wir auf Weiteres kommen.

Zum ersten: Das ist eine Frage der Einschätzung. Bei der Titelseite werden Überschriften zu Kommentaren; sie sind es in der ihnen eigentümlichen Verknap-

Zur Zeit die beste Kapitalanlage:

Machen Sie den DM-Computer zu Ihrem Vermögensberater. Er entwickelt Ihnen eine ganz individuelle Strategie für Ihre finanzielle Zukunft. Statt dubiosen Börsentips für Superreiche ein Vermögensbildungsprogramm für Normalverdiener.

DM
Das private Wirtschaftsmagazin

Mit Budget und Vermögensbilanz und vielen Tips für Sie zum reicher werden.

AB 23. DEZEMBER IM ZEITSCHRIFTENHANDEL

pung der Aussage (Information und Hervorhebung des Interessanten der Informanten) auch sonst; hier aber sollen sie es in besonders ansprechender Weise sein.

Gewiß war, daß die vom SPIEGEL-Informanten mitgeteilten Aktionen in jener Staatskanzlei ausgeheckt worden waren, die Ministerpräsident Uwe Barschel geprägt hatte. Gewiß war, daß Barschels Wahlkampfgegner unter Belästigungen der geschilderten Art zu leiden gehabt hatte. Gegen die Verknappung des Sachverhaltes auf der Titelseite ist daher nichts einzuwenden.

Damit ist schon übergeleitet zum zweiten Punkt. Der Vorwurf gegen die Staatskanzlei beruht allein auf Angaben ihres ungetreuen Mitarbeiters, der mit dem Rang seiner Persönlichkeit im dunkeln bleibt, über dessen Motive jedermann mehr als skeptische Überlegungen anstellen kann.

Aber jede Skepsis gegen diesen Mitarbeiter namens Pfeiffer wendet sich auch gegen seinen Arbeitgeber, und der hieß Barschel. Es wurde ja dieser Pfeiffer dem Politiker geradezu freundschaftlich empfohlen und hilfreich überlassen.

Einzelheiten wußte man man damals noch nicht.

Aber das Gegenteil von solchem Wissen wäre: völlige Ahnungslosigkeit, wen man da eingestellt hatte.

Man kann darüber streiten, was man als schlimmer ansieht. Die Theorie jedenfalls, Barschel sei das Opfer eines gegen ihn gerichteten Komplotts, ausgeführt mit dem Werkzeug Pfeiffer, gewesen, hielt der Wirklichkeit der Kieler Affäre zu keinem Zeitpunkt stand – so überhaupt nicht, daß man nicht unterscheiden muß, ob zu Anfang weniger als später.

Ohne befremdliche Absichten Barschels wäre Pfeiffer nie in die Staatskanzlei gelangt. Daß der als Helfer willkommene böse Bube sich zuletzt als unberechenbarer böser Bube entpuppte, macht aus dem Engagementgeber kein Opfer. Der Ministerpräsident hatte Pfeiffer sicherlich nicht in die Staatskanzlei geholt, um ihn ein frommes Missionswerk aufbauen zu lassen.

Der so beschriebene Rahmen für die in Kiel liegende Verantwortung war zum Zeitpunkt der Veröffentlichungen am Tag vor der Landtagswahl – jetzt der dritte Punkt – hinreichend zuverlässig gesichert. An diesem Rahmen hat man auch seither keine Korrekturen vornehmen müssen.

Zweifellos hätte man einzelnes durch Recherche vertiefen können. Aber journalistische Arbeit steht unter dem Druck der knappen Zeit. Nachrichten sind eine verderbliche Ware. Wer mit Nachrichten (und Bewertungen) interessant sein will, muß aktuell sein. Er muß auf dem Höhepunkt des Gesprächs mit seinem Wissen herausrücken können.

Eine Woche nach der Landtagswahl hätten Pfeiffers Erzählungen im SPIEGEL zwar immer noch Aufsehen erregt und Folgen gezeitigt, aber der Höhepunkt des Interesses, den gerade die Wochenschrift aus politischen und ökonomischen Gründen nicht verpassen durfte, war das Wochenende der Wahl. Wer das gerade auch in der Koppelung der Gründe in Abrede stellt, hat das ermöglichende Prinzip einer freien Presse nicht begriffen und ignoriert eine der wichtigen Voraussetzungen demokratischer Öffentlichkeit.

Die Unabhängigkeit der Presse beruht auf jener wirtschaftlichen Sicherung, die durch die Freiwilligkeit des Lesens (und Kaufens) hergestellt wird. Diese Freiwilligkeit garantiert nur der Markt, und darum sind es Gesetze des Marktes, die in die Ethik des Journalistenberufes gehören, soll dieser wirklich frei sein.

Es war allerdings töricht, wenn einige SPIEGEL-Leute bestritten, die Verbreitung der Nachricht dreißig Stunden vor Wahlschluß durch Funk und Fernsehen im Konzept gehabt zu haben. Richtig mag lediglich sein, daß sie dergleichen nicht eigens betrieben haben – nicht in diesem Fall, weil das eben auch sonst unnötig ist.

So berühmt ist der SPIEGEL allemal, daß sich Redakteure aller Medien – den drögen Wochenenddienst vor Augen – auf die druckfrischen Exemplare des SPIEGEL stürzen in der Hoffnung, für ihre Arbeit Honig daraus saugen zu können. Aber sollte das vorwerfbar sein? Der SPIEGEL stellt Hamburger Kollegen immer seine ersten Exemplare am Samstag zu. Alles andere lief von selbst.

Das wußten die SPIEGEL-Leute, und da sie auch wissen, daß sie keine Schülerzeitung produzieren, wußten sie, welche politische Unruhe sie auslösten. Das kann politisch kritisiert werden. Aber mit solcher Kritik – so berechtigt sie sein mag (und in diesem Fall wohl auch ist) – leistet man keinen Beitrag mehr zur Erörterung dessen, was Ethik des Journalisten heißen kann.

Die politisch engagierte Wochenschrift hat eine Karte spektakulär ausgespielt. Ob sie kurzfristig damit einen Stich machte – also das Wahlergebnis in Richtung auf ihr Wunschergebnis beeinflußte –, kann nicht ganz geklärt werden. Aber wer diesen Zusammenhang poin-

Ehrenwort-Pressekonferenz mit Barschel (2. v. r.)*: „Es gab kein Halten mehr"

tiert und deshalb dem SPIEGEL schmutzige Tricks vorwirft, urteilt politisch, versucht einen legitimen Gegenzug.

Zwei weitere Vorwürfe gegen den SPIEGEL gehören auf eine andere Ebene: erstens der Vorwurf, man habe Barschel vor der Publikation keine Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben; zweitens, der Verlag habe Geld an Pfeiffer gezahlt. Dazu ist zu sagen: Die zuständigen SPIEGEL-Leute versichern, sie hätten Barschel über seinen Pressesprecher Ahrendsen um Stellungnahme gebeten, und zwar so, daß zu erkennen gewesen sei, um was es gegangen sei und welche Dimension das gehabt habe. Barschel und Ahrendsen bestreiten dies.

Da stehen zumindest Aussagen gegen Aussagen. Unterdessen aber haben sich einige rechtfertigende Äußerungen aus der Staatskanzlei, milde formuliert, als irrig erwiesen, darunter auch solche von

* Am 18. September 1987 in Kiel.

SPIEGEL-Titel 38, 39, 42/1987: „Dagegen ist nichts einzuwenden"

Barschel und Ahrendsen – von den beiden gar in konkurrierendem Verhältnis. Es gibt daher kaum Anlaß, die Worte der SPIEGEL-Redakteure hier anzuzweifeln. Es gibt auch eine Ethik, die bei Urteilen über Journalisten beachtet werden sollte.

Ob Pfeiffer vom SPIEGEL Vergünstigungen wegen seiner Aussagen erhalten oder versprochen bekommen hat, ist unerheblich. Viele angesehene Politiker wollen erst einmal Geld sehen, bevor sie gegenüber Zeitungen den Mund aufmachen. In einer Welt, in der zudem Abhängigkeiten durch Herstellung materieller Abhängigkeit geschaffen und ausgenutzt werden, kann die Durchbrechung solcher Abhängigkeit durch Bereitstellung materieller Hilfen sittlich nicht anstößig sein. Mißbrauch müßte für den konkreten Fall nachgewiesen werden.

Insgesamt kann das Verhalten des SPIEGEL gerecht nur beurteilt werden, wenn man zu alledem noch die Erfahrungen einbezieht, die SPIEGEL-Reporter mit Barschel gemacht hatten.

Gute Reporter pflegen wichtige Politiker über lange Zeit hinweg im Auge zu behalten. Darunter muß man verstehen, daß sie immer wieder Gelegenheiten nutzen, „ihren" Mann auf Pressereisen zu begleiten, wo sie ihm 16 bis 18 Stunden am Tag, und das wochenlang, nicht von der Seite weichen.

Da gibt es unzählige Gespräche: Mal ist der Politiker müde, mal euphorisch, mal gereizt, mal abgelenkt. Noch häufiger beobachtet der Reporter den Politiker bei Gesprächen mit anderen: Zu den unterschiedlichen Stimmungslagen kommen dann noch die unterschiedlichen Partner, die den Politiker immer anders herausfordern.

Auch der Umgang mit den Mitarbeitern, mit Freunden bleibt dem Reporter nicht verborgen. Barschel war für exzellente SPIEGEL-Reporter seit vielen Jahren schon kein unbeschriebenes Blatt. Sie wußten, wie sie ihn einzuschätzen hatten und welche Geschichten über ihn prinzipiell glaubhaft waren.

Und als hervorragende – ebenso sensible wie zur eigenen Verunsicherung bereite – Reporter suchten sie stets Gelegenheit, sich mit anderen, auch mit politisch Andersdenkenden, über Barschel auszutauschen: für jede Irritation dankbar. Gerade dieses ist eine Eigenschaft, die den Reporter vom Leitartikler unterscheidet . . .

Die SPIEGEL-Leute konnten also in die Aussagen Pfeiffers einen Menschen stellen, den sie so gut kannten, wie das außerhalb der engsten Intimsphäre möglich ist. In den Tagen nach der Veröffentlichung begründeten abwartende Journalisten ihre Zweifel an dem Wahrheitsgehalt der Beschuldigungen mit Hinweisen auf die Intelligenz Barschels, nicht mit seiner Moral.

Dies muß ja in der CDU-Fraktion Schleswig-Holsteins ähnlich gesehen worden sein. Die ersten Solidaritätsbekundungen für Barschel folgten der strikten Einrede des Ministerpräsidenten. Als sich aber das früheste Zipfelchen eines Faktums zeigte, das geeignet war, die intellektuelle Kraft der Einrede als hohl zu erweisen, fühlte sich die Fraktion mit ihrer Solidaritätsbereitschaft hintergangen und ausgenutzt. Das gipfelt in dem Reden über eine Mandatsrückgabe des schon zurückgetretenen Ministerpräsidenten.

Es sind dabei zwei Aspekte, die deutlich hervortreten lassen, daß die CDU-Führung Barschel moralisch nicht traute. Zum einen genügte der erste Hinweis, um sich spektakulär von Barschel zu distanzieren. Bei manch anderem hätte man wohl abgewartet, was daraus wird. Zum zweiten gab es kein Halten mehr, als man den Hinweis hatte. Es konnte hernach so scheinen, als habe man darauf gewartet.

Die Kieler CDU, darf man sicherlich sagen, nahm flink das Zeugnis unsolidarischen Verhaltens von Barschel entgegen, um erleichtert sich aus ihrer Solidaritätspflicht zu entlassen. Eben das – unabhängig davon, was Barschel vorzuwerfen war – hat die Partei im Land empört. Erst war man ins Desaster geraten, weil Minister und Abgeordnete gegenüber Barschel zu feige kuschten. Und dann, als anderes opportun schien, verwandelte sich der Hofstaat in ein Tribunal, das den Abwesenden verurteilte – ein schmähliches Bild. Aber es gehört nicht zum Thema Ethik des Journalisten. ◆

Ganz scharf. Die Hitliste der Super-Kameras.

Machen Sie sich ein Bild vom Markt der Foto-Kameras. Diese Übersicht der Superlative kann der Auslöser für Sie sein, Ihre neue Kamera zu finden. Auch Amateure haben mit der neuen Technik ein fast hundertprozentiges Erfolgserlebnis. Von der preiswertesten Kamera über die kleinste Kompaktkamera bis zur High-Tech-Spiegelreflex mit Autofocus setzt DM Sie über alle ins Bild.

DM
Das private Wirtschaftsmagazin

AB 23. DEZEMBER IM ZEITSCHRIFTENHANDEL

Nichts tabu

Porsche steckt in einer Absatz- und Führungskrise. Andere Hersteller zeigen Interesse, die Firma zu kaufen.

Techniker und Ingenieure in Porsches Entwicklungszentrum Weissach waren bislang besonders stolz auf ihren Job. Ihr Ruf ist so gut, daß fast alle Autofirmen von Daimler-Benz bis Rolls-Royce die Entwickler in Weissach um Hilfe bitten.

Zur Zeit sind solche Fremdaufträge den Porsche-Leuten sogar lieber als Arbeit für die eigene Firma: Wer für andere tätig ist, so hoffen sie, kann so bald nicht entlassen werden.

Porsche will die Vier-Zylinder-Reihe zusammenstreichen. Die wenig erfolgreichen Modelle 924, 944, 944 S und 944 Turbo, die derzeit bei Audi im Lohnauftrag gefertigt werden, sollen auf ein Basismodell reduziert werden. Und das will Porsche selbst herstellen.

Bei Audi in Neckarsulm sind damit 1500 Arbeitsplätze bedroht. Und auch bei Porsche müssen, wenn die Absatzflaute anhält, Stellen gestrichen werden.

Die Produktion der Porsche-Wagen bei Audi wird schon seit über einem Jahr gedrosselt. In den Glanzzeiten der Vier-Zylinder-Reihe wurden mehr als 140 Porsche am Tag gefertigt, bald werden es nur noch 72 sein. Ein Zwei-Schichten-Betrieb, Voraussetzung für eine einigermaßen rentable Fertigung, kann dann kaum noch aufrechterhalten werden.

Zugleich hat Porsche in Zuffenhausen freie Kapazitäten. In diesem Jahr nimmt das neue Karosserie-Werk die Arbeit auf, in dem die Modelle 928 und 911 gebaut werden sollten. Da aber auch deren Absatz stark zurückgeht, kann die neue Halle nur mit der Produktion eines weiteren Typs ausgelastet werden.

Aufsichtsratschef Ferry Porsche: „Angebote aus der ganzen Welt"

Wie im Entwicklungszentrum Weissach, so geht auch im Werk Stuttgart-Zuffenhausen bei Porsche-Beschäftigten die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes um. Der neue Vorstand unter der Führung des Finanzmannes Heinz Branitzki steht vor Problemen, die nur mit drastischen Schritten zu lösen sind.

Der Dollar-Verfall, der Absatzeinbruch in den USA (minus 30 Prozent in den letzten Monaten) und in der Bundesrepublik machen dem Sportwagenhersteller zu schaffen. Nachdem Unternehmenschef Peter W. Schutz vorzeitig seinen Posten aufgeben mußte, ist bei Porsche – so ein Manager – „nichts mehr tabu". Innerhalb eines Jahres muß die Produktion um 10 000 Wagen zurückgenommen werden, die ganze Modellpolitik wird in Frage gestellt.

Drei Unternehmensberater sollen Forschung, Kostenrechnung und Marketing bei Porsche durchleuchten. Der neue Firmenchef selbst hat bereits ein Sparprogramm ins Auge gefaßt.

Die Verlagerung der Vier-Zylinder-Produktion ins eigene Werk reicht aber nicht aus. Branitzki und seine Vorstandsrunde müssen auch entscheiden, mit welchen Modellen die Stuttgarter bei künftig stark reduzierten Absatzzahlen weiterbestehen können.

Bislang entsprang die Modellpolitik eher dem Zufall. Es wurden neue Wagen entwickelt, die den Motor mal vorne, mal hinten hatten, mal luft- und mal wassergekühlt waren. Eine rationelle Produktion war so unmöglich. Diese Schwäche ließ sich nur verbergen, solange bei günstigem Dollar-Kurs in den USA hervorragend verdient wurde und sportliche Limousinen der Massenhersteller oder japanische Sportwagen nicht in Sicht waren.

Aufsichtsratschef Ferry Porsche, 78, greift nun, da er sein Lebenswerk gefährdet sieht, wieder stärker ein. Verbittert ist er unter anderem über den Entwicklungschef Helmuth Bott. Das Erfolgsmodell 911, kritisiert er, sei „eine Zeitlang vernachlässigt worden". Künftig dürfe es „nicht mehr so lange dauern, bis geplante Modellerneuerungen produktionsreif sind". Ein Nachfolger für den 911 aber kommt frühestens in einem Jahr und wird wesentlich teurer als das jetzige Modell.

Doch nicht nur die Versäumnisse in der Modellpolitik – das jüngste Modell ist elf Jahre alt – machen Porsche zu schaffen. Bei schrumpfendem Umsatz muß Branitzki auch den Vertrieb neu organisieren. In Deutschland soll die Zahl der Händler auf etwa die Hälfte reduziert werden. In den USA muß Porsche einen Vertriebspartner suchen, weil die eigenen Händler von den wenigen Wagen, die sie noch loswerden, nicht leben können.

Ob Schutz-Nachfolger Branitzki der richtige Mann ist, diese drängenden Aufgaben zu lösen, ist keineswegs sicher. Er ist zwar ein allseits gelobter Finanzmann, aber nicht mehr der ehrgeizigste: Zwölf Jahre mußte er als stellvertretender Vorsitzender arbeiten, bis er nun Chef wurde. Vor gut einem Jahr schon wollte Branitzki, nach einem Krach mit Schutz, zurücktreten.

Den Vorstand hat Branitzki bislang nicht auf klaren Kurs bringen können. So hat sich die Porsche-Führung kürzlich länger damit beschäftigt, ob es nicht zweckmäßig sei, die Zahl der Desserts – derzeit 16 – in der Firmenkantine zu reduzieren.

Ferry Porsche ist sich offenbar über die Lage im klaren. Wie beim Schach, so der Firmensenior, gebe es im Unternehmen Figuren, „die bestimmte Möglichkeiten eröffnen, aber auch Nachteile haben". Er suche „die Dame, die weitgehend alles kann".

Das kann dauern. Inzwischen fragen sich auch Porsche-Manager, ob der kleinste deutsche Autohersteller bei der reduzierten Produktion überhaupt noch als selbständige Firma weiterbestehen kann. Schutz, unter dem das Unternehmen den Absatz fast verdoppelte, hatte sein Expansionsprogramm stets damit begründet, daß Porsche rund 50 000 Wagen herstellen müsse, um allein arbeiten zu können. Branchenkenner rechnen damit, daß die Stuttgarter bald nur noch gut 30 000 Wagen loswerden.

Interessenten, die das kränkelnde, aber hochangesehene Unternehmen kaufen könnten, sind reichlich vorhanden. Fiat hat bereits vorgefühlt, auch Ford wäre zu einer Übernahme von Porsche bereit.

Ferry Porsche will bereits „Angebote aus der ganzen Welt" erhalten haben. Doch soviel ist in Zuffenhausen schon klar: Wenn verkauft wird, dann weder an Fiat noch an Ford – Porsche soll deutsch bleiben.

Gericht im Prozeß gegen Helmut Vogel*: Die Anklageschrift schien ein stabiles Papier, die Überführung unproblematisch

„Dann lassen wir einen Bagger kommen . . .“

Gerhard Mauz zum Freispruch Helmut Vogels von der Anklage dreifachen Mordes in Fulda

Die Neigung zu Fußschweiß wird von den Betroffenen aus naheliegenden Gründen als ärgerlich empfunden. Der Schreiner Helmut Vogel, 25, hat das Glück, Schweißfüße zu haben. Denn seine Füße ruinierten ein schwerwiegendes Indiz der Anklage, unter der er seit dem 22. April 1986 (!) vor der Schwurgerichtskammer des Landgerichts Fulda stand. Sie lautete auf dreifachen Mord.

Jetzt ist Helmut Vogel freigesprochen worden. Seit dem 5. März 1985 hat er sich in U-Haft befunden. Das Urteil wurde vom Publikum, das den Saal überfüllte, empört aufgenommen. Die Mehrheit der Mitbürger steht auf dem Standpunkt, daß es besser ist, einmal zuviel als einmal zuwenig zu verurteilen. War das Urteil falsch, so kann man es immer noch der Strafjustiz um die Ohren schlagen. Die Justiz soll unabhängig sein, aber doch, bitte, nicht völlig unbeeindruckt vom Volksempfinden, das schließlich ein sicheres Gefühl dafür hat, wer der Täter war.

In Frankfurt hat dieser Tage ein besonnenes Gericht, das in einem Totschlagsprozeß mit schwierigster Beweislage freisprach, in der Begründung, der „Frankfurter Rundschau“ zufolge, erklärt, „daß die Kammer während ihrer Beratungen die Befürchtung nicht aus dem Wege habe räumen können, mit einer Verurteilung der Geschichte des Strafprozesses ein weiteres Fehlurteil hinzuzufügen“. Die Furcht vor einem Fehlurteil ist eine gesunde Furcht, diese Furcht hat den Strafgerichten in den Knochen zu sitzen. Man muß ihnen Mut zu dieser Furcht machen.

In der Nacht auf den 16. Februar 1985 wurden in Grebenhain-Volkartshain, einer Ortschaft südlich von Alsfeld und westlich von Fulda, drei Frauen der Familie Winter durch Knüppelhiebe und Messerstiche getötet: Auguste Winter, 77, die Großmutter; Marie Winter, 46, die Mutter; ihr jüngstes Kind, die 11jährige Annette (SPIEGEL 14/1987). Die Leichen waren entsetzlich zugerichtet, das Haus der Winters schwamm in Blut.

Die Ermittlungen führten am 5. März 1985 in der Frühe gegen 6.30 Uhr zur Festnahme Helmut Vogels, des Verlobten der Winter-Tochter Hannelore. Die Anklageschrift vom 30. Oktober 1985 schien ein stabiles Papier zu sein. Am 10. Dezember 1985 ließ die Schwurgerichtskammer die Anklage zu und eröffnete das Hauptverfahren.

In den Blutspuren seien 39 Fasern gefunden worden, Fasern, wie sie auch in fast allen Schuhen Helmut Vogels festgestellt werden konnten:

> Schließlich wurden die im Tathaus vorgefundenen blutigen Fußabdrücke mit Abdrücken der Füße des Angeschuldigten verglichen. Hierbei stellte der Gutachter Prof. Dr. med. Joachim Eichler, Leiter der Orthopädischen Klinik in Wiesbaden, eine Übereinstimmung für den rechten Fuß von 94 % und für den linken Fuß von 85 % fest.

Auch hatte der Sachverständige, außer den Fußabdrücken auf Strümpfen, am rechten Fuß von Helmut Vogel „eine personenspezifische charakteristische linsenförmige Schwielenbildung an der Innenseite der rechten Ferse sowie an der Außenseite des Großzehengelenks“ festgestellt. Diese „personenspezifischen Charakteristika“ habe auch die am Tatort gesicherte Fußspur vom rechten Fuß aufgewiesen.

Diese – und andere, hier nicht angeführte – Indizien machten die Anklageschrift in der Tat zu einem Papier, nach dem die Überführung und Verurteilung Helmut Vogels völlig unproblematisch schien. Und vor allem war da auch noch das, was Helmut Vogel am Tag seiner Festnahme „eingeräumt“ hatte. Die Anklageschrift muß hier noch einmal ausführlich zitiert werden. Heute ist sie ein Trümmerhaufen. Vor der Hauptverhandlung erschien sie in ihrer Kompaktheit als ein unüberwindlicher Wall.

> In seiner Vernehmung vom 5. März 1985 hat der Angeschuldigte dann eingeräumt, daß er in der Tatnacht in Volkartshain gewesen sei. Er sei nach dem Feuerwehrfest nach Häuse gegangen, habe sich kurz auf das Bett gelegt und begonnen, eine Zigarette zu rauchen; dann habe er den Entschluß gefaßt, noch einmal mit dem Pkw seiner Schwester wegzufahren.
>
> Er sei mit dem Pkw losgefahren, Richtung Fischborn, über Reichenbach, Radmühl und dann zur Bundesstraße in Richtung Hartmannshain und schließlich nach Volkartshain. Dort habe er den Pkw etwa 500 Meter vor dem Ort in einem Seitenweg

* Schöffe Anton Kollinger, Richterin Birgit Lange-Klepsch, Vorsitzender Richter Klaus Bormuth, Vorsitzender Richter Martin Geffert (während des Prozesses zum Vorsitzenden Richter ernannt), Schöffin Anni Hofmann.

abgestellt. Er sei zu Fuß in den Ort hineingegangen und habe noch Licht im Dorfgemeinschaftshaus gesehen. Er sei zu dem Anwesen seiner Schwiegermutter gegangen und durch die nicht verschlossene Eingangstür eingetreten. Im Flur habe er am Telefontisch einen abgebrochenen Schippenstiehl stehen sehen. Er habe sich in das Wohnzimmer gesetzt. Dabei habe er auch das Licht im Wohnzimmer angemacht. Er habe dann plötzlich Stimmen gehört, und danach könne er sich an nichts mehr erinnern. Es sei plötzlich alles wieder ruhig gewesen und er habe vor dem Haus unter einer Laterne gestanden. Er sei schließlich mit dem Pkw zurück nach Mauswinkel gefahren. Den Plattfuß am Pkw seiner Schwester habe er erst am nächsten Morgen, nachdem er aufgestanden war, bemerkt . . .

Im Haftprüfungstermin am 9. Mai 1985 hat der Angeschuldigte dann diese Einlassung widerrufen und erklärt, daß er in der Tatnacht nicht in Volkartshain gewesen sei und daß seine ganzen Angaben zuvor erfunden gewesen seien. Er habe diese Angaben nur gemacht, um aus dem Polizeigewahrsam zu gelangen.

Freigesprochener Vogel (M.), Verteidiger*: Partner des Gerichts

Die Familie Winter löste Anfang 1985 die Landwirtschaft auf, die sie nach dem Tod des Vaters im Vorjahr nicht fortführen konnte. Gerade war, wie man im Verwandten- und Bekanntenkreis wußte, ein Trecker verkauft worden. Im Haus befanden sich in der Tatnacht mindestens 20 295 Mark. Helmut Vogel, der sich auf einem Grundstück, das ihm seine Eltern geschenkt hatten, ein Haus baute (das er mit seiner Verlobten schon bewohnte), benötigte noch 20 000 Mark. Der Täter hatte am Tatort vergebens Geld gesucht. Die Anklageschrift enthielt alles, auch das Motiv.

Hannelore Winter, von Helmut Vogels Unschuld überzeugt, hatte sich um einen Verteidiger bemüht. Sie sprach mit einer Freundin, der Helmut Vogel mehr als einen Blumenstrauß schuldet. Die sagte nämlich, daß man für eine so schreckliche Geschichte jemand aus Frankfurt holen müsse. Und die empfahl den heute 38 Jahre alten Rechtsanwalt Dr. Jürgen Fischer, der sie einmal in einer Bagatellsache vertreten hatte. Fischer wiederum hatte seinen ersten glänzenden Einfall in dieser Strafsache: Er erkannte, daß sie für einen Verteidiger allein zu groß war. Er bat den inzwischen 39 Jahre alten Rechtsanwalt Dr. Sebastian Cobler, gleichfalls Frankfurt, um seine Mitwirkung.

Die beiden Rechtsanwälte waren, als sie das Mandat Vogel übernahmen, als Strafverteidiger durchaus schon bekannt. Cobler hatte sich obendrein einen Namen als brillanter journalistisch-juristischer Autor gemacht (von 1981 bis 1985 erschienen vier Beiträge von ihm im SPIEGEL). Heute darf man die Rechtsanwälte Fischer und Cobler nicht mehr „hochbegabt" nennen, wie das zuletzt geschah. Sie sind jetzt, ein jeder für sich, Strafverteidiger ersten Ranges – und miteinander haben sie die Sache Helmut Vogels meisterhaft vertreten. Fischer wie Cobler betonen, daß ihnen ihre Leistung nicht ohne den Vorsitzenden Richter Klaus Bormuth, 53, möglich gewesen wäre. Das bedarf der Erläuterung, damit der Richter nicht in den Verdacht gerät, er habe die Verteidiger an zu langer Leine gewähren lassen.

Strafverteidigung ist für Gerichte lästig und eine Zumutung, wenn sie auf Plattfüßen verübt wird und mit schneidendem und grollendem Toben. Dergleichen findet leider nicht ganz selten statt. (Der polnische Aphoristiker Boguslaw Wojnar, 1927 bis 1962, hat einmal notiert: „Manchmal fällen die Gerichte im Verhältnis zur Schuld der Verteidiger unvergleichlich niedrige Urteile"). Daraus resultiert bei Vorsitzenden Richtern leicht ein Unbehagen an der Strafverteidigung schlechthin, das sie alle Strafverteidiger über einen Kamm scheren läßt.

Herausragende Vorsitzende Richter gleichen die Mängel der Verteidigung durch besondere Mühe um die Sache des Angeklagten aus. Und sie bleiben offen für den Augenblick, in dem vor ihnen wirklich verteidigt wird: Sie nehmen diese Verteidigung ernst, sie lassen sich dadurch nicht irritieren, daß unendlich mehr Zeit gebraucht wird, als vorgesehen war. Sie sagen sich, daß eine Verteidigung derartiger Qualität nicht Theater macht, sondern etwas vorbringt, was sie aus schwerwiegenden, zu prüfenden Gründen für bedeutsam hält.

Der Vorsitzende Richter Bormuth in seiner souveränen, unbefangenen Art sah in den Verteidigern Fischer und Cobler Partner in der Bemühung, aufzuklären, was aufzuklären war. Er ist deutlich geworden, wenn die Verteidiger zu weit gingen – aber er mußte nur leise deutlich werden. Intelligente Menschen spüren, daß sie zu weit gehen, während es ihnen passiert. Die Zusammenarbeit von Gericht und Verteidigung hat uns in Sachen Vogel ein Fehlurteil erspart (und daß diese Zusammenarbeit dem Vorsitzenden Richter auch einiges innerhalb des Gerichts abverlangt hat, ist nicht zu übersehen gewesen).

Der Autor Cobler räumt ein, daß er derzeit mit sich ringt, den Rechtsanwalt Cobler für eine Weile aus dem Verkehr zu ziehen. Entschlösse er sich dazu, ein Buch über den Fall Vogel zu schreiben – es wäre das sehr wichtig. Denn dieser Fall ist ein Lehrstück für alle, die in und mit Strafverfahren zu tun haben. In der Hoffnung auf dieses Buch, aber auch, weil sich 80 Tage Hauptverhandlung (die Kurztermine eingeschlossen) nicht auf drei Seiten erzählen lassen, kann hier nur das Ergebnis referiert werden.

Das Motiv: Helmut Vogel stand finanziell nicht unter Druck. Er hatte auch nicht das Bedürfnis, sein Haus um jeden Preis fertigzustellen. Wo Bargeld im Haus Winter versteckt wurde, war ihm bekannt. Nicht nur Hannelore Winter, auch alle anderen Mitglieder der Familie, die als Zeugen gehört wurden, haben ausgesagt, daß sie sich Helmut Vogel nicht als Täter vorstellen können. Es habe auch keine Spannungen zwischen ihm und Mitgliedern der Familie gegeben, die ihn als Täter denkbar machen.

Die von Helmut Vogel eingeräumte, dann aber widerrufene Anwesenheit im Haus Winter: Der Psychologe Dr. Herbert Maisch, Hamburg, befaßte sich auf einen Antrag der Verteidigung hin, dem das Gericht schon vor der Hauptverhandlung entsprochen hatte, mit den Vernehmungen Helmut Vogels am 5. März 1985. Maischs Ausführungen waren von großer Bedeutung für den Freispruch, weil sie dem Gericht nichts aufdrängten, sondern ihm ein Material vorlegten, das zur Auseinandersetzung zwang.

* Anwälte Fischer, Cobler.

Die Kripo hat Helmut Vogel am 5. März 1985 in einer Weise zugesetzt, die schwer zu fassen ist. Mehr als um sich selbst machte sich Helmut Vogel um seine alten, kranken Eltern Sorgen. Das ist gegen ihn benutzt worden. Nur dadurch, daß er aussage, daß er wenigstens einräume, am Tatort gewesen zu sein in der Tatnacht, könne er verhindern, daß man das Haus der Eltern durchsuche, es auf den Kopf stelle. Da werde kein Stein auf dem anderen bleiben. „Wenn es sein muß . . . dann lassen wir eben einen Bagger kommen."

Nicht hinsichtlich aller Äußerungen Helmut Vogels an diesem Tag, aber für die ersten sieben Stunden seiner Befragung, für das Fundament seiner Einlassung also, hat das Gericht auf Antrag der Verteidigung die Verwertung dieser Aussagen für unzulässig erklärt. Es stellte eine unzulässige Drohung fest. Höhepunkt der Befragung jedoch an jenem Tag, in der Anklageschrift im Hintergrund verschwunden, nun aber in den Mittelpunkt gerückt, war, daß Helmut Vogel mit der Behauptung konfrontiert wurde, es seien Fußspuren von ihm gefunden worden. Helmut Vogels Antwort, „dann müsse er wohl in der Wohnung gewesen sein", wurde nicht kritisch aufgenommen. Das war schlimm . . .

Denn die Fußspuren wurden für die Anklage zu einer Katastrophe: Die Verteidigung hat den Sachverständigen Professor Eichler erfolgreich wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt. Im Beschluß des Gerichts hieß es unter anderem, beim Angeklagten habe der Eindruck entstehen können, „der Sachverständige sei bestrebt, ihn notfalls auch mit unzureichenden Mitteln – nämlich mit kaum auswertbaren Fußspuren, bei denen er sich noch von Dritten, möglicherweise sogar von den Ermittlungsbehörden zeigen lassen müsse, was nun blutige Fußspur und was Linoleummuster ist – zu überführen, und er setze dabei ohne Skrupel auch unzulässige Mittel ein – nämlich eine von ihm selbst für unzulässig gehaltene Statistik –, um das Gericht im Sinne seines Ergebnisses zu beeinflussen".

Ärger geht es nimmer. Das Fiasko der Orthopädie setzte sich in weiteren Sachverständigen fort. Die angeblich gesicherten Fußspuren, die man Helmut Vogel am 5. März 1985 so wirkungsvoll vorgehalten hatte – lösten sich spurlos auf. Auch die Faserspuren entschwanden wie Martha in Flotows Oper. Die Beamten, die zuerst am Tatort waren, fielen nicht angesichts der grauenvollen Szene, die sie vorfanden, in einen Totstellreflex, sie gerieten nunmehr in einen Bewegungssturm.

Sie marschierten auf Strümpfen (Motto: Strumpfabdrücke zu Strumpfabdrükken) durch das Haus (ohne das im Protokoll zu vermerken), und sie leisteten sich Aktivitäten wie das Photographieren, die Zeit gehabt hätten, bis die Spurensicherung des Landeskriminalamts erschien. Die kam dann auch. Sie vollendete das Verwirrungs- und Zerstörungswerk auf Stiefeln . . .

Zum Todeszeitpunkt wurde der Rechtsmediziner Professor Dr. Reinhard Hilgermann, Marburg, gehört. Rückblickend wünscht man ihm, die Verteidigung hätte mit ihrer gegen ihn gerichteten Ablehnung Erfolg gehabt.

So widerfuhr ihm eine Vernichtung seiner Befunde durch Professor Balduin Forster, Freiburg, den Senior der Rechtsmediziner, einen Mann auf dem Höhepunkt seiner Wissenschaft. Hilgermann hat im übrigen auf Helmut Vogels Befragung am 5. März 1985 einen verheerenden Einfluß gehabt. Telephonisch gefragt, ob die von ihm angenommene Tatzeit sich verschieben lasse (sie paßte nicht in den Verdacht gegen Vogel), hielt er das für möglich.

Hilgermann ist es auch gewesen, der an Helmut Vogel eine Benzidinprobe vornahm und zu einem positiven Ergebnis kam, also Blut feststellte. Professor Forster bereinigte auch dies, denn, wie erwähnt, Helmut Vogel leidet an „unheimlich starken Schweißfüßen". An denen brachen immer wieder, trotz aller Pflege, Stellen auf und bluteten. Und auch bei Sekreten vom Fuß (wie Schweiß) kann es zu positiven Benzidin-Reaktionen kommen.

Anklagevertreter Matzke
Antrag auf Lebenslang in 42 Minuten

Professor Eichler, noch einmal, doch nur als Zeuge gehört, leistete einen letzten Beitrag zur Vernichtung seines Faches in dieser Strafsache, den der Vorsitzende Richter Bormuth in der mündlichen Urteilsbegründung als „denkwürdig genug" empfand. Eichler ließ einfließen, daß sich Schwielen, wie die von ihm festgestellten, leicht in das darunterliegende Gewebe wegdrücken lassen. Die Konstruktion der Anklage, Helmut Vogel habe den Pkw seiner Schwester erst nach der Tat durch einen Nagel platt gemacht, der Wagen sei vor der Tat noch zu benutzen gewesen und auch von ihr benutzt worden, hatte zuletzt der von der Verteidigung mit Hilfe des ADAC entdeckte Sachverständige Professor Dr.-Ing. Norbert Seitz zerstört.

Die Anklage hat in der Hauptverhandlung eine unglückliche Rolle gespielt. Oberstaatsanwalt Rudolf Ferdinand Matzke, 59, vertrat sie nicht von Anfang an. Er zog erst ein, als Staatsanwalt Lothar Wilbers ausgeschieden war, um fortan als Richter zu wirken. Man mag dem Ankläger Matzke nicht gram sein, er ist ein Haudegen, ein Leitfossil, das tief in die Historie der Strafverfolgungsbehörde zurückführt. In 42 Minuten hatte er seinen Antrag auf Lebenslang begründet. Für ihn hatte die Hauptverhandlung nichts Neues außer einer dreisten Verteidigung erbracht, die in ihre Schranken zu weisen das Gericht versäumt habe.

Immerhin, die Staatsanwaltschaft hat auf die Revision verzichtet. Das Urteil ist rechtskräftig. Die sofortige Beschwerde der Verteidigung gegen die Kürzung der Entschädigung Helmut Vogels wird das Oberlandesgericht zu verhandeln haben. Es sollte sich noch einmal mit dem befassen, was Helmut Vogel „einräumte", und wie es zustande kam, daß er „einräumte". Helmut Vogel wird es schwer haben. Sein Haus bindet ihn an Birstein-Mauswinkel. Seine Verbindung mit Hannelore Winter hat sich während der U-Haft gelöst (ohne daß dies etwas damit zu tun hat, daß sie nicht mehr von seiner Unschuld überzeugt ist).

Helmut Vogel hat einmal zu dem Sachverständigen Maisch gesagt, er vertraue trotz allem auf die Justiz. Es ehrt die Strafjustiz, daß sie einer fast beispiellosen Anstrengung, in Respekt vor einer ausgezeichneten Verteidigung und in zäher, zeitraubender Auseinandersetzung mit den Sachverständigen zu diesem Freispruch gekommen ist. Ungesühnt seien drei Morde geblieben, hieß es. Doch es ist wohl besser, daß Schreckliches ungesühnt bleibt (was ist schon die Sühne, auf die wir erkennen), als daß wir ohne zwingende Beweise verurteilen. Vielleicht wird diese Tat doch noch einmal aufgeklärt. Die Ermittlungen haben sich 1985 allzu rasch auf Helmut Vogel fixiert; auf einen jungen Mann, bei dem man Spuren noch und noch, selbst noch nach Tagen hätte finden müssen, wäre er der Täter gewesen, der das Blutbad angerichtet hat. ◆

Giftiges Feuerle

Private Kaminfeuer, Zierde deutscher Wohnstuben, verpesten zunehmend die Luft.

Hubert Patzke, 71, Rentner aus Bremerhaven, mag nicht mehr in seinen Garten gehen: „Da stinkt's zu doll."

Der Qualm aus den Schornsteinen der Nachbarhäuser legt sich ihm auf die Bronchien, „ganz schlimm", befand sein Hausarzt nach gründlichem Abhorchen. Auch Patzkes Ehefrau war deswegen schon in Behandlung.

Für die dicke Luft in Patzkes Garten sorgen sogenannte Festbrennstoff-Feuerungen: Neun von zwölf Nachbarn in der Einfamilienhaus-Siedlung machen es sich mit Kachelöfen und Kaminen mollig warm.

„Nach Einbruch der Dunkelheit", schimpft Patzke, verlören die Kaminbesitzer „die letzte Scheu". Dann feuerten sie, „als wollten sie Kreuzer ‚Köln' in die Schlacht am Skagerrak schicken". Da hat er Angst sogar um sieben Igel, die in seinem Garten überwintern, und um seine fünf Bienenvölker, die „den Qualm genausowenig vertragen wie ich selbst".

Kamine sind im Kommen. Prasselnde Feuer im Wohnzimmer zählen als Statussymbol zum gehobenen Komfort, Hausbesitzer geben zur Einweihung ihrer repräsentativen Feuerstätten Parties, in „Schöner Wohnen"-Blättern gelten die Kamine als Synonym für Behaglichkeit.

Die Hersteller-Branche spricht vom „Comeback der Einzelöfen". 2,6 Millionen Kachelöfen, Kaminöfen und offene Kamine wurden 1986 in bundesdeutschen Haushalten registriert, die jährliche Zuwachsrate liegt bei zehn Prozent.

Schadstoff-Quelle Kamin
„Private Müllverbrennungsanlage"

Schornsteinfeger Seidenberg
„Maßstab für die ganze Welt"

War es Anfang der siebziger Jahre noch der Ölschock, der Haus- und Wohnungseigentümer aus Furcht vor kalten Wintern zur Besinnung brachte und die traditionelle Heizvariante beförderte, wurde die individuelle Feuerstätte in den letzten Jahren zum schier unentbehrlichen Luxusinterieur.

Unter „energetischen Gesichtspunkten" ist sie das für die Fachleute sowieso. „Höchstens 30 Prozent des Brennwerts" von Holz, Torf, Briketts oder Stroh, fand das Öko-Institut in Darmstadt heraus, können die primitiven Öfen in Raumwärme umwandeln. Der Rest zieht ungenutzt durch den Schornstein ins Freie – pure Rohstoffverschwendung.

Sind Kamine als Wärmespender schon umstritten, als Umweltschädlinge sind sie kaum zu verantworten. Wohl regelt eine Immissionsschutzverordnung, daß private „Feuerungsanlagen für feste Brennstoffe raucharm" zu betreiben sind, etwa mit trockenem Holz, Kohlen, Koks und Briketts, die nicht mehr als 18 Prozent an „flüchtigen Bestandteilen" enthalten dürfen. Doch niemand kann wirksam kontrollieren, was wirklich in den Flammen landet.

Die Stadtverwaltung in Erlangen warnte die Einwohner, Kamine nicht wie „private Müllverbrennungsanlagen" zu nutzen. Etliche Erlanger hatten zu Hause „Küchenabfälle, Papier, alte Reifen, Plastik und sogar Altöl" verkokelt.

Als Brennstoffe beliebt sind nicht nur alte Telegraphenmasten, imprägnierte Bahnschwellen und lackierte Holzreste, in Darmstadt inserierte ein Spanplattenhersteller auch „Schleifreste für Ihren Kamin". Im Feuer wird das zu hochgiftigem Zeug, stinkend und gesundheitsschädlich. Da wirbeln oft, zumal bei feuchtkaltem Smogwetter, Schwermetalle, Säurereste und krebserregende Dioxine durch niedrige Schornsteine mitten hinein in Wohngebiete.

Schon das harmlose Holz ist nicht unproblematisch. Zwei Jahre mindestens muß es trocken gelagert sein, nicht mehr als 20 Prozent Restfeuchte darf es enthalten, sonst entstehen, wie auch bei zu niedrigen Verbrennungstemperaturen, „übelriechende Pyrolyseprodukte" wie „aromatische Kohlenwasserstoffe", die Krebs erzeugen. Das fand der Gewerbeaufsichtsingenieur Dietmar Petz aus Soest heraus, der deshalb rät, Kamine höchstens „sieben volle Tage im Jahr" anzuzünden. Doch selbst diese eine Woche findet Umweltingenieur Ansgar Schrode aus dem schwäbischen Winnenden noch „viel zuviel". Allenfalls „gemütliches Feuerle zwei- bis dreimal im Jahr" sei hinnehmbar.

Rudi Seidenberg hingegen, Bezirksschornsteinfeger im Schwarzwald und Berater des Bundes für Umwelt und Naturschutz, schwört auf das traditionelle „Schwarzwälder Kachelofen-Verbrennungsdreieck", eine Brennkammer-Konstruktion, bei der die Luftführung über den Brennstoff geht und die „nahezu abgasfrei" arbeite. Seidenberg: „Der Maßstab für die Holzverbrennung auf der ganzen Welt."

Das hält Uwe Fritsche, der für das Öko-Institut in Darmstadt eine „Umweltwirkungsanalyse von Energiesystemen" erstellt hat, für übertrieben. Nach seinen Untersuchungen sind „Kleinverbrennungsanlagen für feste Brennstoffe alle schlecht".

Fritsche schlägt vor, Öfen und Kamine mit Katalysatoren auszurüsten, die giftige Kohlenwasserstoffe oxidieren können. Zusatzkosten für eine optimale Anlage: 500 Mark. Alle zwei Jahre muß das Filtersystem erneuert werden.

Doch auch die Katalysatoren garantieren keine saubere Luft: Werden Brennstoffe zu feucht und bei zu niedrigen Temperaturen verfeuert, versagen die Filter schnell ihren Dienst.

Das Bonner Umweltministerium, das die Schwachstellen der geltenden Verordnung erkannt hat, arbeitet an einer Novelle für die Immissionsschutzverordnung. Die läßt nichts Gutes erwarten.

Die Kaminhersteller-Lobby, behauptet Öko-Wissenschaftler Fritsche, treibe in Bonn „ein irrsinniges Spiel". Aus Furcht, die Zusatzkosten für optimale Rauchentgiftung – technisch längst möglich – könnten den Absatz schmälern, habe die Industrie „massiv gepowert". Folge: Die zulässigen Werte für Kohlenmonoxid im Rauch werden noch höher angesetzt, als selbst das Umweltministerium zunächst erlauben wollte.

Ohne Erfolg blieb auch ein Vorstoß des Kamin-Opfers Patzke. Der Bremerhavener hatte angeregt, „aus Gesundheitsgründen" die Prasselfeuer in den Haushalten ganz zu verbieten. „Derart weitgehende Eingriffe in die persönliche Freiheit des einzelnen Bürgers", beschied das Umweltbundesamt den Rentner, werde man „nicht vornehmen".

Tuborg will Altbier brauen

Der Hamburger Zigaretten- und Getränkekonzern Reemtsma hat für seine rheinische Altbier-Brauerei Hannen einen Käufer gefunden: die dänische Brauereigruppe Tuborg/Carlsberg. Reemtsma ist schon seit knapp zehn Jahren über eine gemeinsame Vertriebsgesellschaft mit dem dänischen Brau-Konzern verbunden. Die Hamburger setzen jährlich rund 470 000 Hektoliter Dänen-Bier ab. Nach dem Hannen-Verkauf wird Reemtsma, Anfang der achtziger Jahre noch Deutschlands größtes Bierimperium, als einzige Brau-Tochter nur noch die Bavaria-St.-Pauli-Brauerei in Hamburg besitzen. Das im Zigarettengeschäft groß gewordene Unternehmen hat sich schon von der Tucher Bräu AG Nürnberg und von der Frankfurter Henninger-Bräu AG getrennt. Der Ausverkauf beim Bier ist für die beiden Reemtsma-Mehrheitsgesellschafter Günter und Michael Herz, Inhaber der Kaffee-Rösterei Tchibo, eine bittere

Michael und Günter Herz

Niederlage. Die Kaffee-Könige hatten trotz vieler Anläufe kein geeignetes Konzept gegen ihre schrumpfenden Bierumsätze finden können.

Der Kaviar muß weg

Die Frankfurter Metallgesellschaft will ihre Osthandels-Sparte ausbauen. Der Rohstoff- und Anlagenbau-Konzern, der für Lieferungen in den Ostblock oft Konsumwaren wie Teppiche, Kaviar und Krimsekt von seinen devisenschwachen Kunden als Gegenleistung akzeptieren muß, möchte sich zur Hälfte an einem Unternehmen beteiligen, das solche Ostware im Westen losschlägt. Die Firma, bei der die Metallgesellschaft einsteigen will, ist eine Daimler-Benz-Tochter, die hierzulande Produkte absetzt, mit denen die Staatshandelsländer die Mercedes-Limousinen ihrer Politfunktionäre bezahlen. Mit einem anderen Partner arbeitet die Metallgesellschaft schon seit November zusammen: Sie betreibt gemeinsam mit dem Großhandels-Riesen Metro eine Firma, die auf den Verkauf östlicher Kompensationsware spezialisiert ist.

Das Sparbuch als Schlupfloch?

Die deutschen Banken überlegen derzeit, mit welchem Service sie wohlhabenden Sparern beim Unterlaufen der geplanten zehnprozentigen Quellensteuer auf Zinserträge behilflich sein können. Als Schlupfloch wäre beispielsweise ein Sparbuch mit gesetzlicher Kündigungsfrist geeignet. Sparbuch-Zinsen sollen auch in Zukunft nicht an der Quelle besteuert werden, weil die Regierung Kleinsparer schonen möchte. Bonn hat jedoch für die von der Quellensteuer befreiten Zinsbeträge keine Obergrenze festgelegt. Die Banken erwägen jetzt, das bislang nur von Kleinanlegern gewählte niedrigverzinsliche Sparbuch durch stattliche Bonus-Zahlungen für größere Beträge attraktiv zu machen. Die Geldinstitute könnten so Kunden halten, die ihr Kapital sonst womöglich ins Ausland schaffen würden.

Gewinn-Rekord mit Sportschuhen

Unter 880 großen Aktiengesellschaften Amerikas, deren Papiere an den Börsen gehandelt werden, hat das US-Wirtschaftsmagazin „Forbes" den Sportschuh-Hersteller Reebok International als profitabelstes Unternehmen ermittelt. In den vergangenen drei Jahren erzielte die ehemals britische Firma Gewinne, die im Jahresdurchschnitt über 200 Prozent des eingesetzten Kapitals erreichten. Der Erfolg der US-Gesellschaft, die sich im vergangenen Jahr auch in Deutschland etablierte, ging

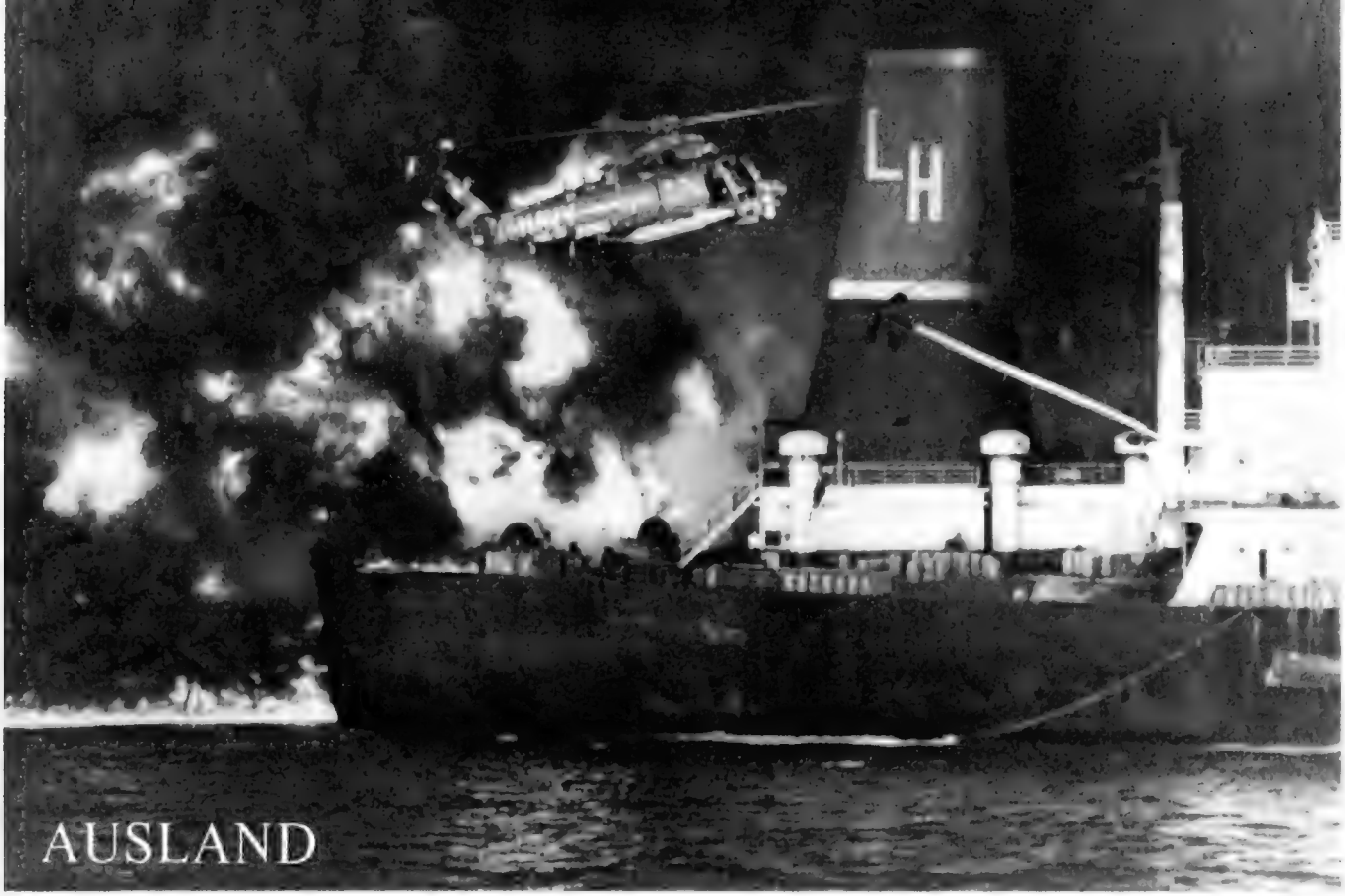
Schaufenster mit Reebok-Schuhen

vorwiegend zu Lasten der großen deutschen Sportartikel-Firmen Adidas und Puma. Die Deutschen rutschten im US-Geschäft tief in die roten Zahlen.

Kaffee mit Zeitgeist

Die Kaffee-Röster fürchten um ihre Kundschaft. Obwohl der Absatz 1987 erstmals seit langem wieder leicht gestiegen ist, schrumpft die Zahl der Kaffee-Konsumenten. In den vergangenen Jahren wuchs der Anteil der Kaffee-Verächter unter den erwachsenen Bundesbürgern von etwa 13 auf 17 Prozent. Der Trend könnte, so die Horrorvorstellung der Marketing-Manager bei den Großröstern, auf amerikanische Verhältnisse zusteuern. In den Vereinigten Staaten lassen bereits fast zwei Drittel der Erwachsenen den Kaffee stehen und greifen lieber zu Softdrinks. Um das zu verhindern, soll nun gezielt die Jugend umworben werden. Marktführer Jacobs macht im Januar den Anfang mit einer neuen Marke („Swing") und mit völlig verändertem Werbekonzept. Statt biederer Hausfrauen treten in den TV-Spots nun schlaksige Twens im Zeitgeist-Slang auf und verkünden: „Der freche Kaffee von Jacobs, denn Frech kommt weiter."

Kaffeetrinker



Brennender Supertanker nördlich von Dubai, US-Hubschrauber*: Verlustraten wie im Zweiten Weltkrieg

Fünf Millionen Schlüssel fürs Paradies

Der Golfkrieg wird total. Zur See wurde im Dezember im Durchschnitt täglich ein Tanker oder Frachter angegriffen – mit neuer Taktik und neuen Waffen: Die Iraker fliegen Langstreckenangriffe gegen Irans schwimmende Öllager im äußersten Südosten des Golfs, die Iraner setzen Schiffe aller Flaggen mit neuen Raketen in Brand. Zu Lande bereiten die Mullahs eine neue „letzte" Offensive vor, für die sie angeblich Millionen mobil machen. Die Golf-Anrainer fürchten eine Ausweitung des Krieges auf ihr eigenes Territorium.

Die Radarschirme an Bord der Tanker, die vorzugsweise nachts in die Straße von Hormus einlaufen, zeigen ein Bild, das unwirklich und bedrohlich zugleich scheint – die gewaltigste Konzentration von Schiffen auf der Erde, erkennbar in Form heller Leuchtpunkte, die sich auf den Geräten dicht an dicht zusammendrängen.

Die Punkte markieren die Bereitstellungsräume von Super- und übergroßen Supertankern, sogenannten Ultra Large Crude Carriers (ULCC), die östlich und westlich der iranischen Insel Larak am oberen Rand der Meeresstraße Öl umschlagen.

Tanker, die von der iranischen Ölinsel Charg im Norden des Golfs nach Larak gefahren sind, pumpen hier ihre Fracht an Bord der gigantischen ULCC, die als Depotschiffe dienen, während an den gegenüberliegenden Bordwänden der Kolosse kleinere Supertanker Öl an Bord nehmen.

Larak und seine Welt der Ultra-Pötte sind die wirtschaftliche Schlagader des Iran – und das lohnendste, aber auch am schwierigsten zu treffende Angriffsziel des Kriegsgegners Irak. Die Tankerpulks liegen mehr als 1100 Kilometer von den irakischen Fliegerhorsten entfernt und können von Mirage-F-1-Jagdbombern nur mit Hilfe komplizierter Flugmanöver erreicht werden: Die Maschinen starten mit geringer Treibstoff-, aber maximaler Bombenlast und werden dann über dem Golf erst für die lange Strecke vollgetankt, in der Regel aus Tankflugzeugen des sowjetischen Typs An-12.

Am 22. Dezember 1987, beim dritten Angriff dieser Art, war einer Mirage-Rotte beinahe geglückt, was der irakische Staatspräsident Saddam Hussein verlangt hatte: „die wirtschaftliche Hauptarterie des Iran (zu) zerfetzen". Lasergesteuerte Bomben trafen den in Liberia registrierten Tanker „Seawise Giant", mit 564 739 Tonnen das größte Schiff der Welt, sowie die gleichfalls unter liberianischer Flagge stehende, 411 508 Tonnen große „World Petrobras". Auch auf die englische „Burmah Enterprise", ein Großschiff mit 457 000 Tonnen, gingen irakische Bomben nieder.

Aber: Die Stahlelefanten steckten den Bombenhagel weg, als handele es sich um Silvesterknaller. Die Brände auf den Decks der „Seawise Giant" und der „Burmah Enterprise" konnten gleich wieder gelöscht werden. Nur das Feuer in den Aufbauten der „World Petrobras" erwies sich als hartnäckiger. Neun Stunden später aber pumpte auch dieser Riese bereits wieder Öl in kleinere Tanker um.

Der Einsatz der Mirage am entferntesten Ende des Golfs illustrierte die Furcht Saddam Husseins vor einer neuen, wie schon oft als „letzter" angekündigten Großoffensive des Iran an der Landfront zum Irak. Dafür hat Teheran eine Viertelmillion fanatischer Kämpfer vor der Hafenstadt Basra konzentriert.

Angedroht haben die Mullahs noch weit mehr: Im Zuge der massivsten Aushebungskampagne in der Geschichte des Revolutionsstaats sollen womöglich Millionen junger Iraner auf das mörderische Schlachtfeld geschickt werden. Teheran importierte fünf Millionen Metallschlüssel – Talismane, wie sie von iranischen Märtyrersoldaten in den

* Beim Anflug auf den zypriotischen 232 000-Tonner „Pivot".

Kampf getragen werden – als symbolische Schlüssel, mit denen sich den Gefallenen die Tür zum Paradies öffnen soll.

Wie ernst nicht nur der Irak diese Drohung nimmt, zeigte in der vergangenen Woche die Gipfelkonferenz des Golf-Kooperationsrates in der saudischen Hauptstadt Riad.

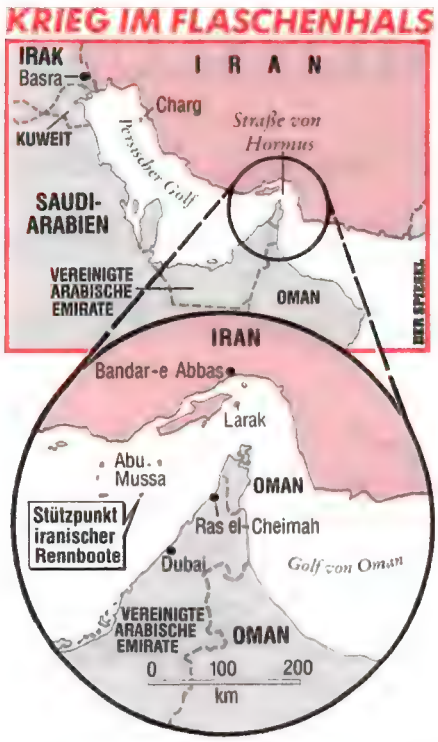
Diese wirtschaftliche und militärische Allianz der Golf-Anrainer Saudi-Arabien, Kuweit, Katar, Bahrein, Vereinigte Arabische Emirate und Oman fürchtet ein Übergreifen des Krieges auf ihr eigenes Territorium. Bedroht fühlen sich vor allem Kuweit, wo schon mehrmals iranische Raketen einschlugen, und Saudi-Arabien, das am 31. Juli 1987 einen Aufstand iranischer Pilger in Mekka erlebte, der in einem Blutbad endete.

Schon im Herbst hatte der Schiiten-Papst Ajatollah Chomeini die „korrupten und verfaulten Saudi-Herrscher" als „wahren Feind der islamischen Revolution" verflucht. Die „Notwendigkeit der Rache an Saudi-Arabien wegen der Ereignisse von Mekka" stufte er gleich hoch ein wie das eigentliche Kriegsziel: „Dies ist genauso wichtig, wie den Irak militärisch zu besiegen."

Zu Lande setzt Chomeini auf die saudischen Schiiten, deren Oberhaupt, Scheich Hassan el-Safar als Vorsitzender der „Organisation Islamische Revolution auf der arabischen Halbinsel" mit jährlich 20 Millionen Dollar aus der Kasse der iranischen Revolutionswächter Pasdaran besoldet wird. Dafür werden in einem Lager nahe der heiligen Stadt Ghom Freiwillige aus mehreren arabischen Ländern zum Kampf gegen die Saudi-Monarchie ausgebildet.

Ein bislang streng unter Verschluß gehaltener Geheimdienstbericht, mit dem König Fahd nun den Golfrat alarmierte, schätzt auch die militärischen Möglichkeiten des Iran, am Golf eine zweite Front neben jener gegen den Irak zu eröffnen, als hoch ein: Ölfelder, aber auch lebenswichtige Meerwasser-Entsalzungsanlagen liegen in Reichweite iranischer Raketen und Jagdbomber.

Auf See tun die Iraner ohnedies schon, was sie wollen. Sie greifen immer öfter saudische Tanker an und legen sich nun schon vor Dubai auf die Lauer nach lohnenden Zielen. Im Dezember erreichte der Tankerkrieg im Golf, der im März 1984 begann, seinen bisher dramatischsten Höhepunkt.



Trotz eines Aufgebots von 30 US-Kriegsschiffen mit 20 000 Mann Besatzung, die nach dem Bekunden Washingtons im Golf die „Freiheit der Meere" (so Außenminister George Shultz) garantieren sollten, wurden vorigen Monat über 30 Schiffe angegriffen – iranische Tanker, unter ihnen die „Susangird", auf der eine irakische Exocet-Rakete 21 Menschen tötete, neutrale Schiffe, die im Gegenzug von iranischen Rennbooten beschossen wurden, Containerfrachter und neuerdings auch Bergungsschlepper, die von irakischen Maschinen angegriffen wurden, um sie beim Löschen brennender iranischer Schiffe zu hindern.

Das Tohuwabohu im Golf ist selbst von Experten kaum mehr zu durchschauen. Ein Beispiel: Weil die U.S. Navy nur solche Schiffe schützt, die unter dem Sternenbanner fahren, flaggen US-Konzerne, zum Beispiel Exxon, ihre bisher unter der Billigflagge der Bahamas laufenden Supertanker auf die der Bermudas um – als Schiffe einer Kronkolonie genießen sie nunmehr den Schutz durch britische Kriegsschiffe im Golf.

Umgekehrt kommen neuerdings amerikanische und britische Helikopter Neutralen zur Hilfe – aber erst, nachdem diese getroffen worden sind. Am Vormittag des Weihnachtstags war es ein Hubschrauber der englischen Fregatte „Scylla", der die Crew des koreanischen Frachters „Hyundai 7" im Norden Dubais von Bord ihres brennenden Schiffs holte. „Der Irak greift derzeit im Rhythmus von zweieinhalb Tagen an, während der Iran alle zwei Tage zuschlägt", hat Anfang letzter Woche Christoph Bettermann errechnet, der deutsche Chef des Bergungs- und Versorgungsunternehmens International Marine Services in Dubai. Experten in Athen fiel auf, daß griechische Tanker, die ein Drittel der 150 Tanker stellen, die täglich im Golf unterwegs sind, noch am ehesten geschont wurden – jedenfalls die von Großreedern wie Niarchos, Livanos oder Loukas Hatziioannou, der allein 60 Tanker im Golf aufgefahren hat. Athener Konkurrenzreeder vermuten, daß sich Teheran den drei Großen gegenüber zurückhält, weil sie einen Teil der Schiffe an die National Iranian Oil Company verchartert haben, die sie auf der berüchtigten „Exocet Alley", der Raketen-Allee zwischen Charg und Larak, einsetzt. Die Route zwischen dem

Iranisches Angriffsrennboot: „Was ist die Natur Ihrer Ladung?"

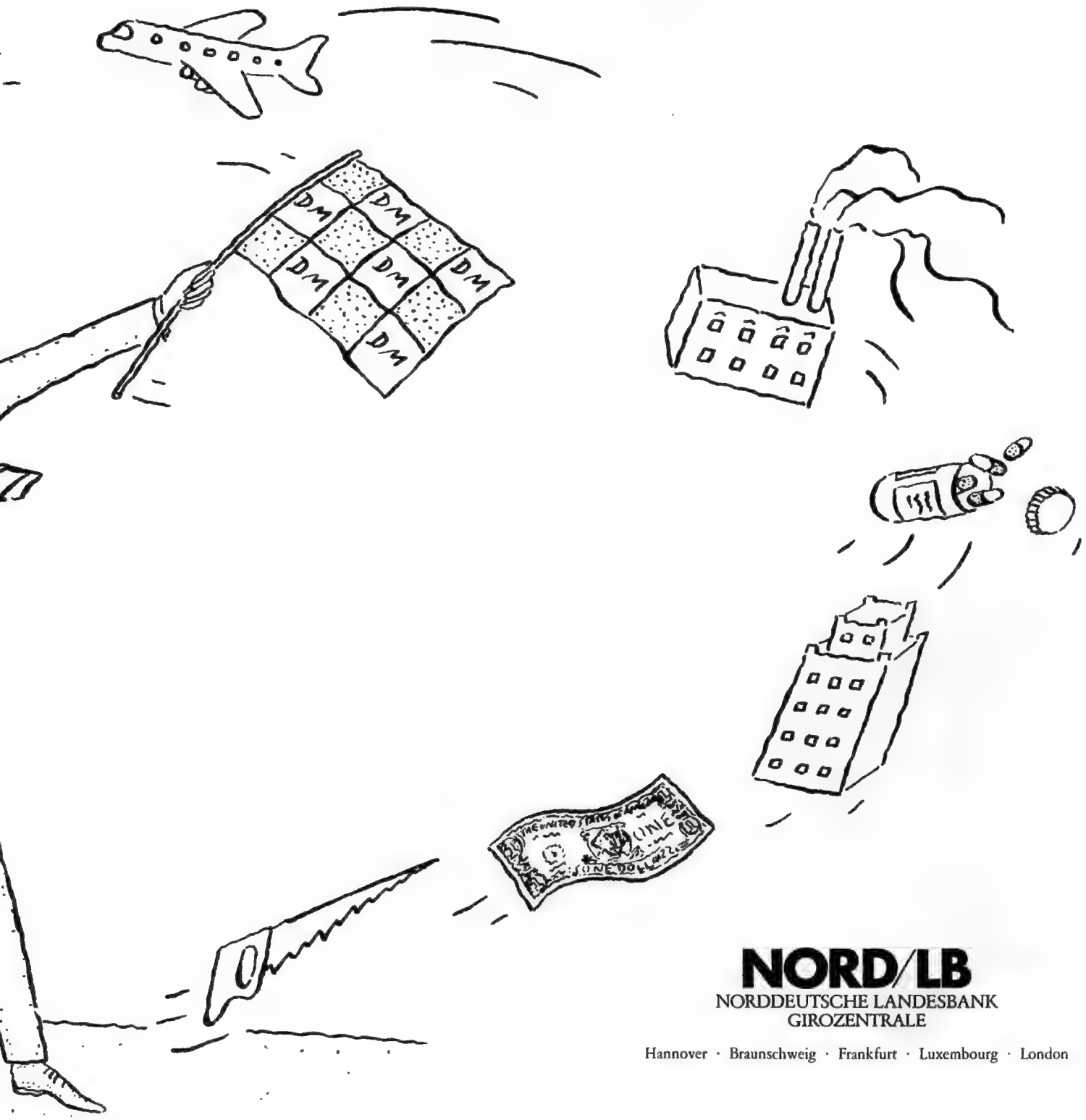
UNTERNEHMENSLUST AUF NORDD

Nicht auf die Zukunft warten. Sondern Zukunft starten. Eine
ankommt: Die Förderung von Unternehmen, die Erschließu
schlossen und aktiv anzugehen. Wir tun das. Auch Ihre Unter

GREY

EUTSCHE ART.

wichtige Devise. Gerade für eine Bank. Weil es genau hierauf
ng neuer Märkte, die Finanzierung von Innovationen aufge-
nehmenslust findet in uns den richtigen Partner.



NORD/LB
NORDDEUTSCHE LANDESBANK
GIROZENTRALE

Hannover · Braunschweig · Frankfurt · Luxembourg · London

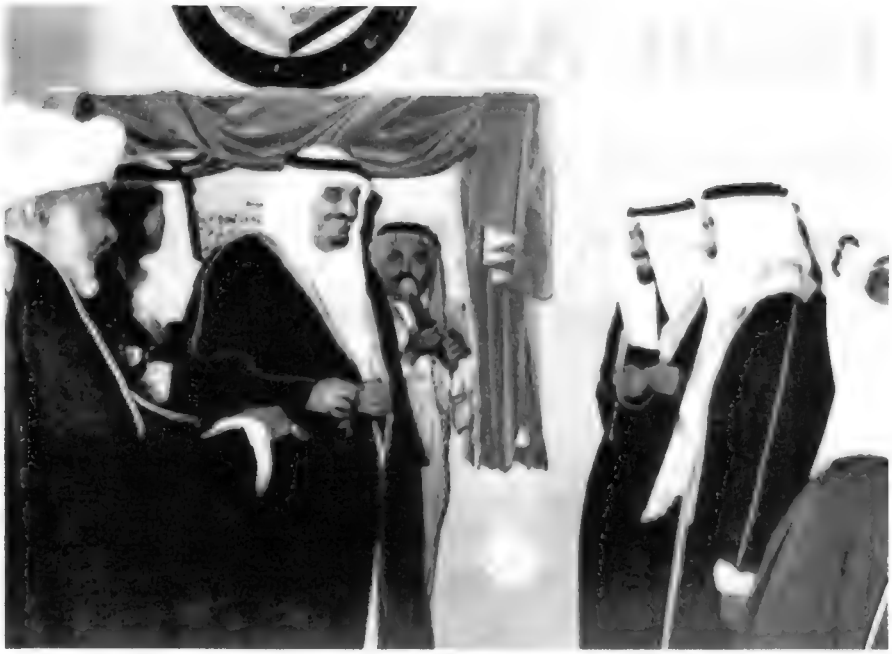
nördlichen Ölterminal und der Umschlaginsel im Südosten hat einen neuen Typ von Fahrensmann hervorgebracht: Söldner-Kapitäne, die 10 000 Dollar pro Fahrt steuerfrei kassieren, während die Mannschaftsmitglieder, vorwiegend Filipinos, Malediver und Inder, als Unterlinge des Krieges mit 370 Dollar Monatsheuer vorliebnehmen müssen.

Dem Zynismus auf der Todesstrecke entspricht die Geldgier der Reeder, die abkassieren, wo sie können. So fing ein griechischer Funker kürzlich einen Funkspruch auf, der eine Geheimklausel der Reeder-Arrangements mit den Iranern preisgab: Teheran zahlt den Reedern außer der Frachtrate für jede Fahrt einen Pauschalbetrag von 5000 Mark pro Kopf der Besatzung. Diese Prämie stecken zumeist die Reeder ein.

Auch hinter den Verluststatistiken stehen die Gesetze des Marktes. 1987 wurden 155 Schiffe im Golf in Brand gesteckt, schrottreif geschossen oder versenkt. Seit Beginn des Tankerkriegs wurden insgesamt 420 Schiffe attackiert, was einem Viertel der im Zweiten Weltkrieg beschädigten oder versenkten Tonnage der alliierten Handelsschiffahrt entspricht. Doch kaum ein Schiffseigner will es sich leisten, auf das Geschäft am Golf zu verzichten: Trotz des Ausfalles von Kriegshavaristen befinden sich die Transporttarife vor allem für Öl auf einem Tiefpunkt, besteht nach wie vor ein Überangebot an Tankern.

Die Rechnung ist einfach: Obwohl die Frachtrate, etwa für eine Tankerfahrt von Japan in den Golf, über eine Million Dollar beträgt, reicht sie nicht aus, um Zinsen, Betriebskosten, Löhne, Treibstoff, Versicherung zu decken. Doch die Dollarmillion reicht, um Tanker vor dem noch teureren Einmotten zu retten.

Immerhin zahlt Lloyd's in London, wenn ein Schiff in Brand geschossen wird. Die sogenannten Shuttle-Tanker, die auf der Route Charg–Larak verkehren, werden dagegen fast ausschließlich von der iranischen Gesellschaft Bimeh versichert, da die Versicherungssumme für die entmotteten Seelenverkäufer auf dem Londoner Markt ins Astronomische ansteigen würde.



König Fahd (M.) auf der Golf-Konferenz in Riad: Furcht vor einer zweiten Front

Lloyd's, das bisher über eine Milliarde Dollar für kriegsversehrte Schiffe ausschütten mußte, hat die Golf-Risikoprämie für den traditionellen Wert der Schiffshülle zuletzt verdoppelt und zog sich vorige Woche prompt den Zorn der Vereinigten Arabischen Emirate zu, die um das Geschäft ihrer teuer ausgebauten Häfen bangen. Wenigstens Frachter, so argumentierte Ibrahim Hannoun von den Emirat-Versicherern, sollten von der Erhöhung ausgenommen werden, da sie nicht so oft wie Tanker angegriffen würden.

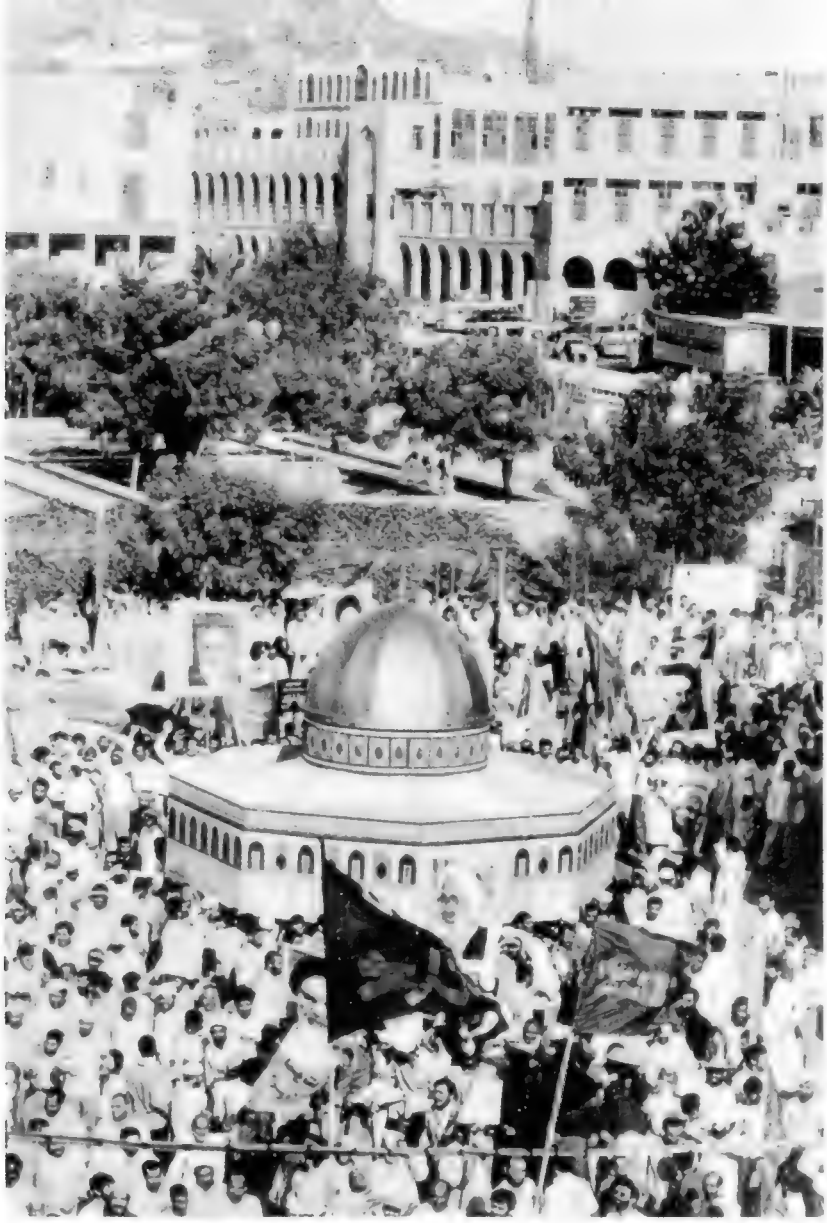
Die Gewässer vor den Emiraten haben sich zu einem der gefährlichsten Abschnitte im Golf entwickelt: Donnerpiste vor allem für die in Schweden gebauten Rennboote, mit denen iranische Revolutionsgardisten Neutrale verfolgen, die auf dem Weg von oder nach Kuweit und Saudi-Arabien sind, den bisherigen Hauptfinanziers der irakischen Kriegskasse.

Die Revolutionswächter operieren von der Insel Abu Mussa nördlich von Dubai aus, deren strategischen Wert schon der Schah erkannt hatte. Er nahm sie, zwei Tage ehe London die Emirate in die Unabhängigkeit entließ, 1971 im „Einvernehmen" mit dem Emir von Schardscha in Besitz.

Nun dient das Meer zwischen Dubai und Abu Mussa den Iranern als natürlicher Flaschenhals, da die Tanker und Containerschiffe nördlich Abu Mussas in einem Sperrgebiet verkehren müßten, das Teheran – nach britischem Falkland-Vorbild – über den halben Golf verhängt hat. Dort befinden sich die „killing fields" der irakischen Mirage-Maschinen, die auf alles schießen, was nach einem Schiff aussieht – ein zusätzliches Risiko, das die Tankerkapitäne durch Entlangschleichen im Korridor zwischen Abu Mussa und den Hoheitsgewässern der Vereinigten Arabischen Emirate zu vermeiden suchen.

Doch den Iranern entgeht nichts. Ehemalige Frachter, die in Glasgow gebaut und im Iran zu Hilfsfregatten umgerüstet wurden, kontrollieren jedes vorbeiziehende Schiff – zunächst per Funk („Was ist Ihr Zielhafen, was ist die Natur Ihrer Ladung?") und gelegentlich durch In-

Iranische Kriegsfreiwillige: Talisman für Märtyrersoldaten



Iranische Pilger in Mekka: Rache zum Kriegsziel erklärt

spektion an Bord. Wer in Verdacht steht, eine Ladung für Saudi-Arabien oder Kuweit zu befördern, wird – wie der Hamburger Frachter „Norasia Pearl" – in den Kriegshafen Bandar-e Abass zur Durchsuchung umgeleitet.

Andere Schiffe werden per Funk mit der Bemerkung „bon voyage" verabschiedet. Der Gruß ist Teil des ritualisierten Kriegsvorspiels im Golf – er kündigt fast immer einen nachfolgenden Angriff durch iranische Rennboote an.

Den Attacken auf den Südkoreaner „Hyuandai 7" und auf den norwegischen Tanker „Berge Brig", der ebenfalls Heiligabend beschossen wurde, gingen vor dem Emirat Ras el-Cheimah verheerende Angriffe voraus. Raketen schlugen in die Aufbauten des Tankers „World Produce" und in den zypriotischen Supertanker „Pivot", aus dem brennendes Öl ins Meer strömte.

Rennbootraketen entzündeten auch den in Singapur registrierten 85 000-Tonnen-Tanker „Norman Atlantic". Das Schiff, in ein 3000 Grad heißes Flammenmeer verwandelt, brannte aus, zerbrach in zwei Teile und sank nahe der Einfahrt zur Straße von Hormus – als zweiter Tanker, der im Verlauf des Schiffsgemetzels im Golf an Ort und Stelle unterging.

Schlimm zugerichtet wurde auch der griechische 102 000-Tonner „Ariadne", den iranische Rennboote gleich zweimal hintereinander angriffen: zunächst am 15. Dezember 1987 um 7.45 Uhr vor der Küste von Oman, wo das Schiff mit MG-Feuer belegt wurde, und dann, sieben Stunden später, vor Dschabal Ali, dem Industriehafen südwestlich von Dubai. Dort griffen abermals Schnellboote, diesmal mit Raketen, aber auch eine iranische Korvette mit Granaten an.

Die Intensität der Brände – die „Ariadne" brannte aus, obwohl sie nur unter Ballast fuhr und gar kein Öl geladen hatte – führen Experten auf eine neue Waffe der Iraner zurück: Raketen mit Phosphorgemisch, die Bord- und Tankwände zerschlagen und im Inneren der Tanks weiterbrennen. Bis Anfang Dezember hatten sich die Rennbootgardisten mit vergleichsweise primitiven, bazookaähnlichen Raketen begnügt, die beim Aufprall auf die Bordwände explodierten, nur selten aber auch die Tankwände durchbohren konnten.

„Diese Raketen hinterließen allenfalls Löcher", erläutert ein Bergungsexperte in Dubai, „sie hatten eher psychologischen Effekt. Das Dröhnen beim Einschlag war nervenfetzend – unheimlicher als der Gong des Dr. Fu Man Chou."

Andere Experten vermuten aufgrund der Wucht der neuen Terrorwaffe, die mehrere Tanks durchschlagen kann, daß die Rennboote neuerdings mit Panzerabwehrraketen bestückt sind – eine Möglichkeit, die vorigen Sommer bereits Donald Kerr, Golf-Analytiker am Londoner Internationalen Institut für Strategische Studien, in Betracht gezogen hatte.

Kerr hatte damals auch schon den Typ genannt, den die Iraner für eine maritime Rolle zweckentfremden könnten: einen Teil jener 2000 amerikanischen Tow-Raketen, die Reagans Spezial-Oberst Oliver North als Gegengeschäft zur Freilassung von US-Geiseln an Teheran geliefert hatte.

AFGHANISTAN

Schwere Fehler

Mit der Doppelstrategie einer militärischen oder politischen Lösung versuchen die Sowjets, sich aus Afghanistan zurückzuziehen – bisher ohne Aussicht auf Erfolg.

Glasnost nun gar zum Thema Afghanistan: Bei einer Umfrage unter Moskauer Bürgern sprachen sich 53 Prozent für den vollständigen Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan aus, berichtet die sowjetische Wochenschrift „Argumenty i fakty" zum achten Jahrestag der sowjetischen Militär-Intervention beim südlichen Nachbarn.

Die „brüderliche Hilfe" der Sowjet-Armee im Dezember 1979, die das kommunistische Regime in Kabul vor einer drohenden „Konterrevolution" retten sollte – als öffentliches Thema in Moskau lange Jahre tabu –, wird nun auch unter Russen zu einer umstrittenen, vieldiskutierten Frage.

So setzt das Blatt der Intelligenzija, das die Umfrage veröffentlichte, in einem Begleit-Kommentar noch eins drauf: „Man findet in unserem Lande kaum einen Menschen, der wünscht, daß sowjetische Jungs in Soldatenuniform auch nur einen Tag länger als unbedingt notwendig in Afghanistan bleiben."

Die Zeitung „Moscow News", nicht nur mehr zur Information westlicher Ausländer in der Sowjet-Union gedacht, geht sogar so weit einzugestehen, daß

unter der damaligen „Logik der Konfrontation“ beide Seiten schwere Fehler gemacht hätten.

Selbst Moskaus Außenminister Eduard Schewardnadse mußte bei seinen Gesprächen mit dem bayrischen Staatsgast Franz Josef Strauß in der vorigen Woche im Kreml eingestehen: „Der Einmarsch war leichter als der Rückzug.“

Doch Offenheit und Selbstkritik helfen in der Sache wenig weiter: In Afghanistan wird auch zu Beginn des neunten Kriegsjahres erbitterter gekämpft denn je, ohne daß eine der beiden Parteien, die Armee des kommunistischen Regimes in Kabul mit Unterstützung von 120 000 Mann der Sowjet-Armee auf der einen und etwa 170 000 afghanische Widerstandskämpfer auf der anderen Seite, daraus einen entscheidenden Vorteil ziehen konnte.

Die bisherige Bilanz des Berg- und Wüstenkrieges ist schrecklich genug: Mehr als 30 000 Sowjet-Soldaten sind in Afghanistan gefallen, mehr als eine Million Afghanen haben auf beiden Seiten der Front ihr Leben verloren. Von den rund 16 Millionen Menschen, die in Afghanistan wohnten, sind mehr als fünf Millionen vor Krieg, Tod und Zerstörung in die Nachbarländer Pakistan und Iran geflüchtet, ganze Landstriche sind entvölkert, die Städte überfüllt.

Gegen dieses „sinnlose Sterben“, wie es Uno-Generalsekretär Pérez de Cuéllar nannte, haben in der vergangenen Woche wieder Zehntausende im Westen und ein verlorenes Dutzend Menschen im Osten demonstriert. In der iranischen Stadt Isfahan mußte die Polizei des fundamentalistischen Chomeini-Regimes Protestler mit Waffengewalt daran hindern, das sowjetische Konsulat zu stürmen. In Moskau holte die Miliz einige Protestierende von der Straße.

US-Präsident Reagan mahnte seinen neuen Freund „Mikel“, die sowjetische Militärintervention „sofort und unwiderruflich“ einzustellen, Gorbatschow hingegen verlangte von seinem neuen Freund „Ron“, weitere Unterstützung der afghanischen Rebellen zu unterlassen, um den Rückzug der Sowjets „in zwölf Monaten oder weniger“ möglich zu machen. Sogar der gerade zum neuen Staatspräsidenten gewählte afghanische Parteichef Nadschibullah beteuerte bei seinem Staatsbesuch in Vietnam: „Unser Volk hat den Krieg gründlich satt!“

Daß dieser mörderische Konflikt im entlegenen Hindukusch nicht zur politischen Großwetterlage von weltweiter Abrüstung und Verständigung paßt, ist beiden Seiten seit langem klar. Aber alle Überlegungen, das Schießen ohne Prestige- und Gesichtsverlust zu beenden, sind bislang schon im Ansatz gescheitert.

Parteichef Nadschibullah in Paschtunen-Tracht: „Kommunist war ich nie“

Kriegsgebiet Afghanistan, Kämpfe um die Garnison Chost*: Test für sowjetischen Rückzug?

Die seit Wochen anhaltende Schlacht um die Garnisonstadt Chost im Südosten, nur 80 Kilometer von der Grenze zu Pakistan entfernt, ist, so paradox es scheint, möglicherweise ein sowjetischer Test, um den Rückzug aus Afghanistan zu proben.

Denn dieser Befreiungsschlag, der den seit über einem Jahr in Chost eingeschlossenen Regierungstruppen Hilfe bringen soll, wird von einem 20 000 Mann starken afghanischen Truppenverband, aber, wie das Moskauer Fernsehen demonstrativ dokumentierte, ohne nennenswerte sowjetische Beteiligung vorgetragen. „Die Sowjets beschränken sich auf logistische Rückendeckung und die Sicherung des Nachschubs“, berichten neutrale Diplomaten in Kabul.

Wenn es den Afghanen aus eigener Kraft gelingt, den Ring der moslemischen Widerstandskämpfer um Chost aufzubrechen, so das angebliche Kalkül der sowjetischen Militärs, wäre dieser Sieg ein Beweis dafür, daß die Regierung in Kabul auch ohne fremde Hilfe mit den „Banditen“ fertig werden kann.

Staats- und Parteichef Nadschibullah (wörtlich: „Der Edle Allahs“) versucht zugleich, in einer Doppelstrategie die Opposition für eine Lösung zu gewinnen.

Die vor einem Jahr mit viel Propaganda von ihm gestartete Kampagne einer „nationalen Aussöhnung“ hat immerhin dazu geführt, daß Ende November 2000 Delegierte aus dem ganzen Land zur „Loja Dschirga“, der traditionellen Versammlung der Stammesfürsten, zusammenkamen, um dem Land eine neue Verfassung zu geben.

Aus der Volksrepublik Afghanistan wurde wieder eine Republik, der Islam ist als Staatsreligion verankert, die Worte „Kommunismus“ oder „Sozialismus“ kommen nicht mehr vor.

Auch unabhängige Gewerkschaften soll es geben und eine Menschenrechts-

* Aus einer Reportage des sowjetischen Fernsehens.

kommission. Auf die Frage, wie sich das alles mit seiner kommunistischen Weltanschauung vereinbare, antwortete Nadschibullah: „Kommunist war ich nie."

Seine „Demokratische Volkspartei", die Afghanistan seit dem kommunistischen Putsch von 1978 diktatorisch regiert, behauptet, sie sei bereit, ein Mehrparteien-System zu akzeptieren und notfalls bei den für Februar geplanten Wahlen gar „auf die Hegemonie zu verzichten".

Unter den neuen politischen Gruppierungen, die sich in Kabul gebildet haben, gibt es auch eine „Basar-Partei", die – ähnlich wie im benachbarten Iran – die Interessen der Kleinhändler vertritt und den Auftrag erhielt, ein nationales Wirtschaftsprogramm vorzubereiten.

Afghanischer Ex-König Sahir Schah
Als Integrationsfigur kaum geeignet

Exotisches am Rande: Auch der weiterhin in Kabul lebende Bruder Sanama des gestürzten ehemaligen Parteichefs Babrak Karmal hat unter dem Namen „Organisation zur Befreiung des afghanischen Volkes" eine neue Partei angemeldet, die nach seinen Worten in „scharfer Opposition" zu Nadschibullahs Volkspartei stehen soll; ob rechts oder links davon, ist für den Parteigründer keine Frage von Bedeutung.

Die öffentliche Bankrott-Erklärung der Kommunisten hat im Land für Gesprächsstoff gesorgt, besonders attraktiv ist das neue Programm für die mißtrauischen Afghanen aber bislang nicht. Dafür gelten die Männer, die es jetzt verheißen, schon zu lange als die Handlanger der verhaßten „Schurawi", der Russen.

Immerhin: Etwa 30 000 Mudschahidin haben in diesem Jahr die Front gewechselt und sind in das Regierungslager übergelaufen. Nadschibullahs eigener Bruder hingegen ging den umgekehrten Weg zum Widerstand.

Doch die meisten Anführer des Widerstands, fast alle Häuptlinge der Paschtunenstämme, die in der pakistanischen Etappe am Krieg nicht schlecht verdienen, zeigen wenig Neigung, dem Töten ein Ende zu machen.

Seit die Freiheitskämpfer verschiedener islamischer Couleur von den USA mit den treffsicheren Luftabwehr-Raketen vom Typ „Stinger" und von den Briten mit ähnlich wirksamen Raketen vom Typ „Blowpipe" ausgerüstet werden, hat sich die strategische Lage der Berg-Partisanen erheblich verbessert. Wegen der hohen Verluste setzen die Sowjets ihre gefürchteten Kampfhubschrauber nur noch nachts ein.

Tief zerstritten sind die Warlords über die Frage, wie es denn nach einem Waffenstillstand weitergehen soll. Westliche Emissäre versuchten, die Möglichkeit einer Rückkehr des im römischen Exil lebenden afghanischen Ex-Königs Sahir Schah, 73, als Integrationsfigur ins Gespräch zu bringen.

Aber die vier großen islamisch-fundamentalistischen Widerstandsgruppen, die von einem afghanischen Gottesstaat träumen und gegenüber den nationalistischen Gruppen in der Mehrheit sind, lehnen die Rückkehr des abgesetzten Monarchen ab, machen ihn für die heutige Lage weitgehend verantwortlich.

Mudschahidin mit „Stinger"-Rakete
Die Sowjets bluten lassen

Unterstützt, vor allem mit Geld, werden sie ziemlich offen von militanten Moslem-Bruderschaften und den reichen Saudis. Das allerdings schließt nicht aus, daß auch eine ganze Kampfgruppe der Fundamentalisten zu den Regierungstruppen überläuft – wenn die Geschenke stimmen.

Starre Fronten hat es in diesem Krieg ohnehin nie gegeben. Neu ist, daß die Überläufer als besondere Trophäe auch westliche Ärzte, Journalisten und sogar angebliche Militärberater und Ausbilder aus dem Westen mitbringen.

Auf diese Weise fiel der Türke Osman Demir dem Regime in Kabul in die Hände. Im Gefängnis gab er ein Interview, in dem er behauptete, deutscher Staatsbürger zu sein und in Augsburg durch den Militärischen Abschirmdienst der Bundesrepublik (MAD) für den Umgang mit „Stinger"-Raketen ausgebildet worden zu sein. Nach Pakistan und Afghanistan sei er mit dem Auftrag gekommen, seine Fähigkeiten an die Mudschahidin weiterzugeben.

Der MAD hat diese Behauptung als „abenteuerlich" dementiert. Solange der angebliche Deutsch-Türke im Gewahrsam des afghanischen Staatssicherheitsdienstes ist, wird sich die bizarre Episode wohl nicht aufklären lassen.

Dem Regime in Kabul nützt Demir als „Beweis" für westliche Einmischung, die einen Frieden verhindere. Für beide Kriegsparteien geht es darum, sich für die nächste Runde der Waffenstillstandsgespräche, die in der zweiten Januar-Hälfte unter Vermittlung des Uno-Beauftragten Diego Cordovez in Istanbul und Kabul stattfinden sollen, eine vorteilhafte Ausgangsbasis zu verschaffen, um den anderen die Schuld an einem möglichen Scheitern zuzuweisen.

Denn trotz des offenkundigen Willens der Sowjets, sich aus dem so kostspieligen wie schädlichen Abenteuer zurückzuziehen, ist eine schnelle Lösung des Konflikts nicht absehbar.

Moskau kann seine Schützlinge in Kabul nicht einfach fallenlassen und seine Truppen abziehen, so als ob nichts gewesen sei. Zu verheerend wäre der Prestigeverlust im eigenen Lager wie in der Dritten Welt, zu unberechenbar die Wirkung auf die 48 Millionen Moslems in der Heimat.

Eine Koalitionsregierung in Kabul, an der alle verfeindeten Parteien beteiligt sind, wäre als Übergang zwar vorstellbar. Nur: Der Mann, der sie mit ausreichender Autorität führen könnte, ist nirgendwo in Sicht.

Die Amerikaner wiederum haben im Gegensatz zu ihren ständigen Abzugsforderungen kaum ein echtes Interesse an einem schnellen Ende des Krieges: Ihnen paßt es durchaus, die Sowjet-Armee im Hindukusch vorzuführen und die Russen dort – bei geringstem eigenen Einsatz – bluten zu lassen.

Afghanistan ist längst zum Vietnam Moskaus geworden. ◆

„Lustgewinn wie auf einem Nagelbrett“

SPIEGEL-Report über die Pleite der Atomenergie in der Dritten Welt

Brasiliens Nuklearprogramm ist unfinanzierbar, auf den Philippinen steht ein fertiger, aber unbrauchbarer Reaktor, in Indien, Pakistan und Argentinien häufen sich Unfälle und Pannen: In den meisten Entwicklungsländern ist die Atom-Euphorie früherer Jahre verflogen, neue Kraftwerke werden kaum noch gebaut.

Es ist noch nicht lange her, da freuten sich die Entwicklungsländer auf eine strahlende Zukunft.

Bis 1990, sagte ihnen die Wiener Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) Mitte der siebziger Jahre voraus, würden in der Dritten Welt mindestens 260, vielleicht sogar 600 Atommeiler 174 000 Megawatt (MW) elektrischer Energie erzeugen: Die gewaltigen Strommengen, so das Kalkül, sollten auch den armen Ländern eine schnelle Industrialisierung ermöglichen, ihnen Wohlstand bringen.

Das geradezu pharaonische Nuklearprogramm Brasiliens nährte die Atom-Euphorie noch: 1975 schlossen die Lateinamerikaner mit der Bundesrepublik Deutschland einen Vertrag, der ihnen die Beherrschung des gesamten Brennstoffkreislaufs in Aussicht stellte. Acht Atomkraftwerke, Typ „Biblis“, von je 1245 Megawatt, sollten in Brasilien bis 1990 gebaut werden, dazu eine Uran-Anreicherungsanlage sowie Werke für die Herstellung von Brennelementen und Reaktor-Bauteilen. Auftragswert damals: zwölf Milliarden Mark.

Die Wirklichkeit hat all diese Träume atomisiert und die Experten der IAEO als Phantasten bloßgestellt: Ganze 23 Atomkraftwerke wurden bislang in den Entwicklungsländern errichtet (Gesamtleistung: 13 100 MW), nicht einmal fünf Prozent der weltweiten Nuklear-Kapazität. Viele Dritte-Welt-Reaktoren arbeiten, wenn überhaupt, nur sporadisch. Störfälle, verursacht durch Schlamperei, Konstruktionsfehler oder Wartungsmängel, legen die Kernkraftwerke (KKW) immer wieder lahm, gefährden Menschen und Umwelt. Vor allem aber mangelt es an Geld. Oft können nicht mal dringende Reparaturen durchgeführt werden.

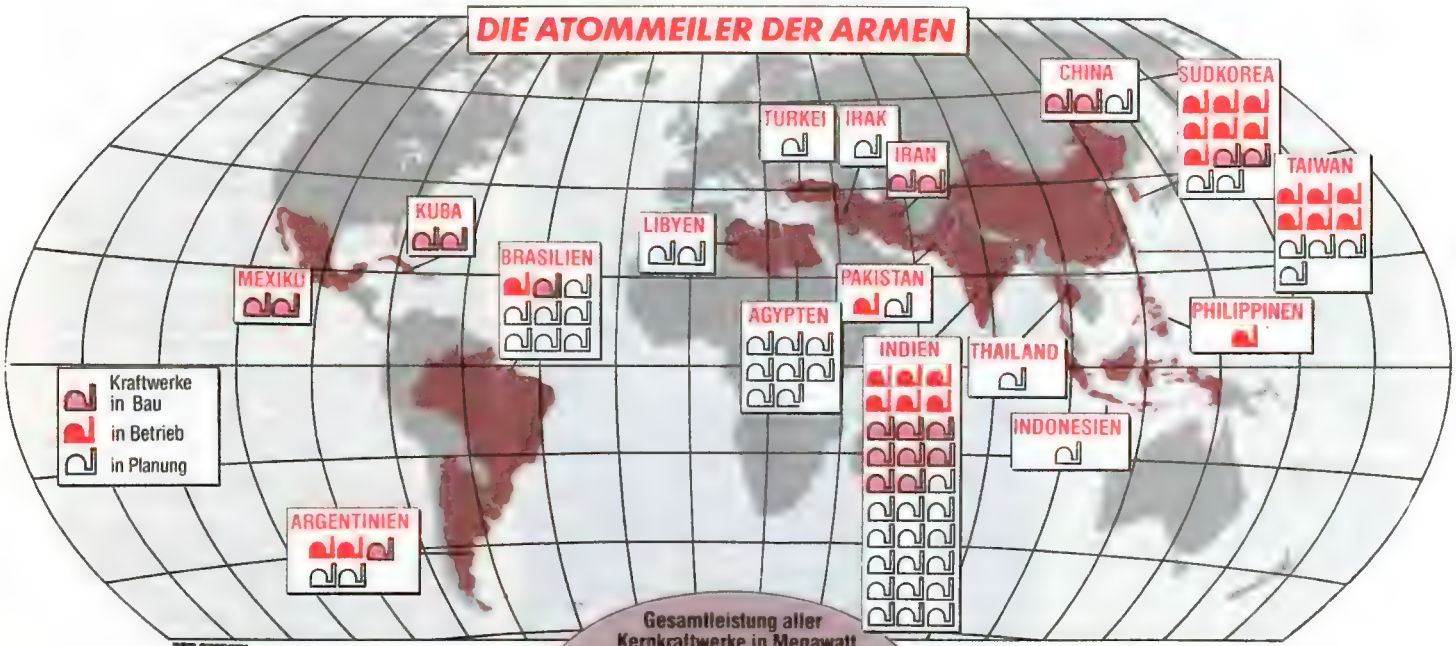
Mehr als 30 Jahre nach der ehrgeizigen „Atome für den Frieden“-Initiative des US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower haben sieben Entwicklungsländer Kernreaktoren. „Wohl niemals zuvor“, urteilt Christopher Flavin vom Washingtoner Worldwatch Institute, „hat ein Vorhaben solcher Größe so einen Flop erlebt.“

In Brasilien wurde mehr als zwölf Jahre nach Unterzeichnung des Nuklearvertrages mit der Bundesrepublik noch keine einzige Kilowattstunde Strom aus einem deutschen KKW ins Netz eingespeist. Das einzige fertige KKW, ein 626-MW-Reaktor des US-Konzerns Westinghouse, mußte im Juni vergangenen Jahres wieder einmal unplanmäßig abgeschaltet werden – seit 1985 zum 23. Mal. „Noch 'n Knockout“ spottete die brasilianische Wochenzeitung „Veja“. Das „Glühwürmchen“ (so der Volksmund) wird wegen eines defekten Generators noch monatelang stillstehen.

1987 glimmte das Westinghouse-KKW Angra 1 am Strand von Itaorna (indianisch für „Fauler Stein“), 150 Kilometer westlich von Rio de Janeiro, gerade drei Wochen lang. 1986 waren es immerhin etwa zwei Monate.

Wenn der Atommeiler funktioniert, kostet die erzeugte elektrische Energie Brasilien dreimal soviel wie der Strom, der aus der überreichlich vorhandenen Wasserkraft gewonnen wird. Fällt der Reaktor aus, steigen die Verluste von Angra 1 auf sechs Millionen Dollar im Monat. Paulo Richer, Generalsekretär des Energieministeriums, nennt das vermeintliche Spitzenprodukt amerikanischer Hochtechnologie bloß noch „ein Miststück“. Brasilien hat Westinghouse in New York auf 50 Millionen Dollar Schadensersatz verklagt.

Nach der Schlüsselübergabe im November 1984 hatten die US-Konstrukteure die überforderten brasilianischen Techniker mit dem KKW allein gelassen, nicht zuletzt aus Enttäuschung, daß die



Gesamtleistung aller Kernkraftwerke in Megawatt

Kernkraftwerke	ÄGYPTEN	ARGENTINIEN	BRASILIEN	CHINA	INDIEN	INDONESIEN	IRAK	IRAN	KUBA	LIBYEN	MEXIKO	PAKISTAN	PHILIPPINEN*	SÜDKOREA	TAIWAN	THAILAND	TÜRKEI
in Betrieb	–	935	626	–	1154	–	–	–	–	–	–	125	–	5380	4918	–	–
in Bau	–	692	1245	1188	1760	–	–	2400	816	–	1308	–	–	1800	–	–	–
geplant	8000	600–1000	8715	900	6940	600–1000	400	–	–	816	–	900	–	1800	4120	900	665

*Kernkraftwerk außer Betrieb: 620 MW

Westinghouse-Kernkraftwerk in Brasilien: „Niemals zuvor hat ein Vorhaben solcher Größe so einen Flop erlebt"

großen Folgeaufträge an die Deutschen vergeben wurden.

Jetzt sollen Ingenieure der deutschen Kraftwerk Union (KWU) den Skandalreaktor wieder flottmachen. Dabei haben sie mit ihren eigenen Atomkraftwerken, Angra 2 und Angra 3, hinreichend Probleme.

Bei den Aufschlußarbeiten für Angra 2 sackte das Maschinenhaus des benachbarten US-Reaktors plötzlich ab. Um Ähnliches beim deutschen KKW zu verhindern, mußten aufwendige „Pfahlgründungsarbeiten" durchgeführt werden. Angra 3, das schon 1985 fertig sein sollte, ist noch nicht einmal im Bau. Seit Jahren lagern aber fertige Kraftwerksteile für die beiden deutschen KKW (Wert: 1,5 Milliarden Mark) in Hamburg und Brasilien.

Staatschefs Sarney, Alfonsín*: Atompläne drastisch reduziert

Der Präsident der staatlichen brasilianischen Atomholding Nuclebras, Licinio Seabra, fürchtet bereits schwerwiegende „Materialschäden" – wie beim Westinghouse-KKW. Die Teile, beteuert hingegen KWU-Sprecher Wolfgang Breyer, seien „tropenfest verpackt", für die Verzögerungen sei die finanzielle Misere der Brasilianer verantwortlich.

Der Auftraggeber Nuclebras ist kaum noch zahlungsfähig, die Arbeiten bei Angra dos Reis kommen deshalb nur im Kriechgang voran. Die galoppierende Inflation (1987: 366 Prozent) wirft jede Kostenrechnung über den Haufen.

Mit ihrem atomaren Größenwahn haben die Militärs, die sich 1985 offiziell aus den Staatsgeschäften zurückzogen, Brasilien in eine ausweglose Situation gebracht: Die junge Demokratie kann sich die Atomkraft nicht mehr leisten – den Ausstieg aber ebenfalls nicht.

„Wir haben schon zuviel ausgegeben", meint Lindolfo Paixão, Direktor der Energiegesellschaft von São Paulo, „ein armes Land wie unseres kann da nicht mehr auf die Kernenergie verzichten."

Rund sieben Milliarden Dollar haben die hochverschuldeten Brasilianer bisher in ihre Atomanlagen investiert, jeder Tag Verzögerung kostet sie eine Million Dollar Zinsen.

Vielleicht war alles vergeblich: Kürzlich erklärte der Geologe Robert Pereira da Cunha vom brasilianischen Weltraum-Forschungsinstitut, die Gegend um Angra dos Reis sei geologisch gefährdet. Vor der Auswahl des Standortes hatte die Militärdiktatur keine unabhängigen Untersuchungen zugelassen. Auf Satellitenbildern, so da Cunha, seien zwischen Rio und São Paulo zehn Kilometer breite und mehrere Kilometer tiefe Verwerfungen zu erkennen. Stauwerke erhöhten noch den Druck auf diese Brüche, einsickerndes Wasser wirke wie Schmiermittel.

Vor Ort plagen den Bauherrn indes ganz andere Sorgen: Viele Beschäftigte haben das Vertrauen in die KKW verloren, hochspezialisierte, in der Bundesrepublik ausgebildete Kernkraftexperten wandern scharenweise zu besser zahlenden Unternehmen ab – unter anderem in die militärische Kernforschung.

Vor kurzem behaupteten die brasilianischen Militärs, die Urananreicherung zu beherrschen – ein erster Schritt auf dem Weg zur Atombombe, die offensichtlich auch die demokratisch gewählte Regierung ihren Offizieren nicht verwehren kann oder will.

Im Atomnachbarland Argentinien arbeiten Wissenschaftler ebenfalls weiter an der Bombe, obwohl Staatschef Raúl Alfonsín im Juli 1987 bei einem Besuch seines brasilianischen Kollegen José Sarney in der Nuklearanreicherungsanlage in Pilcaniyeu versicherte, daß beide Länder gemeinsam lediglich „Lösungen für unsere Energieprobleme suchen". Argentiniens Atomenergiepläne wurden bereits 1984 drastisch reduziert, als die Regierung unter dem Druck des Internationalen Währungsfonds das Atomprogramm zusammenstrich.

Besonders betroffen war davon wiederum die Kraftwerk Union. Im Mai

* In der argentinischen Nuklearanreicherungsanlage in Pilcaniyeu.

1987 wurden die Arbeiten am KKW Atucha 2, das die KWU gemeinsam mit den Argentiniern errichtet, aus Geldmangel vorläufig gestoppt. Das Werk wird frühestens 1992 in Betrieb gehen.

Die beiden bereits bestehenden argentinischen KKW bergen unkalkulierbare Risiken: Atucha 1, seit 1974 am Netz, ist veraltet, im KKW von Embalse gab es 1983 eine Störung, die dem Unfall im US-KKW Three Mile Island bei Harrisburg gefährlich nahe kam, aber jahrelang verheimlicht werden konnte (SPIEGEL 17/1987). Vor wenigen Wochen wurde bei einer neuen Panne in Embalse radioaktives Cäsium 137 freigesetzt.

Dennoch steht Argentinien, dank kanadischer, deutscher und Schweizer Hilfe, in der Nukleartechnologie unangefochten an der Spitze der Drittweltstaaten. Zehn Milliarden Dollar, knapp ein Fünftel seiner gesamten Auslandsschulden, hat das Land bisher in diese fragwürdige Führungsrolle investiert.

Schon 1951 gründete Präsident Juan Perón eine nationale Atomenergie-Kommission. Daß Argentinien nie dem Atomwaffen-Sperrvertrag beitrat, habe vor allem kommerzielle, weniger militärische Gründe, argumentieren die Lateinamerikaner. Nun soll sich der Atom-Aufstieg bezahlt machen: Seit Anfang 1987 treten die Argentinier als Anbieter von Kernkraftwerken auf dem übersättigten Weltmarkt auf. Der Iran soll der erste Kunde sein. Die argentinische Firma Enace, an der die KWU mit 25 Prozent beteiligt ist, will bei der Fertigstellung des KKW Buschihr mitmischen.

Kontrollzentrum in Brasiliens KKW Angra 1: „Ein Miststück"

Diesen Kraftwerksbau hat die KWU 1975 begonnen, nach der Machtübernahme Chomeinis wurden die Arbeiten vorläufig eingestellt. Bei einem irakischen Bombenangriff auf die Baustelle kamen Mitte November 1987 elf Menschen ums Leben, darunter ein deutscher Ingenieur.

Kurz zuvor hatte die KWU noch versucht, acht Dampferzeuger für Buschihr von der Mailänder Zulieferfirma Ansaldo in den Iran zu transportieren. Doch Fabrikarbeiter blockierten mit Sitzstreiks die Auslieferung der eigenen Produkte, aus Sorge vor Atomwaffenplänen der Ajatollahs. Die Regierung in Rom entschied: Bis auf weiteres dürfen die Kraftwerksteile Italien nicht verlassen.

Auch Pakistan, ein anderer KKW-Hoffnungsmarkt, leidet unter mangelnder Glaubwürdigkeit. 1979 zogen die Franzosen unter dem Druck der USA die Zusage für den Bau einer nuklearen Wiederaufarbeitungsanlage zurück. Aus Furcht vor einer „islamischen Bombe", die bereits so gut wie fertig ist, mag auch niemand mehr konventionelle Atomkraftwerke an Islamabad liefern.

Dabei verfügt Pakistan, anders als etwa Argentinien und Brasilien, kaum über nutzbare Energiereserven und wäre auf die Kernkraft besonders angewiesen.

Der Energieverbrauch in Pakistan ist einer der niedrigsten der Welt, nicht einmal die Hälfte der 50 000 Dörfer sind an das Stromnetz angeschlossen.

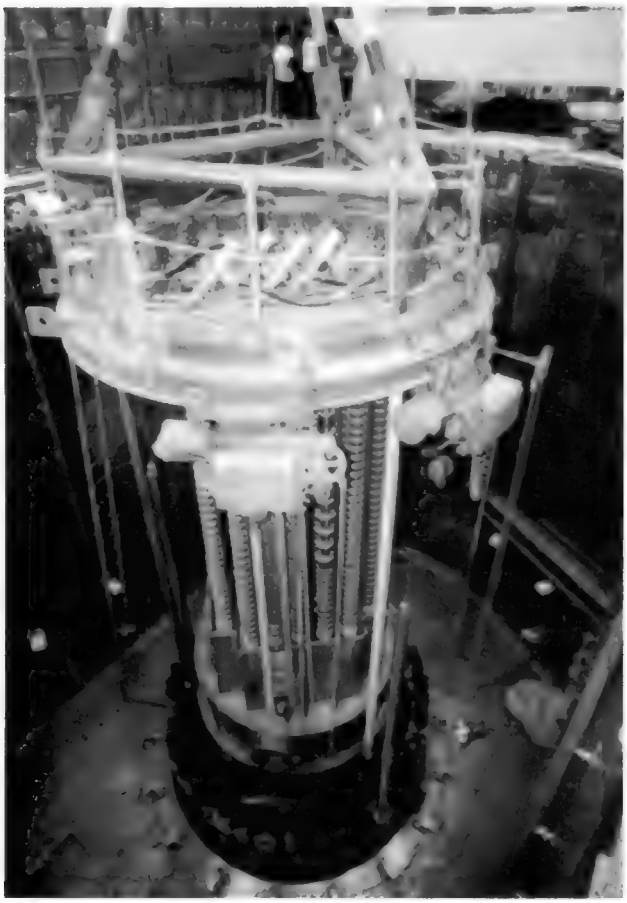
Das einzige existierende KKW schafft aus Altersgründen nur noch einen Bruchteil seiner anfänglichen Leistung. Bei Lecks floß schon öfter schweres Wasser aus, das unter anderem radioaktives Tritium enthielt.

So machten politische, wirtschaftliche, aber auch technische Probleme das geplante große Geschäft mit Atomreaktoren für die Dritte Welt kaputt.

Noch vor drei Jahren rechnete Reaktorhersteller Westinghouse mit 25 neuen KKW-Bestellungen bis 1990, vorwiegend aus Entwicklungsländern. Die KWU, nach den US-Firmen Westinghouse und General Electric sowie der französischen Framatome der viertgrößte KKW-Hersteller der westlichen Welt, setzte unter anderem auf Aufträge aus Indonesien, der Türkei und Ägypten.

Indonesien will sich aber noch nicht festlegen und macht die Entscheidung vor allem „von der finanziellen Seite des Projekts" abhängig; die technische Qualität des KKW sei zweitrangig. Den Zuschlag wird erhalten, wer die Anlage auf Java nicht nur baut, sondern auch finanziert und 15 Jahre lang betreibt. Erst dann wollen die Indonesier das KKW übernehmen.

Eine ähnliche Risiko- und Kostenumverteilung wünscht sich die Türkei. Ankara möchte sich damit für das geplante



Philippinisches KKW Bataan*
Schwere Sicherheitsmängel entdeckt

* Einfahren des Reaktorkerns.

Kernkraftwerk bei Akkuyu im Süden des Landes knappe Devisen ersparen.

Auch Ägyptens Atomzukunft (acht Reaktoren bis 2005) bleibt unsicher. Bisher kassierte das Land am Nil von der IAEO fast vier Millionen Dollar für den „Umgang mit Atommüll", ohne über Kernreaktoren oder radioaktiven Müll zu verfügen. Noch hat die KWU die Hoffnungen nicht aufgegeben, in Ägypten mitmischen zu können, doch die bisherigen Ergebnisse sind ernüchternd: Außer Spesen nichts gewesen.

„Es ist ein Lustgewinn wie auf einem Nagelbrett", beschreibt KWU-Chef Klaus Barthelt die Lage seiner Firma. Zuletzt reichten die Erträge nicht mehr aus, die Personalkosten zu decken. Die KWU verlor nach dramatischen Umsatzrückgängen ihre rechtliche Eigenständigkeit als Siemens-Tochter und wurde dem Konzern im Oktober 1987 als siebter Unternehmensbereich eingegliedert, mit neuem Tätigkeitsfeld „Umwelttechnik".

Den Weg „vom Atom-Saulus zum Öko-Paulus", so die alternative „Tageszeitung", möchte auch ein anderer KKW-Produzent, die schweizerisch-deutsche Brown, Boveri & Cie. (BBC), einschlagen. Weder BBC noch Siemens wollen sich aber ganz aus dem Atommarkt zurückziehen. Beide Konzerne versuchen nunmehr, mit kleinen Hochtemperaturreaktoren den Nuklearexport anzukurbeln. In diesen Anlagen soll im Gegensatz zu den herkömmlichen KKW eine Kernschmelze selbst bei einem Versagen des gesamten Kühlsystems praktisch ausgeschlossen sein. Ein weiterer Vorteil: Kleine KKW könnten beispielsweise auch zur Meerwasserentsalzung bei gleichzeitiger Stromgewinnung eingesetzt werden.

Doch auch mit den „Small is beautiful"-Reaktoren ist vorläufig kein Durchbruch zu erzielen. Selbst kleine KKW erfordern ein weitreichendes Stromnetz, gut ausgebildete Techniker, Reservekapazitäten, schnell verfügbare Ersatzteile, teure Sicherheitsvorkehrungen und ein geeignetes Atommüll-Lager – auch in den reicheren unter den Entwicklungsländern alles Mangelware.

Auf einer Sondertagung der Großkraftwerksbetreiber in Dortmund mußten die Referenten kürzlich verbittert eingestehen, daß in den nächsten 10 bis 15 Jahren wohl kein Stromerzeuger einen handlichen Hochtemperatur-Reaktor bestellen wird.

Inzwischen kam sogar die IAEO, seit 30 Jahren ein bewährter Vertreter der Atomlobby, zu dem Schluß, daß bestenfalls 10 bis 20 Drittweltstaaten über die notwendige Infrastruktur für ein Atomprogramm verfügen. 1986 wurde weltweit nur noch mit dem Bau eines einzigen neuen KKW begonnen, 1987 waren es acht – immer noch viel weniger als in den siebziger Jahren.

Kostenexplosion, zunehmende politische Widerstände sowie die Unfälle von Three Mile Island (1979) und Tschernobyl (1986) haben aus der Kernkraft bis auf weiteres „eine Totgeburt gemacht", so Christopher Flavin vom Worldwatch Institute.

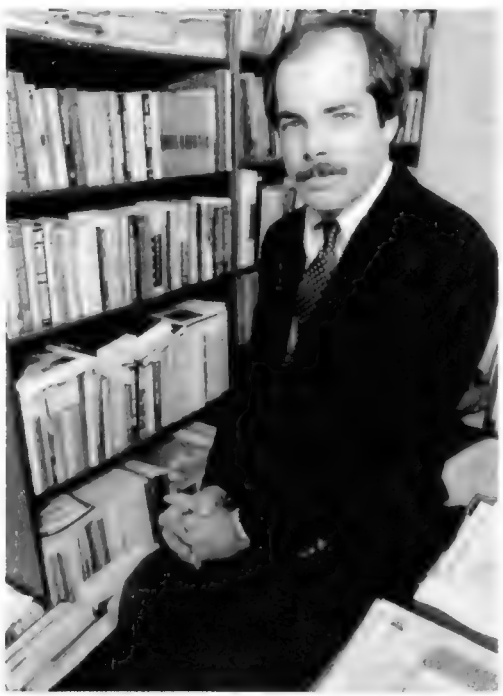
In der Dritten Welt arbeitet lediglich in Taiwan und Südkorea der Großteil der Atommeiler einigermaßen klaglos. Vor allem Indien ist aber zu einem Opfer kurzsichtiger Atompropaganda und technologischer Naivität geworden. Der Subkontinent wollte einst bis 1980 eine Kapazität von 8000 MW in eigenen KKW erreichen.

Heute müssen die Verantwortlichen schon zufrieden sein, wenn die bestehenden sechs Reaktoren überhaupt funktionieren und es auf bescheidene 1200 MW bringen – insgesamt nicht einmal soviel wie ein einziger Reaktorblock in Biblis oder Cattenom.

Statt geplanter zehn Prozent tragen Indiens KKW weniger als drei Prozent zur nationalen Stromerzeugung bei. Dabei gelten die häufigen Stromausfälle als Achillesferse der wirtschaftlichen Entwicklung. Drei Jahre lang blieb das KKW Rapp I im Bundesstaat Radschasthan wegen Reparaturarbeiten außer Betrieb, zwischen 1973 und 1981 mußte es über 250mal abgeschaltet werden. Bald wird Indien gezwungen sein, das desolate Werk abzuwracken, und wird damit auf Schwierigkeiten stoßen, mit denen noch kein Industriestaat fertig geworden ist. In Tarapur wählte sich der Leiter der beiden Kraftwerksblöcke vergebens den elefantenköpfigen Hindu-Gott Ganesch, der Böses abwenden soll, zum Talisman. Experten nennen die Reaktoren eine „Todesquelle"; außer Tschernobyl seien sie „die am meisten verseuchten KKW der Welt". Bei Unfällen leckte radioaktiv hochbelastetes Wasser, drei Menschen kamen ums Leben, Hunderte wurden weit überhöhten Strahlenwerten ausgesetzt.

Wie in den meisten Drittweltstaaten wächst nun auch in Indien der Widerstand gegen neue KKW-Projekte. Weil im Heimat-Bundesstaat Mahatma Gandhis bei Kakrapar ein Atommeiler errichtet wird, zogen aufgebrachte Anhänger des Friedenskämpfers und Idols der Gewaltfreiheit auf die Straße. Gegen das KKW Narora am heiligen Fluß Ganges, dessen Wasser Millionen Inder trinken, demonstrierten empörte Hindus. Bislang hat aber erst ein einziges Drittweltland ein fertiggestelltes KKW nicht in Betrieb genommen. Auf den Philippinen löste Präsidentin Corazon Aquino kurz nach dem Machtwechsel 1986 ihr Wahlversprechen ein und ließ den 620-MW-Reaktor auf der Halbinsel Bataan stillegen, kurz bevor er ans Netz gehen sollte.

KWU-Chef Barthelt: Außer Spesen nichts gewesen



US-Atomkritiker Flavin
Kernkraft wurde zur Totgeburt

Der US-Konzern Westinghouse hatte sich 1976 den Zuschlag für den Bau mit „Vermittlerhonoraren" und Zuwendungen erkauft. 70 Millionen Dollar flossen in die Privatkasse des damaligen Präsidenten Marcos, Westinghouse will nichts davon gewußt haben.

Ein „Management-Alptraum" (so das US-Wirtschaftsmagazin „Fortune") folgte: Ohne Expertengutachten und die Baubewilligung abzuwarten, begann Westinghouse überhastet mit dem

Kraftwerksbau – acht Kilometer neben einem ruhenden Vulkan, 40 Kilometer entfernt von drei geologischen Brüchen.

Das wurde sogar der atomfreundlichen IAEO zuviel. Ihre Aufforderung, die Arbeiten sofort zu unterbrechen, mißachteten die Filipinos. Als der Reaktor mit Brennstäben beladen werden sollte, entdeckte IAEO-Inspektor William Albert weitere schwere Sicherheitsmängel. Um Defekte zu vertuschen, änderte Westinghouse die Baubeschreibungen.

Am Ende stellte der US-Konzern statt anfangs veranschlagter 650 Millionen Dollar für *zwei* Kraftwerksblöcke 2,2 Milliarden Dollar für *einen* Reaktor in Rechnung. Der Preis der Westinghouse-Marcos-Connection ist für die Philippinen kaum bezahlbar: Allein die Zinsen für die ausländischen Kredite betragen täglich 350 000 Dollar.

Ein ähnliches Nuklear-Fiasko droht nun Mexiko, nach Brasilien das höchstverschuldete Entwicklungsland der Welt. In Kürze soll der erste der beiden Reaktorblöcke von Laguna Verde in Betrieb gehen. Nach über 20jähriger Planungs- und Bauzeit wird Mexiko dieses Atomabenteuer 4,5 Milliarden Dollar kosten. 20 Kernkraftwerke wollten sich die Mexikaner einst zulegen – heute spricht niemand mehr davon.

„Atomkraft? Nein danke", dieser Ruf kommt nun auch in der Dritten Welt immer häufiger von Finanziers und Finanzministern. Für einige Entwicklungsländer, vermutet Christopher Flavin, dürfte ein schnelles Ende der Nuklearprogramme die Voraussetzung zur Lösung ihrer Schuldenkrise sein.

Nur das sozialistische Kuba mag sich von den tristen Atom-Erfahrungen nicht beirren lassen. Félix Fidel Castro Díaz, Vorsitzender der kubanischen Atomenergie-Kommission und Sohn des Staatschefs, baut mit sowjetischer Hilfe zwei KKW an der Stadtgrenze von Cienfuegos. Beide Atommeiler sollen, dank Übererfüllung des Plansolls, bereits 1990 anlaufen.

Selbstbewußt erklärte Staatschef Fidel Castro unlängst: „Keine Anlage in der Welt wird sicherer sein."

ISRAEL

Der nächste

Wie am Fließband urteilten Militärgerichte jugendliche Palästinenser ab – die Schnellverfahren mißrieten oft zu Justiz-Burlesken.

Die Katze", ruft Richter Jehoschua Levi, „schafft die Katze hier raus." Der Oberst zieht einen Kugelschreiber aus seinem Militärparka und läßt ihn wie einen Tambourstock auf dem Tisch tanzen. Die Zuhörer grinsen.

Zwei Soldaten springen hinzu, um den Störer zu stellen. Der fette schwarze Kater macht ein paar große Sätze hinüber zur Anklagebank, läuft im Zickzack zwischen den Beinen der Angeklagten hindurch und springt auf den Tisch der Stenographin, die Bubble-gum-blasend auf ihren Einsatz wartet. Es dauert fast fünf Minuten, bis es den Soldaten gelungen ist, die Katze nach draußen zu scheuchen.

Demonstration im Westjordanland, Palästinenser im Polizeibus, vor Gericht: Sechs

Da schmunzeln selbst die Angeklagten, die sonst wahrlich nichts zu lachen haben. Kaum einer ist älter als 16. Einige von ihnen sind seit zwei Wochen in Haft, ohne Kontakt zu ihren Angehörigen, ohne Beistand eines Anwalts. Die Angeklagten kennen noch nicht einmal die Anklageschrift.

Militärgericht Nablus, Westjordanland: Der Staat Israel verhandelt gegen 34 jugendliche Palästinenser. Sie werden beschuldigt, während der Adventsunruhen Steine auf Soldaten oder Polizisten geworfen zu haben.

Der Prozeß ist eine Justiz-Burleske – aber nicht wegen der Katze. Mit der Wahl des Anwalts fängt es schon an. Die Angeklagten hatten keine Gelegenheit, vor Beginn des Verfahrens mit ihren Verteidigern zu reden. Sie müssen den Anwalt durch Zuruf bestimmen. Ein halbes Dutzend Advokaten marschiert vor der Anklagebank auf; die Palästinenser können dann auf einen von ihnen zeigen, der ihnen zusagt: „Du?" „Wer, ich?" „Nein, der mit dem grauen Anzug und dem Bart." Der Anwalt darf einen Blick in die Ermittlungsakte werfen, und los geht's mit der Rechtsfindung.

Die meisten der jungen Männer sind nachts in den Wohnungen ihrer Eltern verhaftet worden. Die Häscher hatten es so eilig, daß sie sich dabei oft genug vergriffen. Der Richter ruft mehrfach Angeklagte auf, die gar nicht im Saal sind. Dafür sind andere da, die nicht auf seiner Liste stehen.

So kommt es zu Dialogen frei nach Kafka: „Ich rufe Jihje Hassan Ahmed Suba." Keine Antwort. „Wo ist Jihje Hassan? Wo ist Andscha el-Asmar?" Einer der Angeklagten: „Sie sind nicht da." Wachhabender: „Vielleicht sind sie in einem anderen Gefängnis. Vielleicht sind sie aber auch schon entlassen. Ich werde eine Überprüfung veranlassen." Richter: „Der nächste."

Von den 34 Angeklagten werden an diesem Vormittag nur drei verurteilt; sie haben sich schuldig bekannt. Einer davon ist Latif Abd el-Hadi, 15, wohnhaft im Lager Anabta nördlich von Nablus. Latif gibt zu, daß er am Schultor Schmiere gestanden hat, als seine Kameraden Steine auf Militärfahrzeuge warfen. Weil er nicht vorbestraft ist, verurteilt ihn Richter Levi zu sechs Wochen Gefängnis und zu einer Geldstrafe von 500 neuen Schekel, etwa 450 Mark.

Am nächsten Morgen fährt ein Autobus mit sogenannten schweren Fällen aus dem Gefängniscamp Atlit bei Haifa vor dem Gericht in Nablus vor. Die Häftlinge warten zum Teil drei und vier Stunden lang mit verbundenen Augen im Bus, bis sie in den Gerichtssaal geführt werden.

Normalerweise hat Richter Levi zwischen drei und vier Dutzend Fälle am Tag zu verhandeln. Doch selbst so routinierte Gerichtsherren wie die israelischen Militärrichter sind dem Tempo und der Besessenheit, mit der die Sicherheitskräfte in den letzten Wochen drauflos verhafteten, nicht gewachsen. Im Gazastreifen, in Ostjerusalem und im Westjordanland sind mindestens tausend Palästinenser in Haft genommen worden.

In Nablus werden an diesem Tag nur 24 Angeklagte vorgeführt – im Schnitt einer pro Viertelstunde. 21 Fälle müssen

Wochen für Steinewerfen

vertagt werden – weil die Akten unvollständig oder verschwunden sind, oder weil es Komplikationen zwischen dem Verteidiger und dem Angeklagten oder dessen Angehörigen gegeben hat.

Gegen Mittag schlagen die Verteidiger draußen auf der Straße Lärm. Das Gerichtsverfahren, so schimpft der arabische Rechtsanwalt Dschawab Bulus, widerspreche jeder rechtsstaatlichen Ordnung. Man habe es hier mit einer „mechanisierten Justiz" zu tun.

Richter Levi ist kein Betonkopf. Die Pannen sind ihm wirklich peinlich. Das orientalische Chaos paßt nicht in die Klischeevorstellungen von israelischer Effizienz. Levi räumt ein, daß die Art, mit der hier Recht gesprochen wird, nicht dem Rechtsempfinden des israelischen Volkes entspricht. Es sei alles „ein großes Durcheinander".

Aber die Militärrichter haben ihre Anweisungen. Deshalb wird weitergewurstelt, obwohl die Schnellverfahren dem Ruf des Staates schaden. Die Regierung in Washington hat Beobachter zu den Prozessen entsandt.

Im Gazastreifen gibt es für die Militärjustiz die meiste Arbeit. Weil das Zentralgefängnis überfüllt ist, hat die Armee im Lager Ansar 2 – ebenso wie in Hebron – in aller Eile Zelte aufgestellt. Allein in Gaza sind fast 600 Jugendliche festgenommen worden, 85 Prozent davon im Alter von 14 bis 17 Jahren.

Wer sich von vornherein schuldig bekennt, kann mit einem moderaten Strafmaß rechnen. Der Punktekatalog sieht vor: Steinwurf sechs Wochen, Fenster einwerfen drei bis sechs Monate, Steinwurf mit Treffen am Mann sechs bis zwölf Monate. Wobei im Zweifelsfall meist zugunsten des Angeklagten entschieden wird.

In Gaza bekennen sich die meisten Angeklagten schuldig, ob freiwillig oder nicht, das ist in der Eile nicht zu klären. Die Anwälte behaupten, die Geständnisse seien zum Teil aus ihren Mandanten herausgeprügelt worden. Nur, diese Vorwürfe konnten bisher nicht belegt werden. Sie werden vor Gericht auch nicht untersucht, weil die Verteidiger aus Protest gegen die Verfahrensweise der Gerichte in einen unbefristeten Streik getreten sind.

Im Flüchtlingslager Balata, dem westjordanischen Epizentrum des palästinensischen Bebens, in der Nähe von Nablus, wo am 11. Dezember drei junge Männer erschossen wurden, sind die Spuren der Razzia auf Randalierer und Steinewerfer noch zu besichtigen: eingetretene Haustüren, zerbrochene Fenster und Windschutzscheiben, gekappte Stromkabel, zerschossene Wassertanks.

„Es waren zwölf Mann, die unser Haus stürmten, alles drusische Grenzpolizisten", sagt Mahmud Abu Nakija, in dessen Haus sie jede einzelne Scheibe eingeschlagen haben. Einer richtete seine Automatik gegen Abu Nakijas Tante, die 70jährige Amina, und schrie sie an, sie sei eine Hure. Dann schlug er der alten Frau das Gewehr auf den Kopf.

Die zwei Brüder Nabil Assad Salih und Salih Uthman Salih wurden gegen elf Uhr abends aus den Betten heraus festgenommen. Fünf Soldaten hatten das Haus umstellt, fünf andere das Dach besetzt. Die zehn Soldaten stellten das Haus auf den Kopf. „Wir haben so etwas noch nicht erlebt, seit die Israelis unser Land besetzt haben", sagt Sajjid Abdullah, der Onkel von Salih und Nabil.

Das waren Exzesse, die die Regierung gewiß nicht wollte. Sie hat schließlich gegen rebellische Palästinenser ein besseres Druckmittel als Prügel. In schweren Fällen von Landfriedensbruch, so hieß es in Jerusalem, würden die Anstifter ins benachbarte Ausland ausgewiesen.

Die Drohung wirkt fast immer. Die Aussicht, viele Jahre oder gar den Rest des Lebens getrennt von der Familie, im Libanon, in Syrien oder Jordanien, verbringen zu müssen, ist abschreckender als ein paar Monate Gefängnis.

Die Schutzmacht Amerika hat Jerusalem vor einer Ausweisung von Palästinensern gewarnt, weil sie unmenschlich und zudem völkerrechtswidrig sei. Listig konterten die Israelis, die Palästinenser würden nach ihrem eigenen Rechtsverständnis ja nur von einem Landesteil Jordaniens in einen anderen verfrachtet.

„Leute, die mit vermummten Gesichtern vor den Schulen auftauchten und Schüler zur Teilnahme an Krawallen zwangen", sagte Jizchak Rabin am ersten Weihnachtstag, sollten nicht geschont werden. Nur, von solch vermummten Rädelsführern hat die Regierung bislang noch keinen vorgezeigt.

Entweder sind sie alle entkommen, oder die PLO hat recht, wenn sie behauptet, der Aufstand sei eine spontane Volkserhebung gewesen.

Gegen den Haß einer ganzen jugendlichen Generation aber helfen keine Massenverhaftungen und Deportationen. Das Meer, so sagt ein arabisches Sprichwort, kann man nicht mit einem Sieb ausschöpfen.

LUFTFAHRT

Eigener Stil

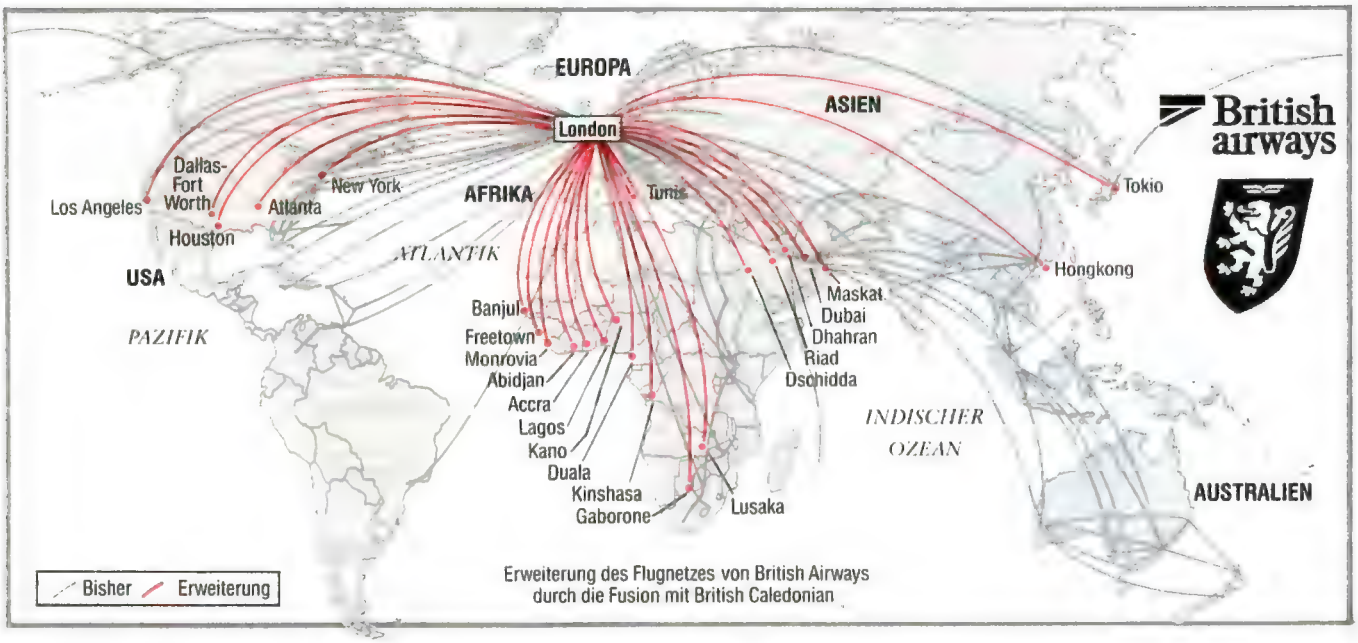
Nach der Übernahme von British Caledonian möchte British Airways die „mächtigste Fluggesellschaft der Welt" werden.

In einem Hangar der Fluggesellschaft British Caledonian am Londoner Flughafen Gatwick blies ein einsamer Trompeter den Zapfenstreich. Passagiere blickten wehmütig auf die schmucken Schottenröcke von Caledonian-Stewardessen: „Die werden nun bald verschwinden."

„Um die Farben auf dem Markt zu halten, hat die Öffentlichkeit nicht genü-

* Mit Stewardessen von British Airways und British Caledonian nach der Entscheidung über die Zusammenlegung beider Gesellschaften.

Luftfahrt-Manager Thomson, King*
Fette Beute für den Lord



Erweiterung des Flugnetzes von British Airways durch die Fusion mit British Caledonian

gend Tickets gekauft", kommentierte kühl Lord King, 69, der Vorsitzende des Aufsichtsrates von British Airways (BA). Er läßt rund 6000 der 8000 Caledonian-Angestellten Uniformen seiner Airline verpassen.

Kurz vor Weihnachten hatte BA nach fünfmonatigem Gerangel bei British Caledonian (BCal), der zweitgrößten Fluggesellschaft des Landes, die Kontrolle übernommen. BA zahlte 250 Millionen Pfund in bar, um den Konkurrenten Scandinavian Airlines System (SAS) auszustechen.

„Das ist skandalös. Es zeigt, wieviel ein Monopol wert ist", protestierte Air Europe, eine von mehreren britischen Chartergesellschaften, die sich bei der Europäischen Kommission über den Zusammenschluß beklagten. Artikel 86 des Vertrages von Rom untersagt die „mißbräuchliche Ausnutzung einer beherrschenden Stellung auf dem Gemeinsamen Markt". Die Kommission kann zwar Übernahmen nicht blockieren, wohl aber den Europäischen Gerichtshof einschalten, der dann entscheidet, ob das Kartellrecht der EG gebrochen wurde.

Daß die Übernahme von Caledonian durch BA ein „verrücktes Monopol" – so ein Labour-Abgeordneter – schafft, glaubt auch die Opposition im Unterhaus. Die neue Lage sei „schlecht für die Reisenden, schlecht für die Beschäftigten in der Branche und letztendlich schlecht für Britannien". Die „Financial Times" rügte Großbritanniens Monopolkommission, die offenbar den Begriff „öffentliches Interesse" mit den Interessen von British Airways verwechselt habe.

Auf dem Weltmarkt rückt BA, die weit mehr Passagiere befördert als andere europäische Fluglinien, nun hinter den US-Gesellschaften Texas Air, United, American, Continental und TWA zu den Super-Carriern auf. Ein Geschäft mit United verheißt weitere Expansion: Briten und Amerikaner wollen ihre Flugpläne und Buchungssysteme aufeinander abstimmen und Terminals gemeinsam nutzen.

Die Flugnetze von BA und United ergänzen sich großartig. United fliegt nicht nach Europa, könnte aber durch BA neue internationale Anschlüsse anbieten. Auf den Pazifik-Routen aber kann United nach dem Abkommen in Hongkong und Tokio Anschlußflüge der BA bedienen. Schon schwärmt Lord King, daß seine British Airways die „mächtigste Fluglinie der Welt" werden könnte.

Dazu mußte er zunächst einmal die Konkurrenz zu Hause ausschalten. British Caledonian verfügte über Routen, die BA noch fehlten – etwa nach Nahost, nach West- und Zentralafrika. In Gatwick unterhielt Caledonian zudem eine Basis, die Ausweichmöglichkeiten für Heathrow bietet, den überlasteten Heimatflughafen von BA.

Lord King begann im Sommer Verhandlungen über mögliche Formen der Zusammenarbeit mit Sir Adam Thomson, 61, dem Gründer und Aufsichtsratsvorsitzenden von Caledonian. Dabei hielt King die besseren Karten.

Die seit Februar 1987 privatisierten British Airways erwirtschafteten in den ersten sechs Monaten des laufenden Geschäftsjahres bis Ende September einen Gewinn vor Steuern von 232 Millionen Pfund. Caledonian dagegen verbuchte im vergangenen Jahr einen Verlust von 19 Millionen Pfund, war jedoch beim Publikum beliebt und bei der auf Wettbewerb bauenden Thatcher-Regierung als „zweite Kraft" der britischen Zivilluftfahrt wohlgelitten.

Das änderte sich schlagartig, als die skandinavische SAS im Herbst Caledonian eine Minderheitsbeteiligung von 40 Prozent anbot. Management und Belegschaft der Caledonian diskutierten bereits die Vorteile eines Zusammenge-hens mit den Skandinaviern: Arbeitsplätze blieben ebenso erhalten wie die Identität von Caledonian.

„Die Wikinger wollen unsere Industrie plündern", warnte dagegen Norman Tebbit, Ex-Pilot und langjähriger Vorsitzender der Konservativen Partei. Die Minister Lord Young (Handel und Industrie) und Paul Channon (Verkehr) behaupteten, Caledonian würde in staatliche Hände geraten, weil SAS zur Hälfte dem schwedischen, norwegischen und dänischen Staat gehört.

Lord King, laut „Times" ein „Patriot, Royalist und bekennender Rechter", führte den entscheidenden Streich: Caledonian, so forderte der BA-Mann, müßten die Routenlizenzen entzogen werden, wenn es zu einem Arrangement mit SAS käme, denn dann würden britische Strecken unter ausländische Kontrolle geraten.

Ohne Routen aber wäre Caledonian für SAS uninteressant. Die Skandinavier gaben auf, British Airways kam zum Zuge. „Der jagende Lord", so der „Daily Express" über den auch als Fuchsjäger bekannten John King, „sackte die fetteste Beute ein."

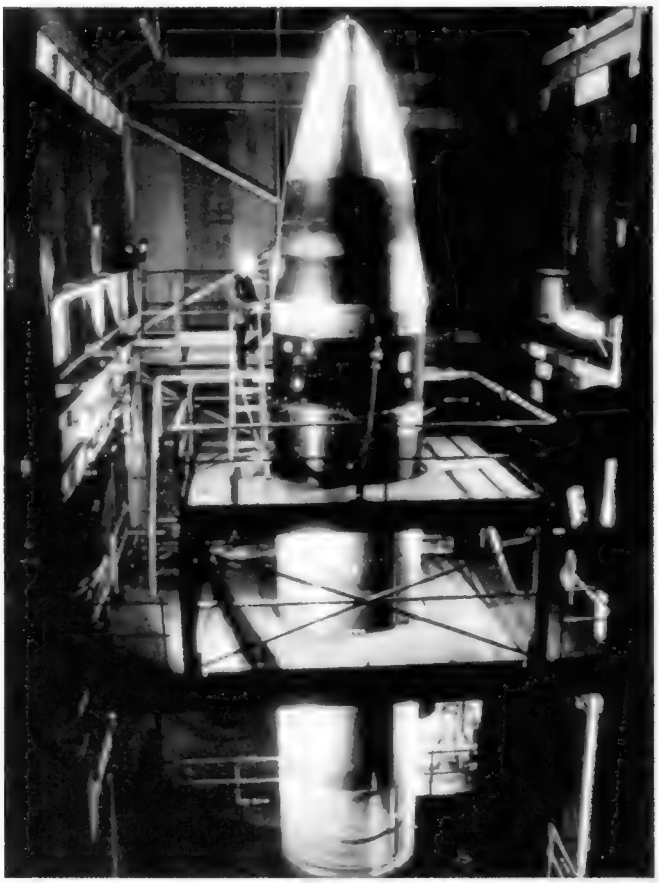
Ob auch die Passagiere etwas von der Übernahme haben, ist noch keineswegs sicher. King pflegt bei Geschäften seinen eigenen Stil.

Die karibische Ferieninsel Antigua beklagt heute ein Arrangement, das sie 1985 mit British Airways getroffen hatte: Lord Kings Unternehmen erhielt das Monopol für alle Verbindungen nach London, jährlich 145 Hin- und Rückflüge, und verpflichtete sich dafür, ein Prozent der Einkünfte an die Fluggesellschaft Antiguas abzuführen.

Nun hat die Insel ihre Bettenkapazität erhöht, und Charterflüge aus London wären gefragt. Die aber bleiben aus – wegen des Monopols der British Airways.

Betrug mit MX-Rakete

Von 30 interkontinentalen MX-Raketen, die bisher im amerikanischen Westen in unterirdischen Silos stationiert wurden, sind derzeit nur 18 einsatzbereit. Denn das aus 19 401 Bauteilen bestehende Navigations- und Kontrollsystem funktioniert nicht – wie offenbar noch vieles andere an der vermeintlichen Superrakete: Vergangenen Dienstag explodierte die erste Stufe einer MX nach dem Auffüllen mit Treibstoff, fünf Arbeiter wurden getötet. Schon seit dem Sommer ermitteln das Pentagon wie auch mehrere Kongreßausschüsse gegen den Northrop-Rüstungskonzern, der das elektronische Navigationssystem der MX herstellt. Vor dem Verteidigungsausschuß des Repräsentantenhauses beschuldigten Northrop-Mitarbeiter den Konzern unter anderem, regierungsamtliche Testvorgaben für Bauteile nicht eingehalten zu haben. Anfang 1986 seien außerdem bis zu 4700 Produktionsänderungen pro Woche angeordnet worden, was zu Beschaffungsproblemen führte. Außerdem wurden Qualitätskontrollen umgangen und beschädigte Bauteile weiter verwendet. Unter solchen Umständen sei nicht auszuschließen, daß die amerikanische Luftwaffe versehentlich einen Atomschlag gegen das eigene Land führe, klagt der demokratische Kongreßabgeordnete Jim Cooper. Jetzt wollen Justizministerium und ehemalige Northrop-Angestellte den Konzern wegen Betrugs verklagen.



MX-Rakete

Caltex-Zentrale in Kapstadt

Extra-Steuer für US-Investoren

US-Investoren in Südafrika müssen vom 1. Januar an sowohl im Apartheidstaat wie zu Hause Steuern zahlen. Der Washingtoner Kongreß verabschiedete ein Kostendämpfungsgesetz, mit dem das Haushaltsdefizit 1988 um 30 Milliarden Dollar reduziert werden soll. Von den meisten Volksvertretern unbemerkt, hatte der schwarze New Yorker Abgeordnete Charles Rangel gegen Ende des mehr als 2000 Seiten dicken Schriftstücks die Südafrika-Steuerklausel einrücken lassen. Senat und Präsident ließen das Gesetz passieren, um den heiklen Sparkompromiß nicht zu gefährden. Für Südafrika, das nun steuerrechtlich mit Albanien, Libyen und Südjemen gleichgestellt ist, hat das „US-Narrenwerk" (Johannesburgs „Sunday Times") schwerwiegende Folgen. Seit der Verabschiedung eines Anti-Apartheid-Gesetzes im Oktober 1986 haben 96 US-Firmen den Kap-Staat verlassen. Jetzt zwingt der selbsterklärte Südafrika-Freund Reagan die verbliebenen 168 Investoren, darunter mächtige Mineralölkonzerne wie Mobil und Caltex, über einen Rückzug nachzudenken. Das Botha-Regime erwägt nun die Beschlagnahme aller US-Werte in Südafrika und einen Mineralienboykott gegen die USA.

Abgeordneter Rangel

Frankreich: Unwissende Wähler

Mit Frankreich als Hochburg von Kultur und Literatur geht es bergab: Schätzungsweise 6 Millionen der knapp 44 Millionen Franzosen über 16 Jahren können nicht hinreichend lesen oder schreiben. 26 Prozent der Erwachsenen nehmen nie ein Buch in die Hand, 20 Prozent besitzen nicht mal eins. Vor allem bei der jüngeren Generation ist das Problem dramatisch. Hauptgrund für die Schwierigkeit, mit der Schrift umzugehen, ist die frühe Gewöhnung an Comics und Fernsehen. Die Politiker machen sich nun Sorgen, weil 15 bis 20 Prozent der Bürger schlecht informiert seien und daher aufs Geratewohl oder gar nicht wählten.

Tauwetter im Iran?

Teheran setzte überraschend ein Signal für Mäßigung im Umgang mit der größten religiösen Minderheit im Iran, den 300 000 Bahaïs: Gegen Kaution wurden jetzt fünf Bahaïs freigelassen, darunter drei ehemalige Mitglieder des 1983 verbotenen Nationalen Geistigen Rates. Bisher wurden die Angehörigen des obersten Gremiums dieser Religion im Iran hingerichtet oder verschleppt, die Bahaïs waren schlimmsten Verfolgungen ausgesetzt.

Südafrika: Bilder an der Zensur vorbei

Die Zeit ist schwarz in Südafrika, die weißen Herren wollen es nur nicht wahrhaben. Um der Wahrheit nicht ins Auge sehen zu müssen, haben sie ihren Staat in den „allgemeinen Ausnahmezustand" versetzt, in eine Art von lokaler Betäubung, so daß sie jede Bewegung ihrer Untertanen kontrollieren können.

Die Macht der Zensur garantiert angeblich die „Sicherheit des Staates" und – den Idealzustand – die „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung". Was „Ruhe und Ordnung" ist, bestimmen Polizei und Armee als Oberverwalter der „Sicherheit".

Also herrscht Ruhe im Land; verordnete Ruhe. Furchtbare Ruhe: Nachrichten aus Südafrika sind seither gereinigt von den Spuren der Wirklichkeit. Doch während der kritische Blick derart betrogen wird, der Welt eine Ordnung vorgespielt wird, die nur in den Träumen des Burenregimes funktioniert, geht der Kampf gegen die Apartheid weiter.

Tag für Tag erheben sich in den Gettos Schwarze gegen die Sicherheitskräfte des Staates. Die Journalisten werden jedoch von den Schauplätzen des Aufruhrs und seiner Unterdrückung gewaltsam ferngehalten, sie sollen nicht über Ereignisse berichten können, die nicht stattgefunden haben dürfen.

Bilder, die dennoch das Schweigen und die Furcht überwanden, Bilder, die an der Zensur vorbei ihren Weg ins Ausland fanden, wurden jetzt erstmals auf dem Amsterdamer Festival „Kultur in einem anderen Südafrika" gezeigt. Mit „verborgener Kamera" – so der Titel der Ausstellung – dokumentieren 38 südafrikanische Photographen die Grausamkeiten des südafrikanischen Alltags.

Ihre Photos sind Zeugnisse des Widerstands: Nicht nur Demonstranten und Apartheidgegner leben in Todesgefahr am Kap, auch diejenigen, die über Protest und Empörung berichten.

Photos des Widerstands
Die Zeit ist schwarz

„Dann bin ich ein toter Mann“

SPIEGEL-Redakteur Helmut Sorge über das Zuchthaus in Marion/USA

Nackt steht der Gefangene in seiner Zelle.

Draußen vor der Tür inspizieren drei Vollzugsbeamte seine Unterwäsche, danach die rote Turnhose, seine Schuhe. Einer der Aufseher befiehlt dem Häftling: „Dreh dich um. Bück dich.“

Ein Wächter reicht ihm die Kleidung zurück. Der Sträfling, um 25 Jahre alt und mexikanischer Herkunft, tritt mit dem Rücken an die Zellentür. Metallketten werden ihm über die Knöchel gelegt. Danach steckt er seine Hände durch das Gitter. Auf dem Rücken werden sie zusammengeschlossen.

Der Gefangene sagt kein Wort. „Mach 7 auf“, ruft einer der Bewacher einem Kollegen zu. Der bewegt – abgesichert hinter einem weiteren Gitter – den Kontrollhebel.

Der Zuchthäusler darf seine Zelle verlassen. Zwei Aufseher stehen mit Schlagstöcken bereit, deren Enden mit Blei verstärkt sind. Der dritte Mann greift sich die Handschellen des Häftlings und führt ihn. Drei, vier Schritte, dann steht die Gruppe vor einem anderen Käfig. Der Gefangene geht hinein, streckt seine Hände durch das Gitter. Die Bewacher nehmen ihm Fuß- und Handfesseln ab.

Jetzt darf der Häftling laufen – immer im Kreis, einmal linksherum, einmal rechtsherum. Nach einer Stunde kehrt er zurück in seine Zelle, erneut gefesselt für die paar Schritte über den Gang.

23 Stunden bleibt der Gefangene allein. Das Essen wird ihm auf Pappmaché-Tellern durch die Tür geschoben, dreimal täglich. Das Bettgestell ist aus Beton, das Regal, der Tisch ebenfalls.

Auch wenn er aufs Klo steigt, aufs Wasserbecken in der Zelle, kann der Häftling nicht hinaussehen auf die Wachtürme, die wie Kontroll-Tower auf einem Flugplatz das Gelände überragen. Er kann die hohen Zäune nur vermuten, auf deren oberem Teil, girlandenähnlich, Aluminiumfolien montiert sind. Die sind so scharf wie Rasierklingen, die Technik ist Vietnam-erprobt.

Keine mittelalterliche Folterwerkstatt – sondern moderner amerikanischer Strafvollzug, umgesetzt in eine kafkaeske Realität im Bundeszuchthaus bei Marion, irgendwo gelegen im US-Staat Illinois, im Abseits der Gesellschaft, auf keinem Wegweiser festgehalten, wenige Schritte entfernt von einer Baptistenkirche namens Freiheit.

Tierschützer würden die Gerichte anrufen, wenn Löwen im Zoo so wenig Auslauf hätten wie diese 370 Gefangenen. Das Mitgefühl, weiß Direktor Gary Henman, 48, „hält sich jedoch in Grenzen“. Diese Zuchthäusler nämlich sind „die Brutalsten der Brutalen“, die Unbelehrbarsten der Unbelehrbaren. „Wer bei uns endet“, sagt Henman, „hat es sich wirklich erarbeitet und im wahrsten Sinne des Wortes verdient.“

Der hat, etwa wie der Häftling Norman Mathews, in einer anderen Strafanstalt drei Mitgefangene umgebracht und einen vierten mit Benzin übergossen und angezündet – wegen eines Streits um einen homosexuellen Liebhaber.

Mehr als 100 Marion-Häftlinge haben anderswo Vollzugsbeamte tätlich angegriffen oder ermordet. Ausbrecher belegen die Zellen neben Massenmördern oder Führern der nationalen Zuchthausbanden wie der „Arier-Bruderschaft“ und der „Mexikanischen Mafia“. Sie organisierten den Rauschgiftschmuggel in den Gefängnissen, ließen Spitzel töten und vermieteten Homosexuelle stundenweise.

Marion-Sicherheitszäune: Schritt zurück in die

Zuchthausdirektor Henman: „Wir bestimmen, nicht die Gefangenen“

In einem separaten Trakt der „K Unit“ sitzen Sowjetspione ein, wie etwa der ehemalige Navy-Offizier John Walker oder Christopher Boyce, der Satellitengeheimnisse nach Moskau verkaufte und später – nach einem Gefängnisausbruch – zum Bankräuber wurde.

Sein Zellennachbar ist Edwin Wilson, 59, ein ehemaliger CIA-Agent. Dieser Häftling mit der Nummer 08237054 lieferte Sprengstoff an Amerikas Erzfeind Gaddafi. Den Staatsanwalt, der Wilson wegen dieses Geschäfts anklagte, wollte der CIA-Veteran ermorden lassen.

„Es sind die verfaultesten Äpfel unserer Gesellschaft“, behauptet Marion-Chef Henman. Für ihn ist Resozialisierung – „in dieser Umgebung des absolut Bösen“ – ein Fremdwort: „Wie wollen Sie jemanden resozialisieren, der 20 Menschen zerstückelt und in der Zelle zwei Mitgefangene erwürgt hat?“

Nein, seine Methode, „ein einzigartiges Programm“, ist denkbar einfach. „Absolut nicht neu“, wie Henman einräumt. Es ist der Schritt zurück in die Vergangenheit. Statt Resozialisierung Repression. Der Direktor sieht es als „absolute Kontrolle über die Häftlinge“.

Die kommen zwar in Marion an „mit dem Gefühl, zur Elite der harten Jungs zu zählen“, weiß der seit 24 Jahren im Vollzug tätige Anstaltsleiter, und manche empfinden ihre Verlegung in dieses Zuchthaus „nahezu als Ritterschlag“.

Vergangenheit

Dieses Hochgefühl währt allerdings nur wenige Tage.

Die Marion-Manager nämlich kennen nur eine Philosophie, wie „U.S. News & World Report" meldete, „den Mann psychisch zu kastrieren, ihm sein Ego, seine Macho-Frechheiten auszutreiben und ihn zu zwingen, sich den rigorosesten Regeln zu unterwerfen, die jemals im modernen amerikanischen Strafvollzug verwirklicht wurden".

„*Wir* bestimmen, nicht die Gefangenen", ist das Leitmotiv in Marion. Kein Lärm dringt über die Gänge. Kein Schmutz, kein Unrat, keine Graffiti schmücken die Flure wie in anderen Haftanstalten. Schweigen. Kontrolle. Schweigen. Die Atmosphäre eines Laboratoriums für gefährliche Viren.

Videokameras tasten die Gänge ab, die täglich von Gefangenen aus einer zweiten, nahen Haftanstalt poliert werden. Von einem Kontrollzentrum aus werden die Gittertüren auf den Fluren ferngesteuert.

Jeder Widerspruch gegen einen Befehl wird im „Incident Report" registriert. Und was ein Zwischenfall ist, entscheiden die Wächter. Der Häftling weiß: Jedes laute Wort, jede Aufmüpfigkeit bedeutet eine Verlängerung des auf mindestens 24 Monate angesetzten Erziehungsprogramms. Durchschnittlich bleiben sie – bis zur Rückverlegung in ein anderes Zuchthaus – 31 Monate in Marion. Mehr als 50 Häftlinge sind hier schon fünf Jahre eingekerkert.

Die 40 Aggressivsten der Aggressiven, die in der „Control Unit" inhaftiert sind, machen ohne Hand- oder Fußfesseln keinen Schritt vor die Zellentür. Sobald sie in den Besucherraum geführt werden, müssen die Häftlinge einen roten Overall überstreifen. Ihre Füße bleiben in Fesseln, obgleich sie von den Besuchern durch eine kugelsichere Glasscheibe getrennt sind. Die Zuchthäusler unterhalten sich mit ihren Angehörigen über Telephon. Die Handschellen werden ihnen dabei nicht abgenommen.

Jeder direkte Kontakt mit dem Anwalt wird von einer Videokamera gefilmt. Nach einem Gerichtstermin oder einem Krankenhausbesuch werden die Marion-Häftlinge gelegentlich im Enddarmbereich nach Sägeblättern, Nachschlüsseln oder Rauschgift durchsucht, auf die gleiche Art, wie es ein Proktologe mit dem Tastfinger etwa bei einer Prostata-Hypertrophie-Untersuchung tut.

Hochsicherheitstrakt in Marion
„Grausam, unmenschlich, entwürdigend"

Kein Zweifel: In diesem Zuchthaus nimmt der Begriff von der Isolationsfolter tatsächliche Konturen an. „Bestimmte Zustände", beklagte „Amnesty International" in einer Analyse der Haftbedingungen in Marion, könnten „in ihrer Gesamtheit als grausame, unmenschliche oder entwürdigende Behandlung betrachtet werden".

In mehr als 150 derzeit anhängigen Klagen beschweren sich Gefangene über die Verletzung ihrer Bürgerrechte. Mehrere Kongreßausschüsse sowie Gerichte haben sich bereits mit den Marion-Methoden auseinandergesetzt. „Stets aber", verteidigte sich der im Mai 1986 ernannte Anstaltsdirektor Henman, „haben die Richter unsere Methoden als rechtmäßig anerkannt."

In der Schublade seines Schreibtisches hat Henman eine Statistik bereit, mit der er zu beweisen sucht, daß die Häftlinge von Marion weitaus brutaler sind als jene, die bis Anfang der sechziger Jahre auf der (vor San Francisco gelegenen, inzwischen zu einem Museum umgestalteten) Gefängnisinsel Alcatraz inhaftiert waren: „Im Vergleich zu unseren Leuten war das eine Laienspieltruppe."

Henman sieht sich bestärkt durch das Interesse ausländischer Delegationen, die immer wieder seine Anstalt inspizieren wollen, das einzige Zuchthaus des Landes, in dem weder Rauschgift gespritzt noch geschnupft wird. Marion – Modell für die Welt? Zustimmung erhalten die Marion-Manager von den Kollegen Anstaltsdirektoren, die ihnen schriftlich bestätigen: „So und nicht anders muß es gehen." Und: „Weiter so."

Der Direktor, Universitätsabsolvent und Vater von drei Söhnen, sieht „keine Alternative". Für ihn ist das Ziel schon durch Abschreckung erreicht: „Die einmal hier waren, wollen nie mehr zurück. So abschreckend war das für sie."

Marion ist zu einer Art Symbol geworden für Frust und Ohnmacht im amerikanischen Strafvollzug. Für die Angst auch, die das Land nun befallen hat und Erlösung und Antwort sucht in Repression – Abschreckung durch Todesstrafe und Hochsicherheits-Strafanstalten wie eben Marion. In den Südstaaten vor allem werden Gaskammer, elektrischer Stuhl und Todesspritze aktiviert.

Politiker propagieren weniger die Sanierung der Armenviertel als den Bau Dutzender weiterer Zuchthäuser. Die Argumente liberaler Soziologen und Kri-

minologen, wonach die Ursachen von Kriminalität im Verfall gesellschaftlicher Strukturen und in sozialem Chaos zu finden sind, finden kaum noch Gehör. Viele der Gefangenen von Marion sind mit einem Defizit an sozialen Normen aufgewachsen. Sie haben nie erlebt, weiß Zuchthauspriester David O'Connor, „was wir unter normalem Leben verstehen".

Es war zumeist eine Existenz zwischen Erziehungsheim und Armut, schließlich ein Leben zwischen Kriminalität und Knast. Mitleid, Mitgefühl verkümmerten. Die Anarchie, in der sie um ihr Überleben kämpften, erfaßte sie letztlich selbst.

Der Zuchthausdirektor macht sich keine Illusionen: „Bei uns werden sie nicht zu besseren Menschen." Und: „Wir werden ihren Haß nicht mindern."

Den unterdrücken die Häftlinge in Marion. Sie passen sich an, verarbeiten den Psychoterror. Aber irgendwann werden sie zurückkehren in jene Zuchthäuser, in denen Rauschgift und Homosexuelle feilgeboten werden. Dorthin, wo sie zu den Starken zählen, die über die Schwächeren herrschen.

„Ihre Marion-Zeit", glaubt der Anstaltspsychologe, „stecken die meisten weg wie ein Vierjähriger, den man wegen Ungehorsamkeiten ins Bett schickt." Durchschnittlich sind sie 31 Jahre alt, hafterfahren und durchtrainiert. Stunde um Stunde üben sie Liegestütz. Aus der Bücherei fordern sie die dicksten juristischen Nachschlagewerke an, die sie nicht lesen, sondern als Gewichte für ihr Bodybuilding zweckentfremden.

Percy Pitzer, 36, seit 14 Jahren im Strafvollzug und Chef des Hochsicherheitstrakts: „Wenn du hier auch nur eine Sekunde schläfst oder dämmerst, spielst du mit deinem Leben." Für manche der Marion-Zuchthäusler nämlich ist die tätliche Attacke auf einen Wächter, der Mord an einem Mitgefangenen die einzige Chance, „noch einmal einen Rock zu sehen", wie ein in Marion einsitzender Lebenslänglicher erklärt – vom Auto auf dem Weg zum Gericht oder von der Anklagebank aus.

Nur: Die Isolationshaft hat solche Übergriffe in den letzten drei Jahren verhindert. Selbst wenn die Haftbedingungen nach einem Jahr bei guter Führung ein wenig gelockert werden, die Häftlinge am Montag und Mittwoch über den anstaltseigenen Videokanal etwa sogar Deutsch lernen können – eine Ausbruchchance haben sie kaum.

Nie werden mehr als acht Gefangene gleichzeitig zum Gottesdienst zugelassen, nie sind auch die Sportgruppen beim Freigang größer. Jene 40 oder 50 Privilegierten, die in den letzten Monaten vor der Rückverlegung in der Anstaltswerkstatt Kabel für M-60-Panzer und Raketen für die US-Streitkräfte basteln dürfen, werden von einem halben Dutzend Wachen beobachtet, die hinter kugelsicheren Scheiben sitzen.

Einer der Vollzugsbeamten deutet auf einen weißen Häftling, der sich die Schweißerbrille von den Augen schiebt: „Der hat einem Polizisten den Hals durchgeschnitten und einem Häftling mit dem Bleistift ein Auge ausgestochen." Sein Nachbar am Tisch, ein Indianer, der sein Haar zum Zopf geflochten hat, soll mehrere Frauen erwürgt haben, wie viele genau, das weiß er nicht.

Marion-Häftling Walker (l.)*
Schweigen. Kontrolle. Schweigen

Die Hand, bekennt ein Wächter, ist stets in der Nähe des Telephons, bereit, die Nummer 222 zu wählen, den Notruf. Am Gürtel befestigt tragen alle Wachen einen sogenannten Bodyalarm. Wird der aktiviert, sind in zehn Sekunden 20 Vollzugsbeamte am Tatort.

Die Aufseher, mit 16 000 Dollar Jahresgehalt entlohnt, leben stets in Erwartung eines Angriffs- oder Ausbruchsversuchs. „Sehen Sie sich unsere Leute an", sagt der Wächter, der dem Werkstatt-Trupp vorsteht, „wenn ich in der Tür stehe, die diese Typen von der Freiheit trennt, bin ich sofort ein toter Mann."

* Der wegen Spionage für die Sowjet-Union zu lebenslänglicher Haft verurteilte Navy-Offizier John Walker wird von einem US-Marshall zum Gerichtstermin eskortiert.

SPANIEN

Drastische Methoden

Etwa 10 000 Spanier haben Lepra – Behörden und Öffentlichkeit verdrängen die Krankheit.

Wohlversteckt hinter schroffen Bergrücken, durch eine übermannshohe Mauer vor Einblicken geschützt, liegt die Krankenstation: ein burgartiges Bettenhaus, Wohngebäude und Forschungslabors verteilt zwischen Pinien, Oliven- und Mandelbäumen auf einem Areal von 74 Hektar.

Die Patienten, die dort so sorgsam verborgen gehalten werden, gleichen oft Gestalten aus einem Gruselfilm. Ihre Züge sind zur Fratze entstellt, sie haben dicke, wie in tückischem Grinsen aufgerissene Münder, Löwengesichter ohne Nase, Gliedmaßen sind verstümmelt oder amputiert. Sie leiden an Lepra, dem Aussatz, der jahrtausendealten Geißel der Menschheit.

Doch diese Kolonie gehört nicht ins elende Indien oder in eines der Hungerländer Afrikas. Das „Sanatorio de Fontilles", wo jährlich an die 500 Kranke behandelt werden, liegt nahe am spanischen Ferienparadies Costa Blanca. Die Touristen begegnen den grauenerregenden Kranken nie.

Längst glaubten Europäer die Seuche aus ihren Breiten verbannt. Doch laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) gibt es in Europa seit 20 Jahren eine etwa gleichbleibende Zahl von Aussätzigen, und Spanien führt in der europäischen Lepra-Statistik der WHO mit etwa einem Drittel aller registrierten Fälle. Nach Schätzungen von Experten leben heute 8000 bis 10 000 Leprakranke meist unentdeckt überall im Land.

Diesen Makel scheinen die spanischen Behörden vertuschen zu wollen. So notiert das Gesundheitsministerium in Madrid schon seit Jahren nicht mehr die Gesamtzahl der Leprösen, sondern hält nur noch Neuerkrankungen fest: 31 waren es 1986, 18 weniger als im Vorjahr. Offizielle Begründung für die verharmlosende Zähltaktik: „Die Kompetenz für das Gesundheitswesen wurde auf die 17 autonomen Regionen übertragen."

Zur Beschönigung meint das Lieblingsreiseland von Millionen Sonnenhungrigen Anlaß zu haben. Denn die Seuche, im Mittelalter Symbol für Gottes Strafe, schreckt auch Aufgeklärte ab: Die entstellten Aussätzigen versinnbildlichen Elend und Unheil. Aus Angst vor Ansteckung wurden sie seit je gemieden wie die personifizierte Pest.

Dabei ist diese Berührungsscheu weitgehend grundlos: Gesunde können selbst bei intensivem Kontakt mit Kranken kaum vom Aussatz befallen werden. Nur wer ein defektes Immunsystem hat – bei 20 Prozent der Weltbevölkerung ist das angeboren –, kann sich infizieren.

Seit jeher war Lepra daher Begleiterin des Elends. Sie kam mit Karawanen, Kreuzzügen und Konquistadoren, Flüchtlingen und Soldaten. Wo Menschen lange Zeit eng zusammengepfercht leben, ohne Möglichkeit, auf Hygiene zu achten, geschwächt durch mangelhafte Ernährung, greift sie um sich.

Nach der Ansteckung können zwei bis fünf Jahre vergehen, bevor die Lepra ausbricht. Erstes Anzeichen sind weiße Flecken, später Knoten auf der Haut im Gesicht und an Gliedmaßen. Nach und nach verlieren die Nervenzellen ihre Sensibilität, können auch nicht mehr zwischen heiß und kalt unterscheiden. Deshalb verbrennt und verstümmelt sich der Kranke, ohne Schmerz zu empfinden. Unbehandelt vereitern die selbstbeigebrachten Wunden, Gliedmaßen fallen ab, das Gesicht verkratert. Schließlich breitet sich die Nervenlähmung auf den ganzen Organismus aus. So verfault der Aussätzige bei lebendigem Leib.

In Spanien wütete die Epidemie seit dem 16. Jahrhundert besonders in der Gegend, wo um 1909 die Leprakolonie Fontilles entstand. In dem 600 Einwohner zählenden Dorf Parcent beispielsweise suchte „el mal" (das Übel) nahezu jede Familie heim. Die Kranken wurden verstoßen, so sehr fürchtete man, durch Kontakt selbst krank zu werden. In Hütten am Rande des Dorfes oder in die umliegenden Terrassenfelder mußten sie sich zurückziehen. Nur nachts geisterten sie durch die Gassen. Andere wurden in Berghöhlen – genannt „cuevas del miedo" (Höhlen der Angst) – gesteckt. Die Bauern bekreuzigten sich, bevor sie Körbe mit Essen durch den Eingangsschacht abseilten.

Nach dem Bürgerkrieg, in den vierziger Jahren, als das Land hungerte, brach erneut eine Leprawelle über Spanien herein. Erst der Wirtschaftsboom der sechziger und siebziger Jahre verbesserte die Lebensbedingungen. Selbst in den klassischen Elendszonen Andalusien, Valencia und Extremadura sowie in den Armenvierteln der großen Zentren Barcelona und Madrid verebbte die Seuche. In den vergangenen Jahren aber ließen Massenarbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise sie erneut aufflackern.

Gegenwärtig grassiert die Lepra besonders unter den etwa 300 000 Zigeunern Spaniens. Weil ihr klassisches Gewerbe als Pferdehändler oder Hausierer nichts mehr einbringt, vegetieren sie häufig zwischen Müllhalden am Rande der Städte in Wellblech- und Papphütten dahin – idealer Nährboden für die Infektion. Aus Scheu vor dem Arztbesuch lassen viele die Krankheit fortschreiten.

Dabei ist Lepra heute heilbar, selbst die bösartigste, sogenannte lepromatöse Form kann durch eine Kombinationstherapie gestoppt werden, die Ansteckungsgefahr wird so innerhalb von Tagen beseitigt. Jedoch gelingt es bisher noch nicht, das Leprabakterium restlos abzutöten. Daher müssen die Patienten – selbst wenn sie als geheilt gelten, weil die Krankheit zum Stillstand gekommen ist – zeitlebens ihr Medikament schlucken, um Rückfälle zu vermeiden.

Leprastation Fontilles: Symbol für Elend und Unheil

Leprakranke, Besucher beim Paella-Essen: Isolation durchbrechen

In Fontilles, Europas größtem Leprazentrum, experimentiert seit fünf Jahren ein Forscherteam unter dem britischen Spezialisten John Lawson Stanford, um einen Impfstoff gegen die Seuche zu entwickeln. Da es nicht gelang, Leprabakterien außerhalb des menschlichen Organismus zu züchten, arbeiten die Ärzte mit einem verwandten Erreger. Doch bis zur Marktreife benötigen die Forscher noch Testreihen über weitere fünf Jahre. Erst dann gibt es Hoffnung, den Aussatz zu besiegen.

Noch haben alle drei spanischen Leprastationen gut zu tun: Fontilles in der Provinz Alicante beherbergt ständig an die 150 Patienten, in Trillo, 130 Kilometer von Madrid entfernt, werden 100 Aussätzige stationär betreut, in Tafira auf Gran Canaria etwa 40. Kaum ein Spanier weiß von diesen Behandlungszentren. Über Lepra im eigenen Land schweigen auch die Behörden, Medien und die Kranken selbst. Die Mehrzahl läßt sich heute ambulant kurieren, kosmetische Chirurgie macht zerstörte Gesichtszüge wieder menschlich, so daß sie nicht mehr als abstoßend auffallen.

Auch wenn die meisten spanischen Leprakranken heute bei ihren Familien leben und einen Beruf ausüben können,

KRÜGER sagt Ihnen alles über Briefmarken.

Heute: Die Spezialsammlung „Blocks" (6)

Die Briefmarken mit den höchsten Wertsteigerungen.

Eine Mark kostete der Währungsblock Berlin 1949 bei seiner Herausgabe. Heutiger Wert bis zu 3000 DM.

Briefmarken im Sonntagskleid – so wurden Block-Ausgaben einmal umschrieben. Weil Blocks nur zu ganz seltenen, großartigen Anläßen von den Postverwaltungen herausgegeben werden. Oft in kleinen Auflagen mit Zuschlägen für große Ausstellungen oder Hilfsorganisationen. Wenn man die Wertentwicklung deutscher und westeuropäischer Block-Ausgaben mit normalen Markenausgaben vergleicht, haben die Blocks einen vielfachen Wertanstieg zu verzeichnen.

Daher wird die „Westeuropa-Blocksammlung" von vielen Briefmarkensammlern als spezielle Kollektion z. B. neben der Deutschland-Markensammlung gepflegt. Etwa nur 10 Mark kostet bei KRÜGER die lückenlose Lieferung aller in Westeuropa und Deutschland erscheinenden Blocks – einschließlich aller jener Blocks, die oft schon am Ausgabetag bei den Postverwaltungen ausverkauft sind. Wenn Sie im Info-Kupon **Kennziffer 6** ankreuzen, informieren wir Sie gern ausführlich mit einer unverbindlichen Ansichtssendung über dieses besonders wertsteigende Block-Sammelgebiet.

KRÜGER

Unsere Marke ist Qualität.

8000 München 2
Bayerstrasse 27/A 469

KRÜGER, eines der größten Briefmarkenhäuser der Welt, zeigt in seiner Informationsserie, wie man das schönste Sammelhobby zeitgemäß anpackt. Sollten Sie nicht auf das Erscheinen der Sie besonders interessierenden Anzeigen-Folge warten wollen oder diese bereits versäumt haben, dann kreuzen Sie im Kupon jene Themen an, über die Sie unverbindlich informiert werden möchten.

Einsenden an KRÜGER, 8000 München 2, Bayerstr. 27/A 469

Informations-Gutschein

Die angekreuzten Sammel-Themen interessieren mich. Erbitte ausführliche Einzelheiten unverbindlich (per Post):

- ○ 1 Deutschland gesamt
- ○ 2 Bund & Bln.-Spezial
- ○ 3 DDR
- ○ 4 Europa
- ○ 5 Übersee
- ○ **6 Block Spezial**
- ○ 7 Tierbriefmarken (WWF)
- ○ 8 Künstler-Ersttags-Editionsblätter
- ○ 9 Deutsche Maximumkarten
- ○ 10 Deutsche Numisbriefe
- ○ 11 Nationenbriefe
- ○ 12 Die Papstreisen
- ○ 13 Amtl. Briefmarken-Jahrbücher
- ○ 14 Briefmarken-Sport-Lexikon

Genaue Anschrift bitte nicht vergessen, auf Postkarte kleben, oder im Kuvert einsenden.

Briefmarken sammeln – schöne Dinge im Leben.

schämen sie sich ihres Leidens und setzen alles daran, es zu verbergen. Deshalb werden im Sanatorium Fontilles geheilte, aber vom Aussatz bereits gezeichnete Patienten nicht entlassen. Meist würden sie kein Zuhause mehr vorfinden. So bewohnen sie Appartements in der Leprakolonie und versorgen sich so weit wie möglich selbst.

Jenseits der hohen Mauern, die das Tal der Aussätzigen umgeben, in den Nachbarorten Murla, Alcalalí, Pedreguer und selbst im einstigen Lepra-Dorf Parcent ist die Krankheit tabu: „Das gab es mal vor 200 Jahren", wimmeln die Alten alle Fragen ab.

Um die Isolation seiner Schützlinge zu durchbrechen, greift Jesuitenpater Juan Costa, der Fontilles leitet, zu drastischen Methoden: Er lädt die Honoratioren der Gegend zu einer Paella in das Sanatorium ein. Dann essen unter den strengen Augen des Paters Gäste und Kranke gemeinsam aus einer großen Pfanne.

INDIEN

Bis zum Äußersten

Das erste Gerichtsurteil zugunsten der Giftgas-Opfer von Bhopal, fast eine halbe Milliarde Mark Schadensersatz, kann Union Carbide leicht verkraften.

Erstmals weinten sie vor Freude, lachten, und, wenn es ihre Behinderung zuließ, tanzten sie auch.

Schon oft waren die noch lebenden Opfer der Giftgaswolke von Bhopal zu ihrem Bezirksgericht gepilgert – stets vergebens. Doch kurz vor Weihnachten, mehr als drei Jahre nach der größten Industriekatastrophe der Geschichte, entschied endlich ein Richter zugunsten der Hinterbliebenen und Geschädigten: 269,2 Millionen Dollar, rund 440 Millionen Mark, soll der US-Konzern Union Carbide binnen 60 Tagen zahlen – als „vorläufigen Schadensersatz".

Die Vertreter des amerikanischen Chemieriesen protestierten umgehend. „Die Regelung", so Firmensprecher Robert Berzok, „widerspricht den Gesetzen Indiens und anderer Demokratien." Noch nie seien solche Zahlungen angeordnet worden, solange „die Schuldfrage noch umstritten ist".

Tatsächlich ist das Urteil des Bezirksrichters Mahadeo Deo ungewöhnlich. Er versucht – auf unkonventionelle Art –, den gordischen Knoten zu zerschlagen, der eine juristische Aufarbeitung des Unglücks unmöglich zu machen droht.

Gleich nach der Katastrophe am 3. Dezember 1984 waren Dutzende US-Anwälte in Erwartung eines großen Reibachs nach Bhopal gereist, sie ließen sich von ahnungslosen Betroffenen Vertretungsvollmachten unterschreiben.

An der New Yorker Börse stürzte der Kurs der Union-Carbide-Aktien in den Keller. Bei 2850 Toten (inoffiziell 5000), 20 000 Schwerverletzten und möglicherweise einer halben Million Geschädigten erwartete man den größten Schadensersatzprozeß aller Zeiten. Kaum jemand vertraute noch den Beteuerungen der Konzernherren, Union Carbide (Umsatz 1984: 9,5 Milliarden Dollar) könne dies alles fast unbeschadet überstehen.

* Einsatztrupps bespritzen einen Sicherheitszaun, um einen weiteren Gasaustritt zu verhindern.

Union-Carbide-Werk nach der Katastrophe 1984*: Bombengeschäft für die Anwälte

Doch bald verbuchten die trickreichen Firmenanwälte Erfolg um Erfolg: Zunächst gelang es ihnen, vor amerikanischen Gerichten die Zuständigkeit der indischen Gerichtsbarkeit durchzusetzen. Damit war die Gefahr der für die USA typischen astronomischen Schadensersatzforderungen gebannt.

Dann kündigte Union Carbide auch in Indien einen erbitterten Rechtsstreit an. Die indische Regierung habe in Bhopal ihre Aufsichtspflicht vernachlässigt, hieß es plötzlich. Der Konzern sei sogar daran gehindert worden, den Betrieb der Industrieanlage zu überwachen und zu steuern. Schließlich behauptete das Unternehmen, ein Sabotageakt habe die Katastrophe ausgelöst; Union Carbide sei deshalb unschuldig.

Die Auseinandersetzungen wurden doch noch zum Bombengeschäft für Anwälte und Gutachter. Sie konnten bisher über 50 Millionen Dollar an Honoraren und Spesen kassieren.

Union Carbide drängte stets auf einen Vergleich. Anfangs bot das Unternehmen den Indern 200 Millionen Dollar, vor wenigen Wochen 600 – allerdings immer unter der Bedingung, daß der Multi für das Chemie-Desaster nicht strafrechtlich zur Verantwortung gezogen wird. Indiens Regierung forderte aber 3,3 Milliarden Dollar.

Premierminister Radschiw Gandhi hätte, aus Rücksicht auf gute Beziehungen zu internationalen Unternehmen, wohl gern eingelenkt. Doch die Vertreter der meisten Geschädigten bestanden auf einem Musterprozeß. Endlich solle ein Hungerland einen multinationalen Konzern verklagen, argumentierten sie.

„Wir werden uns bis zum äußersten verteidigen", konterte Union Carbide, als im November die außergerichtlichen Vergleichsverhandlungen platzten. Der Prozeß werde bis zu 15 Jahre lang dauern. „Wie würde das den Opfern helfen?" fragte ein Firmenvertreter scheinheilig.

Langes Warten auf Entschädigung hat schon viele Chemieopfer mürbe gemacht. So konnten sich die rund 2700 bundesdeutschen Contergan-Kinder erst nach langwierigen Prozessen eine lebenslange Rente erstreiten – bisher wurden 200 Millionen Mark ausgezahlt.

Die 15 000 amerikanischen Soldaten, die im Vietnamkrieg durch das Entlaubungsmittel Agent Orange zu Schaden kamen, gaben sich 1984 in einem Vergleich mit 180 Millionen Dollar zufrieden. Allein die Prozeßvorbereitung hatte sechs Jahre gedauert.

In Seveso verklagten vorletztes Jahr 90 Familien die Schweizer Firma Givaudan, weil sie auch zehn Jahre nach dem Unglück ihren Anteil an der zugesicherten Entschädigungssumme von 300 Millionen Schweizer Franken noch nicht erhalten hatten.

Nur der Chemie-Multi Sandoz reagierte rasch: Ein Jahr nach der Rhein-Katastrophe hat sich der Basler Konzern schon mit einem Großteil der Betroffenen geeinigt. 31 Millionen Mark wurden überwiesen.

Von schneller Hilfe können die Giftgas-Opfer von Bhopal aber weiterhin nur träumen – selbst wenn sich Union Carbide auf die vorläufige Schadensersatzzahlung einlassen sollte. Denn für die Verteilung der Gelder – 15 384 Dollar an die Hinterbliebenen jedes Toten, 7692 Dollar für jeden Arbeitsunfähigen – ist die korrupte und ineffiziente indische Bürokratie zuständig.

Schon bisher sind Unterstützungszahlungen der Regierung und Hilfsgüter internationaler Organisationen bei den Bedürftigen oft nicht angekommen. Tausende Geschädigte wurden noch nicht mal erfaßt. Weil es an Aufklärung mangelt, wollen sich viele Opfer nicht in den Krankenhäusern untersuchen lassen. Sie fürchten sich vor den unheimlichen Apparaten oder glauben, nach einer medizinischen Behandlung alle Entschädigungsansprüche zu verlieren. Außerdem schrecken viele vor den langen Wartezeiten in den Krankenhäusern zurück, weil sie dann kein Geld verdienen können.

So bleibt der Alltag in Bhopal trostlos: Unzählige Männer, die früher davon lebten, mit ihren Karren Menschen und Waren zu transportieren, müssen sich sofort erbrechen, wenn sie eine schwere Last heben. Tausende Frauen quält bei ihrer Arbeit am Spinnrad ein ständiger Husten.

„Ich habe nicht mehr die Kraft, ins Krankenhaus zu gehen", sagt der 43jährige Purschottam Das aus dem Elendsviertel Dschayaprakusch Nagar neben dem stillgelegten Werk von Union Carbide. Er ist fast erblindet, die Brille, die er vor zwei Jahren erhielt, nützt ihm nichts mehr. Seine Tochter Radha lernte in einem Rehabilitierungsprogramm schneidern. Vergebens sucht sie jetzt nach einem Arbeitsplatz. Dabei wäre sie schon mit einem Tageslohn von zwölf Rupien (1,70 Mark) zufrieden.

Auch die meisten Ärzte in Bhopal sind verzweifelt. „Wir können unsere Patienten nur symptomatisch behandeln", sagt Haider Ali Insaf. „Noch immer ist die genaue Zusammensetzung der Gaswolke nicht bekannt."

Beim Leiter des Gandhi Medical College, Professor Narendra Prasad Misra, häufen sich die Hinweise auf Mißbildungen neugeborener Kinder.

Im Gegensatz zu ihren Opfern hat sich Union Carbide längst wieder erholt. Der Konzern machte zwar 1985 Verluste, als das Unternehmen in der Bilanz fast 200 Millionen Dollar für die Giftgas-Opfer zurückstellte. 1986 lag der Gewinn nach Steuern aber bei fast 500 Millionen Dollar.

Auf die unerwartete Entscheidung des indischen Gerichts reagierte Wall Street gelassen, trotz des Börsenkrachs im Oktober ist der Kurswert der Union-Carbide-Aktien heute doppelt so hoch wie kurz nach der Bhopal-Katastrophe. ◆

Bezirksrichter Deo bei der Urteilsverkündung: „Schuldfrage noch umstritten"

Nach Gomorra

Homosexualität, weibliche Priester und der Thatcherismus spalten die anglikanische Kirche.

Der Oxford-Dekan vergiftete zunächst seine Katze. Dann begab er sich in die Garage, legte einen Schlauch vom Auspuff zum Innenraum seines Toyota, startete den Motor und atmete die Abgase ein, bis er erstickte. Gareth Bennett, Theologe, Kirchenhistoriker und konservatives Führungsmitglied der anglikanischen Kirche, war 58 Jahre alt.

Der unchristliche Tod verhinderte nicht, daß Bennett sofort zu einer Art Märtyrer aufstieg. Bei seiner Trauerfeier erschienen vor Weihnachten drei Bischöfe. Bennetts letztes Manuskript, so verkündete ein geistlicher Freund, sei ein „Manifest" für die Kirche und „Denkmal" für den Verstorbenen.

Als Denkmal gilt das Vorwort zur neuesten Ausgabe von „Crockford's Clerical Directory". Das alle zwei Jahre erscheinende offizielle Handbuch der „Church of England" enthält stets einen ungezeichneten Artikel eines Klerikers über die Lage der anglikanischen Kirche. Der Beitrag erregt normalerweise kein Aufsehen, weil er niemandem wehtut.

1987 aber attackierte das Crockford-Vorwort den Erzbischof von Canterbury, Robert Runcie, 66: Der Primas sei ein liebenswürdiges Leichtgewicht, das Entscheidungen fürchte. „Gute Erscheinung" bedeute ihm mehr als „feste Prinzipien". Der Liberale habe immer mehr Männer seiner Couleur in die Kirchenspitze gehievt, die nun statt Traditionen vergänglichen Trends folgen würde.

„Das ist der erste Schuß in der Schlacht um Runcies Nachfolge", urteilte der Londoner „Economist" über den Artikel. Gefolgsleute des Erzbischofs verdammten den „feigen und schändlichen Angriff". Die Jagd nach dem Verfasser brach los. Als Zeitungen Bennetts Namen erwähnten, bestritt der zunächst die Autorenschaft. Bald aber konnte der Oxford-Gelehrte mit der Lüge nicht mehr leben. Bennett brachte sich um.

Seine Vorwürfe aber leben und wachsen zu einer Lawine. 47 Prozent der anglikanischen Geistlichen, so ergab eine Gallup-Umfrage, teilen Bennetts Kritik an einem zu liberalen Kurs der Kirche. Manche Kirchenmänner schreien ihre Verbitterung über die anglikanische Führung heraus. Laien formulieren ihr Unbehagen. Zum Jahreswechsel schüttelt eine Krise Englands Staatskirche, deren Oberhaupt kraft ihrer Krone Königin Elisabeth II. ist.

„Als Dr. Runcie (1980) an die Macht kam, besuchten zwei Millionen Menschen regelmäßig den Gottesdienst: Heute sind es kaum noch 1,25 Millionen", tadelt Peter Bruinvels, konservativer Politiker und Mitglied der anglikanischen Generalsynode.

„Die Hierarchie hat die Verbindung zum Mann auf der Kirchenbank verloren", weiß der Reverend Peter Mullen. Die Leute wollen lieber „in zeitloser religiöser Sprache beten" als „Predigten über Befreiungstheologie und die Übel von Frau Thatcher" hören.

„Meine eigenen Beförderungschancen", klagt der auch als Autor bekannte Geistliche, „wären weit besser, wenn ich mich zu ein paar angepaßten, hirnrissigen Bemerkungen über die Schlechtigkeit der weißen Südafrikaner und des Börsenmarktes aufraffen könnte."

Erzbischof Runcie
„Schlacht um die Nachfolge"

Das wäre im Einklang mit dem progressiven Image der anglikanischen Kirche. Kritik am Thatcher-Kapitalismus und an der Apartheid, Ja zu homosexuellen und zu weiblichen Priestern, Toleranz gegenüber Gläubigen, die Dogmen wie die Jungfrauengeburt nicht wörtlich nehmen – das ist das Credo von Erzbischof Runcie und seiner liberalen Führungsmehrheit. Und bislang fand die auch die Unterstützung der Generalsynode, einer Art Kirchenparlament aus Bischöfen, niederem Klerus und Laien.

Seit Bennetts Tod aber fühlen sich die Traditionalisten im Aufwind. Geführt vom Bischof von London, Graham Leonard, 66, fordert eine Minderheit von hohen Klerikern und Laien: „Zurück zur biblischen Moral." Sie will homosexuelle Pastoren als Sünder verstoßen, die für 1991 beschlossene Ordinierung von Frauen zu Priestern verhindern, weil sie die Kirche spalten würden.

Zur Jahreswende ordnete der Bischof von Ripon bereits an, keine aktiven Homosexuellen mehr in die Priesterschaft seiner Diözese aufzunehmen.

Die Traditionalisten sehen Runcies Kirche auf dem Weg nach Sodom und Gomorra. Ihr

Daily Mail

„Der Pfarrer ist da, Lieber – er möchte uns moralischen Beistand leisten"

Beweis für den Niedergang der Church of England: In den vergangenen drei Jahrzehnten schlossen fast 2000 ihrer 16 000 Gotteshäuser. Die Londoner „Times“ nennt die anglikanische Kirche eine „verschwindende Institution, unsicher über ihre öffentliche Aufgabe, uneins über ihren inneren Glauben“. Die Church of England, sagen Zyniker, „glaubt nichts und erlaubt alles“.

Da wird ihr denn die jüdische Minderheit als Beispiel hingestellt. Großbritanniens Oberrabbiner, Sir Immanuel Jakobovits, so schreibt der Publizist Paul Johnson, habe keine Hemmungen, die biblische Verdammung von Homosexualität zu bestätigen und die Aids-Plage als Folge von Sünde zu beschreiben*.

Mit der Homosexualität haben sich die Anglikaner auf ihrer letzten Synode auseinandergesetzt. Ein Antrag der Traditionalisten, sie „unter allen Umständen“ als „Sünde“ zu verurteilen, wurde ebenso abgelehnt wie Forderungen zur Gleichsetzung von homo- und heterosexueller Liebe, wenn Partner dauerhaft und treu miteinander verbunden sind.

„Homosexuelle Geschlechtsakte“, so lautete schließlich die Kompromißformel, „erreichen nicht das Ideal“ der biblischen Lehre. „Einverstanden mit Einschränkungen“ war damit sogar das „Lesbian and Gay Christian Movement“, dem zufolge 30 bis 40 Prozent der Geistlichkeit homosexuell sind.

„Es gibt mehr Homos in der Kirche als in den meisten Berufen“, gestand ein zur Bruderschaft gehörender anglikanischer Vikar dem Londoner „Sunday Telegraph“. Das Massenblatt „Sun“ veröffentlichte „zehn Hinweise zur Entdekkung schwuler Pfarrer“. Beispiele: Herumlungern im Umkleideraum der Chorknaben, übertriebenes Interesse an Innenarchitektur, Hang zu Katzen.

Die andauernde Auseinandersetzung über Homosexualität und weibliche Priester, das Verschwinden seines persönlichen Beauftragten Terry Waite im Geiseldschungel von Beirut und nun der Freitod von Gareth Bennett haben den Primas Runcie mitgenommen.

Es wird erwartet, daß er im Sommer nach einem Welttreffen der Anglikaner (insgesamt 70 Millionen, davon 27 Millionen in der englischen Mutterkirche) in London zurücktreten wird.

Runcies logischer Nachfolger wäre der Erzbischof von York, John Habgood, 60, ein Liberaler „wie Runcie, aber schlimmer“, sagen die Traditionalisten.

Sie wollen einen Bischof aus ihren Reihen auf die Nachfolgeliste bringen – und hoffen dann auf Margaret Thatcher: Die Premierministerin hat das Recht, von einer Zweierliste einen Namen auszuwählen und der Königin zur Bestätigung vorzulegen. ◆

* 1. Korinther 6, 9: „Weder die Hurer, noch die Abgöttischen, noch die Ehebrecher, noch die Weichlinge, noch die Knabenschänder . . . werden das Reich Gottes ererben.“

Messe Düsseldorf Düsseldorfer Messegesellschaft mbH – NOWEA – Postfach 32 02 03, D-4000 Düsseldorf 30, Tel.: (02 11) 45 60-01, Telefax (02 11) 45 60-668, Telex 8 584 853 mes d

Ein Eselsschwanz für den Diktator

Das Abenteuer des Miguel Littín in seinem Heimatland Chile / Erzählt von Gabriel García Márquez (II)

Ich hatte mich damit abgefunden, nicht ich selbst zu sein. Das war ein hartes Opfer für mich, denn es gab so viele Verwandte und Freunde, angefangen bei meinen Eltern, die ich gern wiedergesehen hätte, und so viele Erinnerungen aus meiner Jugend, die ich wiederbeleben wollte. Aber sie befanden sich in einer für mich verbotenen Welt, zumindest für die Dauer der Dreharbeiten, so daß ich meine Gefühle bezwang und mich mit dem seltsamen Status eines im eigenen Land Exilierten abfand, was die bitterste Art des Exils ist. Auf der Straße ließ man mich nur selten ohne Schutz, aber ich fühlte mich immer allein. Rund um die Uhr und auf Schritt und Tritt beschützten mich die Augen des Widerstandes, ohne daß ich es bemerkte. Nur wenn ich absolut vertrauenswürdige Personen interviewte, deren Identität ich nicht einmal den eigenen Freunden preisgeben wollte, gab ich vorher Bescheid, und die Bewachung wurde abgezogen.

Militärparade in Chile: „Größenwahnsinnige Zeremonien"

In weniger als einer Woche hatten wir den für Santiago vorgesehenen Drehplan erfüllt. Bis dahin hatten wir dreimal das Hotel gewechselt. Das Conquistador war bequem und praktisch, aber es befand sich im Zentrum des Unterdrükkungsapparats, und wir hatten Grund zu der Annahme, daß es eines der am strengsten überwachten Hotels war. Und wir befürchteten, in den zweitklassigen Hotels, in denen Ankunft und Abreise sehr genau kontrolliert wurden, noch viel eher Aufsehen zu erregen. Am sichersten war es also, alle zwei bis drei Tage das Hotel zu wechseln, jedoch nie zweimal im selben Hotel abzusteigen, denn ich habe den Aberglauben, daß mir etwas Schlimmes zustößt, sobald ich an einen Ort zurückkehre, an dem ich schon einmal ein Risiko eingegangen bin.

Ich muß sagen, daß uns von den vielen Hotels, in denen wir wohnten, nur zwei Anlaß zur Beunruhigung gaben. Das erste war das Sheraton. Noch am Abend unserer Ankunft klingelte auf dem kleinen Nachttisch das Telephon, als ich gerade eingeschlafen war. Schlaftrunken antwortete ich, ohne zu wissen, wo ich mich befand und, was noch schlimmer war, ohne mich zu erinnern, wer ich in jenem Moment war.

Die Stimme einer Chilenin fragte nach mir, aber unter dem falschen Namen. Ich wollte gerade antworten, daß ich diesen Herrn nicht kenne, als mich ein eisiger Schreck durchfuhr und ich hellwach wurde: Wer konnte mich unter diesem Namen, um diese Zeit und an diesem Ort suchen?

Es war die Telephonistin des Hotels, die ein Ferngespräch für mich hatte. Innerhalb einer Sekunde war mir klar, daß außer Elena und unserem Kontaktmann Franquie niemand wußte, wo wir wohnten, und es war nicht sehr wahrscheinlich, daß einer der beiden mich in dieser Form, zu dieser Stunde anrief und dann auch noch den Trick mit dem Ferngespräch benutzte, wenn es sich nicht um eine Angelegenheit von Leben oder Tod handelte.

Also entschloß ich mich, das Gespräch anzunehmen. Eine englischsprechende Frau überschüttete mich mit einer endlosen Tirade in vertraulichem Tonfall, sie nannte mich „darling, sweetheart, honey", und als es mir endlich gelang, sie zu unterbrechen und ihr klarzumachen, daß ich kein Englisch spreche, hängte sie mit einem zuckersüßen Seufzer ein: „Shit."

Alle Nachforschungen, die ich mit der Telephonistin des Hotels anstellte, führten zu nichts, es ließ sich nur feststellen, daß es noch zwei Hotelgäste gab, deren Namen dem in

© 1988 Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln

meinem falschen Paß ähnlich waren. Ich konnte keine Minute mehr schlafen, und sobald Elena morgens um sieben zurückgekehrt war, zogen wir in ein anderes Hotel.

Der zweite Schreck ereignete sich in dem ehrwürdigen Hotel Carrera, aus dessen vorderen Zimmern man den gesamten Moneda-Palast im Blick hatte – und diesmal kam der Schreck nachträglich. Einige Tage nachdem wir dort übernachtet hatten, bezog ein sehr junges Pärchen, das sich als Hochzeitsreisende ausgab, das Zimmer neben dem, das wir bewohnt hatten, und baute dort auf einem Photostativ eine Bazooka mit Zeitzünder auf, die auf Pinochets Arbeitszimmer gerichtet war. Der Plan und die Logistik waren optimal, und Pinochet befand sich auch zur vorgesehenen Stunde in seinem Büro, aber das Stativ brach unter der Wucht des Schusses zusammen, und das verirrte Projektil explodierte im Zimmer.

Den Freitag unserer zweiten Woche nutzten wir, um meine Spaziergänge durch die Straßen zu filmen, damit die Nachrichtendienste der Diktatur hinterher nicht abstreiten konnten, daß ich tatsächlich bei diesem in Chile gedrehten Film Regie geführt hatte. Dazu hatten wir fünf charakteristische Punkte in Santiago ausgesucht: die Außenansicht der Moneda, den Parque Forestal, die Brücken über den Fluß Mapocho, den Berg von San Cristóbal und die San-Francisco-Kirche.

Diktator Pinochet: Zentrum der Unterdrückung

Kurz vor neun Uhr morgens hatte das italienische Team den Moneda-Palast von der Alameda aus gefilmt, vor dem Denkmal von Bernardo O'Higgins*. Dann zog das Team zur anderen Straßenfront des Palastes, wo man die Elite-Carabineros von der Palastwache besser sieht, die hier zweimal am Tag, zwar vor weniger Touristen, aber mit dem gleichen größenwahnsinnigen Gehabe wie die Garde vor dem Buckingham-Palast die Zeremonie der Wachablösung durchführen.

Kaum hatten die Carabineros gesehen, daß das italienische Team drehen wollte, verlangten sie die schriftliche Genehmigung, nach der man das Team schon auf der anderen Seite des Palastes gefragt hatte. Es gehörte einfach dazu: Sobald eine Kamera auftauchte, egal an welcher Stelle der Stadt, war auch schon ein Carabinero zur Stelle, um nach der Drehgenehmigung zu fragen.

Es war ein kalter und nebliger Morgen, typisch für unseren Frühherbst, und trotz meines Wintermantels zitterte ich vor Kälte. Inmitten der eiligen Menge war ich schnell gelaufen, um mich aufzuwärmen, und ich ging noch zwei Straßen weiter, um dem Team Zeit zu geben, sich auszuweisen. Als ich zurückkam, konnte ohne Zwischenfälle gefilmt werden, wie ich an der Moneda entlangging. Nach 15 Minuten packte das Team seine Siebensachen zusammen und fuhr zum nächsten Ziel.

Wie üblich morgens um elf war die Calle Estado sehr belebt, und einige Leute gingen auch schon in die erste Kinovorstellung. An den vorangegangenen Tagen hatte ich viele Bekannte vorbeigehen sehen: Journalisten, Politiker aus dem Kulturleben. Sie haben mich nicht einmal angesehen, und das stärkte mich in meiner Sicherheit.

Aber an jenem Freitag geschah etwas, was früher oder später eben geschehen mußte. Vor mir sah ich eine elegante Frau in einem cremefarbenen Leinenkostüm, die auf mich zukam – ohne Mantel, fast als wäre es Sommer. Ich erkannte sie erst, als sie weniger als drei Meter von mir entfernt war. Es war Leo, meine Schwiegermutter.

Ich wollte mich umdrehen, aber dann fiel mir ein, daß man mir eingeschärft hatte, diesem natürlichen Impuls nicht nachzugeben, denn viele Illegale, die man nicht an den Gesichtern hatte identifizieren können, waren an ihren Rücken erkannt worden. Ich hatte genügend Vertrauen zu meiner Schwiegermutter und brauchte nicht zu befürchten, daß sie mich bloßstellte, aber sie war nicht allein. Sie hatte eine ihrer Schwestern untergehakt, Tante Mina, mit der sie sich mit leiser Stimme, fast tuschelnd, unterhielt.

Da mir nichts anderes übrigblieb, ging ich weiter auf sie zu, und ich sah meine Schwiegermutter so eindringlich an, wie ich nur konnte, um sie für den Fall, daß sie mich erkennen sollte, sofort beschwichtigen zu können. Aber sie hob im Vorbeigehen nur kurz den Blick, begegnete meinen starren und schreckerfüllten Augen, ohne ihr Gespräch mit Tante Mina zu

* Bernardo O'Higgins (1776 bis 1842), General der chilenischen Unabhängigkeitsarmee, gilt als politischer und militärischer Befreier Chiles.

Regisseur Littín auf der Recoleta-Brücke in Santiago im Dokumentarfilm „Acta general de Chile": Zahllose verstümmelte Leichen

unterbrechen; sie blickte mich an, ohne mich zu sehen, und wir gingen so nah aneinander vorbei, daß ich ihr Parfüm roch und ihre schönen, sanften Augen sah und sehr deutlich verstand, was sie sagte: „Wenn sie erwachsen sind, machen die Kinder noch größere Probleme."

Um Viertel nach elf holte mich Franquie an der Ecke von Estado und Alameda ab und brachte mich zum nächsten Drehort: den Brücken über den Mapocho. Er fließt in einem befestigten Kanal durch die Stadt; die sehr schönen Brücken über den Fluß haben dank ihrer großartigen Eisenkonstruktionen die Erdbeben unbeschädigt überstanden.

In den ersten Monaten nach dem Militärputsch wurde der Mapocho in der ganzen Welt bekannt, denn regelmäßig, wenn die Militärpatrouillen nachts über die Elendsviertel, die berühmten „poblaciones" von Santiago, hergefallen waren, schwammen auf seiner Oberfläche zahllose verstümmelte Leichen. Aber seit einigen Jahren spielt sich ein anderes Drama am Mapocho ab – hungernde Menschen streiten sich mit Hunden und Geiern um die Essenabfälle, die an den Volksmärkten in den Fluß geworfen werden. Das ist die Kehrseite des chilenischen Wunders, das die Militärjunta vollbracht hat.

Bis zur Zeit der Regierung Allende war Chile ein bescheidenes Land, in dem sich sogar die konservative Bourgeoisie der Sparsamkeit als einer nationalen Tugend rühmte. Um einen glanzvollen Eindruck plötzlichen Wohlstands zu vermitteln, reprivatisierte die Militärjunta alles, was Allende nationalisiert hatte, und verkaufte das Land an das Privatkapital und die multinationalen Gesellschaften. Das Resultat waren eine Überschwemmung des Marktes mit blendenden und überflüssigen Luxusartikeln sowie sehr imposante öffentliche Bauten, die die Illusion spektakulären Wohlstands verbreiten sollten.

Innerhalb von nur fünf Jahren wurden mehr Produkte importiert als in den 200 Jahren zuvor, und das mit Dollarkrediten, für die die Nationalbank mit dem Geld der Reprivatisierung bürgte. Die Komplicenschaft der Vereinigten Staaten und der internationalen Kreditinstitutionen tat ein übriges. Aber am Zahltag zeigte sich die Realität: Die Fata Morgana von sechs oder sieben Jahren fiel innerhalb eines Jahres in sich zusammen. Die Auslandsverschuldung Chiles, die sich im letzten Regierungsjahr Allendes auf 4 Milliarden Dollar belief, ist heute auf 23 Milliarden Dollar gestiegen.

Ein Gang über die Volksmärkte am Mapocho zeigt, was der soziale Preis für die 19 Milliarden Dollar Verschwendung gewesen ist. Denn das Militärwunder hat sehr wenig Reiche noch reicher und den Rest der Chilenen sehr viel ärmer gemacht.

Inmitten dieses Jahrmarkts von Leben und Tod ist die Brücke Recoleta über den Fluß Mapocho eine generöse Geliebte. Sie dient den Märkten ebenso wie dem Friedhof. Tagsüber müssen sich die Trauerzüge einen Weg durch die Menge bahnen. Nachts, wenn keine Ausgangssperre herrscht, führt über sie der einzige Weg zu den Tangoclubs, den nostalgischen Schlupfwinkeln einer bitteren Vorstadt, wo die Totengräber die brillantesten Tänzer sind.

Aber was mir an jenem Freitag am meisten auffiel, nachdem ich diese heiligen Orte so viele Jahre nicht gesehen hatte, das war die große Zahl von verliebten Jugendlichen. Sie spazierten Arm in Arm über die Blumenterrassen am Fluß, küßten sich zwischen den Ständen mit den leuchtenden Blumen, die für die Toten in den nahen Gräbern bestimmt waren, und gaben sich in Ruhe ihrer Liebe hin, ohne sich um die Zeit zu kümmern, die unermüdlich und erbarmungslos unter den Brücken dahinfloß.

Mir fiel ein, was mir jemand in Madrid gesagt hatte: „Die Liebe blüht in den Zeiten der Pest."

Später sollten wir noch mehr Anzeichen finden, wie sich diese Generation, die sich im Lichte der Öffentlichkeit liebte, vor den dauernden Lockungen der politischen Verführung zu schützen wußte. Sie sind es, die zur senilen Erbitterung der Diktatur ihren Geschmack, ihre Lebensart, ihre Vorstellungen von der Liebe, der Kunst und der Politik durchsetzen. Keine Repression vermag sie aufzuhalten.

Die „poblaciones", die ausgedehnten Elendsviertel der größeren Städte Chiles, sind in gewisser Hinsicht befreite Gebiete, deren Bewohner, von der Armut abgehärtet, eine erstaunliche Kultur des Labyrinths entwickelt haben. Polizei und Armee überlegen es sich lieber zweimal, ehe sie sich in diese Bienenstöcke der Armen wagen, in denen leicht ein Elefant verschwinden kann, ohne eine Spur zu hinterlassen, denn dort müssen sich die sogenannten Ordnungskräfte mit originellen und einfallsreichen Formen des Widerstands auseinandersetzen, gegen die die konventionellen Methoden der Unterdrückung wirkungslos sind.

Aufgrund dieser historischen Bedingungen wurden die „poblaciones" in Zeiten demokratischer Regierungen entscheidende Faktoren in den Wahlkämpfen, und den Regierungen hatten sie von jeher Kopfschmerzen bereitet. Für uns

trieben in den Fluten des Mapocho

waren diese Orte von großer Bedeutung, um im Rahmen eines Dokumentarfilms die Stimmung in der Bevölkerung einzufangen und zu erfahren, inwieweit die Erinnerung an Allende lebendig war.

Zu unserer Überraschung stellten wir fest, daß die großen Namen der politischen Führer im Exil der jungen Generation, die heute gegen die Diktatur aufbegehrt, nicht viel sagen. In ihren Augen sind sie Figuren aus einer Heldensage, die mit der realen Gegenwart nicht viel zu tun hat. Es klingt paradox, aber dies ist die größte Niederlage der Militärregierung.

Der Name von Salvador Allende hält die Vergangenheit wach, und der Kult um sein Andenken erreicht in den „poblaciones" mythische Ausmaße. Viele Zeugen erklären: „Ich habe immer für ihn gestimmt, nie für jemand anders." Das kommt daher, weil Allende im Laufe seines Lebens so oft Kandidat gewesen ist, daß er, als er noch nicht zum Präsidenten gewählt worden war, gern sagte, auf seinem Grab stünde einmal: „Hier ruht Salvador Allende, der zukünftige Präsident Chiles." Er war viermal Kandidat gewesen, bevor er gewählt wurde, zuvor jedoch Abgeordneter und Senator. Außerdem hatte er während seiner langen Parlamentskarriere landauf, landab in fast allen Provinzen kandidiert.

Während unserer langen Fahrt durch das Land kamen wir in keinen Ort, in dem sich nicht eine Spur von Allende gefunden hätte. Immer gab es jemanden, dem er die Hand geschüttelt, oder jemanden, für dessen Kind er eine Patenschaft übernommen, oder jemanden, dessen bösen Husten er mit einem Kräutertee geheilt oder dem er eine Arbeit verschafft oder gegen den er eine Partie Schach gewonnen hatte. Alles, was er je berührt hatte, wurde wie eine Reliquie verehrt. Wo wir es am wenigsten erwartet hatten, zeigte man uns einen Stuhl, der besser erhalten war als alle anderen: „Hier hat er einmal gesessen."

In einem Haus, wo ein Bild von der Virgen del Carmen an der Wand hing, fragten wir die Frau des Hauses, ob sie eine Anhängerin Allendes gewesen sei, und sie antwortete uns: „Ich war es nicht: Ich bin es." Dann nahm sie das Bildnis der Jungfrau ab, und dahinter hing ein Porträt Allendes.

Der Allende-Kult ist vor allem in Valparaíso spürbar, der lärmenden Hafenstadt, wo Allende geboren wurde und aufwuchs und sich aufs politische Leben vorbereitete.

Es ist merkwürdig, daß die Militärdiktatur Allende in Valparaíso begraben hat, wo er zweifellos hätte begraben werden wollen. Insgeheim und ohne irgendwelche Zeremonien hatte man seinen Leichnam in der Nacht des 11. September 1973 dorthin gebracht, in einem einfachen Propellerflugzeug der Luftwaffe. Sie begruben ihn auf dem Friedhof Santa Inés, ohne weiteren Schmuck als einen Strauß Blumen, den seine Witwe dort niederlegte mit den Worten: „Hier ruht Salvador Allende, Präsident von Chile."

Das Grab ist heute das Ziel dauernder Wallfahrten, und es ist immer mit Blumen geschmückt. Um dies zu unterbinden, ließ die Regierung verbreiten, der Leichnam sei an eine andere Stelle umgebettet worden, aber nach wie vor sind frische Blumen auf dem Grab.

Auch der Kult um Pablo Neruda und sein Haus am Meer in Isla Negra ist in der jungen Generation weiterhin lebendig. Es ist ein Fischerdorf 40 Kilometer südlich von Valparaíso, mit

Notleidende in Chile: Streit mit Hunden und Geiern um Abfälle vom Markt

Präsident Allende, Landsleute 1972: „Wir haben immer für ihn gestimmt"

Wegen aus gelber Erde zwischen gigantischen Pinien, vor einem aufgewühlten grünen Meer mit hohen Wellen.

Franquie und ich waren dorthin vorausgefahren, um den Drehplan aufzustellen, während das italienische Team die letzten Aufnahmen im Hafen von Valparaíso drehte. Der diensthabende Carabinero zeigte uns, wo die Brücke war, wo das Gasthaus war und die anderen Stellen, die der Dichter in seinen Versen berühmt gemacht hatte, aber er machte mich darauf aufmerksam, daß es verboten sei, das Haus zu besichtigen.

„Sie können es von außen ansehen", sagte er.

Wir fanden Nerudas Haus im Schatten und Schutz der Pinien. Auf einem Schild steht, daß das Haus von der Polizei versiegelt wurde und daß Zutritt und Photographieren verboten seien. Der Carabinero, der dort in gewissen Zeitabständen seine Runden drehte, wurde noch deutlicher: „Hier ist alles verboten." Da wir auch das schon wußten, bevor wir ankamen, hatte der italienische Kameramann eine voluminöse, gut sichtbare Ausrüstung mit dem Hintergedanken mitgebracht, diese von dem Posten beschlagnahmen zu lassen, weil er außerdem versteckt eine weitere, tragbare Kamera dabei hatte.

Die Türen waren von innen verschlossen, an den Fenstern hingen weiße Vorhänge. Dennoch fiel inmitten von so viel Trübsal die Pracht des Gartens ins Auge, den unbekannte Hände pflegen.

Es ist das Haus in Isla Negra, das die Leser am besten mit seiner Dichtung verbinden können. Sogar nach seinem Tod strömt eine Generation von Verliebten dorthin, die zu Lebzeiten des Dichters nicht älter als acht Jahre war. Sie kommen aus aller Welt, um Herzen mit ihren Initialen und Liebesbotschaften in den Zaun zu malen, der den Zutritt zum Haus verwehrt.

Meist sind es Variationen über ein Thema: „Juan und Rosa lieben sich durch Pablo. Danke, du hast uns die Liebe gelehrt. Wir möchten so sehr lieben wie du." Aber es gibt auch andere Botschaften, die die Carabineros weder verhindern noch löschen können: „Die Liebe wird niemals sterben, ihr Generäle. Allende und Neruda leben. Eine Minute Finsternis macht uns nicht blind."

Unsere Vorsichtsmaßnahmen erwiesen sich als überflüssig. Niemand beschlagnahmte unsere Kameras, noch wurde irgend jemandem der Zutritt verweigert, denn die Carabineros waren zum Mittagessen gegangen.

Elena hatte das Wochenende voller Angst verbracht, während ich in Valparaíso und Isla Negra filmte, ohne Kontakt mit ihr aufzunehmen. Sie hatte die Pflicht, mein Verschwinden zu melden, aber da sie wußte, daß ich ein unverbesserlicher Improvisator bin, wartete sie damit länger als verabredet. Sie hatte sich Montagmittag als letzte Frist gesetzt, um Alarm zu schlagen, als sie mich übernächtigt und unrasiert ins Hotel kommen sah.

Sie hatte viele sehr wichtige und gefährliche Aufträge ausgeführt, und sie schwor mir, daß sie niemals mit einem falschen, widerspenstigen Ehemann so viel auszustehen gehabt habe wie mit mir. Aber diesmal hatte sie einen zusätzlichen und berechtigten Grund. Nach unzähligen Bemühungen hatte sie schließlich für elf Uhr dieses Vormittags ein Interview mit führenden Leuten aus der Patriotischen Front Manuel Rodríguez vereinbart.

Das war zweifellos das schwierigste und gefährlichste aller geplanten Treffen, und auch das wichtigste. Die Patriotische Front Manuel Rodríguez besteht fast ausschließlich aus Angehörigen einer Generation, die gerade die Primarschule hinter sich gebracht hatte, als Pinochet die Macht an sich riß. Die Front setzt sich für den Zusammenschluß aller Bereiche der Opposition zum Sturz der Diktatur und zur Rückkehr in die Demokratie ein.

Ein Interview mit den politischen Führern der Patriotischen Front ist ein Privileg, von dem jeder gute Journalist träumt. Ich machte da keine Ausnahme. In letzter Minute traf ich ein, nachdem ich die Mitglieder des Kamerateams zu verschiedenen vereinbarten Orten gebracht hatte.

Allein war ich zur Bushaltestelle in der Calle Providencia gegangen und hatte wie verabredet die Tagesausgabe vom „Mercurio" und ein Exemplar der Zeitschrift „Qué pasa?" dabei. Ich sollte lediglich warten, bis jemand auf mich zukam und mich fragte: „Fahren Sie an den Strand?" Ich hatte zu antworten: „Nein. Ich fahre in den Zoo."

Nach zehn Minuten, als ich bemerkte, daß ich an einem derart überlaufenen Ort ziemlich auffiel, sah ich einen mittelgroßen, sehr schlanken Jungen auf mich zukommen, der das linke Bein nachzog und eine Baskenmütze trug, die allein schon gereicht hätte, ihn als Verschwörer kenntlich zu machen. Er ging ohne Umschweife auf mich zu, und ich sprach ihn an, bevor er noch das Losungswort sagen konnte.

„Konntest du dich nicht ein bißchen anders verkleiden?" fragte ich ihn lachend. „So wie du aussiehst, erkenn' ja sogar ich dich."

Er sah mich eher traurig als überrascht an.

„Merkt man es mir sehr an?"

„Zehn Meilen gegen den Wind", sagte ich.

Kaum war der Junge da, als schon ein Lieferwagen mit dem Namenszug einer Bäckerei vor mir hielt und ich auf den Beifahrersitz kletterte. Dann fuhren wir kreuz und quer durchs Stadtzentrum und sammelten an den verschiedenen Stellen die Mitglieder des italienischen Kamerateams ein. Später setzte man uns an fünf verschiedenen Stellen ab, sammelte uns einzeln in verschiedenen Autos wieder ein, und schließlich fanden wir uns alle in einem anderen Lieferwagen wieder, in dem auch bereits die Kameras, die Lampen und die Tonausrüstung waren.

Ich hatte nicht das Gefühl, ein gefährliches Abenteuer aus dem wirklichen Leben zu erleben, sondern eher, in einem Spionagefilm zu spielen. Der hinkende Junge mit der Baskenmütze und der Verschwörermiene war bei einer der vielen Runden durch die Stadt verschwunden, und ich sah ihn nie wieder. Seinen Platz nahm ein Fahrer ein, der zwar den Witzbold abgab, aber von unerbittlicher Strenge war. Ich setzte mich neben ihn, der Rest des Teams saß auf der Ladefläche.

„Ich fahr euch ein bißchen spazieren", sagte er zu uns, „damit ihr mal unsere gute chilenische Seeluft schnuppern könnt." Er drehte das Radio auf volle Lautstärke und kurvte durch die Stadt, bis ich nicht mehr wußte, wo wir waren. Aber das reichte ihm noch nicht, und mit einer typisch chilenischen Wendung, die ich schon vergessen hatte, befahl er uns, die Augen zu schließen: „So, meine Kleinen, jetzt wollen wir mal ein bißchen Heia machen." Als er merkte, daß wir nicht reagierten, wurde er deutlicher: „Also los, jetzt werden die Äuglein schön fest geschlossen und erst wieder geöffnet, wenn ich Bescheid sage, denn sonst war's das."

Das Team kauerte sich auf den Boden des Lieferwagens, und ich versuchte, die Stadtviertel zu erkennen, durch die wir fuhren. Aber der Fahrer erklärte mir ohne Umschweife: „Das gilt auch für Sie, compañero. Jetzt wird schön Heia gemacht."

Also stützte ich den Kopf auf die Rückenlehne, schloß die Augen und ließ mich von dem Strom der Boleros tragen, die unaufhörlich aus dem Radio plätscherten. Nach zehn Boleros hielt der Lieferwagen an. „Nicht die Äuglein aufmachen", wies uns der Fahrer eilig an. „Wir steigen jetzt brav aus und halten uns alle an den Händchen, damit keiner auf seinen kleinen Popo fällt."

Das taten wir und stiegen dann einen staubigen Weg bergauf und bergab. Als der Fahrer uns erlaubte, die Augen zu öffnen, befanden wir uns zu fünft in einem engen Raum mit sauberen Wänden und billigen, aber sorgfältig gepflegten Möbeln. Mir gegenüber stand ein gutgekleideter junger Mann mit einem falschen Schnurrbart, den er sich offensichtlich in großer Eile ins Gesicht geklebt hatte. Ich lachte auf.

„Du solltest dich besser verkleiden", sagte ich zu ihm. „Deinen Schnurrbart glaubt dir niemand."

Auch er lachte laut und nahm sich den Schnäuzer ab.

„Ich war heute so in Eile", sagte er.

Das Eis war gebrochen, und wir gingen scherzend in das andere Zimmer, in dem ein junger Mann mit einem Kopfverband offensichtlich benommen auf dem Bett lag. Erst da begriffen wir, daß wir uns in einem sehr gut ausgerüsteten Lazarett der Untergrundbewegung befanden und daß der Verwundete Fernando Larenas Seguel war, der meistgesuchte Mann Chiles. Er war 21 Jahre alt und aktives Mitglied der Patriotischen Front Manuel Rodríguez. Vor zwei Wochen, als er allein und unbewaffnet um ein Uhr morgens zu seiner Wohnung in Santiago zurückgekehrt war, hatten vier mit Gewehren bewaffnete Männer in Zivil sein Auto umstellt. Ohne ihm irgend etwas zu befehlen oder eine Frage zu stellen, schoß einer von ihnen durch die Scheibe, die Kugel durchschlug seinen linken Unterarm und verletzte ihn am Kopf.

48 Stunden später wurde er von einem vierköpfigen Kommando der Patriotischen Front mit Waffengewalt aus der

Allende-Grab auf dem Friedhof Santa Inés in Valparaíso, Wallfahrer: Gestalt aus einer Heldensage

Klinik Nuestra Señora de las Nieves befreit, wo er, von der Polizei bewacht, im Koma lag, und in eines der vier Lazarette der Untergrundbewegung gebracht. Am Tag des Interviews befand er sich auf dem Weg der Besserung und war soweit wiederhergestellt, daß er unsere Fragen beantworten konnte.

Wenige Tage nach diesem Treffen wurden wir von der obersten Leitung der Patriotischen Front empfangen, mit den gleichen fast filmreifen Sicherheitsvorkehrungen, aber mit einem entscheidenden Unterschied. Statt in einem Untergrund-Lazarett fanden wir uns in einem freundlichen Haus der Mittelschicht wieder, mit einer umfangreichen Schallplattensammlung aller großen Meister und einer ausgezeichneten literarischen Bibliothek.

Nachdem die verschiedenen Treffen mit Persönlichkeiten aus der Legalität und dem Untergrund abgeschlossen waren, kamen Elena und ich gemeinsam zu der Überzeugung, daß sie wieder zu ihrer normalen Tätigkeit in Europa zurückkehren sollte, wo sie seit einiger Zeit lebte. Ihre politische Arbeit ist zu bedeutend, um sie unnötigen Risiken auszusetzen, und ich hatte mittlerweile ausreichend Erfahrungen gesammelt, um ohne Hilfe den letzten Abschnitt des Films, den ich für weniger gefährlich hielt, fertigstellen zu können.

Ich habe Elena bis heute nicht wiedergetroffen, aber als ich sah, wie sie sich in Richtung U-Bahn entfernte, wurde mir klar, daß ich sie nach so vielen Stunden vorgetäuschter Liebe und gemeinsam erlittener Schrecken sehr viel heftiger vermissen würde, als ich mir vorgestellt hatte.

Wir interviewten die Verantwortlichen der Patriotischen Front, als das französische Team nach erfolgreichem Abschluß des vorgesehenen Programms in Santiago ankam. Der Arbeitsbericht von Jean-Claude, dem Leiter des französischen Teams, war sehr detailliert und umfassend.

Zum Teil aus Sicherheitsgründen, aber mehr noch aus reiner Freude darüber, in Chile zu sein, verbrachten wir einen weiteren Vormittag damit, durch die Stadt zu streifen. Wir spazierten durch das Stadtzentrum, stiegen in die Busse der am wenigsten befahrenen Linien, tranken Kaffee an den auffälligsten Orten, aßen Meeresfrüchte und begossen sie mit Bier, und als es Abend wurde, hatten wir uns so weit vom Hotel entfernt, daß wir mit der U-Bahn zurückfuhren.

Ich kannte die U-Bahn noch nicht, denn erst die Militärjunta hatte sie eingeweiht, obwohl die Regierung Frei mit dem Bau begonnen und Allende ihn weitergeführt hatte. Ich war überrascht, wie sauber und effizient sie war und mit welcher Selbstverständlichkeit meine Mitbürger sich daran gewöhnt hatten, unter der Erdoberfläche zu reisen. Es war eine Welt, die ich bis dahin noch nicht entdeckt hatte, denn wir hatten keinen überzeugenden Grund gefunden, um eine Drehgenehmigung zu beantragen.

Die Tatsache, daß die U-Bahn von den Franzosen gebaut worden war, brachte uns schließlich auf die Idee, daß Jean-Claudes Team dort drehen könnte. Wir sprachen bei der Ankunft auf der Station Pedro Valdivia gerade darüber, als ich auf der Treppe zum Ausgang das untrügliche Gefühl hatte, daß uns jemand beobachtete. So war es: Ein Polizist in Zivil sah uns so aufmerksam an, daß sich sein und mein Blick trafen.

Zu diesem Zeitpunkt war ich bereits in der Lage, einen Polizisten in Zivil in der Menge ausfindig zu machen. Obwohl sie selbst davon überzeugt sind, auszusehen wie jedermann, haben sie etwas Unverwechselbares, mit ihren längst aus der Mode gekommenen dunkelblauen, dreiviertellangen Jacken und ihren wie bei Rekruten fast kahl geschorenen Schädeln. Vor allem verrät sie ihr Blick, denn die Chilenen sehen auf der Straße niemanden an, mit starrem Blick laufen sie oder fahren sie im Bus.

Als ich daher den korpulenten Mann bemerkte, der mich, sogar nachdem er sich entdeckt wußte, weiterhin ansah, identifizierte ich ihn sofort als Polizisten in Zivil. Seine Hände steckten in den Taschen seiner dicken Stoffjacke, eine Zigarette hing ihm zwischen den Lippen, und das linke Auge hatte er, wie die klägliche Imitation eines Filmdetektivs, wegen des aufsteigenden Rauches halb geschlossen.

Ich gebe zu, daß ich einen schwerwiegenden Fehler beging, als ich ihn ansah, aber es war unvermeidlich, denn ich tat es nicht absichtlich, sondern aus einem unbewußten Impuls heraus. Dann sah ich ebenso instinktiv erst nach links und dann nach rechts, und ich bemerkte noch zwei weitere.

„Erzähl mir irgendwas", sagte ich ganz leise zu Jean-Claude. „Erzähl mir was, aber gestikuliere nicht, sieh mich nicht an, mach nichts weiter." Er verstand, und wir liefen so selbstverständlich weiter, als wüßten wir von nichts, bis wir an die Erdoberfläche gelangten. Es war bereits Nacht, aber die Luft war milder und klarer als in den vorangegangenen

Szenen aus dem Film „Acta general de Chile" mit Regisseur

Nächten. Viele Leute gingen über die Alameda nach Hause. Dann trennte ich mich von Jean-Claude.

„Verschwinde", sagte ich ihm. „Wir treffen uns später wieder." Er rannte nach rechts, und ich tauchte in entgegengesetzter Richtung in der Menge unter. Ich nahm ein Taxi, das in diesem Augenblick, wie vom Himmel geschickt, vor mir hielt, und ich konnte die drei überraschten Männer sehen, die gerade aus der U-Bahn-Station kamen und nicht wußten, wem sie folgen sollten, Jean-Claude oder mir. Dann verschwanden sie in der Menge.

Vier Straßen weiter stieg ich aus, nahm ein anderes Taxi in entgegengesetzter Richtung, dann noch eins und noch eins, bis es mir unmöglich schien, daß sie mir noch folgten. Das einzige, was ich nicht verstand und was ich auch bis heute nicht verstehe, ist der Grund, aus dem sie uns folgten. Schließlich stieg ich vor dem erstbesten Kino aus und ging hinein, ohne auch nur auf die Programmankündigung zu achten, wie immer davon überzeugt, daß es keinen sichereren und geeigneteren Ort zum Nachdenken gibt – eine Berufskrankheit.

Parallel zu Elenas Kontakten hatte ich Verbindung zu einigen Freunden von früher aufgenommen, die mir dabei halfen, die chilenischen Kamerateams zusammenzustellen,

und dafür sorgten, daß wir uns in den „poblaciones“ völlig frei bewegen konnten. Die erste, die ich aufsuchte, war Eloísa, die elegante und schöne Frau eines Industriellen.

Eloísa und ich hatten an der Universität politisch zusammengearbeitet, und unsere Freundschaft war während der letzten Wahlkampagne von Salvador Allende noch enger geworden – da waren wir zusammen in der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit gewesen. Wenige Tage nach meiner Ankunft hatte ich durch Zufall erfahren, daß sie der Star einer Public-Relations-Firma war, und ich hatte der Versuchung nicht widerstehen können, sie anonym anzurufen, um sicher zu sein, daß sie es wirklich war.

Die gelassene und entschlossene Stimme, die mir antwortete, schien tatsächlich ihr zu gehören, aber irgend etwas in ihrer Diktion klang weniger überzeugend. Deshalb postierte ich mich am selben Nachmittag in einer Cafeteria in der Calle Huérfanos, von wo aus ich sie sehen konnte, wenn sie ihr Büro verließ. Sie war es. Man sah ihr nicht nur die zwölf Jahre nicht an, die wir beide älter geworden waren, sie war sogar noch eleganter und schöner als je zuvor.

Zu diesem Zeitpunkt hatten wir noch keine Möglichkeit gefunden, in den „poblaciones“ zu drehen, da uns gute politische Beziehungen fehlten, und ich hoffte, daß Eloísa mir helfen könnte, einige gemeinsame Freunde aus den Jahren der Unidad Popular wiederzufinden, die ich im Zwielicht der Illegalität aus den Augen verloren hatte.

Sie stimmte nicht nur begeistert zu, sondern begleitete mich auch an drei Abenden hintereinander zu geheimen Treffen in Stadtvierteln, wo es ungefährlicher war, mit einem so respekteinflößenden Auto wie dem ihren vorzufahren.

„Niemand kann sich vorstellen, daß ein BMW 635 ein Feind der Diktatur sein könnte“, sagte sie begeistert.

Allein aus diesem Grund wurde ich an jenem Abend nicht verhaftet, als Eloísa und ich während eines konspirativen Treffens von einem der vielen Stromausfälle überrascht wurden, die die Widerstandsbewegung zu jener Zeit herbeiführte.

Die Zusammenkunft war sehr früh anberaumt worden, denn die Ordnungskräfte befanden sich während der Stromausfälle in einem fast hysterischen Zustand von Nervosität, und die Straßenrazzien waren brutal. Und danach begann dann die Ausgangssperre. Aber aus irgendwelchen Gründen

Littín, Widerstandskämpfern: Interviews im Zwielicht des Untergrunds

Ich bemerkte außerdem, daß sie keinen livrierten Chauffeur hatte, wie man es von der Ehefrau eines einflußreichen Bourgeois erwartet hätte, sondern selbst am Steuer eines platinschimmernden BMW 635 saß. Also schickte ich ihr per Post einen einzigen Satz: „Antonio ist hier und möchte Dich sehen.“ Das war der Deckname, unter dem sie mich während der politischen Kämpfe an der Universität kennengelernt hatte, und ich war sicher, daß sie sich daran erinnern würde.

Ich irrte mich nicht. Am nächsten Tag bog der silberfarbene Haifisch im Schrittempo um die Ecke der Calle Apoquíndo, gegenüber der Renault-Niederlassung. Ich sprang in den Wagen und schloß die Tür, und sie war wie erstarrt, bis sie mich an meinem Lachen wiedererkannte.

„Du bist verrückt!“ sagte sie.

„Hast du daran gezweifelt?“ antwortete ich.

Wir fuhren in ein französisches Restaurant, das ich kannte. Ich kam zur Sache. Vorbehaltlos erzählte ich ihr von dem Grund meiner illegalen Anwesenheit und bat sie, mir behilflich zu sein, einige Kontakte zu knüpfen, die für eine Frau wie sie möglicherweise weniger riskant waren, da sie durch die Privilegien ihrer Klasse geschützt war.

war jedem von uns in letzter Minute etwas dazwischengekommen, und wir hatten das Hauptthema noch nicht abgeschlossen, als zum erstenmal der Strom ausfiel.

Sobald der Strom wiederkam, fuhren wir über eine ungepflasterte Straße, die an einem Berghang entlangführte, davon. In einer Kurve tauchten plötzlich mehrere Kombis der Geheimpolizei CNI vor uns auf, die an beiden Straßenrändern standen und auf diese Weise eine Art Tunnel bildeten. Die Polizisten in Zivil waren mit Maschinenpistolen bewaffnet. Eloísa wollte anhalten, aber ich hinderte sie daran.

„Aber man muß anhalten“, sagte sie.

„Fahr weiter“, antwortete ich, „werd nur nicht nervös, sprich weiter, lach weiter und halt nicht an, solange sie es dir nicht befehlen. Meine Papiere sind in Ordnung.“

Ich hatte es noch nicht ganz ausgesprochen, als ich an meine Jackentasche griff und mir das Blut in den Adern gefror. Ich hatte die Brieftasche mit meinem Ausweis nicht dabei. Einer der Männer stellte sich uns mit erhobenem Arm in den Weg, und Eloísa mußte anhalten. Er leuchtete uns mit einer Taschenlampe ins Gesicht, ließ den Lichtstrahl durch das Innere des Wagens gleiten und winkte uns wortlos weiter. Eloísa hatte recht: In einem Auto wie dem ihren konnte man

Chilenische Polizei, Demonstranten in Santiago 1983: „Hier ist alles verboten!"

unmöglich eine politische Gefahr wittern. In jenen Tagen lernte ich ihre Schwiegermutter kennen, die wir beide vom ersten Besuch an, einer unergründlichen Kette von Assoziationen folgend, Clemencía Isaura getauft hatten. Wir platzten unangemeldet nachmittags um fünf Uhr in ihr prächtiges Haus im Barrio Alto hinein, als sie gerade mit dem ihr eigenen unerschütterlichen Gleichmut eine Tasse Tee und englisches Gebäck zu sich nahm, während Gewehrsalven durch den Salon hallten und der Fernsehschirm sich mit Blut füllte.

Sie trug ein Prêt-à-porter-Kostüm, Hut und Handschuhe, denn auch wenn sie allein ist, pflegte sie pünktlich um fünf Uhr in einer Aufmachung Tee zu trinken, als sei sie auf einer Geburtstagsfeier. Allerdings paßten diese Gewohnheiten wie aus einem englischen Roman nicht besonders zu ihrer Persönlichkeit, denn sie hatte, bereits verheiratet und mehrfache Mutter, in Kanada Segelflugzeuge geflogen und war eine erprobte Fallschirmspringerin.

Als sie erfuhr, daß wir sie wegen einer illegalen, wichtigen und außerdem gefährlichen Angelegenheit aufsuchten, sagte sie zu mir: „Was für eine gute Idee, denn das Leben hier ist derart langweilig, daß man sich ankleidet, herrichtet und schön macht, ohne zu wissen wofür."

Unsere Bitte, sie solle mir helfen, fünf Personen in schwer zugänglichen Stadtvierteln ausfindig zu machen, bereitete ihr eine gewisse Enttäuschung.

„Wenn es wenigstens darum ginge, Bomben zu legen!" sagte sie.

Ich wollte diese fünf Männer nicht über die üblichen Kanäle der Widerstandsorganisationen suchen. Alle hatten schon vor der Unidad Popular mit mir zusammengearbeitet. Keiner der fünf war ins Exil gegangen. Die fünf hatten ihre Wohnungen, ihre Berufe und ihre Identität gewechselt, und ich hatte keinerlei Anhaltspunkte, sie zu finden. Es gibt mehr als 1000 Chilenen, die so leben und unter anderer Identität als vor 1973 im Widerstand arbeiten, und es war nun Clemencía Isauras Aufgabe, das Ende jenes Fadens zu finden, der zum Knäuel führte. Außerdem waren die vorbereitenden Kontakte, die sie knüpfen würde, unentbehrlich, denn auf diese Weise ließ sich einschätzen, in welcher Stimmung meine alten Freunde waren, bevor wir ihnen enthüllten, daß ich in Chile sei und sie um Hilfe bäte.

Ich weiß nicht im einzelnen, wie sie es geschafft hat. Vor meiner Abreise war kaum Zeit, uns in Ruhe wiederzusehen. Sie sagte mir lediglich, daß sie im Fernsehen nie einen so aufregenden Film gesehen hätte wie den, den sie erlebt hatte. Ich weiß, daß sie tagelang durch die Elendsviertel gelaufen sein und hier gefragt und dort nachgeforscht haben muß, von den wenigen losen Fäden ausgehend, die ich in meiner Erinnerung wiedergefunden hatte.

Ich hatte ihr geraten, sich so zu kleiden, daß sie unter den Armen nicht auffiele, aber sie hörte nicht auf mich. In einer Aufmachung, als wollte sie Tee trinken und englisches Gebäck knabbern, ging sie über die unwegsamen Pfade der Hinterhöfe von Santiago. Wer unversehens von einer aufgedonnerten alten Dame angesprochen wurde, die mit verdächtiger Neugier nach vagen Adressen fragte, muß ziemlich überrascht gewesen sein. Aber ihr unwiderstehlich sympathisches Wesen und ihre menschliche Wärme flößten unmittelbar Vertrauen ein.

Tatsache ist, daß sie nach einer Woche drei der verlorenen Freunde gefunden hatte und für sie in ihrem Haus ein Essen gab – ein Galadiner hätte nicht besser und feierlicher sein können. Auf diese Weise entstand das erste chilenische Filmteam und ergaben sich alle Kontakte, um in den „poblaciones" zu drehen.

Im nächsten Heft

Rendezvous im falschen Auto – Das Geheimnis der leeren Zigarettenschachteln – Rückkehr des verlorenen Sohnes – Zwei blinde Passagiere

Fuß rumdrehen

Nach dem Willen der Funktionäre sollen im Sport wieder freundlichere Umgangsformen einziehen. Doch die Leistungsgesellschaft orientiert sich an den alten Griechen: Jeder Trick ist erlaubt.

Passend zur Weihnachtszeit kam die Milde über die deutschen Sportfunktionäre. Angeführt von ihrem ersten und ältesten, dem Präsidenten des Nationalen Olympischen Komitees und der „Deutschen Olympischen Gesellschaft", Willi Daume, nahmen sie sich des Guten und Wahren im Sport an: Statt Beinstellen, Prügeleien und randalierender Fans soll wieder das Fair play in die Stadien.

Voll austrainiert, wie sie in ihrer Paradedisziplin „Gremienbilden" ist, gründete die Funktionärs-Riege einen Steuerungsausschuß „Fair play", den der ehemalige Ruder-Olympiasieger Horst Meyer leitet. Dem Kuratorium „Fair play" soll als Schirmherr das Beste dienen, was in Deutschland als Galionsfigur zur Zeit zu haben ist: Bundespräsident Richard von Weizsäcker.

Finanziert wird die Kampagne von dem Computer-Konzern IBM, der sich eine positive Imagewerbung davon verspricht. Der deutsche IBM-Chef Hans-Olaf Henkel zieht zwischen den Krawallen in Fußballstadien und dem politischen Unrat in Schleswig-Holstein eine Parallele und sieht seine Firma aufgerufen, „über den Sport hinaus eine weitere Verwilderung der Sitten in der Gesellschaft zu verhindern".

Daumes Idealbild für einen fairen Sportsmann ist Gottfried von Cramm. Der deutsche Tennis-Baron, vielfacher Wimbledon-Finalist in den dreißiger Jahren, war auf dem Court stets picobello in Schale und Contenance. In seinen langen Hosen mit akkuraten Bügelfalten und in seiner noblen Art mit tadellosen Manieren verkörperte er, was Carl Diem, Nestor der deutschen Olympia-Bewegung, in seinen „Zehn Geboten des Sports" kanonisiert hatte: „Wichtiger als der Sieg ist die Haltung."

Die alte Weisheit soll nun mit flotten Werbesprüchen der Agentur Springer & Jacoby aufgefrischt werden. Zum Start der „Fair geht vor"-Kampagne Anfang Dezember in Frankfurt fand sich eine überraschende Paarung ein: Der Zehnkämpfer Jürgen Hingsen und sein britischer Rivale Daley Thompson, die in ihrer Disziplin den Psychokrieg populär machten, wurden den erstaunten Journalisten als Bannerträger des Fair play präsentiert.

Schon der Beginn des hehren Werkes verdeutlichte die drohenden Widrigkeiten: Daume lobte die Athleten, die für die gute Sache ohne Honorar aufträten, und dankte auch der anwesenden adidas-Riege, die Kosten für die beiden Zehnkämpfer großzügig übernommen zu haben.

Fußball-Foul: Kosten-Nutzen-Kalkül

Handball-Foul: „Gegenspieler kampfunfähig machen"

Wie zugleich rührend und verlogen das Unternehmen „Fair play" ist, wie wenig sich der Sport aus einer erfolgsbesessenen Gesellschaft heraushalten kann, zeigt ein gerade erschienenes Buch*. Darin stellen der Sportsoziologe Gunter A. Pilz und der Fernsehjournalist und Ex-Handball-Bundesligaspieler Wolfgang Wewer schlicht fest: „Die Formel sportlich = fair wird mehr und mehr zur Leerformel."

Das alte Fair-play-Ideal – eine absolute Chancengleichheit, der Verzicht auf Vorteile, die Achtung des Gegners als Partner und die Einhaltung der Regeln – sei ausgehöhlt. „Der Sport", so Pilz und Wewer, „hat sich den Normen und Werten der Leistungs-, genauer Erfolgsgesellschaft angepaßt."

Die Autoren belegen mit einer Fülle von Beispielen, daß die meisten Athleten weder sich noch den Gegner schonen: „Hast du den Gegner am Boden, dann tritt ihm aufs Gesicht und drehe den Fuß herum. Gib ihm nie die Idee, daß er noch einmal auf die Beine kom-

* Gunter A. Pilz / Wolfgang Wewer: „Erfolg oder Fair play? Sport als Spiegel der Gesellschaft". Copress Verlag, München; 152 Seiten; 22 Mark.

men kann" – so die Devise von Ivan Lendl, der Nummer eins im Tennissport. Was Sache ist, beschreibt auch Ex-Nationalhandballer Hans-Günther Schmidt. Wenn Trainer und Offizielle von den Spielern verlangten, „eine gesunde männliche Härte" zu zeigen, hieße das im Klartext: „Alle nur denkbaren Fouls mit dem Ziel, den Gegenspieler zu entnerven oder gar – wenn auch in seltenen Fällen – durch vorsätzliche Verletzung kampfunfähig zu machen."

Längst ergänzt der Psychoterror die Trickkiste der Sportler im Wettkampf. Der Schalker Rechtsaußen Reinhard („Stan") Libuda wurde in seiner Glanzzeit von den Abwehrspielern nicht nur mit der Beingrätsche – im Insiderjargon „Blutschere" genannt – beharkt, sondern auch mit Fragen wie: „Du Stan, schläft deine Frau immer noch mit dem Neger?" – Tennis-Derwisch John McEnroe befand: „Eine freche Schnauze ist wie ein Schmetterball in die Seele."

Griechische Ringkämpfer auf einem Vasenbild: „Bauchdecke durchstoßen"

Offen gibt Hans Wilhelm Gäb, Präsident des Deutschen Tischtennis-Bundes, zu: „Im Spitzensport müssen die Begriffe der Moral relativiert werden." Besonders was das Doping angeht.

Zwar meldet der DSB-Präsident Hans Hansen, der neuerdings auch Regierungssprecher in Kiel ist, Widerspruch an: „Für Spritzensport und andere Manipulationen an Athleten gibt es bei uns keinen Platz." Aber das sind Sonntagsreden wider besseres Wissen. Der Kölner Professor Wildor Hollmann, Präsident des Deutschen Sportärztebundes und des Weltverbandes für Sportmedizin, plädiert für ein Ende der Heuchelei: „Wir müssen die harten Realitäten sehen. Es ist eine Illusion, zu glauben, daß Doping im Hochleistungssport verhindert werden kann."

Auf den antiken Olympia-Sport können sich die Fair-play-Nostalgiker nicht berufen. Den sportlichen Vorvätern war die feine Gangart völlig fremd. Sowohl die mythischen Gestalten Homers wie die leibhaftigen Olympioniken in Griechenland kannten kein Pardon, wenn sie sich um den Lorbeer stritten. Nach neueren Forschungen, etwa des Soziologen Norbert Elias und des US-Sporthistorikers Allen Guttmann, setzten die Wettkämpfer alles ein, inklusive hinterlistiger Tricks und abgefeimter Manipulationen. Götterbote Hermes, Schutzherr der Athleten, war auch Patron der Diebe und Betrüger. Die Boxer der Antike kannten keine Gewichtsklassen, sie riskierten buchstäblich ihr Leben. Hemmschwellen gab es kaum, wie ein antiker Sportbericht deutlich macht: „Als er seine Deckung fallenließ, stieß ihm der andere die Finger der gestreckten Hand unter den Rippenbogen, durchstieß mit seinen harten Nägeln die Bauchdecke, riß die Eingeweide heraus und tötete ihn."

Zwischen Amateuren und Profis wurde damals kein Unterschied gemacht. Wer siegte, war von den Steuern befreit, zum Ruhm kam Bares.

Verblüffend sind die Parallelen zum modernen Spitzen- und Showsport. Erfolgreiche Athleten sahen sich auch schon in den griechischen Stadtstaaten heiß umworben: Astylos von Kroton wurde nach seinem Sieg im Stadionlauf bei den Olympischen Spielen des Jahres 488 vor Christus vom Tyrannen Gelon mit einem großzügigen Angebot nach Syrakus geholt. Als er dann für Syrakus den Olympiasieg erlief, enteigneten die empörten Krotoniaten den Besitz des Olympiasiegers in ihrer Stadt.

Wenn Allen Guttmann schildert, wie die Verlierer von fanatischen Zuschauern mit Häme überschüttet wurden, so glaubt man die Westkurven-Hohngesänge der Hamburger Fußballfans zu hören: „Hi, ha, ho, Schalke ist k.o."

Bei gut besuchten Wettkämpfen war offensichtlich auch damals „die öffentliche Sicherheit" häufig von Randale der Fans bedroht. In Olympia sorgte eine spezielle Truppe, die sogenannten Alytai, mit Stöcken und Peitschen für Ordnung nach Platzherrenart.

Eine in Delphi gefundene Inschrift verweist auf die antiken Promille-Probleme: „Den Wein darf man nicht in den Bereich des Stadions bringen." Angedrohte Strafe: fünf Drachmen, die Hälfte davon bekam der Denunziant.

Die Erfindung des Fair play reklamierten im Dritten Reich deutsche Historiker für die Turniere der „germanischen" Ritter im Mittelalter. In Wahrheit ist das Fair play ein Produkt des viktorianischen England im 19. Jahrhundert. Damals war bei den Aristokraten der Sport als schierer Zeitvertreib in Mode gekommen. Ihre Amateurregeln ließen Arbeiter nicht zu, der Sport sollte „sauber", sprich „fair" bleiben. Man war unter sich und tat sich nicht weh.

Die Cambridge-Rules, nach denen die Aristokratie den Ball trat, kannten weder Schiedsrichter noch Elfmeter. Diese Instrumente der sozialen Kontrolle wurden erst Ende des vergangenen Jahrhunderts eingeführt, als die Klassenschranken im Sport porös wurden und der Plebs ins Spielgeschehen eingriff. Es galt, die ungestüme Arbeiterklasse zu zügeln.

Neben den Klassenprivilegien war es die Wettleidenschaft der Gentlemen, die das spezifisch englische Fair-play-Ideal entstehen ließ. Der Reiz des Wettens stieg, wenn der Ausgang offen war und beide Wettkämpfer die gleiche Siegchance hatten. Um dies zu erreichen, wurden Handicaps eingeführt.

Im modernen Leistungssport ist der Begriff der „Fairness" längst durch den der „Cleverness" ersetzt. „Nice guys finish last" heißt ein Standardspruch unter Sportlern – wer fair ist, kann nicht gewinnen.

Bei einer Befragung von britischen Berufs- und Amateurfußballern waren 70 Prozent der Profis und 54 Prozent der Amateure der Ansicht, daß bei einem Gegenspieler in einer aussichtsreichen Schußposition mit einem Foul die „Notbremse" zu ziehen sei. Fouls und regel-

widrige Attacken machen aus einem talentierten Spieler erst einen guten – Franz Beckenbauers entsprechende Mahnung an Pierre Littbarski ist heute zur Handlungsmaxime für Fußballprofis geworden. So neu ist das nicht: Schon der legendäre Herberger verlangte in den 50er Jahren von seinem Ausputzer Josef Posipal: „Jupp, deinen Gegenspieler will ich heute abend nicht beim Bankett sehen."

Auch das Fußballidol Uwe Seeler ist der Ansicht: „Also, normales Foul ist für mich nicht unfair." Altstar Paul Breitner fordert: „Wir müssen die Jugendlichen lehren, foul zu spielen. Bevor ich dem Gegner erlaube, ein Tor zu schießen, muß ich ihn mit allen Mitteln daran hindern." Holger Dahl hatte es als A-Jugend-Spieler bei Eintracht Frankfurt, der gern Profi werden wollte, begriffen: „Fairness ist für mich ein überholter Begriff."

Das gilt nicht nur beim Fußball, dem Sport für harte Männer. So rät der Trainer einer Hannoveraner Damen-Wasserballmannschaft seinen Sport-Nixen zu Fouls, die „so geschickt geschehen, daß es der Schiedsrichter nicht sieht". Die Hockey-Rekordinternationale Gaby Appel bekennt: „Es gibt kaum jemanden, der fair spielt, ich habe inzwischen gelernt, mich zu wehren."

Im Zeitalter des Querpasses diktiert im Fußball das Kosten-Nutzen-Kalkül die Aktionen: Spiele werden taktisch nach Hause geschaukelt, Fouls werden begangen, um Schaden von der eigenen Mannschaft abzuwenden, Entschuldigungsgesten nach dem Regelverstoß sollen den Schiedsrichter gnädig stimmen.

Die Gesten des Bedauerns sind zudem ein choreographisches Element in dem Pharisäer-Ritual, das jedes Fußball-Bundesligaspiel in Teilen zur Schmiere macht: hochgereckte Arme, Gesichter wie beim Weihnachtsspiel. Daneben segeln die „Schwalben", mit denen die Stürmer ein Foul des Gegenspielers vortäuschen, um einen Elfmeter herauszuschinden.

Restfairness zeigt sich in den Sportarenen nur, wenn es der Spielstand erlaubt. Dies demonstrierte jüngst der Stuttgarter Mittelstürmer Jürgen Klinsmann, als er beim Schiedsrichter intervenierte, um den Bayern-Spieler Norbert Nachtweih vor einem Platzverweis zu bewahren – in der 83. Minute beim Spielstand von 2:0 für die Stuttgarter.

Die Beweise sind erdrückend: Die Fair-play-Kampagne kann nicht zu einer Rückkehr ins Sport-Paradies führen. Der Marsch der Gladiatoren geht in Richtung hochbezahlten Show-Sport. Die Schere zwischen dem Hochleistungssport und dem Freizeitsport wird sich vergrößern.

Schon jetzt, so bilanzieren Pilz und Wewer, hat „das ethische Prinzip des Fair play" im kommerzialisierten Sport weitgehend „einer neuen technokratischen Moral Platz gemacht", die sich bedingungslos am Erfolg orientiert.

BOXEN

Absolute Profis

Die Bundesliga der Amateurboxer steht für den Niedergang der einst renommierten deutschen Faustkämpfer.

Klaus Niketta, 24, aus Berlin stand auf der Lohnliste des Getränkehändlers und Boxmäzens Egon Kaderka aus Ahlen in Ostwestfalen. Sein Einkommen bezifferten Kenner der Branche auf knapp 100 000 Mark jährlich.

Als Niketta im Sommer letzten Jahres Getränkekisten auf einen Lastwagen laden sollte, empörte er sich: „Was denkt ihr denn, wer ich bin?" Er sei „Boxer und kein Prolet".

Boxer Niketta: „Das Zahlentippen war zu blöd"

Dann packte der zweimalige deutsche Amateurboxmeister im Federgewicht die von Kaderka gestellten Möbel auf einen Anhänger und fuhr nach Leonberg. Dort unterschrieb er einen Vertrag beim Autohändler Siegfried Leyrer und dessen Boxklub BC Leonberg, kassierte schon mal 10 000 Mark Vorschuß und wartete mit Freundin im Hotel auf die Zuweisung von Wohnung und genehmem Arbeitsplatz.

Nach vier Wochen, die Möbel faulten auf dem undichten Anhänger, fühlte er sich im Schwabenland „nicht korrekt behandelt". Niketta steckte angeblich die 10 000 Mark ein, rechnete alle Spesen ab, tankte sein Auto für 60 Mark voll, ließ sich auch noch diesen Betrag vom BC Leonberg erstatten – und fuhr nach Ahlen zurück. Dort holte er sich ein weiteres Mal Handgeld ab und boxt auch in der neuen Bundesliga-Saison für Kaderkas BSK Ahlen.

Jetzt sind Juristen darum bemüht, die verworrene Situation um Nikettas Vereinszugehörigkeit zu klären. Unabhängig davon kann der Irrweg des Boxers abermals als Paradefall einer Bundesliga gelten, die ebenso sinnlos wie skandalträchtig ist.

In Westeuropa leistet sich nur der Deutsche Amateur-Box-Verband (DABV) eine Mannschaftsmeisterschaft in Ligaform. Allein dadurch, so DABV-Vizepräsident Heinz Birkle, könne verhindert werden, daß die besten Amateure zu den Profis abwandern.

Tatsächlich gibt es für die Amateure in der Bundesliga so viel zu verdienen, daß der Profimanager Ottmar Graf sich resignierend aus dem Geschäft zurückzog. Was das Geld angehe, so Graf, seien „die Amateure in der Bundesrepublik die absoluten Profis".

Bei den Profis erreicht mit Ausnahme von René Weller und vielleicht noch den beiden Rocchigiani-Brüdern keiner die Einkünfte der Boxamateure der Bundesliga. Stars wie der frühere Vizeeuropameister Markus Bott oder der siebenmalige Deutsche Meister Alexander Künzler erhalten neben Handgeldern von bis zu 50 000 Mark für eine Saison noch Spesen, Prämien pro Kampf bis zu 5000 Mark und als Dreingabe die Sporthilfe. Auf rund 100 000 Mark netto veranschlagte Birkle das Jahreseinkommen seiner Topleute.

Die haben denn nur ein müdes Lächeln für die Profis über, bei denen im vergangenen Jahr etwa Schwergewichtler Manfred Jassmann durch seine Kämpfe rund 70 000 Mark einnahm, andere im Rahmenprogramm pro Abend allenfalls 500 Mark kassierten.

Die Methode, den Profis den Nachwuchs zu entziehen, funktioniert so perfekt, daß nicht einmal die zynische Prognose des 1986 verstorbenen Box-Präsidenten Theo „Goldfinger" Wittenbrink eintraf: Wenn es in Deutschland erst mal genug Arbeitslose geben würde, werde es auch mit dem Profiboxen wieder aufwärtsgehen.

Was genau zum Beispiel beim Meister Ahlen zu verdienen ist, mochte Barbesit-

2 Datenkommunikation. Mit der Post.

Die Differenz mach

Wenn sich die Preise ständig ändern. Im Obst- und Gemüsegroßhandel ändern sich die Preise für identische Produkte täglich, manchmal sogar stündlich. Die Handelskette, die da per Datenleitung ständig am Ball ist, kann die besten Konditionen herausholen. Und sie kann ihren Kunden, ebenfalls per Datenleitung und schneller als die Konkurrenz, ein besonders günstiges Angebot machen.

Die Dateldienste der Post bringen Sie nach vorn. So wie für den Obst- und Gemüsegroßhandel gibt es für alle Unternehmen, die auf einen schnellen Datenfluß angewiesen sind, eine maßgeschneiderte Form der Datenübermittlung. Da spielt es keine Rolle, ob Sie eine nationale oder eine internationale Verbindung benötigen, ob Sie immer mit den selben Partnern kommunizieren möchten, wie schnell die Daten übermittelt werden sollen, oder welche Endgeräte Sie besitzen. Folgende Netze für die Datenübermittlung gibt es:

Das Datex-L-Netz – das Datexnetz mit Leitungsvermittlung eignet sich besonders für die Übertragung großer Datenmengen an unterschiedliche Kommunikationspartner, die gleiche Übertragungsgeschwindigkeiten nutzen.

Das Datex-P-Netz – das Datexnetz mit Paketvermittlung ermöglicht Verbindungen zwischen Anschlüssen unterschiedlicher Übertragungsgeschwindigkeiten.

Das Direktrufnetz – hierbei handelt es sich um ein öffentliches digitales Netz aus festgeschalteten Verbindungen. Es eignet sich vor allem für die Übertragung von großen Datenmen-

TEAM/BBDO 8.271

t den Unterschied.

gen an einen festen Kommunikationspartner.

Das Telefonnetz – die Datenübertragung im Telefonnetz ist eine einfache Möglichkeit der Datenkommunikation für die gelegentliche Nutzung.
Außerdem lassen sich einige Anwendungen der Datenkommunikation auch für Bildschirmtext (Btx) realisieren.

Bald wissen Sie noch mehr. Wenn Sie mehr über die Dateldienste erfahren möchten, wenden Sie sich bitte an den Datennetzkoordinator Ihres Fernmeldeamtes. Er wird Sie individuell beraten. Die Rufnummer steht im Telefonbuch unter „Post". Außerdem können Sie unsere Broschüre „Datenkommunikation mit der Post" anfordern. Dort finden Sie ausführliche Informationen, die eine gute Grundlage für das persönliche Gespräch bilden.

Bitte Coupon ausfüllen und senden an: „Info Datenkommunikation", Postfach 1190, 6600 Saarbrücken. Oder rufen Sie uns an. Telefon 0130/0105. Natürlich bundesweit zum Ortstarif.

Btx ✳ 20000340 #

Bitte senden Sie mir die Broschüre über Datenkommunikation.

Name: _____ 61

Firma: _____

Straße/Postfach: _____

PLZ/Wohnort: _____

Branche: _____

Telefon: _____ / _____

Post

Boxer Bott: Rabatt beim Bau des Eigenheims

zer Kaderka („Andere Männer halten sich Frauen, ich mir Boxer") nicht verraten, „weil ja auch das Finanzamt Zeitung liest". Mit der Versicherung, Niketta erhalte nur eine monatliche Aufwandsentschädigung von 430 Mark, mochte sich der Fiskus nicht begnügen. Kaderkas Box-Bücher wurden zur Prüfung der Finanzlage beschlagnahmt.

Doch in den Büchern steht mitunter nicht einmal die halbe Wahrheit. So erklärte jetzt Horst Gauß, Manager des CSC Frankfurt, treuherzig: „Jeder Boxer steht bei uns im Angestelltenverhältnis, bekommt pro Kampf 600 Mark, alles läuft über eine Lohnsteuerkarte." Aber eben doch nicht alles. Die Top-Leute werden von Box-Paten, von Sponsoren, bezahlt. Und da verfährt Gauß nach dem Motto der Branche: „Was so an Handgeldern fließt, ist nicht unsere Sache."

So kehrte Markus Bott, der vor einem Jahr von Leonberg nach Landshut gewechselt war, jetzt auch deshalb ins Musterländle zurück, weil als besondere Gratifikation ein Werbevertrag mit einer Fertighausfirma winkte. Die will ihm beim Bau eines Eigenheims rund 30 000 Mark Rabatt einräumen. Daher fiel ihm auch ein Verzicht auf eine geplante Profikarriere leicht, was wiederum den Profimanager Ebby Thust letztlich freute. Er sei froh, daß „der trainingsfaule, rauchende Bott nicht bei uns unterschrieben hat". Und Thust weiter: „Er hat uns ausgelacht, als wir ihm 20 000 Mark Handgeld und 3000 Mark Monatsgehalt geboten haben."

Die Fleischtöpfe der Bundesliga haben die Amateure längst satt gemacht. Sie haben ihr Auskommen, auch ohne sich quälen zu müssen. Längst haben die deutschen Faustkämpfer ihr einst hohes Ansehen verspielt, in der jüngsten Weltrangliste des Internationalen Amateur-Box-Verbandes tauchen nur noch Alexander Künzler und Markus Bott auf. Ein absoluter Tiefpunkt war die Europameisterschaft 1987 in Turin, wo die Bundesdeutschen ohne Medaille blieben.

Seit Einführung der Liga im Jahr 1971 importierten die Klubs immer wieder Ausländer, vor allem aus Kenia, Uganda

Ex-Box-Präsident Wittenbrink
Hoffnung auf Arbeitslose

und der Türkei. Das schnelle Geld lockt inzwischen auch Boxer aus dem Ostblock wie den Olympiadritten Mirko Puzovic (Jugoslawien) oder gleich drei international erfahrene Rumänen, die jetzt in Ahlen anheuerten. Dem holländischen Vizeweltmeister Arnold Vanderlijde geht's in Leonberg so gut, daß er „noch mindestens zwei Jahre" Amateur bleiben will.

Pro Wettkampf ist der Einsatz von zwei Ausländern erlaubt, doch die meisten der sechs Klubs haben gleich drei unter Vertrag, um für die Besetzung der neun Klassen taktisches Spielmaterial zu haben. Unter den harten Schlägen der kampfstarken Ausländer in der Bundesliga, so Bundestrainer Helmut Ranze, seien schon viele deutsche Talente zerbrochen.

Vizepräsident Birkle, der mächtige Mann im deutschen Amateurboxsport, will die Regelung dennoch beibehalten. Dabei machte er selbst unangenehme Erfahrungen. Als Birkle vor elf Jahren noch als Ringrichter amtierte, schickte der Keniate David Attan erst ihn und dann seinen Gegner über die Zeit in den Ringstaub.

Vor allem mit den Gastarbeitern im Ring wird getrickst. Einreise- und Aufenthaltsdaten werden schon mal manipuliert, um die Startberechtigung zu erhalten. Besonders raffiniert, behauptet die Konkurrenz, seien die Ahlener vorgegangen. Sie hätten zum Wiegen anstelle des türkischen Federgewichtlers Talat Cihangir dessen leichteren Bruder Suat geschickt. Tatsächlich wog Talat Cihangir nach seinem Sieg über den Leverkusener Boris Metz im November 1986 beim Nachwiegen plötzlich sechs Kilo mehr als kurz vor dem Kampf – doch restlos aufgeklärt wurde die Sache nicht.

Finanzielle Belastungen, Steuerfahndungen und einstweilige Verfügungen nach Tricksereien ließen die Klubs reihenweise k.o. gehen. Frühere Topvereine wie etwa Hertha BSC, BC Essen-Steele oder Bavaria Landshut, das nach einem Kampfabbruch in Leonberg 16 000 Mark Schadensersatz zahlen sollte, aber nicht wollte, verschwanden aus dem Bundesliga-Ring.

Hilfe dient sich den Klubs immer häufiger aus dem Rotlicht-Bezirk an. Weil das Profiboxen in Deutschland praktisch tot ist, nehmen sich Halb- und Unterwelt mit ihren locker sitzenden Schwarzgeldern verstärkt Amateuren an.

Der neue Trend macht die sich prügelnden Wohlstandskinder des deutschen Sports immer anspruchsvoller. Als die komplette deutsche Olympiamannschaft 1984 von Los Angeles aus einen Abstecher ins Spielerparadies Las Vegas unternahm, hatten die Boxbrüder Stefan und Helmut Gertel schon nach einer Stunde alle Nuggets im Casino verspielt und mußten von Birkle freigehalten werden.

Bott und Künzler beispielsweise lehnten es ab, wie vom DABV gewünscht, wenigstens den Hauptschulabschluß nachzuholen. Niketta brach eine Banklehre einen Monat vor der Prüfung ab, weil er sich mit seinem Ausbilder nicht mehr verstand, in einem anschließend vom Berliner Senat vermittelten Job beim Statistischen Landesamt ließ er sich, als ihm „das Zahlentippen zu blöd war", eine Sehnenscheidenentzündung attestieren, trat aber gleichwohl am nächsten Tag zu einem Kampf an. ◆

KölnMesse
Messen von Mensch zu Mensch

KölnMesse, Messeplatz 1, D-5000 Köln 21, Telefon (0221) 8211, Telex 8 873 426 mua d, Telefax 3/a (0221) 821-2574, Btx • 61502 #

Porno-Film „Deep Throat"

Porno-Darstellerin

De-Sade-Illustration

Sex-Shop

Porno-Film

Pasolini-Film „Salò"

Frauen als Objekte pornographischer Darstellung: „Hauptthema ist die männliche Macht, ihre Merkmale, ihre Dimension, ihre Anwendung,

Ist die sexuelle Freiheit am Ende?

SPIEGEL-Redakteur Hellmuth Karasek über den neuen Streit um die Pornographie

Nimmt die Gewalt in der Pornographie rapide zu? Braucht man Gesetze, um die Flut von Schund und Frauendemütigung einzudämmen, wie die Zeitschrift „Emma" und ihre Herausgeberin Alice Schwarzer es fordern? Bestärkt durch das Buch der amerikanischen Feministin Andrea Dworkin, das Pornographie als frauenfeindlich analysiert, haben die Kölner Feministinnen eine neue Debatte um das Obszöne in Gang gesetzt.

Der Richter nahm eine der beschlagnahmten erotischen Zeichnungen und zündete sie über dem Richtertisch an. Es war ein Blatt von Egon Schiele, der angeklagt war, erotische Zeichnungen in einem Kindern zugänglichen Raum aufgehängt zu haben. Im Österreich des Jahres 1912 machte die Staatsgewalt mit einem pornographischen Werk schon mal Feuer. Keine Kunstsanktionierung half dem Künstler, dessen Aktzeichnungen zu den kühnsten Menschenerkundungen des Wiener Jugendstils zählen.

1856 in Frankreich stand Gustave Flaubert vor Gericht. Angeklagt wegen seines Ehebruch-Romans „Madame Bovary" (unstreitig einer der größten Romane der Weltliteratur). Der Grund, warum das Werk als anstößig, obszön, pornographisch angeklagt war: eine Episode, in der sich die Heldin Emma zusammen mit ihrem Liebhaber stundenlang in einer Kutsche mit geschlossenen Vorhängen durch die Stadt fahren ließ.

Obwohl Flaubert mit keinem Wort schilderte, was denn nun so Schreckliches in der Kutsche passierte, nahm die Zensur, nahm die Moral Anstoß.

1921 in Berlin. Vor Gericht stand Arthur Schnitzlers Theaterstück „Der Reigen". Als pornographisch empfunden wurden Szenen, die in der Buchausgabe nur durch Gedankenstriche angedeutet sind, Szenen, bei denen in der Berliner Theateraufführung der Vorhang fiel.

Auch hier wieder wurde (mit wechselnden Partnern und ohne Trauschein) nur in der Phantasie der Zuschauer kopuliert. Die Pornographie des Beischlafs fand nur im Kopf statt.

In den verheuchelten sittenstrengen fünfziger Jahren genügte ein verhuschter, nur Filmsekunden dauernder Nacktauftritt der Hildegard Knef („Die Sünderin", 1951), um die Adenauer-Republik in Aufregung und Entrüstung zu versetzen. Und Ingmar Bergmans „Das Schweigen" provozierte 1963 Anstoß wegen einer offenkundig masturbierenden Frau und einer schemenhaften sexuellen Vereinigungsszene in einer Kirche.

Was heute nach bigotten Märchen aus finsterer Vorzeit klingt, ist noch gar nicht so lange her. Noch 1976 beschlagnahmte der Staatsanwalt auf der Berlinale Nagisa Oshimas Meisterstück „Im Reich der Sinne": Er zog den Film mittels zweier Kriminalbeamter nach der Vorstellung als „harten Porno" ein.

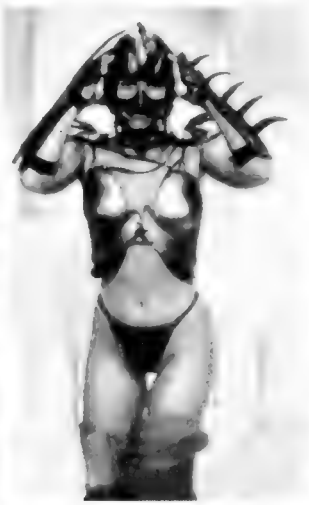
Im selben Jahr hatten mehrere Staatsanwälte deutsche Kinos von Pier Paolo Pasolinis „Salò oder die 120 Tage von

„Geschichte der O"

Porno-Comic „Gwendoline"

Solobox in Peep-Show

ihre Bedeutung"



Porno-Film „Gwendoline"

Porno-Video

Porno-Geschäft in Hamburg

Sodom" freigekämmt. Der Vorwurf lautete auch hier: Gewaltpornographie. Beide Filme, sowohl Pasolinis „Salò" wie Oshimas „Reich der Sinne", wurden kurz darauf gerichtlich freigesprochen.

Das waren, nach der Neufassung und Liberalisierung des Sexualstrafrechts, sicherlich Rückzugsgefechte der Justiz, die mit der Lust nie ihre reine Freude hatte. Die Juristen, so schrieb Ludwig Marcuse vor 25 Jahren („Obszön"), würden seufzen, daß es keine Definitionen für das Obszöne, Unzüchtige, Pornographische gebe, „mit denen man Gesetze machen kann . . . und machen sie dennoch".

Für die Auseinandersetzung des Staates mit der Sexualität galt und gilt abgewandelt der Karl-Kraus-Satz, daß der Sittlichkeitsskandal meist dann anfange, wenn ihm die Polizei ein Ende setze.

War damit, im großen und ganzen, 1975 Schluß? Soll damit, unter neuen Vorzeichen, nach dem Willen von „Emma" und Alice Schwarzer wieder angefangen werden? Deutschlands bekannteste Feministin will mit Boykott-Aufrufen („PorNO!") und einer Gesetzesinitiative der frauenfeindlichen Pornographie (und Pornographie sei so gut wie immer frauenfeindlich) ans Leder gehen.

Seit „Emma" den Streit um die Pornographie vom Zaun gebrochen hat, wird das Obszöne wieder heftig diskutiert. Zu einer Kölner Veranstaltung im Dezember, an der auch Gesundheitsministerin Rita Süssmuth teilnahm, kamen über 1000 Zuhörer(innen). 2000 mußten abgewiesen werden. Zeitschriften und TV-Runden diskutierten das Thema, Politiker, Verleger und Schriftsteller gaben Erklärungen ab, die Sexualforschung erhob pflichtgemäß ihre Stimme. Was war Neues geschehen?

Bis zur Mitte der siebziger Jahre war es das Prinzip Unzucht, mit dem der Knüppel des Strafgesetzbuchparagraphen 184 seit Kaisers Zeiten gegen das Obszöne geschwungen wurde. Unzucht war ein Begriff, mit dem die Kirche sich den Staat zum Büttel gemacht hatte: Denn die christliche Lustfeindlichkeit, die Geschlechtsverkehr nur zur Zeugung und nur innerhalb der Ehe für propagierungswürdig erachtete (was sich ja bis heute in die Abtreibungsdebatte fortsetzt), duldete keine Darstellung von Geschlechtlichkeit als Selbstzweck.

Im Laufe der Zeit hatte sich ein Kunstvorbehalt in dieses bigotte Bollwerk geschlichen: Da die Kunst frei sei und eine Zensur nicht stattfinde, konnten „unzüchtige Darstellungen" in gewissen Fällen mit den Weihen der Kunst geadelt und damit dem Zugriff des Sittenrichters entzogen werden.

Mit der Reform des Paragraphen 184 wurde der Begriff „Unzucht" durch den der „Pornographie" ersetzt. Pornographie sei, was „ausschließlich oder überwiegend auf die Erregung eines sexuellen Reizes" beim Betrachter abziele, so der Kommentar zum Gesetz.

Da Gesetze auch Symbole herrschender Wertvorstellungen und Ausdruck eines gesellschaftlichen Konsensus sind oder sein sollten und da der Geist der Sittengesetze längst keinen Rückhalt mehr im gesellschaftlichen Selbstverständnis fand, war die Unzucht- und Pornographie-Hatz der fünfziger und sechziger Jahre so lächerlich geworden. Die Dessous-Schnüffler und Aufspürer von „Stellen" in Büchern, an denen Kirche und provinzielles Muckertum Anstoß genommen hatten, waren komische Figuren in einer Zeit, die längst die Kirche im Dorf gelassen hatte und deren sexuelle Ängste nicht zuletzt dank der Antibabypille und der (so gut wie) besiegten Geschlechtskrankheiten im Schwinden begriffen waren.

So war die Reform der Sittlichkeitsgesetze in der sozialliberalen Ära (nicht anders als in den übrigen Industrienationen, denen die aufgeklärten skandinavischen Länder als Avantgarde vorausmarschierten) von einem optimistischen Fortschrittsglauben begleitet. Man sah

Fünfziger-Jahre-Film „Die Sünderin", Sechziger-Jahre-Film „Das Schweigen": Niedrige Skandalschwelle

das Ende der Doppelmoral heraufdämmern, die heimlich mit Lust dem frönte, was sie öffentlich an den Pranger stellte. Man hoffte auf eine frisch gelüftete Moral, auf das Ende von Verklemmungen und Verdrängungen.

Waren es nicht die Verbote und Sittlichkeitsgebote, die zu den Perversionen der in das Dunkel gestoßenen Sexualität geführt hatten? Waren Sadismus und Masochismus, waren die Phantasieorgien sexueller Gewalt nicht Ausdruck der Tatsache, daß sich der Sex nicht offen hatte entfalten dürfen und deshalb, gefesselt, deformierte?

Schiele-Zeichnung von 1917: Für Kinder verboten

Man mußte also nur die Repression (so das neue Zauberwort jener Jahre) von der Sexualität nehmen, und schon würde sie sich frei und schön entfalten.

Was versprach man sich nicht alles von der neuen sexuellen Liberalität! Zum Beispiel die Abnahme der Sexualdelikte, der Vergewaltigungen und der anderen Sexualverbrechen. Der Triebtäter würde seine Triebabfuhr jetzt anders erledigen können; wenn es zu keinem Verkehrsstau im Hirn käme, würde es auch zu weniger sexuellen Karambolagen kommen.

Man versprach sich einen liberaleren Umgang der Geschlechter, ob gleich, ob ungleich, miteinander: eine sexuell offene Gesellschaft ohne Heuchelei, Krampf und Unterdrückung.

Inzwischen, nach rund eineinhalb Jahrzehnten sexuellem Liberalismus, ist von der ursprünglichen Begeisterung, vom Aufbruch zu neuen Ufern nicht mehr die Rede. Und wenn in einer Diskussion (wie in der Fernsehsendung „Berliner Platz" am 16. Dezember des vergangenen Jahres) eine Vertreterin jenes 68er-Geistes auftritt und von der Freigabe der Pornographie schwärmt wie die Sozialwissenschaftlerin Gerburg Treusch-Dieter, dann tut sie das mit einer ähnlichen psychischen Verbiesterung und einem Fanatismus, der damals in den Jahren des Aufbruchs die Vertreter der Kirchen und die Moralapostel des Spießertums kennzeichnete.

Kein Wunder, denn die Hoffnungen, die man in die Liberalisierung setzte, haben sich nicht erfüllt.

Was zum Beispiel die Vergewaltigung betrifft, so ist ihre Häufigkeitszahl in der Bundesrepublik während der letzten 20 Jahre relativ konstant geblieben: elf Vergewaltigungen im Jahr pro 100 000 Einwohner. Die Zahl der sexuellen Nötigungen hat gar zugenommen. 1971 wurden 2051 Fälle erfaßt, 1986 waren es 3786 Fälle. Bei aller Fragwürdigkeit statistischer Erfassung gerade bei Sexualdelikten: Eine Trendwende im Zeichen der Freiheit läßt sich daran beim besten Willen nicht ablesen.

Statt dessen läßt sich individuell und außerhalb der Statistik zeigen, daß bestimmte Straftaten, zumindest was ihre spezifische Form anlangt, sich nach dem Muster von Gewaltpornographie vollzogen haben. Und nicht nur nach dem von Gewaltpornographie. Die amerikanische Feministin Andrea Dworkin führt an, daß es in den USA Morde gegeben habe, deren Täter sich die Oralverkehrshymne „Deep Throat", einen als befreiend gefeierten Porno-Film der frühen siebziger Jahre, zum Muster genommen hätten, während sie ihre weiblichen Opfer gewaltsam erstickten.

Während lange darüber gestritten und geredet wurde, ob Darstellung von Gewalt, also auch sexueller Gewalt, als Ventil oder Anreiz fungiere, ob sie zur Gewalt stimuliere oder Gewaltenergien harmlos abführe, ist inzwischen durch gründliche Untersuchungen und Feldstudien klar, daß es einen Zusammenhang zwischen Brutalitätskonsum und aggressivem Verhalten gibt.

Und außerdem, so hat der Wissenschaftsreporter Dieter E. Zimmer neue Forschungserkenntnisse referiert, weiß man inzwischen, wie sehr Sexualität und Gewalttätigkeit zusammenhängen. „Szenen", so Zimmer, „in denen Frauen gefoltert und getötet werden, auch wenn sie frei sind von jedem offen sexuellen Inhalt, erregen jeden dritten Mann sexuell. Von Mal zu Mal sehen Männer wie Frauen solche Szenen mit geringerem

Widerwillen und größerem Wohlgefallen, von Mal zu Mal neigen beide Geschlechter stärker zu der Ansicht, daß Frauen vergewaltigt werden wollen."

Mit anderen Worten: Der wiederholte, der ständige Konsum von Gewalt führt (auch) zur sexuellen Verrohung und Abstumpfung.

Ein Fluch der Porno-Industrie und ihrer immensen Ausbreitung ist es, daß sie den Kitzel angesichts dieser Abstumpfung immer mehr verstärken muß; die Pornographie, das ist in ihrer Entwicklung wesenhaft angelegt, muß, will sie ihre Konsumenten bei der Stange und an der Leine halten, zulegen, muß nachheizen. Sie muß der Abstumpfung immer stärkere Reize bieten.

Und die Porno-Industrie wächst seit der Liberalisierung enorm. Sie wächst auch, weil zu den gewohnten Medien Buch und Film längst auch die Videokassette gekommen ist, die den Vorteil hat, dem noch immer auf Heimlichkeit bedachten und verklemmten Kunden seinen Weg ins Schmuddelkino zu ersparen.

Pornovideos kann er sozusagen im Schutz des Kunstfilms ausleihen, der in ein und derselben Videothek angeboten wird. In Deutschland gibt es rund 1000 Sexshops und rund 4500 Videotheken, die rund 850 Millionen Umsatz machen. 1985 wurden etwa 500 000 Porno-Videos zu Preisen zwischen 50 und 200 Mark verkauft.

Beate Uhse, die von der Sexualhygiene nach der weitgehenden Freigabe der Pornographie voller Kraft und Saft ins Pornogeschäft einstieg, machte 1984 einen Umsatz von 64 Millionen Mark; 1982 allein mit Filmen 50 Millionen. 1983 stieg sie auch steil ins Videogeschäft ein. Ihre Devise: „Der Wurm, der an der Angel hängt, muß nicht dem Angler schmecken, sondern dem Fisch."

Mit dieser Devise hat sie es inzwischen zu einem Umsatz von 100 Millionen Mark gebracht. Das ist, seit 1984, eine Steigerung um fast 40 Millionen.

Die gesamte Pornobranche soll rund 1,1 Milliarden Mark pro Jahr umsetzen. Pro Monat werden eine halbe Million Pornokassetten ausgeliehen, darunter schätzungsweise 200 000 besonders gewalttätige. Kinos, die sexuellen Entsorgungsparks des Mannes, in denen die Phantasie und die rechte Hand angeregt werden, brauchen deshalb nicht zu darben: es gibt davon 350.

Pornos gibt es in Hotels, wo sie manuell zur Nachtruhe herbeigedrückt werden können. Es gibt sie, anders als in Italien, noch nicht im Fernsehen. Da steckt Deutschland noch in den Kinderschuhen oder besser: im Schutzgehege der öffentlich-rechtlichen Gewohnheit.

Dennoch kann man verallgemeinernd sagen: Die neuen technischen Medien haben der Pornographie ungeahnte neue Möglichkeiten gebahnt, ihre Vervielfältigung im Zeitalter der technischen, filmischen und elektronischen Reproduzierbarkeit hat den Markt der Lüste schier grenzenlos gemacht. Neben der Pornographie, die ja, wörtlich genommen, „Huren beschreibt", gibt es visuell auch den richtigen Hurenmarkt via Bildschirm in den USA ebenso wie beispielsweise in Frankreich (Minitel).

Die neue Freiheit hat also vor allem zu einem Wirtschaftsboom der Pornoindustrie geführt. In den USA ist die Pornoindustrie, laut Dworkin, größer als die Schallplatten- und Filmindustrie zusammen, wobei sich allerdings fragen läßt, bei der Überschneidung der drei Branchen, wie man das überhaupt auseinanderfalten und säuberlich trennen kann.

In Dänemark, dem Land der pornographischen Verheißung, das Deutschland mit dem Nötigsten versorgte, als unsere Gesetze noch straff und stramm waren, in Legoland also ist die Pornographie ein wichtiger Wirtschaftszweig und ein Exportschlager.

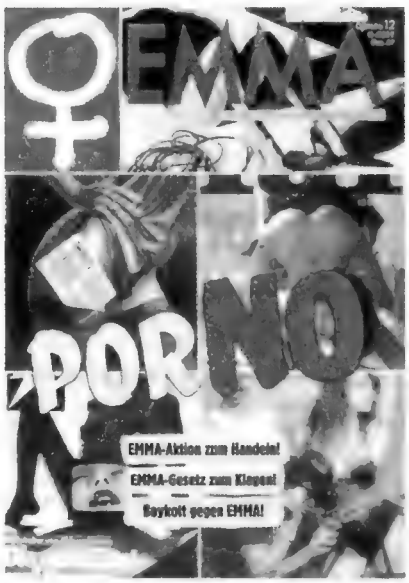
War es also das, was die begeistert akklamierte sexuelle Revolution erbracht hatte – eine Flut von Schriften und stillen wie bewegten Bildern, auf denen es immer nur um das eine ging? Und sonst nichts? Sicher hat die Liberalisierung im bis dahin ungelüfteten Schlafzimmer zu Reformen geführt: Homosexuelle waren nicht mehr nur Geächtete, die Scheidungsgesetzgebung machte den nach schmuddeligen Indizien schnüffelnden Detektiv mitsamt „Schuld"frage und „Ehebruch" überflüssig, das strikte Verbot der Abtreibung wurde aufgehoben, die illegale Engelmacherin wurde nahezu abgeschafft.

Aber vom neuen Bewußtsein, von neuer Partnerschaft, von repressionsfreier Sexgesellschaft konnte nicht die Rede sein. Wie hätte auch in einer Welt, die nach wie vor auf Macht, Aggression und Geld gestellt war, ausgerechnet die Sexualität als freier Garten Eden der Lüste, als heiter progressiv bepflanzte Spielwiese entstehen sollen?

So tummelte sich die freie Partnerwahl in spießigen Sexsaunen, wo die aufgeklärten Bierbäuche mal kurz des Nachbars Weib begehren durften. So regten sich die kitzligen Sonderwünsche in Partner-Annoncen, ob grün, ob grau, ob Mann ob Frau.

Sexualität rückte in die Nähe des Leistungssports, an dessen Verbesserung viele theoretische Trainer herumdokterten. 1984 schrieb die Münchner Filmpäpstin „Ponkie" der Beate Uhse zwar noch, ganz im Geiste von 1968, Verdienste „um die Geburtenregelung im Vorpillen-Zeitalter" und „um die Auslüftung der Betten" zu, bemerkte aber schon mit Skepsis: „Der Pendelschlag aller Befreiungen freilich, von

„Pornographie"-Autorin Andrea Dworkin
„Frauen als wertlose Huren"



„Emma"-Titel, „Emma"-Herausgeberin Alice Schwarzer: Nur ein pfiffiger Einfall?

einem Extrem ins andere schwingend und Freiheit mit Sexleistungswahn verwechselnd", führte zu Beate Uhses „albernen Video-Pornos".

Aber die Einsicht, daß der Sex zur neuen Zwangsvorstellung einer im Bett sich austobenden Gesellschaft von Hochleistungssportlern wurde, zeigt nur die erste Phase der Pendelbewegung.

Schon dem sportiv vollstreckten Sex diente die (softe) Pornographie als Propaganda: ist sie doch das Feld, auf dem jeder alles kann und will, nimmersatt und unermüdlich, wie die Jungen Pioniere immer bereit und, wie die Pfadfinder zur täglichen, ja stündlichen guten Tat entschlossen.

Wo Sport ist, hat die Psyche Ruh. Oder? Das „Weh und Ach" der Welt, war, wie Mephisto es einstens verheißen hatte, aus einem Punkte der Weiber zu kurieren. Dieser eine Punkt jedoch verbreitete sich als Fläche über den ganzen Körper, der von den Sexualtopographen zu einer einzigen erogenen Zone erweitert wurde. Der Partner wurde zur „Sache", zum Lustobjekt, beim Hochleistungssport gibt es als Gegenüber nur Geräte und Gegner.

Inzwischen ist das Pendel der Begeisterung über die sexuelle Freiheit noch weiter zur Ernüchterung ausgeschlagen.

Der Autor eindringlicher Zeitgeist-Reportagen Cordt Schnibben hat diese Ernüchterung exakt aus Anlaß einer „Hasenjagd" des „Playboy", also im Zusammenhang mit der softesten Pornographie, beschrieben: „Die Illusion, daß die Abbildung von Brust und Penis subversiv sei, zerplatzte schnell, doch bis heute hält sich der Irrglaube, in den letzten beiden Jahrzehnten habe sich das deutsche Volk sexuell befreit."

In Wahrheit, so Schnibben, seien lediglich drei Dinge passiert:

- „Die Nackte wurde hoffähig",
- „die Herrschaft über den Sex entglitt der Kirche", sie liege „nun in den Händen des Kommerzes", und
- „die Masturbation hat zugenommen und wird nicht mehr so häufig mit Rückenmarkschwund in Verbindung gebracht".

In allen drei Punkten wird die „sexuelle Revolution" relativiert, berühren sich ihre mageren Ergebnisse mit der Pornographie, sie verhalten sich wie Torschuß und Vorlage – Wichsvorlage, um genauer zu sein.

Der Sex total unter die Herrschaft des Kommerzes; kein Wunder, daß da mit Vokabeln wie Freiheit und Selbstbestimmung operiert wurde, daß die Fetzen nur so flogen. Aber die Vokabeln, die einst Waffen gegen das kirchliche Duckmäusertum, gegen die christliche Repression waren, diese Waffen erwiesen sich (auch) als neue Nötigungsinstrumente.

Im Strom der neuen sexuellen Freiheit war es schwer, als „Spielverderber" aufzutreten. Schauspielerinnen, beispielsweise, die sich auf der Bühne oder im Film nicht ausziehen wollten, mußten auch gegen die Vorstellung (in sich und in anderen) kämpfen, sie seien altmodisch, verklemmt, prüde, vorgestrig.

Die neue Freiheit gebar neue Zwänge. Anstelle der früheren Lustfeindlichkeit trat die eiserne Pflicht zur Lust. Prüderie wurde Sünde: Bloß kein Spielverderber sein! Es waren die Feministinnen, die auf die Nötigung zur Verfügbarkeit hingewiesen haben: Auch das Diktat zur Lust war ein moralisches Diktat.

Und die Feministinnen der „Emma", allen voran die kampfvergnügte Herausgeberin Alice Schwarzer, sind es jetzt, die der Vorherrschaft des Kommerzes über den Sex, also der Pornographie den Kampf angesagt haben. Ein Kampf gegen Windmühlen? Gegen Gespenster? Einer, der gar zurück zur alten Bigotterie von Priesterkragen und Soutane führt? Wojtyla mit uns?

Zunächst: Mit Argumenten von auflagensteigender Kampagne, von einem Werbegag für „Emma" et cetera, sollten Journalisten nicht kommen. Alle Journalisten wollen, hoffentlich, auch Auflage machen, Aufmerksamkeit erregen.

„Venus im Pelz"-Autor Sacher-Masoch,

Pornofilm „Geschichte der O", Schriftsteller Marquis de Sade*: Frauen zum Verbrauch

Wenn sie Glück haben, auch noch um einer guten Sache willen.

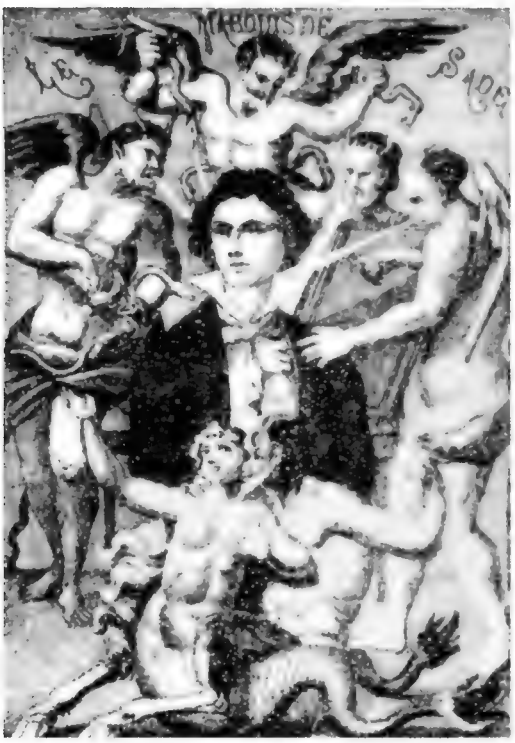
So ist die griesgrämig-bornierte Bemerkung des „Zeit"-Feuilleton-Chefs Ulrich Greiner, „Emma" „zwinge" uns eine Diskussion auf, nur das Feigenblatt für einen Artikel, in dem man ein paar verquere Männerphantasien lesen kann. Zum Beispiel: Frauen brauchten und wollten keine Macht, weil sie die Söhne im zarten Alter aufzogen und formten, und das sei wahrlich Macht genug!

Und Pornographie sei vielleicht die Sehnsucht der erwachsenen Männer nach dieser symbiotischen Nähe zwischen Knaben und Mutter. Mama als Onaniervorlage für den großgewordenen Ödipus, nein danke!

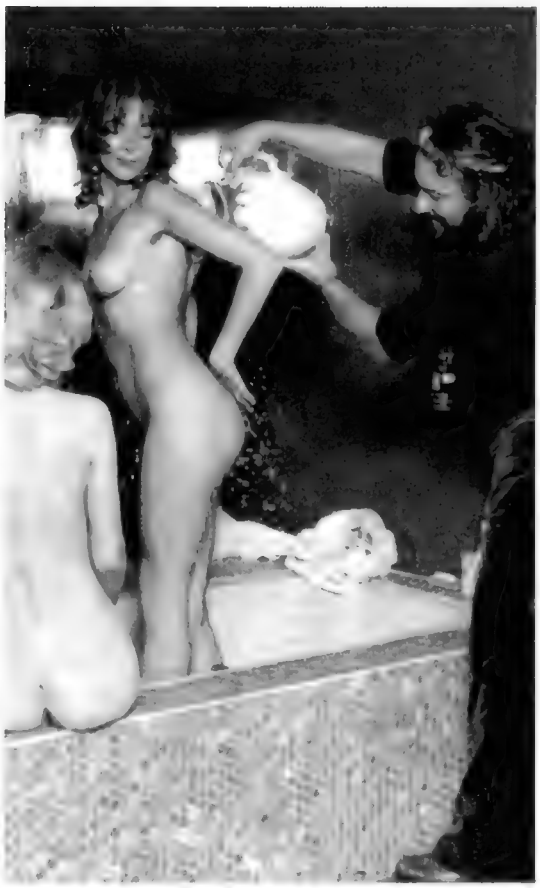
Richtig ist, läßt man solchen Schnickschnack aus der stickigen Feuilletonküche beiseite, daß Alice Schwarzer ihren Vorschlag, die Pornographie durch eine

* Älteres Phantasieporträt.

Baronin Pistor: „Meine grausame Idealfrau"



bestimmt



Dreharbeiten zu Porno-Film „Sensations"
Die Kamera als Penetrationsinstrument

neue Gesetzgebung zu bekämpfen, parallel zum deutschen Erscheinen des Buches „Pornographie" von Andrea Dworkin im „Emma"-Verlag gemacht hat: also eine Buch-Promotion*. Ebenso richtig aber ist, daß die Öffentlichkeit sich diese Debatte nur zu gern hat „aufzwingen" lassen. Das heißt, Promotion hin oder her, daß die Auseinandersetzung um die Pornographie in der Luft lag. Sie war fällig, überfällig. Grundlage der neuen Diskussion ist die radikal feministische Definition und Feldbeschreibung, die Andrea Dworkin, die Gloria Steinem, die „Ms"-Herausgeberin, als „alttestamentarische Prophetin" der Frauenbewegung bezeichnet hat.

In der Tat ist das Buch der 43jährigen Dworkin von einem nahezu biblischen Zorn getragen: Pornographie ist für die Autorin des bereits 1979 in den USA erschienenen Buchs das, was Männer mit Frauen anstellen (wollen), Pornographie ist ein Mittel der Herrschaft und ein Instrument der Erniedrigung.

Der altgriechische Wortsinn macht das deutlich: Pornographie heißt Beschreibung von Prostituierten. Andrea Dworkin macht darauf aufmerksam, daß die „Porne" die im wörtlichen Sinn billigste, am wenigsten respektierte und am wenigsten geschützte Hure war. Pornographie also ist „die schriftliche und bildliche Darstellung von Frauen als wertlose Huren". Das gilt heute unverändert: Die Pornographie stelle „Schlampen, Säue (im Sinne sexueller Schweine, sexuellen beweglichen Eigentums), Votzen" dar.

Das Buch, das in der Pornographie mit Grausen die endlose Wiederholung, eine Art Psychoterror, registriert, beschreibt die Schrecken der modernen Pornographie, die auch dann von latenter Gewalt spricht, wenn es sich nicht um Gewaltpornographie handelt. „Hauptthema der Pornographie als Genre ist die männliche Macht, sind ihre Merkmale, ihre Dimension, ihre Anwendung, ihre Bedeutung."

Was auf den ersten Blick wie ein radikal feministisches Verdikt aus einem willentlich verengten Blickwinkel wirkt, erweist sich als erhellender, das Wesen der Pornographie beleuchtender Gesichtspunkt.

Pornographie, da hat Dworkin schon recht, ist Männersache.

Männersache, weil (erstens) die Konsumenten von Pornographie fast ausschließlich Männer sind. In einer Reportage über „Die neue Lust auf Pornos" für den „Stern" notierte Sabine Rosenbladt, daß „gängige Pornographie vor allem für Männerphantasien und Männeraugen gemacht" sei. „Ein Koitus in Großaufnahme, bei dem sich der Penis mit der Mechanik eines Maschinenkolbens hebt und senkt", werde von „Frauen", wie Untersuchungen zeigen, „fast nie als erregend empfunden".

Das Institut für Interdisziplinäre Sexualforschung (Ifis) in Hamburg fand heraus, daß 60 Prozent der Frauen, die Pornos gesehen hätten, sie als ekelerregend und abstoßend empfanden. Von den Männern, die Pornofilme gesehen hatten, delektierten sich 79 Prozent. 18 Prozent der befragten Männer plagten sich mit Schuldgefühlen.

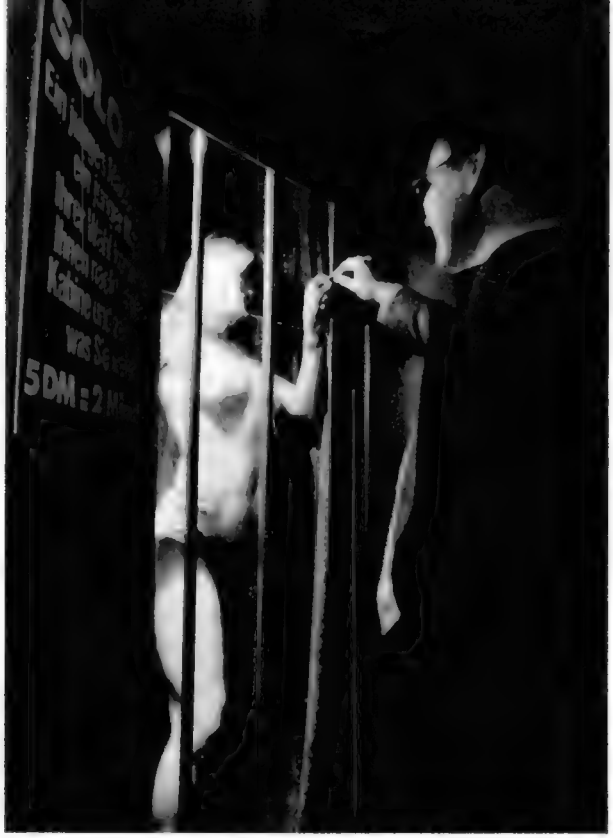
Daß Frauen Pornos eher als abstoßend empfinden, verwundert wenig: Sie sind Objekte der pornographischen Begierde, in den Darstellungen Opfer und nie Täter. Kein Wunder auch, daß manche sich gegen die Propagierung der Pornographie zu wehren beginnen: Die Verbindung zwischen sexueller Befreiung und Befreiung der Pornographie hat (auch darüber gibt es Untersuchungen) zum Abbau der Schuldgefühle beim Konsum geführt.

Die Untersuchung von Ifis brachte zutage, daß die Lieblingsszene, die Idee fixe der männlichen Porno-Voyeure, der Oralverkehr in allen Varianten sei, während weibliche Betrachter, durch romantische Verführung, wenn schon, und das zärtliche Erforschen des weiblichen Körpers erregt würden.

Für Frauen also stellt sich, so darf man vereinfachen, die handelsübliche Pornographie als lustfeindlich, als lusttötend dar. Für Männer (da muß Dworkin gar nicht vergröbern) geht es darum, daß die Frau aus Öffnungen und Löchern besteht, die nur eines wirklich wollen: nämlich penetriert zu werden.

Die Pornographie stellt über die sexuellen Beziehungen Behauptungen auf,

* Andrea Dworkin: „Pornographie. Männer beherrschen Frauen". Emma Frauenverlag, Köln 1987; 304 Seiten; 24,80 Mark.



Peep-Show-Box in Hamburg
Objekte statt Partner

die allesamt auf eine Erniedrigung der Frau, auf ihre Degradierung zur Sexmaschine hinauslaufen: Frauen wollen im Grunde immer und in Wahrheit immer nur eins. Selbst wenn man Frauen quält, empfinden sie dabei schließlich Lust; Frauen wollen Sklavinnen des Penis sein. Die Pornographie gipfelt im Sadismus, wo höchste Lust aus der Folterung, ja aus der Tötung des Sexualobjekts „Frau" gezogen wird.

Aber, so könnte man einwenden, es gibt doch auch die Knaben als Sexualobjekte der homosexuellen und sadistischen Pornographie, und es gibt die lesbische Pornographie? Und, so läßt sich weiter einwenden, wenn der Sadismus die Erfindung des Marquis de Sade ist (der ihn übrigens nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Wirklichkeit mit käuflichen Frauen praktizierte), ist nicht auch der Masochismus eine männliche Erfindung: Und der ist doch die (männliche) Selbsterniedrigung zum gequälten Objekt schlechthin?

Was die Knaben als Sexualobjekte anlangt, so analysiert Dworkins Buch sehr schlüssig die pornographische Umwandlung des männlichen Sexualobjekts zur Hure; auch er wird willenlos, total verfügbar. Lesbische Szenen spielen in der Pornographie die Rolle von „Aufführungen", die, von einem männlichen Spielleiter befohlen und in Gang gesetzt, meistens seiner Aufstachlung dienen, also nur Vorspiel für die spätere Absamung sind. Sie sind Teil eines männlichen Machtplans.

Schließlich der Masochismus: Auch er ist eine Inszenierung des männlichen Willens. Sein Pionier, Leopold Ritter von Sacher-Masoch, der im Österreich des 19. Jahrhunderts seine „Venus im Pelz" (um 1870), die Bibel der Selbstquäler, schrieb, brachte Teile seines Lebens damit zu, sich von Frauen in Pelzmänteln ein bißchen auspeitschen zu lassen. In sein Tagebuch notierte er: „Meine grausame Idealfrau ist einfach das Instrument, mit dem ich mich selbst terrorisiere."

Man sieht: Selbst bei der passivsten männlichen Sexualerfahrung bleibt die Frau Instrument. Es ist analysiert worden, wie der Betrachter von Pornographie die Erniedrigung nachvollzieht, indem er sich in seiner Phantasie in die Rolle des Photographen zurückversetzt, der das Sexualobjekt vor der Kamera in die Posen der Erniedrigung drängte – wie Pier Paolo Pasolini, der in seinem Film „Salò", um das Wesen pornographischen Denkens zu enthüllen, Frauen und Männer mit Hundehalsbändern in die Knie zwang und auf allen vieren herumkriechen ließ, machte das mehr als wünschenswert deutlich. Es ging Pasolini um den Zusammenhang zwischen Faschismus und sexueller Perversion.

Angesichts dieses Wesensmerkmals der Pornographie kommt es einem kaum wie übertriebenes feministisches Symboldenken vor, wenn Dworkin die Kamera und ihr Objektiv als ein penisartiges Penetrationsinstrument empfindet.

Wer auch immer den pornographischen Park der Lüste, seine zahllos reproduzierten Bilder und Abziehbilder beschreibt, kommt auf ein paar stets gleichbleibende Elemente.

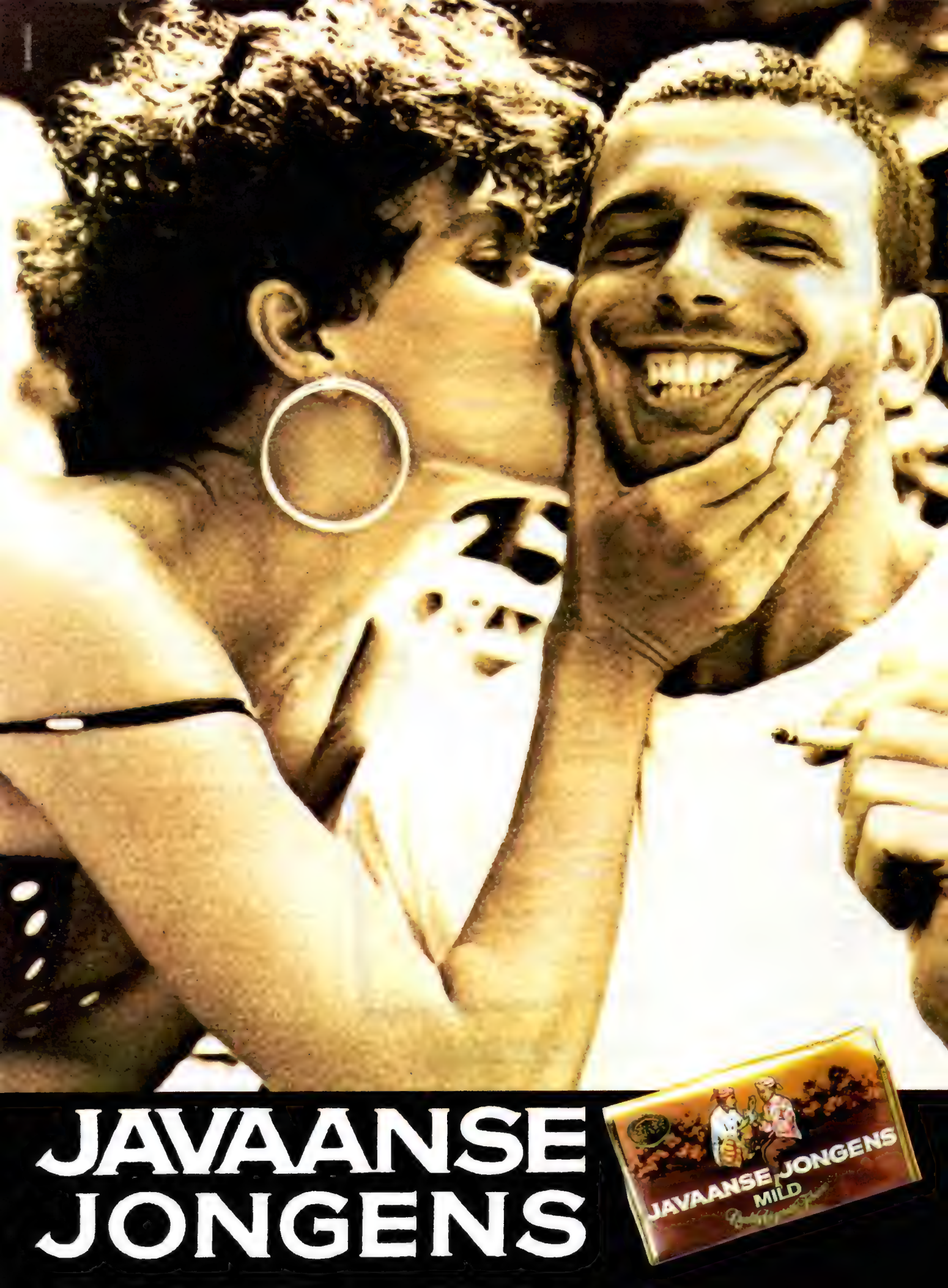
Ein Gutachter der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften, der Münsteraner Anglistik-Professor Herbert Mainusch, nennt drei elementare Wesensmerkmale der „neueren Pornographie": erstens die Instrumentalisierung, zweitens das Leidensverbot und drittens die Propaganda.

Instrumentalisierung heißt, daß das Sexualobjekt hier kein Partner, sondern bestenfalls noch ein Genußmittel ist. In Norman Singers Roman „Der Pornograph" (1969): „Er verbrauchte ihren hübschen, aufgespießten Körper." „Sexualität", so folgert Mainusch, ist nur ein „Instrument, um einen Herrschaftsanspruch durchzusetzen", dessen Schlüsselworte „demütigen" und „erniedrigen" heißen. „O kam sich abgeschätzt vor, begutachtet auf ihre Eignung als Instrument, das sie, wie sie sehr wohl wußte, auch war", heißt es in der „Geschichte der O" der Pauline Réage, einem Klassiker der modernen Pornographie.

Leidensverbot heißt, daß alle Qualen körperlicher und geistiger Art seltsam spurenlos an den Opfern abprallen. Die Lust ist ohne Folgen, die Qualen werden von den Opfern genossen, die Prostitution wird als Wohltat empfunden. Das Leiden, das die sexuelle Gewalt über die Opfer bringt, wird total negiert, absolut geleugnet.

Die Propaganda der Pornographie hat, wieder laut Mainusch, drei Schwerpunkte. Sie empfiehlt den Drogengenuß, weil er Hemmungen aufhebe, Genußfähigkeit steigere. Sie preist die Prostitu-

Beate-Uhse-Sex-Shop: Fische an der Angel


JAVAANSE JONGENS
JAVAANSE JONGENS
MILD

ded-Information
Nr. 87
Entwicklungshelferinnen/ Entwicklungshelfer
Für alle, die heute in Deutschland über die Grenzen hinausdenken.

Helfen können mit dem eigenen Beruf

Der Deutsche Entwicklungsdienst (ded) ist eine gemeinnützige Gesellschaft, die im Auftrage des Bundes berufserfahrene, persönlich geeignete und sozial engagierte Fachkräfte als Entwicklungshelfer und Entwicklungshelferinnen in Länder der Dritten Welt vermittelt.
Unser Ziel ist es, durch personelle und praktische Zusammenarbeit mit unseren Partnern in den Gastländern einen Beitrag zur weltweiten Friedensarbeit zu leisten.
Als dringend benötigte Fachkräfte haben Entwicklungshelfer und Entwicklungshelferinnen die Aufgabe, „in Vorhaben von Partnern mitzuarbeiten, die geeignet sind, die Lebensbedingungen benachteiligter Menschen im Gastland zu verbessern."
Es geht um konkrete Arbeit. Engagement und Solidarität mit benachteiligten Menschen allein reichen für eine Mitarbeit nicht aus. Als Entwicklungshelfer können wir nur vermitteln, wer einen der „draußen" gesuchten Berufe hat (z.T. rechts aufgeführt), mit abgeschlossener Berufsausbildung und mindestens zweijähriger Berufspraxis nach der Ausbildung.
Ohne solidarisches Engagement geht es auch nicht. Partnerschaft erfordert Lernbereitschaft, Toleranz und Beständigkeit. Hilfe zur Selbsthilfe läßt sich mit aufgepfropften europäischen „Lösungen" nicht erreichen.
Lösungen erwachsen nur durch verständnisvolles, praxisbezogenes Miteinander, durch Austausch gegenseitiger Kenntnisse und Fachwissen und unter Berücksichtigung der realen Bedingungen im Gastland.
Bei Einsendung des Coupons senden wir Ihnen gern und unverbindlich konkrete Informationen zu.

Fachkräfte werden aus folgenden Berufen benötigt:

Ärztinnen/Ärzte
Agraring.
Agrarökonom/in
Architekt/in
Bauing./-techniker/in (Hoch- und/oder Tiefbau)
Betriebsschlosser/in, Schweißer/in
Blechschlosser, Maschinenbauer
Edelsteinschleifer/in
Förster/Biologe/in, Ökologe/in
Forstinst. (Dipl.)
Gewerbelehrer/in, Ausbilder/in (Bau, Elektro, Chemie, Holz, Leder, Metall, Kfz, Landmaschinen, Landwirtschaft, Handel)
Glasbläser/in
Handarbeitslehrerin, Schneiderin
Hauswirtschaftslehrerin, Ökotrophologin
Ing. f. Stadt- und Regionalplanung
Kfz-Elektriker/in
Kfz-Mechaniker/in (auch mit Dieselkenntnissen)
Klempner/in
Krankenhaustechniker/in, -Ing.
Krankenschwester mit Gemeinwesenerfahrung
Landmaschinening./-meister/in, -techniker/in
Landwirt/in (mit Kennt. in Bodenverbesserung, Bodenkunde und Pflanzenbau, ökologische Landwirtschaft und Bewässerungstechnik)
Lederfachleute, Gerber, Sattler, Schuhmacher
Lehrer/in f. Real- und Gymnasialschulen (Mathe, Nat.-wiss., HWL, 2. Staatsexamen)
Sägewerkfachleute
Schlosser/in (Bau-, Maschinen-, Stahl-, Blech-)
Sendetechniker/in (KW) oder Radio- und Fernsehtechniker und Amateurfunker
Tischlermeister/in
Unterrichtsschwester/-pfleger
Wasserbauing.
Wasserwerke, Fachleute für Betrieb, Reparatur und Wartung
Werklehrer/in (mit Berufserfahrung in den Bereichen: Holz-, Metall- oder Textilverarbeitung)
Werklehrerin (Textil)

Stand: 1.88

Ich interessiere mich für eine Tätigkeit als Entwicklungshelfer/Entwicklungshelferin SP 18

Beruf	Jahre Berufserfahrung
Alter und Familienstand	Anzahl und Alter der Kinder
Vor- und Zuname	Straße
PLZ und Wohnort	Fremdsprachen
Telefon	

ded
Deutscher Entwicklungsdienst
Kladower Damm 299,
1000 Berlin 22
Tel. 030/3 65 09-128-9
Büro Bonn,
Tel. 0228/310061/12

tion: In dem Roman „Rosa Autostop" von José Pierre sagt der Vater seiner elfjährigen Tochter, sie sei eine tolle kleine Nutte. Daraufhin das gelehrige Kind: „Es ist das schönste Kompliment, das mir je gemacht wurde." Verfügbar zu sein, das ist die Ehre, die sich die Frau als Hure mit Genuß erarbeiten kann.

Die Herrschaftsideologie der Pornographie zeigt sich am deutlichsten in den sadistischen Wahngebäuden, bei denen das Recht zum Töten des Sexualobjekts und das Lustempfinden dabei als höchste Freiheit gefeiert wird. Kein Wunder, daß der Sexualwissenschaftler Professor Gunter Schmidt Pornographie als eine „erotische Form des Hasses" definiert, gleichzeitig allerdings davor warnt, in ihr ausschließlich männlichen Wahn- und Machtanspruch zu erblicken.

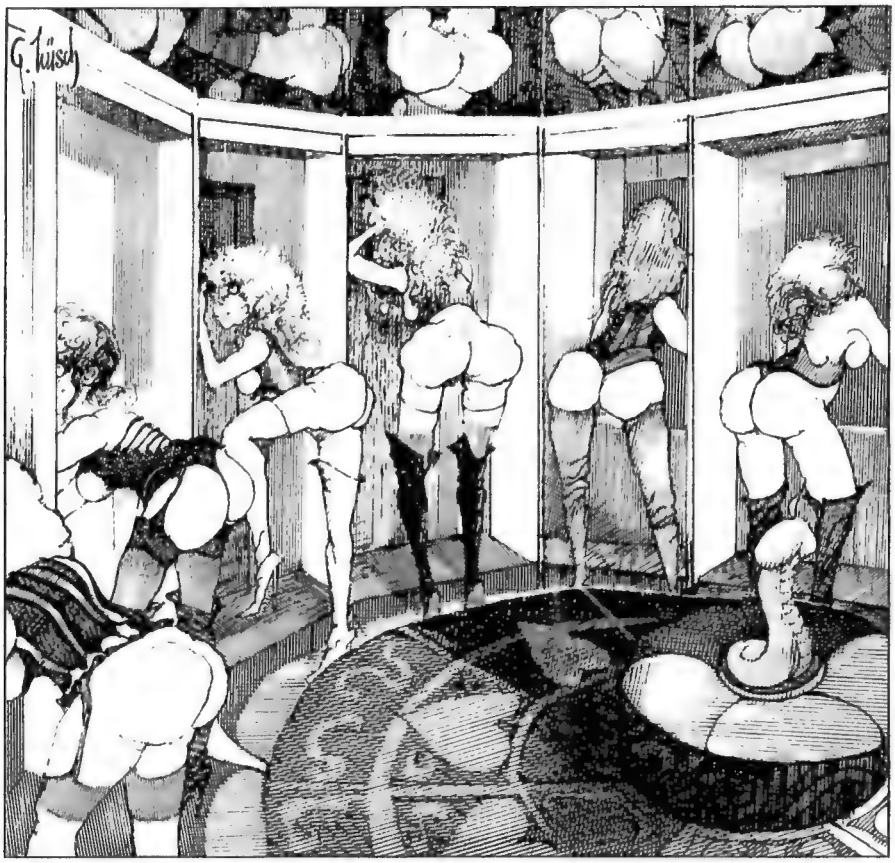
Das genau will die „Emma"-Kampagne mit ihrer Gesetzesinitiative gegen die Pornographie. „PorNO" heißt das (werbewirksame, auf Poster- und Aufklebereffekte abgestellte) Schlagwort, mit dem „Emma" der Pornographie auf den entblößten, geschlagenen, gequälten Leib rücken will – dabei sollen (ausgerechnet!) die Gerichte helfen? „Vater" Staat als Patron der Frauen?

Bei der „Berliner Platz"-Diskussion hielt Gerburg Treusch-Dieter ihrer Kontrahentin Alice Schwarzer genau das vor: Ob sie denn, nach dem Motto: „Bitte, bitte, lieber Papa, setz das für uns durch!", ausgerechnet den Superpatriarchen für die Sache der Frauen einspannen wolle – den Bock als Gärtner im Garten der Lüste.

In der Tat hat sich der Staat als Schnüffler und Büttel im Kampf gegen das Obszöne nicht gerade mit Erfolg und Ruhm bekleckert. Er besorgte als Elefant im erotischen Porzellanladen die Geschäfte der Spießer und Pfaffen, war oft genug überfordert, wenn er Kunst von Pornographie säuberlich scheiden sollte, und, per Gesetz, seine Nase ins Private steckte – dort, wo er am wenigsten zu suchen hat.

Wie überfordert der Staat in Sachen Schweinkram ist, hat die kanadische Feministin Myrna Kostasha an einem abstrusen Beispiel klargemacht, aus dem sie ihre Ablehnung eines Anti-Porno-Gesetzes ableitete: Während die kanadischen Zensurbehörden bei Aktdarstellungen sorgsam darauf geachtet hätten, daß jedes erigierte Glied, jede bloßgestellte Vagina in anstößigen Magazinen mit Balken unkenntlich gemacht waren, habe ein Cartoon unbehelligt alle Gesetzesschranken passiert, auf dem folgendes zu sehen war: Ein Mann penetriert eine Frau in „Hundeposition", während er ihr gleichzeitig eine Pistole an den Kopf hält. Bildunterschrift: „Du brauchst wirklich keine Angst vor Schwangerschaft zu haben, ich habe auf jede Weise vorgesorgt."

Der Staat war, das lehrt die Historie der sogenannten Unsittlichkeit, hoffnungslos überfordert, wenn er gegen das



Vorwärts

Peep-Show

Obszöne zu Felde zog. Was er produzierte, war eine verklemmte Welt der Doppelmoral, die für den wahren Pornographen ein Quell neuen perversen Lustgewinns war: Was verboten ist, das macht uns scharf.

Mit Recht wird von Gegnern einer Anti-Porno-Gesetzgebung auf das Beispiel der Prohibition verwiesen. Die habe, bei ihrem Kampf gegen den Suff, nicht etwa den Schnaps besiegt, sondern auch noch die US-Mafia ins Leben gerufen: Zwei Übel anstelle des einen.

Nun waren „Emma"-Chefin Alice Schwarzer und die Weggefährtinnen gewitzt genug, den Staat nicht direkt zur Hilfe gegen die Pornographie zu rufen. Das „Emma"-Gesetz will keine weiteren strafrechtlichen Verbote, statt dessen die Möglichkeit einer Privatklage:

Denn so lautet die „Generalklausel" des Entwurfs: „Wer Frauen oder Mädchen durch Herstellung, Verbreitung oder Öffentlichmachung von Pornographie in ihrem Recht auf Würde und Freiheit, körperliche Unversehrtheit oder Leben" verletze, der solle „zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens" und zur „Unterlassung verpflichtet" werden können.

Klagen dürfen soll „jede Frau (jedes Mädchen), die mit einer pornographischen Darstellung konfrontiert ist". Sie soll berechtigt sein, „ihre Rechte im eigenen Namen" geltend zu machen.

Familienministerin Rita Süssmuth lobte die Gesetzesinitiative als eine „pfiffige Idee", den „völlig unzureichenden" Strafrechtsparagraphen 184 durch das Bürgerliche Gesetzbuch zu ergänzen.

So viele Befürworter(innen) die „Emma"-Initiative inzwischen, von der Schriftstellerin Elfriede Jelinek bis zur Politikerin Hildegard Hamm-Brücher, gefunden hat: ob ein solches Gesetz zu handhaben wäre – daran zweifeln die meisten.

„Der Staatsanwalt als Friedensstifter?" fragt die „Süddeutsche Zeitung". Sie meldet gleich, obwohl sie die „Erniedrigung" und „Demütigung" von Frauen durch eine „immer skrupelloser werdene Porno-Industrie" nicht anders als „Emma" beklagt, Zweifel an:

„Wird irgend etwas besser, wenn ganze Polizisten-Kolonnen durch die Buchläden und Videoshops streifen müssen, um dort amtlichen Anstoß zu nehmen? Weder der Strafrichter wird gewisse Männerphantasien ausrotten können noch gar der Zivilrichter, wie sich Alice Schwarzer das erhofft, die jeder von der Pornographie ‚betroffenen' Frau einen Schadensersatz zubilligen will. Allein die Beantwortung der Frage, wer betroffen ist und warum und wie groß der Schaden wäre, würde ein Heer von Gutachtern und Juristen beschäftigen bis ins nächste Jahrtausend."

Auch die feministische Redakteurin Margrit Gerste, die der Gesetzesinitiative alle Sympathien entgegenbringt, sieht „wahre Gutachterschlachten" entstehen, die „möglicherweise eher groteske Unterhaltung bieten als notwendige Aufklärung".

Aber gegen das Gesetz ließe sich nicht nur einwenden, daß es kaum praktikabel wäre, sondern auch, daß es nur an Symptomen dessen herumkurieren wolle, was nur in der Ursache zu heilen ist: Mit den Worten des Bremer Soziologie-Professors Rüdiger Lautmann: „So unsäglich jene Produkte (der Pornographie) ästhetisch, sexualethisch und geschlechterpolitisch auch sind – das verfahrene Geschlechterverhältnis beruht auf anderen Ursachen als Bildern, Texten." Das ist ebenso professoral gesagt wie richtig gedacht.

Aber man darf Alice Schwarzer, gewitzt wie sie ist, auch zutrauen, daß sie das alles selber längst weiß – daß es ihr also auf etwas anderes als auf ein verabschiedetes Gesetz ankommt: auf die öffentliche Diskussion. Dabei soll die stillschweigende Übereinkunft Pornographie gleich Liberalität, wie sie sich im Kampf gegen den Sittenrichter Staat hergestellt hat, zerschlagen werden.

Das sagt auch die Schauspielerin Senta Berger („Kir Royal"), wenn sie an dem Gesetzesvorschlag gut findet, daß er „auf die Frauenfeindlichkeit der Pornographie aufmerksam" mache. Und das die österreichische Schriftstellerin Elfriede Jelinek, die in ihrem (als pornographisch mißzudeutenden) Roman „Die Klavierspielerin" (1983) eine durch Erziehung sadistisch-masochistisch verbogene Frau schilderte: „Das beste Mittel gegen Pornographie wäre ihre gesellschaftliche Tabuisierung. Allgemeine Übereinkunft müßte sein, den Konsumenten von Pornographie lächerlich zu machen, ihn dazu zu bringen, sich zu schämen."

Schön wär's, und selbst die Jelinek hält das für unmöglich. So plädiert sie für das Gesetz, um „das männliche Wertesystem", auf dem die Pornographie beruht, wenigstens zu denunzieren.

In den vielen öffentlichen Diskussionen zeigte sich auch Alice Schwarzer als Realistin: „Der Haupteffekt des Vorschlages ist, daß wir darüber reden." Ob Reden helfen wird, während die Aids-Angst umgeht, ist sehr die Frage. Denn einen Vorteil hat Pornographie: Sie steckt, sofern man(n) sich nur gründlich die Hände wäscht, garantiert nicht an.

Wie tückisch andererseits Gesetze sein können, hat „Emma" am eigenen Leib erfahren. Die Nummer, in der das Feministenblatt Gewaltpornos zwecks abschreckender Illustration publizierte, wurde von den Grossisten nicht an die Kioske ausgeliefert.

Der Zeitschriftenhandel, der aufgrund einer Privatinitiative agierte, berief sich dabei auf ein „generelles Vertriebsverbot nach § 184 Absatz drei". Der Paragraph verbietet, nach schon geltendem Recht, die Verbreitung sogenannter harter Pornographie. ◆

SPIEGEL *Essay*

Die Malaise des Peter Glotz

von Gerhard Zwerenz

Gerhard Zwerenz, 62, Schriftsteller, antwortet auf Peter Glotz' Essay zur Malaise der Europäischen Linken (SPIEGEL 51/1987).

Nach sechsjährigem Gastspiel als SPD-Geschäftsführer verschwand der liebenswürdig verkniffen dreinblikkende Peter Glotz aus der SPD-Baracke in die oberhinterbayrische Diaspora, von wo er als Beweis seiner Existenz für den SPIEGEL neun Seiten über „Die Malaise der Linken" verfaßte.

Zwar bleibt unsicher, was da als Linke umworben wie gerüffelt wird, doch die Klage geht zu Herzen: Glotz möchte den Staat weder neoliberalistisch stückweise verscheuern noch neokonservativ verthatchern, sondern als politisches Instrument retten. Vom „Frontalangriff" auf den Kapitalismus rät er ab, was aus SPD-Munde nun auch keine umwerfende Neuerung ist, und vom Angriff wie Ziethen aus dem Busche in die Flanke wird erst gar nicht gesprochen.

Was also tun? „Die Linke muß heraus aus ihrer Zwickmühle." Gut gebrüllt, Bundesgeschäftsführer a. D. Und wer hat die Linke da reingebracht?

Glotz apodiktisch: „Die Linke muß die Erneuerung der Produktionsstrukturen der europäischen Industriegesellschaft zu ihrem Projekt machen." Mal sehen, was die wütenden Kruppianer von Rheinhausen antworten, wenn Rau ihnen dies Rezept verkündet.

Kaum hat Glotz zur Einigkeit der europäischen Linken geraten, kommen ihm Bedenken: „Ich rede immer von der Europäischen Linken . . . Existiert dieser Schneemensch überhaupt: Gibt es den Yeti . . .?" Offenbar gibt's ihn nicht als Plethi. Wetten, unsere EG-Sozis in Brüssel haben bisher noch nicht einmal einen Fußabdruck des Euro-Yeti gesichtet.

Peter Glotz aber macht sich auch philosophische Gedanken über den nichtgesichteten Schneemenschen: „Der Kern der Verunsicherung der Linken ist, so komisch das klingen mag, eine ‚philosophische' Desorientierung."

Komisch dran ist nur, daß das einer von der Partei sagt, die sich konsequent derart entphilosophierte, daß sie nun auch pragmatisch abgenutzt wie 1932 dasteht, mit einem Rückgrat aus Himbeerpudding.

Dieser SPD, die Glotz offenbar zur Linken rechnet, soll über ein wenig Grünenklau ökologisch, mit dem Appell zur Europäisierung international und mit staatlichem Zugriff national auf die Sprünge geholfen werden. Folgt noch eine Predigt zum Abbau linker Scheu vorm Fortschritt in Wissenschaft und Technik. Wie ökologisch also darf's denn sein?

Den lieben Fortschrittsglauben nämlich hält der Denker für unverzichtbar. Michel Foucault kriegt sein Fett ab, weil er zu fragen wagte, ob es den Fortschritt wirklich gebe. „Willkürlich sind diese Anklagen keineswegs", konstatiert Glotz generös und weltläufig. Aber was heißt hier Willkür, was Anklage – der Zweifel am Fortschritt ist mindestens ebenso berechtigt wie der Aberglaube daran. Für Nietzsche war es noch bewußtseinserschütternd, als er zur östlichen Lehre von der ewigen Wiederkehr des Gleichen hinfand.

Was soll für uns heute daran so entsetzlich sein? Wer wagt nach Auschwitz und Hiroschima in unserem heutigen Weltschlachthaus noch naiv auf Fortschritt zu schwören? Man muß nicht erst Nietzsche oder Foucault lesen, um daran zu zweifeln.

Glotz argwöhnt, der Sozi werde ohne Fortschrittsgläubigkeit passiv. Aber liegen die Gründe dafür nicht eher im Zustand seiner Partei? Den Jusos ist heute noch das von Schmidt verpaßte Vorhängeschloß durch die zitternden Lippen gezogen. Stamokaps flogen raus, die Basis hatte die Klappe zu halten, während Seeheimer Traditionskanalarbeiter und Brandtsche Reformjünger einander das Wasser abgruben. Da weiß man, wo die Grünen abkupfern.

Doch der Geschäftsführer a. D. kommt uns noch dicker philosophisch und am Ende gar theologisch: „Der Humanismus der Aufklärung ist konstruiert als ein Subjekt, das man sich autonom vorstellte. Wer diese Vorstellung preisgibt, zieht der Linken den Boden weg, auf dem sie steht."

Eigentlich lebte die Linke davon, daß sie im Gegensatz zur Rechten bei Darwin, Marx, Freud und einigen Moderneren die Autonomie des Subjekts zu relativieren lernte. Linke wissen besser als Rechte, wie abhängig sie sind.

Glotz nimmt von seiner Klage die Christen aus. Die Malaise der Linken, im Zerfall des autonomen Subjekts begründet, betreffe den Christen nicht, denn „er hat die Erlösung durch Christus". Und fügt unfromm hinzu: „Aber wer in den modernen Gesellschaften, wer in den linken Massenorganisationen (und in den rechten?) trägt diese eiserne Ration im Beutel?"

Derweil sendet das Fernsehen Massendemonstrationen aus einer Rheinhausener Fabrikhalle, wo entlassungsbedrohte Arbeiter kirchenfahnenschwenkend und fromme Lieder singend zum obersten Arbeitgeber im hohen Himmel beten. Tragen etwa mehr Menschen die „eiserne Ration im Beutel", oder gaben SPD und DGB erkämpfte Bastionen kleinmütig zurück in Kirchenbesitz?

Die sich immer mehr zum protestantischen Ableger verpuppende SPD mag damit den Altherrenängsten ihrer Honoratioren entsprechen, gibt aber auch Geist und Identität auf. Inzwischen sind parallel zur DDR auch bei uns nicht unbeträchtliche Gruppen junger Pazifisten, Frauen, Kriegsdienstgegner parteiverdrossen unters Kirchendach geflüchtet, weniger um christlich erlöst als vielmehr vom Parteibeton befreit zu werden. Denn die Kirche mit ihrem kriegerischen und nationalen Dreck am Stecken gewährt heute mehr Toleranz, Scharfsinn und Versöhnungsbereitschaft.

Überhaupt ist die von Glotz konstatierte Koppelung Humbug. Man muß nicht gott- oder fortschrittsgläubig sein, um sich zu engagieren. Sartre verzichtete auf Kirche, Glaube, Gott, bewertete die liebe Erde als Klumpen Dreck und die Menschheit als etwas Schimmelpilz darauf, was seinem aktivistischen Engagement keinen Abbruch tat. Im Gegenteil.

Helmut Schmidt ist der gläubigste Oberleutnant der Wehrmacht samt nachgeborener Bundeswehr gewesen, und er bescherte Rüstung und Überrüstung und mindestens einen Teil jener Staats- und Parteienverzweiflung junger Bundesbürger, die seither privatisieren oder bei Grünen oder Kirchen heimisch geworden sind.

Eine Partei erntet, was sie aussät, und wenn sie ihre Klientel ruhigstellt, um unabgelenkt von der Basis im Hochmut dahinregieren zu können, dann laufen ihr eben die Leute weg, und die besten zuerst.

Diese SPD hat ein mageres Programm, aber kein mitreißendes Ziel, keine Strategie, keine Taktik und nicht ein Tüpfelchen Willen zur Veränderung. Ihre guten Traditionen gab sie auf, ohne sich nach vorn zu öffnen. Sie besitzt ein Potential bereitwilliger Mitglieder, die sie mit Kleinkram beschäftigt und ansonsten beschwichtigt, zähmt und entnervt.

Selbst die SPD-Intelligenz befindet sich im belämmerten Zustand, wie Glotz zeigt, der nicht begreifen kann, daß die von ihm verabscheute Postmoderne nur die postwendende Antwort auf die alten Platten ist.

Diese Postmoderne ist die Reaktion der abgeschlafften Jugend und Intelligenz. Vor der Wirklichkeit sitzen sie wie vor dem TV-Gerät und schalten mal dieses und dann jenes Programm ein: CDU, SPD, FDP, die Grünen, die's den Alten nachmachen, alles ist schnell gleichermaßen abgeschmackt und langweilig wie menschenfern, da wirft der geplagte Konsument sich einen Krimi ein oder Dallas. Die Postmoderne ist die letzte Spielform einer Demokratie, in der der Mensch auf seine Wahlstimme reduziert

wird, und eine Kaste von Berufspolitikern verjuxt das Stimmenkapital dann zwischen den Wahlterminen.

Wer will da schon noch selbstbestimmtes Ich bleiben, wenn jedes Engagement bloße Kraftvergeudung und Fehlinvestition ist? Hier liegen die Wurzeln der beklagten Lethargie und Politik-Unlust. Glotz weicht in philosophische und theologische Bereiche aus, statt Selbstanalyse und Selbstkritik zu wagen.

Ziehen wir vom Klage-Sermon die akademischen Unarten und Mythologien ab, wird die Glotzsche SPD-Malaise sichtbar. Die Pleite des Kommunismus disfunktionalisiert den Mittelweg der SPD. Von rechts nimmt sich Heiner Geißler, was er braucht, in der Mitte verteidigt die FDP die Liberalität, indem sie sie abbaut, und im Wasserwerks-Bundestag reduziert sich die Sozialdemokratie auf den angestrengten Herrn Vogel, der immer nach Herrn Kohl mit Verbesserungskompromissen aufwartet. Und die SPD ist Krisenverwalter der Armenhäuser unserer Republik geworden.

Inzwischen suchen die grauen Führungsgruppen der Partei das alte Spiel weiterzuspielen. Die Rechten wollen zurück zu Schmidtschen Verhältnissen, die Linken verstehen sich als Sozialarbeiter im Gewande des Robin Hood, in der Mitte schuhplattlert Vogel herum. Gelingt es Kohl, sich in die Tagesschau zu schmuggeln, erwartet man Vogel spätestens im Wetterbericht.

Peter Glotz aber, unser sudetendeutscher Westentaschen-Adorno, sucht die Malaise bei einer Linken, die, aufs agierende Personal hin betrachtet, schlankweg nicht vorhanden sein kann.

Was nun? Oder, mit Lenin: Was tun?

Früher war die SPD eine autarke Partei, bis sie unter Schmidt zum Kanzlerwahlverein und hernach zum Kohl-Schatten schrumpfte. Die CDU verordnet der SPD-Klientel ständig Liebesentzug und sozialen Abbau, woraufhin die SPD verlegen Mißfallen äußert und Kommissionen absondert, in denen selbst kritisches Räuspern schon als öffentliche Ruhestörung gilt.

Diese SPD ist die Ja-aber-Partei: Rot ja, aber nur ein bißchen. Grün ja, doch nicht zuviel. Abrüstung gewiß, aber nicht zu weitgehend. Antikapitalismus, aber doch nicht so. Am Ende verleugnet diese SPD sich selbst zur Gänze. Sozialdemokratismus? Ja, aber . . .

Diese SPD ist die inständige Bitte an die großen Ideen der Zeit, doch, bitte schön, möglichst spurlos an der Partei vorbeizuschleichen. Und schleichen sie nicht, schleicht die SPD sich beiseite.

Im jetzigen Zustand würde Heiner Geißler, von der CDU abgeworben und in die SPD eingekauft für Reorganisation und Revitalisierung, bald wegen Linksabweichung ausgeschlossen.

Glotz, der Intellektuelle, der als Geschäftsführer an der Organisation der Partei verzweifelte, versucht sich jetzt als Analytiker, ohne den Pelz, den er wäscht, naß zu machen. Im leichten Aufwind, in den die Partei gerät, möchten viele mitfliegen. Wer Karriere machen will, darf's nicht gar zu genau nehmen. Es käme aber darauf an, daß diese Partei wieder Karriere macht.

Eine Sozialdemokratie im bisherigen Zustand können Sympathisanten sich nicht an die Regierung wünschen. Das wäre zuviel Wiederholung des gleichen. Auf die Grünen zu hoffen, ist vergebliche Liebesmühe. Wie die alten Sozis sungen, so zwitschern die grünen Jungen.

Statt der Glotzschen Abschweifung ins sozialistisch Europäische, das es kaum gibt und wo man uns nicht haben will, zeigen Eppler und Gaus vage die Richtung an, wo die Welt nicht aus den Angeln, sondern in die Angeln zu heben ist. Die alte Ostpolitik Brandts durch eine neue zweite Ostpolitik zu verlebendigen, reicht als Zielgabe allerdings nicht. Mit Gorbatschows Neuem Denken ist eine Situation entstanden, die vom Westen Neue Antworten fordert. Und zwar im Grundsatz, mit Konsequenz.

Die deutsche Sozialdemokratie kann die Gunst der Stunde nutzen, wenn sie die Courage, den Geist und einen Sinn für geschichtliche Chancen besitzt.

Natürlich weiß niemand, ob Gorbatschow was bringen oder wie Chruschtschow schmählich enden wird. Die Chancen verbessern sich aber, verbessert man vom Westen her die Chancen. Man kann bei der Grundsatzentscheidung für den Westen bleiben und dennoch das große Ziel so kühn wie nüchtern verfolgen, das im Abbau der Konflikte besteht, und nicht nur verbal und deklarativ als Staatsempfängnis mit Flaggenhokuspokus und Sand in die Augen.

Eine Reform, ein Aufbruch im großen Stil, mit einem Marshall-Plan für die DDR, mit Krediten also nicht wie bisher von dieses oder jenes Franz Josefs Gnaden, sondern glasklar und in der lauteren Absicht, der DDR auf die sozialistischen Sprünge zu helfen.

Dazu bedürfte es tiefgehender eigener Reformationen, als da sind: keine Grenzveränderungen, statt dessen vollständige Akzeptanz der DDR und Polens. Der Sozialismus ist, das wissen wir, eine kaum lebensfähige Notstandsmaßnahme. Doch der Kapitalismus allein birgt auch seine Gefahren. Noch ist nicht ausgemacht, wie wir aus der bürgerlichen Misere herauskommen. Wenn die Kaufkraft im Osten schwach ist, müssen wir sie aufpäppeln, das tun wir mit anderen Ländern auch, und auf die US-Währung und -Wirtschaft ist, wie wahr gesprochen, kein Verlaß.

Gelingt es uns, die Maschinen im Osten anzuwerfen, können wir eine Belebung erzielen, die die gesamte Weltwirtschaft mitbelebt. Man muß es nur wollen und wagen und methodisch vorgehen, statt wie jetzt zwei Schritt vor und drei Schritt zurück.

Es ist auch falsch, derlei mit Bedingungen direkt zu verknüpfen, der Menschenrechtsfrage oder der Freiheit des Wortes. Die Menschenrechtslage verbessert sich im Osten in dem Maße, in dem die herrschende Macht sich unbedroht fühlen und also mehr Toleranz gestatten kann.

Wieviel Unlust, Lethargie, Ausweglosigkeit sehen wir heute im Lande. Wer anders als die SPD könnte, die Chance, die die Zeitgeschichte bietet, ergreifend, ihre Interessen als Partei mit denen der Nation und der ganzen gespaltenen Welt verknüpfen. Man muß dazu nur Abschied nehmen von den falschen Wünschen und Rechts-Träumen. Wer Deutschland wiedervereinigen will, der teilt es nur stärker. Wer die Teilung akzeptiert, aber nicht den Zustand ewiger Feindschaft, der kann ein Modell zuwege bringen, nach dem der West-Ost-Konflikt insgesamt entschärfbar ist.

Die SPD sollte nicht warten, bis ein Heiner Geißler der CDU auch diese Mitte noch verordnet. Oder bis USA und SU einander derart nahekommen, daß für Kohl und Strauß nur noch allerhand falsche Freunde von Mitterrand bis Botha übrigbleiben. Die von Glotz angeratene Europäisierung wird von den EG-Kärrnern betrieben oder nicht, doch zur national-deutschen Kernfrage schweigt Peterle.

Ihrer Malaise zu entrinnen, brauchte es einiger Brandts wo nicht Bebels. Dazu den Willen zur Vernunft, zum Revolutionären Neuen Westlichen Denken und zur Entmilitarisierung der Köpfe und Kasernen. Bundeswehr und Volksarmee haben vorübergehende Erscheinungen zu sein. Ihr planvoller Abbau muß begonnen werden. Der militärisch-industrielle Komplex und der anschwellende Neomilitarismus gewisser Führungsschichten sind Gefahrenherde.

Von Gorbatschow Wunder zu verlangen und die eigenen heiligen Kühe zu mästen, mag zwar zur Milch rechter Denkungsart führen, Glotz aber kann das nicht gemeint haben. Ermannt sich die SPD, finden sich gewiß genug Mitstreiter, die nur darauf warten, der Ödnis ihres ziellos gemachten Alltags zu entkommen.

Die Malaise der SPD besteht in der Mediokrität ihrer Politiker. Das war nicht immer so. Und Erbsünde muß es auch nicht sein.

SPIEGEL *Essay*

Frauenglück in Reno

Die fünfziger Jahre gehen zu Ende, Vivian, eine erfolgreiche Literaturprofessorin aus New York, kommt auf dem Bahnhof des Spieler- und Scheidungsparadieses Reno an. Sie will dem gefühlsarmen Gleichmaß ihrer zwölf Ehejahre entkommen. Und während sie auf die Abwick-

US-Film „Desert Hearts"

lung der Trennungsformalitäten wartet, lernt sie bislang nie gespürte Regungen kennen. Im US-Film „Desert Hearts", der jetzt in Deutschland anläuft, gerät die schöne Vivian in den sanften Sog einer jungen Spielcasino-Kassiererin und blüht auf in einer einfühlsam und ausführlich geschilderten erotischen Romanze unter Frauen. Das Ende ist ungewiß, denn per Bahn steuert Vivian wieder ihren New Yorker Wohnsitz an. Einen „ehrlichen Film über zwei Menschen" wollte die Spielfilmdebütantin Donna Deitch, 42, drehen. „Sparsam und stilvoll", so lobte der britische „Observer", habe sie die lesbische Love Story erzählt. Mit „Desert Hearts" ist ihr ein kleines, schnörkelloses Kinostück gelungen, das jede rigide feministische Missionsarbeit vermeidet.

Geschichten aus St. Pauli

Unter dem Titel „Ich möchte keine Minute missen" läßt der Hamburger Photograph Jörg Meier, 37, „Menschen auf St. Pauli erzählen". In einem neuen Taschenbuch des regsamen Greno-Verlags, das sich mit Sympathie

Bulatow-Gemälde „Nicht anlehnen"

Hintersinnige Sowjet-Kunst im Westen

Im Zeichen von Glasnost sind offenbar auch die malenden Sowjet-Nonkonformisten von gestern nicht mehr gar so mißliebig: Sie dürfen sich und ihre Produkte im westlichen (wenn auch bevorzugt neutralen) Ausland sehen lassen. So konnte Ilja Kabakow aus Moskau jetzt nach Graz reisen, um dort mit städtischem Stipendium ein Vierteljahr lang zu arbeiten. Im Frühling sollen am Ort entstandene Kabakow-Werke beim Kunstverein ausgestellt werden. Schon ab 15. Januar zeigt die Kunsthalle Zürich eine erste Einzelausstellung von Kabakows Freund und Kollegen Erik Bulatow. Beide Künstler, bislang offiziell nur Buchillustratoren, haben auf ihren Gemälden den Sozialistischen Realismus seit langem hintersinnig umgangen: Kabakow mit comicartigen Denk-Figuren, Bulatow mit groß ins Bild gesetzten Schriftzügen. Beim Bonner Kunstverein sollen sie im Mai gemeinsam vorgestellt werden.

St. Pauli-Bewohner

und Behutsamkeit den Bewohnern des schillernden Hamburger Viertels nähert, kommt jeder der 144 abgebildeten St. Paulianer mit einer autobiographischen Skizze im Originalton zu Wort: Toilettenfrauen und Sex-Artisten, Polizeiwachtmeister und Invaliden, Ausländer und Bankangestellte, Ärzte und Nutten. Das unverstellte Interesse des Porträtisten überträgt sich auf den Leser; er bekommt eine Ahnung davon, warum sich die St. Paulianer gerade in ihrem verrufenen Stadtteil zu Hause fühlen.

Kino unter Denkmalschutz

Der Gummibaum ist wieder hochgeachtet, der Nierentisch museumsreif – nachdrücklich fordern die fünfziger Jahre einen Ehrenplatz in der bundesdeutschen Kulturgeschichte. Jetzt hat erstmals ein Kino im Baustil jener Epoche offizielle Anerkennung gefunden. Das Aachener Lichtspielhaus „Capitol", eröffnet im November 1958, ist unlängst unter Denkmal-

„Capitol"-Kino in Aachen

schutz gestellt worden. Der zeitgemäß nüchterne, schlichte Zweckbau mit viel Glas und reichlich Kleinmosaik an Fassade und Kassenraum, erschien den nordrhein-westfälischen Denkmalpflegern als Muster-Architektur, „bedeutend für die Kinobaugeschichte der Nachkriegszeit". Der Hauseigentümerin freilich kommt die Auszeichnung eher ungelegen: Umbauten oder gar Nutzungsänderungen sind im „Capitol" fortan nur noch mit behördlicher Genehmigung erlaubt.

„Aufrufe zur Vernunft sind aussichtslos“

Der Mediziner Friedhelm Storch über die Mängel der Reform im Gesundheitswesen

„Kein Reförmchen“, eine Sanierung des Gesundheitssystems hat Sozialminister Blüm in einem SPIEGEL-Gespräch (51/1987) angekündigt. Für Dr. med. Storch, 42, Allgemeinarzt in Hamburg, kratzt Blüm nur am Lack des kaum noch bezahlbaren Medizinbetriebs. Das 125-Milliarden-Ding, meint Storch, sei außer Kontrolle und werde weiterwachsen – „selbst unter der utopischen Annahme, daß alle Krankheiten ausgerottet wären“.

In der Medizin ist die kausale, die Krankheitsursache bekämpfende Therapie immer das letztlich angestrebte Ziel; doch beim öffentlichen Nachdenken über die durch die Medizin selbst verursachte lawinenartige Kostenentwicklung wird ein solches Ziel nicht einmal ins Auge gefaßt.

Auch das jüngst vorgelegte Reformwerk zur Stabilisierung der Gesundheitskosten zeigt deutlich, in welcher Zwickmühle man sich befindet, wenn man ein Problem lösen will und gleichzeitig den ursächlich dafür verantwortlichen Rahmen bei seinen Überlegungen ausklammert. Es ist die verzweifelte Situation eines Bootsfahrers, der bei einem Leck immer nur mit der Pumpe hantiert, ohne sich auch nur im geringsten um die undichte Stelle zu kümmern.

Dieses Bild drängt sich auf, wenn man sich ganz allgemein die Vorschläge betrachtet, die zur Eindämmung der Gesundheitskosten gemacht wurden und werden. Alle Beteiligten scheinen zu spüren, daß die „Schmerzgrenze“ allmählich erreicht ist, und die Öffentlichkeit wird langsam hellhörig dafür, daß immer mehr Geld nicht unbedingt mehr Gesundheit bedeutet, sondern daß durch steigende Kassenbeiträge primär das Wachstum des medizinisch-industriellen Komplexes finanziert wird.

Auch die neuerdings zur Kostendämpfung angestrebten Maßnahmen zeigen, daß die grundlegende Ursache des Übels zu wenig berücksichtigt wird: Unser Gesundheitssystem unterliegt primär wirtschaftlichen Zwängen und ist damit – ganz unabhängig vom Gesundheitszustand der Bevölkerung – auf Wachstum und mithin auf Kostensteigerung angelegt. Die Gesundheitsleistungen als solche sind dabei als sekundär zu begreifen. Es wäre in der Tat verwunderlich, wenn hier andere Gesetze als in der übrigen Wirtschaft gelten sollten.

Die niedergelassenen Ärzte sind freie Unternehmer und streben somit ganz selbstverständlich eine Steigerung ihres Umsatzes an. Es liegt auf der Hand, welchen Einfluß dieser Umstand auf die Kostenentwicklung haben muß. Die Patienten werden mit Leistungen umworben, die damit den Charakter eines Werbeelementes bekommen und nicht immer medizinisch notwendig sind.

Bei den Krankenhäusern ist durch ihre Halbstaatlichkeit die wirtschaftliche Situation kostentreibend gespalten: Mit ihrer Tendenz zur Kapazitätsauslastung verhalten sie sich wie freie Betriebe. Auf der anderen Seite aber brauchen sie auf Gesetze der Wirtschaftlichkeit kaum Rücksicht zu nehmen. Selbst die unsinnigste Prestige-Investition wird noch bezahlt. Außerdem weiß ein im Krankenhaus Beschäftigter fast nie, welche oft vollkommen überflüssigen Kosten er verursacht, weil es darüber keinerlei Rückmeldung gibt.

Der riesige Komplex der Pharmaindustrie und der Medizintechnik besteht aus freien Unternehmen, die – wie alle anderen auch – bestrebt sein müssen, immer mehr ihrer Produkte zu verkaufen, und sei es noch durch die letzte Scheinverbesserung, die dann als „medizinischer Fortschritt“ aus den Kassenbeiträgen finanziert werden muß.

Auch hier walten der gleiche Expansionsdrang und die gleiche Wachstumsdynamik wie in anderen wirtschaftlichen Bereichen, begünstigt zusätzlich durch den Begriff „Gesundheit“, für deren Erhaltung einem ja nichts zu teuer sein sollte. Warum auch sollte es in diesem Bereich eine Ausnahme geben von dem Verhalten, das in unserer Gesellschaft sonst favorisiert wird?

Das Wachstumsdenken hat aber nicht nur finanzielle Auswirkungen. Einst an-

Patient auf Intensivstation: Wachstumsdynamik wie in anderen wirtschaftlichen Bereichen

getreten, die Gesundheit zu fördern, muß sich das System spätestens dann auf eben die Gesundheit nachteilig auswirken, wenn das Wachstum um seiner selbst willen in den Mittelpunkt tritt. Wenn der „Markt" ausgedehnt werden soll, bedeutet das für die Medizin, daß der Begriff „Gesundheit" zunehmend eingeengt werden muß, da möglichst alles zum Objekt für die Produkte und Leistungen des Medizin-Marktes werden soll: Verdient wird dann am besten, wenn keiner mehr als „gesund" bezeichnet werden kann.

Dieser Umstand führt aber eben nicht nur zu einer Überversorgung im Sinne von Luxus – wie man zunächst wohlmeinend annehmen könnte –, sondern er pervertiert das System. Kleinste Abweichungen von einer immer enger gefaßten Norm werden zu „Krankheiten", weil sie apparativ faßbar und durch Meßwerte dokumentierbar sind und damit gewinnbringende Leistungen ermöglichen. Wirklich krankhafte Zustände werden dagegen möglicherweise vernachlässigt, weil sie durch die Maschen im Netz der Abrechenbarkeit fallen. Krankheit definiert sich nicht vorrangig durch das subjektive Leiden, sondern durch den Grad ihrer gewinnbringenden Erfaßbarkeit.

Moderne Apotheke: Krankenkassenbeiträge finanzieren noch jede Scheinverbesserung

Außerdem ist zu fragen, welches grundsätzliche Verhältnis zur Gesundheit ein Gewerbe haben muß, das nur an ihrem Gegenteil verdienen kann. Überspitzt ausgedrückt, kann der Hersteller von Valium kein Interesse daran haben, daß mit diesem Medikament sparsam umgegangen wird. Naturgemäß muß es umgekehrt sein. Das ist keineswegs moralisierend gemeint und auf den „bösen Unternehmer" gemünzt, sondern Abbild der Gesetzmäßigkeiten, welche nicht dadurch unwirksam werden, daß es sich um die Herstellung einer stark abhängig machenden Droge handelt.

Die zur Eingrenzung der Gesundheitskosten vorgeschlagenen Reformen haben häufig eines gemeinsam, das sie zwangsläufig unwirksam machen muß. Sie appellieren, wenn auch manchmal nur zwischen den Zeilen, an eine „Vernunft", die, in einem gewinnzentrierten System, für den wirtschaftlich Tätigen das genaue Gegenteil von Vernunft sein muß. Die „Vernunft" eines Geschäftes ist der unternehmerische Egoismus, den man bei allen diesen Appellen nicht in gebührendem Maße wahrhaben will.

Beharrlich wird auch bei den jüngsten Reformvorschlägen ignoriert, daß ein Unternehmer mit – geschäftsbedingt nicht notwendiger – freiwilliger Selbstbeschränkung offensichtlich überfordert ist. Hier ein Ausnahmeverhalten bei den Gesundheitsleistungen zu erwarten, bedeutet eine Verkennung einfacher psychologischer Gesetzmäßigkeiten.

Als Mitglied des Ärztestandes beschleicht einen mitunter eine gewisse Rührung, wenn man mal wieder von einer geplanten Sparmaßnahme hört. Auf jeden Eingriff, der zu finanziellen Einbußen führen könnte, folgen arztinterne „Schulungsabende" – meist von einem Medikamentenhersteller kumpaneihaft arrangiert –, auf denen einem augenzwinkernd nahegebracht wird, wie man ihn ohne eigene Verluste unterlaufen kann. Es ist stets der gleiche Vorgang, vergleichbar der Beschneidung eines Baumes; was gestutzt wurde, wird sofort durch ein vermehrtes Längenwachstum anderer Zweige ausgeglichen.

Diese Reaktion ist folgerichtig und wird durch das System selbst ermöglicht und nahegelegt; wenn A nicht mehr verkauft werden darf, wird ab sofort mehr B verkauft. Wie hieß doch die letzte Parole anläßlich der Einführung des neuen „Einheitlichen Bewertungsmaßstabes": „Weg vom Labor, hin zu den Hausbesuchen!" Man müsse, hieß es, jetzt „umdenken" und bei jedem Patienten gedanklich trainieren, welche möglichen neuen Abrechnungsziffern durch ihn verkörpert werden.

Das Beispiel verdeutlicht, gegen welch flexible Kräfte der Gesetzgeber mit seiner regulierenden Feinstickerei anzukommen versucht. Jede abrechenbare medizinische Handlung kann mit dem Argument, es gehe um das Wohl des Patienten, gerechtfertigt werden. Hinzu kommt, daß der Arzt viele Leistungen zu seiner Absicherung erbringen muß. Um das zu verstehen, genügt die Lektüre der Gefahrenhinweise und vorgeschlagenen Kontrolluntersuchungen auf dem Beipackzettel irgendeines wirksamen Medikamentes, nach denen sich kein Mediziner richten kann, wenn er mehr als fünf Patienten am Tag behandeln will.

Würde sich jeder Arzt an die – im Falle eines Rechtsstreites zur Vorschrift werdenden – immer atomistischeren Erkenntnisse der medizinischen Forschung halten, wäre die Medizin schon längst nicht mehr bezahlbar. Ein Blick in ein Lehrbuch der Differentialdiagnostik innerer Erkrankungen – eine Art Gesetzbuch für jeden gewissenhaften Internisten – mag genügen, um zu erkennen, daß der von der Wissenschaft bereitgestellte und ständig wachsende Spielraum wirtschaftlich bei weitem noch nicht ausgenutzt wird und jederzeit Platz zum „Ausweichen" bietet.

Das Angebot läßt sich also fast beliebig ausweiten. Nicht zuletzt aufgrund einer Forschung, die oft nur noch Karrierevehikel ist und bei der die Patienten nicht mehr im Mittelpunkt stehen. Diese – längst verselbständigte – Forschung kann sich nur dadurch als „medizinisch" legitimieren, daß ihre Ergebnisse nach einer gewissen Zeit bis in die letzte Kassenarztpraxis als Handlungsanweisung durchschlagen. Sie wird damit zum Wegbereiter einer ausufernden Kostenentwicklung.

Der Arzt hat die seltene Möglichkeit, sein Einkommen auf zwei Wegen gleichzeitig zu dynamisieren. Einmal über den Anstieg der Gebührensätze; das kommt einer normalen Gehaltserhöhung gleich und kann von oben gesteuert werden. Zweitens aber auch dadurch, daß er bestimmen kann, ob und in welcher Menge er etwas „verkauft".

Er unterscheidet sich damit grundsätzlich von jedem anderen Geschäftsmann.

Dieser kann einem Kunden nicht beispielsweise zwei Kühlschränke verkaufen, wenn der nur einen haben will. Die Nachfrage der Kunden ist für ihn der limitierende Faktor. Aufgrund der ärztlichen Autorität ist diese Begrenzung in der Medizin weitgehend ausgeschaltet. Gerade die Unabhängigkeit der angebotenen und abgerechneten Leistungen von einem medizinisch gerechtfertigten Bedarf ist sicher eine der Hauptursachen für die rapide Kostenzunahme.

Sie wird noch verstärkt durch die Tatsache, daß der Patient zumeist keine Rückmeldung über die Kosten der an ihm erbrachten Leistungen erhält. Er bezahlt anonym und pauschal via Kassenbeitrag. Das wiederum veranlaßt viele Patienten, wegen jeder kleinen Befindlichkeitsstörung zum Arzt zu gehen, um das eingezahlte Geld durch Medizinkonsum voll auszunutzen.

Hier ist der limitierende Faktor nicht ein wirklicher Bedarf, sondern einzig die Geldmenge, welche die Kassen in den großen Topf einzahlen. Daher kann man davon ausgehen, daß ein angenommen doppelt so hohes Beitragsaufkommen – bei gleicher Arztzahl und gleichem Gesundheitszustand der Bevölkerung – ebenfalls voll ausgeschöpft werden würde. Es gibt keine „Sparquote", weil ja die Anbieter selbst den Umfang des Konsums bestimmen können. Der Kuchen, wie groß auch immer, würde in jedem Falle gänzlich aufgezehrt werden.

Ein weiterer kostentreibender Faktor ist wahrscheinlich in einem ganz allgemeinen wirtschaftlichen Bewußtseinswandel zu suchen. Dieser mag als zunehmende Entfernung von einer kaufmännisch „reellen" Haltung gekennzeichnet werden. Man könnte auch von schwindender Geschäftsmoral sprechen.

„Früher", in den Anfängen gewerblicher Tätigkeit, war es vielleicht einmal so, daß der Bäcker die Brötchen gebakken hat, weil ihm sein Handwerk Freude machte. Selbstverständlich wollte er damit auch einen Gewinn erzielen.

Vielleicht gab es auch mal den „reellen" Inhaber einer kleinen Reparaturwerkstatt, der nur einen winzigen Auftrag bekam, ihn danach gewissenhaft erledigte und anschließend trotz finanzieller Sorgen einen entsprechend kleinen Betrag in Rechnung stellte.

Die Bezahlung hatte noch einen direkten Bezug zu der erbrachten Leistung in dem Sinne, daß diese nicht größer war als nachweislich im Dienste des Kunden erforderlich. Man kann annehmen, daß es einmal stärkere Skrupel wachgerufen hat, den Umfang einer Leistung willkürlich nach den eigenen Geschäftsbedingungen zu manipulieren.

Heute dagegen muß jede Rentnerin mit einem defekten Fernsehgerät darauf gefaßt sein, daß nicht nur die durchgebrannte Sicherung, sondern die völlig intakte Bildröhre gleich mit ausgewechselt wird.

Wahrscheinlich gab es auch mal einen Zahnarzt, der sich auf das beschränkte, was im medizinischen Interesse seines Patienten lag – obwohl er gerade ein Haus gebaut hatte und sich die unbezahlten Rechnungen in seinem Briefkasten stapelten. Heute symbolisieren die Zahnspange in den Mündern vieler Schulkinder und die immer häufiger zu sehende, an ein Pferdegebiß gemahnende überkronte Frontzahnreihe oft nicht mehr eine sachlich gerechtfertigte Leistung, sondern die Umsatzbemühungen von Kieferorthopäden und Zahnärzten.

Als praktischer Arzt sieht man immer wieder Patienten – meist handelt es sich um sogenannte einfache Leute, unaufgeklärt und autoritätsgläubig –, die sich eine monatelange, ganz überflüssige Zahnbehandlung haben einreden lassen, mit dem Ergebnis, daß ihr Gebiß oft regelrecht „kaputtsaniert" worden ist.

Mediziner Storch
„Die Schmerzgrenze ist erreicht"

Hier wird die Pervertierung des Systems durch Geschäftszwänge besonders anschaulich. Die Verhältnisse haben sich – im Gegensatz zu „früher" – inzwischen umgekehrt: Die Mundhöhle wird zum umkämpften Kosten-Terrain im Verteilungskampf der beteiligten Medizinsparten.

Sicher muß man bei jeder Dienstleistung zwischen ihrem Zweck und ihrer Motivation unterscheiden. Der Zweck ist ihr auf den Empfänger bezogenes Ergebnis. Ihre Motivation ist das Bestreben des Anbieters, einen Gewinn zu machen.

Liegt beides dicht beieinander, ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß der Dienstleistende sich weitgehend mit seiner Arbeit identifiziert und sich für sie, im Interesse des Kunden, verantwortlich fühlt. Es läßt sich heute vielfach beobachten, daß die Lücke zwischen Zweck und Motivation wirtschaftlichen Handelns, in einem sich selbst beschleunigenden Prozeß, immer größer wird. Das selbstbeschleunigende Moment liegt wohl darin, daß jeder inzwischen voraussetzt, vom anderen nicht reell behandelt zu werden, und deswegen meint, Geld zu verschenken, wenn er nicht in gleicher Weise handelt.

Das Ergebnis ist eine Loslösung wirtschaftlichen Tuns und Denkens vom eigentlichen Zweck für andere; das Bewußtsein konzentriert sich mehr und mehr auf den Gewinn, für den die Ware oder Dienstleistung zum bloßen Vehikel wird. Der Gewinn ist sich quasi seiner selbst „bewußt" und zum einzigen Sinn produktiver Tätigkeit geworden. Durch diese Entwicklung wird fast alles Gemachte von jeglicher persönlicher Identifikation entkleidet und verkommt zum bloßen Umsatzsymbol.

Ganz folgerichtig werden so größte und schnellste Profite nicht mehr mit Waren oder Dienstleistungen gemacht – diese werden in einem reinen Gewinndenken auch „überflüssig" oder bestenfalls zum notwendigen Übel –, sondern mit dem Geld selbst, in einem symbolischen Bereich also, wo einem Gewinn keine reale Leistung mehr zugrunde liegt. In der Warenwelt mag das zu einem mehr ästhetischen Problem werden und kann erklären, warum die meisten Dinge von Tag zu Tag häßlicher werden: Es gibt eben nichts mehr „umsonst", alles unterliegt einer gnadenlosen Kalkulation. „Umsonst" gab es einmal die Identifikation des Produzenten mit seiner Ware, was sich in den meisten Fällen auch in ihrem Aussehen gezeigt hat.

Daß sich auf der anderen Seite die meisten Produkte in ihrer Funktion verbessern, hat nichts mit Liebe zum Gegenstand zu tun, sondern ist Folge des allgemeinen technologischen Fortschrittes. Die billigste Digitaluhr kann einer teuren, handgefertigten Uhr an Genauigkeit überlegen sein.

Für den medizinischen Bereich hat diese Entwicklung eine zweifache Bedeutung. Einerseits wird die medizinische Versorgung immer unpersönlicher, wenn auch im Detail zunehmend perfekter, jedenfalls was das Funktionieren ihrer Methoden und Apparate betrifft.

So ist die Tatsache, daß man heute beispielsweise nicht mehr so leicht an Atemlähmung stirbt, sondern mit Hilfe einer Maschine weiterleben kann, nur ein Beleg für technologischen Fortschritt und nicht etwa für eine höher entwickelte Verantwortung gegenüber dem Patienten. Auch hier gibt es nichts mehr „umsonst", und die mitmenschliche Kälte soll kompensiert werden mit Hilfe

bezahlter psychotechnischer „Spezialisten für Menschlichkeit".

Andererseits erklärt die oben geschilderte Entwicklung den Mechanismus, der die medizinische Versorgung und ihre Kosten ausufern lassen muß – selbst unter der utopischen Annahme, daß alle Krankheiten ausgerottet wären. Die „Versorgung" hat die Bindung an ihren eigentlichen Zweck verloren und gehorcht wirtschaftlichen Selbstzwängen. Aufrufe zur „Vernunft" sind hier genauso aussichtslos, als wollte man von der Automobilindustrie eine freiwillige Produktionseinschränkung verlangen, weil die Straßen verstopft sind.

Aus alledem mag deutlich werden, wo der Hebel für eine Reform anzusetzen wäre: Das Wachstum des medizinisch-industriellen Komplexes und seiner Leistungen muß seine weitgehende Unabhängigkeit von einem wirklich gerechtfertigten Bedarf verlieren und wieder in Relation zum menschlich Sinnvollen gesetzt werden. Ganz allgemein gesagt, müssen sich die Verhältnisse in diesem Bereich wieder „umkehren", so daß die Medizin dem Menschen dient – und nicht andersherum.

Diese Wende kann ein sich selbst überlassener Markt nicht leisten – und der Gesundheitsmarkt schon gar nicht, weil er sich von anderen durch eine zweifache Begünstigung unterscheidet: Er ist zum einen durch die ärztliche Autorität, zum anderen den ausbeutbaren Begriff der „Gesundheit" abgesichert und belegt damit einen konkurrenzlosen Schonraum, in dem die eigentlichen Marktgesetze ungültig sind.

Mit einschränkenden Gesetzen allein sind diese Fehlentwicklungen nicht zu korrigieren. Vorausgehen müßte ein Umdenken in dem Sinne, daß nicht mehr alles Machbare um seiner selbst willen auch gemacht wird.

Abschließend ist einem reflexhaft naheliegenden und prinzipiellen Einwand entgegenzutreten, der sich am Wort vom „menschlich Sinnvollen" festmachen könnte und der jedes Sparen an der Medizin in die Nähe eines menschenverachtenden Zynismus rücken möchte, um damit auf der anderen Seite jeden Aufwand zu rechtfertigen. Argumente dieser Art werden fast immer mit einem Rührung hervorrufen sollenden Einzelfall illustriert: Der junge, schwer verunglückte Motorradfahrer, der nach einem Jahr wieder Fußball spielen kann, wäre sicher ohne die kostspieligen Errungenschaften der Intensivmedizin gestorben.

Es genügt, die Konsequenz dieses Einwandes in eine imaginierte Zukunft weiterzudenken, um seine Fragwürdigkeit deutlich zu machen. In einem Land, das plattgewalzt und zubetoniert wurde, damit neben jedem Bewohner auf Schritt und Tritt eine Notversorgungseinheit einherrollen kann, müßte wahrscheinlich niemand mehr am Herzinfarkt sterben. Nur: Wer möchte in so einem Land leben?

RAUMFAHRT

Gefühl der Schwere

Nach 326 Tagen im Weltall kehrte Kosmonaut Jurij Romanenko zurück – gut gelaunt, aber geschwächt. Die medizinischen Probleme des Langzeitfluges bleiben ungelöst.

Anfang Dezember, er kreiste schon gut 300 Tage lang im All, verlor Raumschiffkommandant Jurij Romanenko für einen Moment die Fassung. Als ein Reporter von der Erde über Sprechfunk ihn zum wiederholten Mal bedrängte, ob er sich auch wirklich gut fühle an Bord, bellte er zurück: „Laßt mich in Ruhe. Ich habe zu arbeiten."

Kosmonaut Romanenko nach der Landung: Lange Arme, dünne Beine?

Drei Wochen später, am Dienstagmittag letzter Woche, spürte Jurij Romanenko, dem die Reise nun doch ein bißchen lang geworden war, endlich wieder festen Erdboden unter sich. Im eisigen Schneesturm in der Turgai-Steppe im mittelasiatischen Kasachstan war die Sojus-TM-3-Kapsel niedergegangen. Blaß, mit aufgedunsenem Mondgesicht, strahlte Romanenko in die Kamera, als die Helfer der Bergungsmannschaft ihn aus der Luke zogen und auf eine Trage legten – auf eigenen Füßen hätte der 43jährige, nach 326 Tagen Weltraumreise, nicht stehen können.

Auch Alexander Alexandrow, seit sechs Monaten Romanenkos Kompagnon an Bord der Raumstation „Mir", mußte getragen werden, einzig Anatolij Lewtschenko, der nur eine Woche oben war, schritt ungestützt von dannen.

Im Moskauer Fernsehen (und mit einer Sondervorführung für den aus München angereisten Besucher Franz Josef Strauß) feierten die Sowjets ihren neuen Langzeit-Rekord im All. Sie haben keinen Grund, ihre Raumfahrtaktivitäten zu verstecken: Mehr als 90 geglückte Raumstarts konnten sie allein im zurückliegenden Jahr verbuchen. Mehr als 100 Tonnen Nutzlast vermögen sie mit ihrer neuen Großrakete „Energija" in die Umlaufbahn zu befördern.

Die Amerikaner dagegen sind mit ihrer vom Unglück verfolgten Space Shuttle nun schon fast zwei Jahre am Boden gefesselt. Letzte Woche wurde der für Juni 1988 geplante Shuttle-Start wegen unvorhergesehener Fehler an dem neu konstruierten Booster-Motor noch einmal verschoben.

Jahre ehe die Amerikaner auch nur ein Teilstück ihrer geplanten Space Station ins All heben werden, dürfen die Sowjets sich rühmen, eine leistungsfähige, permanent bemannte Raumstation in einer Umlaufbahn placiert zu haben. Das 20 Tonnen schwere Himmelsgefährt „Mir" (Frieden), 17 Meter lang und vier Meter im Durchmesser, besitzt sechs Andockstutzen zum Ankoppeln von Versorgungskapseln, bemannten Fahrzeugen oder wissenschaftlichen Stationen.

Seit letztem April fliegt die Wissenschaftsplattform „Kwant" mit, bestückt mit astronomischem und Strahlenmeß-Gerät; voraussichtlich im Juli dieses Jahres soll „Mir" noch um ein weiteres wissenschaftliches Modul erweitert werden, diesmal zur Erdbeobachtung.

Für eine Zeit „irgendwann um das Jahr 2020" planen die Sowjets dann den ersten bemannten Flug zum Mars – so gab es Wjatscheslaw Balebanow, stellvertretender Direktor des Raumfor-

Wernher-von-Braun-Vision einer Raumstation (1953): Mit künstlicher Schwerkraft wie ein kosmischer Brummkreisel

schungsinstituts der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften, jüngst im Westen bekannt; das Projekt sei übrigens billiger, meinte er, als allein die erste Ausbaustufe des amerikanischen SDI-Programms, die mit 70 Milliarden Dollar veranschlagt wird.

Hauptprobleme eines – auf etwa drei Jahre zu veranschlagenden – Marsfluges sind offenbar nicht Raketenmotoren und Raumfahrzeuge; entscheidend ist vielmehr die Frage, ob die Menschen an Bord von Mars-Schiffen den zu erwartenden Belastungen werden standhalten können. Dies aufzuklären ist das vorrangige Ziel der Langzeit-Aufenthalte sowjetischer Kosmonauten im All.

Schon frühere Langzeitflüge (so auch der 84-Tage-Flug der Amerikaner mit Skylab), und erst recht der Romanenko-Trip haben gezeigt, daß die kritische Grenze für den Aufenthalt in der Schwerelosigkeit offenbar bei anderthalb bis maximal zwei Jahren anzusetzen ist. Bei längerdauernden Unternehmungen, etwa Flügen zum Mars, müßten deshalb für die Besatzung auf künstliche Weise erdähnliche Schwerkraftbedingungen hergestellt werden, so wie es der deutsch-amerikanische Raketen-Pionier Wernher von Braun visionär schon vor 35 Jahren vorgeschlagen hat: riesige ringförmige Raumstationen, die sich wie ein Brummkreisel im All permanent um eine Mittelachse drehen.

Nur so, meinen die Mediziner, ließen sich Schädigungen und Probleme in Grenzen halten, die bisher noch allen Raumfahrern bei Langzeit-Missionen zu schaffen machten: gefährlicher Kalziumverlust der Knochen; Muskelschwund, ähnlich dem bei monatelang Bettlägerigen; Schwächung der Herzmuskulatur und Veränderung der Herzklappen, und dazu der psychische Streß relativer Vereinsamung, verbunden mit dem Bewußtsein, dauernd von der Bodenstation überwacht zu werden.

Über die Schrecknisse der Raumkrankheit, der kosmischen Variante der irdischen Seekrankheit, haben fast alle Astronauten auch nach Kurzflügen geklagt. Da die gewohnten Signale der irdischen Schwerkraft wegfallen, reagiert das Gleichgewichtsorgan im Innenohr mit völliger Verwirrung.

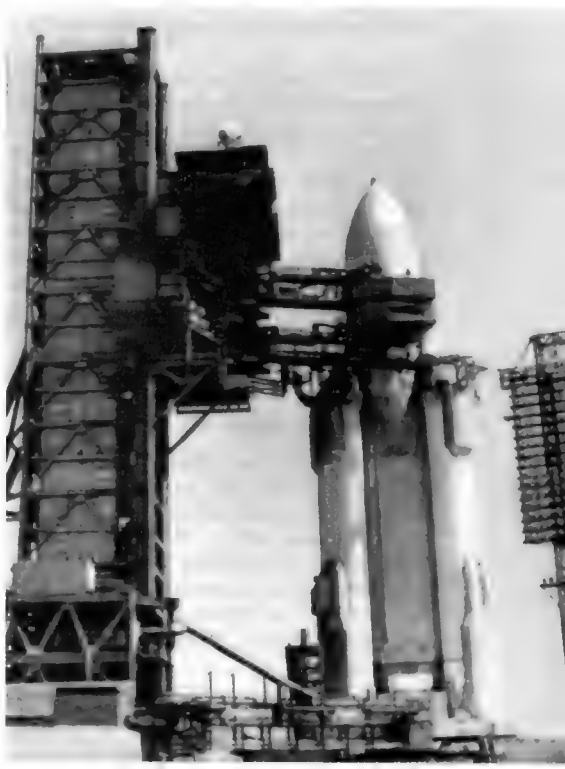
Das Gehirn empfängt einander widersprechende Wahrnehmungshinweise: „Die Augen sagen, unten sei da, wo es immer war; aber die Körperflüssigkeiten, die im Körper nach oben steigen, sobald sie nicht mehr von der Schwerkraft hinabgezogen werden, sagen, unten ist oben – als stünde man auf der Erde auf dem Kopf“ (so beschrieb es Sam Pool, Leiter der Raumfahrtmedizin am Johnson Space Center in Houston, Texas). 75 Prozent der US-Astronauten litten unter Symptomen dieser Art, die sich auch mit Medikamenten kaum beherrschen ließen; ein Drittel der Betroffenen quälte sich tagelang mit der Tüte.

Eine Art Raumpanik, herrührend von der unirdischen Art, sich im Raumvehikel zu bewegen, beklagten Kosmo- und Astronauten. Normalerweise schweben die von der Erde Losgelösten in einer Art Schwimmbewegung mit dem Kopf voran durch die Kabine. Eine – völlig irrationale – Furcht, ins Bodenlose zu fallen, ergriff US-Astronaut Joe Kerwin allein dadurch, daß er einmal mit den Füßen zuerst in den drei Stockwerke langen Tunnel von Skylab hineinglitt.

Auch im Weltraum gibt es offenbar ein dringendes Bedürfnis, sich an einem – sei es auch künstlichen – Oben und Unten zu orientieren. Astronauten, die in der Space Shuttle in einer Koje nächtigten, welche im Gegensatz zu den übrigen scheinbar auf dem Kopf stand, wurden beim Erwachen mitunter von panischer Angst erfaßt, weil sie alles falsch herum sahen. Die Sowjets haben aus solchen Erfahrungen schon gelernt: In einigen Bereichen der Raumstation „Mir“ sind die Wände zweifarbig gestaltet, um wenigstens den Anschein von Fußboden und Decke zu vermitteln.

Sowjetische Raumfahrtmediziner haben auch schon einiges unternommen, um den psychischen Streß in der Raumstation zu vermindern. Verheerend zum Beispiel hatten sich die bei früheren

Sowjet-Rakete „Energija“
100 Tonnen in die Umlaufbahn



Missionen angeordneten Wach- und Schlafzyklen ausgewirkt: Mindestens ein Besatzungsmitglied, so die Order, mußte jeweils beim Flug über die Sowjet-Union (also alle 90 Minuten) ansprechbar sein. Das hatte einen Schichtdienst rund um die Uhr zur Folge und führte zu ständiger Übermüdung der Crew. Inzwischen schlafen sowjetische Kosmonauten so, wie sie es nach der guten alten Ortszeit in Moskau gewöhnt sind.

Wenigstens zeitweise wird für sie auch der große Bruder der Bodenstation ausgeschaltet: Einmal wöchentlich darf jeder Kosmonaut über einen separaten Sprechfunkkanal mit seinem persönlichen Arzt konferieren. Zudem darf jeder in der „Mir"-Crew einmal wöchentlich mit seiner Familie plaudern. Auch auf die freizeitfreundliche Atmosphäre in ihren Raumschiffen wiesen die Russen hin. Als kürzlich amerikanische Geheimdienste den Verdacht äußerten, „Mir"-Astronauten hätten Satellitenverfolgung mit Laserstrahlen erprobt, verkündete Stepan Bogodjasch, Sprecher der zivilen sowjetischen Raumfahrtbehörde Glawkosmos, an Bord der Raumstation befinde sich „nur ein einziger Laser – und das ist der vom CD-Player".

Völlig ungelöst hingegen sind manche der physiologischen Probleme, die bei den Langzeitflügen auftreten.

Obwohl sie, von Elastikbändern festgehalten, jeden Tag auf einem Trimm-Fahrrad und auf einem Laufband trainiert hätten, seien ihm und seinem Mitflieger Alexandrow vor allem die Wadenmuskeln zusehends geschwunden, hatte Romanenko im Dezember fernmündlich der „Prawda" mitgeteilt.

Die Belastung für den Bewegungsapparat ist bei den Trockenübungen unter Schwerelosigkeit derart gering, daß man (nach Schätzung des amerikanischen Raumfahrtmediziners Philip C. Johnson) „vier bis sechs Stunden täglich strampeln müßte", um einen ausreichenden Trainingseffekt zu erzielen. Besonders rasch abgebaut werden die Fasern der sogenannten langsamen Muskulatur (die beim Stehen und bei Dauerbelastung gefordert wird); gerade diese Fasern lassen sich durch Lauf- und Fahrrad-Übungen kaum trainieren.

Auch der Verlust an Kalzium aus den Knochen hat sich durch das Bord-Programm nicht reduzieren lassen. Pro Monat verlieren die Raumfahrer 1,5 bis zwei Prozent der knochenhärtenden Substanz – ein Verlust, der nach der Rückkehr auf die Erde nur minimal wieder ausgeglichen wird.

Die Astronauten nehmen den Alterungsprozeß vorweg, der sonst erst bei Greisen zu Witwenbuckel und Schenkelhalsbruch führt. Am schnellsten wieder aufgefüllt wird nach der Rückkehr der erlittene Blutverlust; um 10 bis 20 Prozent schrumpft bei längeren Raumreisen das Blutvolumen – auch dies mangels Belastung.

In den ersten Wochen und Monaten seines – insgesamt 47wöchigen – Aufenthalts im Weltraum hatte Romanenko, der jüngste Kosmo-Held der Sowjets, seine körperliche Fitneß mehrmals unter Beweis stellen müssen. Am 12. April, neun Wochen nach seinem Start, mußte er auf eine planmäßige Schlafperiode verzichten, um – zusammen mit seinem damaligen Kabinengefährten Alexander Lawejkin – ein Außenbordmanöver zu vollführen. Die gerade eingetroffene, elf Tonnen schwere Wissenschaftsstation „Kwant" hatte nicht vorschriftmäßig angedockt, niemand wußte, warum.

Die beiden Kosmonauten lösten das Problem: Von Hand entfernten sie eine 50 Zentimeter große Plastiktüte unbekannter Herkunft, die sich am Andockstutzen festgeklemmt hatte. Ein zweites Mal mußte Romanenko am 12. Juni aussteigen, diesmal um ein heraufgeschicktes Sonnenpaddel zu entfalten, das etliche Geräte der Astro-Station mit Energie versorgen soll.

„Er macht die Arbeit, die ihm aufgetragen ist, immer noch gut", erklärte Glawkosmos-Sprecher Bogodjasch in einem Interview einige Tage vor der Landung. „Aber ich würde nicht bestreiten, daß er müde geworden ist."

Kosmonauten Lawejkin, Romanenko in der Raumstation „Mir": „Unten ist oben"

Das jüngste Weltraum-Marathon, so räumten sowjetische Raumfahrtfunktionäre ein, habe „seinen Preis gefordert". Schon in den letzten Wochen vor der Landung war das tägliche Arbeitspensum für die „Mir"-Besatzung von anfangs achteinhalb auf nur mehr viereinhalb Stunden gekürzt worden.

Als körperliches Wrack, infolge der monatelangen Abwesenheit von Schwerkraft (vorübergehend) um einen Zentimeter gewachsen, 1,6 Kilogramm leichter als normal, aber offenkundig guter Laune, kam Romanenko auf der Erde an. „Ein Gefühl ungeheurer Schwere" laste auf den Astronauten, wenn die volle Anziehungskraft wieder auf sie wirkt – so umschrieb es der US-Raumfahrtmediziner Kenneth Baldwin. Für anderthalb Monate darf Heimkehrer Romanenko mit seiner Familie in ein Sanatorium im Kaukasus.

Wie, wenn schon der Weltraum nicht dem Menschen, dann eben der Mensch den Bedingungen des Alls angepaßt werden könnte, darüber hatte der Kosmonaut bereits in seinem Artikel für die „Prawda" im Dezember launig spekuliert.

Der ideale Raumfahrer, so Romanenko, sei glatzköpfig (damit das lästige Haareschneiden im All wegfällt) und verfüge über „längere Arme – am besten sechs davon". Die Beine hingegen könnten streichholzartig verdünnt sein; eines würde eigentlich genügen, „am besten mit einer Greifklaue am Ende, damit man sich überall in der Kabine festmachen kann".

Herrn Noltes Umwälzung der Wissenschaft

Rudolf Augstein über „Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945" von Ernst Nolte

Es widerfährt einem Rezensenten schon mal, daß er mutlos den Kugelschreiber sinken läßt, weil ein anderer ihm um eine kleine Länge zuvorgekommen ist. Und außerdem fällt einem zu dem Historiker Ernst Nolte nun wirklich nichts mehr ein.

Heinrich August Winkler bespricht dessen 616 Seiten dickes Buch „Der europäische Bürgerkrieg 1917 – 1945" in der „Zeit" derart, daß man redlicherweise auf die Konkurrenz verweisen könnte, wenn der SPIEGEL nicht mehr Auflage hätte als die „Zeit".

Immerhin, Winkler nimmt ein Stichwort von mir auf. Hatte ich Nolte vor Monaten einen „geordneten Rückzug" empfohlen, so lautet Winklers Unterzeile: „Ernst Noltes Entlastungsoffensive geht weiter".

Wen entlastet Nolte? Erst einmal sich selbst; dann das deutsch-nationale Bürgertum; dann die Generalität; und dann, zwangsläufig, den Massenmörder Adolf Hitler. Der konnte schließlich nicht anders, der mußte die Juden umbringen, weil er Angst vor einem sowjetischen Massenmord an den Nationalsozialisten hatte (man denkt an die Entlastungsoffensive „Donnerschlag" des Panzer-Generaloberst en Hermann Hoth, der Stalingrad 1942 auch nicht entsetzen konnte).

In Noltes früher durchaus renommierter Statur ist das philosophische Denken unterdes mit unwissend-wissenschaftlicher Historie zu einem abscheulichen Wechselbalg verkommen. Hat er früher anders geschrieben als heute, so nicht, weil *er*, nein, weil die Zeit dazugelernt hat. Tatsachen werden absichtsvoll nicht gewußt, nicht erfahren, im Vorwege verdrängt, wie man kürzlich im Falle des Nolte-Lehrers Martin Heidegger sehen konnte. Der eigentlich noch zu erbringende Erweis steht ganz vorn, die Beweiskette folgt wie die Marketenderin der Armee.

Demnach hielt Hitler das verjudete Sowjet-Reich 1927 nicht für schwach genug, es bald zu erobern, wie man in „Mein Kampf" nachlesen kann? Demnach fürchtete er sich vor einem Georgier und Nichtjuden, dessen persönliche Verbrechen er noch gar nicht kennen, geschweige denn beurteilen konnte? Es war ja der Generalsekretär Stalin, der seine linken Kritiker 1926 warnte, wenn man mit dem Blutzapfen erst einmal anfange, habe man es nicht mehr in der Hand, damit wieder aufzuhören.

Als Hitler „Mein Kampf" schrieb, hatte Stalin seine persönlichen Verbrechen noch gar nicht begangen. Nicht etwa die Vernichtung der Kulaken zwischen 1930 und 1932, nicht die „Säuberungen".

Demnach wäre unwahr, daß Hitler am 4. August 1942 in Gegenwart des Panzer-Generals Guderian gesagt hat:

> Wäre ich vor Beginn des Feldzuges über die überraschenden Mengen an Panzern und Flugzeugen unterrichtet gewesen, so wäre mir der Entschluß zum Angriff wesentlich erschwert worden.

Unwahr auch, daß er damals den inneren Zusammenbruch dieses morschen Systems erwartete und nicht dessen Stärkung? Alles dies unwahr?

Es muß dies alles unwahr sein, denn sonst würde Noltes Grundthese gar nicht stimmen, es seien in diesem „europäischen" Bürgerkrieg zwischen 1917 und 1945 gewissermaßen zwei ideologisch und militärisch gepanzerte Offensiven gegeneinander geprallt wie in einer klassischen Präventiv- und Defensiv-Katastrophe.

Das politische Buch

Ernst Nolte:
„Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus"
Propyläen Verlag
Berlin
616 Seiten
58 Mark

Historiker Nolte
In der Besenkammer abstellen

Unwahr muß sein, daß Hitler die Ost-Eroberungspläne des keineswegs ideologisch bestimmten Kaiserreichs übernommen und ausgeweitet hat.

Unwahr, daß 1941 „unsere Stimmung gut und zuversichtlich" gewesen sei, wie Curt Hohoff, kein Nazi, 1951 geschrieben hat. Auch Hohoff meint, es sei um einen tausendjährigen Drang der deutschen Politik nach Osten gegangen, „welcher weniger im Verstand als im Blut" gelegen habe.

Nicht die große Säuberung in Rußland zwischen 1934 und 1938 ist entscheidend, nicht die Tötung von bis zu 20 Millionen Sowjet-Bürgern (nur noch roh und grob zu schätzen), vielmehr: Die Sowjet-Macht aufzubauen und zu stärken, den Zentralstaat der Zaren zusammenzuhalten und aus dem Analphabetentum herauszuführen, dazu war Stalin entschlossen.

Wie wir Heinrich August Winkler und die „Zeit" längst hinter uns gelassen haben, so müssen wir jetzt, um Nolte zu widerlegen, von Nolte Abschied nehmen. Er, ohnehin kein Globalhistoriker, sondern einseitig belichtet, mag wohl ein Faschismus-Forscher sein.

Aber leider kennt er den Kommunismus zu wenig. Seiner Zangenbewegung zwecks Einkreisung ideologischer Wechselwirkung fehlt die zweite, die „linke" Hälfte der Zange. Die Kommunisten bis hin zu Stalin, das ist sogar Nolte gelegentlich aufgefallen, hatten nämlich primär keine Angst vor Hitler, sondern vor der Einkreisung durch die nichtkommunistische, die kapitalistische Welt und *zusätzlich* durch ein ihnen unverständliches und darum „faschistisches" Japan.

Wie der Regenschirm-Chamberlain, der Hitler noch 1938 als potentiellen Bundesgenossen gegen Stalin behandelte, so sah Stalin in den kapitalistischen Staaten potentielle Verbündete Hitlers, in Hitler deren Lakai.

Den Sozialismus in einem Land zu verwirklichen, das war die Revolution aller Revolutionen, das war die Stalinsche Revolution, ganz überwiegend aus genuin russischen Bedingungen zu erklären, als Aktion ohne Rücksicht auf eine speziell deutsche oder später nationalsozialistische Reaktion. Den Kapitalismus galt es zu bekämpfen, selbstverständlich auch in seiner aggressivsten Spielart, dem Hitler-Faschismus.

Stalin war es, der den internationalen Schwindel Lenins und Trotzkis an den Rand drängte, um Rußland allein zu revolutionieren, nicht von außen („permanente Revolution"), sondern von oben. So wenig wie Stalin bei Hitler eingeplant war, so wenig war Hitler bei Stalin eingeplant. Beide schätzten einan-

der nur als Beelzebuben, als Oberganoven.

Wenn Stalin die Kulaken beseitigte, so aus innerrussischen Gründen, als nämlich die Revolution stagnierte. Er schuf seine berufliche Aufstiegsgesellschaft mittels einer barbarischen (Nolte würde sagen „asiatischen") Erziehungsdiktatur. Er schaffte sich eine neue herrschende Klasse, indem er ganze Eliten nahezu wahllos vernichtete.

Während in Berlin die „Weltbühne"-Leute um Carl von Ossietzky ebenso wie die Komintern-Funktionäre in Moskau den Hitler, der in ihren Augen doch nur ein Lakai des Kapitals war, nicht zur Kenntnis nehmen wollten, schuf Stalin sich sein sozialistisches Vaterland.

Während Hitler seinem Eroberer- und Rassenwahn nachhing – ja nicht Kiew erobern, dort gibt es zu viele Brücken und zu viele Juden! –, blieb Stalin bodenständig bei seinem Sowjet-Patriotismus. Nicht ohne Grund thronte er, und nicht Hitler, zum Schluß auf dem Podium der Sieger, eine problematische Beute in der Tasche.

Lew Kopelew, der Emigrant und Dissident, schildert seine Mitwirkung bei der Getreide-Requirierung im Hungerjahr 1932 so:

> Ich hörte, wie die Kinder schrien, sich dabei verschluckten, kreischten. Ich sah die Blicke der Männer: Eingeschüchterte, flehende, haßerfüllte, stumpfergebene, verzweifelte oder in halbirrer böser Wut blitzende . . . Es war quälend und bedrükkend, all dies zu sehen und zu hören, und noch bedrückender war es, selbst dabei mitzumachen. Nein, falsch: Untätig zuzusehen, wäre noch schwerer gewesen als mitzumachen, zu versuchen, andere zu überzeugen, ihnen zu erklären, und dabei sich selbst zu überreden. Denn ich wagte nicht, schwach zu werden und Mitleid zu empfinden. Wir vollbrachten doch eine historisch notwendige Tat. Wir erfüllten eine revolutionäre Pflicht. Wir versorgten das sozialistische Vaterland mit Brot.

Und bereiteten uns, selbstverständlich, auf den Krieg vor. Aber nicht unbedingt gegen Hitler. Eher gegen Japan und gegen den Kapitalismus. Stalin 1925 vor seinem ZK: „Unser Banner bleibt nach wie vor das Banner des Friedens. Sollte aber der Krieg beginnen, so werden wir nicht untätig zusehen können . . . Wir werden als letzte auftreten. Und wir werden auftreten, um das entscheidende Gewicht in die Waagschale zu werfen, ein Gewicht, das ausschlaggebend sein dürfte."

Rechnungen haben es nun einmal an sich, daß sie schiefgehen. Auch Stalins Rechnung wäre beinahe schiefgegangen, weil er sich Hitlers Verrücktheit, seinen Eroberungswillen und Rassenwahn nicht vorstellen konnte.

Hitler hingegen und seine gesamte Generalität konnten sich die nationalen vaterländischen Kräfte nicht vorstellen, die Stalin mit seiner sozialistischen Revolution freigesetzt hatte.

Es gab, Herr Professor Ernst Nolte, keinen „europäischen Bürgerkrieg 1917 – 1945". Im Bürgerkrieg kennt man seine Feinde. Das stalinistische System hingegen wurde von Hitler, dessen Absichten es nicht verstehen konnte und demgemäß mißverstand, überrascht. Hitler seinerseits und seine Nazi-Generale verkannten das revolutionäre Aufbau-Potential des stalinistischen Systems.

Beide Figuren und Systeme, beide hatten sie einen blinden Fleck, eine Terra incognita, Stalin übrigens weniger als Hitler und Nolte.

Die Vereinigten Staaten nämlich entschieden die beiden Weltkriege und stehen seitdem als erste Führungsmacht da. Man darf (mehr nicht, aber man darf) zweifeln, ob 1987 ein Sowjet-Mensch 326 Tage lang den Erdball umkreist hätte,

Jahres-Bestseller 1987

BELLETRISTIK

1	**García Márquez: Die Liebe in den Zeiten der Cholera** Kiepenheuer & Witsch; 39,80 Mark
2	**Süskind: Das Parfum** Diogenes; 29,80 Mark
3	**Süskind: Die Taube** Diogenes; 16,80 Mark
4	**Allende: Von Liebe und Schatten** Suhrkamp; 38 Mark
5	**Simmel: Doch mit den Clowns kamen die Tränen** Droemer; 39,80 Mark
6	**Allende: Das Geisterhaus** Suhrkamp; 38 Mark
7	**Brösel: Werner – normal ja!** Semmel; 16,80 Mark
8	**Gordon: Der Medicus** Droemer; 44 Mark
9	**Jakes: Die Erben Kains** Schweizer Verlagshaus; 39,80 Mark
10	**Jakes: Liebe und Krieg** Schweizer Verlagshaus; 39,80 Mark
11	**Ossowski: Wolfsbeeren** Hoffmann und Campe; 39,80 Mark
12	**Lenz: Das serbische Mädchen** Hoffmann und Campe, 34 Mark
13	**King: Sie** Heyne; 19,80 Mark
14	**Highsmith: Elsie's Lebenslust** Diogenes; 29,80 Mark
15	**King: Es** Heyne; 24,80 Mark

Im Auftrag des SPIEGEL ermittelt vom Fachmagazin

wenn es nur Lenin, Trotzki und Bucharin, nicht aber den georgischen Realisten Stalin gegeben hätte.

Ziemlich sicher hat Stalin im Inneren mehr Menschen umbringen lassen als Hitler. Aber sicher hat Nolte recht, wenn er verlangt, die aus Interessen gespeisten Verzerrungen der Geschichtsbilder seit 1945, meist zu Lasten Deutschlands, müßten allmählich einem auf objektives Verstehen gerichteten Geschichtsimpetus weichen. Nur, er selbst ist nicht aufs Verstehen, sondern aufs Verteidigen und indirekt aufs Anklagen aus, immer noch nach dem Motto: „Ihr ja auch, die anderen ja auch".

Der Maniak Hitler bleibt in der Psychologie Noltes das geringste Problem. Wie Chamberlain den Hitler 1938 (noch) nicht verstehen konnte, so wußte Stalin 1941 mit einem Gegner nichts anzufangen, der die feindliche Hauptstadt nicht erobern und sich dienstbar machen, sondern der sie überschwemmen wollte.

Stalin wollte herrschen und erobern, aber sein Vernichtungswille – mit Blick auf die eigene Partei bis heute nicht voll erklärbar – war wahllos und nicht total, blieb also, um ihn positiv gegen Hitler abzusetzen, ein machiavellistisches Herrschaftsinstrument. Im „asiatischen" (Nolte) Herrschaftsbereich der Sowjets kamen relativ weniger Kriegsgefangene um als im „europäischen" (Nolte) Hitlers, warum wohl? Warum ist die DDR heute mehr ein deutscher als ein stalinistischer Staat?

Nolte mag ein philosophischer Kopf sein, aber als Historiker ist er schwach auf der Brust. Was mag in diesem philosophischen Kopf vorgehen, wenn ihm anno 1987 folgende Auskunft entspringt:

> Wer Hitler ernst nimmt, kann die Vernichtungsaktionen von Auschwitz und Treblinka und auch die Gaskammern nicht leugnen.

Was in einem Kopf, der die historischen Gegebenheiten spielerisch leugnet? Deutschland und Japan, schreibt jetzt Nolte, seien der Sowjet-Union und England an industriellem Potential keineswegs unterlegen gewesen, „und wenn sie ihre Pläne mit der Absicht koordiniert hätten, die USA aus dem Krieg herauszuhalten, hätten sie sehr wohl bis Ende 1941 den Sieg erringen können".

So spricht ein Stammtisch-Stratege, aber kein Historiker. Man muß den künftigen Nolte wohl in der historischen Besenkammer abstellen.

Wie hätte Japan über Rußland herfallen sollen, ohne daß die USA sich eingemischt hätten? Wie Hitler über England, ohne daß die USA sich eingemischt hätten?

Hitler hätte die USA aus dem Krieg heraushalten können, wenn er Polen nicht überfallen hätte. Japan hätte die USA aus dem Krieg heraushalten können, wenn es China nicht hätte erobern wollen. Aber Nolte, er koordiniert.

Bei diesem Studienrat und Heidegger-Schüler kann ja von einem „Historikerstreit" kaum noch die Rede sein. Daß alles mit allem irgendwie zu tun hat, wissen wir auch ohne Nolte.

Aber wir wüßten gerne – und wissen es nicht –, wie die Ermordung der SA-Führer 1934 auf Stalins Säuberungen zwischen 1934 und 1938 eingewirkt hat.

Wir wüßten gern – und wissen es nicht –, wie die Ermordung der sowjetischen Spitzenmilitärs 1936 die Kampfkraft der Roten Armee letztlich beeinflußt hat, ob positiv oder negativ. Es war schließlich Hitlers und nicht Stalins Armee, die 1943 in Stalingrad jammervoll zugrunde ging.

Wir wissen, daß Hitler den Krieg als solchen, und nach meiner Meinung sogar

SACHBÜCHER

1. **Norwood: Wenn Frauen zu sehr lieben**
   Rowohlt; 29,80 Mark
2. **Kronzucker: Unser Amerika**
   Rowohlt; 39,80 Mark
3. **Hildebrandt: Was bleibt mir übrig**
   Kindler; 36 Mark
4. **Schumacher: Anpfiff**
   Droemer; 28 Mark
5. **Ditfurth: So laßt uns denn ein Apfelbäumchen pflanzen**
   Rasch und Röhring; 39,80 Mark
6. **Schmidt: Menschen und Mächte**
   Siedler; 48 Mark
7. **Ditfurth: Unbegreifliche Realität**
   Rasch und Röhring; 39,80 Mark
8. **Lindlau: Der Mob**
   Hoffmann und Campe; 36 Mark
9. **Fisher-Ruge: Nadeschda heißt Hoffnung**
   Econ; 32 Mark
10. **Carnegie: Sorge dich nicht, lebe!**
    Scherz; 36 Mark
11. **Iacocca: Iacocca – Eine amerikanische Karriere**
    Econ; 39,80 Mark
12. **Scholl-Latour: Mord am großen Fluß**
    DVA; 39,80 Mark
13. **De Crescenzo: Also sprach Bellavista**
    Diogenes; 26,80 Mark
14. **Yallop: Im Namen Gottes?**
    Droemer; 42 Mark
15. **Haffner: Von Bismarck zu Hitler**
    Kindler; 36 Mark

„Buchreport"

Themen, die Ihr Weltbild wandeln

Fritjof Capra. Die Zeit ist reif für neues Denken.

Der „Wendezeit"-Autor im aktuellen esotera-Interview. Capra zu Fragen über Politik, Macht, Bewußtsein und New Age.

Weitere Themen im neuen Heft:

Vom Träumer zum Krieger.
Prof. Paul Tholey: Persönliche Erfahrungen und Einsichten auf dem geistigen Weg.

Wozu taugt die Astrologie?
Schaden oder Nutzen: Astrologie als Skalpell oder Fleischermesser.

esotera. Neue Dimensionen des Bewußtseins. Jeden Monat neu. Jeden Monat mehr Wissen.

Jetzt im Buch- und Zeitschriftenhandel. Ein Probeheft erhalten Sie kostenlos.

Coupon einsenden an:
Verlag Hermann Bauer KG · Abt. SU 12
Postfach 167 · 7800 Freiburg

☐ Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeheftes.
☐ Schicken Sie mir bitte kostenlos Ihren Buchkatalog.

Name, Vorname

Adresse

Datum Unterschrift

„Führer" Hitler (in Starnberg 1926)
Immer den „Steckrübenwinter" vor Augen

den Untergang als solchen, gewollt hat, und Stalin gewiß nicht. Hitler, so günstig seine Karten auch lagen, konnte nicht Schluß machen, konnte einen Schluß nicht wollen.

Daß er den Krieg wollen mußte, weil seine Wirtschaft im Frieden darauf angelegt war, wissen wir seit langem. Er war nicht frei, den Frieden, den Chamberlain und sogar Churchill ihm zweifellos auf Kosten Polens noch 1940 angeboten hätten, zu wahren. Er wollte eben nicht frei sein.

Er als einziger, außer der von sich selbst besoffenen Kwantung-Armee Japans, wollte ja den Krieg, nicht den klassischen Clausewitz-Krieg, sondern den Krieg als solchen.

Die Armee wollte ihn notabene auch. Daß man gegen alle Vernunft zuschlagen müsse, war ja seit Friedrich und Schlieffen preußisch-deutsche Tradition.

Ja, wo bleibt denn dann unser europäischer Bürgerkrieg? Er bleibt, wo er hingehört, auf der Strecke. Noltes These scheitert an den so verschiedenen Personen Hitler und Stalin.

Je näher am Kriegsende, desto verrückter Nolte.

Er meint, das schreckliche Schicksal der ostdeutschen Bevölkerung (bis hierher korrekt!) sei nicht nur durch die Taten der Rotarmisten (beinahe noch korrekt!) und durch die Vernichtungsangriffe der Westalliierten auf Dresden, „sondern auch infolge der Fehler und Versäumnisse der deutschen Parteidienststellen über sie gekommen".

Mein Gott, Nolte, ich war vor Ort, Dresden liegt nicht in Ostdeutschland. Das könnte Proff Hillgruber geschrieben haben, und der lehrt ja auch.

Verabschieden wir uns doch vom europäischen Bürgerkrieg, überlassen wir den Faschismus seinen Forschern. Der Erste Weltkrieg ist von den deutsch-preußischen Expansionisten begonnen worden, und nicht von den Faschisten. Es hat Abfolgen von Lenin über Mussolini zu Hitler gegeben, kaum Wechselbeziehungen mit Japan. Wer den angeblichen „Bürgerkrieg" zu europäisieren sucht, der hat andere, vielleicht ihm unbewußte Motive.

Audiatur et altera pars! Nolte kommt auf den „Bromberger Blutsonntag" zu sprechen, von dem ich zufällig mehr weiß als er, weil in meiner Batterie der Gefreite Felix Patschkowski gedient hat. Sein Vater war an eben diesem Blutsonntag als angeblicher oder wirklicher Nazi von den Polen erschlagen worden.

Mehr als tausend Deutsche sollen in Bromberg am 3. September 1939, also in den ersten Tagen des Hitler-Krieges,

Diktator Stalin*
Mit dem Blutzapfen nicht wieder aufgehört

ermordet worden sein. Nolte, und da kann man ihn nur noch bewundern, sieht in diesen durchaus nachweisbaren Morden einen „tendenziellen Genozid auf polnischer Seite". Haben wir das nötig, sämtliche Verbrechen der Weltgeschichte auf Auschwitz zu beziehen? Müssen wir Auschwitz derart relativieren? Nolte muß wohl.

Dies ist ja nicht einmal mehr ein „Historikerstreit", den Nolte sich in seinem Vorwort masochistisch zugute hält. Dies ist entweder Nazitum oder Dummheit.

* Bei der Beerdigung des Tscheka-Gründers Felix Dserschinski 1926 in Moskau.

Als Hitler im Berliner Bunker sein Ende vor Augen hatte, resümierte er nach Stammtisch-Manier: Er hätte sich besser „stalinistisch", hätte sich besser wie Stalin aufführen sollen.

Hier war er im Irrtum. Stalin hatte erst 1937 die absolute Gewalt, die Hitler bereits 1934, nach dem Röhm-Geschlachte und des Reichspräsidenten Hindenburg Tod, errungen hatte.

Hätte Hitler sich gegenüber seiner Generalität aufgeführt wie Stalin 1937 gegen seinen „Bonapartisten" Tuchatschewski, er wäre mit Sicherheit entmachtet worden.

Er konnte „stalinistisch" gar nicht denken. Sonst hätte er seinem deutschen Volk nicht den gemäßigten Zarah-Leander-Krieg bis weit nach Stalingrad verordnet. Immer hatte er die viereinhalb Weltkriegsjahre von 1914 bis 1918, hatte er den „Steckrübenwinter" vor Augen.

Es waren eben die Generale, die ihn bis vor Leningrad, Moskau und Stalingrad geführt hatten, und von denen hätte er stalinistisches Denken schlechterdings nicht verlangen können. Wo wäre denn jener deutsche General zu finden, der wegen Feigheit vor dem Feind erschossen worden wäre?

Seine machtlosen Gegner, siehe den Fraktionsführer der KPD im Reichstag, Ernst Torgler, hatte Hitler geschont. Eine Ermordung dieses Kommunisten lag nicht in seinem Sinn, und vielleicht auch nicht im Sinn seiner Kamarilla.

Ja, es gibt einen Unterschied zwischen dem System Hitlers und dem Stalins. Stalin mordete wahllos, Hitler planvoll. Hitler hatte sich die Juden auserwählt, Stalin war (und bleibt bis heute) unberechenbar. Der eine verlor, der andere siegte.

Nolte selbst scheint seinen nun überfälligen Rückzug als eine nur ihm zustehende Legende zu empfinden. Lernen wird er nichts mehr, aber lehren soll er ja. So kann man mit einem Nolte-Wort seines im übrigen belanglosen Buches schließen:

> Aber Hitler und Alfred Rosenberg und Heinrich Himmler waren nicht ursprünglich Ideologen, sondern Künstler, liberale Angehörige freier Berufe, *Kleinbürger,* die durch ungeheure Ereignisse beunruhigt und verstört waren, die nach Antworten suchten und über die Schwäche der Regierungen erzürnt waren.

Nolte, wiederum selbst, der Ideologie-Theoretiker aller Zeiten, zieht sich zum Schluß seines schwergewichtigen Wälzers den Stuhl unter dem Hintern weg. Er postuliert, Hitlers „völkische" Weltanschauung dürfe „eigentlich keine Ideologie genannt werden".

Wie? Wo bleibt dann unser „Bürgerkrieg"? Wo der alles bestimmende Gegensatz zwischen der ideologischen Weltanschauung „Nationalsozialismus" und der ideologischen Weltanschauung „Bolschewismus"?

O Nolte, warum hast du uns das angetan!

„Sünder und Ordensträger“

Deutsche Pressestimmen zur Affäre Höfer (Auszüge)

STUTTGARTER NACHRICHTEN

In einer Dokumentation, die im WDR als kaum widerlegbar angesehen wird, breitete der SPIEGEL den bislang nicht annähernd mehr bekannten Umfang der Artikel Höfers im Feuilleton der Berliner Nazi-Gazette „12 Uhr Blatt“ aus. Bisher hatte nur ein einziger Aufsatz, der „Essay“ zur Hinrichtung des Musikers Karlrobert Kreiten, von Zeit zu Zeit vereinzelte Kritik an Höfer ausgelöst.

Erst heute stellt sich heraus, daß Parteigenosse Werner Höfer wöchentlicher Kolumnist des „12 Uhr Blatts“ gewesen ist. SPIEGEL-Autor Harald Wieser nennt den freien Mitarbeiter, der mit vollem Namen zeichnen durfte, den „Star des Feuilletons der Nazi-Gazette“. Höfer hatte die seit den 60er Jahren immer mal wieder angegriffenen schlimmen Passagen im Kreiten-„Nachruf“ damit erklärt, die Redaktion habe diese Stellen „hineinredigiert“. Doch Wiesers Indizienkette bringt diese Annahme gründlich ins Wanken.

die tageszeitung

Nun ist es endlich heraus – dem SPIEGEL sei Dank: Fernsehstar Werner Höfer errang seine Sporen als Propagandist des NS-Staats, ehe er sich demokratisierte. Vermummung auf Demonstrationen soll strafbar werden. Wer sich aber mit dem Gesicht des Ehrenmannes durch eine Lüge vermummt, gilt als unbescholten. Höfers Schreibtischtat wiegt schwer genug. Sie fast ein Menschenalter lang auf Ehre und Gewissen abzustreiten, zeugt für hartnäckige kriminelle Energie und für bejammernswerte Schwäche. Wer solche Macht hatte wie er, hätte die Wahrheit sagen können. Aber gerade die auf der Höhe der Macht starren ängstlich in die Abgründe. Am Ende läuft vor dem Applaus der Öffentlichkeit alles ineinander, faktische Macht und eingebildete, und aus diesem Brei wuchert die Lebenslüge fürs bewundernde Volk. Gegen sie hilft nur der Schock der Wahrheit.

Frankfurter Rundschau

Werner Höfer gibt auf. Da ist es nicht nur naheliegend, die Resignation eines alten Mannes ins Gespräch zu bringen, sondern auch legitim, darauf hinzuweisen, daß seine Karten keineswegs blendend sind. Was an Leseproben im SPIEGEL ausgebreitet wurde, macht selbst eine kleine Ewigkeit nach der Nazidiktatur betreten. Wenn Höfer sagt, er sei damals der klassische „Mitläufer“ gewesen, also einer unter zig Millionen, die es sich mit den Machthabern nicht verderben wollten, so liegt der Ansatz für dieses Bekenntnis zu tief. Journalisten, 1943 noch am Schreibtisch und mit den heiklen Themen jener Jahre beschäftigt, waren auch Propagandisten des erkennbaren Wahnsinns.

Süddeutsche Zeitung

Der Fall Höfer ist eine deutsche Absurdität. Höfer nämlich ist alles andere als ein Einzelfall gewesen. Viele Journalisten seiner Generation mußten oder müssen mit einer verbogenen Biographie leben, auch wenn sie sich nachträglich hinter das Schutzmäuerchen der „inneren Emigration“ stellten. Viele waren „offen“ dabei, als Nazi-Schriftleiter, als mitlaufende Kommentatoren und als antisemitische Antreiber. Kaum einer hat nach dem Zusammenbruch des Nazi-Staates eine Schamfrist eingelegt oder sich lange bei Selbstreflexionen aufgehalten.

Nun ist es gewiß nicht so, als seien nicht doch überzeugte Demokraten aus ihren Reihen erwachsen, im Lauf der Zeit. Doch wie sollte jemand, dessen Hand noch warm war vom Bejubeln der Wehrmachts-Siege und vom Verfassen der Betrachtungen zur Bildung nationalsozialistischer Menschen – wie sollte der radikaldemokratisch-kritisch oder gar pazifistisch gesinnt sein? Wie sollte sich Höfer, dessen Fall zu den Ur-Sünden der Republik gehört, um sein „12 Uhr Blatt“-Geschmiere von damals sorgen, von anderen dazu befragt oder gar nicht erst eingestellt werden, wenn er in der Nachkriegsgesellschaft wie selbstverständlich umgeben blieb von seinesgleichen, die oft Schlimmeres formuliert hatten?

Frankfurter Allgemeine

Höfer hat in der Tat während der vierziger Jahre kulturpolitische Kommentare veröffentlicht, die ziemlich bruchlos dem braunen Zeitgeist entsprachen. Warum aber, so muß man fragen, wird die Kritik an diesen Artikeln gerade in diesen Tagen immer lauter? Und wieso konnte sie seinerzeit dem Fernsehdirektor kaum schaden, während sie nun sogar die Fortsetzung seiner Tätigkeit als freier Mitarbeiter verhindert? Haben die politisch-moralischen Skandale des Jahres uns alle empfindlicher gemacht? Desavouiert etwa das lügenhafte „Ehrenwort“ Barschels auch Höfer, der sein „Ehrenwort“ gab, daß ihm die mit der Ermordung Kreitens zusammenhängenden Passagen „hineinredigiert“ worden seien?

Es geht nicht darum, Höfers mögliche Schuld zu verharmlosen. Aber die Öffentlichkeit im ganzen sollte, bei aller gerechtfertigten Ungehaltenheit, bedenken, daß die Summe eines Lebens vielleicht doch mehr ist als ein gewiß irritierender Teil davon.

DIE ZEIT

Schlimm genug, was Höfer im Jahr 1943 geschrieben hat. Doch wie im Fall Filbinger, wie im Fall Waldheim: Schlimmer noch wirkt auf uns Heutige die Verschleierung der Vergangenheit. Je länger dieser Schleiertanz dauert, desto schärfer gilt: Mag sein, daß es im Dritten Reich schwer fiel, aufrecht zu leben; doch was bedeutet es für unsere Zukunft, wenn wir es nicht einmal heute können? Höfer legt uns nahe, seine Verdienste in der Demokratie gegen sein Versagen in der Diktatur aufzuwiegen. Aber wer vor seiner Schuld flieht, dem kann sie nicht vergeben werden.

WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU

Das jahrzehntelange, quälende Getue um Höfers Vergangenheit war mit der Veröffentlichung im SPIEGEL zu einem Fall geworden. Höfer hätte sich an seinem eigenen Platz vor seinem eigenen Publikum der Öffentlichkeit stellen sollen. Diesem Begehren ist er leider nicht gefolgt.

Statt diese bittere Stunde, die sehr spät auf ihn zugekommen war, als eine große, persönliche Herausforderung anzunehmen, trommelte er ziemlich planlos eine neue Runde zusammen und produzierte eine erbarmungswürdige Sendung.

Zurück bleibt nun das Bild eines verbitterten Journalisten, der zwei Systemen auf seine Weise gedient hat, der sich von seinem Haussender und vielen seiner Freunde verraten fühlt, der als Sünder und Ordensträger zugleich in die deutsche Rundfunkgeschichte eingehen wird.

„Der liebe Gott hat es gut mit mir gemeint“

SPIEGEL-Interview mit Hollywoods Star-Scheidungsanwalt Marvin Mitchelson

Der in Los Angeles aufgewachsene Marvin Mitchelson, 59, ist seit mehr als zwei Jahrzehnten der bekannteste Scheidungsanwalt der USA. Zu seinen Mandantinnen zählten die Ehefrauen von Popstars wie Mick Jagger und David Bowie, von Filmschauspielern wie Marlon Brando, James Mason und Rod Steiger. In einem bevorstehenden Prozeß vertritt Mitchelson einen Ex-Liebhaber des an Aids gestorbenen Filmstars Rock Hudson.

Star-Anwalt Mitchelson in seinem Büro
„Ich wäre so gern Dirigent geworden“

SPIEGEL: Herr Mitchelson, haben Sie in Hollywood eigentlich noch Freunde?

MITCHELSON: Aber natürlich, eine ganze Menge. Etwa den Schauspieler Richard Harris, den ich bei zwei Scheidungen vertreten habe, oder Tony Curtis.

SPIEGEL: Sind Sie schon einmal bedroht worden? Zum Beispiel von Männern, deren Frauen Sie zu Scheidung und hoher Abfindung verholfen haben?

MITCHELSON: Wenn die ihren ersten Ärger verdaut haben, hassen die meisten den gegnerischen Anwalt nicht mehr so absolut. Sie sehen dann wohl ein, daß dies ein Teil des gewiß zuweilen traurigen Geschäfts ist. Doch es gibt halt viele gestörte und verbitterte Menschen, folglich bin ich auch zuweilen bedroht worden. Unlängst hat jemand angerufen und angekündigt, in 55 Minuten würde meine Kanzlei in die Luft fliegen. Es ist nichts passiert.

SPIEGEL: Der Komiker Groucho Marx soll einmal in einem Restaurant an Ihren Tisch getreten sein und Ihnen seine Rechnung hingeknallt haben?

MITCHELSON: „Du hast mich bei meiner Scheidung ausgeräumt, nun zahl gefälligst mein Mittagessen“, hat er mich angebrüllt. Ich habe gezahlt.

SPIEGEL: Da Sie meist für Ihre Anstrengungen ein Drittel der Abfindungssumme fordern, konnten Sie sich diese Großzügigkeit leisten. Groucho Marx mußte immerhin eine Million Dollar an seine Ex-Frau abtreten.

MITCHELSON: Ich war ja in dem Restaurant, um den Ausgang der Verhandlung zu begießen. Aber eines möchte ich doch etwas korrigieren: Ich fordere niemals, wie die meisten meiner Kollegen, ein Drittel. Ich begnüge mich mit 15 bis 20 Prozent.

SPIEGEL: Werden Frauen bei einer Scheidung gewöhnlich benachteiligt?

MITCHELSON: In den meisten Bundesstaaten der USA sieht das Gesetz zwar bei Scheidung eine Aufteilung des Besitzes zu gleichen Teilen vor; besser ausgedrückt, des zwischen Eheschließung und Trennung angefallenen Zugewinns. Zu gleichen Teilen aber bedeutet das in der praktischen Rechtsprechung an der Ostküste und in vielen anderen Staaten dann oft nur ein Drittel oder weniger für die Frau. Nur in zwölf Bundesstaaten, darunter Kalifornien, ist die Aufteilung gesetzlich so klar geregelt, daß die Frau nicht benachteiligt werden kann.

SPIEGEL: Ist es schwierig für Sie, bei zerstrittenen Ehepartnern einen exakten Nachweis über das während der Ehe erworbene Vermögen zu erbringen?

MITCHELSON: Natürlich gibt es oft Widerstand. „Dies gehört meinem Geschäfts-Partner“ oder „Das ist seit Jahrzehnten Eigentum meiner Familie“ sind die am häufigsten vorgebrachten Argumente. Ich kann mich jedenfalls an keine Scheidung erinnern, bei der für den Mann, ganz im Gegensatz zu vielen Frauen, weniger als 50 Prozent herausgesprungen wäre. Was ich für meine Mandanten erreiche, liest sich gut in den Zeitungen . . .

SPIEGEL: . . . „Ex-Ehefrau eines Scheichs erhält 81,5 Millionen Dollar zugesprochen“ zum Beispiel.

MITCHELSON: Davon hat sie bisher 15 Millionen erhalten, weitere 30 Millionen haben wir in London blockiert, und die sehen wir hoffentlich auch bald.

SPIEGEL: Für Sie kein schlechtes Geschäft.

MITCHELSON: Das Geld habe ich mir redlich verdient. Versuchen Sie mal, in der ganzen Welt hinter einem Scheich herzujagen. Aber das sind doch Ausnahmefälle.

SPIEGEL: Mit welcher Berechtigung kann eine junge Frau, die ein Jahr oder zwei die Jet-set-Existenz eines Popstars oder Schauspielers teilte, 20 oder 30 Millionen Dollar Abfindung verlangen?

MITCHELSON: Wenn man einen Rockstar heiratet, der sehr schnell viel Geld verdient, wie etwa Michael Jackson, dann ist es ein tolles Geschäft, wenn die Ehe nur ein Jahr dauert. Aber wollten Sie deshalb die Gesetze ändern, weil einige wenige davon profitieren? Man kann doch nicht ein Gesetz für Popstars und ein anderes für normale Sterbliche schaffen.

SPIEGEL: Die von Ihnen vertretenen Prinzipien sollten dann auch für Männer gelten. Als Peter Holm, der Ehemann der Schauspielerin Joan Collins, um Unterhalt einkam, haben Sie argumentiert: keinen Pfennig für diesen Typen.

MITCHELSON: Natürlich sollten dieselben Prinzipien für Männer und Frauen gelten. Nur in dem Collins-Fall sahen die Tatsachen anders aus: Es gab

einen großzügigen Ehevertrag, in dem Frau Collins ihrem Mann 20 Prozent ihrer Einnahmen zugesichert hatte.

SPIEGEL: Während der dreizehnmonatigen Ehe hat Holm 1,3 Millionen Dollar kassiert.

MITCHELSON: Und sie hat in dieser Zeit alle Kosten getragen. Das nenne ich eine sehr anständige Behandlung für einen Mann, der für sich ein Haus in Südfrankreich gekauft hat und seiner Frau davon nichts erzählte, ein 80-Fuß-Boot erwarb und seiner Frau nichts davon sagte. Ein solcher Mann hat kein Anrecht auf Unterhalt, zumal er schon eine Menge Geld während der Ehe einsteckte, von dem er noch einiges haben müßte.

SPIEGEL: Sie vertreten Marc Christian, einen ehemaligen Liebhaber von Rock Hudson, der aus dem Erbe des Schauspielers elf Millionen Dollar fordert. Haben Sie diesen Fall aus Prinzip oder wegen der Publizität akzeptiert?

MITCHELSON: Die öffentliche Wirkung in diesem Fall ist vornehmlich negativ. Rock Hudson war ein sehr, sehr beliebter Mann, es ist ein Fall . . .

SPIEGEL: . . . den Hollywood als unangenehm empfindet und lieber vergessen würde.

MITCHELSON: Wenn ich nur noch Fälle vertreten könnte, die dem Volk von Hollywood gefallen, würde ich meinen Anwaltsberuf aufgeben. Dieser Fall ist ungemein wichtig. Ein Partner hat es unterlassen, den anderen darüber zu informieren, daß er an Aids erkrankt war. Darum geht es.

SPIEGEL: Wurde Ihr Mandant von Rock Hudson infiziert?

MITCHELSON: Bisher waren die Befunde negativ. Aber wie kann er sicher sein? Heute ist das Virus vielleicht nicht zu erkennen, möglicherweise aber in fünf, sieben Jahren.

SPIEGEL: Wie kommen Sie ausgerechnet auf elf Millionen Dollar?

MITCHELSON: Lassen Sie mich fragen: Würden Sie für elf Millionen Dollar mit Aids leben wollen?

SPIEGEL: Die Frage beantwortet sich von selbst.

MITCHELSON: Würden Sie gern jeden Tag mit der Angst aufwachen wollen: Vielleicht bin ich infiziert?

SPIEGEL: Nein.

MITCHELSON: Wir fordern, was uns angemessen scheint.

SPIEGEL: Also hätten Sie auch 40 Millionen sagen können.

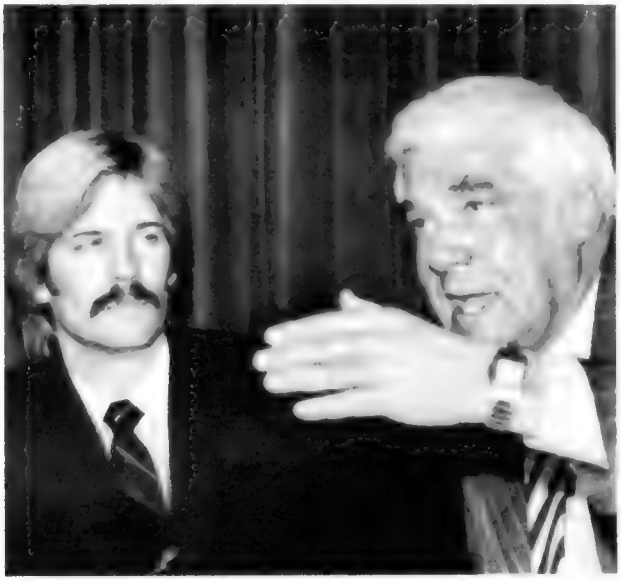
MITCHELSON: Die Erbmasse umfaßt etwa 30 Millionen Dollar, deshalb halte ich unsere Forderung für angemessen. Das Verfahren wird wohl in den nächsten sechs Monaten eröffnet.

SPIEGEL: Viele Ihrer Kollegen, auch hier in Los Angeles, bezeichnen Ihren Arbeitsstil als legale Erpressung: Sobald Sie einen Scheidungsprozeß anstrengen, werden die Gegner von der Angst getrieben, daß Sie vor Gericht Details ihres Privatlebens ausbreiten könnten, wie etwa eventuelle Alkohol- oder Rauschgiftprobleme. Statt dies in den Zeitungen lesen zu müssen, würden sie es vorziehen, zu zahlen.

MITCHELSON: Diese Kritik ist ungerecht und absolut idiotisch. Die Leute kommen doch erst zu mir, wenn sie so heillos zerstritten sind, daß sie überhaupt kein Interesse mehr an einem Kompromiß haben. Mit Ausnahme einiger der berühmten und besonders Reichen, die womöglich verhindern wollen, daß ihre schmutzige Wäsche in aller Öffentlichkeit gewaschen wird.

SPIEGEL: Bei der Scheidung Collins/Holm ging es besonders heftig zu. Warum haben Sie Ihre Mandantin nicht daran gehindert?

MITCHELSON: Wir haben mehrfach versucht, eine außergerichtliche Einigung herbeizuführen. Offensichtlich wollte Peter Holm zu viel. Er ist wirklich eine bizarre Type. Er hätte privat eine Einigung herbeiführen können, ohne die Aufregung, ohne den Zirkus – aber er hat wohl Spaß gehabt an dem Theater und der Publicity.



Mandant Christian, Anwalt
„Für elf Millionen Dollar mit Aids leben?"

Mitchelson-Mandantin Joan Collins
„Ihren Mann sehr anständig behandelt"

SPIEGEL: Auch Sie gelten unter Ihren Kollegen als ein äußerst versierter PR-Mann. Es wird Ihnen nachgesagt, Sie seien jederzeit bereit, einen Hollywood-Star zu vertreten, wenn Sie dadurch in die Schlagzeilen kommen.

MITCHELSON: Die Kollegen sind einfach neidisch. Ich übernehme viele Fälle, an die andere Anwälte sich nicht heranwagen würden. Manchmal stoße ich dabei auf neue Gebiete des Rechts vor, auf Unbekanntes. Erinnern Sie sich nur an „Palimony"*. Ich vertrat damals eine Frau in einem Verfahren gegen den Schauspieler Lee Marvin. Die hatte mit ihm, unverheiratet, sieben Jahre zusammengelebt und, als er eine andere heiratete, auf Unterhalt geklagt. Sie erhielt 104 000 Dollar.

SPIEGEL: Die sie in einem Berufungsverfahren wieder verlor. Obendrein mußte sie am Ende die Kosten für Lee Marvin mittragen.

MITCHELSON: Wir haben eine Schlacht verloren, aber den Krieg gewonnen. Es stimmt, sie hat letztlich keinen Cent erhalten, und ich habe für meine jahrelange Arbeit auch nichts bekommen. Aber es hat sich dennoch gelohnt.

SPIEGEL: Weil der Fall Sie berühmt gemacht hat.

MITCHELSON: Nein, weil es zu einer Gesetzesänderung führte. Heute können Frauen in den USA nach der

* pal = Kumpel; alimony = Unterhalt.

Trennung auch Unterhalt einklagen, wenn sie mit ihrem Lebensgefährten nicht verheiratet waren.

SPIEGEL: Nach wieviel Tagen Gemeinsamkeit halten Sie eine Abfindung für angemessen?

MITCHELSON: Vor einiger Zeit habe ich in San Francisco eine Abfindung ausgehandelt. Ein Unternehmer hatte nach seinem Tod etwa elf Millionen Dollar hinterlassen. Er war verheiratet, hatte jedoch mit meiner Mandantin 23 Jahre lang eine außereheliche Beziehung unterhalten. Sie erhielt 3,5 Millionen Dollar. Oder: Unlängst stritten zwei Homosexuelle vor Gericht, die sich nach neunzehnjährigem Zusammenleben getrennt hatten. Die Geschworenen sprachen jedem der beiden 2,1 Millionen Dollar zu. Es war der erste „Palimony"-Fall bei Homosexuellen überhaupt.

SPIEGEL: Haben Sie jemals einer Mandantin eine Heirat ausgeredet – etwa Zsa Zsa Gabor, die Sie in zwei ihrer sieben Trennungen beraten haben?

MITCHELSON: Der können Sie weder die Heirat noch die Scheidung ausreden. Der liebe Gott aber hat es gut mit mir gemeint. Ich habe reichlich zu tun. Zunächst versuche ich deshalb immer zu ermitteln, ob eine Versöhnung möglich ist.

SPIEGEL: Ist die Glaubwürdigkeit eines Anwalts nicht gefährdet, wenn er in dieser Hollywood-Szene so gehandelt wird wie seine Mandanten – als Star?

MITCHELSON: Nie darf man vergessen, wer man tatsächlich ist. Du bist nur so gut wie dein letzter Fall.

SPIEGEL: Warum haben Sie Ihre Büro-Decke ausgerechnet mit der auf Glas gemalten „Geburt der Venus" dekoriert?

MITCHELSON: Das Mädchen, das für Botticelli Modell gestanden hat, fasziniert mich. Es hatte mit ihm und – zur gleichen Zeit – mit Michelangelo ein Verhältnis; ein früher „Palimony"-Fall. Wissen Sie, mein Büro ist auch ein wenig meine Wohnung. Ich habe ein Jacuzzi-Bad direkt neben meinem Büro. Abends entspanne ich mich hier. Ich höre klassische Musik, blicke hinunter auf die Lichter von Los Angeles und dirigiere mit meinem Taktstock ein imaginäres Orchester. Ich wäre doch so gern Dirigent geworden. Statt dessen weiß ich alles über die Schwächen von Mann und Frau.

SPIEGEL: Haben Sie in Ihren 27 Jahren Ehe an Scheidung gedacht?

MITCHELSON: In früheren Jahren, aber es ist wirklich kein Thema, das mich sehr beschäftigt; seit vielen Jahren nicht mehr. Ich habe erkannt, daß das Gras auf der anderen Seite des Zauns nicht grüner ist, es hat dieselbe Farbe. Und in die nächste Beziehung nimmst du die eigenen schlechten Eigenschaften mit. Meine Frau ist intelligent. Sie beschäftigt sich, tanzt, malt. Wenn ich in der Stadt bin, dann sehe ich sie für einige Minuten. So haben wir eigentlich wenige Probleme.

Angst vor dem Crash

Der Dollar ist schwach, die Japaner sind stark, die Nachfrage schrumpft, die Kapazitäten wachsen – und zwar gewaltig. Die deutsche Automobilindustrie hat allen Grund zur Sorge: Nach sieben fetten könnten nun sieben magere Jahre auf die Paradebranche zukommen. manager magazin untersucht Chancen und Risiken der heimischen Hersteller und nimmt dazu BMW-Chef Eberhard von Kuenheim ins Kreuzverhör.

Weitere Beiträge

Mismanagement GTZ: Pannen, Pleiten und Proporzdenken, zuviel Bürokratie und zuwenig Controlling bestimmen das Bild der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit. Jetzt soll diese wichtigste deutsche Entwicklungshilfeorganisation, die überall in der Welt im Auftrag der Bundesregierung technische Projekte abwickelt, umgekrempelt werden. Doch die Wurzel allen Übels bleibt von der sogenannten Reform verschont. **Eliteschulen unter der Lupe:** Harvard oder Stanford, Imede oder Insead – welche Kaderschmiede ist die beste? Bei deutschen Experten steht ein ganz anderes Institut am höchsten im Kurs. **Lernziel Kreativität:** Ärgern Sie sich, wenn Ihnen nichts mehr einfällt? Dem können Sie abhelfen. Die moderne Hirnforschung weist Wege, wie sich Kreativität trainieren läßt. Alles darüber in manager magazin.

IM JANUAR-HEFT

manager magazin Wirtschaft aus erster Hand.

Erhältlich in ausgewählten Zeitschriftenverkaufsstellen. DM 8,50.

MUSICAL

Stalin am Broadway

Ein Cole-Porter-Musical, das die komplizierten Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR 1938 besang, wurde in Stuttgart zum Ausklang des Glasnost-Jahres aktualisiert.

Hinter den Glasfassaden des Lincoln Center in New York, Public Library, Abteilung Theatertexte, kam sich Ivan Nagel, scheidender Stuttgarter Schauspiel-Intendant, vor wie im Kreml, Abteilung Politliteratur, Sektion Giftschrank.

Nix Glasnost für Ivan: Nur handschriftlich durften Notizen angefertigt werden. Photokopieren war streng verboten, sorgfältig wurde die Rückgabe der eingesehenen Texte überwacht.

Dann, etliche Jahre später, nach Copyright-Gerangel mit einer Erbengemeinschaft, nach diplomatischen Demarchen durchs Internationale Theaterinstitut (Präsident: Ivan Nagel) durfte der emsige Archivforscher seiner Stuttgarter Öffentlichkeit den New Yorker Fund als deutsche Erstaufführung servieren: „Wodka Cola", das seit fast 50 Jahren verschollene Polit-Musical des „Kiss Me, Kate"-Komponisten Cole Porter.

„Wodka Cola" ist ein irrwitziger Reigen um bekloppte Größenwahnsinnige des politischen Journalismus und noch beklopptere Dumpfmänner der großen Politik. Das Musical ist erfrischend geschmacklos wie das Getränkemix, dem es seinen deutschen Titel verdankt. Es enthält einige der schönsten Porter-Songs („My Heart Belongs to Daddy") und strotzt vor erfreulich doofen Kalauern: „‚Wieviel Geld habe ich auf der Bank?' – ‚850 Miese' – ‚Okay, die schikke ich ihr'".

„Wodka Cola", im Originaltitel „Leave it to me!" (Lassen Sie mich man machen!) behandelt, wenige Wochen nach der großen Washingtoner Gorbat-Show, die großen Ärgernisse der sowjetisch-amerikanischen Politik und die kleinen Übel des Alltags. Textprobe aus der deutschen, zur Jahreswende aufgeputzten Fassung, 20 Monate nach Tschernobyl: „‚Ist er wirklich ein russischer Bauer?' – ‚Ja, Sir, er ist aus der Gegend von Kiew, wie Sie sehen. Keine Haare mehr, Hautkrebs'".

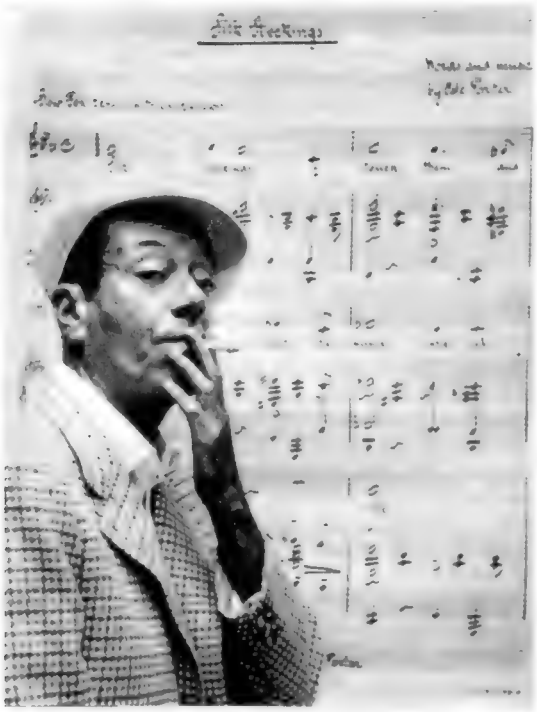
Die Übersetzung des 1938 am Broadway uraufgeführten Musicals hat der Schlagertexter und Doktor der Jurisprudenz Michael Kunze besorgt, der sich schon anderwärts um die Geschicke der Getränkeindustrie („Die kleine Kneipe") und den Rausch der großen Politik („Evita") verdient gemacht hat.

Die Transponierung des Polit-Spektakels in die Ära Reagan, Gorbatschow und Kohl ist dem Texter um so leichter gefallen, als das im Weißen Haus, im

Kreml und am Rhein regierende Panoptikum von Politikern auch nach 50 Jahren Krieg, kaltem Krieg und Entspannung nicht weniger kindisch geworden ist, als es in den dreißiger Jahren war.

Zum andern sind die Verfasser des Erst-Librettos politisch alles andere als unbedarft gewesen. Das Ehepaar Bella und Samuel Spewack, beide 1899 geboren, lieferte Cole Porter den Text zu „Kiss Me, Kate", schrieb Filmskripte, Romane, Satiren auf die Washingtoner Bürokratie und eine Unzahl Komödien fürs New Yorker Boulevardtheater.

Nebenher aber erwiesen sich die beiden als profunde Kenner der Sowjetpolitik. Samuel Spewack, in der Ukraine geboren, arbeitete in den zwanziger Jahren als Auslandskorrespondent in Berlin und Moskau für die angesehene „New York World". Ehefrau Bella, geborene Cohen, belieferte das sozialistische Blatt „New York Call" mit Analysen aus dem Land der Revolution.



„Wodka Cola"-Komponist Cole Porter
Herz für Daddy

Im Zweiten Weltkrieg diente der 1971 verstorbene Spewack seinem Land als Kriegsfilmer und als Presseattaché der US-Botschaft in Moskau. Die Erfahrungen des linksliberalen Spewack in Behörden und Botschaften bestätigten alte Erfahrungen, Stoff für flotte Satire waren sie allemal.

Schon 1932, in einer Boulevardkomödie um sensationsgeile Politreporter, die ihr biederes US-Publikum mit Greuelstorys aus dem sozialistischen Rußland erschauern ließen, hatte Spewack das perfid-banale Zusammenspiel zwischen Politikern und von Zeitungskonzernen entliehenen Journalisten aufgespießt. Folgerichtig beginnt auch „Wodka Cola", das den Journalistenstoff mit politischer Klamotte anreichert, mit einem Chor hochgebildeter Reporter: „‚Wie schreibt man Funktionär?' – ‚Oh je, das ist schwer!'"

Cole-Porter-Musical „Wodka Cola" in Stuttgart*: Beidbeinig in alle Fettnäpfchen

Der Reporter-Chor eröffnet einen wüsten Klamauk mit Sex und Schmalz. Die Story: Vorwärts getreten von seiner geltungssüchtigen Ehefrau, verschlägt es einen amerikanischen Fabrikanten von Sanitäranlagen („Von Panne zu Panne, der Mann in der Wanne") als Botschafter nach Moskau. Weil er so schnell wie möglich wieder heim zu seinen texanischen Rindern will, versucht er, beidbeinig, in alle nur denkbaren diplomatischen Fettnäpfchen zu springen. Den Botschafter der Bundesrepublik tritt er mit voller Wucht in sein verlängertes wie nicht existierendes Rückgrat – vergebens, die Weltpresse jubelt. Erst als er in einer pathetischen Rede zu Frieden, Freundschaft und Völkerverständigung (insbesondere zu der auf der Matratze) aufruft, wird er geschaßt.

Diese Plotte, die ähnlich schon im Original des Musicals funktionierte (die Deutschen haben jetzt halt zwei statt nur einen Botschafter, aber nichts von ihrer Peinlichkeit verloren), entwickelte 1938 eine doppelt perfide historische Ironie. War es im Oktober des letzten Vorkriegsjahres im „gleichsam exterritorialen New York" (Nagel) noch durchaus denkbar, selbst am kommerziellen Theater für politischen Ausgleich mit der sozialistischen Sowjet-Union zu werben, so hatte sich im Sommer 1939, ein paar Monate und rund 180 Broadway-Vorstellungen später, das Blatt gewendet. Stalin hatte seinen Nichtangriffspakt mit Hitler geschlossen, und das ehedem halbwegs isolationistische Amerika sah sich in eine Konfrontation mit gleich zwei Diktatoren gedrängt.

Zweite Schicksalsironie in der Geschichte von „Wodka Cola": Wiederum zwei Jahre später, als die USA sich an der Seite des nun auch im Mittelwesten als gütiger „Uncle Joe" hochgejubelten Väterchens Josef Stalin befanden, waren Aufführungen eines Stückes undenkbar geworden, das wie „Wodka Cola" auch mit der Sowjet-Union nicht eben zimperlich umging – ein Überwachungsstaat mit tölpelhaften UdSSR-Geheimdienstlern, „wo selbst der Tomatenketchup rationiert wird".

Das Stück wurde nie wieder aufgeführt, und auf vertrackte Weise hatte Theaterkritiker Brooks Atkinson recht behalten, der am 10. November 1938 in der „New York Times" schrieb, das Stück werde „unser Land in ein diplomatisches Schlamassel mit Deutschland, vielleicht auch mit Rußland verwickeln. Aber das ist ein geringer Preis für einen so wahnwitzig wirbelnden Spaß mit Musik".

Der Regisseur Dietrich Hilsdorf, seit seiner Frankfurter Fassbinder-Inszenierung von „Der Müll, die Stadt und der Tod" im diplomatischen Schlamassel nicht eben unerfahren, hat sein aktualisiertes Russen-Stück angerichtet wie einen zu üppigen Borschtsch mit Tanzeinlagen.

Grell und schrill donnert die Botschaftergattin ihren „Schlappschwanz" von Fabrikantengatten eine steile Karrieretreppe rauf und runter, der deutsche Botschafter (Ost) sächselt, sein Pendant aus dem Westen gibt fränkische Volksweisheiten von sich: „Tritt dir ein Ami hinten rein, kannst bald du Bundeskanzler sein."

Oder: wie man in Stuttgart Silvester feiert.

* Barbara Grimm, Michael Quast.

Stimme des Herrn

Der Brunftschrei des Rothirsches, Warnsignal für Nebenbuhler, wirkt nach neuester Forschung gleichzeitig auch anders – er macht weibliche Tiere gefügig für den Liebesakt.

Das Experiment begann zwei Wochen vor der eigentlichen Brunft. In einem ausgedehnten Gatterrevier auf Neuseeland trieben die britische Verhaltensforscherin Karen McComb und ihre Gehilfen 128 haarige Vierbeiner der Gattung Rotwild zusammen – alle weiblich, alle mannbar. Die Tiere wurden in drei getrennte Bereiche dirigiert:

- ▷ Gruppe I, bestehend aus 48 Tieren, bekam von nun an aus zwei Lautsprechern vom Tonband das grollige Röhren und Knören zweier Brunfthirsche zu hören.
- ▷ Das gleiche Programm vernahmen auch die 36 Tiere der Gruppe II – aber sie hatten außerdem die Gesellschaft eines Hirsches. Er gebärdete sich wie ein Brunfthirsch, indem er die Tiere unter Absondern seiner typischen Duftstoffe bedrängte, doch bei allem Potenzgehabe konnte er nichts bewirken: Abgeklemmte Samenleiter machten ihn unfruchtbar.
- ▷ Die restlichen 44 Tiere der Gruppe III blieben, zur Kontrolle, akustisch und physisch unbeeinflußt.

Dann machten sich drei erprobte, ausgeruhte Brunfthirsche ans Werk. Zuvor hatten die Forscher die drei Gruppen der gekennzeichneten Rotwild-Damen neu gemischt.

Das Ergebnis ihres Experiments las Karen McComb rund 33 Wochen später aus den Geburtsdaten der neugeborenen Kälber heraus. Es zeigte sich, daß die Tiere der Gruppen I und II ihren Nachwuchs im Durchschnitt zwei Wochen früher als die Artgenossinnen aus der Kontrollgruppe zur Welt brachten.

Rückrechnend folgerte die Forscherin, daß zum ersten Male der Beweis gelungen sei, allein das Brunftgeschrei genüge, den Eisprung gleichsam künstlich beschleunigt herbeizuführen. Bisher hatten die Wildkundler diesen Effekt allein den verströmten Duftstoffen und dem herrischen Auftreten des Rothirsches zugeschrieben.

„Durch regelmäßiges Schreien", so postulierte die Wissenschaftlerin nach Auswertung aller Unterlagen, könne der Gebieter über ein Brunftrudel „die Erfolgsaussichten seiner Verpaarungen verbessern". Das neuseeländische Experiment, jüngst im Fachblatt „Nature" beschrieben, galt der auch im Bundesgebiet heimischen einzigen Großwildart, die sich seit der Altsteinzeit in Mitteleuropa behauptet hat.

Die Fortpflanzungsphase belastet zeugungsfähige Rothirsche mit Brunftstreß wie kaum eine andere Haarwildgattung. Zur Hauptbrunft, Ende September, Anfang Oktober, „ertönt in frostigen Nächten der Kampf- und Liebesschrei der Hirsche oft vom Abend bis zum Morgen", formulierte Wildkundler Richard Blase („Die Jägerprüfung").

Unablässig muß der Hirsch mittleren Alters als „Platzhirsch" eines Rudels die Jüngeren, die es schon können, und die Älteren, die es noch können, von den Frauen wegprügeln, zugleich aber stramm seinen Mann stehen, sobald ein Rot-Tier den Eisprung signalisiert.

Beim jähen Wechsel zwischen Kopulieren und Parieren aber kommen die armen Kerle mitunter nicht mehr dazu, ihre Anatomie zu ordnen, so daß sie unter Zeitdruck notfalls mit erigierter Brunftrute ihre Geweihe krachen lassen. Meist versuchen die Paschas jedoch, ihre Gegner durch einen markerschütternden Brunftschrei oder „optisch wahrnehmbares Ausdrucksverhalten wie Bodenforkeln, Peniszucken mit Harnspritzen und Imponier-Schreiten" (so das BLV-Jagd-Lexikon) zu entmutigen.

Für die Art, meint Forscherin McComb, sei von entscheidender Bedeutung, daß der stärkste Hirsch die meisten Damen in seinem Rudel vereine, durch Schreien möglichst rasch zu Beginn der Brunft in Stimmung bringe und in voller Frische schnellstens zu erfolgreicher Kopulation (Jägersprache: „Beschlag") gelange. Verpaßt der Hirsch den nur 12 bis 24 Stunden wirksamen Eisprung, hat er erst nach 18 Tagen wieder eine Chance.

Dann aber kann der Ermattete, dem infolge seiner Pflichten rund ein Fünftel seines Körpergewichts und etliches von der Manneskraft abhanden kommt, wo-möglich die lauernden, unwürdigen Rivalen nicht mehr bremsen. Drohende Folge: Die nunmehr später auf die Welt kommenden Kälber sind weniger widerstandsfähig und kränklich.

„Ideal wäre es für die Erforschung des Brunftverhaltens, eine vierte Gruppe Hirschkühe mit einem unfruchtbar gemachten und chirurgisch seiner Stimme beraubten Hirsch zu vereinen", fand die Veranstalterin der Gatter-Tests in Neuseeland – doch diese Möglichkeit verbiete sich „aus humanitären Gründen".

Mutter Natur hat eine Teilantwort parat. Denn zuviel Sonne, Regen oder Wind verschlägt den Rothirschen ohnehin die Sprache. Aber jeder Rotwildkenner weiß, daß die Hirsche auch mit dieser „stille Brunft" genannten Variante verdammt gut zu Potte kommen. ◆

Röhrender Rothirsch
Eisprung beschleunigt

Rotwild-Rudel: Fortpflanzung unter Zeitdruck

Wahrhaft grandios

Zur Jahrtausendwende wollen clevere Geschäftsleute und leicht spinnerte Fest-Komitees spektakuläre Silvesterpartys steigen lassen. Der Kartenvorverkauf hat begonnen.

Silvester waren Ulrike Hötger, 34, und Ehemann Wilfried, 42, der Zeit weit voraus. Als in ihrer Kellerbar die Sektkorken knallten, blickten die Jeansladen-Besitzerin und der technische Angestellte nicht nur ins Neue Jahr, sondern gleich in ein neues Jahrtausend.

Die Eheleute hatten kurz zuvor die ersten Eintrittskarten für eine Silvesterveranstaltung erstanden, die, so versprechen die Organisatoren, „das Fest der Feste" und eine „Show der Superlative" werden soll: das „Internationale Silvesterfestival 2000" in der Dortmunder Westfalenhalle.

Mit der Eröffnung des wohl bislang weltweit längsten Kartenvorverkaufs für die Super-Silvesterfete im Revier haben die Vorbereitungen für einen Rummel ohnegleichen begonnen. Obgleich es bis zu dem großen Ereignis noch rund 4400 Tage hin ist, organisieren schon jetzt clevere Geschäftsleute und leicht spinnerte Silvesterfreunde spektakuläre Großveranstaltungen, von denen eine sensationeller als die andere werden soll.

Silvester-Planer Hollmann
„Wir wollen unseren Spaß haben"

In Hamburg kündigt ein Verein „Festival 2000" die „weltgrößte völkerverbindende Party aller Zeiten" an; das Congress-Centrum der Hansestadt und das Messegelände sind bereits vorgebucht. In München plant ein „Committee 2000 e.V." in der Olympiahalle „das größte Happening aller Zeiten", inklusive Live-Schaltungen zu Silvesterfeiern in London, Tokio und New York.

Veranstalter der Feste in München und Hamburg sind Runden mehr oder minder prominenter Silvesteranhänger. Zum Kreis um das „Festival 2000" zählen der Fernsehjournalist Werner Baecker und der Tenor René Kollo, erster Vorsitzender ist der Radio- und TV-Moderator Carlheinz Hollmann.

Hinter dem Münchner Komitee stekken unter anderen der Schlagerproduzent Michael Kunze („Griechischer Wein") und der ehemalige Münchner Polizeipsychologe und heutige Unternehmensberater Georg Sieber. Das Komitee will die „Herbeiführung des Jahres 2000 sichern und alle Versuche abwenden, seinen Eintritt zu verhindern, zu verzögern, zu sabotieren, herunterzuspielen oder zu vertuschen" (Vereinssatzung). Auch der Hamburger Festivalkreis sieht die Vorbereitung locker. Hollmann: „Wir wollen schließlich auch unseren Spaß haben."

Münchner „Committee 2000"*: „Die Herbeiführung des Jahres 2000 sichern"

Für die Dortmunder Party verspricht der Brauereidirektor und Festchef Friedhelm Cramer, daß „das Unterhaltungsprogramm auf sehr hohem Niveau angesetzt sein wird" und „Stars aus aller Welt" auftreten werden – der Direktor denkt an Udo Jürgens und Placido Domingo. Natürlich sollen auch „Boris und Steffi" dabeisein.

Den Münchnern, so Komitee-Sprecher Max Schulze-Vorberg, schwebt eher ein Multi-Media-Spektakel vor. Sie wollen in den 24 Zeitzonen der Erde Partner-Komitees gründen und internationale „Prosit Neutausend"-Rufe live in die Münchner Halle einspielen.

Die Hollmann-Truppe wiederum möchte den Verpackungskünstler Christo für ihre Party werkeln lassen und eine Laser-Show (Motto: „Licht ist Leben") in den Himmel schießen. Höhepunkt der Veranstaltung soll eine Live-Übertragung aus der „Region östlich von Neuseeland" vom „Aufgang der Morgenröte des neuen Jahrtausends" sein. Hollmann: „Das wird ein wahrhaft grandioses Erlebnis."

Obwohl allenthalben das Silvester-Programm noch reichlich wackelt – kassiert wird bereits. Die Münchner machen Geld mit einem Kalenderdruck („Countdown 2000") des Fett- und Filzkünstlers Joseph Beuys, Stückpreis: 500 Mark. Eine Graphik, die der Popartist Andy Warhol für das Komitee gefertigt hatte, kostet fast einen Tausender.

Der Hamburger Hollmann-Kreis zählt bereits 500 Mitglieder, die zum „Förderbeitrag von DM 99,-" eine blaue Pappkarte gekauft haben, mit der sie „das Anrecht auf eine Eintrittskarte zum Jahrtausendfest erwerben".

Erheblich edler sieht das „Teilnahme-Zertifikat" mit Golddruck aus, das Cramer bereits 800mal verkauft hat, das Stück für 300 Mark. Damit die Kartenkäufer nicht um ihr Geld bangen müssen, werden die Einnahmen bis 1999 auf einem Treuhandkonto der Dortmunder Stadtsparkasse deponiert.

Auch wenn einer der Kartenkäufer sterben sollte, ist, so Cramer, das Geld nicht verloren. Erben werden akzeptiert.

* Mit Sprecher Max Schulze-Vorberg (4. v. l.) und Andy-Warhol-Bild „Champagner 2000".

Perestroika im Eishockey

Die Perestroika macht in der Sowjet-Union offenkundig vor nichts halt. Eine „Umgestaltung des Eishockey" forderte jetzt der verantwortliche Funktionär Wjatscheslaw Koloskow nach den enttäuschenden Leistungen des sowjetischen Eishockeyteams beim vergangenen Iswestija-Turnier. Der Stolz des Sowjet-Sports, der in den vergangenen Jahrzehnten Weltmeisterschaften und Olympische Spiele dominierte, verlor den Turniertitel ausgerechnet zu Hause an den Erzrivalen Kanada. Während Trainer Wiktor Tichonow bei seinem Team nur „einige Mängel" entdeckte, beklagten Spieler die Tortur der monatelangen Trainingslager, deren Eintönigkeit vor allem zu Ermüdungserscheinungen führe. Tatsächlich spielte die Nationalmannschaft, die einst durch Disziplin, Kondition und Technik alle Konkurrenten überragt hatte, derart schlapp und unkonzentriert, daß sie, so Ex-Profi Ken Dryden aus Montreal, „jetzt verwundbarer" erscheine. Selbst der verantwortliche Eishockeydirektor Koloskow warnt vor zu hohen Erwartungen für die Olympischen Spiele in Calgary: Auch im Sport „erfordert Perestroika viel Zeit".

Sowjetische Eishockey-Nationalspieler

Uniform für 6000 Dollar

Montreal, Schauplatz der Weltausstellung Expo 67, hat nun unter das vielbeachtete Spektakel, das seinerzeit über 50 Millionen Besucher gesehen hatten, den Schlußstrich gezogen. Kurz vor Weihnachten, 20 Jahre nach dem Expo-Finale, räumte die kanadische Metropole aus einem Lagerhaus die verbliebenen Exponate aus. Sie waren seinerzeit von den Ausstellern, die häufig die Frachtkosten des Rücktransports sparen wollten, dem Veranstalter hinterlassen worden. Versteigert wurden mottenzerfressene Antilopenköpfe aus Äthiopien, Nachbildungen ägyptischer Statuen, mexikanische Keramik und auch die Marmorplatte, die einst am inzwischen abgerissenen belgischen Pavillon die „immerwährende belgisch-kanadische Freundschaft" beschworen hatte. Zwar „hatten wir keine Schwertlilien von van Gogh anzubieten", so Auktionator Iegor de St-Hippolyte, doch zwei tschechische Leuchter brachten 12 500 Dollar, eine verstaubte US-Astronauten-Uniform ging für 6000 Dollar weg. Der Erlös in Höhe von 175 000 Dollar wurde dem Kulturetat Montreals gutgeschrieben.

Griechen gegen Charter-Flieger

Charter-Touristen müssen in diesem Sommer in Griechenland mit Ärger rechnen: Ohne verbindliche Buchung bei einem lizenzierten Hotel oder einem ordnungsgemäß angemeldeten Privatvermieter will die griechische Fremdenverkehrszentrale keine Charter-Gäste ins Land lassen. Damit soll die Übernachtung in „wilden Unterkünften", die keine Steuern einbringen, unterbunden werden. Machen die Griechen Ernst, wären jene Touristen betroffen, die lediglich einen Flug buchen und sich an das auf ihrem Gutschein pro forma angegebene Hotel nicht gebunden fühlen. 1987 waren es etwa 15 Prozent der rund 800 000 deutschen Charter-Touristen, die auf diese Weise ihre Reise in die griechische Sonne individuell gestalteten. Diese Charter-Flieger sollen auf eigene Kosten per Linienflug postwendend nach Hause geschickt werden.

Rucksacktouristen in Griechenland

Champagner eimerweise

Wenn am Freitag nächster Woche Rosalynn Carter (Körpergröße: 166 Zentimeter), Frau des amerikanischen Ex-Präsidenten Jimmy Carter, in Miami (Florida) das mit 2690 Passagierplätzen der Welt größte Kreuzfahrtschiff „Sovereign of the Seas" (Herrscherin der Meere) vom Stapel schickt, wird mehr Champagner denn je über einen Schiffsrumpf rinnen: 26 Liter „Taittinger" enthält die für den Taufakt vorgesehene Flasche, die 91 Zentimeter hoch ist und – teils maschinell produziert, teils mundgeblasen – unter Verwendung eines Spezialsandes gefertigt wurde. 8000 Dollar kostete die Herstellung der Superflasche, von der weitere sieben Stück zu Ausstellungszwecken gefertigt wurden. Die Vorliebe der Amerikaner zu Riesen-Champagnerflaschen schlägt sich in den Modellen Nebukadnezar (Inhalt: 20 Originalflaschen) oder Balthasar (16 Flaschen) nieder, die, so ein Champagnerhändler, „zunehmend mehr von jungen Leuten für große Parties" oder auch „just for show" gekauft wurden.

Taufpatin, Taufflasche (Größenvergleich)

personalien

Kurt Waldheim, 69, österreichischer Bundespräsident mit Erinnerungslükken, lud zum „musikalischen Nachmittag mit anschließendem Empfang" und erntete, wie schon im vergangenen Jahr, wieder Spott bei seinen Gästen in Cut und Cocktailkleid. Während 1986 die „Verleumdungsarie" aus Gioacchino Rossinis „Barbier von Sevilla" gegeben wurde, folgte diesmal dem Mozartschen Jagdquartett eine Arie aus der Smetana-Oper „Die verkaufte Braut". Titel: „Endlich allein".

Jacques Chirac, 55, französischer Premierminister, übte sich in Solidarität mit den vom Schweizer Käseskandal in Mitleidenschaft gezogenen heimischen Käseproduzenten. In Besançon, Heimat des französischen Vacherin, zeigte er sich „stark schockiert über die Hetzkampagnen gegen unseren Käse" und stellte Gegenmaßnahmen in Aussicht. Käse sei schließlich ein Stück Zivilisation, das Frankreich der ganzen Welt geschenkt habe. Sprach's und packte demonstrativ ein Riesenexemplar des Weichkäses ein – als Mitbringsel für seine Frau Bernadette.

William S. Burroughs, 73 (Photo), für seine bizarren Erzählungen („Naked Lunch") bekannter amerikanischer Autor, bleibt auch bei seinen gelegentlichen Abstechern in die Welt der bildenden Kunst seiner Natur treu. Die Ergebnisse seiner eher zufälligen Begegnung mit der zweiten Art sind derzeit in einer New Yorker Galerie zu besichtigen: Während einer seiner schöpferischen Pausen probierte Burroughs eine neue Schrotflinte aus und schoß im Garten auf eine Farbdose. Die Farbspritzer auf der dahinterstehenden Wand überzeugten den Schriftsteller, der, selbst 15 Jahre heroinabhängig, noch vor Timothy Leary, dem amerikanischen Rauschgift-Guru, als Drogenpapst galt, auf Anhieb: „Es war viel besser, als ich erwartet hatte." Die verschmierten Sperrholzplatten erhob Burroughs zur „Schieß-Kunst", obwohl sie nach eigenem Bekunden nicht viel mehr sind als Hand-Werk: „Was mich inspiriert, kann ich nicht sagen. Ich lasse mich einfach von meiner Hand führen."

Dino De Laurentiis, 68, in New York lebender italienischer Filmproduzent, konnte mit seiner eigenen Firma an frühere Erfolge, die er mit Monumentalwerken wie „Die Bibel" und „Krieg und Frieden" feierte, nicht anknüpfen. Die vor gut zwei Jahren gegründete „De Laurentiis Entertainment Group" geriet so tief in die roten Zahlen, daß dem Chef nur noch der Rücktritt als Präsident blieb. Neben persönlicher Verschwendungssucht wurden ihm schwere Management-Fehler vorgeworfen. Von den zwölf im Jahre 1986 produzierten Filmen spielten nur zwei mehr als zehn Millionen

ZITATE

„Nun möchte ich ihm empfehlen, die österreichische Staatsbürgerschaft anzunehmen, denn hier könnte er wenigstens noch Präsident werden."

Werner Schneyder, *Kabarettist, über Werner Höfer.*

★

„Es ist sicher, daß sich Bernhard und Jochen Vogel duzen. Aber es ist nicht sicher, ob sich Jochen Vogel im Selbstgespräch nicht doch siezt."

Wolfgang Roth, *stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.*

★

„Ich habe mich in Voraussagen über Währungsrelationen noch nie geirrt. Einfach deshalb, weil ich keine abgegeben habe."

Hermann Josef Abs, *Ehrenvorsitzender der Deutschen Bank.*

★

„Daß die Scheidung noch kurz vor Weihnachten über die Bühne ging, war für mich das schönste Geschenk zum Fest."

Gerd Wiltfang, *Springreiter, über das Ende seiner zweiten Ehe.*

★

„Mit jungen Leuten wurde ich schon immer fertig. Nicht grundlos bin ich HJ-Führer im richtigen Packviertel Ehrenfeld/Nippes gewesen."

Peter Rentergent, *Ex-Präsident des „Kölner Eishockey Clubs", auf den Vorwurf des stümperhaften Führungsstils.*

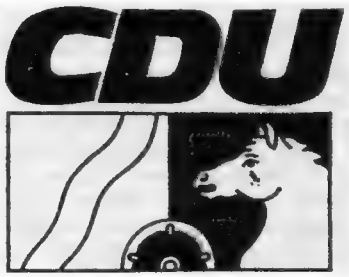
Jean Herman, 66 (Photo o.), Zeichnerin aus New York, führt seit sieben Jahren einen Kampf gegen Goliath. 1981 ekelte das Bauunternehmen Cohen Brothers ihre Mitbewohner aus einem Backsteingebäude in Manhattans East Side, um Platz zu schaffen für ein 31stöckiges Bürogebäude. Als Jean Herman trotz aller Schikanen, Bitten und Klagen nicht aus ihrem 144-Dollar-Apartment weichen wollte, begann das Unternehmen den Wolkenkratzer über das Wohnhaus zu stülpen (Photo l.). Seitdem lebt die streitbare Dame ständig auf einer Baustelle, teilweise ohne Strom und Wasser. Aber auch das nimmt sie lieber in Kauf als die Friedensangebote von Cohen Brothers – zuletzt 650 000 Dollar: „Davon bekommt ein Drittel mein Anwalt, ein Drittel das Finanzamt, und von dem Rest kann ich hier in der Gegend nicht besonders lange leben."

Dollar ein. So kostete etwa das Affen-Rührstück „King Kong lives" 25 Millionen Dollar, von denen nur knapp fünf Millionen in die Kinokassen zurückflossen.

Robbe de Hert, 45, belgischer Filmregisseur, sorgte mit Mord und Totschlag für Unruhe im Straßburger Europa-Parlament. Mit seinem Team machte er sich im „Palais d'Europe" breit, um die fiktive Geschichte von üblen Waffengeschäften und toten Parlamentariern (Arbeitstitel: „Trouble in Paradise") vor der echten Kulisse abdrehen zu können. Trotz erheblicher Bedenken mehrerer Abgeordneter, darunter die ehemalige Parlamentspräsidentin Simone Veil, die um das Image des Hohen Hauses fürchteten, bekam de Hert eine Drehgenehmigung auch für wüste Action-Szenen – einschließlich einer Verfolgungsjagd quer durchs Parlamentsgebäude.

Günther Müller, 53, CSU-Bundestagsabgeordneter, wurde Opfer der Zensur seiner Parteifreunde. In einer Bundestagsdebatte über die Contras in Nicaragua hatte Müller seine Rede mit einem versöhnlichen Zitat des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker geschlossen: „Wir haben ein elementares Interesse daran, daß die Region zum Frieden zurückfindet und wirtschaftlich und sozial gesundet." Im Pressedienst der CSU-Landesgruppe, in der es immer noch Vorbehalte gegen den liberalen CDU-Präsidenten gibt, wurde der Wortlaut der Müller-Rede um die Von-Weizsäker-Passage gekürzt.

Norbert Blüm, 52, CDU-Landesvorsitzender in NRW, brachte mit einem neuen Signet für seine Landespartei die Konkurrenz von der SPD auf Trab. Die Düsseldorfer Christdemokraten hatten als neues Markenzeichen für Broschüren und Briefköpfe der Union eine Ausschnittvergrößerung des altbekannten Landeswappens präsentiert: Die lippische Rose erschien als Halbmond, der



Rhein, Symbol des Rheinlandes, wurde stark verkürzt, und vom Westfalenroß sind nur Kopf und Hals zu sehen (Abb.). Blüms CDU-Statthalter schwärmten von der „geistigen, psychologischen und programmatischen Funktion" des Signets. Die SPD konterte geschickt: Sie verschickt ein Signet mit dem alten Landeswappen und dem Spruch „SPD – Für das ganze Land" (Abb.).

Franz Hengsbach, 77, Ruhrbischof, erbittet bei der für ihn „schönsten Nebensächlichkeit der Welt" auch schon mal Beistand von oben. In einem Beitrag für das gerade erschienene Buch „Lob der Bundesliga" (Klartext Verlag, Essen) gesteht der Oberhirte seine Liebe zum Fußball und seine Vorliebe für die Vereine des Reviers. Wenn die jedoch in Lokalderbys gegeneinander antreten müßten, bemühe er sich zwar, so unparteiisch zu sein wie der Schiedsrichter, fordere aber auch Unterstützung von einer höheren Instanz: „Lieber Gott, laß sie unentschieden spielen." Aber: „Insgeheim plädiere ich doch ein Quentchen mehr für ‚Schalke'."

FRAGEN AN

GIOVANNI EVANGELISTI, 26. Der italienische Weitspringer gewann bei den Leichtathletik-Weltmeisterschaften in Rom mit einer Weite von 8,38 Meter die Bronze-Medaille. Sein Sprung geriet in die Diskussion, als das italienische Fernsehen nachwies, daß er allenfalls 7,80 Meter gesprungen sein konnte. Daraufhin bezichtigte der Nationaltrainer die Kampfrichter der Manipulation. Obwohl der Internationale Leichtathletik-Verband einen Betrug ausschloß, gab Evangelisti seine Medaille zurück.

SPIEGEL: Sind Sie ein Betrüger?

EVANGELISTI: Ich wollte niemanden betrügen, andere haben mich betrogen. Ich fühle mich als Opfer.

SPIEGEL: Warum haben Sie Ihre Medaille zurückgegeben?

EVANGELISTI: Weil ich mich ausgenutzt und mißbraucht fühlte.

SPIEGEL: Von wem?

EVANGELISTI: Wenn ich das wüßte, würde ich's sagen.

SPIEGEL: Merkt man als Weitspringer nicht selbst einen Unterschied von einem halben Meter?

EVANGELISTI: Ich hatte keine Ahnung, daß der Sprung keine 8,38 Meter weit war.

SPIEGEL: Wann haben Sie davon erfahren?

EVANGELISTI: Erst als die Zeitungen anfingen, darüber zu spekulieren.

SPIEGEL: Bedeutet der Medaillenverzicht das Ende Ihrer Karriere?

EVANGELISTI: Nein. Bei den italienischen Hallenmeisterschaften werde ich wieder dabeisein.

Vision,
Innovation,
Perfektion.

Über den Tag hinausdenken, das Entfernte greifen — der Schritt ins Unbekannte. Phantasie,

verbunden mit Wissen und Können, erreicht das scheinbar Unmögliche, kommt dem Vollendeten einen Schritt näher.

Carl Zeiss und Kyocera. Die Symbiose deutsch/japanischer Spitzentechnologie.

CONTAX
Eine Welt für sich.

register

GESTORBEN

Eugen Kogon, 84. Mehr als eine halbe Million Deutsche kauften seit 1946 den „SS-Staat", ein gerade wegen seiner Nüchternheit erschütterndes Buch über das System der Konzentrationslager. Eugen Kogon schrieb mit der Autorität des Augenzeugen: Der Katholik aus München, der vor 1938 für christlich-konservative Zeitungen in Wien arbeitete und bei Reisen in Hitlers Reich zweimal wegen seiner Nazi-Gegnerschaft festgenommen wurde, erlitt von 1939 bis 1945 als Häftling die Grauen des KZ Buchenwald. Der streitbare Autor sah schon im ersten Nachkriegsjahr die Selbstbesinnung der Deutschen „schwer blockiert", kritisierte andererseits die Rede von der deutschen Kollektivschuld und sah seinesgleichen – die „tüchtige Minderheit" unter Hitlers Opfern – „enttäuscht von dieser Art ‚besserer Welt' . . . für die sie gekämpft und gelitten hatten". Fortan stritt Kogon für Konsequenzen aus der braunen Katastrophe. Als Politologie-Professor in Darmstadt, als Präsident der Europa-Union und als Mitherausgeber der Zeitschrift „Frankfurter Hefte" erreichte er vor allem ein intellektuelles Publikum. Als Fernsehmoderator („Panorama", 1963/64) hatte er nur mäßigen Erfolg – zu dröge und theoretisch war die Art, wie er versuchte, politische Kritik in die Wohnzimmer der Wirtschaftswunder-Republik zu transportieren. Kogon focht gegen die Notstandsgesetze der Großen Koalition und gegen die Gleichsetzung von Nazis und Sozialisten durch Franz Josef Strauß; in der Rolle des zornigen alten Mannes unterstützte er die Studentenbewegung der sechziger und die Friedensbewegung der achtziger Jahre. Eugen Kogon starb am Heiligabend in Falkenstein bei Frankfurt.

Joop den Uyl, 68. Der pragmatische Sozialist führte zwei Jahrzehnte die niederländischen Sozialdemokraten; doch nur einmal, 1973, gelang dem promovierten Wirtschaftswissenschaftler der Sprung ins Amt des Ministerpräsidenten. Der Premier den Uyl bewährte sich als Krisenmanager in der für sein Land besonders schlimmen Ölkrise von 1973 wie in der peinlichen Affäre um den Lockheed-Lobbyisten und Königingemahl Prinz Bernhard. Im Streit um den Ausbau des niederländischen Sozialstaats zerbrach 1977 den Uyls Mitte-Links-Koalition; bei den folgenden Wahlen errangen Hollands Sozialdemokraten ein Rekordergebnis, mußten aber mangels Koalitionspartner in die Opposition. Den Uyl legte 1986 den Vorsitz seiner Partei nieder, die er zuletzt vor dem Verzicht auf klassische linke Positionen warnte. Joop den Uyl starb am Heiligabend in Amsterdam an einem Gehirntumor.

Gustav Fröhlich, 85. Ein Stummfilm-Monument, Fritz Langs „Metropolis", ebnete dem Schauspieler 1927 eine stupende Lichtspielkarriere. Noch berühmter machte den Künstler eine Legende: Gustav Fröhlich, so raunte das Reichsvolk Ende der dreißiger Jahre, habe Joseph Goebbels eine Maulschelle verpaßt, weil der Nazi-Minister sich eindeutig der Fröhlich-Gespielin Lida Baarova genähert habe. In Wirklichkeit war es nur ein erregter „Meinungsaustausch", der dem Filmstar immerhin noch zwei Jahre Berufsverbot einbrachte. Als

Schmierenschauspieler hatte Fröhlich in jungen Jahren die Provinz durchwandert. Bei der Ufa erblühte er schließlich zum strahlenden Liebhaber, Beau und Bonvivant. Nach dem Krieg verblaßte sein Ruhm rasch; nur noch ein Film mit Fröhlich machte 1951 skandalöses Aufsehen – in der „Sünderin" pinselte er als versoffener Maler die nackte Knef. Gustav Fröhlich, der zuletzt am Lago Maggiore lebte, starb im Dezember in Lugano nach einer Prostata-Operation.

Harry Buckwitz, 83. Die Zeiten, in denen er, als Frankfurter Generalintendant, Brecht spielte, sind heute in ihrer Atmosphäre kaum noch vorstellbar: Da war die Zone, da waren die Anführungszeichen bestenfalls, da war der Mauerbau. Unbeirrt davon spielte und inszenierte Buckwitz den verfemten Kommunisten und machte Frankfurt zur Oase im westdeutschen Brecht-Boykott-Theater. Inzwischen klassische Stücke wie den „Guten Menschen von Sezuan" hat er uraufgeführt. Auch später hat der Münchner in Frankfurt politisch-provokantes Theater gewagt: den „Vietnam-Diskurs" von Peter Weiss, mitten in der Zeit der Studentenrevolte und der Anti-Amerika-Demonstrationen: Theater als unbequeme Auseinandersetzung mit der Gegenwart und nicht als Flucht zur Kunst. Harry Buckwitz starb vorvergangenen Sonntag in Zürich.

Erfolg-versprechend

HARVARDmanager erscheint vierteljährlich mit den besten Artikeln aus der renommierten amerikanischen „Harvard Business Review" sowie Originalbeiträgen kompetenter deutschsprachiger Autoren, von Praktikern aus Wirtschaft und Verwaltung. HARVARDmanager dokumentiert die Theorie und Praxis des Managements mit Beiträgen, die unter dem Aspekt Aktualität, Nutzwert und Anwendungsbreite ausgewählt werden. Ein Magazin also, das auch dem erfahrenen Manager noch erfolgversprechende Impulse gibt.

Überzeugen Sie sich selbst!

Harvard manager

Kleben Sie diesen Anforderungsschein bitte auf eine Postkarte und senden Sie ihn an: manager magazin Verlagsgesellschaft mbH, Abonnenten-Service, Postfach 11 10 60, D-2000 Hamburg 11.

Anforderungsschein

Ich möchte HARVARDmanager vier Wochen lang prüfen. Schicken Sie mir die neue Ausgabe für DM 24,–.
Falls ich nicht innerhalb von vier Wochen nach Erhalt des Heftes mitteile, daß ich keinen weiteren Bezug wünsche, nehmen Sie mich in Ihre Abonnentenliste auf.
Ich zahle dann nur noch DM 60,– für die folgenden drei Ausgaben.
HARVARDmanager erscheint viermal jährlich. Jahresabonnement DM 84,–, Einzelpreis DM 24,–.

Name Vorname

Straße

PLZ/Ort

Position

Datum Unterschrift

Garantie: Mir ist bekannt, daß ich diesen Auftrag innerhalb von 14 Tagen mit einer schriftlichen Mitteilung an die manager magazin Verlagsgesellschaft mbH widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Unterschrift

Zusammen mit meiner ersten Ausgabe bekomme ich außerdem einen Sonderdruck meiner Wahl aus HARVARDmanager – ohne zusätzliche Kosten. (Kreuzen Sie bitte hier an.)

- ☐ Job Sharing *H.-Helmut Heymann, Lothar J. Seiwert*
- ☐ Szenarien als Grundlage strategischer Planung *Ute von Reibnitz*
- ☐ Große Abschlüsse erfordern ein klares Konzept *B. P. Shapiro, R. S. Posner*
- ☐ Marketingerfolg durch Differenzierung *Theodore Levitt*

SP 1

DIESE WOCHE IM FERNSEHEN

Montag, 4. 1.

21.15 Uhr. ZDF. WISO
Themen: Gentechnologie; Aufkleber als Werbeträger; Notärzte; Börse Japan.

22.10 Uhr. ZDF. Personenbeschreibung
Der Entlarver beim Entlarver: Georg Stefan Troller, TV-Seelenforscher und auf melancholische Tiefgründelei spezialisiert, besucht den amerikanischen Rauschebart James Randi, der sich auf die Decouvrierung von Wunderheilern verlegt hat. Kein Wunder: Randi ist gelernter Illusionskünstler.

23.00 Uhr. ARD. Die Günstlinge des Mondes
Film-Reigen (1984) des sanften Anarchi-

sten und gebürtigen Georgiers Otar Iosseliani: Abstrus-heitere und komisch-bedrohliche Szenen aus Paris verknüpfen sich zu einem sozialen Netz, das Standesschranken und Unterschiede von Gut und Böse überspannt (Photo: Katja Rupe mit Bernard Eisenschitz). Da herrscht Faustrecht an einem Taxistand, obwohl es nicht regnet und genügend Wagen zur Verfügung stehen, da prügelt sich ein angetrunkener Mann im Bett mit seiner fetten Frau, die Kinder schauen durchs Schlüsselloch zu, bis sie sich wieder dem Fernseher zuwenden, und da schläft die Frau des Kommissars mit dem Schmuggler, der später im Gefängnischor mitsingt.

23.15 Uhr. Bayern III. Grund zur Aufregung
US-Psychothriller von 1951 (Regie: Tay Garnett). Mit erkennbarer Mühe versucht Loretta Young, Angst und Verzweiflung vor ihrem mörderischen, psychopathischen Mann auf die Leinwand zu bringen. An Hitchcock-Maße reicht Garnetts Opus nicht heran, statt dessen „ein gut gemachter, kleiner Unterhaltungsfilm" („FAZ").

Dienstag, 5. 1.

19.30 Uhr. ZDF. Der Kampf der Prostituierten
Karin Richter berichtet über Selbsthilfegruppen auf dem Kiez.

20.45 Uhr. West III. Dortmunder Roulette
Sechsteilige Fernsehserie rund um den Roulette-Kessel der Dortmunder Spielbank Hohensyburg. „Melancholisch-heitere Geschichten" hat der WDR angekündigt. Ganz so heiter nahmen es um die Folgen der Spielsucht besorgte Kritiker nicht, als eine geldgierige Landesregierung vor knapp drei Jahren in der Arbeitslosenhochburg Dortmund ein Spielcasino nebst Automatensaal (120 einarmige Banditen) genehmigte.

21.00 Uhr. ARD. Report
Themen: Probleme der atomaren Entsorgung; Colonia Dignidad und die deutsche Innenpolitik; Alltag in der Kinderpsychiatrie; Porträt Ulf Fink.

21.15 Uhr. Südwest III. Der Reigen
Max Ophüls verfilmte 1950 das Arthur-Schnitzler-Stück, dessen erotisches Fluidum in jenen prüden Jahren noch Anstoß erregte. In die kreisförmige Girlande der Szenenfolge (jeweils eine Person spielt auch in der nächsten Szene eine Rolle) hat der Regisseur die Figur eines Conférenciers eingebaut, der als Droschkenkutscher, Kammerdiener oder Couplet-Sänger das Glücksrad der Liebe dreht. Diese epische Distanzierung, Conférenciers waren damals Mode, nimmt dem Stoff etwas von der satirischen Härte, mit der Schnitzler die Borniertheit und Selbstgerechtigkeit der Fin-de-siècle-Männer zeigt.

Mittwoch, 6. 1.

15.55 Uhr. Südwest III. Show mal zwei
Die „Kessler-Zwillinge" zählen mittlerweile zu den wenigen Hundertjährigen der Showbranche. Sie springen seit über 35 Jahren kniefrei über die Bühnenbretter der Welt und gehören damit zu den seltenen deutschen Entertainern von Weltruf.

20.15 Uhr. ARD. Die Göttliche
Der liberale Ostküstenintellektuelle Sidney Lumet verband mit seinen Filmen,

zum Beispiel den „Zwölf Geschworenen", meistens emanzipatorische Anliegen, so auch in diesem 1984 gedrehten Film (Szenenphoto). Estelle Rolfe (Anne Bancroft) war zeitlebens an der Seite der Entrechteten, ihr Sohn (Ron Silver) leidet unter den Schrullen der Mutter, die diese so lange ausleben will, bis die angepaßte Jugend Widerstand leistet. Als Estelle erfährt, daß sie nur noch wenig Zeit zum Leben hat (Gehirntumor), setzt sie sich in den Kopf, die göttliche Greta Garbo zu sprechen, was ihr tatsächlich gelingt. Allerdings nur im Film, Lumet mußte die Garbo doubeln lassen. Wieder erweist sich Sidney Lumet als Schauspielerregisseur, film-typisch visuell inspirierte Passagen fehlen.

20.15 Uhr. ZDF Magazin
Moderator: Fritz Schenk.

22.40 Uhr. ZDF. Vincent, François, Paul und die anderen
Im Mittelpunkt dieses Films (1974) von Claude Sautet steht Vincent (Photo, links: Yves Montand), der, nachdem ihm Frau und Geliebte weggelaufen sind, seine Fabrik verkaufen muß. Zur Pleite

kommt dann noch ein Herzanfall, den sein sarkastischer Arzt-Freund François (Michel Piccoli) versorgt. Dritter im Männerbund ist der abgewrackte Schriftsteller Paul (Photo, rechts: Serge Reggianni) und – Nummer vier – der Held Jean (Gérard Depardieu), ein junger Arbeiter, der zum großen Fight in den Ring steigt. Das Hohelied auf unerschütterliche Männerfreundschaft wirkt mehr wie Traumkino denn als ernsthafte Reflexion über virile Beschädigung.

Kein Diesel muß jetzt mehr vor Kälte zittern.

Esso Super Diesel
Frost Schutz-brief
Frostsicher bis -22°C

Ab 4. Januar an ESSO Stationen

Jeder Diesel-Kraftstoff enthält Paraffin, denn es verbrennt nicht nur besonders sauber, sondern schmiert zusätzlich die beweglichen Teile im Einspritzbereich. Bei tiefem Frost allerdings bildet es Kristalle, die dann Leitungen und Filter verstopfen können. Und wenn der Kraftstoff nicht mehr läuft, läuft gar nichts mehr. Deshalb schreibt die DIN-Norm für Diesel-Kraftstoffe im Winter eine Fließfähigkeit bis -15°C vor. Weil wir aber wissen, daß der Winter sich nicht an diese Vorschrift hält, haben wir spezielle Additive entwickelt, die Esso Super Diesel bis -22°C frostsicher machen werden. Das geben wir jedem Pkw-Fahrer schriftlich. Mit unserem neuen Frost-Schutzbrief, den Sie an Esso Stationen erhalten. So haben Sie auch im Winter alle Vorteile von Esso Super Diesel.

Esso

Donnerstag, 7. 1.

19.00 Uhr. Bayern III. Rose Bernd
Filmregisseur Wolfgang Staudte zog in diesem Film (1956) dem Gerhart-Hauptmann-Stück von der Kindsmörderin sein schlesisches Sprachkleid aus und schickt die Heldin (Maria Schell) auf dem Sozius eines donnernden Motorrads durch die Nacht. Die Transponierung des schlesischen Stücks in ein westdeutsches Dorf wurde von der Filmkritik als ambitionierter Fehlschlag gewertet.

20.00 Uhr. West III. Jeder Kopf hat seinen Preis
„The Hunter" (1980, Regie: Buzz Kulik) ist Steve McQueens letzter Film, ein Dokument seiner Schauspielkunst. Der ältere, knorrige Kopfgeldjäger geht seinem Geschäft nur noch nach, um zu überleben. Die modernen Zeiten sind ihm in diesem sozialkritischen Stück ein Greuel. Die „Neue Zürcher Zeitung": „Wären nicht einige überflüssige, auf mögliche Publikumserwartungen ausgerichtete Verfolgungsjagden übertrieben dargestellt, könnte man ‚The Hunter' als exzellenten Film bezeichnen."

20.15 Uhr. Nord III. Wargames – Kriegsspiele
Ein 17jähriger Hacker (Matthew Broderick) dringt in das Computerprogramm „Weltweiter Thermonuklearer

Krieg" ein und wähnt sich in einem Videospiel. Doch er hat Norad, das Herzstück der US-Verteidigungszentrale, angezapft (Szenenphoto). Aus dem Spiel droht tödlicher Ernst zu werden. Regie in diesem spannenden amerikanischen Spielfilm (1982) führte Action-Spezialist John Badham.

Freitag, 8. 1.

22.10 Uhr. ZDF. Aspekte
Thema: Das zweite Leben der Cosima Wagner nach dem Tod des Meisters.

23.00 Uhr. ARD. Heut abend
Alfred Biolek bei Blacky Fuchsberger, frag ich dich, fragst du mich, oder TV als Selbstbefriedigung.

23.20 Uhr. ZDF. M.A.S.H.
Die jungen Chirurgen Hawkeye und Trapper John (Photo: Donald Sutherland, Elliot Gould) operieren in ihrem Mobile Army Surgical Hospital (daher der Titel) drei Meilen hinter der Korea-Front. „Kratz mir mal die Nase", bittet ein Arzt eine Krankenschwester und sägt

einem Soldaten das Bein ab. In den für Blutkonserven bestimmten Eisschränken türmen sich die Bierdosen, aus Schlagadern spritzen rote Fontänen. M.A.S.H. (USA, 1969, Regie: Robert Altman) ist keine Antikriegssatire, sondern eine blutige Komödie, die noch in den abscheulichsten Szenen zum Lachen reizt. Demonstriert wird der lächerlichste Irrsinn – der des Krieges.

23.45 Uhr. ARD. Lucky Luciano
Francesco Rosis italienisch-französischer Film (1973) zeigt, wie nach dem Krieg in Italien die Mafia gezielt eingesetzt wurde, um staatliche Administration und ihre Verflechtung mit der Wirtschaft neu zu organisieren. Im Mittelpunkt des Films steht Lucky Luciano (Gian Maria Volonté), der seit Anfang der dreißiger Jahre die Mafia in den USA umkrempelte, ins Gefängnis gesteckt und nach dem Krieg nach Italien abgeschoben wurde, wo der „Mann mit dem traurigen Blick" 1962 unbehelligt von gerichtlicher Verfolgung starb.

Samstag, 9. 1.

20.15 Uhr. ARD. Bullit
Ein Detektiv (Photo: Steve McQueen mit Jacqueline Bisset) im Clinch mit einem opportunistischen Politiker (Robert Vaughn) – der britische Regisseur Peter Yates erzählt in diesem US-Film von 1968 eine übliche Story. Doch Filmgeschichte machte der Streifen wegen der spannenden Autojagd über die Achterbahn der Straßen von San Francisco.

22.20 Uhr. ZDF. Cousin, Cousine
Marthe (Marie-Christine Barrault) und Ludovic (Victor Lanoux) lernen sich auf einer Hochzeitsfeier ihrer jeweiligen Verwandschaft kennen und werden so Cousin und Cousine. Langsam entwickelt sich eine Liebesbeziehung, und beiden gelingt es, aus ihren eingefahrenen Ehen auszubrechen. Jean-Charles Tacchella zeigt in diesem französischen Film (1975) „Gesellschaftskritik in amüsanter, unterhaltsamer Verpackung" („Stuttgarter Zeitung").

22.25 Uhr. ARD. Wir setzen uns ab
Die Münchner Lach- und Schießgesellschaft live aus Baden-Baden mit ihrem 31. Programm. Texte von Dieter Hildebrandt, Klaus Peter Schreiner und Henning Venske.

Sonntag, 10. 1.

20.15 Uhr. ARD. Tod eines Handlungsreisenden
Die Tragödie von Willy Loman (Photo, Mitte: Dustin Hoffman mit seinen Söhnen Stephen Lang und John Malkovich) und dem Scheitern seines American dream, Arthur Millers Schlüsseldrama, setzte Volker Schlöndorff kongenial um. Die Welt des Handlungsreisenden und seiner Frau Linda (Kate Reid) stellte Schlöndorff im Atelier nach. Das Haus des erfolglosen Vertreters ist von gewal-

tigen, expressionistisch wirkenden Hochhauskulissen umstellt. Als der Fernsehfilm (1986) durch die Kinos in den USA und der Bundesrepublik ging, waren die Kritiker begeistert.

22.30 Uhr. ARD. t.t.t.
Themen: Die stille Zerstörung der Synagogen; Streit um Beuys-Erbe; Lothar Buchheim – die Odyssee eines Sammlers.

23.15 Uhr. ZDF. A Chorus Line in Wien
Dokumentation von Peter Weck über die Probenarbeit zu dem Musical.

Aktion Gemeinsinn e. V., eine Vereinigung unabhängiger Bürger

„Ich war mein ganzes Leben unabhängig. Und das soll auch so bleiben."

Für Margarete K., 72, aus Bonn ist klar: Solange es noch irgendwie geht, will sie in ihrer eigenen Wohnung bleiben. Und mit den pflegerischen und hauswirtschaftlichen Angeboten der Wohlfahrtsverbände kann sie es auch schaffen.

Aber man muß noch mehr tun, damit ältere Menschen selbst dann, wenn zum Beispiel die Beine nicht mehr so richtig wollen, nicht gleich die Selbständigkeit in der eigenen Wohnung aufgeben müssen. Mehr über ambulante Hilfe und die Entlastung der Familienangehörigen lesen Sie in der Broschüre „Das Neue Alter – wie wollen wir morgen älter werden?", die Sie kostenlos bei der Aktion Gemeinsinn anfordern können: Aktion Gemeinsinn e.V., Meckenheimer Allee 77, 5300 Bonn 1.

Jedes Alter ist der Anfang für morgen.

O&M 4/87

HOHLSPIEGEL

Reklame-Poster des „Fremdenverkehrsverbandes Schleswig-Holstein e.V.".

△

Die „Kieler Nachrichten" zur geplanten Premiere von Heinrich Manns „Der Weg zur Macht" im Kieler Schauspiel: „Der Zerfall der politischen Kultur wird modellhaft dargestellt. Die Stückwahl sei in Anbetracht der Ereignisse in Schleswig-Holstein keineswegs zufällig, teilt die Dramaturgie mit."

△

Aus dem Ärztemagazin „Selecta": „Im Schnitt trinken zum Beispiel Männer mehr als Frauen, Angehörige der Unterschicht mehr als jene der Oberschicht und, nach Studien in Großbritannien, Katholiken mehr als Protestanten! (Das kommt auch durch die größere Zahl von Pissoirs in mehrheitlich katholischen im Vergleich zu vorwiegend protestantischen Städten zum Ausdruck.)"

△

Aus dem Programmheft des „Sozialpädagogischen Bildungswerks" in Münster: „Boris Becker: 6,3 Millionen im Jahr! Tennis für Sozialhilfeempfänger/innen. 3 Stunden täglich trainiert der Leimener. Und macht damit das dicke Geld. Mangels anderer Verpflichtungen könnten Sozialhilfeempfänger/innen durchaus 15 Stunden täglich trainieren. Macht 5 x 6,3 Millionen im Jahr! Deshalb, ran an den Speck! Lernt, welcher Boden für euch der richtige ist . . . Sozialhilfeberatung – Offene Treffs: Di., Mi., Do. 15-17 Uhr."

△

Das „Münchner Wochenblatt" unter der Überschrift „So werden Ihre Feiertage schön und problemlos": „Bestattungen: Das Städtische Bestattungsamt, Damenstiftstraße 8, unter Tel. 213 80/1, nimmt Sterbefälle auch während der Feiertage von 8 bis 22 Uhr an."

DIE KUNST DES LEBENS. (1)

Eine Sammlung von Anekdoten und Maximen ist für den Weltmann der größte Schatz, wenn er die ersten an schicklichen Orten ins Gespräch einzustreuen, der letzten im treffenden Falle sich zu erinnern weiß.

Wir meinen, in aller Bescheidenheit, daß unserem Henkell Trocken solch spritzige Lebensweisheiten wie die Goethesche außerordentlich gut anstehen. Und natürlich umgekehrt. Weshalb wir dieser noch viele hinzufügen werden.

HENKELL TROCKEN

RÜCKSPIEGEL

Zitate

Der WDR kommt in einem Rundfunkkommentar auf Rudolf Augsteins Wuppertaler Ehrenpromotion Anfang 1987 zu sprechen:

Rudolf Augstein, der wie kein zweiter die Informationslandschaft nach dem Krieg geprägt hat, dieser brillant denkende Partisan des Intellekts, dem dennoch (bezeichnenderweise) nur die Ehrendoktorwürde für „Design" verliehen wurde, nicht für Pädagogik oder Politik, dieser Rudolf Augstein erwiderte nüchtern, das Routine-Blabla der Berufslober bei seiner Ehrenpromotion decouvrierend: „Das gedruckte Wort verliert langsam an Kraft, es wächst die Zahl derer, die durch zu viele Informationen nicht mehr informiert sind."

△

Die „Zeit" in einer Rückschau auf die Barschel-Affäre:

Am wenigsten trug die Justiz zur Erhellung der Vorgänge bei und am meisten der Haupttäter, am wirksamsten informierte der SPIEGEL und am gründlichsten der Parlamentarische Untersuchungsausschuß „zur Aufklärung von eventuell rechtswidrigen Handlungen und Unterlassungen des Ministerpräsidenten, der Mitglieder, Mitarbeiter und Helfer der Landesregierung gegen zum elften schleswig-holsteinischen Landtag kandidierende Parteien und ihre Repräsentanten".

△

Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" zum SPIEGEL-Bericht über Backgammon „WIR SIND CLOCHARDS OHNE DURST UND HUNGER" in Nr. 49/1987:

Das Thema wurde unlängst nun auch vom SPIEGEL entdeckt, und das bedeutet ja in der Regel, daß die Spatzen es bald von den Dächern pfeifen: In der Bundesrepublik gibt es einen Backgammon-Boom. Genauer gesagt: Eine wachsende Zahl von Backgammon-Turnieren, bei denen zum Teil hohe Siegprämien zu gewinnen sind.

△

Im Heyne-Taschenbuch „In & Out '88" Der Leitfaden durch das Labyrinth der Moden, Trends und Wellen" placiert der Autor Andreas Lukoschik den SPIEGEL in der Rubrik „in":

Der SPIEGEL – Weiterhin die Nr. 1. Und außerdem ein Phänomen. Irgendwie hat diese Redaktion ihren Finger immer als erste am Drücker. Das ist echte Professionalität und sehr guter Journalismus, auch wenn die Dauer-Nörgelei manchmal nervt.

Sandeman, das ist bester Sherry in drei Charakteren:
trocken der Seco, ausgeglichen der Medium Dry und lieblich der Cream.

Sandeman. Der Gentleman unter den Sherrys.

LORD IST EXTRA

Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,5 mg Nikotin und 9 mg Kondensat (Teer), (Durchschnittswerte nach DIN).